



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

Migrationsbericht

der Bundesregierung

Migrationsbericht 2019



Inhalt

| | |
|---|-----|
| Vorwort | 5 |
| Vorbemerkung | 6 |
| Zentrale Ergebnisse des Migrationsberichtes 2019..... | 7 |
| 2019: Weichenstellungen für das zukünftige Migrationsgeschehen..... | 12 |
| 1 Überblick über das Migrationsgeschehen in Deutschland..... | 42 |
| 1.1 Definitionen und verwendete Datenquellen..... | 42 |
| 1.2 Migrationsgeschehen insgesamt..... | 44 |
| 1.3 Migration nach Herkunfts- und Zielländern und Staatsangehörigkeit..... | 46 |
| 1.4 Migration nach Bundesländern..... | 52 |
| 1.5 Altersstruktur..... | 53 |
| 1.6 Geschlechtsstruktur..... | 55 |
| 1.7 Wanderungen auf Basis des Ausländerzentralregisters..... | 57 |
| 1.7.1 Zuwanderung nach Aufenthaltszwecken..... | 58 |
| 1.7.2 Längerfristige Zuwanderung..... | 62 |
| 2 EU-Binnenmigration..... | 65 |
| 3 Die einzelnen Zuwanderungsgruppen..... | 69 |
| 3.1 Überblick..... | 69 |
| 3.2 Erwerbsmigration..... | 71 |
| 3.2.1 Beschäftigte nach Qualifikationsniveau..... | 74 |
| 3.2.2 Hochqualifizierte mit Niederlassungserlaubnis..... | 76 |
| 3.2.3 Blaue Karte EU..... | 77 |
| 3.2.4 Forschende aus Drittstaaten..... | 80 |
| 3.2.5 Unternehmensinterne Transfers: ICT-Karte..... | 81 |
| 3.2.6 Selbständige aus Drittstaaten..... | 83 |
| 3.2.7 Erwerbsmigration insgesamt..... | 85 |
| 3.2.8 Ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland..... | 87 |
| 3.3 Bildungsmigration..... | 90 |
| 3.3.1 Ausländische Studierende..... | 90 |
| 3.3.2 Ausländische Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen..... | 95 |
| 3.3.3 Sprachkurse und Schulbesuch..... | 98 |
| 3.3.4 Sonstige Ausbildungszwecke..... | 100 |
| 3.4 Humanitäre Migration..... | 103 |
| 3.4.1 Flucht und Asyl..... | 103 |
| 3.4.2 Jüdische Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion..... | 121 |

| | | |
|-------|--|-----|
| 3.4.3 | Migration aus weiteren völkerrechtlichen, humanitären und politischen Gründen..... | 123 |
| 3.4.4 | Aufenthaltsgewährung in Härtefällen..... | 126 |
| 3.4.5 | Resettlement und humanitäre Aufnahmeverfahren | 127 |
| 3.5 | Migration aus familiären Gründen..... | 130 |
| 3.5.1 | Familiennachzug nach der Visastatistik | 136 |
| 3.5.2 | Familiennachzug nach dem AZR..... | 140 |
| 3.6 | Migration aus weiteren aufenthaltsrechtlichen Gründen | 144 |
| 3.7 | Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler | 147 |
| 3.7.1 | Gesetzliche Grundlagen und Verfahren | 147 |
| 3.7.2 | Entwicklung der Zuwanderung | 150 |
| 3.8 | Zuwanderung von deutschen Staatsangehörigen..... | 153 |
| 4 | Abwanderung aus Deutschland | 158 |
| 4.1 | Abwanderung von ausländischen Staatsangehörigen..... | 158 |
| 4.1.1 | Entwicklung der Fortzüge | 158 |
| 4.1.2 | Fortzüge nach der Aufenthaltsdauer..... | 159 |
| 4.1.3 | Fortzüge von Drittstaatsangehörigen nach dem letzten Aufenthaltsstatus..... | 161 |
| 4.1.4 | Geförderte Rückkehr | 162 |
| 4.2 | Abwanderung von deutschen Staatsangehörigen..... | 164 |
| 4.2.1 | Fortzüge nach Zielländern..... | 166 |
| 4.2.2 | Fortzüge nach Altersgruppen | 169 |
| 4.2.3 | Abwanderung von Erwerbspersonen | 170 |
| 5 | Migrationsgeschehen im europäischen Vergleich..... | 173 |
| 5.1 | Zu- und Abwanderung insgesamt | 173 |
| 5.2 | Asyl | 179 |
| 6 | Irreguläre Migration..... | 185 |
| 6.1 | Begriff und rechtliche Rahmenbedingungen..... | 185 |
| 6.2 | Entwicklung irregulärer Migration..... | 186 |
| 6.2.1 | Feststellungen an den Grenzen..... | 186 |
| 6.2.2 | Tatverdächtige mit unerlaubtem Aufenthalt nach der PKS..... | 189 |
| 6.2.3 | Rückführungen..... | 191 |
| 7 | Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland..... | 193 |
| 7.1 | Definitionen und Grunddaten im Zeitverlauf..... | 193 |
| 7.2 | Geburtsland (der Eltern)..... | 198 |
| 7.3 | Alters- und Geschlechtsstruktur | 201 |
| 7.4 | Aufenthaltsdauer..... | 205 |

| | | |
|-------|--|-----|
| 8 | Ausländische Bevölkerung..... | 207 |
| 8.1 | Ausländische Bevölkerung nach Staatsangehörigkeiten..... | 208 |
| 8.1.1 | Alters- und Geschlechtsstruktur..... | 210 |
| 8.1.2 | Aufenthaltsdauer und Aufenthaltsstatus..... | 213 |
| 8.2 | Geburten..... | 217 |
| 8.3 | Sterbefälle..... | 220 |
| 8.4 | Einbürgerungen..... | 222 |
| | Anhang: Abbildungen und Tabellen..... | 229 |
| | Literatur..... | 321 |
| | Abkürzungsverzeichnis..... | 328 |
| | Abbildungsverzeichnis..... | 331 |
| | Tabellenverzeichnis..... | 336 |

Vorwort



Sehr geehrte Damen und Herren,

Migration bedarf einer ordnungspolitischen Steuerung mit Herz und Verstand. Das war schon immer meine feste Überzeugung und daran hat sich auch im dritten Jahr meiner Amtszeit nichts geändert. Im Gegenteil! Deshalb haben wir in den letzten Jahren das Migrationsrecht umfangreich modernisiert. Jedoch steht die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems in der EU noch aus. Die Verhandlungen unter der deutschen Ratspräsidentschaft sind in vollem Gange.

Im aktuellen Bericht bestätigen sich die Tendenzen der vergangenen Jahre. Nach dem Anstieg der Asylmigration im Jahr 2015 ist die Einwanderung nach Deutschland insgesamt in den letzten vier Jahren zurückgegangen. Für Menschen, die studieren und arbeiten wollen, und für EU-Staatsangehörige ist die Bundesrepublik nach wie vor ein attraktives Ziel. Das Migrationsgeschehen in Deutschland ist vor allem durch Zuwanderung und Abwanderung zwischen den europäischen Staaten gekennzeichnet.

Der Migrationsbericht der Bundesregierung ist längst zu einem Standardwerk der Migrationsforschung in Deutschland geworden. Er bildet die Grundlage für weiterführende Studien und trägt damit zur Versachlichung des Diskurses bei.

Der Migrationsbericht muss sich indes auch weiterentwickeln. Ich habe daher seine Digitalisierung angeregt. Bereits heute können Sie, liebe Leserinnen und Leser, die Daten des Migrationsberichtes auf interaktive Weise nutzen. Zukünftig werden wir die Daten noch aktueller, anwenderfreundlicher und transparenter zur Verfügung stellen.

Ich wünsche Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre.



Horst Seehofer

Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat

Vorbemerkung

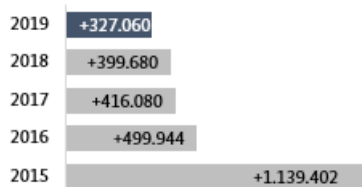
Der Deutsche Bundestag hat die Bundesregierung am 8. Juni 2000 aufgefordert, jährlich einen Migrationsbericht vorzulegen, der unter Einbeziehung aller Zuwanderungsgruppen einen umfassenden Überblick über die jährliche Entwicklung der Zu- und Abwanderung gibt (Plenarprotokoll 14/108 vom 8. Juni 2000/Drucksache 14/1550 vom 7. September 1999). Bislang wurden 16 Migrationsberichte (im Auftrag) der Bundesregierung veröffentlicht, zuletzt im Januar 2020 für das Berichtsjahr 2018.

Der Migrationsbericht der Bundesregierung verfolgt das Ziel, durch die zusammenfassende Bereitstellung möglichst aktueller, umfassender und ausreichend detaillierter statistischer Daten über Migration aus verschiedenen Quellen Grundlagen für die Entscheidungsfindung von Politik und Verwaltung im Bereich der Migrationspolitik zu liefern. Zudem soll die Öffentlichkeit über die Entwicklung des Migrationsgeschehens informiert werden.

Der Migrationsbericht beinhaltet einen Überblick über das gesamte Wanderungsgeschehen in Deutschland (Kapitel 1) inklusive der EU-Binnenmigration (Kapitel 2) und der detaillierten Darstellung der verschiedenen Migrationsarten (Kapitel 3). Weiterhin geht der Bericht auf die Abwanderung von deutschen und ausländischen Staatsangehörigen (Kapitel 4) und das Migrationsgeschehen im europäischen Vergleich ein (Kapitel 5). Er behandelt den Bereich der irregulären Migration (Kapitel 6) und informiert über die Struktur und Demografie der Bevölkerung mit Migrationshintergrund bzw. der ausländischen Bevölkerung in Deutschland (Kapitel 7 und 8). Dabei wird in den jeweiligen Kapiteln auf die Bedeutung der zugrundeliegenden Statistiken und die Grenzen ihrer Aussagefähigkeit eingegangen. Zudem werden kurz die Rechtsgrundlagen der einzelnen Migrationsformen, aktuelle Rechtsänderungen und relevante Gerichtsurteile dargestellt.

Der Migrationsbericht 2019 wurde in den Referaten FIII (Migration und Integration: Dauerbeobachtung und Berichtsreihen) des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl sowie 23E (Statistik) des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge von Özlem Konar, Matthias Huber, Johannes Graf, Susanne Worbs und Stefan Rühl erstellt. Über die Website <https://www.bamf.de/DE/Themen/Forschung/forschung-node.html> sind die Daten des Migrationsberichtes auch in digitaler Aufbereitung verfügbar. Alle Daten des Migrationsberichtes unterliegen einer regelmäßigen Kontrolle. Durch Berichtigungen oder die Einbeziehung anderer Datenquellen können sich in der Fortschreibung von Daten Abweichungen zu früheren Migrationsberichten ergeben.

Zentrale Ergebnisse des Migrationsberichtes 2019



Nettozuwanderung geht das

vierte Jahr in Folge zurück:

2019 sind **327.060** mehr Menschen

nach Deutschland zu- als aus Deutschland fortgezogen

Nachdem die Zuwanderung im Jahr 2015 insbesondere aufgrund des hohen Zuzugs von Asylsuchenden mit rund 2,1 Millionen Zuzügen und einer Nettomigration von 1,1 Millionen Personen einen neuen Höchststand erreichte, ging die Gesamtmigration nach Deutschland in den vier Folgejahren wieder zurück. 2019 wurden rund 1,6 Millionen Zuzüge und 1,2 Millionen Fortzüge erfasst. Im Vergleich zum Vorjahr ist damit die Zuwanderung nach Deutschland um 1,7 % gesunken, die Abwanderung hingegen um 3,9 % gestiegen. Entsprechend wurde ein Wanderungssaldo von +327.060 verzeichnet, ein etwas geringerer Wert als 2018 (+399.680).

Die Migration nach Deutschland wandelt sich: Die humanitäre Zuwanderung ist in den letzten vier Jahren zurückgegangen, dafür kommen stetig mehr Menschen nach Deutschland, um zu studieren und zu arbeiten. Auch für freizügigkeitsberechtigte EU-Staatsangehörige ist die Bundesrepublik nach wie vor ein attraktives Ziel.



Migration größtenteils aus bzw. in europäische Staaten:

66,4 % der zugewanderten Personen kamen

aus anderen **europäischen Ländern**

Das Migrationsgeschehen in Deutschland ist vor allem durch Zuwanderung aus bzw. Abwanderung in andere europäische Staaten gekennzeichnet. So kamen im Jahr 2019 66,4 % aller zugewanderten Personen aus einem anderen europäischen Land, davon 51,1 % aus Staaten der EU und 15,3 % aus sonstigen europäischen Staaten. Auch bei den Fortzügen war Europa die Hauptzielregion. Etwa zwei Drittel aller abwandernden Personen zogen im Jahr 2019 aus Deutschland in ein anderes europäisches Land (67,2 %) - davon 56,0 % in andere EU-Mitgliedstaaten (2018: 54,3 %) und 11,2 % in andere europäische Länder.

Rumänien stellte, wie bereits im Vorjahr, das Hauptherkunftsland von Zugewanderten (14,8 % aller Zuzüge), gefolgt von Polen (8,4 %) und Bulgarien (5,3 %). Die weiteren quantitativ wichtigen Herkunftsländer im Jahr 2019 waren Italien, die Türkei, Kroatien, Indien, Ungarn, die Vereinigten Staaten und Serbien. Damit sind sechs der zehn Hauptherkunftsländer von Migrantinnen und Migranten des Jahres 2019 EU-Staaten.

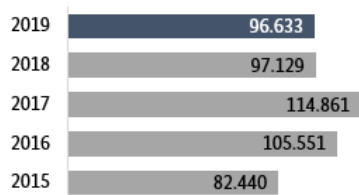
Deutlich rückläufige Zuwanderungszahlen wurden für die Hauptherkunftsländer von Schutzsuchenden verzeichnet. Während im Jahr 2017 Syrien unter den zugangsstärksten Herkunftsländern noch den sechsten Rang belegte, zählt es seit 2018 nicht mehr zu den zehn quantitativ wichtigsten Herkunftsländern im Wanderungsgeschehen insgesamt. Auch 2019 gingen die Zuwanderungszahlen aus Syrien um 17,1 % zurück, deutliche Rückgänge sind ebenso bei Irak (-26,4 %) und Iran (-18,2 %) zu verzeichnen.

Auch bei den Fortzügen waren im Jahr 2019 Rumänien, Polen und Bulgarien die wichtigsten Ziele. Bei diesen Ländern ist somit ein hohes Wanderungsvolumen feststellbar, d. h. es ziehen aus diesen Ländern sowohl viele Menschen nach Deutschland zu als auch wieder fort.



Die Asylantragszahlen spiegeln den fortschreitenden, deutlichen Rückgang der Fluchtmigration wider: Von 2016 auf 2018 gingen die Erstantragszahlen von 722.370 auf 161.931 zurück (-77,6 %), im Jahr 2019 verringerte sich die Zahl der erstmaligen Asylanträge erneut um 12,0 % (142.509 Erstanträge). Davon entfielen 31.415 Anträge (22,0 %) auf in Deutschland geborene Kinder im Alter von unter einem Jahr. Die Zahl der Asylantragstellenden fiel damit, nachdem sie zwischen 2008 und 2016 neun Jahre in Folge angestiegen war, unter das Niveau von 2014 (173.072 Erstanträge).

Seit dem Jahr 2014 belegt Syrien unter den zugangsstärksten Staatsangehörigkeiten für Fluchtmigration den ersten Rang. Im Jahr 2019 wurden 39.270 Asylerstanträge von syrischen Staatsangehörigen gestellt, dies entspricht einem Anteil von 27,6 % aller Asylantragstellenden. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Rückgang der Erstanträge von syrischen Staatsangehörigen um 11,1 % (2018: 44.167 Erstanträge). Mit 13.742 Asylerstanträgen belegt Irak in der Liste der zehn zugangsstärksten Staatsangehörigkeiten Platz 2. Dies entspricht einem Anteil von 9,6 % aller Asylerstanträge sowie einem Rückgang im Vergleich zum Vorjahr um 15,9 % (2018: 16.333 Asylerstanträge). Die drittstärkste Gruppe bilden türkische Staatsangehörige mit 10.784 Asylerstanträgen (Anteil von 7,6 %), was einem Anstieg von 6,1 % im Vergleich zum Vorjahr entspricht (2018: 10.160 Erstanträge).

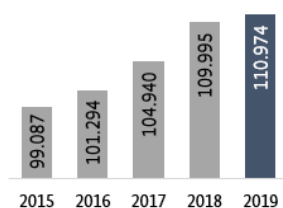


Leichter Rückgang des Familiennachzugs: 96.633

eingereiste Drittstaatsangehörige haben einen Aufenthaltstitel aus familiären Gründen erhalten

Auch die Migration aus familiären Gründen hat abgenommen. Insgesamt haben 96.633 der im Jahr 2019 eingereisten Personen einen Aufenthaltstitel aus familiären Gründen erhalten. Im Vergleich zum Vorjahr sank die Zahl der erteilten Aufenthaltserlaubnisse aus familiären Gründen damit um 0,5 % (2018: 97.129).

Seit 2015 bilden Personen mit syrischer Staatsangehörigkeit die größte Gruppe innerhalb des Familiennachzugs. Bereits im Jahr 2018 wurde allerdings mit 14.350 einreisenden syrischen Familienangehörigen ein deutlicher Rückgang im Vergleich zum Vorjahr registriert (2017: 33.389 nachziehende Familienangehörige, -57,0 %). Dieser Rückgang setzt sich auch im Jahr 2019 fort (12.790 einreisende Personen, -10,9 %). Nach einem Anteil von 14,8 % im Jahr 2018 sank somit der Anteil syrischer Staatsangehörigen am gesamten Familiennachzug im Jahr 2019 auf 13,2 %. Der Rückgang ist unter anderem eine Folge der abnehmenden Fluchtmigration syrischer Staatsangehöriger. Weitere wichtige Herkunftsländer des Familiennachzugs sind die Türkei, Kosovo und Indien.

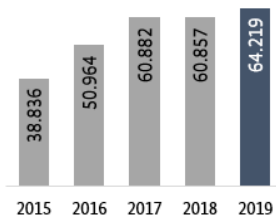


Etwas mehr Studierende aus dem Ausland:

2019 haben 110.974 Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer ein Studium in Deutschland aufgenommen

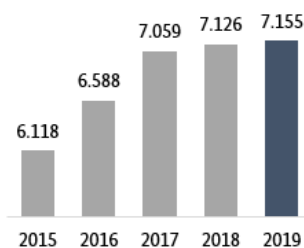
Die Zahl der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer, die ihr Studium in Deutschland aufgenommen haben, ist im Jahr 2019 erneut leicht angestiegen. Ihre Zahl hat sich von 109.995 im Jahr 2018 auf 110.974 im Jahr 2019 erhöht (+0,9 %). Damit wurde im Jahr 2019 die bislang höchste Zahl an Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern unter den Erstsemestern an deutschen Hochschulen verzeichnet.

Die größte Gruppe ausländischer Studierender, die im Jahr 2019 ihr Studium an einer deutschen Hochschule begonnen haben, bildeten – wie schon seit dem Jahr 2006 – Studierende aus China mit 11.587 Personen und einem Anteil von 10,4 %. Seit 2017 ist auch Syrien unter den wichtigsten Herkunftsländern der ausländischen Studierenden vertreten. 2019 stellten die 4.744 Studierenden aus Syrien mit 4,3 % die viertgrößte Gruppe der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer im ersten Hochschulsemester. Auf den Rängen zwei und drei liegen Studierende aus Indien (9.785 bzw. 8,8 %) und Italien (4.874 bzw. 4,4 %).



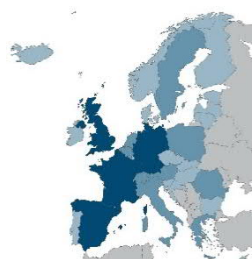
Erneut leichte Steigerung bei der **Erwerbsmigration** aus Nicht-EU-Staaten

Betrachtet man die Erwerbsmigration von Drittstaatsangehörigen (nach §§ 18 bis 21 AufenthG a. F.), so zeigt sich in den letzten Jahren ein fast kontinuierlicher Anstieg bei der Zahl der Zuzüge: Im Jahr 2019 sind 64.219 Personen eingereist, die einen Aufenthaltstitel für eine Erwerbstätigkeit erhielten, was einen erneuten Anstieg von 5,5 % gegenüber dem Vorjahr bedeutet (2018: 60.857). 39.394 (61,3 %) davon kamen für eine qualifizierte oder hochqualifizierte Tätigkeit nach Deutschland, dazu zählen u. a. Inhaberinnen und Inhaber einer Blauen Karte EU, unternehmensintern transferierte Arbeitskräfte (ICT), Forschende und selbständig tätige Personen. Hauptherkunftsländer von Erwerbsmigrantinnen und –migranten sind die Westbalkanstaaten (Bosnien-Herzegowina, Serbien einschließlich des ehemaligen Serbien und Montenegro, Kosovo, Nordmazedonien und Albanien), die Vereinigten Staaten, die Türkei und Indien.



Zuwanderung von **Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern** auf konstantem Niveau

Nach einem kontinuierlichen Rückgang von 2001 (rund 98.500 Personen) bis 2012 (rund 1.800 Personen) konnte in den Folgejahren auch bei der Zuwanderung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und ihrer Familienangehörigen ein leichter Wiederanstieg registriert werden, bedingt durch gesetzliche Änderungen, die vor allem den Familiennachzug erleichterten. Im Jahr 2019 wurden 7.155 Personen als zuwandernde Spätaussiedlerinnen bzw. Spätaussiedler inkl. ihrer Familienangehörigen registriert. Dies entspricht annähernd dem Niveau des Vorjahres (2018: 7.126 Personen).



Deutschland im europäischen Vergleich Zielland Nummer eins

Im europäischen Vergleich (Gesamt- und Asylzuwanderung in absoluten Zahlen) ist Deutschland weiterhin ein Hauptzielland von Migration und hat im Vergleich zu den anderen europäischen Staaten in den letzten Jahren deutlich an Attraktivität gewonnen. Hohe Zuwanderung verzeichneten in der EU daneben auch das Vereinigte Königreich, Spanien und Frankreich.



26 % der Bevölkerung
Deutschlands haben
einen **Migrationshintergrund**

2019 lebten nach Zahlen des Mikrozensus in den deutschen Privathaushalten 21,2 Millionen Menschen, die selbst oder bei denen mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht seit Geburt besitzt. Dies entspricht einem Bevölkerungsanteil der Menschen mit Migrationshintergrund von 26,0 %. Mehr als die Hälfte davon sind deutsche Staatsangehörige. Selbst zugewanderte Personen leben im Durchschnitt seit rund 21 Jahren in Deutschland, gut ein Drittel davon (35,5 %) aber weniger als zehn Jahre.

1. Überblick zu den wichtigsten statistischen und politischen Entwicklungen

Im Jahr 2019 setzten sich die bereits im Vorjahr sichtbaren rückläufigen Tendenzen im Migrationsgeschehen nach Deutschland fort.

Die Nettozuwanderung nach Deutschland lag mit 1,56 Millionen Zuzügen und 1,23 Millionen Fortzügen – und damit einem Saldo von +327.060 Personen – ebenfalls deutlich unter dem Vorjahreswert (2018: +399.680). Dies stellte den vierten Rückgang in Folge und den geringsten Wert seit 2011 dar. Dabei sank vor allem der Wanderungssaldo von Staatsangehörigen aus der Europäischen Union (EU)¹ auf ein Plus von nur noch 113.000 Personen (2018: 202.000). Bedingt wurde dies durch einen Rückgang der Zuzüge, bei gleichzeitigem Anstieg der Fortzüge. Für letztere muss aber auch der sogenannte ‚EU-Wahl-Effekt‘ berücksichtigt werden.² Die Zuzüge gingen vor allem für polnische und kroatische Staatsangehörige zurück. Der Wanderungssaldo von Drittstaatsangehörigen stieg im Gegensatz zum dem der EU-Staatsangehörigen im Vergleich zum Vorjahr sogar leicht an (+14.000 auf 271.000 Personen).

Mit 142.509 Asylersanträgen stellten rund 20.000 Personen weniger erstmals einen Antrag als im Vorjahr (2018: 161.931). 22,0 % dieser Anträge (31.415) gehen auf Kinder im Alter von unter einem Jahr zurück, die bereits in Deutschland geboren sind (2018: 32.303, 19,9 %), die übrigen 78,0 % (111.094) auf grenzüberschreitende Erstanträge³ (2018: 129.628). Die Zahl der Asylersanträge zuzüglich des Resettlements und humanitärer Aufnahmen, des Familiennachzugs zu Schutzberechtigten sowie abzüglich der Rückführungen und der freiwilligen Rückkehr ergibt eine Nettozuwanderung von ca. 126.400 Personen (mit in Deutschland Geborenen im Alter von unter einem Jahr) bzw. ca. 95.000 Personen (ohne in Deutschland Geborene im Alter von unter einem Jahr) deutlich unter dem im Koalitionsvertrag vereinbarten Korridor von jährlich maximal 180.000 bis 220.000 Personen.⁴

Im Rahmen des sogenannten Migrationspaketes – siehe dazu im Detail Abschnitt 2. – wurden am 7. Juni 2019 vom Deutschen Bundestag sieben Einzelgesetze verabschiedet, die diverse Aspekte der Migration und Integration behandeln und zur Weiterentwicklung des migrationspolitischen Regelwerks dienen sollen.⁵ Das Gesetzespaket umfasst das ‚Fachkräfteeinwanderungsgesetz‘, das ‚Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz‘, das ‚Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung‘, das ‚Zweite Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht‘, das ‚Gesetz zur Entfristung des Integrationsgesetzes‘, das

¹ Bei Entwicklungen des Jahres 2019 betrachtet dieser Bericht die EU inkl. des Vereinigten Königreichs, da dessen Austritt aus der EU erst zum 31. Januar 2020 erfolgte.

² Im Rahmen der Europawahl 2019 haben Meldebehörden in vielen Fällen fortgezogene, aber noch in Deutschland gemeldete EU-Staatsangehörige nachträglich abgemeldet, wenn festgestellt wurde, dass Wahlberechtigte nicht mehr an ihrer registrierten Anschrift gewohnt haben.

³ Bei grenzüberschreitenden Asylersanträgen handelt es sich um Asylersanträge, bei denen im Regelfall eine Einreise nach Deutschland vorausging. Unberücksichtigt bleiben dabei die Folgeanträge sowie die Erstanträge für nach Einreise der Eltern in Deutschland geborene Kinder im Alter von unter einem Jahr, da diese als Indikator für die grenzüberschreitende Zuwanderung nach Deutschland nicht relevant sind.

⁴ Vgl. Deutscher Bundestag 2020a, S. 5.

⁵ Die Zusammenfassung der politischen und rechtlichen Entwicklungen des Jahres 2019 in diesem Kapitel basiert in wesentlichen Teilen auf den Ausführungen des jährlichen Berichts der deutschen Nationalen Kontaktstelle des Europäischen Migrationsnetzwerks (vgl. EMN/BAMF 2020).

‚Zweite Datenaustauschverbesserungsgesetz‘ sowie das ‚Dritte Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes‘. Auch das am 27. Juni 2019 verabschiedete ‚Dritte Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes‘ steht in diesem Zusammenhang. Diese bis spätestens zum 1. März 2020 in Kraft getretenen Gesetze beinhalten Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag.

Durch das Einsetzen der COVID-19-Pandemie im Frühjahr 2020 konnten Kernpunkte des Migrationspakets, wie eine Steigerung der Fachkräftezuwanderung oder eine Verbesserung der Durchsetzung der Ausreisepflicht, jedoch bisher – wenn überhaupt - nur unter erschwerten Bedingungen umgesetzt werden.

2. Das Migrationspaket der Bundesregierung

Fachkräfteeinwanderungsgesetz

Durch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG)⁶ wird die Migration nach Deutschland zu Ausbildungs- und Erwerbszwecken neu geordnet. Durch Änderung gesetzlicher Regelungen, v. a. im Aufenthaltsgesetz (AufenthG) und in der Beschäftigungsverordnung (BeschV), wurden die Möglichkeiten der Einwanderung für ausländische Fachkräfte erweitert und neu strukturiert. Dazu wurde im Aufenthaltsgesetz eine einheitliche Legaldefinition des Fachkräftebegriffs eingeführt, die sowohl Personen mit akademischer als auch solche mit einer qualifizierten Berufsausbildung umfasst, wenn deren Abschluss in Deutschland erlangt wurde oder einem deutschen Abschluss vergleichbar ist. Auch wurde der Grundsatz abgeändert, dass Personen mit einem Aufenthaltstitel nur dann zu einer Erwerbstätigkeit berechtigt sind, wenn es ihnen das Gesetz gestattet (Verbot mit Erlaubnisvorbehalt, § 4 Abs. 1 S. 1 AufenthG a. F.). Seit Inkrafttreten des FEG am 1. März 2020 gilt, dass eine Erwerbstätigkeit explizit durch das Gesetz untersagt werden muss (Erlaubnis mit Verbotsvorbehalt, § 4a Abs. 1 S. 1 AufenthG). Dies hat jedoch keinen direkten Einfluss auf die geltenden Beschränkungen für die einzelnen Titel im Aufenthaltsgesetz.

Eine weitere zentrale Neuerung durch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz ist der Wegfall der weitgehenden Begrenzung der Migration von ausländischen Fachkräften mit qualifizierter Berufsausbildung auf die sogenannten Engpassberufe. Nunmehr können diese Personen für eine ihrer Qualifikation entsprechende Tätigkeit in allen Branchen zuwandern. Auch die Vorrangprüfung durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) entfällt; dies ist jedoch mit der Möglichkeit verbunden, auf Veränderungen des Arbeitsmarktes unkompliziert reagieren und die Vorrangprüfung mittels Rechtsverordnung kurzfristig wieder einführen zu können. Voraussetzungen der Zuwanderung bleiben jedoch das Vorliegen eines konkreten Arbeitsplatzangebotes und die Anerkennung der Gleichwertigkeit des ausländischen Berufsabschlusses sowie für reglementierte Berufen die Erteilung bzw. Zusage der Berufsausübungserlaubnis. Einschränkungen wie ein Mindestgehalt bzw. ausreichende Altersvorsorge gelten für Personen ab 45 Jahren. Für Personen, die keine Fachkraft im Sinne des Aufenthaltsgesetzes sind, enthält das Gesetz keine neuen Zugangswege zum deutschen Arbeitsmarkt. Allerdings können Spezialistinnen und Spezialisten der Informations- und Kommunikationstechnologie unter bestimmten Umständen mit dem Nachweis einer ausreichenden Berufserfahrung, d. h. auch ohne einen als gleichwertig anerkannten Berufsabschluss, sowie eines Mindestbruttogehaltes einwandern.

⁶ Fachkräfteeinwanderungsgesetz vom 15. August 2019, BGBl. I 2019, 1307.

Dabei berücksichtigt die Bundesregierung internationale Prinzipien für eine ethisch verantwortbare Gewinnung von Fachkräften und fördert den Aufbau von Kapazitäten der Behörden und Wirtschaftsverbände in den Herkunftsländern.

Des Weiteren wurde für Personen aus Drittstaaten mit einer anerkannten qualifizierten Berufsausbildung die Möglichkeit eingeführt, für einen befristeten Zeitraum zur Arbeitsplatzsuche nach Deutschland einzureisen, was zuvor nur Akademikerinnen und Akademiker konnten. Die Regelung gilt zunächst befristet bis zum 1. März 2025. Neben für die angestrebte Tätigkeit erforderlichen deutschen Sprachkenntnissen ist auch eine eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts eine Voraussetzung. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) kann durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates einzelne Berufsgruppen von der Möglichkeit der Aufenthaltserlaubnis zur Arbeitsplatzsuche ausschließen.

Mit dem beschleunigten Fachkräfteverfahren steht Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern bzw. ausländischen Fachkräften die Möglichkeit offen, gegen Entrichtung einer Gebühr bei der zuständigen Ausländerbehörde im Verfahren begleitet und unterstützt zu werden sowie für eine schnellere Abwicklung des Anerkennungsverfahrens bzw. Zustimmungsprozesses der BA sowie der Visavergabe zu sorgen. Dafür sollen in den Bundesländern zentrale Stellen eingerichtet werden. Die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, das Saarland und Schleswig-Holstein haben dies bereits umgesetzt. Die ‚Zentrale Stelle für die Einwanderung von Fachkräften‘ in Bayern befindet sich derzeit noch im Aufbau, die zentrale Stelle für Rheinland-Pfalz folgt zum 1. Januar 2021.

Im Rahmen der Migration zu Ausbildungszwecken wurde neben einer Erleichterung des Aufenthalts zum Zweck der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen auch die Möglichkeit eingeführt, zum Zweck der Suche eines Ausbildungsplatzes einzureisen. Jedoch bestehen hier strenge Voraussetzungen, z. B. bezüglich der nachzuweisenden Sprachkenntnisse und des Bildungsabschlusses, sowie eine Altersgrenze von 25 Jahren. Auch muss nach erfolgreicher Suche für die Aufnahme der Ausbildung eine Vorrangprüfung durchgeführt werden.

Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz

Mit dem Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz⁷ wurde für Personen mit einer Aufenthaltsgestattung (Asylantragstellende), die vor dem 1. August 2019 eingereist sind und als ‚arbeitsmarktnah⁸‘ gelten, bereits nach dreimonatigem Aufenthalt in Deutschland die Möglichkeit zur Teilnahme an einem Integrationskurs oder einer Maßnahme der berufsbezogenen Deutschsprachförderung (Berufssprachkurs) eingeführt, auch wenn ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt nicht zu erwarten ist. Ferner können Personen mit einer Duldung unter bestimmten Voraussetzungen nunmehr grundsätzlich nach sechs Monaten einen Berufssprachkurs besuchen.

⁷ Gesetz zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern – Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz vom 8. Juli 2019, BGBl. 2019, 1029.

⁸ Als ‚arbeitsmarktnah‘ gelten Personen, die bei der BA ausbildungssuchend, arbeitsuchend oder arbeitslos gemeldet sind oder beschäftigt sind oder in einer Berufsausbildung im Sinne von § 57 Abs. 1 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch stehen oder in Maßnahmen nach dem Zweiten Unterabschnitt des Dritten Abschnitts des Dritten Kapitels oder § 130 Abs. 1 Satz 2 SGB 3 gefördert werden.

Im Bereich der Ausbildungsförderung wurden der Zugang zur Förderung von Berufsausbildung und Berufsausbildungsvorbereitung gemäß dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) und dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) speziell für Geflüchtete deutlich geöffnet. Dies beinhaltet auch die Entfristung der Regelung, nach der Personen mit einer Aufenthaltsgestattung, bei denen ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist, bestimmte vermittlungsunterstützende Leistungen der aktiven Arbeitsförderung schon vor ihrem Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten können. Mithilfe des Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetzes sollen zudem verstärkt sowohl EU- als auch Drittstaatsangehörige für eine Ausbildung in Deutschland gewonnen werden. Auch für diese Gruppen wurde daher der Zugang zur Berufsausbildungsbeihilfe und zu Förderungen im Rahmen von berufs- und ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen erleichtert.

Durch das Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz wurde außerdem die Zahlung von Arbeitslosengeld während eines Integrationskurses oder eines berufsbezogenen Sprachkurses ermöglicht, wenn die Verbesserung der Sprachkenntnisse für die dauerhafte Eingliederung in den Arbeitsmarkt notwendig ist und dies durch die BA festgestellt wurde. Daraus erwächst jedoch eine verpflichtende Kursteilnahme.

Das Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz trat zum 1. August 2019 in Kraft.

Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung

Neben den Erweiterungen im Rahmen der Erwerbsmigration wurden mit dem Migrationspaket auch Möglichkeiten eingeführt, gut integrierten Geduldeten mehr Rechtssicherheit für eine Ausbildung bzw. Beschäftigung in Deutschland zu gewähren.

Die bereits zuvor existierende Ausbildungsduldung wurde durch das Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung⁹ erweitert, sodass auch Ausbildungen in staatlich anerkannten oder vergleichbar geregelten Assistenz- und Helferberufen berücksichtigt werden, wenn im Anschluss daran eine qualifizierte Ausbildung in einem Engpassberuf angestrebt wird und hierfür bereits eine Ausbildungszusage vorliegt.

Mit der neuen Beschäftigungsduldung erhalten ausreisepflichtige Personen, die seit mindestens 12 Monaten eine Duldung besitzen und seit mindestens 18 Monaten eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit einer regelmäßigen Arbeitszeit von mindestens 35 Wochenstunden ausüben (bei Alleinerziehenden gilt eine regelmäßige Arbeitszeit von mindestens 20 Stunden pro Woche), für weitere 30 Monate einen sicheren Aufenthaltsstatus. Dafür müssen u. a. weitere Bedingungen wie eine grundsätzlich geklärte Identität und hinreichende mündliche Kenntnisse der deutschen Sprache erfüllt sein. Des Weiteren gilt eine Stichtagsregelung, nach der die Einreise nach Deutschland vor dem 1. August 2018 erfolgt sein muss. Die Regelung der Beschäftigungsduldung ist außerdem bis zum 31. Dezember 2023 befristet.

Wie auch für die Ausbildungsduldung gelten erweiterte Versagensgründe, die um Bezüge zu extremistischen oder terroristischen Organisationen ergänzt wurden. Auch soll durch eine bundeseinheitliche Handlungspraxis mehr Rechtssicherheit gewährleistet werden.

⁹ Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung vom 8. Juli 2019, BGBl. Teil I Nr. 26, 1021.

Personen mit einer Ausbildungs- oder Beschäftigungsduldung ist es des Weiteren möglich, im Anschluss eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten, wenn dafür bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind.

Das Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung trat zum 1. Januar 2020 in Kraft.

Zweites Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht

Zum 21. August 2019 trat das Zweite Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht in Kraft.¹⁰ Dieses regelt u. a. verschiedene Punkte im Bereich der Mitwirkungspflicht im Asylverfahren und der Rückführung von abgelehnten Asylbewerberinnen und Asylbewerbern neu.

Vollziehbar ausreisepflichtigen Personen wird die Duldung im Sinne des § 60a AufenthG als Duldung für Personen mit ungeklärter Identität' erteilt, wenn die Abschiebung aus von ihnen selbst zu vertretenden Gründen nicht vollzogen werden kann, weil sie das Abschiebungshindernis durch eigene Täuschung über ihre Identität oder Staatsangehörigkeit selbst herbeiführen oder sie zumutbare Handlungen zur Erfüllung der Passbeschaffungspflicht nicht vornehmen. Diese Duldung geht mit Einschränkungen, wie dem Verbot einer Erwerbstätigkeit und einer Wohnsitzauflage einher. Die zumutbaren Handlungen können jederzeit nachgeholt werden. Damit ist die Verletzung der Mitwirkungspflicht geheilt und den betreffenden Personen die Duldung ohne den Zusatz auszustellen.

Auch das Instrument der Mitwirkungshaft wurde eingeführt. Sie ermöglicht eine Vorführung aus der Haft, wenn die oder der ausländische Staatsangehörige bestimmten Anordnungen zur Mitwirkung bei der Identitätsklärung keine Folge leistet.

In Bezug auf Asylantragstellende bzw. vollziehbar Ausreisepflichtige, für deren Asylantrag gemäß der sogenannten Dublin-III-Verordnung¹¹ ein anderer EU-Staat zuständig ist bzw. denen in einem anderen EU-Staat bereits fortbestehender Schutz gewährt wurde, ist eine Minderung oder der Ausschluss der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz möglich.

Die Voraussetzungen für eine Sicherungshaft im Rahmen der Abschiebungshaft wurden außerdem systematischer gefasst und die Möglichkeit zur Anordnung von Sicherungshaft ausgeweitet. Um kurzfristig für mehr Abschiebungshaftplätze sorgen zu können, können ausreisepflichtige Personen in sämtlichen Haftanstalten in Deutschland untergebracht werden. Diese Maßnahme gilt jedoch nur vorübergehend bis zum 30. Juni 2022 und ist auf bis zu 500 Haftplätze begrenzt. Auch müssen diese Personen in der jeweiligen Haftanstalt strikt von den Strafgefangenen getrennt werden. Weiterhin gilt, dass Minderjährige und Familien mit Minderjährigen nur in besonderen Ausnahmefällen und nur so lange in Haft genommen werden dürfen, wie es unter gebotener Berücksichtigung des Kindeswohls angemessen ist. In der Regel ist eine Inhaftierung Minderjähriger unverhältnismäßig. Das Ausweisungsrecht wurde dahingehend überarbeitet, dass Personen, die wegen Sozialleistungsbetrugs und Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz zu

¹⁰ Zweites Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht vom 15. August 2019, BGBl. I 2019, 1294.

¹¹ Seit dem 1. Januar 2014 legt die Dublin-Verordnung, (EU) NR. 604/2013 (sog. Dublin III-VO) die Kriterien und das Verfahren zur Bestimmung des Staates fest, der für einen in den Mitgliedstaaten gestellten Asylantrag zuständig ist. Neben den EU-Staaten sind auch Norwegen, Island, Schweiz und Lichtenstein ins Dublin-Verfahren eingebunden.

einer Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens einem Jahr rechtskräftig verurteilt wurden, leichter ausgewiesen werden können. Auch der besondere Ausweisungsschutz wurde überarbeitet und zielgenauer für die jeweilige zu schützende Personengruppe gefasst. Überwachungsmaßnahmen gegen schwere Straftäter, die aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht abgeschoben werden können, werden ausgeweitet.

Mit der Asylverfahrensberatung wurde zudem eine freiwillige, unabhängige staatliche Beratungsmöglichkeit in das Asylgesetz (AsylG) eingeführt, welche in der ersten Stufe (Gruppenberatung aller Asylsuchenden vor der Antragstellung) vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) angeboten wird. In der zweiten Stufe erhalten alle Asylsuchenden in Einzelgesprächen eine individuelle Asylverfahrensberatung, die durch das BAMF oder durch Wohlfahrtsverbände durchgeführt wird.

Schließlich werden die Länder verpflichtet, in Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften geeignete Maßnahmen zu treffen, um den Schutz von Frauen und schutzbedürftigen Personen zu gewährleisten.

Gesetz zur Entfristung des Integrationsgesetzes

Durch das Gesetz zur Entfristung des Integrationsgesetzes¹² wurde zum 12. Juli 2019 die bereits 2016 eingeführte Wohnsitzregelung für Schutzberechtigte (d. h. Personen mit Asylberechtigung, einem Flüchtlingsstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK), subsidiärem Schutzstatus oder einem nationalen Abschiebeverbot) entfristet. Die Regelung wäre ansonsten am 6. August 2019 außer Kraft getreten.

Zur Förderung ihrer nachhaltigen Integration sind die von der Wohnsitzregelung umfassten Personen grundsätzlich verpflichtet, für einen Zeitraum von drei Jahren ihren Wohnsitz in dem Land zu nehmen, in dem sie ihren Asylantrag gestellt haben. Daneben haben die Länder die Möglichkeit, mittels eigener Regelungen (Wohnsitznahme an einem bestimmten Ort oder sogenannte Zuzugssperren zur Vermeidung von sozialer und gesellschaftlicher Ausgrenzung) die Verteilung der von der Wohnsitzregelung umfassten Personen innerhalb ihres Gebietes zu steuern und somit Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Integration zu schaffen. Bestimmte Ausnahmen gelten für Personen in Erwerbstätigkeit, Ausbildung oder Studium.

Zweites Datenaustauschverbesserungsgesetz

Zentrale Punkte des in wesentlichen Teilen am 9. August 2019 in Kraft getretenen Zweiten Datenaustauschverbesserungsgesetzes (DAVG)¹³ sind die Verbesserung und Erweiterung der Nutzungsmöglichkeit des Ausländerzentralregisters (AZR) sowie Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit.

Behörden wie z. B. Jugendämtern ist es seitdem möglich, Daten in einem automatisierten Verfahren in Echtzeit aus dem AZR abzurufen. Auch die individuelle AZR-Nummer kann stärker als verfahrensübergreifendes Ordnungsmerkmal für die Datenübermittlung im Behördenverkehr genutzt werden.

¹² Gesetz zur Entfristung des Integrationsgesetzes vom 4. Juli 2019, BGBl. I 2019, 914.

¹³ Zweites Gesetz zur Verbesserung der Registrierung und des Datenaustausches zu aufenthalts- und asylrechtlichen Zwecken (2. DAVG) vom 4. August 2019, BGBl. I 2019, 1131.

Des Weiteren wird der Personenkreis für die Anwendung des Sicherheitsabgleichverfahrens erweitert. Dies findet nun beispielsweise auch in Widerrufsverfahren, bei Resettlement oder sonstigen humanitären Aufnahmeverfahren oder bei Übernahmearsuchen im Rahmen des Dublin-Verfahrens (siehe Abschnitt 3.) Anwendung. Der Sicherheitsabgleich wird bei Aufnahmen aus dem Ausland oder in den Dublin-Verfahren über das Ausländerzentralregister durchgeführt.

Ebenso sind Maßnahmen zur besseren Steuerung und Förderung von freiwilliger Ausreise und Rückführung im Gesetz enthalten, indem Daten zur staatlich geförderten freiwilligen Ausreise fortan im AZR gespeichert werden und für Ausreisepflichtige, bei denen eine Zurückschiebung oder Abschiebung in Betracht kommt, zusätzliche biometrische Daten mit aufgenommen werden. Weiterhin soll durch das Gesetz eine verbesserte Registrierung unbegleiteter einreisender ausländischer Minderjähriger zu deren Schutz erfolgen.

Ab August 2021 wird zudem Hochschulen und bestimmten Forschungseinrichtungen die Nutzung sowohl anonymisierter als auch – bei Einhaltung bestimmter datenschutzrechtlicher Anforderungen - personenbezogener Daten aus dem AZR gemäß § 24a Abs. 6 und 7 AZRG ermöglicht.

Drittes Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes

Das Dritte Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes¹⁴ trat zum 1. September 2019 in Kraft. Die Bedarfssätze im Asylbewerberleistungsgesetz wurden aufgrund der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013 neu ermittelt und damit die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt. Darüber hinaus wurde die Zuordnung von Leistungsberechtigten zu den Bedarfsstufen im Asylbewerberleistungsgesetz neu geregelt. Kosten für Strom und Wohnungsinstandhaltung wurden aus den bisherigen Geldleistungen herausgerechnet, da sie als Sachleistungen erbracht werden.

Zudem wurde eine Förderlücke für Auszubildende und Studierende geschlossen, indem der bisherige Leistungsausschluss teilweise gestrichen wurde. Asylbewerberinnen und Asylbewerber und Geduldete in einer dem Grunde nach förderungsfähigen Ausbildung (z. B. betriebliche Berufsausbildung) können auch im Analogleistungsbezug Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) beanspruchen. Dasselbe gilt für Asylbewerberinnen und Asylbewerber in einer dem Grunde nach gemäß dem BAföG förderungsfähigen Ausbildung (z. B. Studium). Weiterhin wurde ein Ehrenamts-Freibetrag eingeführt, der es Leistungsberechtigten ermöglicht, eine Ehrenamtspauschale von bis zu 200 Euro im Monat anrechnungsfrei zu den übrigen Leistungen zu erhalten.

¹⁴ Drittes Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes vom 13. August 2019, BGBl. I 2019, 1290.

Drittes Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes

Außerhalb des Migrationspaketes trat am 9. August 2019 das Dritte Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes¹⁵ in Kraft. Darin wird u. a. geregelt, dass volljährige deutsche Staatsangehörige, die sich im Ausland an Kampfhandlungen einer terroristischen Vereinigung, wie dem sogenannten ‚Islamischen Staat‘, konkret beteiligen, ihre Staatsangehörigkeit verlieren, sofern sie dadurch nicht staatenlos werden.

Zudem wurde die gesicherte Feststellung der Identität und Staatsangehörigkeit ausdrücklich als gesetzliche Einbürgerungsvoraussetzung festgeschrieben. Die Gewährleistung der Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse wurde außerdem zur Voraussetzung für alle Einbürgerungen aufgenommen. Sie galt zuvor lediglich bei Ermessenseinbürgerungen von Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen und -partnern deutscher Staatsangehöriger. Im Rahmen der Anspruchseinbürgerung wurden die Mehrehe als Regelbeispiel für eine fehlende Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse benannt.

3. Asylzuwanderung

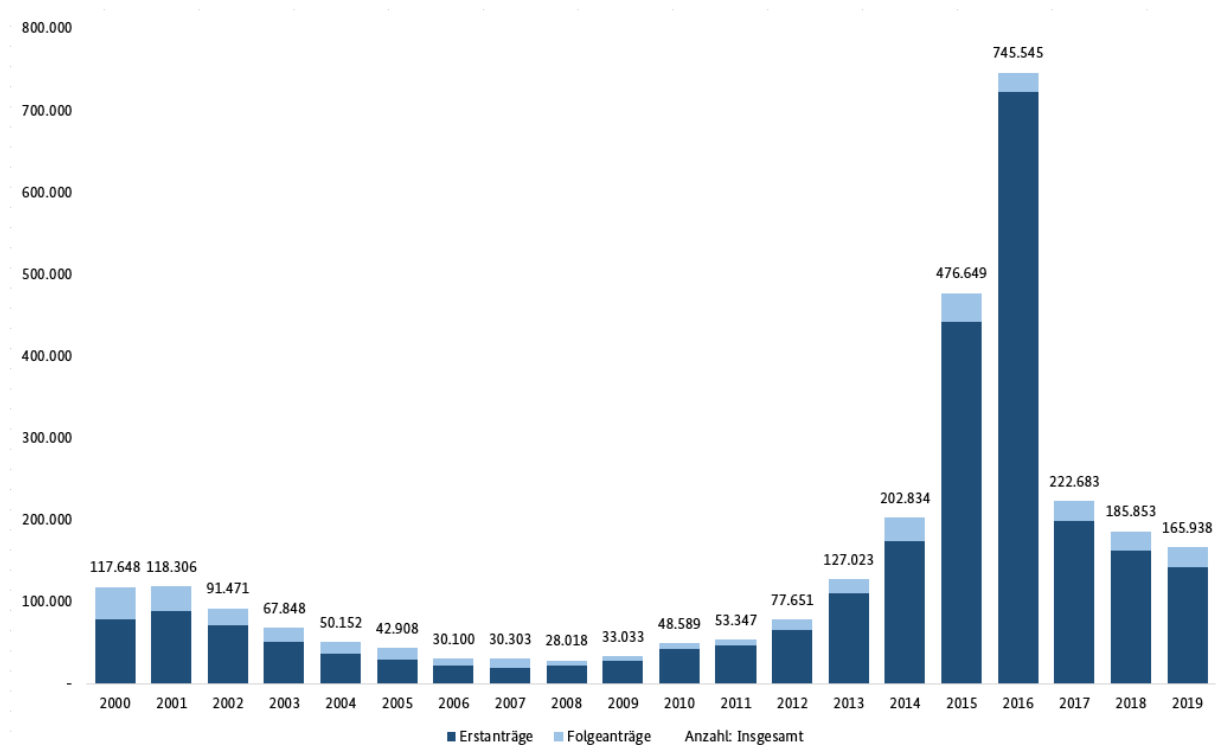
Entwicklung der Asylzuwanderung

In 2019 stellten 165.938 Personen einen Asylantrag in Deutschland, wovon 142.509 Erstanträge waren. Dies bedeutet insgesamt einen erneuten Rückgang im Vergleich zum Vorjahr (-10,7 %), in welchem noch 185.853 Personen einen Antrag gestellt hatten (161.931 Erstanträge). Damit handelt es sich um einen neuen Tiefstand seit dem Jahr 2014. Des Weiteren handelt es sich bei 22,0 % dieser Erstanträge um Anträge von Kindern, die in Deutschland geboren wurden.

Die größten Gruppen an Asylersuchenden waren in 2019 syrische (27,6 %), irakische (9,6 %) und türkische Staatsangehörige (7,6 %). Im Vergleich zum Vorjahr weist unter den zehn häufigsten Herkunftsländern lediglich die Türkei eine Steigerung auf (+6,1 %).

¹⁵ Drittes Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 4. August 2019, BGBl. I 2019, 1124.

Abbildung 1: Entwicklung der Asylantragszahlen (Erst- und Folgeanträge) in Deutschland von 2000 bis 2019



Quelle: BAMF

Bedingt durch den Rückgang der Anträge sank auch die Zahl der Entscheidungen über Asylanträge, die durch das BAMF getroffen wurden. Mit 183.954 Entscheidungen im Jahr 2019 wurden 15,2 % weniger getroffen als im Vorjahr. Dabei stieg die Zahl der Anerkennungen der Flüchtlingseigenschaft nach Art. 16a Grundgesetz (GG) und/oder als Flüchtlinge gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) leicht an, was zu einer geringfügig erhöhten Gesamtschutzquote¹⁶ von 38,2 % führte (2018: 35,0 %). Insgesamt wurde 24,5 % der Antragstellenden eine Rechtsstellung als Flüchtling zugesprochen, 10,6 % erhielten subsidiären Schutz gem. § 4 Abs. 1 AsylG und 3,2 % ein nationales Abschiebungsverbot gemäß § 60 Abs. 5 o. 7 AufenthG. 29,4 % der Entscheidungen resultierten in einer Ablehnung, während mit 32,4 % formelle Entscheidungen¹⁷ den größten Anteil darstellten. Besonders hoch lag die Schutzquote bei Antragstellenden aus Syrien (83,7 %), Eritrea (73,9 %) und der Türkei (47,4 %).

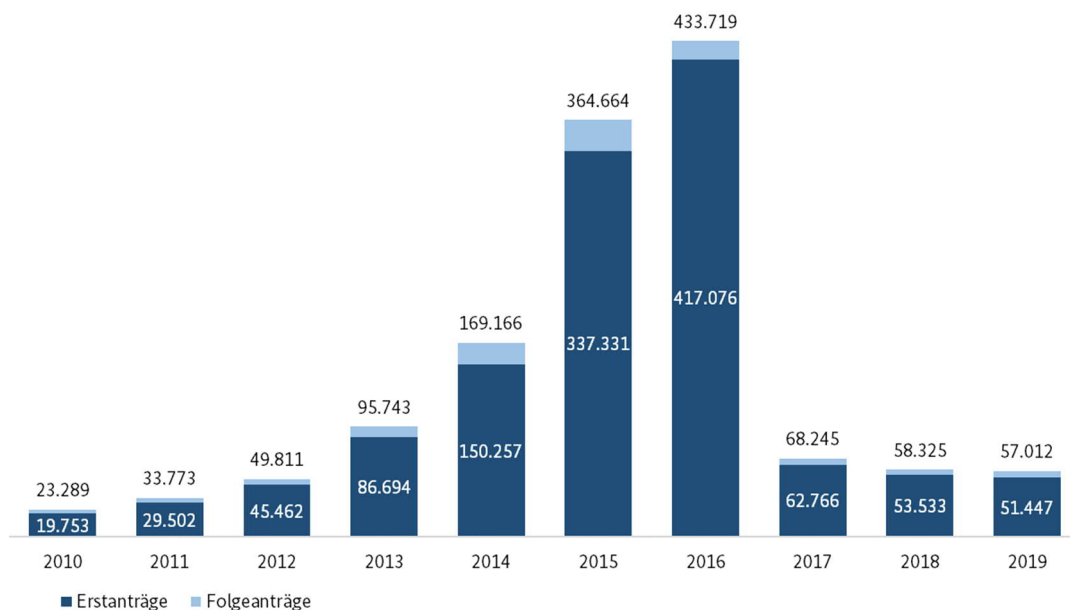
Zum Jahresende 2019 waren noch 57.012 Asylverfahren beim BAMF anhängig, davon 51.447 Erstanträge. Seit 2016 ist die Zahl kontinuierlich rückläufig.¹⁸

¹⁶ Die Gesamtschutzquote umfasst alle positiven Entscheidungen durch das BAMF, bei denen eine Asylberechtigung nach Art. 16a Abs. 1 GG, Flüchtlingsschutz nach § 3 Abs. 1 AsylG, subsidiärer Schutz nach § 4 Abs. 1 AsylG oder ein nationales Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 5 oder 7 AufenthG zuerkannt wurde.

¹⁷ Formelle Entscheidungen sind u. a. Entscheidungen nach dem Dublin-Verfahren, Verfahrenseinstellungen wegen Antragsrücknahmen seitens der Antragstellenden und Entscheidungen im Folgeantragsverfahren, dass kein weiteres Asylverfahren durchgeführt wird.

¹⁸ Vgl. BAMF 2020a.

Abbildung 2: Entwicklung der anhängigen Asylverfahren seit 2010



Quelle: BAMF

Dublin-Verfahren

Die Anzahl der von Deutschland gestellten Aufnahme- bzw. Wiederaufnahmeersuchen im Rahmen des Dublin-Verfahrens ging im Jahr 2019 gegenüber dem Vorjahr deutlich zurück (2019: 48.847; 2018: 54.910; 2017: 64.267). Dies hängt eng mit dem Absinken der Asylanträge zusammen. Wie auch im Vorjahr sind die EU-Staaten, an die Deutschland in 2019 die meisten Ersuchen gestellt hat, Italien (29,0 %), Griechenland (20,2 %) und Frankreich (10,3 %).

Im gleichen Zeitraum erhielt Deutschland 23.717 Ersuchen aus den anderen EU-Mitgliedsstaaten. Hier setzt sich ebenfalls der Rückgang der vergangenen Jahre fort (2018: 25.008; 2017: 26.931). Die meisten Ersuchen kamen dabei aus Frankreich (47,2 %), den Niederlanden (13,1 %) und Belgien (8,2 %). Tatsächlich überstellt hat Deutschland in 2019 8.423 Personen, was einen leichten Rückgang zum Vorjahr darstellt (9.209). Auch hier liegt Italien an der Spitze der Zielländer (30,6 %), gefolgt von Frankreich (14,4 %) und Spanien (7,0 %). Die Überstellungsquote lag bei 28,3 % und damit erneut höher als im Vorjahr (2018: 24,4 %; 2017: 15,1 %).

Auch die Zahl der Personen, die aus anderen Mitgliedsstaaten tatsächlich nach Deutschland überstellt wurden, ging im Vergleich zu 2018 zurück (2019: 6.087, 2018: 7.580). Hier liegt nicht mehr Griechenland an erster Stelle (2019: 12,0 %), sondern Frankreich (33,2 %), gefolgt von den Niederlanden (18,5 %).¹⁹

¹⁹ Vgl. BAMF 2020a.

Widerrufs- und Rücknahmeverfahren

In 2019 traf das BAMF fristgerecht 170.406 Entscheidungen über Widerrufsprüfungsverfahren. Dies stellt eine Verdopplung im Vergleich zum Vorjahr dar (85.052 Entscheidungen). Dabei entfielen etwa drei Viertel der Entscheidungen auf die gesetzlich vorgeschriebenen Regelüberprüfungen, den Rest stellten anlassbezogene Prüfungen dar. Die Widerrufsquote lag insgesamt bei 3,3 %.²⁰

Die Mehrheit der Regelüberprüfungen bildeten Asylentscheidungen aus den Jahren 2014/15. Die Fristen zur einer solchen Überprüfung für Entscheidungen zu Asylberechtigungen nach Art. 16a GG und Flüchtlingsstatus nach § 3 AsylG, die in den Jahren 2015, 2016 und 2017 getroffen wurden, wurden verlängert.

Seit Ende 2018 haben Schutzberechtigte im Widerrufsverfahren vergleichbare Mitwirkungspflichten wie schon bislang im Asylverfahren. Dabei kann sich eine fehlende oder mangelhafte Mitwirkung zu Lasten der Betroffenen auswirken. Dies soll zu einer weiteren Beschleunigung der Verfahren führen.

Ankunftscentren, AnKER- und funktionsgleiche Einrichtungen

Nachdem in 2018 in drei Bundesländern insgesamt neun sogenannte AnKER-Einrichtungen (Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückkehrereinrichtungen) eingerichtet wurden, führten in 2019 drei weitere Bundesländer (Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Brandenburg) das Konzept im Rahmen funktionsgleicher Einrichtungen ein. Im Januar 2020 folgte mit Hamburg ein weiteres Bundesland. Die AnKER-Einrichtung Donauwörth wurde, wie bei der Eröffnung bereits vorgesehen, zum Jahresende 2019 geschlossen. Die Zuständigkeiten gingen darauf in das neue Behördenzentrum in Augsburg über.

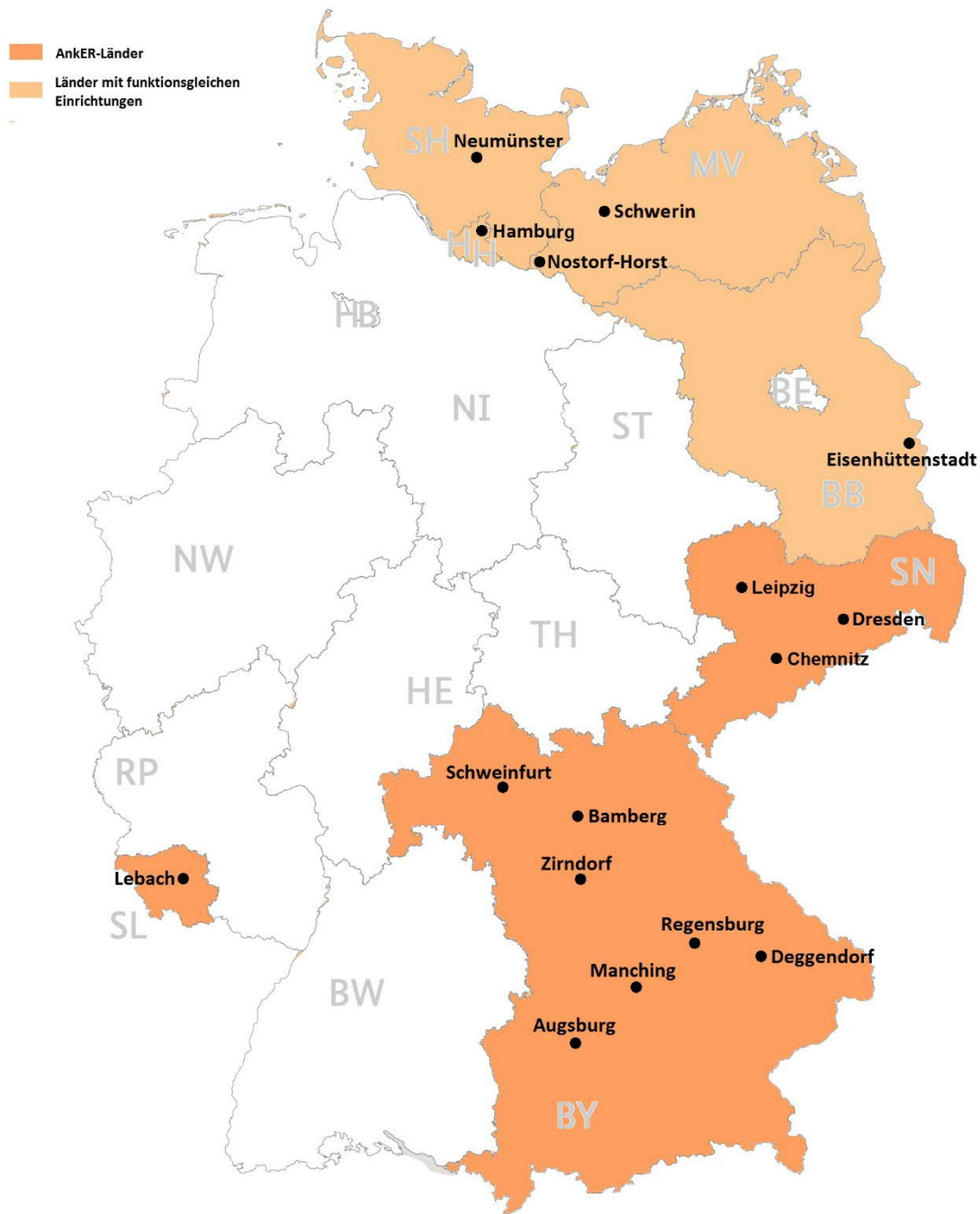
Durch Zentralisierung und stärkere Verzahnung vor Ort sollen die Asylverfahren durch das AnKER-Konzept schnell, umfassend und rechtssicher werden. Das Konzept baut dabei auf den bereits vorhandenen Ankunftscentren auf. Eine wissenschaftliche Evaluation der AnKER-Einrichtungen erfolgt durch das BAMF-Forschungszentrum und wird im Laufe des Jahres 2020 abgeschlossen.

Bereits seit 2017 wurde außerdem mit der Schließung bzw. Umfunktionierung einzelner Außenstandorte des BAMF begonnen, welche seit 2015 zur Unterstützung der Infrastruktur aufgebaut worden waren. In 2019 erfolgte plangemäß die Schließungen der Außenstellen Hermeskeil, Diez und Ingelheim/Bingen. Karte 1 zeigt die Standorte der AnKER- und funktionsgleichen Einrichtungen zum Jahresanfang 2020. Aktuell (Stand Juni 2020) gibt es bundesweit 15 AnKER- oder funktionsgleiche Einrichtungen²¹ in sieben Bundesländern (Bayern, Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen und Schleswig-Holstein).

²⁰ Vgl. BAMF 2020b.

²¹ Bei den funktionsgleichen Einrichtungen handelt es sich um Schwerin/Nostorf-Horst in Mecklenburg-Vorpommern, Neumünster-Boostedt in Schleswig-Holstein, Eisenhüttenstadt in Brandenburg, Chemnitz und Leipzig in Sachsen sowie Hamburg.

Karte 1: Standorte von AnKER- und funktionsgleichen Einrichtungen im Januar 2020



Quelle: BAMF

Fachkommission Fluchtursachen

Wie im Koalitionsvertrags vorgesehen, hat die Bundesregierung im Juli 2019 die Mitglieder der Fachkommission ‚Fluchtursachen‘ berufen. Die insgesamt 24 Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis sollen kurz-, mittel- und langfristig umsetzbare Maßnahmen zur Minderung der Ursachen von Flucht und irregulärer Migration vorschlagen. Bis Frühjahr 2021 sollen diese in einem Abschlussbericht der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag vorgestellt werden.

Neu-Anordnung der vorübergehend wiedereingeführten Binnengrenzkontrollen an der deutsch-österreichischen Landgrenze

Zum 12. November 2019 wurden die seit September 2015 vorübergehend wiedereingeführten Binnengrenzkontrollen an der deutsch-österreichischen Landgrenze für weitere sechs Monate neu angeordnet (gestützt auf Artikel 25 bis 27 Schengener Grenzkodex). Des Weiteren wurde die Bundespolizei am 6. November 2019 um eine weitere Intensivierung der Kontroll- und Fahndungsmaßnahmen an den deutschen Binnengrenzen gebeten. Innerhalb der ersten vier Wochen wurden ca. 180 Menschen mit Wiedereinreiseperrre und ca. 250 mit Haftbefehl gesuchte Personen aufgegriffen. Aufgrund der COVID-19-Pandemie und den daraus resultierenden pandemiebedingten Binnengrenzkontrollen nebst korrespondierenden Einreisebeschränkungen rückten diese speziellen Maßnahmen im Frühjahr 2020 jedoch in den Hintergrund.

Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten

Für subsidiär Schutzberechtigte, denen nach dem 17. März 2016 eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde, war der Familiennachzug zwischenzeitlich bis 31. Juli 2018 ausgesetzt. Seit dem 1. August 2018 ist dies beim Vorliegen von humanitären Gründen für bis zu 1.000 Personen pro Monat wieder möglich. In 2019 wurden nach § 36a AufenthG 11.129 nationale Visa zu Familiennachzug zum subsidiär Schutzberechtigten durch die deutschen Auslandsvertretungen erteilt.²²

4. Erwerbsmigration

Entwicklung der Erwerbsmigration

Die wichtigste Entwicklung im Bereich der Erwerbsmigration in 2019 bildete die Verabschiedung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes (FEG) (siehe Abschnitt 2.).

Insgesamt sind im Jahr 2019 – also vor Inkrafttreten des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes – 64.219 Drittstaatsangehörige nach Deutschland zugezogen, welche eine Aufenthaltserlaubnis im Rahmen der Erwerbsmigration nach den §§ 18 bis 21 AufenthG a. F. erhalten haben. Davon kann bei 61,3 % anhand des erteilten Aufenthaltstitels von einer (hoch-)qualifizierten Tätigkeit ausgegangen werden; dies umfasst u. a. Inhaberinnen und Inhaber einer Blauen Karte EU, unternehmensintern transferierte Arbeitskräfte (ICT), Forschende und selbständig tätige Personen. Die Erwerbsmigration hat im Vergleich zum Vorjahr um 5,5 % zugenommen (2018: 60.857 Drittstaatsangehörige, davon 63,6 % mit (hoch-)qualifizierter Tätigkeit).

Erfolgsmodell Blaue Karte EU

Seit der Einführung der Blauen Karte EU im Rahmen der Umsetzung der Hochqualifiziertenrichtlinie der EU (Richtlinie 2009/50/EG) in 2012 wurden jährlich steigende Zuwanderungszahlen nach Deutschland verzeichnet. Auch 2019 ist die Zuwanderung im Rahmen der Blauen Karte EU mit 13.137 Drittstaatsangehörigen um 9,3 % gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Am 31. Dezember 2019 waren insgesamt 61.506 Personen mit einem solchen Aufenthaltstitel in Deutschland aufhältig. Davon stellten mit 28,0 % indische Staatsangehörige den mit Abstand größten Anteil. Weitere zentrale Herkunftsländer bilden China (7,4 %)

²² Vgl. Deutscher Bundestag 2020b. Für eine monatliche Übersicht der erteilten Visa vgl. Deutscher Bundestag 2020c und 2020d.

und die Russische Föderation (6,3 %). Die aufhältigen Personen waren außerdem mit 70,3 % vorwiegend Männer.²³

Entwicklung im Rahmen der Westbalkanregelung

Mit der sogenannten Westbalkanregelung (§ 26 Abs. 2 BeschV) ist es Staatsangehörigen aus den Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien²⁴ und Serbien seit 2016 grundsätzlich möglich, eine Beschäftigung in Deutschland unabhängig von ihrer Qualifikation aufzunehmen. Diese Regelung wurde vorerst bis zum 31. Dezember 2020 befristet. Eine Evaluierung durch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) kam im März 2020 zu dem Ergebnis, dass die Arbeitsmarktintegration von Personen, die über die Westbalkanregelung nach Deutschland gekommen sind, insgesamt erfolgreich verlief.²⁵ Das Bundeskabinett brachte am 26. August 2020 mit der Sechsten Verordnung zur Änderung der Beschäftigungsverordnung eine Verlängerung der Regelung bis Ende 2023 auf den Weg; der Bundesrat stimmte am 8. Oktober 2020 zu. Gleichzeitig mit der Verlängerung wird ein jährliches Kontingent von maximal 25.000 Zustimmungen der BA eingeführt.

2019 wurden von den deutschen Auslandsvertretungen in den Westbalkanstaaten 27.259 Visa für eine Arbeitsaufnahme im Rahmen der Westbalkanregelung erteilt. Im gleichen Zeitraum stimmte die BA 62.334 Anträgen zu, während sie 12.698 ablehnte.

Das ungemindert große Interesse an der Nutzung der Regelung führt in den Herkunftsländern z. T. zu Kapazitätsengpässen in den deutschen Auslandsvertretungen. Mit Ausnahme von Montenegro wiesen alle Vertretungen in den Westbalkanstaaten Wartezeiten für Visumtermine von bis zu über einem Jahr aus.

Einrichtung der Zentralen Servicestelle Berufsanerkennung (ZSBA)

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), das BMAS und die BA beschlossen im Oktober 2019 die Einrichtung der ‚Zentralen Servicestelle Berufsanerkennung‘ (ZSBA). Im Februar 2020 nahm diese als Teil der ‚Zentralen Auslands- und Fachvermittlung‘ (ZAV) der BA in Bonn ihre Arbeit auf und wird zunächst für vier Jahre vom BMBF finanziert.

Die wesentliche Aufgabe der ZSBA ist es, Personen im Ausland, die ihren Abschluss in Deutschland anerkennen lassen wollen, eine verfahrensbegleitende zentrale Ansprechstation zu bieten, die diese anhand ihres jeweilig konkreten Falls u. a. zu Verfahrensvoraussetzungen und möglichen Beschäftigungsorten beraten kann. Des Weiteren soll auch bei der Zusammenstellung der nötigen Unterlagen, der Weiterleitung an die zuständigen Stellen sowie bei der Kontaktaufnahme zu potenziellen inländischen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern unterstützt werden. Dabei arbeitet die ZSBA eng mit den bisherigen Informations- und Beratungsstellen zusammen, so der vom BAMF und der BA betriebenen Hotline „Arbeiten und Leben in

²³ Vgl. Graf 2020.

²⁴ Vor Februar 2019: Mazedonien.

²⁵ Vgl. Brücker et al. 2020.

Deutschland“, um eine bestehende Lücke im Angebot zu schließen. Auch sollen die zuständigen Stellen für berufliche Anerkennung durch besser vorbereitete Anträge entlastet werden.

Gründung der Deutschen Fachkräfteagentur für Gesundheits- und Pflegeberufe (DeFa)

Im Oktober 2019 hat das Saarland die ‚Deutsche Fachkräfteagentur für Gesundheits- und Pflegeberufe‘ (DeFa) gegründet und ist alleinige Gesellschafterin. Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) leistet eine Anschubfinanzierung. Internationale Pflegefachkräfte sollen deutlich schneller als bisher nach Deutschland einreisen können. Die DeFa übernimmt hierzu - bei entsprechender Beauftragung - die Anträge auf Visa, Berufsankennung sowie Aufenthalts- bzw. Arbeitserlaubnis für Pflegefachkräfte aus Drittstaaten. Sie unterstützt hierbei durch Vorprüfung auf Vollständigkeit und Richtigkeit sowie durch Bündelung von Anträgen die Einhaltung der verkürzten Fristen im beschleunigten Fachkräfteverfahren. Zudem begleitet die DeFa die Anträge bis zur Bescheiderteilung.

Die Einrichtung der DeFa folgt einem Beschluss der ‚Konzertierten Aktion Pflege‘. Dies gilt ebenso für die Gründung des Deutschen Kompetenzzentrums für internationale Fachkräfte in den Gesundheits- und Pflegeberufen (DKF) beim Kuratorium Deutsche Altershilfe, die im November 2019 erfolgt ist. Das DKF erhält eine finanzielle Förderung des Bundesministeriums für Gesundheit und soll eine hohe Qualität der Fachkräftegewinnung sichern. Aufgaben sind die Entwicklung, Begleitung und Umsetzung optimierter Nachqualifizierungen internationaler Pflegefachkräfte in Deutschland einschließlich intensiver Sprachkurse. Weitere Aufgaben sind die fachliche, betriebliche und soziale Integration einschließlich Mentoring sowie die Entwicklung eines Gütesiegels zu Sicherung einer ethisch hochwertigen Fachkräftegewinnung.

5. Integration

Integrationskurse

Die Integrationskurse stellen das zentrale Integrationsangebot des Bundes in Deutschland dar. Sie werden von insgesamt rund 1.600 privaten und öffentlichen Trägern durchgeführt, die zuvor vom BAMF zugelassen wurden, und sind für einen Teil der Zugewanderten verpflichtend.

In 2019 begannen 176.445 Personen einen Integrationskurs, von denen etwas mehr als die Hälfte zur Teilnahme verpflichtet war. Dies sind 13,1 % weniger Personen als im Vorjahr. Der Frauenanteil an den neuen Teilnehmenden lag 2019 bei 58,8 %. Die Integrationskursbegleitende Kinderbeaufsichtigung ist hierbei insbesondere für Mütter ein wichtiges Angebot. Im Jahr 2019 wurde für rund 6.700 Kinder die Beaufsichtigung während der Kursteilnahme gefördert. Syrische Staatsangehörige stellen weiterhin die größte Gruppe der Teilnehmenden, der Anteil ist jedoch im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Gleichzeitig stieg neben der Türkei auch der Anteil von Personen aus dem EU-Staat Rumänien an, welche nun bereits die zweitgrößte Gruppe bilden. EU-Staatsangehörige haben keinen gesetzlichen Anspruch auf Teilnahme an einem Integrationskurs. Das BAMF kann unter bestimmten Voraussetzung (z. B. noch freie Kursplätze) einer beantragten Teilnahme an einem Integrationskurs zustimmen. Von 2005 bis Ende 2019 haben insgesamt 2,3 Millionen Menschen einen Integrationskurs begonnen.

Bei dem an den Integrationskurs anschließenden Deutsch-Test stieg der Anteil der Teilnehmenden, die den allgemeinen Integrationskurs besuchten und dort das Sprachniveau B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GER) erreichten, geringfügig auf 63,1 % (Vorjahr 61,8 %). Bei langfristiger Betrachtung erweist sich dieser Anteil als stabil. Unverändert liegt in dieser Kursart, die von rund drei Viertel der Teilnehmenden besucht wird, der Anteil derjenigen, die entweder B1 GER oder das darunterliegende Niveau A2 erreichen, bei über 90 %. Lediglich im Alphabetisierungskurs ist weiterhin ein Rückgang der B1-Quote zu verzeichnen. Allerdings liegt hier das im Curriculum vorgesehene Lernziel bei A2, das von mehr als der Hälfte der Teilnehmenden erreicht (39,0 %; Vorjahr 43,0 %) oder übertroffen wird (13,7 %; Vorjahr 16,3 %).²⁶ Für die Durchführung der Integrationskurse wurden ca. 650 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt verausgabt.

Seit 2018 begleitet das BAMF-Forschungszentrum die Weiterentwicklung der Integrationskurse im Rahmen des Projekts ‚Evaluation der Integrationskurse‘ (EvIk). Darin wird besonders die Wirkungsweise der Kurse auf die Gruppe der teilnehmenden Geflüchteten untersucht. Im September 2019 wurde der erste Zwischenbericht mit vorläufigen Ergebnissen veröffentlicht.²⁷ Demnach wirkt sich der Besuch eines Integrationskurses grundsätzlich positiv auf den Spracherwerb von Geflüchteten aus.

Berufssprachkurse

Zugewanderte mit in der Regel Sprachniveau B1 des GER können die weiterführenden Berufssprachkurse besuchen, die den Spracherwerb speziell auf die Arbeitswelt ausrichten. Für Personen, die den Integrationskurs nicht erfolgreich besucht haben, gibt es ein spezielles Kursangebot „unter B1“. Der Besuch von Berufssprachkursen ist für alle ausländischen Staatsangehörigen wie auch Deutsche mit Migrationshintergrund unter den Voraussetzungen des § 4 DeuFöV (Verordnung über die berufsbezogene Deutschsprachförderung) möglich und in der Regel kostenlos. Ferner werden auch fachspezifische Kurse für einzelne Berufsgruppen sowie Kurse im Rahmen der Verfahren der Berufsanerkennung angeboten. Die berufsbezogene Deutschsprachförderung bildet gemeinsam mit den Integrationskursen einen zentralen Baustein des ‚Gesamtprogramms Sprache‘.

Auch für die Berufssprachkurse liegen die Koordination und die Steuerung beim BAMF. Die Kurse wurden seit 2016 in Zusammenarbeit mit dem BMAS aufgebaut und werden von aktuell rund 1.200 privaten und öffentlichen Trägern durchgeführt. In 2019 begannen 180.989 Personen einen Berufssprachkurs, was einer Steigerung von 9,1 % im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Dafür wurden ca. 310 Millionen Euro aus Bundesmitteln ausgegeben.

BMAS hat im September 2020 die Evaluation der berufsbezogenen Deutschsprachförderung an ein Forschungskonsortium vergeben. Ziel der Evaluation ist es, die Regelungen hinsichtlich der Erreichung der mit ihnen verbundenen Ziele zu untersuchen. Ergebnisse werden für 2023 erwartet.

²⁶ Vgl. BAMF 2020c.

²⁷ Vgl. Tissot et al. 2019.

Weiterentwicklung des Nationalen Aktionsplans Integration (NAP-I)

Nach dem Nationalen Integrationsplan (2007) und dem ersten Nationalen Aktionsplan Integration (2012) wurde 2018 im Rahmen des 10. Integrationsgipfels der Startschuss zur Fort- und Weiterentwicklung des Nationalen Aktionsplans Integration (NAP-I) in den Jahren 2018 bis 2021 gegeben. Die Gesamtkoordination liegt bei der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (IntB).

Der Aktionsplan steht unter dem Motto ‚Ein Land. Viele Chancen‘. Der Grundsatz von ‚Fordern und Fördern‘ bleibt dabei erhalten, zusätzlich orientiert sich der NAP-I an einem zeitlich gestaffelten Modell, das die Integrationsbedarfe in unterschiedlichen Phasen der Zuwanderung und des Zusammenlebens thematisiert. Diese sind: vor der Zuwanderung (Phase I), Erstintegration (Phase II), Eingliederung (Phase III), Zusammenwachsen (Phase IV) und Zusammenhalt (Phase V). Zugeordnet sind diesen Phasen insgesamt 24 Themenforen, in denen sich unter Federführung verschiedener Bundesressorts Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Praxis (Länder, Kommunen, Zivilgesellschaft, Migrantenorganisationen) mit verschiedenen Integrationsbereichen beschäftigen und bis Anfang 2021 entsprechende Berichte und Kernvorhaben erarbeiten.

Die ersten Ergebnisse der inhaltlichen Ausarbeitungen des Jahres 2019 im Bereich der Themenforen der Phase I wurden im März 2020 auf dem 11. Integrationsgipfel vorgestellt.²⁸ Darin wurde v. a. eine stärkere Vernetzung der unterschiedlichen Akteure gefordert, sowohl im Bereich der ‚Informations- und Aufklärungsangebote‘ als auch bei der ‚Werbestrategie zur Gewinnung von Fachkräften‘. Zudem sollen die Möglichkeiten für ‚Vorintegrationsangebote‘ und ‚Sprachkurse im Herkunftsland‘ erweitert werden, um die Attraktivität Deutschlands als Einwanderungsland für ausländische Fachkräfte zu steigern. Des Weiteren wurden im Bereich ‚Migration und Entwicklungszusammenarbeit‘ Ansätze entwickelt, wie bereits in Herkunftsländern Grundlagen für gelingende Integration gelegt werden können und wie Herkunftsländer wiederum von gelungener Integration in Deutschland, vor allem durch die Förderung von entwicklungs-politischem Engagement der Diaspora, profitieren können. Die Erklärungen der Bundesregierung zu den Phasen II und III wurden am 29. Juli 2020 veröffentlicht. Die Ergebnisse der für die Phasen II und III vereinbarten Kernvorhaben wurden auf dem 12. Integrationsgipfel im Oktober 2020 vorgestellt.

Fachkommission zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit

Die am 30. Januar 2019 durch die Bundesregierung ins Leben gerufene Fachkommission zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit trat am 20. Februar 2019 zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Bestehend aus 25 Mitgliedern aus Wissenschaft und Praxis, die gemeinsam von IntB, BMAS und BMI vorgeschlagen wurden, soll die Kommission wirtschaftliche, arbeitsmarktpolitische, gesellschaftliche und demografische Rahmenbedingungen für die Integration beschreiben und kurz- bis mittelfristige Empfehlungen abgeben. Der Fokus liegt dabei nicht nur auf der Zuwanderung der letzten Jahre, sondern auch auf schon länger in Deutschland lebenden Personen mit Migrationshintergrund. Aber auch die Aufnahme-fähigkeit und -bereitschaft der Gesamtgesellschaft soll mitbetrachtet werden. Der Abschlussbericht der Fachkommission soll voraussichtlich Anfang 2021 vorgestellt werden.

²⁸ Vgl. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2020.

Fortsetzung der Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen

Zur Entlastung der Länder und Kommunen wurde bereits 2016 eine Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten festgelegt. Bund und Länder haben sich am 6. Juni 2019 auf die Weiterführung der Bundesbeteiligung an den flüchtlingsbedingten Kosten von Ländern und Kommunen für die Jahre 2020 und 2021 verständigt. Mit dem ‚Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen in den Jahren 2020 und 2021 vom 9. Dezember 2019 wurde diese Vereinbarung umgesetzt. Für 2020 und 2021 werden danach den Kommunen jeweils schätzungsweise 1,8 Milliarden Euro durch die vollständige Übernahme ihrer Kosten für Unterkunft und Heizung für Geflüchtete bereitgestellt. Außerdem wurde festgelegt, den Ländern in den Jahren 2020 und 2021 nochmals eine Pauschale für flüchtlingsbezogene Zwecke zur Verfügung zu stellen (2020: 700 Millionen Euro; 2021: 500 Millionen Euro). Darüber hinaus wurde für 2020 ein Abschlag in Höhe 500 Millionen Euro im Hinblick auf die verfahrensabhängige Bundesbeteiligung an den Kosten der Länder für Asylbewerber für gewährt. Am 20. November 2020 hat das der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Anpassung der Ergänzungszuweisungen des Bundes nach § 11 Abs. 4 Finanzausgleichsgesetz (FAG) und zur Beteiligung des Bundes an den flüchtlingsbezogenen Kosten der Länder‘ verabschiedet. Fortführung der verfahrensabhängigen Bundesbeteiligung an den flüchtlingsbezogenen Kosten der Länder werden diesen hierdurch für das Jahr 2020 weitere 153 Millionen Euro und für das Jahr 2021 – wiederum als Abschlag – 500 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Reaktionen auf antisemitische und rassistische Gewalttaten

Aufgrund der auch im Jahr 2019 aufgetretenen antisemitisch bzw. rassistisch motivierten Verbrechen mit teilweise rechtsextremen Hintergründen, insbesondere dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke am 1. Juni 2019 und dem Anschlag auf die Synagoge in Halle am 9. Oktober 2019, beschloss das Bundeskabinett am 30. Oktober 2019 ein ‚Maßnahmenpaket zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität‘. Neben einer Aufpersonalisierung der zuständigen Sicherheitsbehörden wurde damit auch eine verstärkte Fokussierung dieser Behörden auf den Themenbereich des Rechtsextremismus festgelegt. Parallel dazu wurden Regelungen des Strafgesetzbuches (StGB) mit Bezug zu Gewalt und Hasskriminalität ergänzt und erweitert, das Waffenrecht verschärft und Präventionsprogramme zu den Themen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ausgebaut bzw. verstetigt. Bereits zum 1. Januar 2019 wurde ein bundesweiter ‚Angriffszielkatalog‘ vereinbart, durch welchen eine statistische Erfassung antimuslimischer Straftaten, wie z. B. Übergriffe auf Moscheen, ermöglicht wird.

Mit dem durch Bundesmittel geförderten Aufbau des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) soll seit Anfang des Jahres 2019 außerdem auch die einheitliche Erfassung antisemitischer Vorfälle unterstützt werden, auch wenn diese unterhalb der Strafbarkeitsschwelle liegen. Die Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens trat zudem am 19. September 2019 zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen.

6. Rückkehr und Reintegration

Entwicklung von freiwilliger (geförderter) Rückkehr und Abschiebungen

Die deutsche Rückkehrpolitik besteht aus zwei wesentlichen Elementen: der Förderung freiwilliger Rückkehr sowie der zwangsweisen Rückführung. Generell gilt dabei, dass die freiwillige Ausreise Vorrang hat.

Das meistgenutzte Instrument im Bereich der Förderung freiwilliger Rückkehr ist das von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) durchgeführte Bund-Länder-Programm REAG/GARP²⁹. Im Rahmen von REAG werden seit 1979 Reisekosten übernommen und Reisebeihilfen vergeben, während bei GARP seit 1989 abhängig von der Staatsangehörigkeit der Personen auch Wiedereingliederungshilfen im Herkunftsland gewährt werden können. Ergänzt wird das REAG/GARP-Programm zusätzlich durch das Bundesprogramm ‚StarthilfePlus‘ sowie das Programm ‚Perspektive Heimat‘ (siehe unten). Weitere transnationale, europäische, bundes- und landesweite sowie kommunale Projekten ergänzen die Bandbreite an Förderungen der freiwilligen Ausreise aus Deutschland.

Mit 13.053 Personen ist 2019 die Zahl der über das REAG/GARP-Programm ausgereisten Personen im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen (2018: 15.941) und sank dadurch zum ersten Mal wieder unter das Niveau von 2014. Der Anstieg der Zahl von freiwilligen Ausreisen in den Jahren 2015/2016 könnte darauf zurückzuführen sein, dass durch die hohe Fluchtmigration die Zahl der freiwilligen Ausreisen stark angestiegen. Seitdem war wieder ein Rückgang zu beobachten. Dieser fiel in 2019 mit -18,1 % jedoch deutlich geringer aus als in 2018 (-46,0 %). Im Jahr 2019 waren 1.755 der geförderten Rückkehrenden irakische und 1.067 georgische Staatsangehörige. Die Zahl der bewilligten Ausreisen in die Westbalkanstaaten ist, wenn auch mit abnehmender Tendenz, weiterhin hoch. Dabei waren nordmazedonische Staatsangehörige mit 988 Personen am häufigsten vertreten, gefolgt von Albanien (838) und Serbien (799).

Eine ähnliche Entwicklung ist auch für die Zahl der Abschiebungen – inklusive Dublin-Überstellungen – zu beobachten (22.097 Personen in 2019; 2018: 23.617). Sie ging jedoch seit 2016 nur leicht zurück und lag 2018 zum ersten Mal seit 2012 wieder über der Zahl der geförderten freiwilligen Ausreisen. Dieses Verhältnis setzte sich auch in 2019 fort. Der Rückgang der Abschiebungen fiel mit -6,4 % zwischen 2018 und 2019 deutlich geringer aus als für die freiwilligen Ausreisen im Rahmen des REAG/GARP-Programms.³⁰

Für die Gesamtzahl an Ausreisen, welche durch Programme der Länder und Kommunen gefördert wurden, sowie für ungeforderte freiwillige Ausreisen liegen keine belastbaren Daten vor.

²⁹ REAG: Reintegration and Emigration Program for Asylum-Seekers in Germany; GARP: Government Assisted Repatriation Program.

³⁰ Vgl. Deutscher Bundestag 2020c.

Zentralisierung der Passersatzbeschaffung

Seit August 2019 wird die Passersatzbeschaffung (PEB) vom BAMF durchgeführt. Ausreisepflichtigen Personen ohne Reisepapiere werden gem. § 75 Nr. 13 AufenthG – in Amtshilfe für die originär zuständigen Länder – Dokumente für die Heimreise organisiert. Diese Aufgabe hatten zuvor die Länder in eigener Zuständigkeit wahrgenommen oder sich ihrerseits in Amtshilfe an die Bundespolizei gewandt. Die Passersatzbeschaffung setzt bei Ausreisepflicht an und ist Kern der rückkehrvorbereitenden Maßnahmen. Sie erfolgt im Regelfall für die Rückführung, kann aber auch bei der freiwilligen Rückkehr angewandt werden. Ohne das erforderliche Dokument bzw. Ersatzpapier kann die Ausreise, ob freiwillig oder zwangsweise, nicht erfolgen. Zu den zentralen Aufgaben der PEB gehören die Identitätsklärung und die Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern.

Seit Übernahme der PEB durch das BAMF wurden bereits 15.000 Fälle eingesteuert. Diese verteilen sich zum Großteil auf die 31 zentralisierten Herkunftsländer³¹, für die der Bund in der PEB zuständig ist. Für die Länder Brandenburg, Bremen und Saarland übernimmt der Bund die Bearbeitung aller Fälle der PEB.

Erweiterung und Evaluation des Bundesprogramms ‚StarthilfePlus‘

Das seit 2017 existierende Programm ‚StarthilfePlus‘, welches das REAG/GARP-Programm durch Maßnahmen der Reintegrationsförderungen für freiwillig ausgereiste Personen ergänzt, wurde in 2019 durch neue Fördermöglichkeiten erweitert. Dafür wurden die erweiterten Grundförderungen des REAG/GARP-Programms mit den Reintegrationshilfen aus StarthilfePlus in einem vereinfachten Förderprogramm miteinander verbunden.

Die bisher bereits für einige Herkunftsländer mögliche Beantragung einer finanziellen Starthilfe von 1.000 Euro ist nun auch für Afghanistan, Irak und Nigeria möglich. Auch wurde die bisher befristete Programmkomponente ‚Dein Land. Deine Zukunft. Jetzt!‘ für ausgewählte Zielländer³² in die Regelförderung aufgenommen. Auf diese Weise kann die Förderung durch einen Wohnkostenzuschuss für 12 Monate ergänzt werden.

Auch die Zahlung einer ‚zweiten Starthilfe‘ in Höhe von 1.000 Euro, sechs bis acht Monate nach der Ausreise, wird für ausgewählte Länder³³ fortgesetzt. Personen mit einer ‚Langzeitduldung‘ (mindestens zwei Jahre) aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Nordmazedonien, Montenegro und Serbien³⁴ können außerdem neben der Starthilfe auch zusätzliche spezifische Reintegrationsförderungen erhalten, z. B. in den Bereichen ‚Wohnen‘ oder ‚medizinische Versorgung‘.

³¹ Ägypten, Äthiopien, Benin, Burkina Faso, China, Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste), Eritrea, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Indien, Irak, Jordanien, Kenia, Libanon, Liberia, Libyen, Mali, Mauretanien, Niger, Nigeria, Pakistan, Senegal, Sierra Leone, Somalia, Sudan, Tadschikistan, Togo, Vietnam, Zentralafrikanische Republik. Die Herkunftsländer Indien (Botschaftsfälle) und Pakistan (Zentralisierung beim Bund und bei der zentralen Ausländerbehörde (ZAB) Bielefeld) sind teilzentralisiert.

³² Armenien (nur bis 30. September 2019), Aserbaidschan, Iran, Libanon, Tadschikistan und die Türkei. Rückkehrende nach Georgien erhalten in den Programmjahren 2019 und 2020 eine Reintegrationsunterstützung für Langzeitgeduldete.

³³ Afghanistan, Ägypten, Algerien, Äthiopien, Bangladesch, Benin, Burkina Faso, China, Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste), Demokratische Republik Kongo, Eritrea, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Indien, Irak, Kamerun, Kenia, Mali, Marokko, Mongolei, Niger, Nigeria, Pakistan, Russische Föderation, Senegal, Sierra Leone, Simbabwe, Sri Lanka, Sudan, Togo, Tunesien, Vietnam.

³⁴ Zusätzlich Georgien und Republik Moldau seit Programmjahr 2019 und die Ukraine seit 2020.

Um Rückkehrende in der Sondersituation der COVID-19-Pandemie zu unterstützen, werden temporär (Juli bis Dezember 2020) Zusatzzahlungen in Höhe von 1.500 Euro für Einzelpersonen und 3.000 Euro für Familien gewährt. Diese werden in zwei Teilen innerhalb von acht Wochen und nach sechs bis acht Monaten nach der Rückkehr ausbezahlt.

Des Weiteren wurde im Rahmen eines Online-Antragsmoduls die Möglichkeit geschaffen, die Antragstellung für die Programme REAG/GARP und StarthilfePlus digital durchzuführen. Damit sollen Verbesserungen sowohl in Bearbeitungszeit und -qualität als auch im Datenschutz einhergehen. Ungefähr die Hälfte der deutschen antragsübermittelnden Stellen waren zum Jahresende 2019 für dieses System registriert.

Eine erste Evaluation von StarthilfePlus erfolgte durch eine Begleitstudie des BAMF-Forschungszentrums, welche in Zusammenarbeit mit IOM erstellt und im November 2019 veröffentlicht wurde.³⁵ Darin wurden gefördert ausgereiste Personen nach ihren Rückkehrmotiven und dem Verlauf der Reintegration befragt. Die Ergebnisse zeigen eine hohe Zufriedenheit mit den erhaltenen Unterstützungsleistungen (finanziell sowie Information und Beratung). Das wichtigste Rückkehrmotiv bildet die ‚mangelnde Bleibeperspektive‘ in Deutschland. Meist spielen aber mehrere Motive, wie z. B. auch die Nähe zur Familie im Herkunftsland, eine Rolle. Die finanzielle Förderung ist demnach meist nicht der hauptsächliche Grund, der zur Ausreise führt, sondern lediglich dann ausschlaggebend, wenn die Rückkehr bereits aus anderen Gründen in Betracht gezogen wird.

Maßnahmen im Programm ‚Perspektive Heimat‘

Mit dem Rückkehrprogramm ‚Perspektive Heimat‘ werden durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) seit 2017 in 13 Partnerländern³⁶ für anderen Staaten zurückgekehrte Personen, Binnenvertriebene, aber auch die lokale Bevölkerung durch Angebote wie Beratungsgespräche, Trainings, Jobvermittlungen oder (psycho-)soziale Hilfe unterstützt. Dadurch sollen Bleibe- und Zukunftsperspektiven geschaffen, die Reintegration nachhaltig gefördert sowie irreguläre Migration verringert werden. Das Programm dient damit der Umsetzung der ‚Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung‘ und trägt auch zu den Zielen des ‚Globalen Paktes für sichere, geordnete und reguläre Migration‘ bei.

Im Rahmen des Programms werden durch die ‚Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit‘ (GIZ) in Kooperation mit nationalen Ministerien, zumeist den jeweiligen staatlichen Einrichtungen für Arbeit, aktuell in 12 Ländern insgesamt 17 „Beratungszentren für Jobs, Migration und Reintegration“ betrieben. Zentren in Ägypten und Pakistan wurden 2020 eröffnet.

Seit der Programmeinführung in 2017 wurden bis Oktober 2020 insgesamt 755.000 solcher individuellen Unterstützungsleistungen durchgeführt. Dabei entfielen 122.000 auf die Reintegration von u. a. aus Deutschland zurückgekehrten Personen.

³⁵ Vgl. Schmitt et al. 2019.

³⁶ Afghanistan, Ägypten, Albanien, Gambia, Ghana, Irak, Kosovo, Marokko, Nigeria, Pakistan, Senegal, Serbien und Tunesien.

„URA“ Kosovo

Das 2007 als EU-Projekt gestartete Reintegrationsprojekt „URA“ für den Kosovo wird seit 2009 vom BAMF geleitet und gilt für kosovarische Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus neun deutschen Ländern.³⁷ Seit 2016 ist die GIZ mit der Umsetzung beauftragt.

Mit URA werden für in den Kosovo zurückkehrende Personen Beratungs- und Unterstützungsleistungen bereitgestellt, die sowohl Soforthilfen als auch längerfristige Reintegrationsangebote umfassen. Dafür wurde ein Rückkehrzentrum in Pristina gegründet, in welchem die entsprechenden Anträge gestellt werden können. In 2019 wurden laut Statistiken des BAMF 490 Personen registriert und erstberaten. Finanzielle Unterstützung erhielten 855 Personen.

ERRIN – European Return and Reintegration Network

Neben 14 weiteren EU-Mitgliedstaaten und Schengen-Staaten beteiligt sich auch Deutschland unter der Leitung der Niederlande am europäischen Rückkehr- und Reintegrationsprogramm ‚European Return and Reintegration Network‘ (ERRIN), welches seit 2018 als Nachfolgeprojekt des ‚European Reintegration Networks‘ (ERIN) fungiert. Die Laufzeit des neuen Programms wurde bis Mai/Juni 2020 festgelegt. Perspektivisch übernimmt ab Mitte 2022 die European Border and Coast Guard Agency (Frontex) wichtige ERRIN-Aktivitäten.³⁸

In 2019 wurden für Rückkehrende aus Deutschland in 14 Zielländern³⁹ Förderungsangebote bereitgestellt. Zum Januar 2020 wurde die ERRIN-Rückkehrförderung für weitere 17 Staaten geöffnet.

Neben Beratungs- und Unterstützungsangeboten durch im Herkunftsland ansässige, in der Regel nicht-staatliche Vertragspartner sind auch finanzielle Hilfen möglich. Sind die zurückgekehrten Personen freiwillig aus Deutschland ausgereist, können Einzelpersonen Sachleistungen in Höhe von bis zu 2.000 Euro beantragen. Für Familien steigt der Betrag auf bis zu 5.000 Euro. Bei einer festgestellten besonderen Bedürftigkeit ist eine zusätzliche Förderung von 1.000 Euro möglich, während sich die Höhe der Sachleistungen bei einer zwangsweisen Rückführung auf bis zu 1.500 Euro reduziert. Im Zuge der COVID-19-Pandemie werden temporär zusätzlich 200 bis 500 Euro (pro Familie) für gestiegene Lebenshaltungskosten gewährt

Freiwillig rückkehrende Personen in die Herkunftsländer Äthiopien, Afghanistan, Gambia, Ghana, Irak, Nigeria, Pakistan und der Russischen Föderation können unter bestimmten Voraussetzungen seit August 2019 auch zusätzliche Förderungen im Rahmen der Programme ‚Business Start-up Plus‘ und ‚Ausbildung und Beruf für Frauen‘ aus dem ERIN Action Plan 2016 erhalten. Dies gilt für Personen, die nach ihrer

³⁷ Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen.

³⁸ Vgl. BAMF 2020d.

³⁹ Armenien, Äthiopien, Afghanistan, Bangladesch, Gambia, Ghana, Indien, Irak, Marokko, Nigeria, Pakistan, Russische Föderation, Sri Lanka und die Ukraine.

Rückkehr entweder mindestens einen zusätzlichen Arbeitsplatz für Nicht-Familienangehörige schaffen sowie für Frauen, die an berufliche Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen. Der ERIN Action Plan 2016 stellt Sondermittel für die Mitgliedstaaten Deutschland, Griechenland und Italien bereit, die besonders vom Migrationszugang in den Jahren 2015/16 betroffen waren.

7. Internationale Zusammenarbeit

Teilnahme an Resettlement-Maßnahmen

Deutschland beteiligt sich weltweit an verschiedenen Resettlement-Maßnahmen. Das Resettlement-Verfahren ist ein international anerkanntes Instrument im Umgang mit langanhaltenden Flüchtlingskrisen. Personen, bei denen der UNHCR die besondere Schutzbedürftigkeit Flüchtlingskonvention festgestellt hat und für die sowohl die Rückkehr ins Herkunftsland als auch die Integration im (aktuellen) Zufluchtsstaat in absehbarer Zeit ausgeschlossen sind, wird die Möglichkeit gegeben, in aufnahmebereite Staaten legal und mit dem Ziel einzureisen, dort dauerhaft Schutz zu erhalten.

Der größte Teil entsprechender Aktivitäten fand im Rahmen des EU-Resettlement-Programms 2018/2019 statt. An diesem in 2017 vorgestellten Programm für insgesamt mindestens 50.000 Schutzbedürftige, v. a. aus Nordafrika, dem Horn von Afrika und der Türkei, kündigte das BMI im März 2018 eine Beteiligung Deutschlands mit bis zu 10.200 Plätzen an. Diese Quote teilte sich auf verschiedene Einzelmaßnahmen auf, wie die Resettlement-Maßnahmen des Bundes nach § 23 Abs. 4 AufenthG (ca. 3.200 Plätze), humanitäre Aufnahmen des Bundes nach § 23 Abs. 2 AufenthG aus der Türkei (bis zu 6.000 Plätze), dem Bundesprogramm ‚Neustart im Team‘ (NesT, siehe unten) (bis zu 500 Plätze) oder dem Aufnahmeprogramm des Landes Schleswig-Holstein nach § 23 Abs. 1 AufenthG (bis zu 500 Plätze). In 2018 und 2019 wurden durch Deutschland im Rahmen des EU-Resettlement-Programms 7.747 Personen aus den Zufluchtsländern Ägypten, Äthiopien, Jordanien, Libanon, Niger und der Türkei aufgenommen. Ende 2019 sagte Deutschland im Rahmen des EU-Resettlement-Programms die Schaffung weiterer 5.500 Plätze für das Jahr 2020 zu, darunter bis zu 3.000 Plätze für die humanitäre Aufnahme von syrischen Staatsangehörigen im Rahmen der EU-Türkei-Erklärung, bis zu 1.900 Plätze für Resettlement aus den Zufluchtsländern Ägypten, Jordanien, Libanon, Kenia und Niger (über den Evakuierungsmechanismus des UNHCR aus Libyen), 200 Plätze für das Aufnahmeprogramm von Schleswig-Holstein und bis zu 400 Plätze im Rahmen von NesT.

Bis März 2020 sind 916 Personen im Rahmen der humanitären Aufnahme des Bundes aus der Türkei eingereist. Aufgrund der COVID-19-Pandemie konnte die geplante Aufnahme 2020 nicht weiter fortgesetzt werden und die Verfahren wurden vorübergehend ausgesetzt. Seit August 2020 findet eine sukzessive Wiederaufnahme der humanitären Aufnahmeverfahren statt. Prioritär soll die Einreise von Schutzberechtigten organisiert werden, die bereits das gesamte Aufnahmeverfahren durchlaufen haben. Erste Einreisen aus der Türkei finden seit Ende September 2020 statt.

Die Bundesregierung hat im September zudem die Aufnahme von 1.553 Personen im Rahmen eines nationalen humanitären Aufnahmeverfahrens beschlossen, die in Griechenland bereits als Flüchtlinge oder subsidiär Schutzberechtigte anerkannt wurden. Erste Einreisen finden seit Mitte Oktober 2020 wieder statt.

Beginn ‚Neustart im Team‘ (NesT)

Im Mai 2019 startete das gemeinsam von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren entwickelte Pilotprogramm NesT, durch welches bis zu 500 besonders schutzbedürftige Flüchtlinge im Rahmen des Resettlements in Deutschland nach § 23 Abs. 4 AufenthG aufgenommen werden sollen. Diese Personen sind Teil der Aufnahmequote des EU-Resettlement-Programms 2018/2019 (siehe oben). Für das Jahr 2020 wurden für NesT bis zu 400 Plätze zugesagt. Programmverantwortliche sind BMI, IntB und BAMF.

Neu ist, dass bei diesem Programm Staat und Zivilgesellschaft Hand in Hand arbeiten und Verantwortung übernehmen, um besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen die Chance auf ein neues und sicheres Leben zu ermöglichen und ihnen beim Ankommen in Deutschland zu helfen. Mindestens fünf Personen (Privatpersonen oder aus Organisationen) müssen sich zusammenfinden, um an dem Programm teilzunehmen. Diese Mentorinnen und Mentoren unterstützen die Flüchtlinge in der Anfangszeit finanziell durch die Bereitstellung einer geeigneten Wohnung und ideell als Ansprechpersonen und bei Behördengängen, bei der Suche einer Schule, eines Ausbildungs- oder Arbeitsplatzes.

Die Entscheidung über die Aufnahme sowie die Zusammenführung von Mentorengruppe und Flüchtlingen übernimmt das BAMF. Die geflüchteten Personen erhalten eine zunächst auf drei Jahre befristete Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 4 AufenthG und sie haben Anspruch auf Zugang zu Integrationskursen und zum Arbeitsmarkt sowie Anspruch auf Sozialleistungen.

Zur Unterstützung des Programms wurde die Zivilgesellschaftliche Kontaktstelle (ZKS) eingerichtet, die in der Pilotierungsphase von der Bertelsmann Stiftung, der Stiftung Mercator sowie der Evangelischen Kirche von Westfalen finanziert und vom Deutschen Caritasverband, dem Deutschen Roten Kreuz und der Evangelischen Kirche von Westfalen betrieben wird. Die ZKS informiert Informationen über das Programm mit dem Ziel der Mentorengewinnung und berät und begleitet sowohl interessierte Personen als auch Mentorinnen und Mentoren.

Die Vorauswahl der Resettlement-Flüchtlinge übernimmt UNHCR unter Schutzbedürftigen in Ägypten, Äthiopien (2019), Jordanien, Kenia (2020) und Libanon. Beginnend im November 2019 fanden bisher NesT-Aufnahmen mit insgesamt 26 Personen aus Äthiopien, Jordanien und Libanon statt. Aufgrund der Corona-Pandemie sind die Einreisen seit März 2020 ausgesetzt. Zurzeit wird geprüft, inwieweit eine sukzessive Wiederaufnahme der Verfahren unter Berücksichtigung der epidemiologischen Lage in den einzelnen Erstaufnahmeländern und der faktischen Einsatzmöglichkeiten vor Ort möglich ist.

Eine begleitende Evaluation wird aktuell durch das Forschungszentrum des BAMF durchgeführt.

Übernahme von aus Seenot geretteten Personen

Deutschland übernimmt seit 2018, wie einige andere EU-Mitgliedstaaten auch, in Einzelfällen die Zuständigkeit zur Durchführung der Asylverfahren von Personen, welche insbesondere von zivilen Hilfsorganisationen im Mittelmeer aus Seenot gerettet wurden. So wurde von Juli 2018 bis einschließlich Ende 2019 die

Zuständigkeit für die Durchführung der Asylverfahren von 882 Schutzsuchenden aus Italien und Malta von Deutschland übernommen. Die Übernahmen erfolgen auf Grundlage von der Dublin-III-Verordnung (Art. 17 Abs. 2 Verordnung (EU) Nr. 604/ 2013).

Im Rahmen des Treffens der Innenministerinnen und -minister der EU-Staaten im September 2019 teilte Deutschland außerdem in einer Absichtserklärung gemeinsam mit Frankreich, Malta und Italien mit, sich an einem vorübergehenden Notfallmechanismus für aus Seenot gerettete Personen zu beteiligen. Diese sogenannte Malta-Einigung lief nach sechs Monaten aus und wurde – auch aufgrund der COVID-19-Pandemie – vorerst nicht verlängert. Die Aspekte der Seenotrettung werden bei der Reform des europäischen Asylsystems thematisiert, für das sich Deutschland im Zuge seiner EU-Ratspräsidentschaft seit dem 1. Juli 2020 einsetzt.

Beendigung des Bundeswehreinsetzes im Rahmen der Operation ‚Sophia‘

Im Rahmen der Operation ‚Sophia‘ der European Union Naval Force – Mediterranean (EUNAVFOR MED) war Deutschland seit 2015 an der Bekämpfung des von Schleusungsnetzwerken im zentralen Mittelmeer beteiligt. Im Rahmen ihrer völkerrechtlichen Verpflichtung retteten Einheiten der Operation seit 2015 insgesamt 44.916 Menschen aus Seenot. Ab März 2019 war eine Verlängerung der Operation nur durch den Kompromiss der Mitgliedstaaten möglich, den Operationskommandeur anzuweisen, den Einsatz von Schiffen vorerst auszusetzen. Die letzte Seenotrettung der Operation erfolgte im Juli 2018. Deutschland beendete zum 30. Juni 2019 den zugehörigen Bundeswehreininsatz. In dessen Rahmen wurden von deutschen Einheiten seit Mai 2015 insgesamt 16.861 Menschen aus Seenot gerettet und über 150 mutmaßliche schleusende Personen an die italienischen Behörden übergeben.

Zum April 2020 lief auch das EU-Mandat der Operation Sophia aus. Die neue Operation der EU im Mittelmeer, EUNAVFOR MED IRINI, führt unter anderem die Bekämpfung der Schleusernetzwerke als Zusatzaufgabe weiterhin fort.

Neufassung des Visakodex

Mit den Änderungen der Verordnung zum Visakodex haben das EU-Parlament und der Rat am 20. Juni 2019 die Bedingungen für legal Reisende in Europa verbessert und die Instrumente zur Verhinderung für die irreguläre Migration ausgeweitet. Die neue Verordnung⁴⁰ gilt seit dem 2. Februar 2020. Für legal Reisende wurden die Verfahrensregeln zur Visabeantragung und -erteilung vereinfacht und beschleunigt, die Gebühr wurde auf 80 Euro⁴¹ angehoben. In Bezug auf die irreguläre Migration besteht mit den neuen Regelungen die Möglichkeit, dass über einen Mechanismus (den sogenannten ‚Visa-Hebel EU‘) die Kooperationswilligkeit von Drittstaaten bei der Rückübernahme irregulärer Migrantinnen und Migranten berücksichtigt wird. So können beispielsweise Maßnahmen des Mechanismus für kooperative Drittstaaten darin bestehen, dass Visagebühren gesenkt oder Entscheidungsfristen bei der Erteilung verkürzt werden. Entsprechend können bei nicht-kooperativen Staaten restriktive Maßnahmen aus dem Anwendungsbereich des Visakodexes angewendet werden.

⁴⁰ VO (EU) 2019/1155.

⁴¹ Online unter: https://ec.europa.eu/germany/news/20200203-eu-kurzaufenthaltsvisa_de (Abruf am 28.09.2020).

Neue Leitlinien zur Afrikapolitik der Bundesregierung

Im März 2019 verabschiedete das Bundeskabinett – nicht zuletzt in Reaktion auf internationale Entwicklungen im Bereich von Flucht und Migration – neue afrikapolitische Leitlinien. Basierend auf den Leitlinien von 2014 enthalten diese neben einer vertieften Partnerschaft auch die Ziele der Minderung von Fluchtursachen durch den Einsatz für Frieden und Sicherheit sowie die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und des Wohlstands. Weiterhin soll verstärkt irreguläre Migration reguliert und legale Migration gestaltet und gesteuert werden. Dabei soll auch die Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union vertieft werden.

Migrationsgovernance im Rahmen des EU-Treuhandfonds für Afrika (EUTF Afrika)

Durch den in 2015 aufgelegten 'European Union Emergency Trust Fund for Stability and Addressing Root Causes of Irregular Migration and Displaced Persons in Africa' (EUTF Afrika) wurden bis Dezember 2019 223 Projekte beschlossen.

Der deutsche Anteil am EUTF Afrika beläuft sich auf bislang 228,5 Millionen Euro (davon der Großteil aus dem Etat des Auswärtigen Amtes), sowie bilateralen Eigenbeiträgen zu einzelnen EUTF –Vorhaben. Damit leistet Deutschland den größten nationalen Beitrag. Durch den Fonds werden in drei Regionalfenstern (Nordafrika, Horn von Afrika, Sahel- und Tschadseeregion) Maßnahmen in vier Schwerpunktbereichen umgesetzt: Wirtschaftsprogramme zur Schaffung von Arbeitsplätzen, Stärkung der Resilienzkräfte insbesondere im Bereich Ernährungssicherung, Verbesserung des Migrationsmanagements und Verbesserung der Regierungsführung in Herkunfts- und Transitländern.

Schwerpunkt des Engagements der Bundesregierung im Rahmen des EUTF ist die Förderung der EU-IOM Joint Initiative (EU-IOM JI) zur Unterstützung der freiwilligen Rückkehr von Migranten aus afrikanischen Transit- und Zielländern sowie ihrer Reintegration im Herkunftsland. Zudem werden über den EUTF auch die Auswirkungen von Flucht und Migration auf Gemeinden entlang der Flucht- und Migrationsrouten in den Blick genommen und u. a. Stabilisierungsmaßnahmen in Gemeinden, die stark von Migration betroffen sind, sowie Maßnahmen zur Extremismusprävention umgesetzt.

Der EUTF bietet die Möglichkeit eines koordinierten und integrierten Ansatzes, um Ursachen von Instabilität, irregulärer Migration und Vertreibung zu adressieren. EUTF ist zudem eine Plattform, um migrationspolitische Themen auf europäischer Ebene anzugehen und in den Dialog mit afrikanischen Partnerländern zu treten.

Die Bundesregierung kofinanziert zusätzlich 21 EU-Gemeinschaftsmaßnahmen aus dem EUTF. Zu den kofinanzierten Gemeinschaftsmaßnahmen zählt auch das 2016 in Auftrag gegebene Projekt 'Better Migration Management', in welchem bis September 2022 acht Staaten am Horn von Afrika⁴² in der Verbesse-

⁴² Äthiopien, Djibouti, Eritrea, Kenia, Somalia, Sudan, Süd-Sudan und Uganda.

rung des Migrationsmanagements und der Bekämpfung von Schleusertum und Menschenhandel unterstützt werden sollen. Durchgeführt wird das Projekt in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, wie IOM, dem italienischen Innenministerium und dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC). Ein weiteres Beispiel ist das Vorhaben zum ‚Management der Migrationsherausforderungen im Niger (ProGEM)‘, das ausgewählte Gemeinden und Regionen dabei unterstützt, die Auswirkungen der Migration auf lokale Entwicklung zu steuern und besser zu bewältigen.

Außerdem startete in 2019 auch das Programm zur ‚Unterstützung regulärer Arbeitsmigration und -mobilität zwischen Nordafrika und Europa‘ (‚Towards a Holistic Approach to Labour Migration Governance and Labour Mobility in North Africa‘ (THAMM)) in den Staaten Marokko, Tunesien und Ägypten.

Entwicklungspolitisches Engagement im Bereich Flucht und Migration

Das BMZ verfolgt einen umfassenden entwicklungspolitischen Ansatz im Bereich Flucht und Migration (360-Grad-Ansatz) und engagiert sich bei der Minderung der Ursachen von Flucht und irregulärer Migration, Stabilisierung von Aufnahmeeregionen durch Unterstützung von Flüchtlingen, Binnenvertriebenen und aufnehmenden Gemeinden, entwicklungspolitische Nutzung von regulärer Migration, (Re-)Integration von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen in ihren Herkunftsregionen und Förderung von friedlichem Zusammenleben. Die Umsetzung erfolgt durch eine Kombination verschiedener entwicklungspolitischer Instrumente: neben der bilateralen, multilateralen und nichtstaatlichen Zusammenarbeit mit fluchtrelevanten Ländern kommen Instrumente der strukturbildenden Übergangshilfe/Krisenbewältigung sowie die Sonderinitiative „Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtlinge (re-)integrieren“ zum Tragen.

Engagement der Sonderinitiative Flucht und Beitrag zu Frieden und Sicherheit als Fluchtursachenbekämpfung

Im Rahmen der Sonderinitiative SI-Flucht des BMZ sollen durch eine Verbesserung der Lebenssituation und Schaffung von Perspektiven vor Ort Bleibe- bzw. Rückkehrperspektiven geschaffen und Gastgemeinden unterstützt werden, um sowohl akuten als auch langanhaltenden Krisen entgegenzuwirken. Dafür wurden bis Ende 2019 rund 11,3 Millionen Menschen in ca. 245 Projekten erreicht. Mit diesen Geldern wurden verschiedene Projekte in den Bereichen der Bildung, Gesundheit, Energie-, Sanitär- und Wasserversorgung sowie der psychosozialen Unterstützung für Flüchtlinge, Binnenvertriebene und Menschen aus aufnehmenden Gemeinden finanziert.

In 2016 wurde mit der ‚Beschäftigungsoffensive Nahost‘ (Cash for Work) ein zentraler Fokus der Sonderinitiative auf den Bereich der Schaffung von vorwiegend kurzfristigen Beschäftigungsmöglichkeiten in Syrien und den umliegenden Staaten gelegt, die es syrischen Flüchtlingen, aber auch Einheimischen ermöglichen sollen, sich und ihre Familien selbst durch eigene entlohnte Arbeit zu versorgen. Dies soll auch zu einer Stabilisierung der Region beitragen. In 2019/20 lag ein zusätzlicher Fokus auf der Förderung längerfristiger Beschäftigungen sowie der Existenzgründung bzw. von Start-ups. Damit wurden bis heute rund 360.000 Beschäftigungsmöglichkeiten in der Region geschaffen.

In fragilen Kontexten trägt Entwicklungszusammenarbeit maßgeblich dazu bei, Versöhnung und Wiederaufbau zu fördern, politische, gesellschaftliche, soziale, wirtschaftliche, soziale Transformation voranzubringen sowie neue Konflikte etwa in Regionen zu entschärfen, in denen viele Flüchtlinge aufgenommen

wurden. Hierzu unterstützt BMZ friedliches und inklusives Zusammenleben – z. B. im Rahmen von Jugendarbeit und Dialogförderung zwischen Flüchtlingen und aufnehmenden Gemeinden, Menschenrechtsarbeit, Versöhnungs- und Vergangenheitsarbeit (Transitional Justice) und Opferschutz. Ein wichtiges Programm ist der Zivile Friedensdienst (ZFD). Seit 1999 wurden rund 1.500 ZFD Fachkräfte in knapp 60 Ländern entsendet. Aktuell sind ca. 350 Fachkräfte in 42 Ländern im Einsatz.

Auch das Instrument der strukturbildenden Übergangshilfe leistet hier einen wesentlichen Beitrag. Das BMZ investiert in Resilienz, d. h. macht Menschen, Gemeinden und regionale Institutionen widerstandsfähig gegenüber Krisen, beispielsweise um Hungerkrisen vorzubeugen durch Trainings von Kleinbauern zur Optimierung der Ernte und Anpassung an den Klimawandel, verbesserten Zugang zu Trinkwasser und sanitären Einrichtungen, oder Verbesserung der Gesundheitsversorgung und durch Bildungsangebote. Wichtige Partner sind dabei das Welternährungsprogramm (WEP), UNICEF, GIZ, KfW und Nichtregierungsorganisationen.

Entwicklungspolitisches Engagement im Bereich der regulären Migration

Im Rahmen der Programme Migration und Diaspora werden in 22 Partnerländern⁴³ Maßnahmen in den Bereichen reguläre Arbeitsmigration und Mobilität, Diasporakooperation und Migrationspolitikberatung durchgeführt. Dazu gehören Schulungen zur Beratung von migrationsinteressierten Menschen und die Förderung der Vermittlung von Fähigkeiten durch Fachkräfte der Diaspora in den jeweiligen Herkunftsländern. Ein Teil der Maßnahmen wird mit der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) der BA unter dem Dach der Arbeitsgemeinschaft ‚Centrum für internationale Migration und Entwicklung‘ (CIM) umgesetzt. Beim Programm partnerschaftliche Ansätze für entwicklungsorientierte Ausbildungs- und Arbeitsmigration steht die Etablierung von Netzwerken aus Privatwirtschaft, Regierung, Zivilgesellschaft und Wissenschaft zwischen Deutschland und den einzelnen Partnerländern. Hinzu kommt die Erprobung von Migrations- und Mobilitätsansätzen für Fachkräfte und Auszubildende in Verbindung mit Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der beruflichen Bildung in den Partnerländern im Vordergrund. Hierdurch sollen die Chance auf eine Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen in Deutschland sowie Anreize für Ausbildungsgänge in den Partnerländern gefördert werden.

Auslandskommunikation im Bereich Flucht und Migration

Seit Sommer 2015 betreibt das Auswärtige Amt die strategische Auslandskommunikation zu Flucht und Migration (FM) mit dem Ziel, Aufklärungsarbeit in Herkunfts- und Transitstaaten zu leisten. Die Entscheidung, sich auf irregulärem Wege nach Europa aufzumachen, ist schwerwiegend und wird oft durch bewusste Desinformation beeinflusst. Dieser wird beispielsweise anhand der vorrangig zur Aufklärung über die Risiken von irregulärer Migration geschaffenen Website „Rumours about Germany“ entgegengewirkt. In Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, Nicht-Regierungsorganisationen oder Diaspora-vertretern bieten zudem Kommunikationsprojekte in den Herkunfts- und Transitstaaten sachliche Informationen über die Voraussetzungen, unter denen reguläre und legale Migration nach Deutschland zugelassen ist und welche Chancen diese bietet, Aufklärung zu den Gefahren, Risiken und Konsequenzen irregulärer Migration und des unrechtmäßigen Aufenthaltes im deutschen Bundesgebiet, Informationen zu Bleibeperspektiven im Heimatland sowie zu Möglichkeiten der freiwilligen Rückkehr.

⁴³ Albanien, Äthiopien, Ecuador, Georgien, Ghana, Indien, Indonesien, Jordanien, Kamerun, Kenia, Kolumbien, Kosovo, Marokko, Nepal, Nigeria, Palästinensische Gebiete, Peru, Senegal, Serbien, Tunesien, Ukraine und Vietnam.

Globale Pakte

Der Ende 2018 angenommene „Globaler Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration“ (GCM) stellt die erste globale Übereinkunft für eine bessere, kooperative Steuerung von Migration dar und bezieht sich auf alle Aspekte von Migration. Es handelt sich nicht um ein rechtlich bindendes Vertragswerk, sondern um eine gemeinsame politische Absichtserklärung. Die Souveränitätsrechte der Staaten, ihre Migrationspolitik selbst zu bestimmen, werden ausdrücklich nicht angetastet. Die Bundesregierung trägt zur Umsetzung der Ziele des Globalen Pakts für sichere, geordnete und reguläre Migration bei. Am 12./13. November fand die erste regionale Überprüfung des GCM der UNECE Region statt.

Am 17. Dezember 2018 nahm Deutschland gemeinsam mit weiteren 180 Staaten der Generalversammlung der Vereinten Nationen den Globalen Pakt für Flüchtlinge an. Die maßgeblich durch den Hohen Flüchtlingskommissar (UNHCR) erarbeitete sowie – ähnlich wie der Migrationspakt – rechtlich nicht bindende Erklärung enthält als wesentliche Ziele, den Druck auf die Aufnahmeländer zu reduzieren, die Eigenständigkeit der Flüchtlinge zu erhöhen, den Zugang zu Drittstaatenlösungen zu erweitern sowie in den Herkunftsländern von Flüchtlingen die Bedingungen für eine Rückkehr in Sicherheit und Würde zu fördern. Insbesondere die im Globalen Flüchtlingspakt ausgedrückte Anerkennung, dass es sich bei Flucht und Vertreibung um internationale Aufgaben handelt, ist als Meilenstein zu interpretieren. Mit der Indosierung des Globalen Pakts für Flüchtlinge (GCR) bekannte sich die VN-Generalversammlung (VN-GV) erstmals zu einem umfassenden und operativen Rahmenwerk für eine gerechtere internationale Verantwortungsteilung im Flüchtlingskontext. Deutschland erfüllt die wesentlichen Ziele des Paktes bereits heute. Die Bundesregierung will mit einer aktiven Rolle auch bei der Umsetzung einer gerechteren internationalen Verteilung von Verantwortung und Lasten vorantreiben und hat das beim Globalen Flüchtlingsforum im Dezember 2019 in Genf eingebracht.

8. Ausblick 2020: Brexit und Auswirkungen der COVID-19-Pandemie

Während die Entwicklungen des Jahres 2019 im Wesentlichen den Trend der Vorjahre hin zu einem Rückgang des Migrationsgeschehens nach Deutschland weiterführten, ist für 2020 ein wesentlicher Einschnitt zu erwarten. Dieser steht v.a. im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie. Daneben sind durch den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union zum 31. Januar 2020 auch Veränderungen im EU-Binnenmigrationsgeschehen zu erwarten, so durch die Rückkehr von EU-Bürgerinnen und Bürger (auch deutscher Staatsangehöriger) aus dem Vereinigten Königreich und eine mittel- und längerfristig zu erwartende Umlenkung von Migrationsbewegungen durch den Brexit.

Aufgrund der COVID-19-Pandemie wurden in Deutschland, wie auch in zahlreichen anderen Staaten, ab dem 16. März 2020 verstärkte Binnen- und Außengrenzkontrollen und weitgehende Einreiseverbote eingeführt. Ausnahmen galten beispielsweise an den Binnengrenzen lediglich für triftige Reisegründe, wie z. B. bei Berufspendelnden oder für den grenzüberschreitenden Güter- und Warenverkehr. Die eingeführten Grenzkontrollen an den EU-Binnengrenzen wurden ab dem 15. Mai 2020 teilweise gelockert bzw. auf

stichprobenartige Kontrollen reduziert. Im April wurden außerdem Kontingente für Saisonarbeitskräfte aus der EU eingeführt, für die eine Einreise im Rahmen von strengen Hygieneauflagen ermöglicht wurde.

Nach insgesamt drei Monaten, ab dem 15. Juni 2020, war die Personenfreizügigkeit im Schengen-Raum wiederhergestellt. Mit Rücksicht auf bekannte Risikogebiete galten jedoch Ausnahmeregelungen für bestimmte Staaten. Für die Einreise von Personen aus Drittstaaten, die selbst bzw. deren Familienangehörige noch keinen Wohnsitz bzw. längerfristiges Aufenthaltsrecht im EU-/Schengen-Raum oder dem Vereinigten Königreich besaßen, erfolgte eine schrittweise Öffnung der Einreisemöglichkeiten. Ab dem 2. Juli 2020 wurden die Einreisebeschränkungen für acht Drittstaaten aufgehoben (sog. „Positivstaaten“). Seitdem wurde die Staatenliste den aktuellen Gegebenheiten angepasst. Außerdem wurden Ausnahmen der Einreisebeschränkungen vereinbart, die es Personen aus Staaten außerhalb der „Positivliste“ ermöglichen können, nach Deutschland einzureisen, wenn dies zwingend notwendig ist. Darunter fallen z. B. Fachkräfte, deren Beschäftigung in Deutschland wirtschaftlich notwendig ist und deren Ausübung eine Präsenz erfordert, Personen in Gesundheitsberufen oder im Transportwesen, Saisonarbeitskräfte, Einreisen im Wege des Familiennachzugs sowie Besuchsreisen aus zwingenden familiären Gründen oder Personen, die internationalen Schutz oder Schutz aus anderen humanitären Gründen benötigen.

Die dargestellten Entwicklungen wirkten sich deutlich sowohl auf Flucht und Vertreibung wie auch auf reguläre und irreguläre Migrationsbewegungen aus, insbesondere ab dem 2. Quartal 2020. Insgesamt sind im ersten Halbjahr 2020 nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes⁴⁴ rund 529.000 Zuzüge und 455.000 Fortzüge über die deutschen Grenzen registriert worden. Dies entspricht im Vergleich zum Vorjahreszeitraum einem Rückgang von 29 % bei den Zuzügen und 22 % bei den Fortzügen. Im ersten Halbjahr 2020 wurden außerdem nach Angaben des BAMF insgesamt 47.309 Asylerstanträge gestellt, 35,2 % weniger als im ersten Halbjahr 2019. Etwa ein Viertel davon entfiel zudem auf in Deutschland geborene Kinder. Es ist davon auszugehen, dass mit dem Wegfall der Einreisebeschränkungen auch ein Wiederanstiegen der Migration einhergehen wird.

Die Ursachen von Flucht und irregulärer Migration werden durch die Corona-Pandemie verstärkt. Die Pandemie hat unter anderem eine dramatische Wirtschafts- und Hungerkrise ausgelöst: Nach Schätzungen des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen werden allein 2020 130 Millionen Menschen in Hunger und extreme Armut zurückgeworfen, viele davon leben in Afrika. Zudem trifft die Pandemie und ihre Folgen Menschen in Krisen- und Flüchtlingsregionen besonders hart und verstärkt dort bestehende Krisen. Das BMZ hat als Reaktion auf diese Herausforderung im April 2020 ein Corona-Sofortprogramm aufgelegt und unterstützt damit die weltweite Eindämmung von COVID-19 und die Bekämpfung der sozioökonomischen Auswirkungen.

⁴⁴ Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 384 vom 1. Oktober 2020.

1 Überblick über das Migrationsgeschehen in Deutschland

1.1 Definitionen und verwendete Datenquellen

Unter Migration versteht man die vorübergehende oder dauerhafte Veränderung des Lebensmittelpunkts bzw. Wohnorts. Migrationsbewegungen innerhalb eines Landes oder einer bestimmten geografischen Region werden als Binnenmigration bezeichnet, von internationaler Migration spricht man, wenn der Wohnortwechsel über Staatsgrenzen hinweg geschieht. Die Migrationsarten sind vielfältig und hinter Migrationsentscheidungen stehen unterschiedliche Motive von Menschen. Im Folgenden wird die internationale Migration von und nach Deutschland (Außenwanderung) näher betrachtet, auf die Binnenmigration innerhalb Deutschlands wird dagegen nicht eingegangen.

Um die allgemeinen Migrationstrends möglichst umfassend darzustellen werden im Migrationsbericht unterschiedliche Datenquellen genutzt. Im folgenden Kapitel wird die Migration nach Deutschland zunächst anhand der amtlichen Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes (Destatis) dargestellt.

Die Grundlage der Wanderungsstatistik bildet die seit 1950 bestehende amtliche Zu- und Fortzugsstatistik. Die Erfassung der Wanderungsfälle beruht auf den An- und Abmeldungen bei einem Wohnungswechsel über die Gemeinde- oder Bundesgrenzen nach melderechtlichen Regelungen.⁴⁵ Ausnahmen gelten für Mitglieder der diplomatischen und konsularischen Vertretungen ausländischer Staaten mit ihren im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen und für Personen, für die in völkerrechtlichen Übereinkünften eine Befreiung festgelegt ist, für sie besteht keine Meldepflicht.

Die Wanderungsstatistik Deutschlands erfasst die Wanderungsfälle, so wird bspw. eine doppelte An- und Abmeldung derselben Person auch zweimal erfasst. Daher fällt die Zahl der von der Statistik erfassten Wanderungsfälle stets etwas größer aus als die Zahl der tatsächlich gewanderten Menschen.

Personen, die sich nicht an die melderechtlichen Regelungen halten, gehen nicht in die Zu- und Fortzugsstatistik ein. So melden sich beispielsweise nicht alle Personen ordnungsgemäß ab, die aus Deutschland fortziehen. Diese fehlenden Abmeldungen werden zwar teilweise durch die von den Meldebehörden durchgeführten „Abmeldungen von Amts wegen“ nachgeholt, dennoch gibt es keine Möglichkeit, die genaue Zahl für die unterlassenen Abmeldungen abzubilden. Gleichzeitig muss jedoch auch festgestellt werden, dass die Zuzugsstatistik eine unbestimmte Anzahl von Personen, die sich ihrer Meldepflicht entziehen, nicht enthält.

⁴⁵ § 15 Abs. 2 des Melderechtsrahmengesetzes ermöglichte den Bundesländern Ausnahmen von der allgemeinen Meldepflicht, vgl. BAMF/BMI 2012: 12. Mit dem am 3. Mai 2013 verabschiedeten Gesetz zur Fortentwicklung des Meldewesens (MeldFortG) wurde mit dem neu geschaffenen Bundesmeldegesetz (BMG) eine Vereinheitlichung des deutschen Meldewesens mit bundesweit geltenden Vorschriften für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die mit dem Vollzug des Melderechts befassten Behörden geschaffen (vgl. BGBl. 2013 Teil I Nr. 22: 1084). Nach § 27 Abs. 2 BMG gilt eine Ausnahme von der Anmeldepflicht für Aufenthalte bis zu drei Monaten für Personen, die sonst im Ausland wohnen, wenn nicht eine der in § 27 Abs. 3 BMG genannten Gegenausnahmen greift.

Bei der An- und Abmeldung werden unter anderem folgende personenbezogene Merkmale erhoben: Herkunfts- und Zielort (alte und neue Wohngemeinde), Geschlecht, Familienstand, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Geburtsstaat bei Geburt im Ausland und rechtliche Zugehörigkeit bzw. Nichtzugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft. Bei Zuzug aus dem Ausland wird gegebenenfalls das Datum des dem Zuzug vorangegangenen Fortzugs vom Inland ins Ausland und seit 2014 bei Fortzug ins Ausland das Datum des vorangegangenen Zuzugs aus dem Ausland erfasst.⁴⁶ Personen, die neben der deutschen noch eine andere Staatsangehörigkeit besitzen, gehen nur als Deutsche in die Statistik ein.

Nach der Definition der Vereinten Nationen (UN)⁴⁷ spricht man von Langzeitmigration, wenn eine Person ihren üblichen Aufenthaltsort für einen Zeitraum von mindestens einem Jahr in ein anderes Land verlegt. Dieser Zeitraum fand auch Eingang in die EG-Verordnung über Gemeinschaftsstatistiken in den Bereichen Migration und internationaler Schutz vom 11. Juli 2007 (Verordnung (EG) Nr. 862/2007).

In Deutschland stellt das entscheidende Kriterium der Wanderungsstatistik die An- oder Abmeldung dar, unabhängig davon, wie lange der Aufenthalt dauert. Daher ist in Deutschland der Bezug einer Wohnung für den Eingang in die Zu- und Fortzugsstatistik ausschlaggebend. Oft steht nicht von vornherein fest, ob eine zugewanderte Person auf Dauer oder nur temporär im Land bleibt, dies lässt sich häufig nur im Nachhinein feststellen. Aus einem ursprünglich kurzzeitig geplanten Aufenthalt kann eine dauerhafte Niederlassung im Zielland werden. Asylantragstellende wiederum werden grundsätzlich als zugewanderte Personen betrachtet, auch wenn ihr Aufenthalt teilweise nur vorübergehend ist. Lediglich bei den temporären Aufenthalten aus Beschäftigungsgründen, also durch ein Anwerbeabkommen, Werkvertrag oder für saisonal Beschäftigte, ist die Befristung des Aufenthalts von Anfang an rechtlich vorgegeben.

Zusätzlich zur Wanderungsstatistik kann auch das Ausländerzentralregister (AZR) als weitere Datenquelle zur Betrachtung des Migrationsgeschehens herangezogen werden.⁴⁸ Im AZR werden alle ausländischen Staatsangehörigen im Hinblick auf ihren Aufenthaltsstatus in Deutschland registriert, sobald diese sich längerfristig – d. h. in der Regel länger als drei Monate – in Deutschland aufhalten. Seit Anfang 2006 ist anhand des AZR durch die Aufnahme neuer Speichersachverhalte (Erfassungskriterien) eine differenziertere Darstellung des Migrationsgeschehens möglich. Dies betrifft insbesondere die Erfassung der rechtlichen Grundlagen für die Einreise und den Aufenthalt von ausländischen Personen nach dem Aufenthaltsgesetz.⁴⁹

Da das AZR eine Differenzierung der Einreise und des Aufenthalts nach Aufenthaltszwecken⁵⁰ und die Ermittlung der Aufenthaltsdauer ermöglicht, können auch Aussagen über die Größenordnung der längerfristigen Zuwanderung getroffen werden. So handelt es sich bei fast allen Formen der Erwerbsmigration um

⁴⁶ § 4 des Gesetzes über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes (Bevölkerungsstatistikgesetz – BevStatG).

⁴⁷ Vgl. United Nations 1998: 10.

⁴⁸ Durch das Zuwanderungsgesetz wurde dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit Wirkung zum 1. Januar 2005 die Registerführung für das AZR übertragen. Das Bundesverwaltungsamt (BVA) in Köln ist technischer Dienstleister und nimmt das operative Geschäft wahr. Es verarbeitet und nutzt die Daten jedoch im Auftrag und nach Weisung des BAMF (§ 1 Abs. 1 AZRG – Gesetz über das Ausländerzentralregister).

⁴⁹ Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von ausländischen Personen im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz – AufenthG).

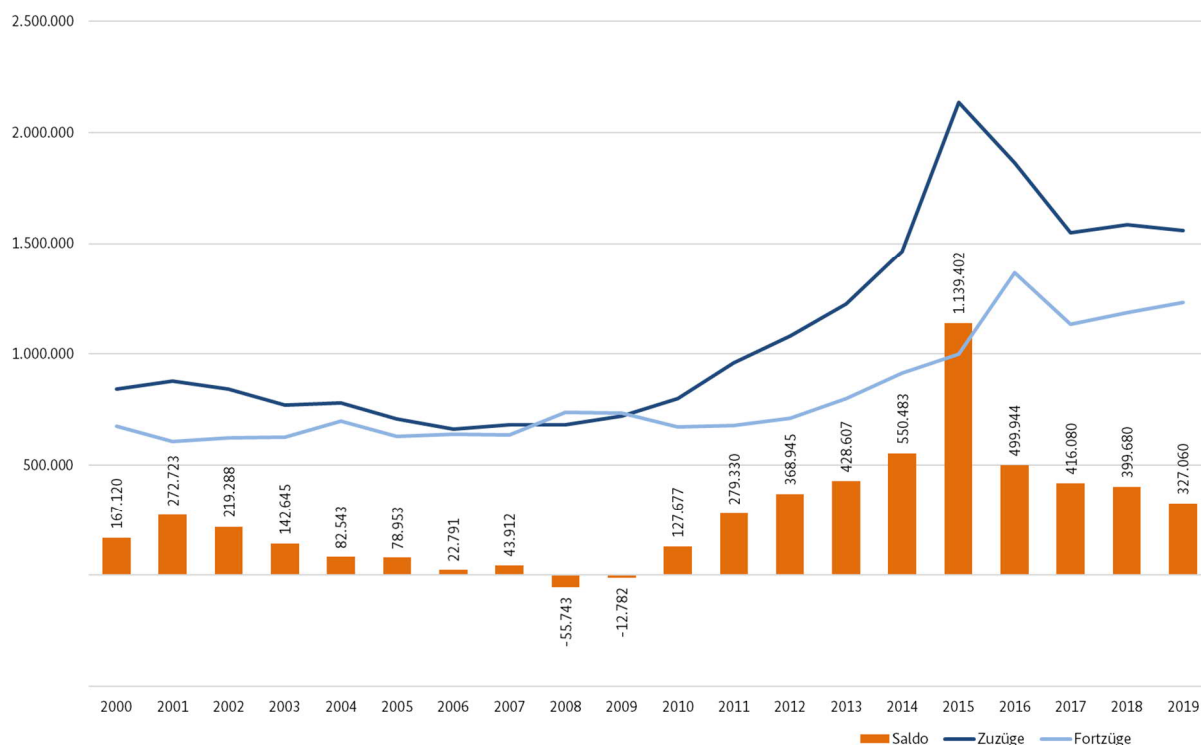
⁵⁰ Eine Differenzierung nach Aufenthaltszwecken ist nur bei Drittstaatsangehörigen (Personen aus Staaten außerhalb der Europäischen Union) möglich.

zunächst temporäre und nicht um dauerhafte Zuwanderung, da die Aufenthaltsdauer an die Befristung des Arbeitsverhältnisses gekoppelt ist. Allerdings besteht die Möglichkeit der Verlängerung des Aufenthaltstitels zu Erwerbszwecken. Zudem ist auch ein Statuswechsel möglich, darunter versteht man den Wechsel des Aufenthaltstitels (z. B. in den Aufenthalt aus familiären Gründen).⁵¹ Da die Daten des AZR personenbezogen sind und Personen grundsätzlich erst registriert werden, wenn sie sich länger als drei Monate in Deutschland aufhalten (§ 2 Abs. 1 AZRG „Aufenthalt nicht nur vorübergehend“), sind die Zu- und Abwanderungszahlen auf Basis des AZR niedriger als die auf An- und Abmeldungen basierenden, fallbezogenen Zahlen der Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes.

Im Folgenden wird ein Überblick über das Migrationsgeschehen in Deutschland anhand der amtlichen Wanderungsstatistik gegeben. Anschließend wird in den weiteren Unterkapiteln eine Differenzierung der Zu- und Fortzüge nach verschiedenen Kriterien (Herkunfts- und Zielland, Staatsangehörigkeit, Bundesländer, Alter, Geschlecht, Aufenthaltszweck) vorgenommen.

1.2 Migrationsgeschehen insgesamt

Abbildung 1-1: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands von 2000 bis 2019^{1,2}



1) Die Ergebnisse ab dem Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Ausführliche Informationen dazu befinden sich auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes zu Wanderungen.

2) Die Wanderungszahlen 2019 enthalten Abmeldungen von Amts wegen EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Zahl der Fortzüge nur eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

⁵¹ Vgl. Grote/Vollmer 2016.

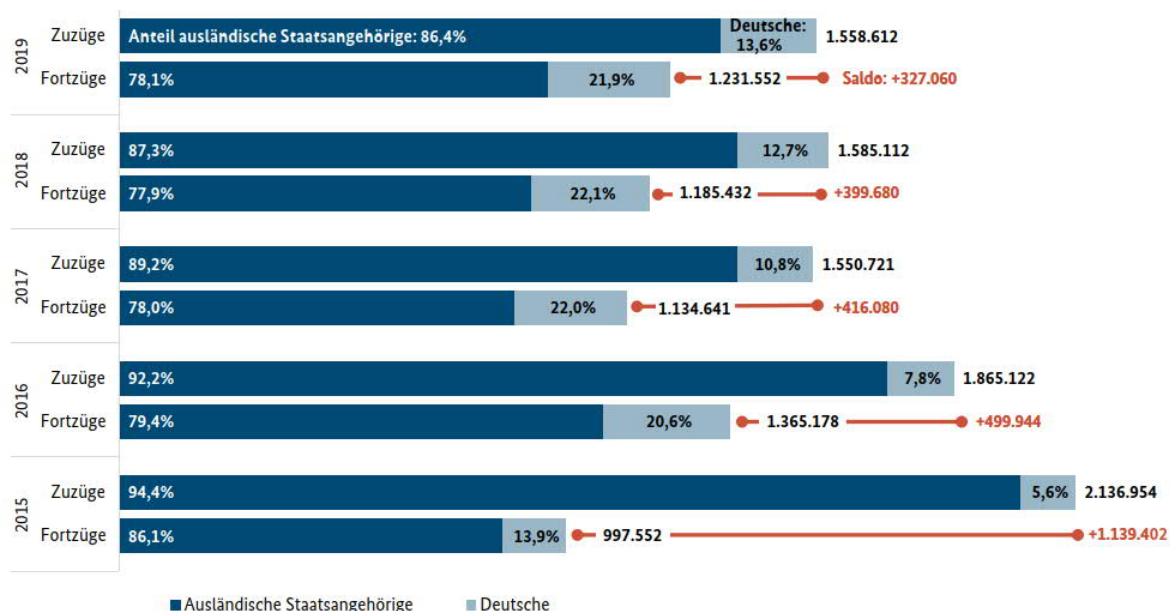
Zwischen 2000 und 2019 wurden rund 21,8 Millionen Zuzüge vom Ausland nach Deutschland registriert. Diese Wanderungszahlen setzten sich aus verschiedenen Migrationsgruppen zusammen wie EU-Staatsangehörige, Erwerbspersonen, Studierende, Familienangehörige, sowie Schutzsuchende mit je unterschiedlichen Anteilen im Zeitverlauf (vgl. Kapitel 3).

Im Betrachtungszeitraum von 2000 bis 2019 waren etwa 16,3 Millionen Fortzüge aus Deutschland ins Ausland zu verzeichnen. Damit ergab sich im betrachteten Zeitraum ein Wanderungsüberschuss (Nettomigration) von rund 5,5 Millionen (vgl. Abbildung 1-1 und Tabelle 1-1 im Anhang).

Nach dem die Zuwanderung im Jahr 2015 mit 2.136.954 Zuzügen und einer Nettomigration von 1.139.402 Personen einen Höchststand erreichte, ging sie in den Folgejahren wieder zurück. 2019 wurden 1.558.612 Zuzüge und 1.231.552 Fortzüge erfasst. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zuwanderung nach Deutschland um 1,7 % gesunken, die Abwanderung nahm gegenüber 2018 um 3,9 % zu. Damit wurde ein Wanderungssaldo von +327.060 Personen verzeichnet, ein etwas geringerer Wert als 2018 (+399.680 Personen).

Unter den Zuzügen waren 1.345.943 ausländische Staatsangehörige (2018: 1.383.581). 2019 machten ausländische Staatsangehörige damit einen Anteil von 86,4 % an der Gesamtzuwanderung nach Deutschland aus. Seit dem Jahr 2015 (94,4 %) fallen die Anteilswerte der ausländischen Zuwanderung etwas kleiner aus (vgl. Abbildung 1-2).

Abbildung 1-2: Gesamtwanderungsgeschehen nach Deutschland seit 2015^{1,2}



1) Die Ergebnisse ab dem Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

2) Die Wanderungszahlen 2019 enthalten Abmeldungen von Amts wegen von EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Zahl der Fortzüge nur eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Der Anteil von deutschen Staatsangehörigen an der Zuwanderung lag 2019 dementsprechend bei 13,6 % (2018: 12,7 %). In längerfristiger Perspektive ist der Anteil von ausländischen Staatsangehörigen an der Zuwanderung seit Mitte der 1990er-Jahre deutlich angestiegen. Grund hierfür ist einerseits der Rückgang der Zuwanderung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und ihrer Familienangehörigen. Diese Personen gehen zum Großteil als Deutsche in die Zuzugsstatistik ein (vgl. hierzu ausführlich Kapitel 3.7). Andererseits ist der Zuwachs bei ausländischen Staatsangehörigen auf den Anstieg der Fluchtmigration sowie – bereits zuvor – auf verstärkte europäische Wanderungen im Zuge der EU-Beitritte von insgesamt 13 Staaten in den Jahren 2004, 2007 und 2013 zurückzuführen (vgl. Tabelle 1-2 im Anhang).

Die Zahl der Zuzüge von Deutschen – dazu zählen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sowie aus dem Ausland zurückgekehrte deutsche Staatsangehörige – ist im Jahr 2019 mit 212.669 Personen gegenüber dem Vorjahr angewachsen (+11.138). Zeitgleich ist die Zahl der Fortzüge von deutschen Staatsangehörigen auf 270.294 Personen angestiegen (+8.443). Daraus resultiert ein negativer Wanderungssaldo von -57.625 Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit im Jahr 2019 (2018: -60.320).⁵² Der Anteil deutscher Staatsangehöriger an der Abwanderung lag im Jahr 2019 bei 21,9 % (2018: 22,1 %).

Insgesamt wurden im Zeitraum von 2000 bis 2019 rund 2,9 Millionen Zuzüge von Deutschen registriert, darunter, im selben Zeitraum verließen jedoch auch rund 3,3 Millionen deutsche Staatsangehörige das Bundesgebiet.

Nachdem in den Jahren 2008 und 2009 mit -55.743 bzw. -12.782 – nicht zuletzt aufgrund der Bereinigungen der Melderegister – jeweils ein negativer Gesamtwanderungssaldo (deutsche und ausländische Staatsangehörige) registriert wurde,⁵³ konnten in den Folgejahren deutliche Wanderungsüberschüsse verzeichnet werden. 2019 wurde ein Wanderungssaldo von +327.060 Personen registriert, er fiel damit etwas geringer aus als im Vorjahr (2018: +399.680) (vgl. Abbildung 1-1 und Abbildung 1-2).

1.3 Migration nach Herkunfts- und Zielländern und Staatsangehörigkeit

Das Migrationsgeschehen nach bzw. aus Deutschland ist seit Jahren vor allem durch Zuwanderung aus bzw. Abwanderung in andere europäische Staaten gekennzeichnet. So kamen im Jahr 2019 66,4 % aller zugewanderten Personen (2018: 66,9 %) aus einem anderen europäischen Land⁵⁴ nach Deutschland, davon 51,1 % aus Staaten der EU und 15,4 % aus übrigen europäischen Staaten. 13,7 % der Zugezogenen wanderten aus einem asiatischen Staat zu. Lediglich 4,2 % zogen aus afrikanischen Ländern nach Deutschland und 5,5 % aus Amerika, Australien und Ozeanien.

⁵² An- und Abmeldungen von Deutschland von/nach „Unbekannt“ werden seit 2016 in der Wanderungsstatistik unter der Außenwanderung verbucht. Daraus entstehen höhere Zuzugs- und Fortzugszahlen von Deutschen im Vergleich mit den Vorjahren. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass der Rückgang der Wanderungssalden von 2017 und 2018 gegenüber 2016 zum Teil auf diesen methodischen Effekt zurückzuführen ist.

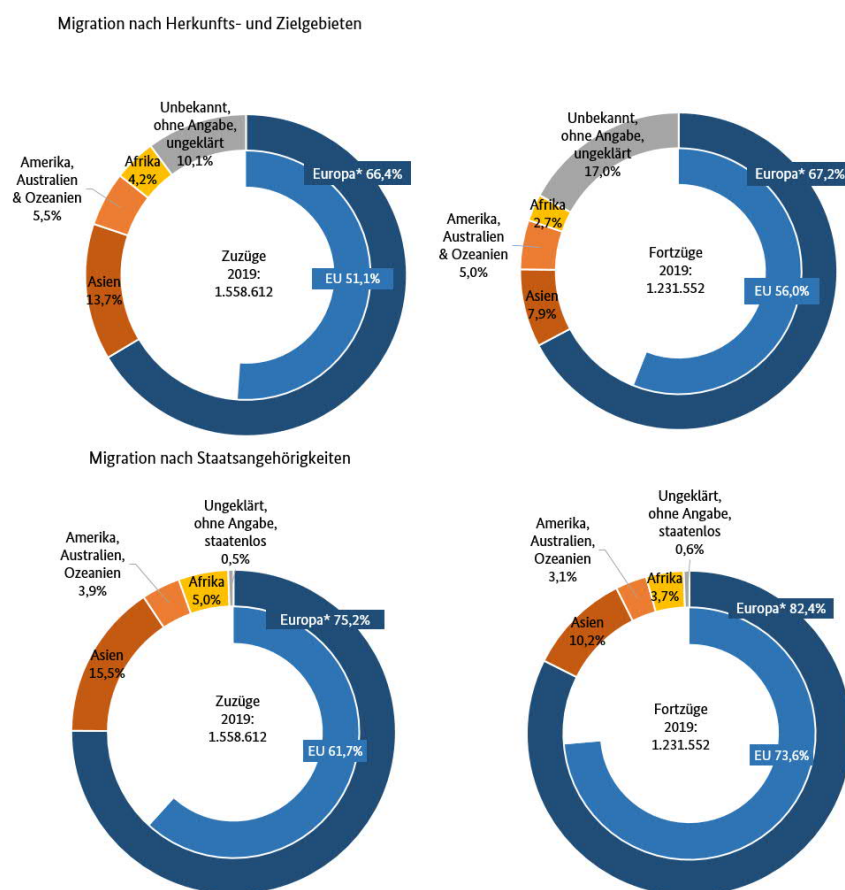
⁵³ Davor war zuletzt im Jahr 1984 ein negativer Wanderungssaldo von -194.445 zu verzeichnen.

⁵⁴ Europäische Union und europäische Drittstaaten inklusive der Türkei und der Russischen Föderation (beide werden in den amtlichen Statistiken zu Europa gezählt).

Auch bei den Fortzügen war Europa die Hauptzielregion. Etwa zwei Drittel der entsprechenden Personen zogen im Jahr 2019 aus Deutschland in ein anderes europäisches Land (67,2 %, 2018: 66,1 %). 56,0 % wanderten in EU-Mitgliedstaaten (2018: 54,3 %). Der Anteil der Fortzüge nach Asien betrug 7,9 %, der nach Amerika, Australien und Ozeanien 5,0 %. Nach Afrika wanderten lediglich 2,7 % aller fortziehenden Personen ab (vgl. Abbildung 1-3).

Neben der Differenzierung der Migration nach Herkunfts- und Zielländern kann auch eine Unterscheidung nach der Staatsangehörigkeit der wandernden Personen vorgenommen werden, da sich diese nicht in jedem Fall mit der des Herkunfts- oder Ziellands deckt. So lag 2019 etwa die Zahl der Zuzüge von EU-Staatsangehörigen einschließlich deutscher Staatsangehöriger (961.663) höher als die Zahl der Zuzüge aus der Europäischen Union (795.953). In der überwiegenden Zahl der Fälle sind sich die jeweiligen Daten jedoch sehr ähnlich, daher wird auf die detaillierte Darstellung von Zu- und Fortzügen nach Staatsangehörigkeiten an dieser Stelle verzichtet. Sie wird in den Tabellen 1-6 bis 1-9 sowie in den Abbildungen 1-21 bis 1-22 im Anhang dargestellt. Die EU-Binnenmigration wird ausführlich in Kapitel 2 behandelt.

Abbildung 1-3: Migration nach Herkunfts- und Zielgebieten und Staatsangehörigkeiten im Jahr 2019¹ im Vergleich

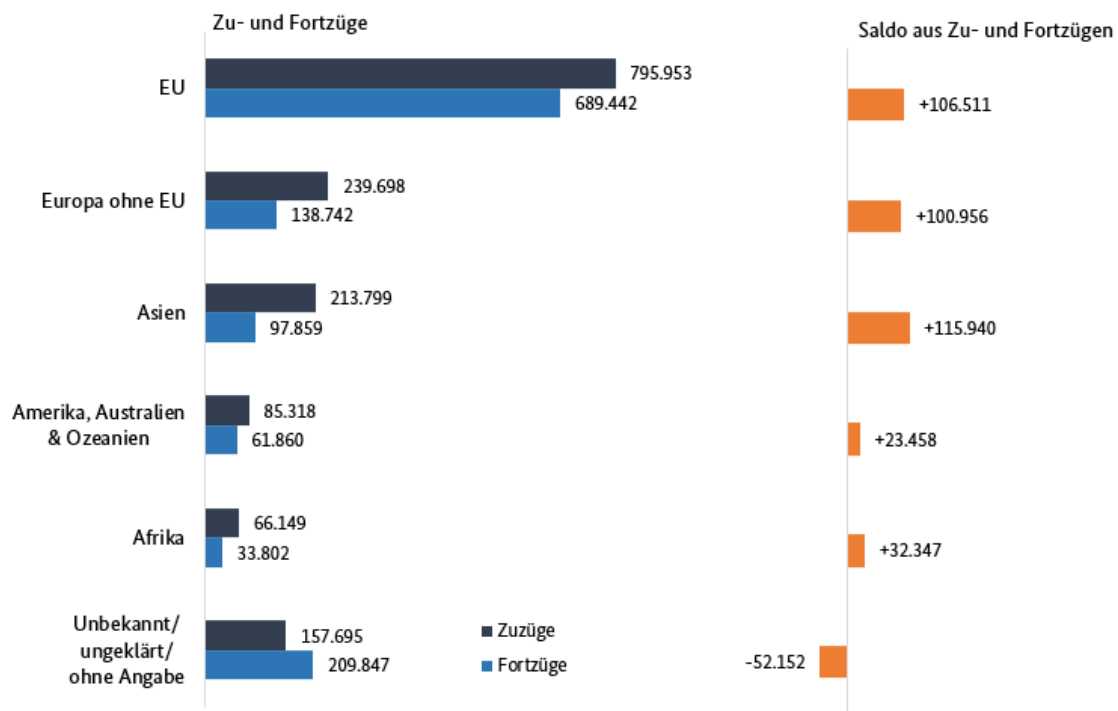


*Inkl. Türkei und Russische Föderation.

1) Die Wanderungszahlen 2019 enthalten Abmeldungen von Amts wegen von EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Zahl der Fortzüge nur eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Abbildung 1-4: Nettomigration nach Herkunfts- und Zielgebieten im Jahr 2019¹



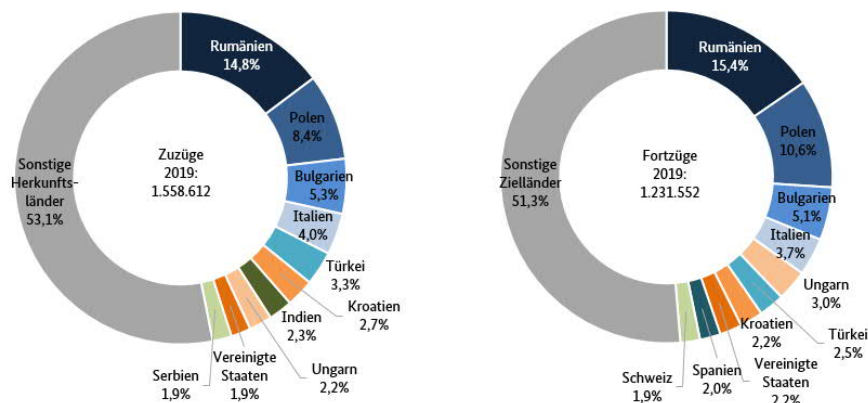
1) Die Wanderungszahlen 2019 enthalten Abmeldungen von Amts wegen von EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Zahl der Fortzüge nur eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Einen detaillierten Überblick über die Herkunfts- bzw. Zielländer und –regionen der Wanderungen über die deutschen Grenzen hinweg vermitteln die Abbildungen 1-3 bis 1-6 sowie die Tabellen 1-3 und 1-4 im Anhang.

2019 ergab sich der größte positive Wanderungssaldo mit +115.940 gegenüber asiatischen Herkunftsländern, im Vorjahreszeitraum fiel dieser mit +118.686 etwas höher aus. Gesunken ist der Saldo gegenüber EU-Ländern mit +106.511 (2018: +195.366). Der Wanderungssaldo gegenüber Staaten der Europäischen Union lag damit erneut unter dem Niveau des Jahres 2015 (+332.511). Im Vergleich zum Vorjahr wurde gegenüber afrikanischen Herkunftsländern ein relativ konstanter Wanderungssaldo verzeichnet (2019: +32.347, 2018: +28.767). Gegenüber Amerika, Australien und Ozeanien ergab sich ein Wanderungssaldo von +23.458 (2018: +21.606).

Abbildung 1-5: Migration nach den zehn häufigsten Herkunfts- und Zielländern im Jahr 2019¹

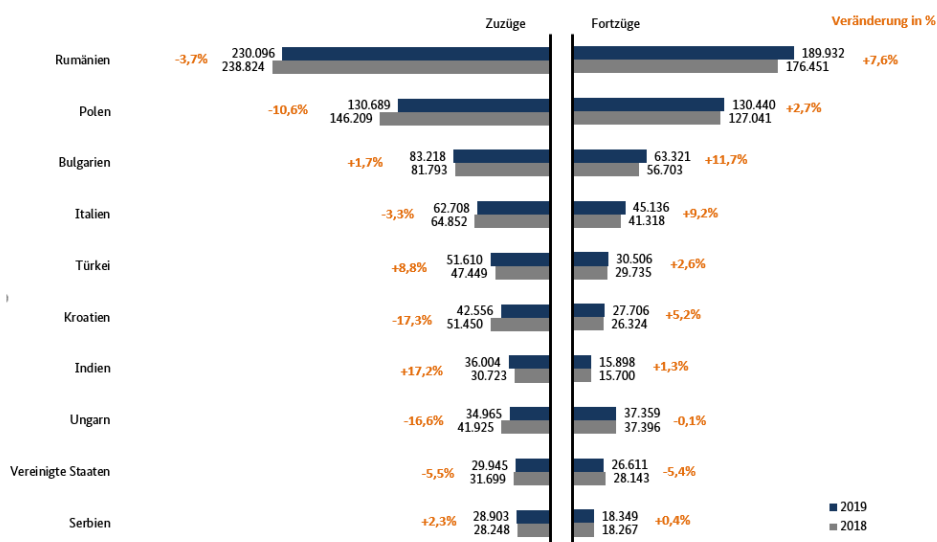


1) Die Wanderungszahlen 2019 enthalten Abmeldungen von Amts wegen von EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Zahl der Fortzüge nur eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Im Jahr 2019 stellte, wie bereits im Vorjahr, Rumänien mit 230.096 Zuzügen das Hauptherkunftsländ von Zugewanderten (14,8 % aller Zuzüge) (vgl. Abbildung 1-6 und Tabelle 1-5 im Anhang). Die Zuwanderung aus Rumänien ist im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig (2018: 238.824 Zuzüge, -3,7 %). Das zweitgrößte Herkunftsländ bildete Polen mit 130.689 bzw. 8,4 % aller Zuzüge nach Deutschland. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen Rückgang um 10,6 % (2018: 146.209 Zuzüge). Drittstärkstes Herkunftsländ war Bulgarien mit 83.218 Zuzügen (5,3 %), im Vergleich zu 2018 wurde ein Anstieg der Zuzüge aus Bulgarien um 1,7 % verzeichnet (2018: 81.793 Zuzüge) (vgl. Abbildung 1-6).

Abbildung 1-6: Migration 2019 nach den wichtigsten Herkunfts- und Zielländern im Vergleich¹



1) Die Wanderungszahlen 2019 enthalten Abmeldungen von Amts wegen von EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Zahl der Fortzüge nur eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

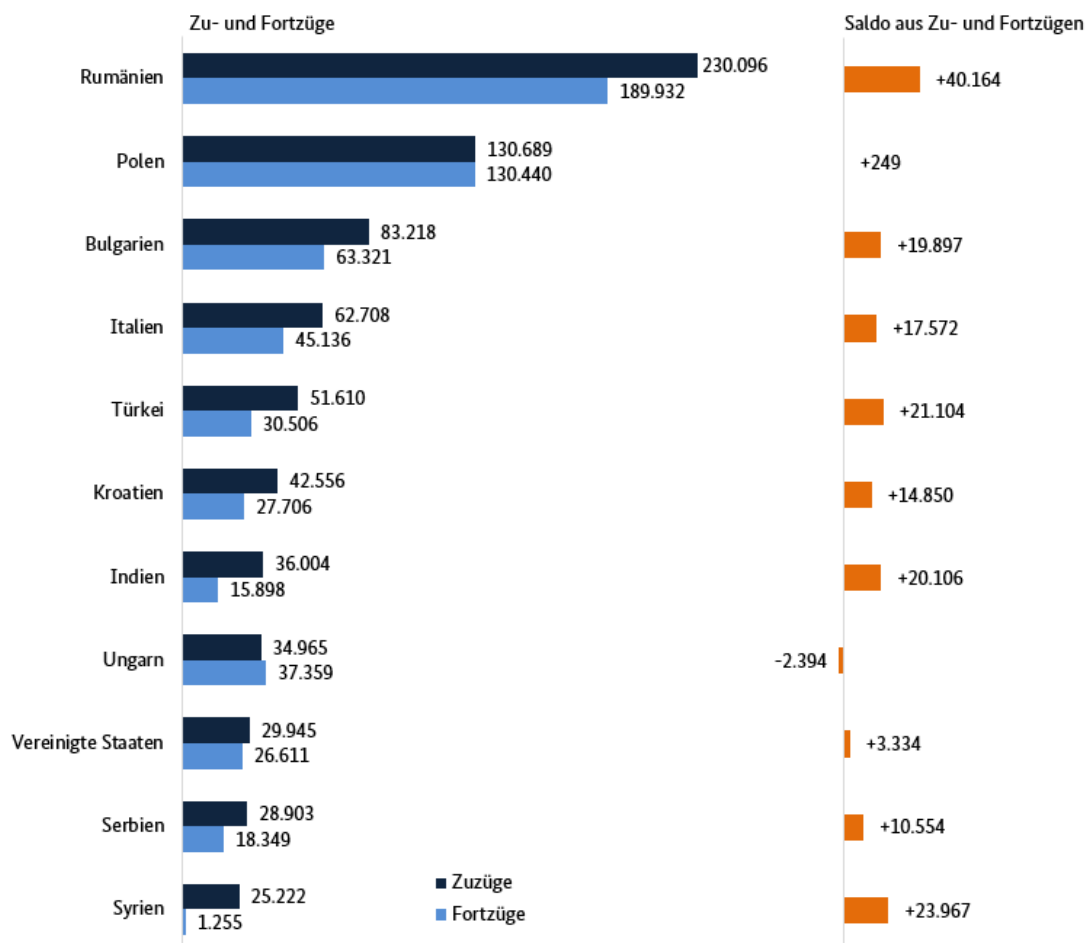
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Die weiteren quantitativ wichtigen Herkunftsländer waren Italien (4,0 % bzw. 62.708 Zuzüge), die Türkei (3,3 % bzw. 51.610 Zuzüge), Kroatien (2,7 % bzw. 42.556 Zuzüge), Indien (2,3 % bzw. 36.004 Zuzüge), Ungarn (2,2 % bzw. 34.965 Zuzüge) und die Vereinigten Staaten (1,9 % bzw. 29.945 Zuzüge). 2019 sind insbesondere die Zuzüge aus Indien gegenüber dem Vorjahr gestiegen (+17,2 % von 30.723 auf 36.004 Zuzüge). Rückläufige Zuwanderungszahlen weisen Hauptherkunftsländer von Schutzsuchenden wie Syrien (-17,1 %), der Irak (-26,4 %) und der Iran (-18,2 %) auf.

Auch bei den Fortzügen waren im Jahr 2019 Rumänien (15,4 % bzw. 189.932 Fortzüge), Polen (10,6 % bzw. 130.440 Fortzüge) und Bulgarien (5,1 % bzw. 63.321 Fortzüge) die wichtigsten Zielstaaten (vgl. Abbildung 1-5 und Abbildung 1-7 sowie Tabelle 1-4 im Anhang). Bei diesen Ländern ist somit ein hohes Wanderungsvolumen feststellbar, d. h. es ziehen sowohl viele Menschen nach Deutschland zu als auch wieder fort.

45.136 bzw. 3,7 % der Fortzüge im Jahr 2019 entfielen auf Italien, 37.359 bzw. 3,0 % auf Ungarn, 30.506 bzw. 2,5 % auf die Türkei und 27.706 bzw. 2,2 % auf Kroatien. Weitere wichtige Zielländer bildeten mit Anteilen von 2,2 % die Vereinigten Staaten, 2,0 % Spanien und 1,9 % die Schweiz.

Abbildung 1-7: Migration 2019 nach den häufigsten Herkunfts- und Zielländern

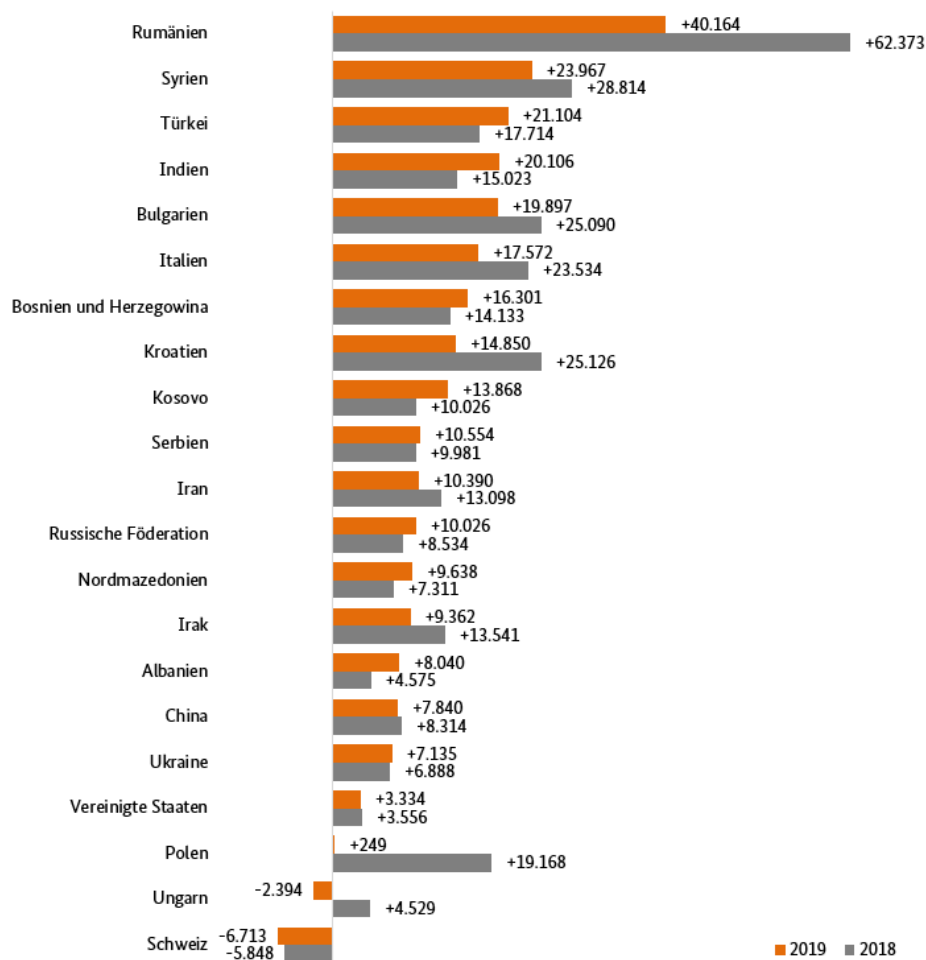


Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Der höchste positive Wanderungssaldo wurde im Jahr 2019 gegenüber Rumänien verzeichnet (+40.164). Mit deutlichem Abstand folgt Syrien mit +23.967 mehr Zu- als Abwanderung. Der positive Wanderungssaldo aus Syrien ist in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen (2018: +28.814, 2017: +49.123, 2016: +153.239).

Deutlich mehr Zu- als Fortzüge wurden 2019 auch gegenüber Bulgarien (+19.897), Italien (+17.572) der Türkei (21.104) und Kroatien (+14.850) verzeichnet, ebenso gegenüber Indien (+20.106). Dies hängt insbesondere mit dem Zuzug von Studierenden sowie Fachkräften und ihrer Familienangehörigen aus Indien zusammen (vgl. Kapitel 3.2.1). Die Zuwanderung aus China (+7.840) ist ebenfalls durch die Zuwanderung von Fachkräften, aber insbesondere auch durch den Zugang von Studierenden (vgl. dazu Kapitel 3.3.1) gekennzeichnet. Nachdem zuletzt im Jahr 2018 für Polen eine Nettomigration von +19.168 zu verzeichnen war, wurde 2019 ein nahezu ausgeglichener Wanderungssaldo registriert (+249).

Abbildung 1-8: Wanderungssaldo gegenüber ausgewählten Herkunfts- und Zielländern in den Jahren 2018 und 2019



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Bei den meisten Herkunftsländern lässt sich im Jahr 2019 ein Rückgang des positiven Wanderungssaldos im Vergleich zu 2018 feststellen. Angestiegen ist der Wanderungsüberschuss gegenüber den Westbalkanstaaten: Bosnien und Herzegowina (2018: +14.133), Kosovo (2018: +10.026), Serbien (2018: +9.981) und Nordmazedonien (2018: +7.311). Deutlich mehr Zu- als Fortzüge wurden auch für Albanien verzeichnet (2018: +4.575). Höher fiel der Wanderungssaldo im Jahr 2019 auch gegenüber Indien (2018: +15.023) und der Türkei aus (2018: +17.714).

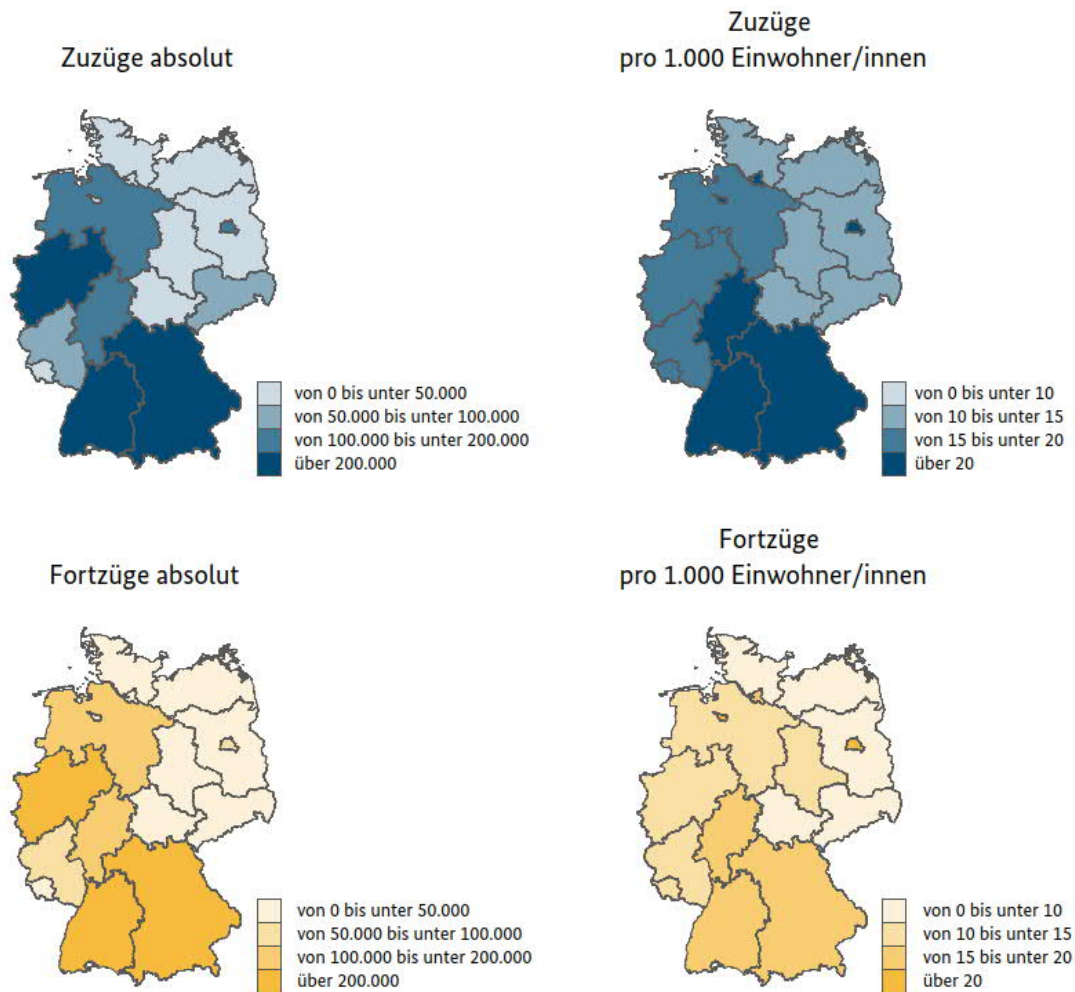
Der Wanderungssaldo gegenüber dem Irak (2018: +13.541) und dem Iran (2018: +13.098) ist hingegen im Jahr 2019 geringer ausgefallen als im Vorjahr, liegt aber immer noch im positiven Bereich, ebenso wie im Falle Syriens. Auch gegenüber den EU-Mitgliedstaaten Rumänien (2018: +62.373), Kroatien (2018: +25.126), Bulgarien (2018: +25.090), Italien (2018: +23.534) und Polen (2018: +19.168) wurden rückläufige positive Wanderungssalden registriert (vgl. Abbildung 1-8). In 2019 wurde für Ungarn ein negativer Wanderungssaldo von -2.394 Personen verzeichnet, im Jahr 2018 lag das Saldo noch bei +4.529 Personen. Ein Wanderungsverlust wurde auch gegenüber der Schweiz verzeichnet, der höher ausfiel als im Vorjahr (2018: -5.848). Im Falle der Schweiz ist der Wanderungsverlust insbesondere auf die Abwanderung deutscher Staatsangehöriger zurückzuführen (vgl. dazu Kapitel 3.2).

1.4 Migration nach Bundesländern

Bei einer Betrachtung des Migrationsgeschehens in Deutschland im Jahr 2019 differenziert nach einzelnen Bundesländern⁵⁵ zeigt sich, dass die höchsten Zuzugszahlen für Nordrhein-Westfalen mit 297.530 Zuzügen (2018: 306.232, -2,8 %) registriert wurden. Bayern hat 272.870 Zuzüge (2018: 284.037, -3,9 %) verzeichnet. Danach folgen Baden-Württemberg mit 246.814 Zuzügen (2018: 250.400, -1,4 %), Niedersachsen mit 151.149 (2018: 154.372, -2,1 %) und Hessen mit 142.003 Zuzügen (2018: 143.303, -0,9 %) (vgl. Karte 1-1).

⁵⁵ Berücksichtigt werden nur Wanderungen über die Außengrenzen Deutschlands, d. h. Binnenwanderungen zwischen den Bundesländern bleiben unberücksichtigt.

Karte 1-1: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach Bundesländern im Jahr 2019



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik und Bevölkerungsfortschreibung

Bezogen auf die jeweilige Bevölkerungszahl hatte im Jahr 2019 Berlin den höchsten Pro-Kopf-Zuzug, vor Bremen und Hessen (vgl. Karte 1-1 sowie Tabelle 1-9 und Abbildung 1-23 im Anhang). Die niedrigsten Zuzugszahlen bezogen auf die Bevölkerung wiesen die Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen auf. Die höchsten Abwanderungsquoten im Jahr 2019 wurden ebenfalls in Berlin, Bremen und Hamburg, die niedrigsten in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen verzeichnet (vgl. Karte 1-1, Tabelle 1-11 und Abbildung 1-23 im Anhang).

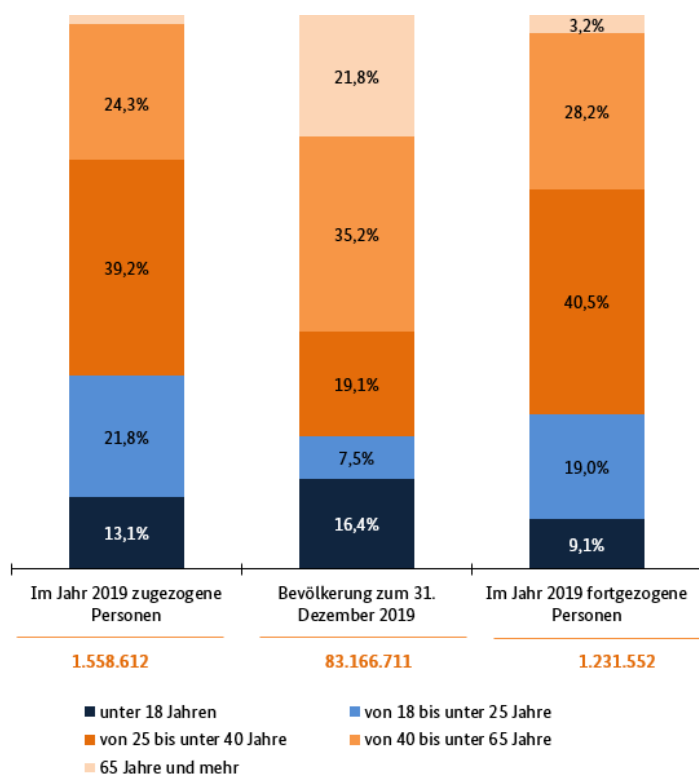
Alle Bundesländer wiesen im Jahr 2019 einen positiven Gesamtwanderungssaldo auf. Besonders deutliche Wanderungsüberschüsse wurden in Bayern (2019: +55.245), Nordrhein-Westfalen (2019: +52.914) und Baden-Württemberg (2019: +46.663) registriert.

1.5 Altersstruktur

Die Entwicklung der Bevölkerung eines Landes resultiert zum einen aus der natürlichen Bevölkerungsbe-
wegung (Geburten minus Sterbefälle) und zum anderen aus der stattfindenden Migration. Dabei sind in

soziodemografischer Hinsicht nicht nur die absoluten Zahlen der Zu- und Fortgezogenen von Bedeutung, sondern insbesondere deren Alters- und Geschlechtsstruktur. Abbildung 1-9 zeigt, wie sich die Zu- und Fortzüge im Jahr 2019 nach Alter zusammensetzten.

Abbildung 1-9: Altersstruktur der Zu- und Fortgezogenen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung in Prozent im Jahr 2019



Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik und Bevölkerungsfortschreibung

Die Altersstruktur der Zuzüge unterscheidet sich deutlich von derjenigen der Gesamtbevölkerung (deutsche und ausländische Staatsangehörige) (vgl. Abbildung 1-9 und Tabelle 1-13 im Anhang). Die Zugezogenen sind durch einen hohen Anteil von Personen jüngeren und mittleren Alters (18 bis unter 40 Jahre) gekennzeichnet: Im Jahr 2019 waren drei Viertel (74,1 %) der Zuziehenden unter 40 Jahre; bei der Gesamtbevölkerung lag dieser Anteil dagegen bei nur 43,0 %.

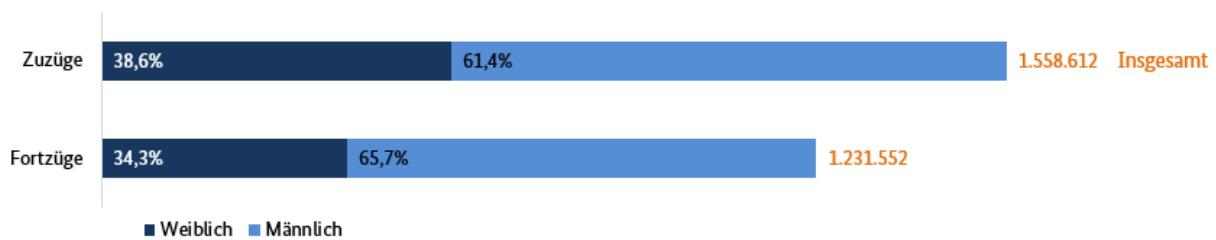
Bei den älteren Personen stellt sich die Situation umgekehrt dar. Nur 1,6 % der Zugezogenen waren 65 Jahre und älter gegenüber 21,8 % der Gesamtbevölkerung. In der jüngsten Altersgruppe (bis 18 Jahre) fallen die Unterschiede geringer aus. Zudem ist der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung höher als bei den Zugezogenen: Einem Anteil von 13,1 % bei den Zugezogenen stehen 16,4 % der Wohnbevölkerung gegenüber.

Bei den fortziehenden Personen zeigt sich folgendes Bild: Etwas mehr als zwei Drittel (68,6 %) der im Jahr 2019 Fortgezogenen waren jünger als 40 Jahre. Insgesamt ist der Anteil der jüngeren Personen bei den Fortziehenden etwas geringer als bei den Zuziehenden. Die Altersstrukturen der wandernden Personen ähneln sich jedoch insgesamt stark und unterscheiden sich zugleich deutlich von Bestandsbevölkerung, in der es höhere Anteile älterer Menschen gibt.

1.6 Geschlechtsstruktur

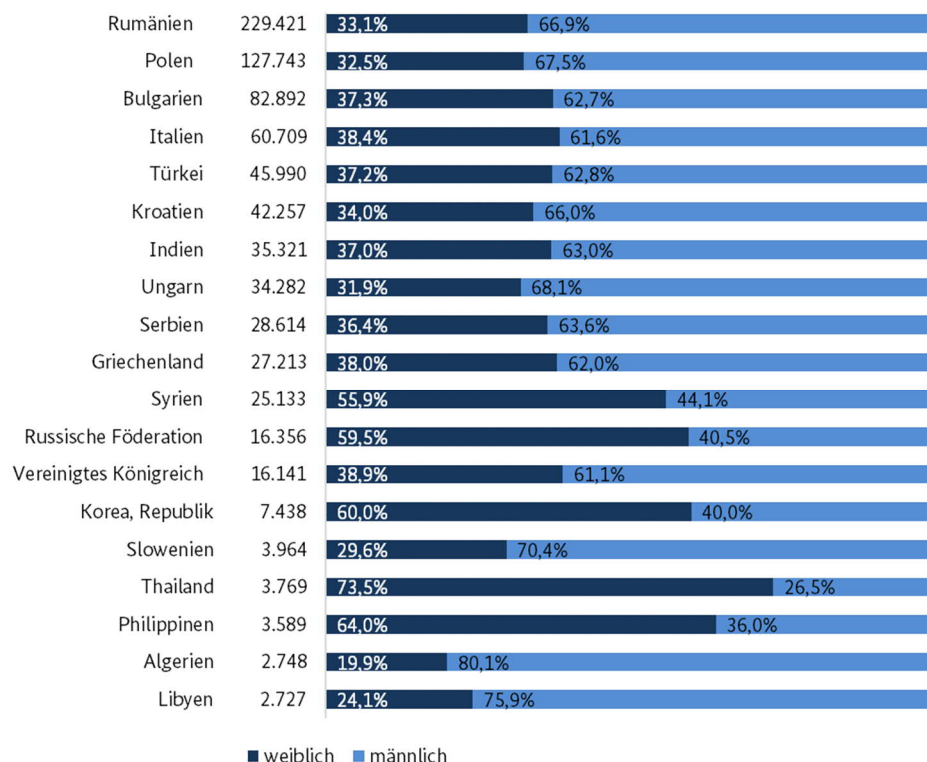
Der Anteil der weiblichen Personen ist sowohl bei den Zuzügen als auch bei den Fortzügen geringer als der Anteil der männlichen Personen und hat sich über die Zeit hinweg auf einem relativ konstanten Niveau gehalten. Der weibliche Anteil bei den Zuzügen, der fast immer höher ist als bei den Fortzügen, bewegt sich seit 2000 zwischen 36 % und 43 % und bei den Fortzügen zwischen 34 % und 39 %. 38,6 % der zugezogenen Personen im Jahr 2019 waren weiblich. Der weibliche Anteil bei den Fortzügen nimmt seit 2009 kontinuierlich ab und lag im Jahr 2019 bei 34,3 % (vgl. Abbildung 1-10 und Tabelle 1-14 im Anhang).

Abbildung 1-10: Geschlechterverteilung bei den Zu- und Fortzügen im Jahr 2019 (deutsche und ausländische Staatsangehörige)



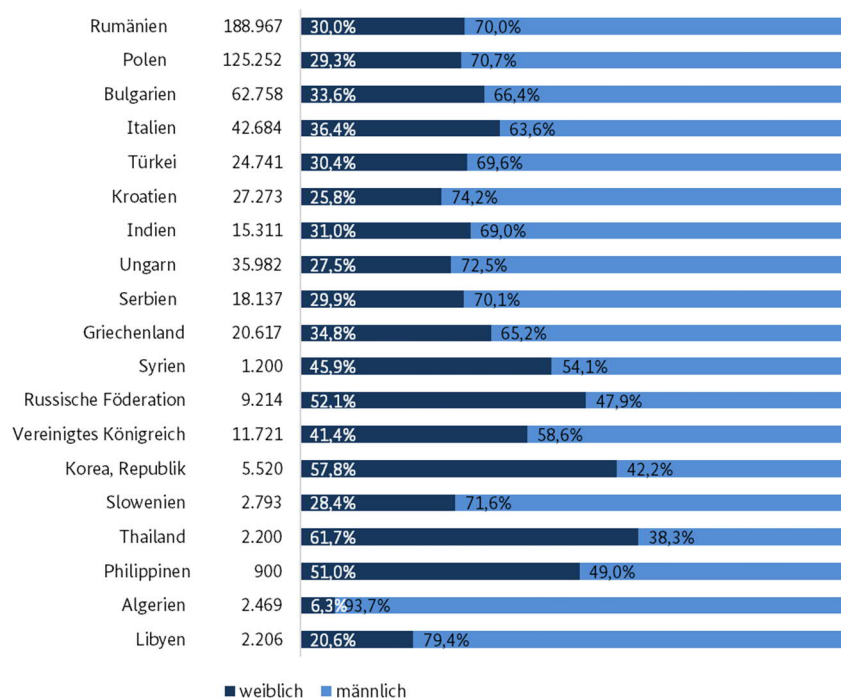
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Abbildung 1-11: Zuzüge von ausländischen Staatsangehörigen nach Geschlecht und ausgewählten Herkunftsländern im Jahr 2019, absolut und in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Abbildung 1-12: Fortzüge von ausländischen Staatsangehörigen nach Geschlecht und ausgewählten Ziel-ländern im Jahr 2019, absolut und in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Betrachtet man die Geschlechterverhältnisse einzelner Herkunftsländer im Jahr 2019, so zeigt sich, dass einige Länder durch einen überproportional hohen weiblichen- bzw. männlichen Anteil an den Zuzügen gekennzeichnet sind. Herkunftsländer, die einen hohen Anteil an weiblichen Personen an den ausländischen Zugezogenen aufweisen, sind Thailand (73,5 %), Philippinen (64,0 %), Korea (60,0 %), die Russische Föderation (59,5 %) und Syrien (55,9 %).

Ein überproportional hoher Anteil an männlichen Personen an den ausländischen Zugezogenen ist für die Herkunftsländer Algerien (80,1 %), Libyen (75,9 %) und Slowenien (70,4 %) festzustellen (vgl. Abbildung 1-11 und Abbildung 1-12 sowie Tabelle 1-5 im Anhang).

1.7 Wanderungen auf Basis des Ausländerzentralregisters

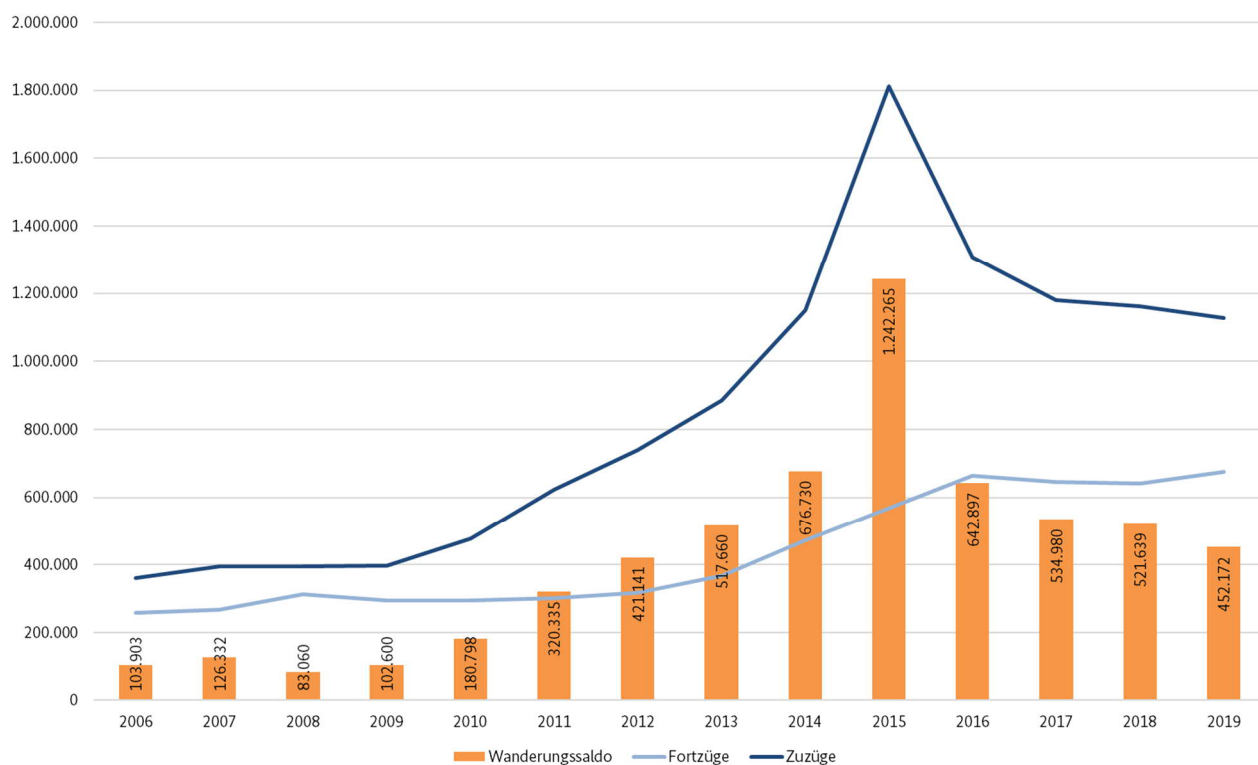
In diesem Kapitel wird das Migrationsgeschehen auf der Basis der Daten des Ausländerzentralregisters (AZR) dargestellt.⁵⁶ Im AZR werden – im Gegensatz zur Wanderungsstatistik – neben personenbezogenen Angaben auch die rechtlichen Grundlagen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen (Aufenthaltszwecke) nach dem Aufenthaltsgesetz (AufenthG) erfasst. Daneben sind mit bestimmten Beschränkungen auch Daten zu EU-Staatsangehörigen enthalten⁵⁷.

Das Migrationsgeschehen nach Deutschland war in den Jahren 2006 bis 2009 relativ konstant und verzeichnete in den Folgejahren einen anhaltenden Zuwachs. 2015 wurde mit 1,8 Millionen Zuzügen die bisherige höchste Zahl an Zuzügen verzeichnet. Danach nehmen die Wanderungen nach Deutschland wieder sukzessiv ab. 2019 wurden im AZR 1.127.984 Zuzüge verzeichnet, dies entspricht einem leichten Rückgang um 1,5 % im Vergleich zum Vorjahr. Die Zuzüge haben somit wieder das Niveau von 2014 erreicht. Diese Entwicklung ist vor allem auf die gesunkene humanitäre Migration zurückzuführen. Die Zahl der im AZR registrierten Fortzüge stieg im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr von 640.227 auf 675.812 (+5,6 %). Für 2019 wurde somit ein Wanderungssaldo von +452.172 Personen verzeichnet. In 2018 lag der Saldo mit +521.639 Personen etwas höher.

⁵⁶ Für die in diesem Kapitel enthaltenen Daten wurde das Ausländerzentralregister zum Abfragezeitpunkt 31. März 2020 ausgewertet. Daher sind auch Drittstaatsangehörige enthalten, die noch im Jahr 2019 eingereist sind, aber erst im ersten Quartal 2020 im AZR registriert wurden. In der BAMF-Publikation „Wanderungsmonitoring: Bildungs- und Erwerbsmigration nach Deutschland – Jahresbericht 2019“ steht dagegen der Zeitpunkt der Erteilung des Aufenthaltstitels im Vordergrund, weswegen Fälle, in denen die Betroffenen im Jahr 2019 eingereist sind, aber erst im ersten Quartal 2020 eine Aufenthaltserlaubnis erhalten haben, nicht berücksichtigt werden. Die Daten sind somit aufgrund der unterschiedlichen Auswertungslogiken nicht vergleichbar.

⁵⁷ Personenbezogene Daten von EU-Staatsangehörigen, die nicht Staatsangehörige der Bundesrepublik Deutschland sind, dürfen nur dann im Register gespeichert und genutzt werden, wenn diese Daten für die Anwendung aufenthaltsrechtlicher Vorschriften durch die hierfür zuständigen Behörden erforderlich sind, vgl. auch Urteil des EuGH, Rs. C-524/06, s. § 2 Abs. 3 AZRG.

Abbildung 1-13: Zu- und Fortzüge von ausländischen Staatsangehörigen seit 2006 ¹



1) Zuzüge ohne im Inland geborene ausländische Kinder. Fortzüge ohne Sterbefälle.

Quelle: Ausländerzentralregister

1.7.1 Zuwanderung nach Aufenthaltszwecken

Im AZR werden seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes⁵⁸ am 1. Januar 2005 auch die Rechtsgrundlagen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen erfasst. Dadurch können die erteilten Aufenthaltstitel für zugewanderte Drittstaatsangehörige differenziert nach dem Aufenthaltszweck dargestellt werden, was im Rahmen der Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes nicht möglich ist.

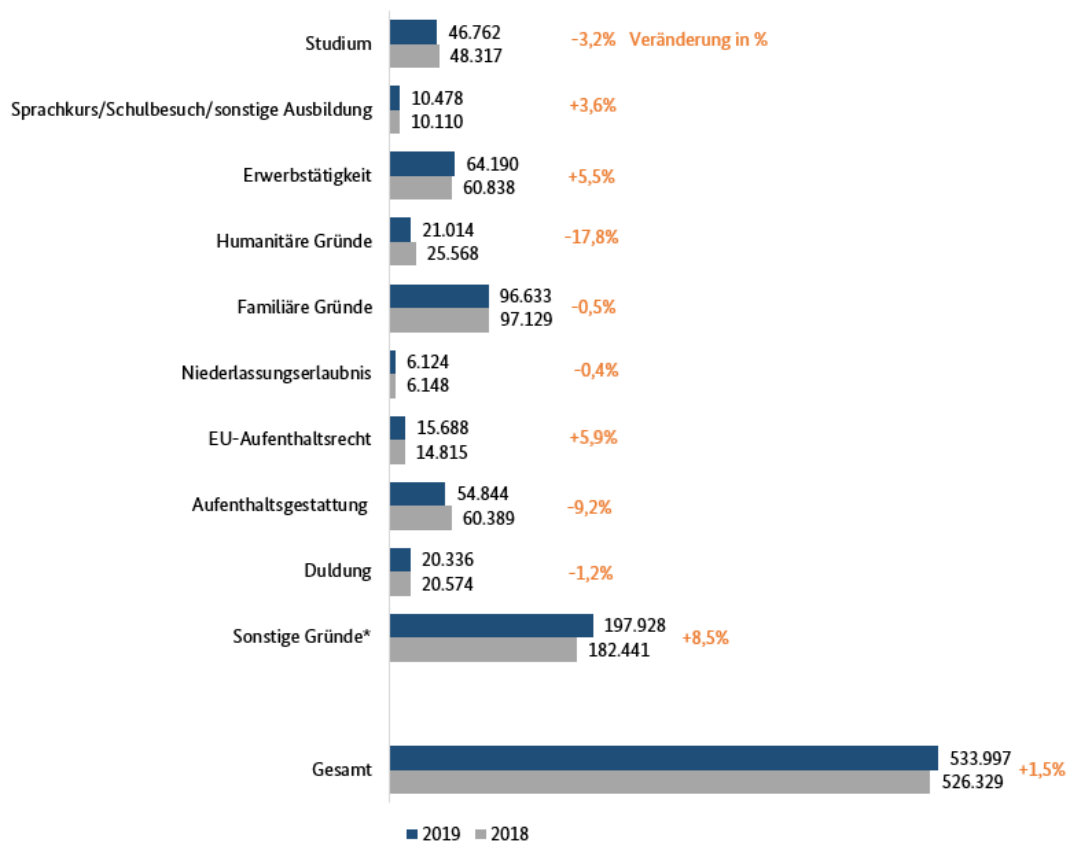
2019 wurden 553.997 Zuzüge von Drittstaatsangehörigen verzeichnet, also von Personen, die nicht EU-Staatsangehörige sind. Ihr Anteil beträgt 47,3 % an der Gesamtzuwanderung von 1.127.984 ausländischen Personen. Im Jahr 2018 sind insgesamt 1.161.866 Personen nach Deutschland zugewandert, darunter 526.329 Drittstaatsangehörige (45,3 %). Sowohl die absolute Zahl als auch der Anteil der Zuzüge von Drittstaatsangehörigen ist somit 2019 leicht angestiegen.

Die Zuwanderungszahlen des AZR liegen in der Regel etwa 15 % bis 20 % unter denen in der Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes. Im Jahr 2019 wurden dort rund 1,34 Millionen Zuzüge von ausländischen Staatsangehörigen registriert (vgl. Kapitel 1.2). Der Grund für diese unterschiedlichen Zahlen ist, dass Personen im AZR erst dann registriert werden, wenn sie sich länger als drei Monate in Deutschland

⁵⁸ BGBl 2004 Teil I Nr. 41: 1950.

aufhalten. Zudem werden Daten von Personen, die mehrmals im Jahr zu- und fortziehen, nur einmal im AZR erfasst (Personenstatistik), anders als in der fallbasierten Wanderungsstatistik.

Abbildung 1-14: Zuzüge von Drittstaatsangehörigen in den Jahren 2018 und 2019 nach ausgewählten Aufenthaltswegen



*) Darunter fallen unter anderem Personen, die einen Aufenthaltstitel beantragt haben oder vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind.

Quelle: Ausländerzentralregister

Bei einem Blick auf die einzelnen Aufenthaltswegen zeigt sich, dass im Vergleich zum Vorjahr 3,2 % weniger Studierende nach Deutschland gekommen sind. Die Zuwanderung im Rahmen von Sprachkursen, Schulbesuchen bzw. für sonstige Ausbildung stieg 2019 um 3,6 %, die Erwerbsmigration um 5,5 % (vgl. auch Kapitel 3.2).

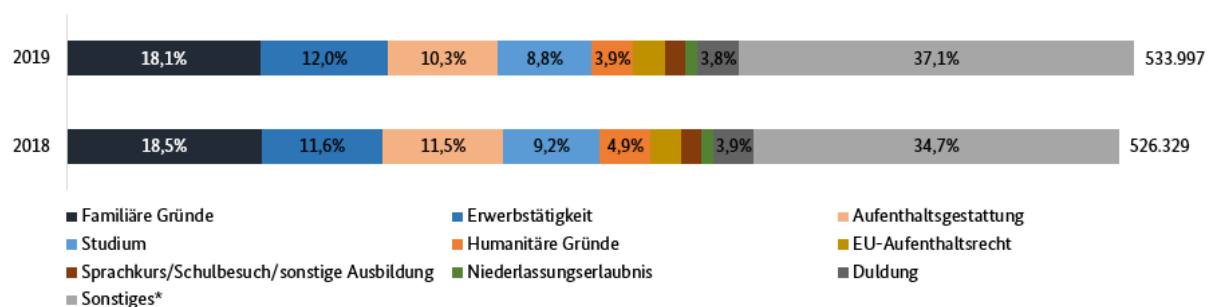
Die Migration aus humanitären Gründen ist weiterhin deutlich rückläufig (-17,8 %), ebenso die Zahl der aus-gestellten Aufenthaltsgestattungen zur Durchführung eines Asylverfahrens (-9,2 %) (vgl. hierzu ausführlich Kapitel 3.4). Der Familiennachzug fällt etwas geringer als im Vorjahr aus (-0,5 %).

18,1 % der Drittstaatsangehörigen, die im Jahr 2019 zugezogen sind, reisten aus familiären Gründen nach Deutschland ein (2018: 18,5 %). Bei dieser Migrationsform handelt es sich überwiegend um auf Dauer angelegte Zuwanderung. 12,0 % der Drittstaatsangehörigen, die im Jahr 2019 eingereist sind, erhielten einen

Aufenthaltstitel für eine Erwerbstätigkeit (2018: 11,6 %). 10,7 % der eingereisten Personen aus Drittstaaten waren Studierende, besuchten eine Schule bzw. einen Sprachkurs oder einen sonstigen Ausbildungsgang (2018: 11,1 %). Aufenthaltstitel zum Zweck der Erwerbstätigkeit oder der Ausbildung (dazu zählt auch ein Studium) sind in der Regel zunächst zeitlich befristet. Aufenthaltstitel zum Zweck der Erwerbstätigkeit können verlängert werden, diese Möglichkeit wird auch häufig genutzt. Zudem können Drittstaatsangehörige nach dem Abschluss ihres Studiums an einer deutschen Hochschule einen Aufenthaltstitel zur Arbeitssuche für 18 Monate erhalten (§ 16 Abs. 4 AufenthG a. F.)⁵⁹ (vgl. ausführlicher Kapitel 3.3.2).

2019 erhielten 10,3 % der zugewanderten Drittstaatsangehörigen eine Aufenthaltsgestattung zur Durchführung eines Asylverfahrens erhalten (2018: 11,5 %). Die Aufenthaltsgestattung berechtigt Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Deutschland zu bleiben, bis ihr Asylverfahren abgeschlossen ist. Darüber hinaus haben 3,9 % der eingereisten Drittstaatsangehörigen einen Aufenthaltstitel aus humanitären Gründen erhalten (2018: 4,9 %), an 3,8 % Personen wurde eine Duldung erteilt (2018: 3,9 %) (vgl. Abbildung 1-15).

Abbildung 1-15: Zuzüge von Drittstaatsangehörigen in den Jahren 2018 und 2019 nach Aufenthaltstiteln, Aufenthaltsgestattung und Duldung



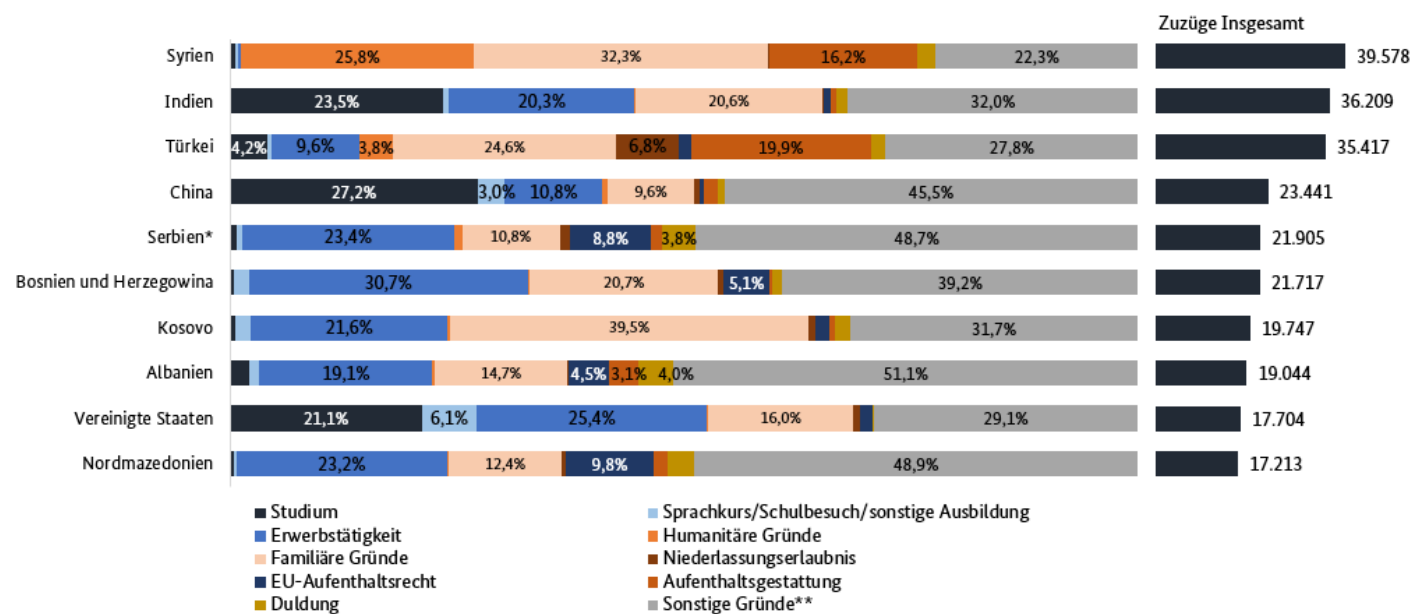
*) Darunter fallen unter anderem Personen, die einen sonstigen Aufenthaltstitel innehaben, die einen Aufenthaltstitel beantragt haben oder vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind.

Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

Quelle: Ausländerzentralregister

⁵⁹ Nach der bis zum 1. März 2020 geltenden Fassung des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG).

Abbildung 1-16: Zuzüge von ausländischen Staatsangehörigen im Jahr 2019 nach Aufenthaltszwecken



*) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

***) Darunter fallen unter anderem Personen, die einen Aufenthaltstitel aus sonstigen Gründen haben, einen Aufenthaltstitel beantragt haben oder vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind.

Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

Quelle: Ausländerzentralregister

Differenziert nach Staatsangehörigkeit bilden Personen aus Syrien die größte Zuwanderungsgruppe von Drittstaatsangehörigen mit 39.578 Zuzügen im Jahr 2019. Etwa ein Drittel der syrischen Staatsangehörigen zogen aus familiären Gründen und 25,8 % aus humanitären Gründen nach Deutschland, 18,2 % erhielten eine Aufenthaltsgestattung oder Duldung. Bei neu zugewanderten indischen Staatsangehörigen überwiegt die Bildungsmigration: Bei einer Gesamtzuwanderung von 36.209 Personen in 2019 haben 23,5 % einen Aufenthaltstitel zu Studienzwecken erhalten. Der Anteil an der Erwerbsmigration betrug 20,3 % und 20,6 % der zugewanderten indischen Staatsangehörigen sind aus familiären Gründen nach Deutschland zugezogen. Von den 35.417 in 2019 zugewanderten türkischen Staatsangehörigen kamen 24,6 % im Rahmen des Familiennachzugs. 21,5 % der türkischen Staatsangehörigen, die 2019 eingereist sind, haben eine Aufenthaltsgestattung oder eine Duldung erhalten, dieser Anteil ist im Vergleich zum Vorjahr fast gleichgeblieben (2018: 21,6 %). Der Großteil von chinesischen Staatsangehörigen kamen nach Deutschland, um hier zu studieren (27,2 %) (vgl. Abbildung 1-16 sowie Tabelle 1-15 im Anhang).

US-amerikanische und Staatsangehörige aus den Westbalkanstaaten sind durch einen hohen Anteil von Zugewanderten im Bereich der Erwerbsmigration gekennzeichnet. Im Falle der Westbalkanstaaten ist dies auf die im Oktober 2015 in die Beschäftigungsverordnung aufgenommene Regelung zurückzuführen, wonach für Staatsangehörige von Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Nordmazedonien⁶⁰, Montenegro und Serbien in den Jahren 2016 bis 2020 unter bestimmten Bedingungen eine Zustimmung zur Ausübung einer Beschäftigung erteilt werden kann (§ 26 Abs. 2 BeschV). Diese Möglichkeit der Erwerbsmigration wird häufig in Anspruch genommen. Zudem ist im Falle des Kosovo (39,5 %) sowie Bosnien und Herzegowinas (20,7 %) auch der Anteil des Familiennachzugs vergleichsweise hoch.

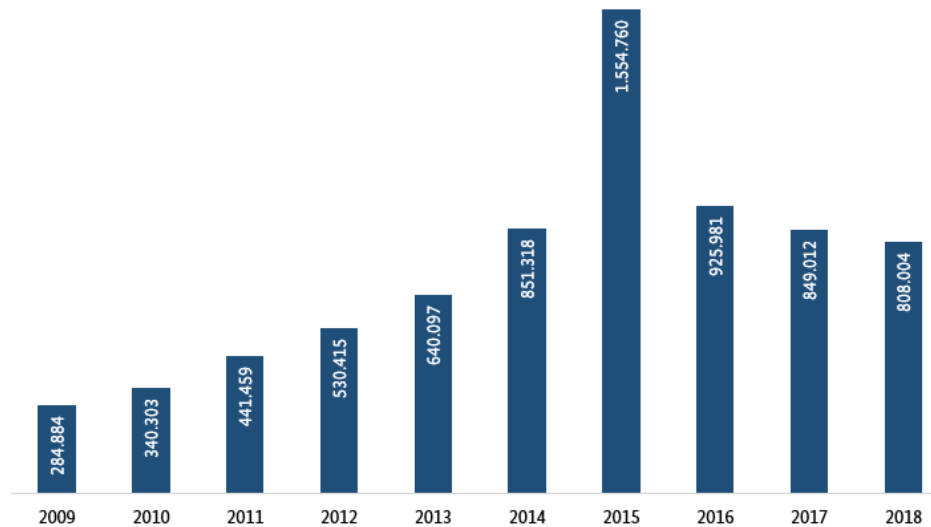
1.7.2 Längerfristige Zuwanderung

Auf Basis des AZR lassen sich auch Aussagen über die Aufenthaltsdauer von zugewanderten Personen treffen. Im Folgenden werden die ausländischen Staatsangehörigen betrachtet, die in den Jahren 2009 bis 2018 eingereist sind und sich mindestens ein Jahr im Bundesgebiet aufhielten.⁶¹

⁶⁰ Im Februar 2019 erfolgte die offizielle Umbenennung Mazedoniens in Republik Nordmazedonien.

⁶¹ Die Mindestaufenthaltsdauer von einem Jahr entspricht der Definition von Zuwanderung in der „Verordnung (EG) Nr. 862/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 311/76 des Rates über die Erstellung von Statistiken über ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ (vgl. Kapitel 1.1). Zahlen zur längerfristigen Zuwanderung für das Jahr 2018 liegen erst 2020 vor, da erst zum Jahresende 2019 für alle Personen, die 2018 zugewandert sind, festgestellt werden kann, ob diese sich mindestens ein Jahr in Deutschland aufgehalten haben.

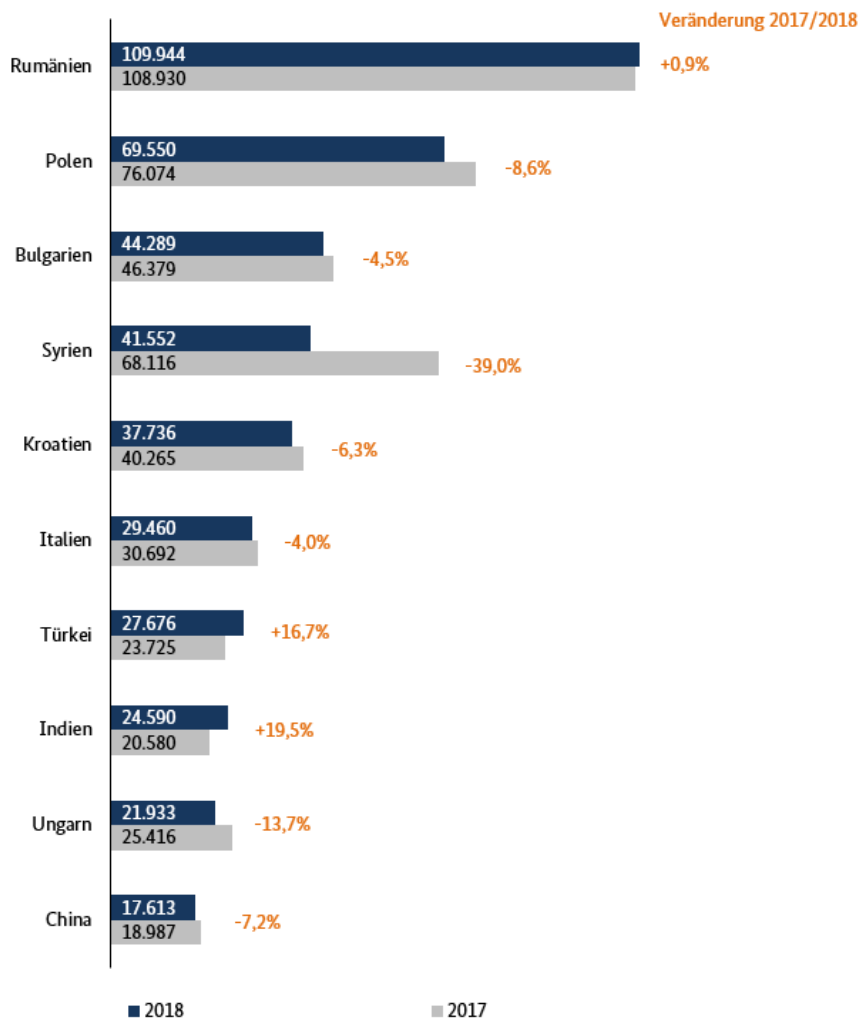
Abbildung 1-17: Ausländische Staatsangehörige, die von 2009 bis 2018 zugewandert sind, mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens einem Jahr



Quelle: Ausländerzentralregister

Für das Jahr 2018 verzeichnete das AZR 808.004 Zuzüge ausländischer Staatsangehöriger, die anschließend mindestens ein Jahr in Deutschland lebten. Die Zahl der sogenannten „long-term migrants“ ist seit 2015 rückläufig. Im Vergleich zum Jahr 2017, in dem 849.012 dieser Personen gezählt wurden, ist die längerfristige Migration nach Deutschland um 4,8 % gesunken. Insgesamt entspricht die Zahl der ausländischen Staatsangehörigen, die 2018 eingereist sind und sich länger als ein Jahr im Bundesgebiet aufhielten, 72 % der im AZR ausgewiesenen Zahl von rund 1,1 Millionen Zuzügen von ausländischen Staatsangehörigen für das Jahr 2018.

Abbildung 1-18: Zuzüge im Jahr 2018 mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens einem Jahr nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten



Quelle: Ausländerzentralregister

13,6 % bzw. 109.944 Personen, die 2018 zugezogen sind und sich länger als ein Jahr in Deutschland aufhielten, waren rumänische Staatsangehörige. Diese Zahl ist zwischen 2017 und 2018 geringfügig gestiegen (+0,9 %). Die Zahl der längerfristigen Zuzüge polnischer Staatsangehöriger ist dagegen um 8,6 % zurückgegangen, ebenso bei Staatsangehörigen aus Bulgarien (- 4,5 %). Bei syrischen Staatsangehörigen fällt der Rückgang der längerfristigen Zuzüge mit -39,0 % deutlich höher aus. Ebenfalls rückläufig sind die längerfristigen Zuzüge aus Kroatien (-6,3 %) und Italien (-4,0 %). Dem entgegen haben entsprechende Zuzüge aus der Türkei (+16,7 %) und Indien (+19,5 %) zugenommen (vgl. Abbildung 1-18).

2 EU-Binnenmigration

Unter EU-Binnenmigration versteht man die Zu- und Abwanderung von Staatsangehörigen von Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Entscheidend ist also die Staatsangehörigkeit und nicht das Herkunfts- oder Zielland der wandernden Personen.⁶² Dagegen zählt die Zu- bzw. Abwanderung von Drittstaatsangehörigen aus einem bzw. in einen anderen Mitgliedstaat der EU nicht zur EU-Binnenmigration im oben genannten Sinne.⁶³

Das Unionsrecht gewährt EU-Staatsangehörigen und ihren Familienangehörigen – unabhängig davon, ob diese ebenfalls Staatsangehörige der EU sind oder nicht - grundsätzlich Personenfreizügigkeit (§ 2 Abs. 1 Freizügigkeitsgesetz (FreizügG)/EU)⁶⁴, d. h. sie können sich innerhalb der Mitgliedstaaten der EU frei bewegen und arbeiten. Freizügigkeitsberechtigt sind EU-Staatsangehörige, die sich als Erwerbspersonen oder zur Berufsausbildung aufhalten wollen, die sich zur Arbeitssuche aufhalten, wenn sie zu einer selbständigen Tätigkeit berechtigt sind, Dienstleistungen erbringende und empfangende Personen, die Familienangehörige dieser Personen sowie EU-Staatsangehörige und ihre Familienangehörigen, die ein Daueraufenthaltsrecht erworben haben (§ 2 Abs. 2 FreizügG/EU). Nichterwerbstätige EU-Staatsangehörige und ihre Familienangehörigen sind dann freizügigkeitsberechtigt, wenn sie über ausreichenden Krankenversicherungsschutz und ausreichende Existenzmittel verfügen (§ 4 FreizügG/EU). Bei unfreiwilliger Arbeitslosigkeit nach weniger als ein Jahr Beschäftigung bleibt das Recht auf Freizügigkeit für sechs Monate unberührt, nach einer Beschäftigung von mindestens einem Jahr gilt die unbegrenzte Freizügigkeit. Familienangehörige von EU-Staatsangehörigen im Sinne des Freizügigkeitsrechts sind die Ehepartnerin oder der Ehepartner, die Lebenspartnerin oder der Lebenspartner, Kinder von EU-Staatsangehörigen oder ihrer Ehepartnerin oder Ehepartner bzw. Lebenspartnerin oder Lebenspartner bis zum 21. Lebensjahr sowie Verwandte in direkter aufsteigender und absteigender Linie von EU-Staatsangehörigen oder ihrer Ehepartnerin oder Ehepartner bzw. Lebenspartnerin oder Lebenspartner, denen sie oder ihre Ehepartnerin oder Ehepartner bzw. Lebenspartnerin oder Lebenspartner Unterhalt gewährt wird (§ 3 Abs. 2 FreizügG/EU).

Staatsangehörige aus den Mitgliedstaaten der EU benötigen für die Einreise und für den Aufenthalt im Bundesgebiet kein Visum bzw. keinen Aufenthaltstitel (§ 2 Abs. 4 S. 1 FreizügG/EU). Drittstaatsangehörige Familienangehörige benötigen für die Einreise ein Visum nach den Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes, sofern sie nicht im Besitz einer Aufenthaltskarte im Sinne von Artikel 5 Abs. 2 i. V. m. Artikel 10 Freizügigkeitsrichtlinie (Richtlinie 2004/38/EG) sind (§ 2 Abs. 4 S. 2, 3 FreizügG/EU). EU-Staatsangehörige, die im Besitz eines gültigen Personalausweises oder Reisepasses sind, haben ein dreimonatiges Aufenthaltsrecht (§ 2 Abs. 5 S. 1 FreizügG/EU). Drittstaatsangehörige Familienangehörige haben das gleiche Recht, wenn sie im Besitz eines anerkannten Passes oder Passersatzes sind und sie den EU-Staatsangehörigen begleiten oder ihm nachziehen (§ 2 Abs. 5 S. 2 FreizügG/EU). Freizügigkeitsberechtigten Familienangehörigen, die Drittstaatsangehörige sind, von Amts wegen innerhalb von sechs Monaten, nachdem sie die erforderlichen Angaben gemacht haben, eine Aufenthaltskarte für Familienangehörige von EU-Staatsangehörigen ausgestellt, die für fünf Jahre gültig sein soll (§ 5 Abs. 1 FreizügG/EU).

⁶² Staatsangehörige eines EU-Staates können demnach auch aus einem Nicht-EU-Staat zuziehen, um in die EU-Binnenwanderungsstatistik einzugehen, da sie auch dann unter die Freizügigkeitsregelungen für EU-Staatsangehörige fallen.

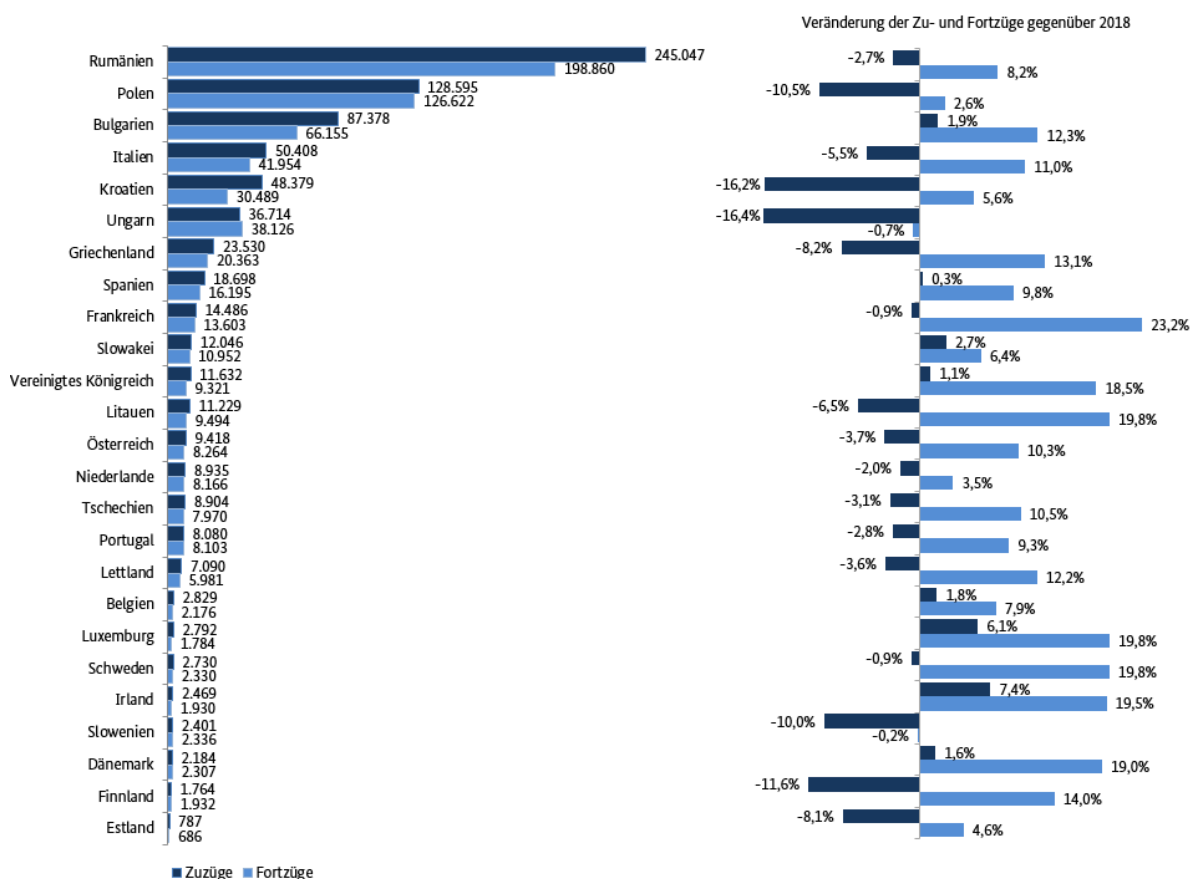
⁶³ Siehe hierzu Müller 2013.

⁶⁴ Freizügigkeit besteht grundsätzlich auch für Staatsangehörige aus den EWR-Staaten Norwegen, Island und Liechtenstein sowie der Schweiz. Zur Rechtslage vgl. BMI/BMAS 2014: 44ff.

Die EU-Binnenmigration kann der allgemeinen Zu- und Fortzugsstatistik entnommen werden, indem sie nach den entsprechenden EU-Staatsangehörigkeiten der Personen differenziert wird.⁶⁵ Die Zu- und Fortzüge deutscher Staatsangehöriger werden dabei nicht berücksichtigt.

Laut Mikrozensus, in dessen Rahmen seit dem Jahr 2017 Personen mit eigener Migrationserfahrung nach ihren Migrationsmotiven befragt werden, sind im Jahr 2019 familiäre Aspekte bei den in Deutschland lebenden, selbst zugewanderten EU-Staatsangehörigen für die Wanderung nach Deutschland ausschlaggebend gewesen (rund 46 %). Etwa 31 % der EU-Staatsangehörigen gaben als Motiv für ihre Migrationsentscheidung „Arbeit/Beschäftigung“ an.⁶⁶

Abbildung 2-1: Zu- und Fortzüge von EU-Staatsangehörigen nach und aus Deutschland im Jahr 2019



Anmerkung: Zypern und Malta sind wegen zu geringer Fallzahlen nicht grafisch dargestellt, die Werte sind aus Tabelle 2-1 im Anhang ablesbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Betrachtet man die Zu- und Fortzüge von EU-Staatsangehörigen (ohne Deutsche) im Jahr 2019, so zeigt sich, dass die Zahl der Zuzüge mit 748.994 im Vergleich zum Vorjahr um 5,5 % zurückgegangen ist (2018: 792.796 Zuzüge) (vgl. Abbildung 2-2 und Tabelle 2-1 im Anhang). Ein Rückgang der Zuzugszahlen im Jahr

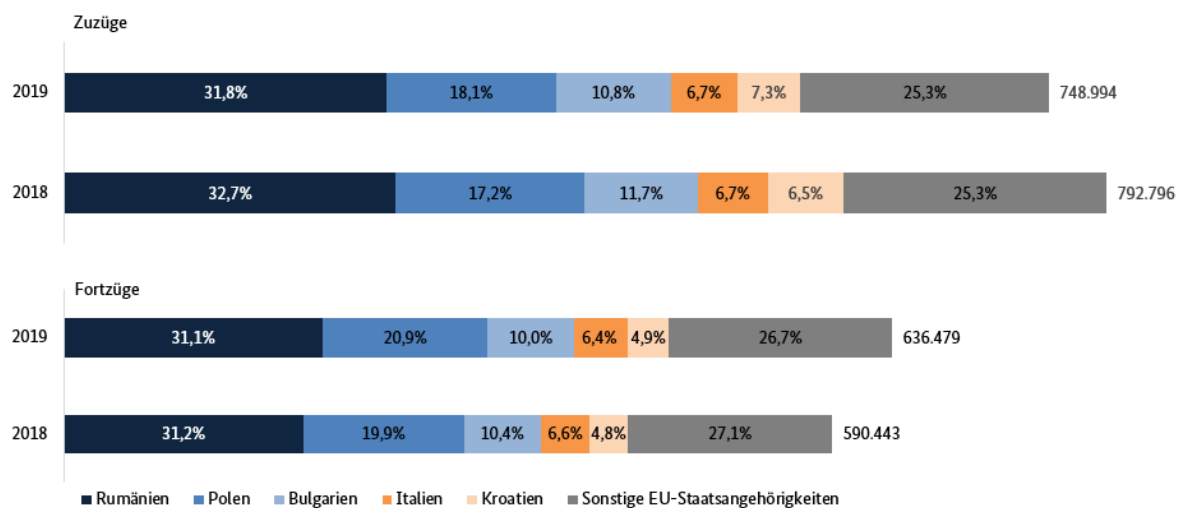
⁶⁵ Drittstaatsangehörige Familienangehörige von Unionsbürgern lassen sich in der Zu- und Fortzugsstatistik nicht identifizieren und sind in den Daten deshalb nicht berücksichtigt.

⁶⁶ Quelle: Statistisches Bundesamt 2020. Der Mikrozensus ist die amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, in deren Rahmen jährlich rund 1 % aller Haushalte in Deutschland befragt werden.

2019 konnte insbesondere bei Staatsangehörigen aus Ungarn (-16,4 %) und Kroatien (-16,2 %) verzeichnet werden (vgl. Abbildung 2-1). Der Anteil der EU-Binnenmigration an der Gesamtzuwanderung betrug damit 48,1 % (2018: 50,0 %).

Die Zahl der Fortzüge von EU-Staatsangehörigen im Jahr 2019 summierte sich auf 636.479 (+7,8 %, 2018: 590.443 Fortzüge). Ein Anteil dieses Anstiegs lässt sich mit Abmeldungen von Amts wegen im Zuge der Europawahl 2019 erklären. EU-Bürger wurden abgemeldet und gelten somit als Teil der Statistik von Fortzügen, wenn sie nicht mehr an ihrer registrierten Anschrift gewohnt haben.⁶⁷ Der Anteil der EU-Binnenmigration an der Gesamtabwanderung stieg von 49,8 % im Jahr 2018 auf 51,7 % im Jahr 2019.

Abbildung 2-2: Zuzüge und Fortzüge von EU-Staatsangehörigen nach Deutschland im Jahr 2019 (ohne Deutsche, ausgewählte Länder)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

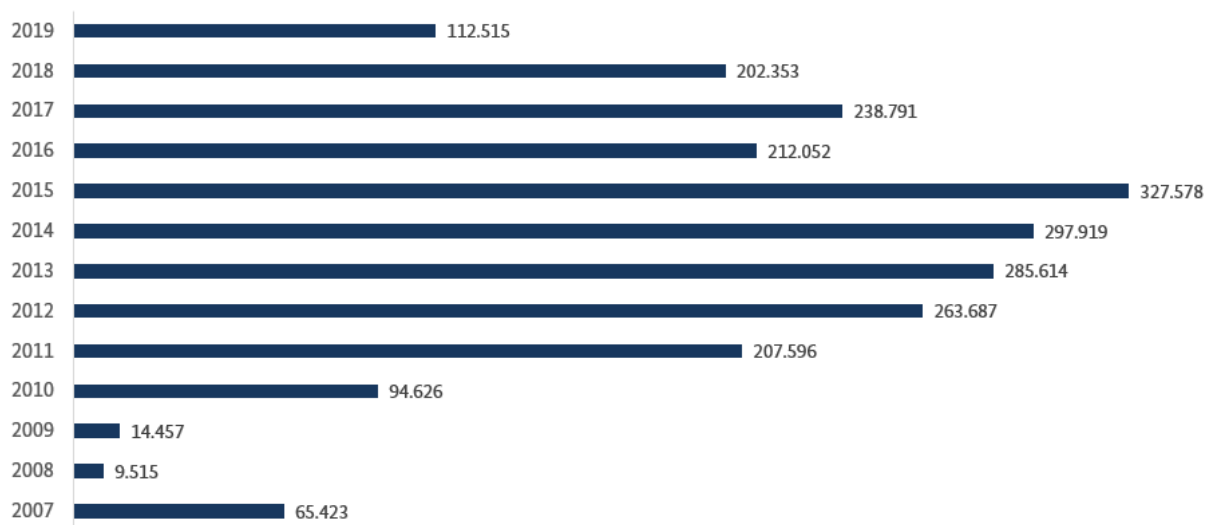
32,7 % der Zuzüge von EU-Staatsangehörigen entfielen auf rumänische (2018: 31,8 %) und 17,2 % auf polnische Staatsangehörige (2018: 18,1 %). Damit stellten Staatsangehörige aus diesen beiden Mitgliedstaaten im Jahr 2019 fast die Hälfte aller Zuzüge im Rahmen der EU-Binnenmigration. Weitere bedeutende Gruppen sind Staatsangehörige aus Bulgarien mit 11,7 % (2018: 10,8 %), Italien mit 6,7 % (2018: 6,7 %) und Kroatien mit 6,5 % (2018: 7,3 %), (vgl. Abbildung 2-2 und Tabelle 2-1 im Anhang).

Bei den Fortzügen entfielen im Jahr 2019 31,2 % auf Staatsangehörige aus Rumänien (2018: 31,1 %), 19,9 % auf polnische Staatsangehörige (2018: 20,9 %). Damit stellten Staatsangehörige aus diesen beiden Mitgliedstaaten auch die Hälfte der Gesamtabwanderung im Rahmen der EU-Binnenmigration. 10,4 % der Fortzüge waren bulgarische (2018: 10,0 %), 6,6 % italienische (2018: 6,4 %) und 4,8 % kroatische (2018: 4,9 %) Staatsangehörige (vgl. Abbildung 2-2 und Tabelle 2-1 im Anhang).

⁶⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 237 vom 29. Juni 2020.

Ein positiver Wanderungssaldo konnte im Jahr 2019 gegenüber allen EU-Staatsangehörigen verzeichnet werden, außer Ungarn (-1.412), Finnland (-168), Dänemark (-123) und Portugal (-23). Insgesamt zogen im Jahr 2019 112.515 Staatsangehörige aus den anderen EU-Staaten mehr nach Deutschland als fortzogen. Der positive Wanderungssaldo ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken (2018: +202.353) (vgl. Abbildung 2-3). Im Jahr 2015 wurde noch ein Wanderungssaldo von 327.578 Personen registriert. Der positive Wanderungssaldo ging im Vergleich zum Vorjahr bei den bedeutendsten Herkunftsländern von Migrantinnen und Migranten wie Rumänien (2019: +46.187, 2018: +68.144), Kroatien (2019: +17.890, 2018: +28.855), Bulgarien (2019: +21.223, 2018: +26.837) und Italien (2019: +8.454, 2018: +15.549) deutlich zurück. Besonders stark fiel der Rückgang des Wanderungssaldos in absoluten Zahlen bei polnischen Staatsangehörigen aus (2019: +1.973, 2018: +20.228).

Abbildung 2-3: Wanderungssaldo von EU-Staatsangehörigen in den Jahren 2007 bis 2019 (ohne Deutsche)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

3 Die einzelnen Zuwanderungsgruppen

3.1 Überblick

Das folgende Kapitel befasst sich differenzierter mit den verschiedenen Formen der Zuwanderung nach Deutschland. Die einzelnen Migrationsformen unterscheiden sich rechtlich hinsichtlich der Einreise (z. B. Visumfreiheit bzw. -pflicht) und des Aufenthaltsstatus der betreffenden Personen. Im Einzelnen werden folgende Formen der Zuwanderung betrachtet:

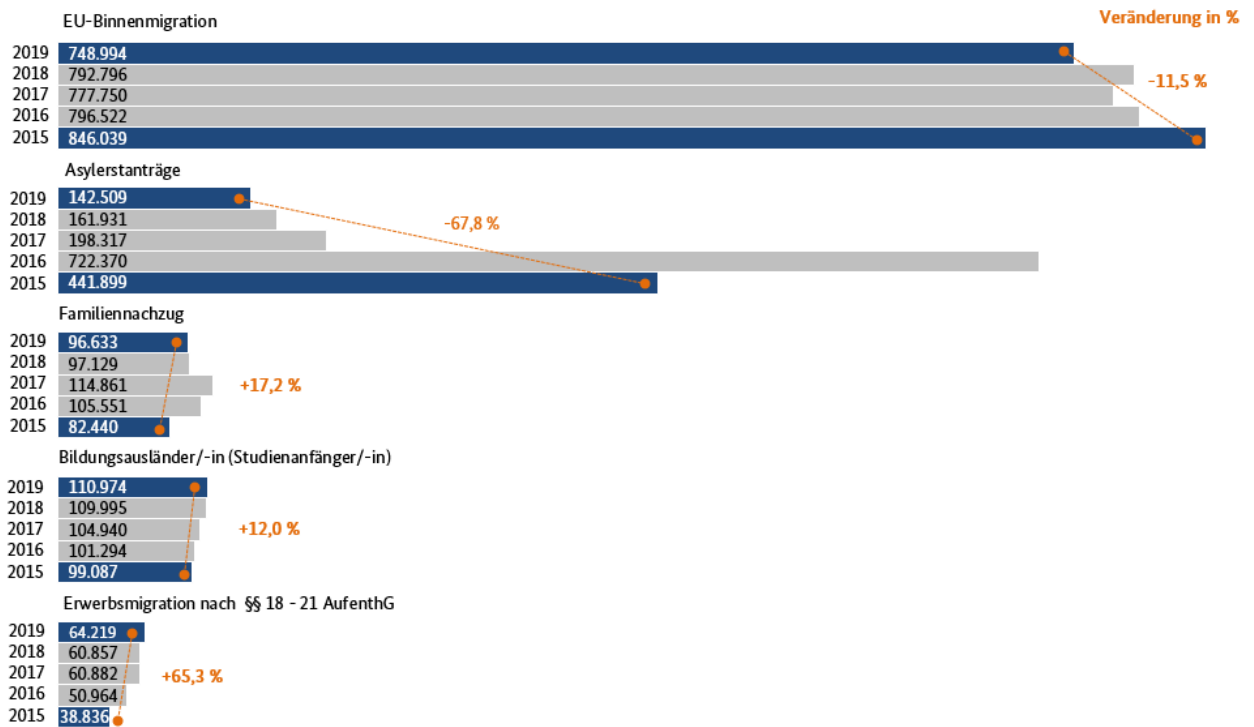
| | |
|---|-------------|
| Erwerbsmigration | Kapitel 3.2 |
| Bildungsmigration | Kapitel 3.3 |
| Humanitäre Migration | Kapitel 3.4 |
| Migration aus familiären Gründen | Kapitel 3.5 |
| Migration aus weiteren aufenthaltsrechtlichen Gründen | Kapitel 3.6 |
| Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler | Kapitel 3.7 |
| Zuwanderung von deutschen Staatsangehörigen | Kapitel 3.8 |

Bei einem Vergleich der Gesamtmigration aus der Wanderungsstatistik (vgl. Kapitel 1) mit der kumulierten Zahl der verschiedenen Zuwanderungsgruppen auf Basis von unterschiedlichen statistischen Datenquellen ergeben sich Differenzen. Die Ursachen dafür liegen vor allem in unterschiedlichen Erhebungsgrundlagen, (z. B. fall- oder personenbezogene Erfassung), aber auch in Erfassungsunterschieden der einzelnen Statistiken.⁶⁸

Das Zuwanderungsgeschehen nach Deutschland hat sich seit 2015 sowohl hinsichtlich seines Umfangs als auch in seiner Zusammensetzung stark verändert. Die Migration ist vor allem durch Zuwanderung aus bzw. Abwanderung in andere europäische Staaten gekennzeichnet. 2019 machten EU-Staatsangehörige 51,1 % der Zuwanderung nach Deutschland aus. Die humanitäre Migration ist zwischen 2018 und 2019 erneut zurückgegangen - während im Jahr 2018 161.931 Asylerstanträge gestellt wurden, ging die Zahl im Jahr 2019 auf 142.509 zurück (-12,0 %). Im Zuge des Familiennachzugs wurden im Jahr 2019 96.633 Aufenthaltstitel erteilt (2018: 97.129). 110.974 ausländische Studierende (Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer) haben ein Studium an einer deutschen Hochschule aufgenommen, etwas mehr als im Jahr zuvor (109.995). 64.219 Drittstaatsangehörige haben im Jahr 2019 einen Aufenthaltstitel für eine Erwerbstätigkeit erhalten, auch hier gab es einen leichten Anstieg im Vergleich zum Vorjahr (2018: 60.857) (vgl. Abbildung 3-1).

⁶⁸ Vgl. dazu Lederer 2004: 102ff.

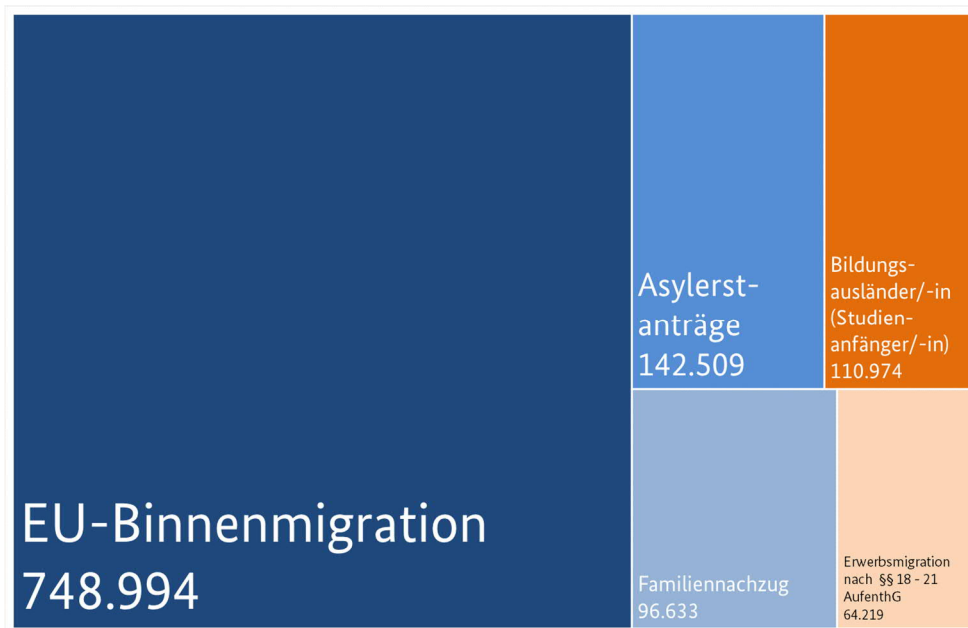
Abbildung 3-1: Überblick über die wichtigsten Migrationsgruppen nach Deutschland seit 2015



Eine Addition der Zuwanderungsgruppen zu einer Gesamtsumme ist aufgrund unterschiedlicher Erhebungskriterien (z. B. Fall- vs. Personenstatistik) und Doppelzählungen (z. B. EU-Binnenmigration und saisonale Arbeitskräfte aus EU-Staaten) nicht möglich.

Quelle: Statistisches Bundesamt, BAMF, Ausländerzentralregister

Abbildung 3-2: Die wichtigsten Migrationsgruppen im Jahr 2019



Eine Addition der Zuwanderungsgruppen zu einer Gesamtsumme ist aufgrund unterschiedlicher Erhebungskriterien (z. B. Fall- vs. Personenstatistik) und Doppelzählungen (z. B. EU-Binnenmigration und saisonale Arbeitskräfte aus EU-Staaten) nicht möglich.

Quelle: Statistisches Bundesamt, BAMF, Ausländerzentralregister

Tabelle 3-20 im Anhang gibt einen Überblick über die jährliche Größenordnung der einzelnen Zuwanderungsarten seit Beginn der 1990er Jahre. Im Folgenden werden in den einzelnen Unterkapiteln die jeweiligen rechtlichen Grundlagen und die quantitativen Entwicklungen dargestellt.

3.2 Erwerbsmigration

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Erwerbsmigration⁶⁹ von Drittstaatsangehörigen – also Personen, die nicht die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates besitzen – waren im Berichtszeitraum in den §§ 18 bis 21 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) und in der Beschäftigungsverordnung (BeschV) geregelt.

Mit dem am 1. März 2020 in Kraft getretenen Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) wurden die Regelungen im Aufenthaltsgesetz sowie in der Beschäftigungsverordnung neu strukturiert bzw. ergänzt. Dadurch wurden neue Rahmenbedingungen für die gezielte Fachkräftegewinnung geschaffen. Zudem wird mit dem FEG ein einheitlicher Fachkräftebegriff eingeführt, der sowohl akademisch als auch beruflich qualifizierte Beschäftigte umfasst (§ 18 Abs. 3 AufenthG neu). Die in diesem Abschnitt aufgeführten Rechtsgrundlagen zur Erwerbsmigration beziehen sich auf die für das Berichtsjahr 2019 geltenden Regelungen. Durch das FEG geänderte Rechtsgrundlagen, die seit dem Frühjahr 2020 gelten, sind jeweils durch den Zusatz „neu“ gekennzeichnet.

Beim Arbeitsmarktzugang gelten unterschiedliche Regelungen für Drittstaatsangehörige sowie für EU-Staatsangehörige und Angehörige der übrigen Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR)⁷⁰ und der Schweiz. EU-Staatsangehörige und die sie begleitenden oder nachziehenden Familienangehörigen sind freizügigkeitsberechtigt, fallen somit grundsätzlich nicht in den Anwendungsbereich des Aufenthaltsgesetzes und benötigen damit für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit keinen Aufenthaltstitel nach dem Aufenthaltsgesetz (vgl. Kapitel 2).

Drittstaatsangehörige benötigen für die Zuwanderung und Aufnahme einer Erwerbstätigkeit einen entsprechenden Aufenthaltstitel nach den Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes (§ 4 Abs. 1 bzw. § 4a Abs. 1 AufenthG neu), die in der Regel an ein Arbeitsplatzangebot gekoppelt sind. Das Aufenthaltsgesetz sieht folgende Aufenthaltstitel zum Zweck der Erwerbstätigkeit vor: Zur Ausübung einer Beschäftigung (§ 18 Abs. 2 AufenthG), dabei nach einer solchen mit qualifizierter Berufsausbildung (§ 18 Abs. 4 AufenthG) bzw. ohne Erfordernis einer solchen (§ 18 Abs. 3 AufenthG) unterschieden, zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung (Blaue Karte EU; § 19a AufenthG bzw. seit 1. März 2020 neuregelt in § 18b Abs. 2 AufenthG), ICT-Karte bzw. mobile ICT-Karte (§ 19b Abs. 1 und § 19d bzw. § 19 AufenthG neu), zum

⁶⁹ Der Migrationsbericht betrachtet das Wanderungsgeschehen in Deutschland in 2019, weshalb sich die in diesem Kapitel ausgewiesenen Zuwanderungszahlen auf diesen Zeitraum beziehen. Hierfür wurden die Daten des Ausländerzentralregisters zum Abfragezeitpunkt 31. März 2020 ausgewertet. Daher sind auch Drittstaatsangehörige enthalten, die noch im Jahr 2019 eingereist sind, aber erst im ersten Quartal des Jahres 2020 einen Aufenthaltstitel zum Zweck der Erwerbstätigkeit erhalten haben. In der BAMF-Publikation „Wanderungsmonitoring: Bildungs- und Erwerbsmigration nach Deutschland – Jahresbericht 2019“ (vgl. Graf 2020) steht dagegen der Zeitpunkt der Erteilung des Aufenthaltstitels im Vordergrund, weswegen die Fälle mit Aufenthaltstitelerteilung erst in 2020 dort nicht aufgeführt und die Daten somit nicht vergleichbar sind.

⁷⁰ Island, Liechtenstein und Norwegen.

Zweck der Forschung (§ 20 AufenthG bzw. § 18d AufenthG neu) und zur Ausübung einer selbständigen Tätigkeit (§ 21 AufenthG).

Drittstaatsangehörige durften bis Inkrafttreten des FEG eine Erwerbstätigkeit nur ausüben, wenn dies nach den Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes erlaubt war. Die Erlaubnis zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit muss im Aufenthaltstitel eingetragen gewesen sein (§ 4 Abs. 2 und 3 AufenthG bzw. § 4a Abs. 1 und 3 AufenthG neu). Sie wird in der Regel nur erteilt, wenn ein konkretes Arbeitsplatzangebot vorliegt. Die jeweiligen Aufenthaltstitel sind zeitlich befristet und werden für die Dauer der Beschäftigung erteilt. Für die Einreise ist in der Regel ein nationales Visum erforderlich. Sofern der Aufenthalt 90 Tage nicht überschreitet, kann für kürzere Beschäftigungen auch ein Schengen-Visum erteilt werden.

Die Zulassung ausländischer Beschäftigter orientiert sich an den Erfordernissen des Wirtschaftsstandortes Deutschland unter Berücksichtigung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt (§ 18 Abs. 1 AufenthG). Drittstaatsangehörigen kann ein Aufenthaltstitel nach § 18 Abs. 2 AufenthG zur Ausübung einer Beschäftigung erteilt werden, wenn die BA zugestimmt hat oder wenn durch Rechtsverordnung bzw. eine zwischenstaatlich getroffene Vereinbarung bestimmt ist, dass die Ausübung der Beschäftigung ohne eine Zustimmung der BA zulässig ist (§ 39 Abs. 1 AufenthG).⁷¹

Die BA erteilt diese Zustimmung, wenn sichergestellt ist, dass ausländische Beschäftigte nicht zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen als vergleichbare inländische Arbeitskräfte beschäftigt werden (§ 39 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 AufenthG bzw. § 39 Abs. 3 Nr. 1 AufenthG neu). Mit dem Inkrafttreten des FEG wird bei Fachkräften auf die sogenannte Vorrangprüfung vollständig verzichtet, wonach eine Zustimmung nur erfolgen konnte, wenn sich durch die Beschäftigung von ausländischen Staatsangehörigen keine nachteiligen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt ergaben und für die Beschäftigung deutsche sowie ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die diesen hinsichtlich der Arbeitsaufnahme rechtlich gleichgestellt sind oder die nach dem Recht der EU einen Anspruch auf vorrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt haben, nicht zur Verfügung standen. Die Zustimmung der BA wird zusammen mit dem Aufenthaltstitel durch die zuständige Ausländerbehörde bzw. durch die Auslandsvertretung in einem behördeninternen Verfahren erteilt, dieses vereinfachte Verfahren wird auch „one-stop-government“ bezeichnet.⁷²

Die Rahmenbedingungen im Bereich Erwerbsmigration wurden angesichts des steigenden Fachkräftebedarfs in den letzten Jahren liberalisiert. Studierende, die mit einem entsprechenden Aufenthaltstitel in Deutschland ein Hochschulstudium absolviert haben, können im Anschluss 18 Monate zur Arbeitsplatzsuche in Deutschland bleiben (§ 16 Abs. 5 AufenthG bzw. § 20 Abs. 3 Nr. 1 neu). Währenddessen verfügen sie über einen uneingeschränkten Arbeitsmarktzugang (vgl. Kapitel 3.3.2). Absolventinnen und Absolventen ausländischer Hochschulen können bei entsprechender Qualifikation einen Aufenthaltstitel für bis zu sechs

⁷¹ Keine Zustimmung der BA zu einem Aufenthaltstitel zum Zweck der Beschäftigung benötigen etwa Führungskräfte nach § 3 BeschV sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Forschende und Lehrkräfte nach § 5 BeschV.

⁷² Für die Einreise zur Arbeitsaufnahme benötigen ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus einem Drittstaat in der Regel ein Visum, das von der deutschen Auslandsvertretung für längstens 90 Tage erteilt wird. Voraussetzung für die Visaerteilung ist die Zusage über die Zustimmung zu einem Aufenthaltstitel zur Ausübung einer Beschäftigung durch die zuständige Arbeitsagentur. In Deutschland muss die ausländische Arbeitnehmerin bzw. der ausländische Arbeitnehmer dann vor Ablauf des Visums einen Aufenthaltstitel bei der zuständigen Ausländerbehörde beantragen.

Monate erhalten, um einen ihrer Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz in Deutschland zu suchen (§ 18c Abs. 1 AufenthG bzw. § 20 Abs. 2 AufenthG neu). In dieser Zeit müssen sie ihren Lebensunterhalt eigenständig sicherstellen und dürfen ihrer Qualifikation entsprechende Probebeschäftigungen bis zu 10 Stunden pro Woche ausüben (§ 20 Abs. 1 AufenthG neu). Vor dem Inkrafttreten des FEG durften sie keine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Diese Personen reisen überwiegend mit nationalen Visa ein, die in der Regel sechs Monate gültig sind.⁷³ In den deutschen Auslandsvertretungen wurden 2019 insgesamt 4.748 D-Visa⁷⁴ zur Arbeitsplatzsuche erteilt (2018: 2.977).⁷⁵ Nach § 18c Abs. 3 AufenthG haben auch Drittstaatsangehörige, die bereits in Deutschland leben und einen Aufenthaltstitel zur Erwerbstätigkeit besitzen, die Möglichkeit, einen Aufenthaltstitel nach § 18c Abs. 1 AufenthG zur Arbeitsplatzsuche zu erhalten (§ 20 Abs. 2 AufenthG neu). Auch sie müssen ihren und den Lebensunterhalt von Familienangehörigen selbst sichern. Es wurden aber bisher nur wenige solche Aufenthaltstitel erteilt, im Jahr 2019 waren es laut Ausländerzentralregister (AZR) 178 (2018: 151).

Mit dem Gesetz zur Umsetzung aufenthaltsrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union zur Arbeitsmigration, das am 1. August 2017 in Kraft getreten ist, wurden die Richtlinie zum Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken (REST-Richtlinie RL 2016/801/EU) sowie die Richtlinie zum unternehmensinternen Transfer (ICT-Richtlinie RL 2014/66/EU) umgesetzt. Damit wurden weitere Aufenthaltstitel unter anderem für kurzfristige Mobilität dieser Personengruppen geschaffen. Drittstaatsangehörige, die sich zum Zweck der Forschung in der EU aufhalten und einen entsprechenden Aufenthaltstitel eines anderen EU-Mitgliedstaates (mit Ausnahme von Dänemark, dem Vereinigten Königreich und Irland) im Sinne der REST-Richtlinie besitzen, können nach § 20a AufenthG bzw. § 18e Abs. 1 AufenthG neu ohne deutschen Aufenthaltstitel in Deutschland forschen, sofern sie maximal 180 Tage innerhalb von 360 Tagen in einer deutschen Forschungseinrichtung arbeiten. Dauert der Forschungsaufenthalt mehr als 180 Tage, können sie einen Aufenthaltstitel für mobile Forschende beantragen (§ 20b AufenthG bzw. § 18f AufenthG neu). Daneben wird auch Führungskräften, Spezialistinnen und Spezialisten sowie Trainees, die sich im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers in einem anderen EU-Mitgliedstaat aufhalten, nach § 19c AufenthG bzw. § 19a Abs. 1 AufenthG neu eine kurzfristige Mobilität für einen Zeitraum von bis zu 90 Tagen ohne deutschen Aufenthaltstitel ermöglicht. Für einen Aufenthalt von mehr als 90 Tagen kann ihnen eine ‚Mobiler-ICT-Karte‘ erteilt werden (§ 19d AufenthG bzw. § 19b AufenthG neu). Mit der ICT-Karte wurde ein befristeter Aufenthaltstitel für unternehmensintern transferierte Drittstaatsangehörige geschaffen (für Führungskräfte und Spezialistinnen bzw. Spezialisten für maximal drei Jahre, für Trainees für maximal ein Jahr).

Durch die sogenannte Westbalkanregelung können vom 1. Januar 2016 bis Ende 2020 Staatsangehörige aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Nordmazedonien⁷⁶, Montenegro und Serbien zur Beschäftigung einen Aufenthaltstitel erhalten (im Berichtszeitraum: § 18 Abs. 3 oder 4 AufenthG i. V. m. § 26 Abs. 2 BeschV). Voraussetzungen dafür sind ein konkretes Arbeitsplatzangebot und die Zustimmung der BA mit einer Vorrangprüfung. Die Antragstellung erfolgt im jeweiligen Herkunftsland. Davon ausgeschlossen sind Bewerberinnen und Bewerber, die innerhalb der letzten 24 Monate vor Antragstellung Leistungen

⁷³ Vgl. BAMF 2018c.

⁷⁴ Bei einem D-Visum handelt es sich um ein nationales Visum, das in der Regel für einen Zeitraum von mehr als 90 Tagen (bis max. ein Jahr) erteilt wird, Art. 18 SDÜ.

⁷⁵ Vgl. BT-Drs. 19/2035 und Graf 2020: 21.

⁷⁶ Im Februar 2019 erfolgte die offizielle Umbenennung Mazedoniens in Nordmazedonien.

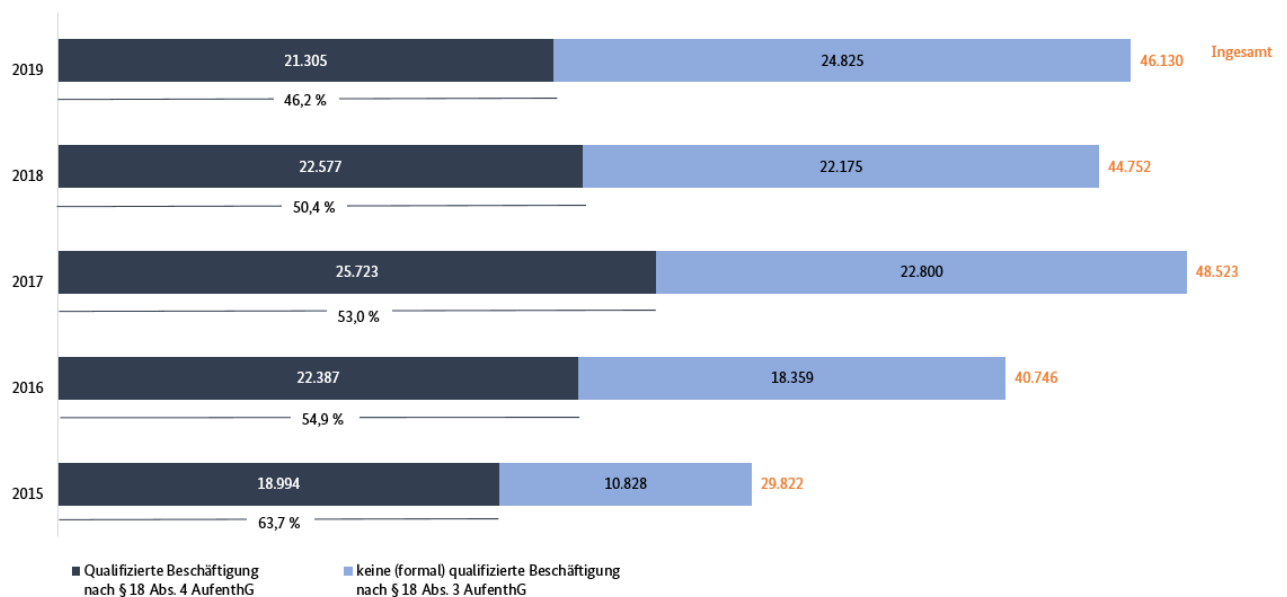
nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezogen haben.⁷⁷ Bei nicht reglementierten Berufen ist eine Anerkennung der ausländischen beruflichen Qualifikationen nicht erforderlich. Mit der Sechsten Verordnung zur Änderung der Beschäftigungsverordnung, die am 5. November 2020 verkündet wurde, wurde die Regelung bis Ende 2023 verlängert. Gleichzeitig mit der Verlängerung wurde ein jährliches Kontingent von maximal 25.000 Zustimmungen der BA eingeführt.

Für die folgenden Auswertungen wurden die Daten des Ausländerzentralregisters (AZR) zum Stichtag 31. Dezember 2019 herangezogen. Zur Einordnung der Erwerbsmigration von Drittstaatsangehörigen werden dabei die Einreisen und Erteilungen von Aufenthaltstiteln nach dem Aufenthaltsgesetz (AufenthG), letztere inklusive des 1. Quartals 2020, betrachtet.

3.2.1 Beschäftigte nach Qualifikationsniveau

Die Erwerbsmigration von Drittstaatsangehörigen nach § 18 AufenthG ist zwischen 2015 und 2019 deutlich angestiegen. 2019 sind 46.130 Personen aus Nicht-EU-Staaten eingereist, die einen Aufenthaltstitel zur Beschäftigung nach § 18 AufenthG erhalten haben. Gegenüber 2018 wurde ein leichter Anstieg um +3,1 % verzeichnet (2018: 44.752 Erteilungen und Einreisen).

Abbildung 3-3: Erwerbsmigration nach § 18 AufenthG nach Qualifikationsniveau und Einreisejahr



Quelle: Ausländerzentralregister

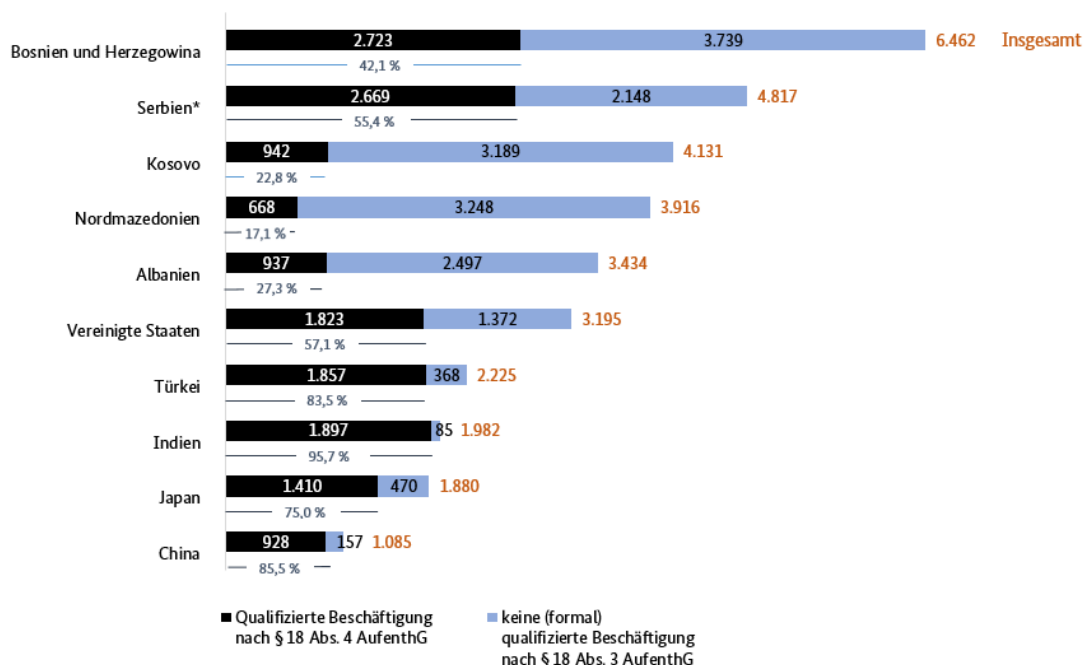
Betrachtet man die Struktur der Erwerbsmigration nach § 18 AufenthG im Jahr 2019 (vgl. Abbildung 3-3), so zeigt sich, dass 46,2 % der eingereisten Personen eine qualifizierte Beschäftigung nach § 18 Abs. 4 AufenthG aufgenommen haben. Dieser Anteil ist im Vergleich zu den Jahren davor gesunken, in denen jeweils qualifizierte Erwerbspersonen mehr als die Hälfte der Erwerbsmigration ausmachten. Diese Entwicklung ist

⁷⁷ Ausnahmen hierfür galten durch eine Übergangsregelung für Personen aus den Westbalkanstaaten, die zwischen dem 1. Januar 2015 und dem 24. Oktober 2015 einen Asylantrag gestellt haben und nach dem 24. Oktober 2015 unverzüglich aus Deutschland ausgereist sind.

vor allem auf die Westbalkanregelung zurückzuführen. Sie ermöglicht Staatsangehörigen aus Westbalkanstaaten die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer Beschäftigung, die keine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt (§ 18 Abs. 3 AufenthG bzw. § 19c Abs. 1 AufenthG neu). Auch bei Staatsangehörigen aus Kolumbien und Kanada ist die Zahl der formal Geringqualifizierten überproportional hoch. Anteilig kamen die meisten qualifiziert Beschäftigten aus Indien, China, der Türkei und Japan (vgl. Abbildung 3-4 und Tabelle 3-21 im Anhang).

Hinter den größten Gruppen der Erwerbsmigration nach § 18 AufenthG stehen daher vor allem Staatsangehörige aus den Westbalkanstaaten, also Bosnien und Herzegowina, Serbien, Kosovo, Nordmazedonien und Albanien. Weitere große Gruppen bilden Staatsangehörige aus den Vereinigten Staaten sowie der Türkei (vgl. Abbildung 3-4 und Tabelle 3-21 im Anhang).

Abbildung 3-4: Erwerbsmigration nach § 18 AufenthG im Jahr 2019 nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten

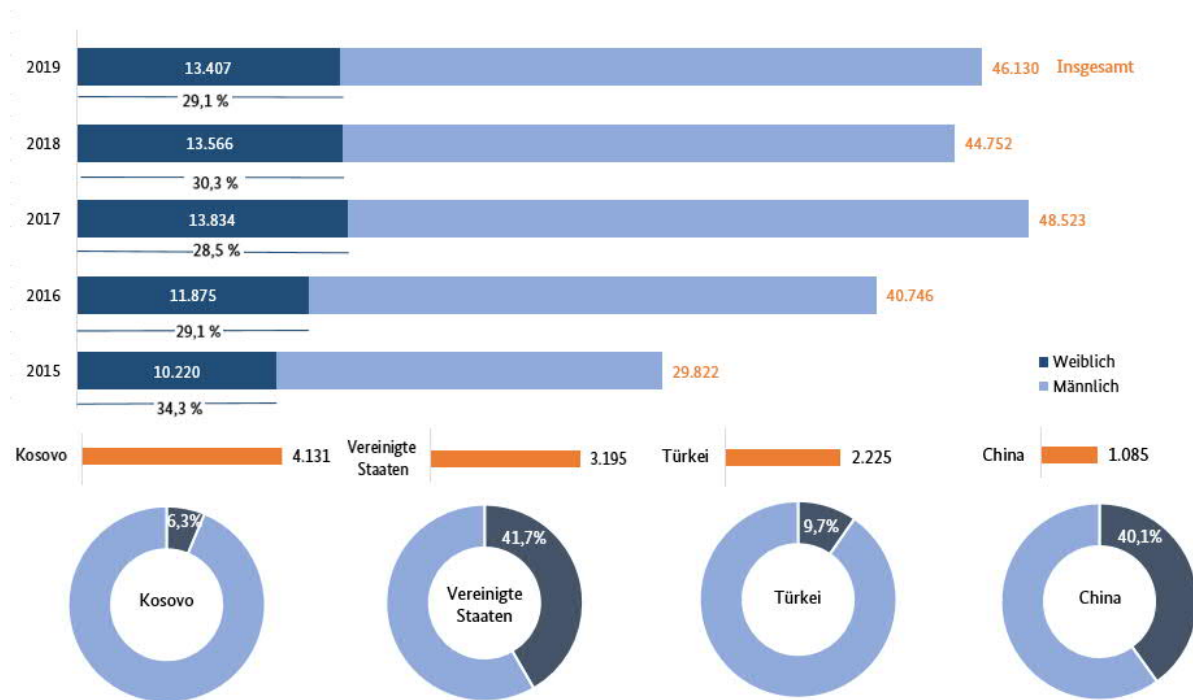


*) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Quelle: Ausländerzentralregister

Frauen machen seit 2015 etwas weniger als ein Drittel der Zuzüge von Arbeitskräften nach § 18 AufenthG aus. Besonders hohe Anteile von Frauen sind bei Staatsangehörigen aus den Vereinigten Staaten (41,6 %) und China (39,7 %) zu finden. Dahingegen sind die Anteile der Erwerbsmigrantinnen aus dem Kosovo (6,3 %) und der Türkei (9,7 %) deutlich geringer (vgl. Abbildung 3-5 und Tabelle 3-21 im Anhang).

Abbildung 3-5: Erwerbsmigration nach § 18 AufenthG nach Geschlecht, ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Einreisejahr



Quelle: Ausländerzentralregister

Bei Beschäftigungen, die ausländerrechtlich keine qualifizierte Berufsausbildung voraussetzen, ist im Vergleich zur Gesamtheit der Beschäftigten ein etwas höherer Frauenanteil festzustellen (33,6 %) (vgl. Tabelle 3-21 im Anhang). Dagegen ist ihr Anteil bei qualifizierten Beschäftigungen mit etwa einem Fünftel (24,0 %) geringer als bei der gesamten Erwerbsmigration nach § 18 AufenthG.

Ende 2019 lebten in Deutschland 186.091 ausländische Staatsangehörige mit einer Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer Beschäftigung nach § 18 AufenthG (Ende 2018: 161.973), darunter 109.052 qualifiziert Beschäftigte (58,6 %) nach § 18 Abs. 4 AufenthG.

3.2.2 Hochqualifizierte mit Niederlassungserlaubnis

Hochqualifizierten Drittstaatsangehörigen kann in besonderen Fällen nach der Einreise ohne Voraufenthaltszeit eine Niederlassungserlaubnis erteilt werden – vorausgesetzt, die Integration in die deutschen Lebensverhältnisse und die Sicherung des Lebensunterhalts ohne staatliche Hilfe sind gewährleistet (§ 19 Abs. 1 AufenthG). Eine weitere Voraussetzung ist, dass ein konkretes Arbeitsplatzangebot vorliegen muss (§ 18 Abs. 5 AufenthG bzw. § 18c Abs. 3 AufenthG neu). Zu den Hochqualifizierten zählen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit besonderen fachlichen Kenntnissen und Lehrpersonen (etwa Lehrstuhlinhaberinnen und Lehrstuhlinhaber) sowie wissenschaftliches Personal in herausgehobener Position.

Tabelle 3-1: Erteilte Niederlassungserlaubnisse nach § 19 AufenthG an Hochqualifizierte seit 2011 (Einreise im jeweiligen Berichtsjahr)

| Jahr | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 |
|------------------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| Insgesamt | 370 | 244 | 27 | 31 | 31 | 25 | 33 | 19 | 29 |

Quelle: Ausländerzentralregister

In Tabelle 3-1 sind nur die Personen ausgewiesen, die in den jeweiligen Berichtsjahren eingereist sind. Eine große Zahl von Niederlassungserlaubnissen nach dieser Regelung wurde Hochqualifizierten erteilt, die sich bereits vor dem Erteilungsjahr in Deutschland aufhielten und somit in dieser Tabelle nicht enthalten sind.

Insgesamt besaßen Ende 2019 2.464 Drittstaatsangehörige eine Niederlassungserlaubnis als Hochqualifizierte (Ende 2018: 2.561). Davon sind 29 Hochqualifizierte im Jahr 2019 eingereist (2018: 19). Damit ist die Zahl der neu eingereisten Personen mit einer solchen Niederlassungserlaubnis seit 2011 (370) deutlich gesunken. Der deutliche Rückgang ab dem Jahr 2013 ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass viele Hochqualifizierte nun eine Blaue Karte EU und bei Erfüllung der Voraussetzungen eine Niederlassungserlaubnis nach § 19a Abs. 6 AufenthG bzw. § 18b Abs. 2 AufenthG neu erhalten. Insofern ist ein Vergleich mit den Vorjahren nur eingeschränkt möglich.

3.2.3 Blaue Karte EU

Am 1. August 2012 wurde die Blaue Karte EU als Aufenthaltstitel für hochqualifizierte Fachkräfte eingeführt (§ 19a AufenthG). Seit dem Inkrafttreten des FEG am 1. März 2020 wird die Erteilung der Blauen Karte EU durch den neu geschaffenen § 18b Abs. 2 AufenthG geregelt. Diesen Aufenthaltstitel erhalten Drittstaatsangehörige, die über einen Hochschulabschluss sowie ein konkretes Arbeitsplatzangebot verfügen. Dabei muss ein bestimmtes jährliches Mindestgehalt erreicht werden, das jährlich angepasst wird. Im Jahr 2020 liegt dieses für sogenannte Regelberufe bei 55.200 Euro (2019: 53.600 Euro, 2018: 52.000 Euro).⁷⁸ Bei Regelberufen, also Berufen mit diesem jährlichen Bruttomindestgehalt, erfolgt die Erteilung einer Blauen Karte EU ohne eine Zustimmung der BA. Bei Berufen, für die in Deutschland ein besonderer Bedarf besteht, sogenannte Engpassberufe, genügt 2020 ein Mindestgehalt von 43.056 Euro (2019: 41.808 Euro; 2018: 40.560 Euro).⁷⁹ Dies gilt vor allem für Ärztinnen und Ärzte, für Beschäftigte in der Informationstechnik, in den Ingenieurberufen, der Mathematik oder den Naturwissenschaften. Hier ist grundsätzlich die Zustimmung der BA – allerdings ohne Vorrangprüfung – erforderlich, falls kein inländischer Hochschulabschluss vorliegt (§ 2 Abs. 1 Nr. 2b BeschV).

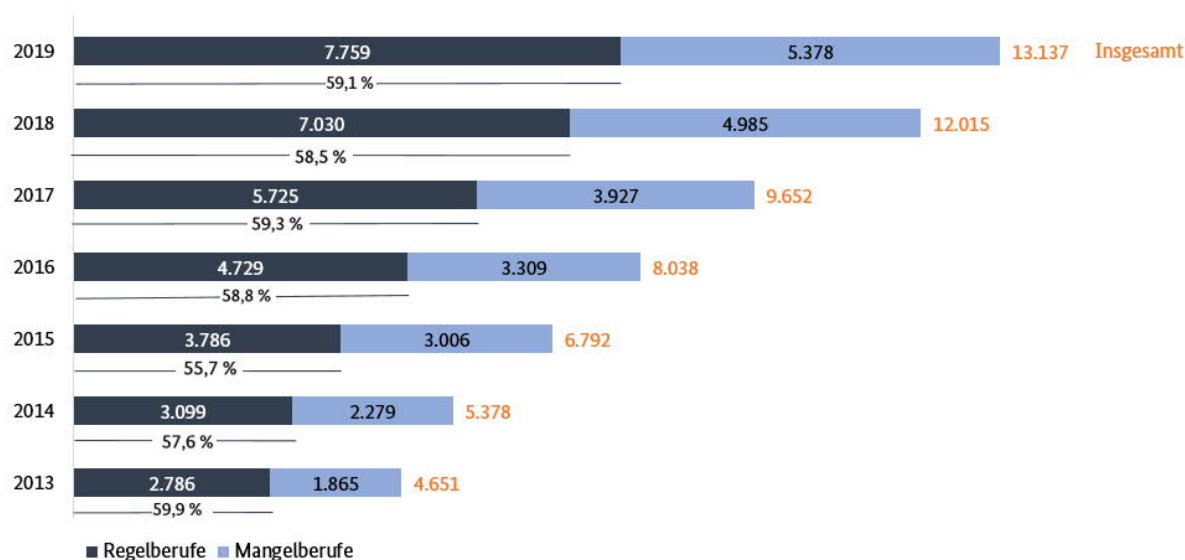
Die Blaue Karte EU ist zunächst auf höchstens vier Jahre befristet (§ 19a Abs. 3 AufenthG). Falls ein Arbeitsvertrag unter vier Jahren abgeschlossen wird, wird die Blaue Karte EU für die Dauer des Arbeitsvertrages zuzüglich dreier Monate ausgestellt. Nach 33 Monaten Beschäftigung und bei Vorliegen weiterer Voraussetzungen können Inhaberinnen oder Inhaber einer Blauen Karte EU eine unbefristete Niederlassungserlaubnis erhalten. Diese Frist verkürzt sich auf 21 Monate, wenn die Person über ausreichende Kenntnisse

⁷⁸ Nach § 19a AufenthG i. V. m. § 2 Abs. 1 Nr. 2a BeschV. Die Gehaltsgrenzen orientieren sich an den von der Hochqualifizierten-Richtlinie festgelegten Untergrenzen.

⁷⁹ Nach § 19a AufenthG i. V. m. § 2 Abs. 2 BeschV.

(Niveau B1 „Selbständige Sprachverwendung“ des GER) der deutschen Sprache verfügt (§ 19a Abs. 6 AufenthG).

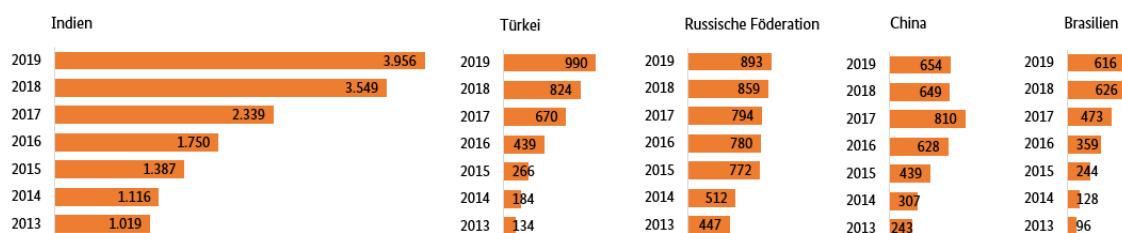
Abbildung 3-6: Erwerbsmigration von hochqualifizierten Fachkräften nach § 19a AufenthG (Blaue Karte EU) nach Art der Beschäftigung und Einreisejahr



Quelle: Ausländerzentralregister

Seit der Einführung der Blauen Karte EU im August 2012 konnte eine kontinuierliche Zunahme der Einreisen von Hochqualifizierten festgestellt werden. 2019 sind 13.137 Drittstaatsangehörige nach Deutschland gekommen, die eine Blaue Karte erhalten haben. Gegenüber 2018 bedeutet dies ein Anstieg um 9,3 % (2018: 12.015 Einreisen und Erteilungen). Der Großteil der akademischen Fachkräfte gehen einem sogenannten Regelberuf nach, im Jahr 2019 betrug ihr Anteil 59,1 %. 40,9 % erhielten dementsprechend die Blaue Karte EU für die Beschäftigung in einem Mangelberuf (vgl. Abbildung 3-6 und Tabelle 3-22 im Anhang).

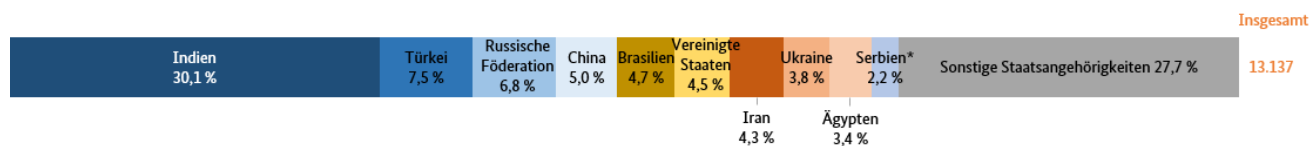
Abbildung 3-7: Erwerbsmigration von hochqualifizierten Fachkräften nach § 19a AufenthG (Blaue Karte EU) nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Einreisejahr



Quelle: Ausländerzentralregister

Die meisten Blauen Karten EU wurden 2019 an Staatsangehörige aus Indien (3.956 bzw. 30,1 %) erteilt. Weitere Hauptstaatsangehörigkeiten waren die Türkei (990 bzw. 7,5 %), die Russische Föderation (893 bzw. 6,8 %) sowie China (654 bzw. 5,0 %) (vgl. Abbildung 3-7 und Tabelle 3-22 im Anhang).

Abbildung 3-8: Erwerbsmigration von hochqualifizierten Fachkräften nach § 19a AufenthG (Blaue Karte EU) im Jahr 2019 nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten

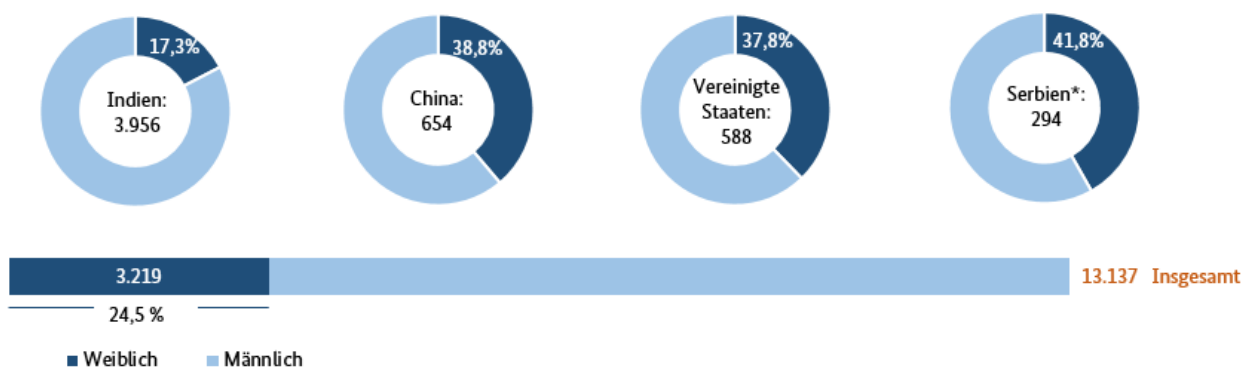


*) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Quelle: Ausländerzentralregister

Etwa ein Viertel der im Jahr 2019 eingereisten akademischen Fachkräfte ist weiblich. Der Anteil von weiblichen Fachkräften ist bei Staatsangehörigen aus China (38,8 %), den Vereinigten Staaten (37,8 %) und Serbien (41,8 %) besonders hoch, dagegen sind nur 17,3 % der Fachkräfte aus Indien Frauen (vgl. Abbildung 3-9 und Tabelle 3-23 im Anhang).

Abbildung 3-9: Erwerbsmigration von hochqualifizierten Fachkräften nach § 19a AufenthG (Blaue Karte EU) im Jahr 2019 nach Geschlecht und ausgewählten Staatsangehörigkeiten



*) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Quelle: Ausländerzentralregister

Die zunehmende Bedeutung von hochqualifizierten Beschäftigten aus Nicht-EU-Staaten ist auch durch die wachsende Zahl von Personen mit sogenannten Statuswechseln zu erkennen. Darunter versteht man den Wechsel zwischen Aufenthaltstiteln. Auch im Jahr 2019 haben viele Drittstaatsangehörige eine Blaue Karte EU erhalten, nachdem sie in Deutschland ein Studium oder eine Aus- und Weiterbildung abgeschlossen hatten und somit wie Neuzugewanderte erstmals als Hochqualifizierte eine Beschäftigung aufnahmen. Diese Entwicklung wird in der BAMF-Publikation „Wanderungsmonitoring“ des BAMF näher betrachtet.⁸⁰

Insgesamt lebten Ende Dezember 2019 61.710 Personen in Deutschland, die eine Blaue Karte EU besaßen (Ende 2018: 51.293). Zusätzlich hatten 37.318 ausländische Staatsangehörige im Anschluss an eine Blaue Karte EU eine Niederlassungserlaubnis nach § 19a Abs. 6 AufenthG bzw. § 18c Abs. 2 AufenthG neu (Ende

⁸⁰ Vgl. Graf 2020.

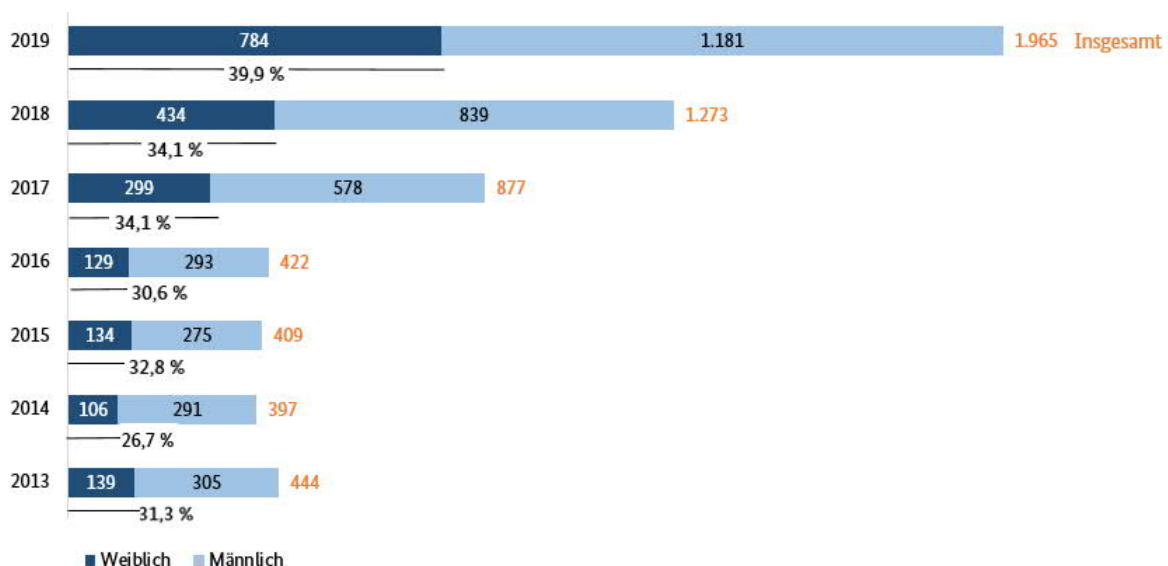
2018: 28.220) erhalten. Bezogen auf die gesamte Erwerbsmigration besitzt mittlerweile fast jede fünfte Erwerbsmigrantin bzw. jeder fünfte Erwerbsmigrant in Deutschland eine Blaue Karte EU. Insgesamt wurden im Zeitraum zwischen 2013 bis Ende 2019 135.156 solcher Aufenthaltstitel (inkl. Statuswechsel und Verlängerungen) erteilt.

3.2.4 Forschende aus Drittstaaten

Rechtsgrundlage für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis als Forscherin oder Forscher bildet § 20 AufenthG (seit 1. März 2020 geregelt in § 18d AufenthG neu), der mit dem Gesetz zur Umsetzung aufenthaltsrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union zur Arbeitsmigration, das am 1. August 2017 in Kraft getreten ist, erweitert wurde. Danach wird Drittstaatsangehörigen eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Forschung erteilt, wenn eine wirksam abgeschlossene Aufnahmevereinbarung zur Durchführung eines Forschungsvorhabens mit einer anerkannten Forschungseinrichtung vorliegt (§ 20 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG i. V. m. § 38f 1 AufenthV).

Diese Aufenthaltserlaubnis berechtigt zur Aufnahme der Erwerbstätigkeit für das in der Aufnahmevereinbarung bezeichnete Forschungsvorhaben und zur Ausübung von Tätigkeiten in der Lehre (§ 20 Abs. 6 S. 1 AufenthG bzw. § 18d Abs. 5 AufenthG neu). Darunter fallen auch Forschende, die mit einem Stipendium oder aufgrund eines sonstigen Rechtsverhältnisses in Deutschland tätig werden. Eine Zustimmung der BA ist nicht erforderlich.

Abbildung 3-10: Zuzüge von Forschenden nach § 20 AufenthG nach Geschlecht und Einreisejahr

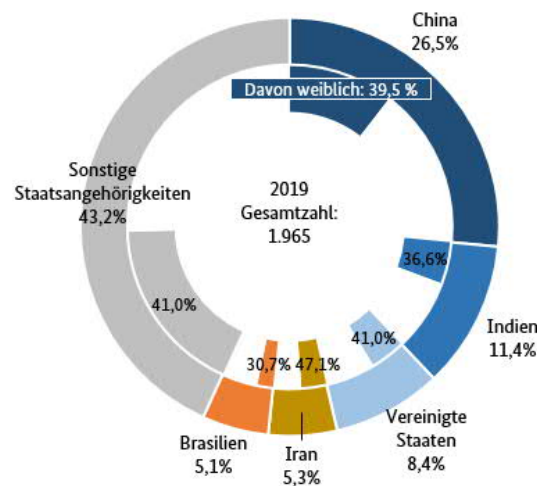


Quelle: Ausländerzentralregister

Im Jahr 2019 sind 1.965 Forschende aus Drittstaaten nach Deutschland eingereist, die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 20 AufenthG erhalten haben. Die Zahl der Zuzüge ist im Betrachtungszeitraum (2013-2019) deutlich angestiegen, allein im Jahr 2019 stieg die Zahl der Einreisen von Forscherinnen und Forscher von 1.273 auf 1.965 (+54,4 %). Auch der Anteil der Frauen an dieser Zuwanderungsgruppe ist in den letzten Jahren gewachsen, im Jahr 2019 machten sie 39,9 % der Gesamtzuzüge aus. Besonders hohe weibliche Anteile

weisen vor allem Staatsangehörige aus den Vereinigten Staaten (41,0 %) und dem Iran (47,1 %) auf. Insgesamt kamen 521 Forscherinnen und Forscher aus China (26,5 %), weitere 224 aus Indien (11,4 %) und 166 (8,4 %) aus den Vereinigten Staaten (vgl. Abbildung 3-11 und Tabelle 3-24 im Anhang).

Abbildung 3-11: Zuzüge von Forschenden nach § 20 AufenthG im Jahr 2019 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht



Quelle: Ausländerzentralregister

Ende 2019 lebten in Deutschland 4.332 Forscherinnen und Forscher aus Drittstaaten mit einem Aufenthaltstitel nach § 20 AufenthG (Ende 2018: 2.906 Personen).

3.2.5 Unternehmensinterne Transfers: ICT-Karte

Mit dem Gesetz zur Umsetzung aufenthaltsrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union zur Arbeitsmigration, das am 1. August 2017 in Kraft getreten ist, wurde auch die Richtlinie zum unternehmensinternen Transfer (ICT-Richtlinie RL 2014/66/EU) umgesetzt. Damit wurde die ICT-Karte als neuer Aufenthaltstitel eingeführt, der zum Zweck eines unternehmensinternen Transfers von Fachkräften erteilt wird.

Durch die ICT-Karte können Unternehmen mit Sitz außerhalb der EU ihre Führungskräfte, Spezialistinnen und Spezialisten (maximal 3 Jahre) sowie Trainees (maximal 1 Jahr) für eine begrenzte Zeit innerhalb der EU entsenden. Diese Möglichkeit wird als unternehmensinterner Transfer (Intra-Corporate-Transfer, kurz ICT) bezeichnet (§ 19b AufenthG, seit 1. März 2020 geregelt in § 19 AufenthG neu).

Mit einer deutschen ICT-Karte dürfen sich Beschäftigte im Rahmen der kurzfristigen Mobilität bis zu 90 Tage innerhalb von 180 Tagen zum Zweck des unternehmensinternen Transfers in einem anderen Anwenderstaat innerhalb der EU aufhalten, ohne in diesem Staat einen Aufenthaltstitel beantragen zu müssen.

Drittstaatsangehörige, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat eine ICT-Karte besitzen, können ohne deutschen Aufenthaltstitel für maximal 90 Tage innerhalb eines Zeitraums von 180 Tagen in Deutschland eingesetzt werden. Hierfür ist lediglich eine Mitteilung an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge notwendig (§ 19c AufenthG, seit 1. März 2020 geregelt in § 19 AufenthG neu).

Langfristige Mobilität wird mit dem Aufenthaltstitel „Mobiler-ICT-Karte“ ermöglicht (§ 19d AufenthG, seit 1. März 2020 geregelt in § 19 AufenthG neu). Diesen erhalten Drittstaatsangehörige, die bereits in einem anderen EU-Mitgliedstaat eine ICT-Karte besitzen und mehr als 90 Tage in Deutschland arbeiten möchten.

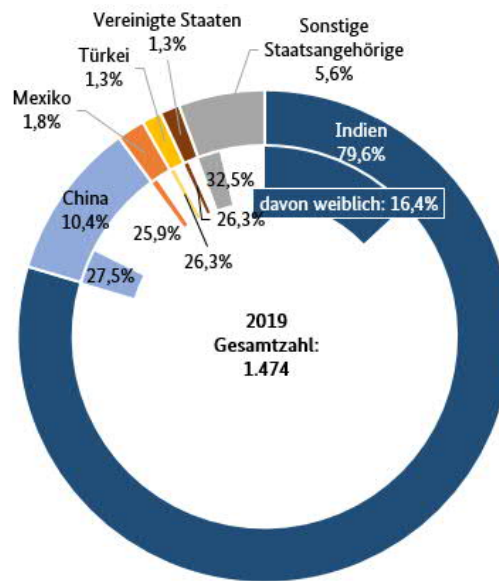
Tabelle 3-2: Unternehmensintern transferierte Beschäftigte ((Mobiler) ICT-Karten) nach §§ 19b Abs. 1 und 19c AufenthG in den Jahren 2018 und 2019 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten (Einreise im jeweiligen Berichtsjahr)

| Jahr | 2018 | 2019 | | |
|--------------------------------|--------------|--------------|----------------|--------------|
| | | absolut | davon weiblich | in % |
| Indien | 802 | 1.173 | 192 | 16,4% |
| China | 176 | 153 | 42 | 27,5% |
| Mexiko | 25 | 27 | 7 | 25,9% |
| Türkei | 14 | 19 | 5 | 26,3% |
| Vereinigte Staaten | 10 | 19 | 5 | 26,3% |
| Sonstige Staatsangehörigkeiten | 53 | 83 | 27 | 32,5% |
| Insgesamt | 1.080 | 1.474 | 278 | 18,9% |

Quelle: Ausländerzentralregister

Im ersten Jahr nach Einführung 2017 erhielten nur 9 Personen die ICT-Karte bzw. Mobiler-ICT-Karte. Bereits im zweiten Jahr stieg die Zahl auf 1.080 erteilte Aufenthaltstitel. Im Jahr 2019 stieg die Anzahl dann nochmals um 36,5 % auf 1.474. 18,9 % der ICT-Karten wurden an Frauen erteilt (vgl. Abbildung 3-12 und Tabelle 3-2).

Abbildung 3-12: Unternehmensintern transferierte Beschäftigte ((Mobiler) ICT-Karten) nach §§ 19b Abs. 1 und 19c AufenthG im Jahr 2019 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht



Quelle: Ausländerzentralregister

79,6 % der ICT-Karten wurden an indische Staatsangehörige erteilt (1.173), 10,4 % der erteilten ICT-Karten erhielten chinesische Staatsangehörige. Insgesamt lebten Ende 2019 1.919 Inhaberinnen und Inhaber einer (Mobiler) ICT-Karte in Deutschland.

3.2.6 Selbständige aus Drittstaaten

Unternehmerinnen und Unternehmern aus Drittstaaten kann eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer selbständigen Tätigkeit erteilt werden, wenn das Unternehmen positive Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft erwarten lässt. Zudem muss die Finanzierung des Unternehmens gesichert sein und ein wirtschaftliches Interesse oder ein regionales Bedürfnis bestehen (§ 21 Abs. 1 S. 1 AufenthG). Eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer selbständigen Tätigkeit kann auch erteilt werden, wenn völkerrechtliche Vergünstigungen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit bestehen (§ 21 Abs. 2 AufenthG). Auch Freiberuflerinnen und Freiberuflern können eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, wenn die erforderliche Erlaubnis zur Ausübung des freien Berufs erteilt oder ihre Erteilung zugesagt wurde (§ 21 Abs. 5 AufenthG).

Die Beurteilung der Voraussetzungen der wirtschaftlichen Bedeutung richtet sich insbesondere nach den folgenden Kriterien:

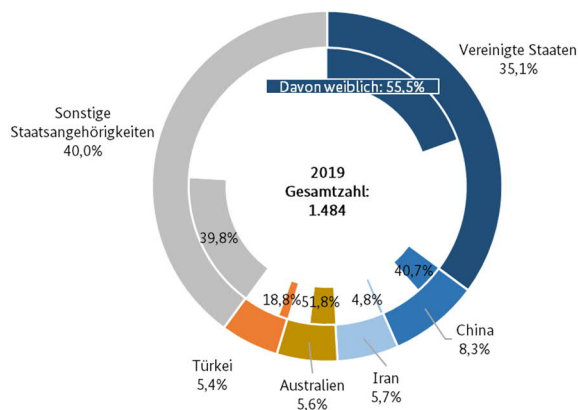
- der Tragfähigkeit der zu Grunde liegenden Geschäftsidee,
- den unternehmerischen Erfahrungen,
- der Höhe des Kapitaleinsatzes,
- den Auswirkungen auf die Beschäftigungs- und Ausbildungssituation und
- dem Beitrag für Innovation und Forschung (§ 21 Abs. 1 S. 2 AufenthG).

Drittstaatsangehörige, die einen Hochschulabschluss in Deutschland erworben haben oder einen Aufenthaltstitel als Forschende bzw. wissenschaftliches Personal nach § 18 oder § 20 AufenthG besitzen, können auch ohne die Voraussetzungen nach § 21 Abs. 1 S. 1 AufenthG erfüllen zu müssen einen Aufenthaltstitel zur Ausübung einer selbständigen Tätigkeit erhalten. Die selbständige Tätigkeit muss einen Zusammenhang mit den erworbenen Kenntnissen oder der Tätigkeit als Forschende oder Wissenschaftlerin bzw. Wissenschaftler erkennen lassen (§ 21 Abs. 2a AufenthG).

Nach drei Jahren kann eine Niederlassungserlaubnis erteilt werden, wenn die geplante Tätigkeit erfolgreich realisiert wurde und der Lebensunterhalt der selbständigen Personen und ihrer in familiärer Gemeinschaft lebenden Angehörigen, denen sie Unterhalt zu leisten haben, durch ausreichende Einkünfte gesichert ist (§ 21 Abs. 4 AufenthG).⁸¹ Hat die bzw. der Selbständige ein Studium an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule oder einer vergleichbaren Ausbildungseinrichtung im Bundesgebiet erfolgreich abgeschlossen, besteht nach zwei Jahren ein Anspruch auf die Erteilung der Niederlassungserlaubnis (§ 18b Nr. 1 AufenthG).

Im Jahr 2019 sind 1.484 Selbständige aus Drittstaaten neu eingereist und damit etwas weniger (-13,6 %) als im Vorjahr (2018: 1.718 Selbständige). Die mit Abstand größte Gruppe bilden Staatsangehörige aus den Vereinigten Staaten mit 35,1 %, gefolgt von China mit 8,3 % und dem Iran mit 5,7 %.

Abbildung 3-13: Selbständige nach § 21 AufenthG im Jahr 2019 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht



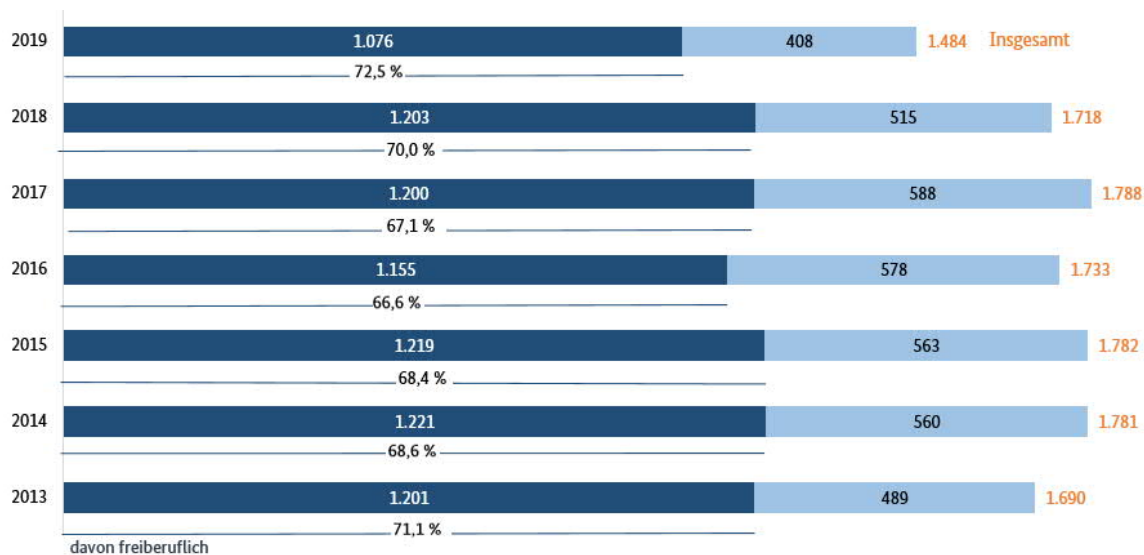
Quelle: Ausländerzentralregister

Unter den Personen, die 2019 eingereist sind und einen Aufenthaltstitel nach § 21 AufenthG erhalten haben, befanden sich 637 Frauen (42,9 %). Besonders hohe weibliche Anteile sind unter den Staatsangehörigen aus Japan (58,9 %), den Vereinigten Staaten (55,5 %) und Kanada (52,2 %) zu verzeichnen (vgl. Abbildung 3-13 und Tabelle 3-25 im Anhang).

⁸¹ Vgl. Vollmer 2015.

Mehr als zwei Drittel (72,5 %) der Selbständigen, die im Jahr 2019 eingereist sind, wurde eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit nach § 21 Abs. 5 AufenthG erteilt (2018: 70,0 %). Bei Selbständigen aus den Vereinigten Staaten, Australien, Kanada und Israel war der Anteil der Freiberufler mit jeweils mehr als 90 % überproportional hoch (vgl. Abbildung 3-14 und Tabelle 3-25 im Anhang).

Abbildung 3-14: Selbständige nach § 21 AufenthG nach Art der Tätigkeit und Einreisejahr



Quelle: Ausländerzentralregister

Ende 2019 besaßen insgesamt 11.533 Drittstaatsangehörige eine Aufenthaltserlaubnis als Selbständige nach § 21 Abs. 1, 2, 2a und 5 AufenthG (Ende 2018: 11.398). Zusätzlich verfügten 2.219 Personen über eine Niederlassungserlaubnis nach § 21 Abs. 4 AufenthG (Ende 2018: 1.959).

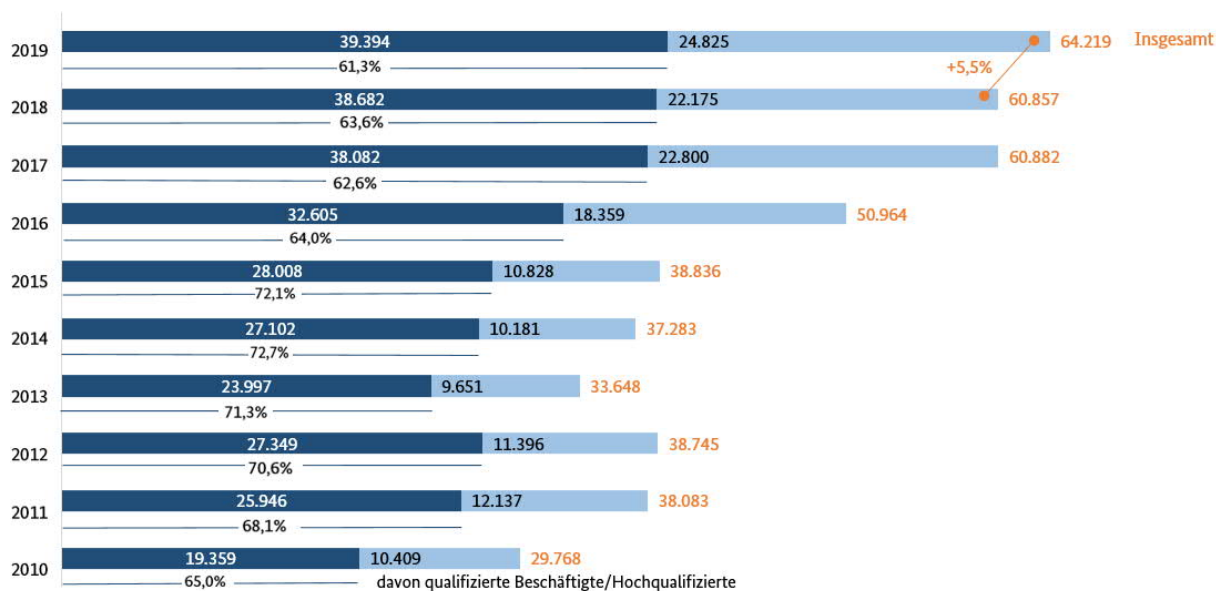
3.2.7 Erwerbsmigration insgesamt

Die Erwerbsmigration aus Nicht-EU-Staaten nach §§ 18 bis 21 AufenthG entwickelte sich in den letzten Jahren kontinuierlich positiv.⁸² Im Betrachtungszeitraum zwischen 2010 bis 2019 sind die Zuzüge von etwa 30.000 auf rund 64.000 gestiegen (+115,7 %). Bei Fachkräften und Hochqualifizierten wurde im gleichen Zeitraum ein Anstieg von ca. 19.000 Zugewanderten auf rund 39.000 verzeichnet (+103,5 %). Der Rückgang der Zuzüge auf 24.000 Fachkräfte im Jahr 2013 ist unter anderem auf den Beitritt Kroatiens zur EU zurückzuführen, da kroatische Staatsangehörige seit 1. Juli 2013 als EU-Staatsangehörige keinen Aufenthaltstitel mehr benötigen. Bei der Fachkräftezuwanderung hat insbesondere die Blaue Karte EU als Aufenthaltstitel für Hochqualifizierte stark an Bedeutung gewonnen. Seit 2015 ist zudem die Erwerbsmigration von Drittstaatsangehörigen, die im Rahmen der Westbalkanregelung nach Deutschland gekommen sind, deutlich gestiegen (vgl. Abbildung 3-15 und Tabelle 3-21 im Anhang).

⁸² Die im folgenden dargestellten Zahlen beziehen sich auf die dezidiert zu Erwerbszwecken eingereisten Personen aus Drittstaaten. Daneben ist ein Potenzial für den deutschen Arbeitsmarkt auch im Familiennachzug vorhanden, sowohl aus EU- als auch aus Drittstaaten. Vgl. hierzu Borowsky et al. 2020 und Wälde/Evers 2018.

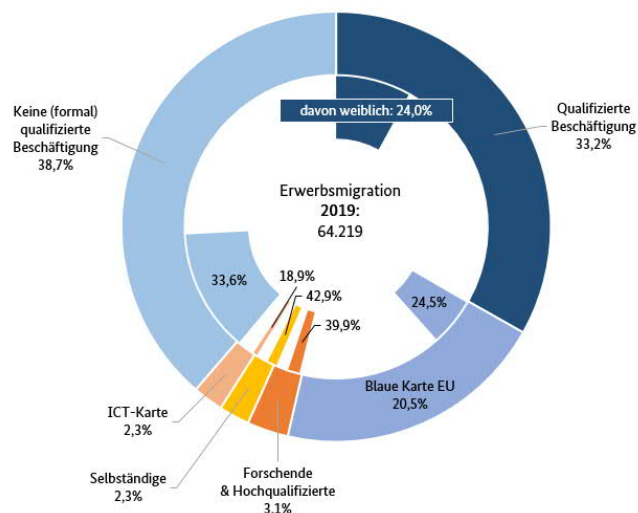
Mit Blick auf die Jahre 2018 und 2019 ist die Erwerbsmigration von Drittstaatsangehörigen nach §§ 18 bis 21 AufenthG um 5,5 % angestiegen. 28,6 % der eingereisten Beschäftigten waren weiblich.

Abbildung 3-15: Erwerbsmigration von Drittstaatsangehörigen nach §§ 18 - 21 AufenthG nach Qualifikationsniveau seit 2010 (Einreise im jeweiligen Berichtsjahr)



Quelle: Ausländerzentralregister

Abbildung 3-16: Erwerbsmigration nach § 18 bis 21 AufenthG im Jahr 2019 nach Aufenthaltstiteln und Geschlecht



Quelle: Ausländerzentralregister

Bei den meisten Beschäftigten aus Drittstaaten handelt es sich um qualifizierte bzw. hochqualifizierte Fachkräfte (61,3 %; umfasst qualifizierte Beschäftigung, Blaue Karte EU, Forschende, Hochqualifizierte sowie

Selbständige und Inhaberinnen und Inhaber einer ICT-Karte). Der Anteil der qualifizierten Erwerbsmigrantinnen und Erwerbsmigranten beträgt 33,2 %, ein weiteres Fünftel sind Inhaberinnen und Inhaber einer Blauen Karte EU (20,5 %).

Tabelle 3-3: Erwerbsmigration aus Drittstaaten nach Aufenthaltstiteln und Einreisejahr¹

| | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | | |
|--|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|----------------|--------------|
| | | | | | | | | | | absolut | davon weiblich | In % |
| Keine (formal) qualifizierte Beschäftigung nach § 18 Abs. 3 AufenthG | 9.941 | 11.291 | 11.050 | 9.481 | 9.995 | 10.697 | 18.208 | 22.800 | 22.175 | 24.825 | 8.338 | 33,6% |
| Beschäftigung allgemein, alte Regelung nach § 18 AufenthG | 468 | 846 | 346 | 170 | 186 | 131 | 151 | - | - | - | | |
| Fachkräfte und Hochqualifizierte | | | | | | | | | | | | |
| Qualifizierte Beschäftigung nach § 18 Abs. 4 AufenthG | 17.889 | 23.912 | 23.191 | 17.185 | 19.515 | 18.994 | 22.387 | 25.723 | 22.577 | 21.305 | 5.069 | 23,8% |
| Hochqualifizierte nach § 19 AufenthG | 219 | 370 | 244 | 27 | 31 | 31 | 25 | 33 | 19 | 29 | 12 | 41,4% |
| Blaue Karte EU nach § 19a AufenthG i. V. m. § 2 Abs. 1 Nr. 2 BeschV | - | - | 2.190 | 4.651 | 5.378 | 6.792 | 8.038 | 9.652 | 12.015 | 13.137 | 3.219 | 24,5% |
| Forschende nach § 20 AufenthG | 211 | 317 | 366 | 444 | 397 | 409 | 422 | 877 | 1.273 | 1.965 | 784 | 39,9% |
| ICT-Karte ² nach § 19b Abs. 1 AufenthG und § 19c AufenthG | - | - | - | - | - | - | - | 9 | 1.080 | 1.474 | 278 | 18,9% |
| Selbständige Tätigkeit nach § 21 AufenthG | 1.040 | 1.347 | 1.358 | 1.690 | 1.781 | 1.782 | 1.733 | 1.788 | 1.718 | 1.484 | 637 | 42,9% |
| Fachkräfte insgesamt | 19.359 | 25.946 | 27.349 | 23.997 | 27.102 | 28.008 | 32.605 | 38.082 | 38.682 | 39.394 | 9.999 | 25,4% |
| Erwerbsmigration insgesamt | 29.768 | 38.083 | 38.745 | 33.648 | 37.283 | 38.836 | 50.964 | 60.882 | 60.857 | 64.219 | 18.337 | 28,6% |

1) Die in diesem Abschnitt aufgeführten Rechtsgrundlagen zur Erwerbsmigration beziehen sich auf die für das Berichtsjahr 2019 geltenden Regelungen.

2) Das „Gesetz zur Umsetzung aufenthaltsrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union zur Arbeitsmigration“, mit dem auch die sogenannte ICT-Richtlinie umgesetzt wurde, trat am 1. August 2017 in Kraft. Die technische Umsetzung zur statistischen Erfassung im AZR wurde Ende November 2017 abgeschlossen.

Quelle: Ausländerzentralregister

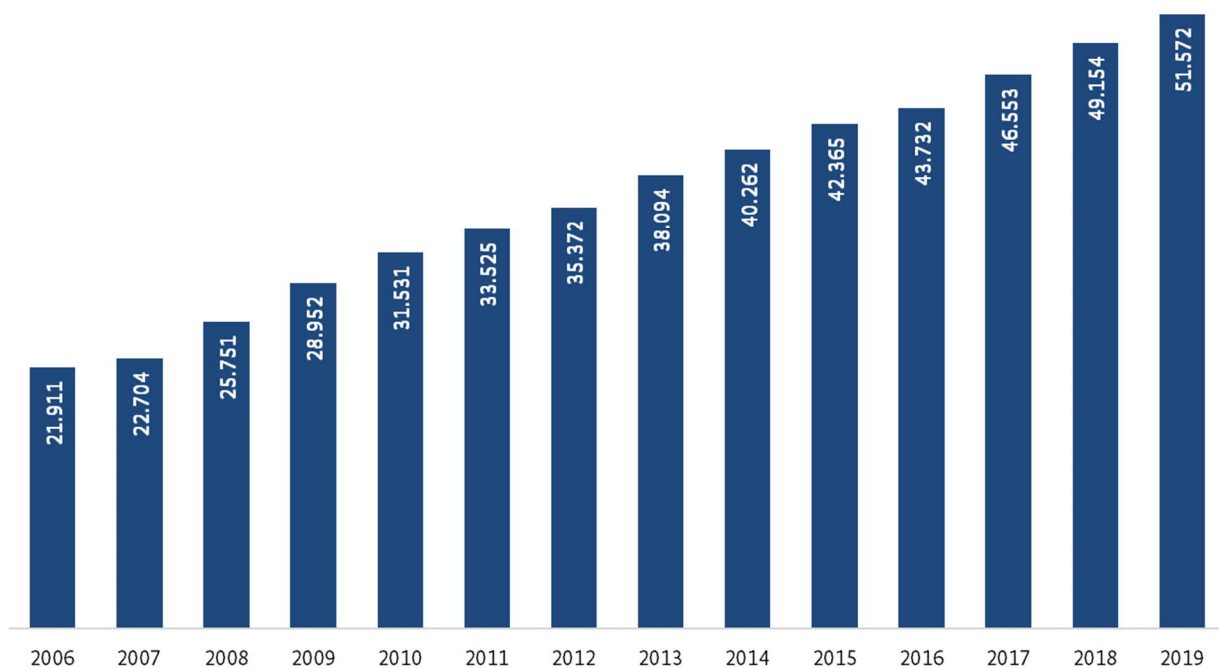
3.2.8 Ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland

Neben den Daten zu Personen mit Aufenthaltstiteln als Forschende gemäß dem Aufenthaltsgesetz werden auch jährliche Daten zu ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Deutschland sowohl vom Statistischen Bundesamt (Daten zu wissenschaftlichem und künstlerischem Personal an Hochschulen) als auch vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) veröffentlicht.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes arbeiteten an deutschen Hochschulen im Jahr 2019 insgesamt 51.572 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit als wissenschaftliches und künstlerisches Personal (2018: 49.154), darunter 3.472 hauptberufliche Professorinnen und Professoren (2018: 3.415). Ihr

Anteil am gesamten wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulpersonal (406.659) beträgt damit 12,7 %. Seit dem Jahr 2006 kann ein kontinuierlicher Anstieg der Zahl des ausländischen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an deutschen Hochschulen verzeichnet werden (vgl. Abbildung 3-17). 2019 wurde ein Anstieg um 5,4 % im Vergleich zum Vorjahr registriert. Hauptherkunftsländer waren im Jahr 2019 Italien (3.711 Personen), Indien (3.402), China (3.371), Österreich (2.859) und die Vereinigten Staaten (2.405). Der Anteil des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals mit ausländischer Staatsangehörigkeit an deutschen Hochschulen beträgt 12,7 %. Diese Beschäftigten sind insbesondere in den Fächergruppen Mathematik und Naturwissenschaften (11.021 Personen), in den Ingenieurwissenschaften (10.075) und in der Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften (9.864) tätig.

Abbildung 3-17: Wissenschaftliches und künstlerisches Personal mit ausländischer Staatsangehörigkeit an deutschen Hochschulen von 2006 bis 2019



Quelle: Statistisches Bundesamt, Hochschulpersonal

Als weitere Quellen können Daten des DAAD zu geförderten ausländischen Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftlern in Deutschland herangezogen werden.⁸³

Nachdem 2013 die Förderinstitutionen Deutscher akademischer Austauschdienst (DAAD), Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG) die Qualität ihrer statistischen Angaben deutlich verbessert haben, ist aufgrund der eingeschränkten Vergleichbarkeit eine Fortsetzung der bisherigen Zeitreihen zur Mobilitätsentwicklung ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht mehr möglich.⁸⁴ Rückwirkend konnten die betroffenen Förderinstitutionen jedoch Angaben für die Jahre 2011 und 2012 unter den neuen Voraussetzungen zur Verfügung stellen. Mit der genaueren Auswertung ist nun besser gewährleistet, dass ausschließlich Forschende erfasst werden, die einen geförderten temporären

⁸³ Vgl. dazu ausführlich DAAD/DZHW 2020: 92 ff.

⁸⁴ Vgl. bis 2012 BAMF/BMI 2015: 63.

Aufenthalt in Deutschland absolvieren. Zudem wurden mehr Förderprogramme in die Erhebung einbezogen. Im Jahr 2014 hat sich die Erhebungsmethode erneut geändert, da nunmehr die vertraglich angestellten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an den vier größten deutschen außeruniversitären Forschungseinrichtungen bzw. den ihnen zugehörigen Institutionen (der Helmholtz-Gemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und der Max Weber Stiftung) nicht mehr mitgezählt werden. Insofern sind die Zahlen ab 2014 nicht mehr vergleichbar mit denen der Vorjahre.

Tabelle 3-4: Ausländische Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler in Deutschland nach den wichtigsten Staatsangehörigkeiten von 2012 bis 2018¹

| Staatsangehörigkeit | 2012 | 2013 | 2014 ² | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 |
|--------------------------------|---------------|---------------|-------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| China | 1.506 | 1.858 | 1.825 | 1.878 | 1.914 | 1.497 | 2.080 |
| Indien | 1.483 | 1.790 | 1.645 | 1.631 | 1.774 | 1.294 | 1.961 |
| Russland | 2.065 | 2.395 | 2.163 | 2.243 | 1.939 | 1.687 | 1.957 |
| Italien | 1.163 | 1.608 | 1.464 | 1.512 | 1.670 | 1.059 | 1.799 |
| USA | 1.875 | 1.706 | 1.347 | 1.644 | 1.589 | 1.382 | 1.606 |
| Polen | 1.037 | 1.169 | 1.043 | 1.012 | 1.005 | 1.440 | 980 |
| Iran | 624 | 717 | 794 | 797 | 818 | 703 | 976 |
| Spanien | 513 | 819 | 788 | 742 | 749 | 525 | 817 |
| Brasilien | 683 | 1.078 | 848 | 1.080 | 874 | 681 | 790 |
| Frankreich | 699 | 732 | 645 | 611 | 703 | 547 | 762 |
| Sonstige Staatsangehörigkeiten | 19.294 | 22.043 | 20.987 | 22.486 | 19.103 | 22.241 | 18.943 |
| Insgesamt | 30.427 | 35.149 | 32.791 | 35.636 | 32.138 | 33.056 | 32.671 |

1) Erfasst werden nur ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, deren Forschungsaufenthalt in Deutschland durch die befragten Organisationen gefördert wurde. Auf andere Art finanzierte Forschungsaufenthalte, etwa aus Drittmitteln, sind nicht berücksichtigt, da diese in Deutschland nicht erfasst werden. Die Daten dokumentieren deshalb nur einen Teil der Aufenthalte ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die Gesamtzahl dürfte höher liegen.

2) Die Zahl von 2014 beinhaltet im Gegensatz zu den Jahren zuvor nicht solche Personen, die an den vier größten deutschen außeruniversitären Forschungseinrichtungen (der Helmholtz-Gemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft oder der Max Weber Stiftung) arbeiten, da es sich bei ihnen um vertraglich angestellte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler handelt.

Quelle: Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)

Im Jahr 2018 wurde der Aufenthalt 32.671 von ausländischen Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftlern in Deutschland gefördert (2017: 33.056). Die wichtigsten Staatsangehörigkeiten bilden dabei die Russische Föderation, China und die Vereinigten Staaten. Wichtigste Herkunftsländer innerhalb der EU waren wie im Vorjahr Polen und Italien (vgl. Tabelle 3-4). Der größte Anteil der geförderten ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern entfallen auf die Fächergruppe Mathematik und Naturwissenschaften (45,1 %).

Betrachtet man die Aufenthaltsdauer der ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland, so ergeben sich je nach Förderorganisation Unterschiede.⁸⁵ Während der DAAD ausschließlich kurzfristige Aufenthalt mit einer maximalen Aufenthaltsdauer von 12 Monaten finanziell unterstützte (davon 47,9 % mit einem Aufenthalt von unter einem Monat), förderte die Alexander von Humboldt-Stiftung sowohl kurzfristige Aufenthalte von unter einem Jahr (45,9 %) als auch langfristige Aufenthalte über einem Jahr (54,1 %).

3.3 Bildungsmigration

3.3.1 Ausländische Studierende

Bei den ausländischen Studierenden wird zwischen zwei Kategorien unterschieden: Zum einen die Bildungsinländerinnen und Bildungsinländer, die eine Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erworben haben. Zu ihnen zählen auch ausländische Staatsangehörige, die auf deutschen Auslandsschulen ihre Hochschulzugangsberechtigung erlangt haben. Zum anderen die sogenannten Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer, die über eine ausländische Hochschulzugangsberechtigung verfügen. Unter diese Kategorie fallen auch Personen, die aus familiären Gründen nach Deutschland einreisen und dann ein Studium aufnehmen. Während ein Großteil der Bildungsinländerinnen und Bildungsinländer vor ihrem Studium in Deutschland gelebt und eine deutsche Schule besucht hat, sind Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer zum Großteil zum Studium nach Deutschland eingereist. Im Folgenden wird überwiegend auf die letztere Gruppe eingegangen.

Vor der Einreise benötigen ausländische Studierende aus Drittstaaten grundsätzlich ein Visum⁸⁶; daneben gibt es mit einigen Ländern, die von der Visumpflicht ausgenommen sind, bilaterale Vereinbarungen und einige Staatsangehörige sind aufgrund rechtlicher Regelungen von der Visumpflicht befreit.⁸⁷ Für ein Visum zu Studienzwecken ist in der Regel eine anerkannte Hochschulzugangsberechtigung notwendig. Darüber hinaus muss die Finanzierung des ersten Studienjahres gesichert sein sowie ein Nachweis über den Krankenversicherungsschutz vorliegen. Für ein Studium in Deutschland müssen darüber hinaus ausreichende Sprachkenntnisse nachgewiesen werden. In der Regel ist dazu bereits bei Antragstellung ein Nachweis über vorhandene Kenntnisse in der Unterrichtssprache (die nicht notwendigerweise Deutsch sein muss) zu führen, es sei denn, die Sprachkenntnisse wurden von der Hochschule bei der Zulassungsentscheidung geprüft. Der Kenntnisstand muss überwiegend der Stufe B 2 („Selbständige Sprachverwendung“) des GER für Sprachen entsprechen. Die in diesem Abschnitt aufgeführten Rechtsgrundlagen beziehen sich auf die für das Berichtsjahr 2019 geltenden Regelungen. Durch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) geänderte Rechtsgrundlagen, die seit dem Frühjahr 2020 gelten, sind jeweils durch den Zusatz „neu“ gekennzeichnet.

⁸⁵ Die Aussagen über Aufenthaltsdauer sind für das Berichtsjahr 2018 eingeschränkt, da die DFG und weitere Förderorganisationen (EU Marie-Sklodowska-Curie-Maßnahmen) keine Informationen über die Aufenthaltsdauer zur Verfügung stellen konnten.

⁸⁶ Die Visa für ausländische Studierende werden in einem beschleunigten Verfahren erteilt (Schweigefristverfahren), vgl. dazu BAMF/BMI 2013: 53.

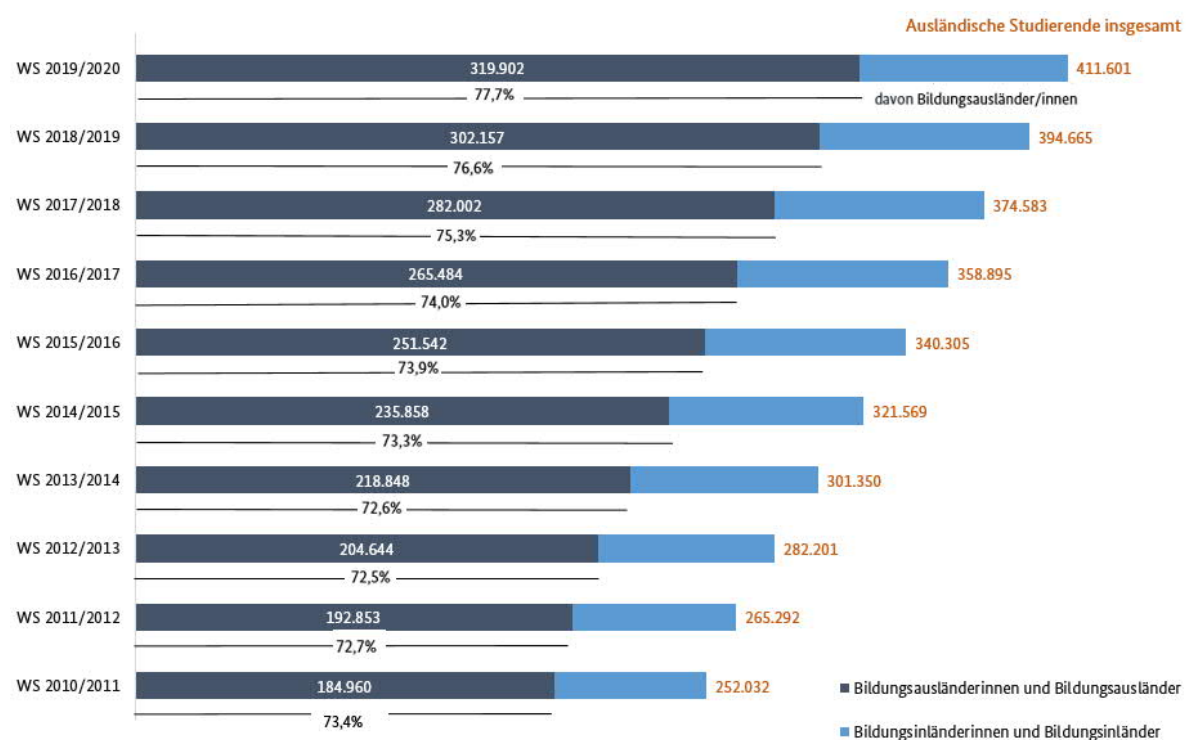
⁸⁷ Studierende aus den EWR-Staaten Island, Norwegen und Liechtenstein sowie Studierende aus der Schweiz aufgrund bilateraler Vereinbarungen mit der EU; Studierende aus Australien, Israel, Japan, Kanada, der Republik Korea, Neuseeland und den Vereinigten Staaten sowie Andorra, Brasilien, El Salvador, Honduras, Monaco und San Marino gemäß § 41 Aufenthaltsverordnung (AufenthV).

Die Aufenthaltserlaubnis wird nach der Einreise erteilt. Der Studienzweck umfasst auch studienvorbereitende Sprachkurse oder sonstige Maßnahmen. Dabei gilt die Aufenthaltserlaubnis bei der Ersterteilung und bei der Verlängerung mindestens ein Jahr und soll zwei Jahre nicht überschreiten (§ 16 Abs. 2 AufenthG bzw. § 16b Abs. 2 AufenthG neu). Für eine Studienbewerbung wird der Aufenthalt auf maximal neun Monate beschränkt (§ 16 Abs. 7 AufenthG bzw. § 17 Abs. 2 AufenthG neu).

Die Aufenthaltserlaubnis zum Zweck des Studiums berechtigt zur Ausübung einer Beschäftigung, die insgesamt 120 Tage bzw. 240 halbe Tage im Jahr nicht überschreiten darf, sowie ohne zeitliche Begrenzung zur Ausübung studentischer Nebentätigkeiten (§ 16 Abs. 3 AufenthG bzw. § 16b Abs. 3 AufenthG neu).

Der Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern lag bis zum Wintersemester 2001/2002 relativ konstant bei etwa zwei Drittel aller Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit, stieg seitdem auf etwa drei Viertel an und lag im Wintersemester 2019/2020 bei 77,7%.⁸⁸ Vom Wintersemester 2010/2011 bis zum Wintersemester 2019/2020 stieg die Zahl der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer von 184.960 um 73,0 % auf 319.902 Personen an. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit insgesamt von 252.032 um 63,3 % auf 411.601 an (vgl. Abbildung 3-18 und Tabelle 3-26 im Anhang). Hauptherkunftsland der im Wintersemester 2019/2020 eingeschriebenen Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer war China (41.353), vor Indien (24.868), Syrien (15.948) und Österreich (12.020) (vgl. Tabelle 3-29 im Anhang).

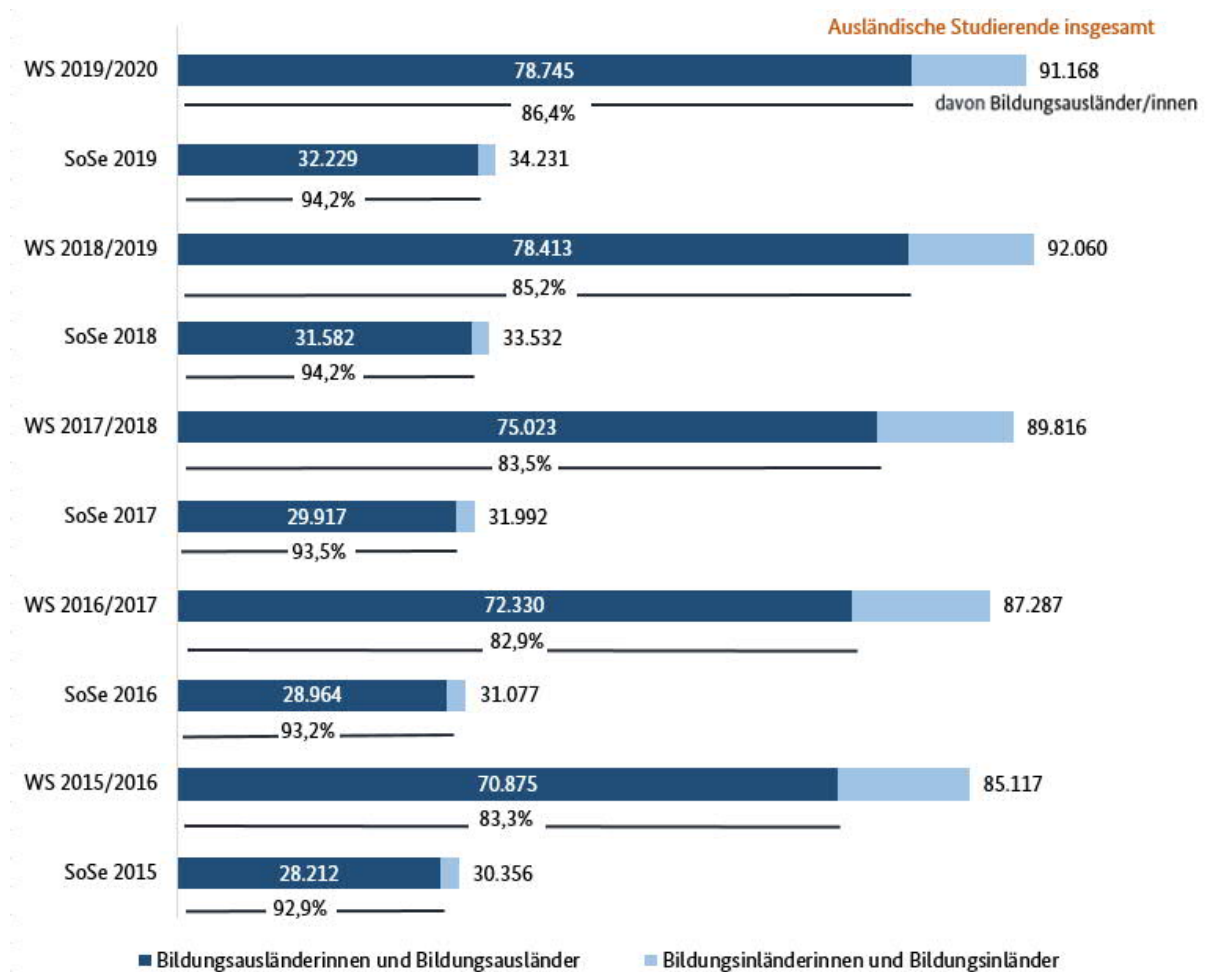
Abbildung 3-18: Ausländische Studierende an deutschen Hochschulen vom Wintersemester 2010/2011 bis zum Wintersemester 2019/2020



Quelle: Statistisches Bundesamt

⁸⁸ Als Zielland für ausländische Studierende nahm Deutschland im Jahr 2018 weltweit gesehen den vierten Rang ein. Von allen Studierenden, die im Ausland studieren, waren rund 6 % an deutschen Hochschulen eingeschrieben. Die Länder USA (18 %), Großbritannien (8 %) und Australien (8 %) wiesen höhere Anteile auf, vgl. OECD 2020: 283.

Abbildung 3-19: Ausländische Studienanfängerinnen und Studienanfänger an deutschen Hochschulen vom Sommersemester 2015 bis zum Wintersemester 2019/2020



Quelle: Statistisches Bundesamt

Der Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an den ausländischen Studierenden, die im Wintersemester 2019/2020 ein Studium an einer deutschen Hochschule aufgenommen haben (86,4 %), ist höher als ihr Anteil an allen immatrikulierten ausländischen Studierenden (77,7 % im Wintersemester 2019/2020) (vgl. Abbildung 3-19 und Tabelle 3-29 im Anhang zusammen mit Abbildung 3-18 und Tabelle 3-28 im Anhang).

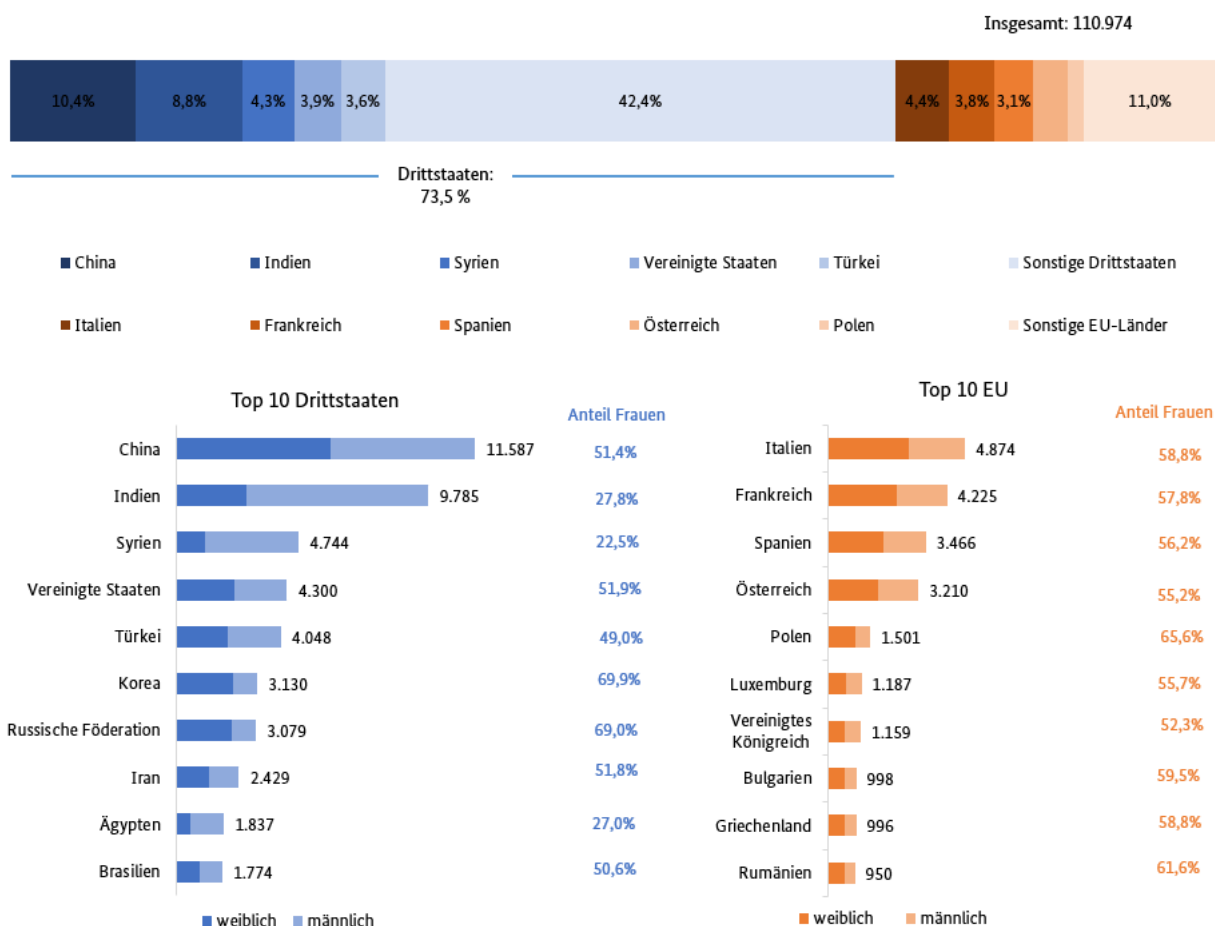
Bei Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern handelt es sich zum Teil auch um ausländische Studierende, die nur für ein vorübergehendes Teilstudium nach Deutschland kommen (Auslandssemester). In der Regel werden diese ausländischen Studierenden in Deutschland im ersten Hochschulsemester eingeschrieben und nicht anhand der bereits absolvierten Hochschulsemester zugeordnet.

Im Wintersemester 2019/2020 waren von den 91.168 ausländischen Studierenden im ersten Hochschulsemester 78.745 Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer. Von den 34.231 ausländischen Studienanfängerinnen und Studienanfänger im Sommersemester 2019 waren 32.229 Bildungsausländerinnen und

Bildungsausländer, was einem Anteil von 94,2 % entspricht. Das bedeutet, dass insgesamt fast 90 % aller Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit (88,5 % bzw. in absoluten Zahlen 110.974 von 125.399), die im Jahr 2019 (Sommersemester 2019 und Wintersemester 2019/2020) ihr Studium an einer deutschen Hochschule begonnen haben, Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer waren. Knapp die Hälfte dieser Studierenden waren weiblich (48,8 %). Ein überproportional hoher Anteil an weiblichen Personen war insbesondere bei Staatsangehörigen aus den mittel- und osteuropäischen Staaten sowie aus der Republik Korea, Taiwan und Japan zu verzeichnen. Durch einen geringen weiblichen Anteil zeichnen sich vor allem Studierende aus Syrien und Pakistan aus (vgl. Abbildung 3-20 und Tabelle 3-28 sowie Tabelle 3-29 im Anhang).

Insgesamt hat sich die Zahl der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer, die 2019 ihr Studium an einer deutschen Hochschule begonnen haben, gegenüber 2018 um 0,9 % von 109.995 auf 110.974 erhöht (vgl. Tabelle 3-28 und Tabelle 3-29 im Anhang). Damit wurde im Jahr 2019 die bislang höchste Zahl an Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer unter den Erstsemestern verzeichnet.

Abbildung 3-20: Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer im ersten Hochschulsemester nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten (Sommersemester 2019 und Wintersemester 2019/2020)

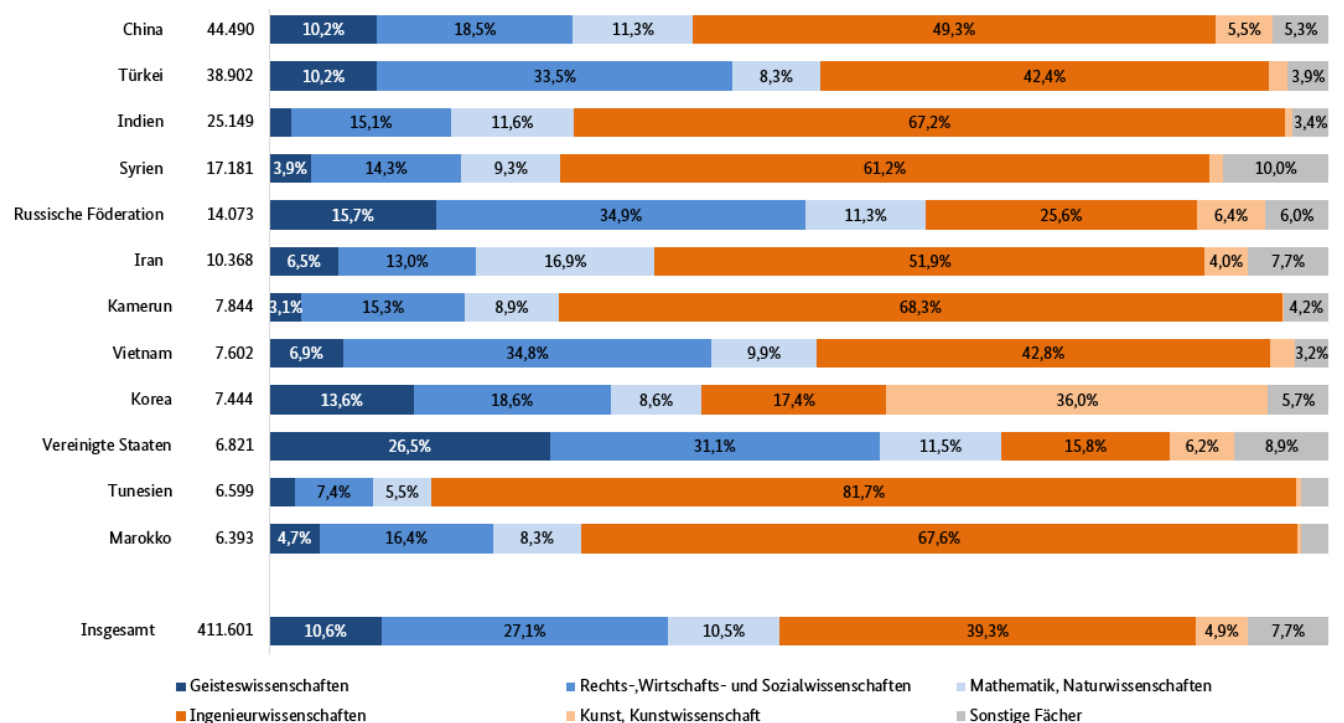


Quelle: Statistisches Bundesamt

Die größte Gruppe der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer, die im Jahr 2019 ihr Studium an einer deutschen Hochschule begonnen haben, waren – wie seit dem Jahr 2006 – Studierende mit chinesischer Staatsangehörigkeit (10,4 % bzw. 11.587) (vgl. Abbildung 3-20 und Tabelle 3-30 im Anhang). Die zweitstärkste Gruppe stellten Studierende aus Indien (8,8 % bzw. 9.785) dar, die Zunahme der Studierendenzahlen aus Indien hat sich im Jahr 2019 weiter fortgesetzt (+23,5 %). Die größte Gruppe von Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern aus EU-Staaten kommt aus Italien, sie liegen mit 4.874 Studierenden bzw. 4,4 % auf dem dritten Platz. Nachdem Studierende aus Syrien im Vorjahr noch die drittgrößte Gruppe stellten (2018: 5.783), sind diese im Jahr 2019 mit 4.744 bzw. 4,3 % nur mehr die viertgrößte Gruppe der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer im ersten Hochschulsesemester. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist die Anzahl von syrischen Studienanfängerinnen und Studienanfängern um 18,0 % gesunken.

Zu den weiteren Hauptherkunftsländern im Jahr 2019 zählten die Vereinigten Staaten (3,9 % bzw. 4.300), Frankreich (3,8 % bzw. 4.225) und Spanien (3,8 % bzw. 3.466). Beinahe kontinuierlich gestiegen ist die Zahl der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer aus der Türkei, die ein Studium in Deutschland aufgenommen haben, von 747 im Jahr 1999 auf 4.048 im Jahr 2019. Weitere quantitativ relevante Staatsangehörigkeiten waren Österreich und die Republik Korea (vgl. Abbildung 3-20). Insgesamt kamen im Jahr 2019 73,5 % der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer, die ein Studium in Deutschland aufgenommen haben, aus einem Nicht-EU-Staat und 26,5 % aus der EU.

Abbildung 3-21: Ausländische Studierende nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Fächergruppen im Wintersemester 2019/2020



Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Verteilung der ausländischen Studierenden auf die einzelnen Fächergruppen unterscheidet sich zum Teil deutlich nach Herkunftsländern. So belegten im Wintersemester 2019/2020 87,2 % der Studierenden aus Tunesien, 78,8 % der Studierenden aus Indien und 77,2 % der Studierenden aus Kamerun ingenieurwissenschaftliche und mathematische bzw. naturwissenschaftliche Fächer (vgl. Abbildung 3-21 und Tabelle 3-31 im Anhang). Bei russischen Studierenden standen die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an erster Stelle (34,9 %). Unter den Studierenden der Kunst und Kunstwissenschaften fallen insbesondere Studierende aus der Republik Korea auf. 36,0 % aller koreanischen Studierenden belegen diese Fächer, vor allem in den Bereichen Musik und Musikwissenschaft.

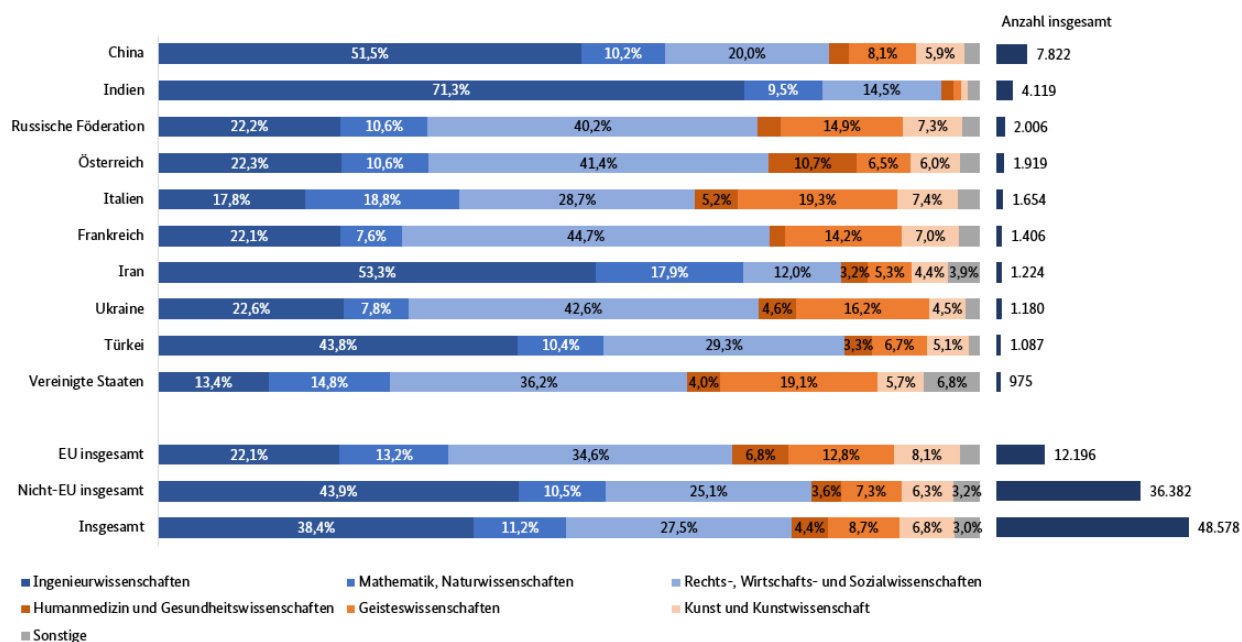
Mithilfe des Ausländerzentralregister (AZR) können zusätzlich Personen aus Drittstaaten quantifiziert werden, die zum Zweck der Studienbewerbung nach § 16 Abs. 7 AufenthG (bzw. § 17 Abs. 2 AufenthG neu) eingereist sind. Dies betraf im Jahr 2019 204 Drittstaatsangehörige, darunter 93 Frauen. Hauptherkunftsländer waren der Iran, China und Marokko.

3.3.2 Ausländische Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen

Seit Ende der 1990er Jahre hat sich die Zahl der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer⁸⁹, die einen Hochschulabschluss in Deutschland erworben haben, mehr als verfünffacht. Während 1999 insgesamt 8.306 Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer einen Hochschulabschluss in Deutschland erworben hatten, waren es im Jahr 2019 bereits 48.578. Im Vergleich zum Vorjahr (43.981) bedeutet dies einen Anstieg um 10,5 %. Die Geschlechterverteilung ist nahezu ausgeglichen, 2019 erwarben 23.176 Bildungsausländerinnen einen Hochschulabschluss (47,7 %).

⁸⁹ In Kapitel 3.3.2 beziehen sich die Begriffe „Absolventinnen und Absolventen“ auf Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer, da diese den Großteil aller ausländischen Absolventinnen und Absolventen stellen und im Rahmen des Migrationsberichtes der Fokus auf den nach Deutschland zugewanderten Personen liegt. Angaben zu ausländischen Absolventinnen und Absolventen insgesamt befinden sich in Tabelle 3-32 im Anhang.

Abbildung 3-22: Ausländische Absolventinnen und Absolventen nach Fächergruppe und den häufigsten Herkunftsländern 2019



Quelle: Statistisches Bundesamt

Die größte Gruppe der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer, die in Deutschland einen Hochschulabschluss erworben haben, stellten Staatsangehörige aus China (7.822), vor Indien (4.119), der Russischen Föderation (2.006) und Österreich (1.919) (vgl. Abbildung 3-22 und Tabelle 3-32 im Anhang). Aus den EU-Staaten stammten insgesamt 12.196 und aus Drittstaaten 36.382 Absolventinnen und Absolventen. Deren Anteil an allen Absolventinnen und Absolventen betrug im Jahr 2019 somit 74,9 % und liegt damit leicht über dem Niveau des Vorjahres (2018: 73,6 %). Während Studierende aus Drittstaaten größtenteils einen Abschluss in Ingenieurwissenschaften, Mathematik oder Naturwissenschaften erwarben (54,4 %), liegt der entsprechende Anteil bei EU-Staatsangehörigen nur bei 35,3 %. Diese waren dafür deutlich häufiger bei den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie den Geisteswissenschaften vertreten (zusammengenommen 47,4 %).

Nach § 16 Abs. 5 AufenthG (bzw. § 20 Abs. 3 Nr. 1 AufenthG neu) wird Studienabsolventinnen und Studienabsolventen aus Drittstaaten eine Aufenthaltserlaubnis zur Suche einer ihrem Abschluss angemessenen Erwerbstätigkeit für bis zu 18 Monate im Anschluss an das Studium erteilt.⁹⁰ Während dieser Zeit dürfen sie uneingeschränkt arbeiten, um ihren Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit zu sichern. Zum 31. Dezember 2019 waren 10.272 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 16 Abs. 5 AufenthG im AZR registriert (2018: 9.414 Personen; vgl. Tabelle 3-5). Dies bedeutet einen Anstieg um 9,1 % im Vergleich zu 2018. Knapp die Hälfte davon war weiblich (47,1 %). 2.192 bzw. 21,3 % der Aufenthaltserlaubnisse nach § 16 Abs. 5 AufenthG wurden an chinesische Staatsangehörige erteilt, 1.408 an indische (13,7 %), 551 an russische (5,4 %) Absolventinnen und Absolventen (vgl. Tabelle 3-5). Durch einen überproportionalen weiblichen

⁹⁰ Bis zum Inkrafttreten des Gesetzes zur Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie der Europäischen Union (HQRUMS-G) zum 1. August 2012 konnte die Aufenthaltserlaubnis bei erfolgreichen Studienabsolventinnen und Studienabsolventen zur Suche eines dem Abschluss angemessenen Arbeitsplatzes für 12 Monate verlängert werden. Während dieser Zeit galt eine Beschränkung der Arbeitstage auf maximal 90 Tage im Jahr.

Anteil sind insbesondere die Gruppen aus der Ukraine, der Russischen Föderation, Korea und aus Taiwan gekennzeichnet. Ein sehr geringer Frauenanteil ist bei den Absolventinnen und Absolventen aus Pakistan, Bangladesch und Indien festzustellen. Insgesamt spiegelt sich hier in etwa der jeweilige Frauenanteil an den Studierenden der einzelnen Nationalitäten wider.

Nach § 2 Abs. 1 Nr. 3 BeschV ist für ausländische Absolventinnen und Absolventen deutscher Hochschulen der Zugang zum Arbeitsmarkt ohne Zustimmung der BA möglich.⁹¹ Sobald die entsprechenden Personen eine ihrer Qualifikation entsprechende Beschäftigung gefunden haben, kann ihnen eine Aufenthaltserlaubnis nach den Bestimmungen der §§ 18, 19, 19a, 20 oder 21 AufenthG erteilt werden, wenn die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen.

Zudem können Absolventinnen und Absolventen einer deutschen Hochschule, die seit zwei Jahren einen Aufenthaltstitel nach den §§ 18, 18a (bzw. 19d neu), 19a (bzw. 18b Abs. 2 neu) oder 21 AufenthG besitzen und zum Zeitpunkt der Antragstellung einen ihrem Abschluss angemessenen Arbeitsplatz innehaben, eine Niederlassungserlaubnis nach § 18b AufenthG (bzw. § 18c Abs. 1 S. AufenthG neu) erhalten. Sie müssen neben weiteren Bedingungen dafür mindestens 24 Monate Pflichtbeiträge oder freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung geleistet bzw. einen Anspruch auf eine vergleichbare Leistung haben. Zum 31. Dezember 2019 waren bereits 15.619 Personen im Besitz einer Niederlassungserlaubnis nach § 18b AufenthG (2017: 13.071).

⁹¹ Seit dem 1. Januar 2009 kann auch Absolventinnen und Absolventen deutscher Auslandsschulen mit einem anerkannten oder einem deutschen Hochschulabschluss vergleichbaren ausländischen Hochschulabschluss ohne Zustimmung ein Aufenthaltstitel zur Ausübung einer der beruflichen Qualifikation entsprechenden Beschäftigung erteilt werden (§ 7 BeschV).

Tabelle 3-5: Bestehende Aufenthaltserlaubnisse für die Arbeitsplatzsuche nach abgeschlossenem Studium nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten (§ 16 Abs. 5 AufenthG, Stand 31. Dezember 2019)

| Staatsangehörigkeit | Insgesamt | Darunter: weiblich | |
|-----------------------------------|---------------|--------------------|--------------|
| | | absolut | Anteil in % |
| China | 2.192 | 1.201 | 54,8% |
| Indien | 1.408 | 303 | 21,5% |
| Russische Föderation | 551 | 407 | 73,9% |
| Türkei | 354 | 160 | 45,2% |
| Pakistan | 334 | 52 | 15,6% |
| Iran | 313 | 156 | 49,8% |
| Ukraine | 301 | 224 | 74,4% |
| Kolumbien | 268 | 134 | 50,0% |
| Korea | 295 | 206 | 69,8% |
| Vereinigte Staaten von Amerika | 259 | 131 | 50,6% |
| Vietnam | 197 | 122 | 61,9% |
| Indonesien | 224 | 107 | 47,8% |
| Ägypten | 202 | 56 | 27,7% |
| Mexico | 215 | 114 | 53,0% |
| Bangladesch | 165 | 29 | 17,6% |
| Nigeria | 137 | 26 | 19,0% |
| Brasilien | 155 | 98 | 63,2% |
| Kamerun | 155 | 61 | 39,4% |
| Taiwan | 138 | 96 | 69,6% |
| Nepal | 114 | 30 | 26,3% |
| Tunesien | 92 | 31 | 33,7% |
| Sonstige Staatsangehörigkeiten | 2.203 | 1.094 | 49,7% |
| Alle Staatsangehörigkeiten | 10.272 | 4.838 | 47,1% |

Quelle: Ausländerzentralregister

3.3.3 Sprachkurse und Schulbesuch

Nach § 16b Abs. 1 AufenthG (bzw. § 16f AufenthG neu) kann einer ausländischen Person eine Aufenthaltserlaubnis zur Teilnahme an einem Sprachkurs, der nicht der Studienvorbereitung dient, sowie in Ausnahmefällen für den Schulbesuch erteilt werden.

Dient der Schulbesuch einer qualifizierten Berufsausbildung (im Sinne des § 6 Abs. 1 BeschV), berechtigt die Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer von der Ausbildung unabhängigen Beschäftigung bis zu zehn

Stunden pro Woche (§ 16b Abs. 2 AufenthG bzw. § 16a Abs. 3 AufenthG neu). Nach erfolgreichem Abschluss dieser qualifizierten Berufsausbildung kann die Aufenthaltserlaubnis um bis zu einem Jahr verlängert werden. Diese Verlängerung dient der Suche eines diesem Abschluss angemessenen Arbeitsplatzes (§ 16b Abs. 3 AufenthG bzw. Aufenthaltserlaubnis nach § 20 Abs. 3 Nr. 3 AufenthG neu). Ausländische Staatsangehörige sind während dieses Zeitraums zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt. Zum 31. Dezember 2019 hatten 63 Personen eine Aufenthaltserlaubnis zur Arbeitsplatzsuche nach schulischer qualifizierter Berufsausbildung inne (§ 16b Abs. 3 AufenthG) (31. Dezember 2018: 73).

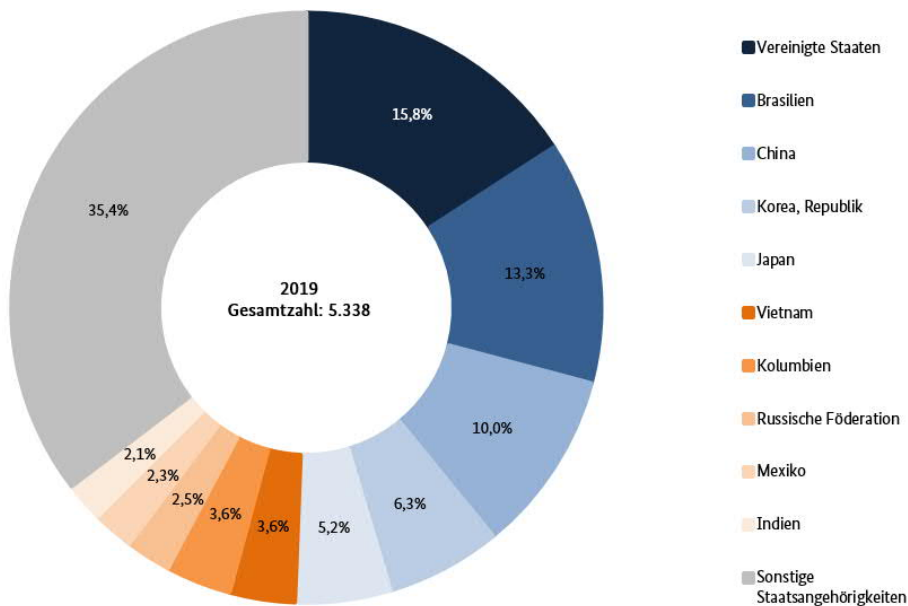
Im Jahr 2019 sind 5.338 Drittstaatsangehörige zum Zweck der Absolvierung eines Sprachkurses bzw. zum Schulbesuch nach Deutschland eingereist, 3,3 % weniger als im Jahr zuvor (2018: 5.521). Etwa die Hälfte davon war weiblich (55,2 %). Die Hauptherkunftsländer waren die Vereinigten Staaten, Brasilien, China, die Republik Korea und Japan (vgl. Abbildung 3-23 und Tabelle 3-6). Insgesamt besaßen am Ende des Jahres 2019 13.222 Drittstaatsangehörige eine entsprechende Aufenthaltserlaubnis nach § 16b Abs. 1 AufenthG (Ende 2018: 13.126), darunter 7.095 weibliche Drittstaatsangehörige.

Tabelle 3-6: Einreisen zum Zweck der Teilnahme an einem Sprachkurs sowie des Schulbesuchs von 2012 bis 2019 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

| Staatsangehörigkeit | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | |
|--------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|-----------------------|
| | | | | | | | | absolut | Darunter: weiblich |
| Vereinigte Staaten | 854 | 881 | 868 | 1.009 | 944 | 801 | 831 | 846 | 497 |
| Brasilien | 686 | 736 | 656 | 719 | 755 | 676 | 794 | 709 | 453 |
| China | 435 | 447 | 518 | 595 | 629 | 493 | 494 | 532 | 270 |
| Korea, Republik | 263 | 267 | 271 | 358 | 342 | 341 | 361 | 337 | 199 |
| Japan | 341 | 328 | 310 | 335 | 314 | 278 | 304 | 278 | 160 |
| Kolumbien | 196 | 177 | 181 | 263 | 205 | 142 | 184 | 191 | 95 |
| Vietnam | 21 | 50 | 81 | 61 | 62 | 97 | 207 | 191 | 103 |
| Russische Föderation | 255 | 266 | 257 | 228 | 171 | 103 | 116 | 132 | 74 |
| Mexiko | 413 | 411 | 409 | 472 | 372 | 151 | 168 | 121 | 76 |
| Indien | 46 | 49 | 38 | 70 | 51 | 48 | 87 | 114 | 57 |
| Türkei | 140 | 98 | 115 | 131 | 98 | 90 | 104 | 107 | 56 |
| Thailand | 154 | 91 | 33 | 70 | 89 | 79 | 78 | 86 | 67 |
| Ukraine | 96 | 92 | 153 | 122 | 83 | 61 | 72 | 75 | 51 |
| Ecuador | 77 | 70 | 86 | 86 | 58 | 49 | 70 | 74 | 43 |
| Peru | 55 | 49 | 60 | 70 | 68 | 81 | 82 | 71 | 48 |
| Sonstige Staatsangehörigkeiten | 1.691 | 1.785 | 2.076 | 2.139 | 1.638 | 1.238 | 1.569 | 1.474 | 700 |
| Insgesamt | 5.723 | 5.797 | 6.112 | 6.728 | 5.879 | 4.728 | 5.521 | 5.338 | 2.949 |

Quelle: Ausländerzentralregister, eigene Berechnungen BAMF

Abbildung 3-23: Einreisen zum Zweck der Teilnahme an einem Sprachkurs sowie des Schulbesuchs nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2018



Quelle: Ausländerzentralregister, eigene Berechnungen BAMF

3.3.4 Sonstige Ausbildungszwecke

Drittstaatsangehörigen kann nach § 17 Abs. 1 AufenthG (bzw. § 16a Abs. 1 AufenthG neu) eine Aufenthaltserlaubnis für eine betriebliche Aus- und Weiterbildung erteilt werden.⁹² Die Erteilung ist von der Zustimmung der BA abhängig (§ 17 Abs. 1 S. 1 AufenthG bzw. § 16a Abs. 1 S. 1 AufenthG neu i. V. m. § 8 Abs. 1 BeschV), soweit die Aus- und Weiterbildung nicht durch die Beschäftigungsverordnung oder durch zwischenstaatliche Vereinbarung zustimmungsfrei ist (§ 17 Abs. 1 AufenthG bzw. § 16a Abs. 1 AufenthG neu i. V. m. § 1 BeschV).⁹³ Während der Berufsausbildung dürfen die betreffenden Personen einer von der Berufsausbildung unabhängigen Beschäftigung von bis zu zehn Stunden pro Woche nachgehen (§ 17 Abs. 2 AufenthG bzw. § 16a Abs. 3 AufenthG neu).

Nach einem erfolgreichen Abschluss der qualifizierten Berufsausbildung kann der Aufenthalt bis zu einem Jahr zur Suche eines diesem Abschluss angemessenen Arbeitsplatzes verlängert werden, sofern er nach den Bestimmungen der §§ 18 und 21 AufenthG von ausländischen Personen besetzt werden darf (§ 17 Abs. 3 AufenthG bzw. Aufenthaltserlaubnis nach § 20 Abs. 3 Nr. 3 AufenthG neu). Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt während dieses Zeitraums zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit. Ende 2019 besaßen 164 Personen eine Aufenthaltserlaubnis zur Arbeitsplatzsuche nach § 17 Abs. 3 AufenthG (Ende 2018: 109 Personen).

⁹² § 17 Abs. 1 AufenthG setzt keine Mindestdauer der Ausbildung voraus. Dagegen setzen die Regelungen der Abs. 2 und 3 voraus, dass es sich um eine qualifizierte Ausbildung mit einer Mindestausbildungsdauer von zwei Jahren handeln muss.

⁹³ Die Zustimmung der BA setzt unter anderem voraus, dass bei Ausbildungen keine inländischen Ausbildungssuchenden zur Verfügung stehen und sich bei den betrieblichen Weiterbildungen keine nachteiligen Auswirkungen auf die Beschäftigungsmöglichkeiten inländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ergeben (§ 39 Abs. 2 AufenthG). Eine zwischenstaatliche Vereinbarung im Sinne des § 17 AufenthG wurde bislang nicht abgeschlossen.

Durch das am 1. August 2015 in Kraft getretene Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung⁹⁴ wurde § 17a AufenthG (bzw. § 16d AufenthG und zur Arbeitsplatzsuche im Anschluss § 20 Abs. 3 Nr. 4 AufenthG neu) in das Aufenthaltsgesetz eingefügt. Danach kann eine Aufenthaltserlaubnis für die Anerkennung einer im Ausland erworbenen Berufsqualifikation erteilt werden.⁹⁵ Dieser Aufenthaltstitel dient der Durchführung von Bildungsmaßnahmen, die geeignet sind, fachliche, praktische und/oder sprachliche Defizite, die der Anerkennung des ausländischen Berufsabschlusses bzw. dem Berufszugang entgegenstehen, auszugleichen. Dadurch soll die Zuwanderung von Fachkräften insbesondere in Mangelberufen, etwa in der Krankenpflege, erleichtert werden.⁹⁶ Im Jahr 2019 sind nach § 17a Abs. 1 AufenthG (bzw. § 16d Abs. 1 AufenthG neu) 1.721 Drittstaatsangehörige nach Deutschland eingereist.⁹⁷

Sofern für eine qualifizierte Beschäftigung die Feststellung der Gleichwertigkeit eines im Ausland erworbenen Berufsabschlusses oder, bei einem im Inland reglementierten Beruf, die Befugnis zur Berufsausübung notwendig ist und hierfür eine vorherige befristete praktische Tätigkeit im Inland erforderlich ist, kann mit Zustimmung der BA auch ein Aufenthaltstitel nach § 18 Abs. 2 AufenthG zur Ausübung einer befristeten Beschäftigung erteilt werden. Die Zustimmung wird ohne Vorrangprüfung erteilt (§ 8 Abs. 3 BeschV).

⁹⁴ BGBl. 2015 Teil I Nr. 32: 1386.

⁹⁵ Für die rechtlichen Rahmenbedingungen vgl. BAMF/BMI 2016: 83.

⁹⁶ Vgl. dazu die Begründung zum Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung (BT-Drs. 18/4097).

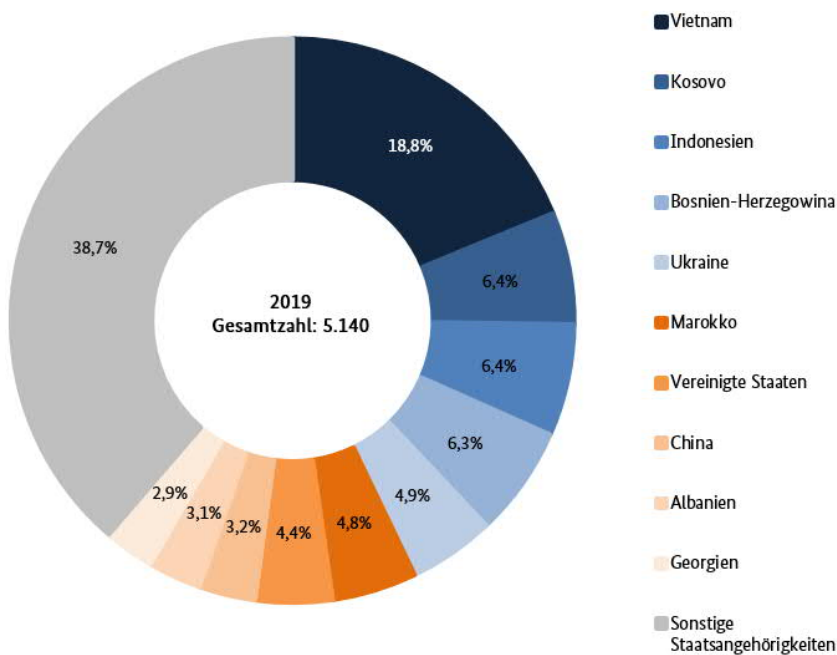
⁹⁷ Für die in diesem Kapitel enthaltenen Daten wurde das Ausländerzentralregister zum Abfragezeitpunkt 31. März 2020 ausgewertet. Daher sind auch Drittstaatsangehörige enthalten, die noch im Jahr 2019 eingereist sind, aber erst im ersten Quartal 2020 im AZR registriert wurden. In der BAMF-Publikation „Wanderungsmonitoring: Erwerbsmigration nach Deutschland – Jahresbericht 2019“ steht dagegen der Zeitpunkt der Erteilung des Aufenthaltstitels im Vordergrund, weswegen die Fälle, in denen die Betroffenen im Jahr 2019 eingereist sind, aber erst im ersten Quartal 2020 eine Aufenthaltserlaubnis erhalten haben, dort nicht berücksichtigt werden. Die Daten sind somit aufgrund der unterschiedlichen Auswertungssystematiken nicht vergleichbar.

Tabelle 3-7: Zum Zweck der betrieblichen Aus- und Weiterbildung eingereiste Drittstaatsangehörige von 2012 bis 2019 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

| Staatsangehörigkeit | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | |
|--------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|-----------------------|
| | | | | | | | | absolut | darunter: weiblich |
| Vietnam | 43 | 119 | 70 | 415 | 338 | 484 | 767 | 966 | 609 |
| Kosovo | 22 | 69 | 71 | 144 | 156 | 169 | 236 | 330 | 150 |
| Indonesien | 39 | 25 | 29 | 28 | 33 | 30 | 178 | 330 | 152 |
| Bosnien-Herzegowina | 80 | 117 | 330 | 724 | 706 | 603 | 421 | 324 | 159 |
| Ukraine | 86 | 95 | 85 | 106 | 154 | 163 | 183 | 254 | 141 |
| Marokko | 15 | 19 | 29 | 18 | 11 | 100 | 116 | 249 | 64 |
| Vereinigte Staaten | 447 | 523 | 505 | 569 | 411 | 386 | 296 | 227 | 116 |
| China | 408 | 373 | 266 | 176 | 202 | 233 | 298 | 166 | 98 |
| Albanien | 22 | 25 | 21 | 31 | 109 | 153 | 167 | 158 | 69 |
| Georgien | 33 | 28 | 37 | 79 | 125 | 133 | 187 | 148 | 81 |
| Brasilien | 309 | 246 | 218 | 176 | 152 | 144 | 166 | 127 | 48 |
| Indien | 351 | 284 | 241 | 133 | 104 | 88 | 93 | 116 | 39 |
| Sonstige Staatsangehörigkeiten | 2.200 | 1.992 | 1.876 | 1.655 | 1.412 | 1.354 | 1.481 | 1.745 | 697 |
| Insgesamt | 4.055 | 3.915 | 3.778 | 4.254 | 3.913 | 4.040 | 4.589 | 5.140 | 2.423 |

Quelle: Ausländerzentralregister, eigene Berechnungen BAMF

Abbildung 3-24: Zu sonstigen Ausbildungszwecken eingereiste Drittstaatsangehörige nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2019



Quelle: Ausländerzentralregister, eigene Berechnungen BAMF

Im Jahr 2019 sind 5.140 Drittstaatsangehörige zu betrieblichen Aus- und Weiterbildungen nach Deutschland eingereist. Dies ist ein Anstieg um 12,0 % im Vergleich zum Vorjahr (2018: 4.589 Personen). Der Anteil von weiblichen Drittstaatsangehörigen betrug 47,1 %. Die Hauptherkunftsländer im Jahr 2019 waren Vietnam, Kosovo, Indonesien und Bosnien und Herzegowina (vgl. Tabelle 3-7 und Abbildung 3-24). Am Ende des Jahres 2019 besaßen insgesamt 25.107 Drittstaatsangehörige eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der betrieblichen Aus- und Weiterbildung nach § 17 Abs. 1 AufenthG, darunter 13.410 Frauen.

3.4 Humanitäre Migration

3.4.1 Flucht und Asyl

Artikel 16a Abs. 1 des Grundgesetzes (GG) gewährt politisch Verfolgten das individuelle Grundrecht auf Asyl. Damit ist das Asylrecht in Deutschland als individueller Rechtsanspruch mit Verfassungsrang ausgestaltet. Für das Asylverfahren ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zuständig.

Neben dem Grundrecht auf Asyl nach Art. 16a Abs. 1 GG gibt es nach dem Asylgesetz (AsylG)⁹⁸ und Aufenthaltsgesetz (AufenthG) (auf Grundlage der Vorschriften der Qualifikationsrichtlinie (2011/95/EU)⁹⁹) drei weitere Schutzformen: die Berechtigung auf internationalen Schutz (§ 1 Abs. 1 Nr. 2 AsylG), die den Flüchtlingsschutz (§ 3 Abs. 1 AsylG) und den subsidiären Schutz (§ 4 Abs. 1 AsylG) umfasst. Wenn diese Schutzformen nicht greifen, kann bei Vorliegen bestimmter Gründe ein nationales Abschiebeverbot erteilt werden (§ 24 Abs. 2 AsylG i. V. m. § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG).

Ein Asylantragsteller bzw. eine Asylantragstellerin kann eine ablehnende Entscheidung des BAMF verwaltungsgerichtlich überprüfen lassen.

Der Begriff Flüchtling wird zwar oft als Synonym für geflüchtete Menschen genutzt, im Verständnis des Asylrechts umfasst er jedoch ausschließlich anerkannte Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 (GFK).

⁹⁸ Durch das am 24. Oktober 2015 in Kraft getretene Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz (BGBl. 2015 Teil I Nr. 40: 1722-1735) wurde das Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) in Asylgesetz (AsylG) umbenannt.

⁹⁹ Die Qualifikationsrichtlinie vom 13. Dezember 2011 legt Normen für die Anerkennung als Personen mit Anspruch auf einen internationalen Schutz – also der Flüchtlingseigenschaft im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention sowie dem subsidiären Schutz – fest. Sie definiert damit, wer als Flüchtling bzw. schutzberechtigt gilt.

Infobox: Die Schutzformen im Asylverfahren im Überblick

| | |
|--|--|
| Art. 16a GG und § 3 I AsylG | Asylberechtigung und Flüchtlingsschutz Das Grundrecht auf Asyl nach Artikel 16a GG gilt für politisch Verfolgte. Asylberechtigt ist eine Person, die eine an asylrelevante Merkmale anknüpfende staatliche Verfolgung erlitten hat bzw. der eine solche nach einer Rückkehr in das Herkunftsland konkret droht. Dem Staat stehen dabei solche staatsähnlichen Organisationen gleich, die den jeweiligen Staat verdrängt haben oder denen dieser das Feld überlassen hat und die ihn daher insoweit ersetzen (staatliche, mittelbar staatliche oder quasi-staatliche Verfolgung). Der Flüchtlingsschutz nach § 3 Abs. 1 AsylG ist umfangreicher als die Asylberechtigung und greift auch bei der Verfolgung durch nichtstaatliche Akteure. Zur Begriffsbestimmung der politischen Verfolgung wird auf die in Art. 1 A Nr. 2 definierten Merkmale der GFK zurückgegriffen. |
| § 4 I AsylG | Subsidiärer Schutz Der subsidiäre Schutz greift, wenn im Herkunftsland ernsthafter Schaden droht. Ein ernsthafter Schaden kann sowohl von staatlichen als auch von nichtstaatlichen Akteuren ausgehen. Als solcher gilt: die Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe, Folter oder unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung oder eine ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit einer Zivilperson infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts. |
| § 60 V/VII AufenthG | Nationale Abschiebungsverbote Wenn die drei bislang genannten Schutzformen - Asylberechtigung, Flüchtlingsschutz, subsidiärer Schutz - nicht greifen, kann bei Vorliegen bestimmter Gründe ein Abschiebungsverbot erteilt werden. Eine schutzsuchende Person darf nicht rückgeführt werden, wenn die Rückführung in den Zielstaat eine Verletzung der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) darstellt, oder dort eine erhebliche konkrete Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit besteht. |

Quelle: Eigene Darstellung.

Asylberechtigung und Flüchtlingseigenschaft

Das Grundrecht auf Asyl nach Artikel 16a GG gilt für politisch Verfolgte. Zur Begriffsbestimmung der politischen Verfolgung wird dabei auf die Merkmale nach Art. 1 A Nr. 2 der GFK zurückgegriffen. Entscheidend für die Asylgewährung ist, ob eine Person wegen dieser Merkmale Verfolgungsmaßnahmen mit Gefahr für Leib und Leben oder Beschränkungen ihrer persönlichen Freiheit ausgesetzt war oder solche Verfolgungsmaßnahmen begründet befürchtet.

Nicht jede staatliche Einschränkung stellt eine asylrelevante Verfolgung dar. Es muss sich vielmehr einerseits um eine gezielte Rechtsgutverletzung handeln, andererseits muss sie darauf gerichtet sein, die Betroffenen aus der Gemeinschaft auszugrenzen. Schließlich muss es sich um eine Maßnahme handeln, die so schwerwiegend ist, dass sie die Menschenwürde verletzt und über das hinausgeht, was die Bewohnerinnen und Bewohner des jeweiligen Staates ansonsten allgemein hinzunehmen haben.

Berücksichtigt wird grundsätzlich nur staatliche Verfolgung, also Verfolgung, die dem Staat zugeordnet werden kann. Ausnahmen gelten, wenn die nichtstaatliche Verfolgung dem Staat zuzurechnen ist (quasi-staatliche Verfolgung). Notsituationen wie Armut, Bürgerkriege, Naturkatastrophen oder Perspektivlosigkeit sind damit als Gründe für eine Asylgewährung gemäß Artikel 16a GG grundsätzlich ausgeschlossen.

Der Flüchtlingsschutz umfasst über die Asylberechtigung hinaus auch den Schutz vor der Verfolgung durch nichtstaatliche Akteure und knüpft ebenfalls an die in der GFK genannten Merkmale an. Dabei kann eine Verfolgung vom Staat oder von staatsähnlichen Akteuren, wie etwa Parteien und Organisationen, die den Staat oder einen wesentlichen Teil des Staatsgebiets beherrschen (quasi-staatliche Verfolgung) ausgehen. Zudem kann die Verfolgung durch nichtstaatliche Akteure bedingt sein, sofern staatliche oder staatsähnliche Akteure (einschließlich internationaler Organisationen) erwiesenermaßen nicht in der Lage oder willens sind, Schutz vor der Verfolgung zu bieten (§ 3c Nr. 3 AsylG). Eine Schutzgewährung erfolgt nur, wenn keine interne Schutzmöglichkeit besteht (§ 3e AsylG). Nach § 3b Abs. 1 Nr. 4 AsylG kann eine Verfolgung auch dann vorliegen, wenn die Bedrohung allein an das Geschlecht anknüpft (geschlechtsspezifische Verfolgung). Der Anwendungsbereich für die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft ist somit teilweise weiter als beim Grundrecht auf Asyl.

Der Flüchtlingsschutz hat in der Praxis in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. Durch die am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Änderungen im Aufenthaltsrecht durch das Zuwanderungsgesetz wurde eine Angleichung des Aufenthaltsstatus von Asylberechtigten und GFK-Flüchtlingen vorgenommen (§ 25 Abs. 1 und Abs. 2 S. 1 Alt. 1 AufenthG). Sowohl asylberechtigte Personen als auch ausländische Staatsangehörige, denen die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt worden ist, erhalten hiernach eine (zunächst befristete) Aufenthaltserlaubnis. Die Aufenthaltserlaubnis für diese beiden Gruppen berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit. Seit dem Inkrafttreten der Änderungen im Aufenthaltsrecht durch das Integrationsgesetz am 6. August 2016 besteht unter bestimmten Voraussetzungen nach fünfjährigem Besitz (bis zum 5. August 2016: nach dreijährigem Besitz) einer Aufenthaltserlaubnis ein Anspruch auf Erteilung einer Niederlassungserlaubnis, sofern das BAMF nicht mitgeteilt hat, dass die Voraussetzungen für den Widerruf oder die Rücknahme der Anerkennung vorliegen (§ 26 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 1. Hs. AufenthG). Zudem muss die Sicherung des Lebensunterhalts überwiegend gewährleistet sein und es müssen hinreichende Kenntnisse der deutschen Sprache vorliegen (Niveau A2 des GER). Die Frist von fünf Jahren wird auf drei Jahre verkürzt, wenn die ausländische Person die deutsche Sprache beherrscht (Niveau C1 des GER) und ihr Lebensunterhalt weit überwiegend gesichert ist (§ 26 Abs. 3 S. 3 AufenthG). Ist der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis eine Entscheidung des BAMF vorausgegangen, die im Jahr 2015, 2016 oder 2017 unanfechtbar geworden ist, muss das BAMF mitgeteilt haben, dass die Voraussetzungen für den Widerruf oder die Rücknahme nicht vorliegen (§ 26 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 2. Hs. AufenthG).

| | |
|--|--|
| Rechtliche Folgen: Asylberechtigung Art. 16a GG & Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG | <ul style="list-style-type: none"> • Aufenthaltserlaubnis für 3 Jahre. • Eine Niederlassungserlaubnis kann bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen nach fünf Jahren erteilt werden, wobei sich dieser Zeitraum auf drei Jahre verkürzt, wenn die deutsche Sprache beherrscht wird (Niveau C 1 des GER) und der Lebensunterhalt überwiegend gesichert ist. • Unbeschränkter Arbeitsmarktzugang. • Anspruch auf privilegierten Familiennachzug bei Antrag auf Familiennachzug innerhalb von 3 Monaten nach Schutzanerkennung. |
|--|--|

Subsidiärer Schutz

Der subsidiäre Schutz greift, wenn im Herkunftsland ein ernsthafter Schaden droht (§ 4 Abs. 1 AsylG). Als ernsthafter Schaden gilt die Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe, Folter, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung oder eine ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit einer Zivilperson infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts. Ein ernsthafter Schaden kann sowohl von staatlichen als auch von quasi-staatlichen bzw. nichtstaatlichen Akteuren ausgehen (§ 3c AsylG i. V. m. § 4 Abs. 3 S. 1 AsylG). Schutz vor einem ernsthaften Schaden durch nichtstaatliche Akteure kann nur vom Staat oder quasi-staatlichen Akteuren (einschließlich internationaler Organisationen) geboten werden (§ 3d AsylG i. V. m. § 4 Abs. 3 S. 1 AsylG). Besteht interner Schutz, wird der subsidiäre Schutz nicht gewährt (§ 3e AsylG i. V. m. § 4 Abs. 3 S. 1 AsylG).

Subsidiär Schutzberechtigte nach § 4 Abs. 1 AsylG erhalten eine Aufenthaltserlaubnis gemäß § 25 Abs. 2 S. 1 Alt. 2 AufenthG. Die Aufenthaltserlaubnis wird für ein Jahr, bei Verlängerung für zwei weitere Jahre erteilt (§ 26 Abs. 1 S. 3 AufenthG) und berechtigt ebenfalls zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit. Nach fünf Jahren kann gemäß § 26 Abs. 4 AufenthG eine Niederlassungserlaubnis erteilt werden, sofern weitere Voraussetzungen, wie etwa die Sicherung des Lebensunterhalts und ausreichende deutsche Sprachkenntnisse, erfüllt sind. Zusätzlich müssen auch die Voraussetzungen des § 9 Abs. 2 Satz 1 AufenthG erfüllt sein. Eine vorherige Prüfung durch das BAMF, ob der subsidiäre Schutz zu widerrufen oder zurückzunehmen ist, muss nicht erfolgen, ist aber bei Vorliegen entsprechender Anhaltspunkte gemäß § 73b AsylG möglich. Die Neufassung der Qualifikationsrichtlinie hat die Rechte von Flüchtlingen nach der GFK und subsidiär Schutzberechtigten aneinander angenähert.¹⁰⁰

| | |
|--|---|
| Rechtliche Folgen: Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG | <ul style="list-style-type: none"> • Aufenthaltserlaubnis für ein Jahr, bei Verlängerung: jeweils zwei weitere Jahre. • Niederlassungserlaubnis nach fünf Jahren (die Asylverfahrensdauer wird eingerechnet) möglich, wenn weitere Voraussetzungen, wie etwa die Sicherung des Lebensunterhalts sowie ausreichende Deutschkenntnisse, erfüllt sind. • Unbeschränkter Arbeitsmarktzugang. • Familiennachzug kann aus humanitären Gründen gewährt werden. |
|--|---|

Ausschlussgründe für eine Schutzberechtigung

¹⁰⁰ Richtlinie 2011/95/EU. Vor der Umsetzung dieser Richtlinie in nationales Recht zum 1. Dezember 2013 wurde bei Feststellung von „internationalen Abschiebungsverboten“ eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG erteilt.

Die Anerkennung einer Asylberechtigung, die Zuerkennung von Flüchtlingsschutz oder subsidiärem Schutz kommen nicht in Betracht, wenn Ausschlussgründe vorliegen. Dies kann der Fall sein, wenn eine Person:

- ein Kriegsverbrechen, ein Verbrechen gegen den Frieden oder gegen die Menschlichkeit begangen hat,
- eine schwere (nichtpolitische) Straftat begangen hat,
- den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen zuwidergehandelt hat,
- eine Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland darstellt,
- eine Gefahr für die Allgemeinheit darstellt, weil sie aufgrund eines Verbrechens oder besonders schweren Vergehens zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren (unter bestimmten Voraussetzungen ein Jahr) rechtskräftig verurteilt worden ist.

Nationales Abschiebungsverbot

Erfüllt eine schutzsuchende Person weder die Voraussetzungen für eine Anerkennung als asylberechtigt noch für eine Zuerkennung internationalen Schutzes, prüft das BAMF, ob nationale Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 oder Abs. 7 AufenthG vorliegen. Diese nationalen Abschiebungsverbote sind nicht in der Qualifikationsrichtlinie geregelt und gelten ausschließlich bei Gefahren, die den Antragstellenden im Zielland der Abschiebung drohen (zielstaatsbezogene Abschiebungsverbote). Die Gefahren können dabei von staatlichen wie nichtstaatlichen Akteuren ausgehen. Ein Verbot der Abschiebung nach § 60 Abs. 7 S. 1 AufenthG kann auch vorliegen, wenn sich eine vorhandene lebensbedrohliche oder schwerwiegende Erkrankung bei Rückkehr in das Herkunftsland wesentlich verschlechtern würde.¹⁰¹

Zudem hat die Ausländerbehörde bei einer beabsichtigten Abschiebung auch Gefahren, die durch Verlassen des Bundesgebietes drohen (inländische Vollstreckungshindernisse), wie z. B. krankheitsbedingte Reiseunfähigkeit, zu berücksichtigen.

Personen, bei denen ein Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 5 oder 7 AufenthG festgestellt wurde, soll eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG für mindestens ein Jahr (§ 26 Abs.1 S. 4 AufenthG) erteilt werden.

¹⁰¹ Dies trifft etwa zu, wenn sich der Gesundheitszustand aufgrund des rückführungsbedingten Abbruchs einer notwendigen und auch in Anspruch genommenen medizinischen Behandlung wegen einer unzureichenden oder nicht zugänglichen Behandlungsmöglichkeit im Herkunftsland wesentlich oder gar lebensbedrohlich verschlechtern würde. Vgl. dazu Nr. 60.7.1.3.1 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz.

| | |
|---|--|
| <p>§ Rechtliche Folgen:</p> <p>Nationale Abschiebungsverbote § 60 V + VII AufenthG</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Aufenthaltserlaubnis für mindestens ein Jahr, wiederholte Verlängerung möglich. • Niederlassungserlaubnis nach fünf Jahren (die Asylverfahrensdauer wird eingerechnet) möglich, wenn weitere Voraussetzungen, wie etwa die Sicherung des Lebensunterhalts sowie ausreichende Deutschkenntnisse, erfüllt sind. • Beschäftigung mit Erlaubnis der Ausländerbehörde möglich, ab 1. März 2020 unbeschränkter Arbeitsmarktzugang. |
|---|--|

Asylantragstellung

Im Asylverfahren werden zwei Arten von Asylanträgen unterschieden. Ein Asylersantrag liegt vor, wenn eine ausländische Person erstmals Asyl beantragt. Ein Asylfolgeantrag liegt vor, wenn nach Rücknahme oder unanfechtbarer Ablehnung eines früheren Asylantrags erneut ein Asylantrag gestellt wird (§ 71 AsylG). Sowohl der Erst- als auch der Folgeantrag können auf die Zuerkennung internationalen Schutzes (Flüchtlingseigenschaft und subsidiärer Schutz) beschränkt werden (§ 13 Abs. 2 S. 2 AsylG).

Typischerweise wird ein Asylersantrag nach der Einreise in das Bundesgebiet gestellt, sodass ein Zuzugsfall vorliegt. Asylfolgeanträge wurden in der Vergangenheit in der Regel von Personen gestellt, die sich nach Durchführung des Erstverfahrens weiter in Deutschland aufgehalten haben.

Seit dem Inkrafttreten der Änderungen im Aufenthaltsrecht durch das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz am 24. Oktober 2015 gilt mit der Asylantragstellung ein Asylantrag auch für jedes in Deutschland aufhältige minderjährige und ledige Kind des Antragstellers als gestellt, das nicht freizügigkeitsberechtigt oder im Besitz eines Aufenthaltstitels ist (§ 14a Abs. 1 AsylG). Reist ein minderjähriges lediges Kind einer schutzsuchenden Person nach deren Asylantragstellung ein, gilt ebenfalls ein Asylantrag als gestellt (§ 14a Abs. 2 AsylG). Wird ein Kind nach der Asylantragstellung der Eltern hier geboren, haben die Eltern, von denen noch mindestens ein Elternteil im Asylverfahren ist, oder die Ausländerbehörde das BAMF von der Geburt zu informieren. Damit gilt der Asylantrag des Kindes ebenfalls als gestellt. Bis zum 23. Oktober 2015 galt diese Regelungen lediglich für ledige Kinder, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten (§ 14a AsylG).

3.4.1.1 Asylgesuche und Asylanträge

Hauptdatenquelle für den Bereich Asyl sind die Geschäftsstatistiken des BAMF. Es erfasst alle Asylantragstellerinnen und Asylantragsteller in seinen Ankunftszentren und Außenstellen und erstellt so eine personenbezogene Asylantragsstatistik. Seit 1995 wird zwischen Erst- und Folgeanträgen unterschieden.

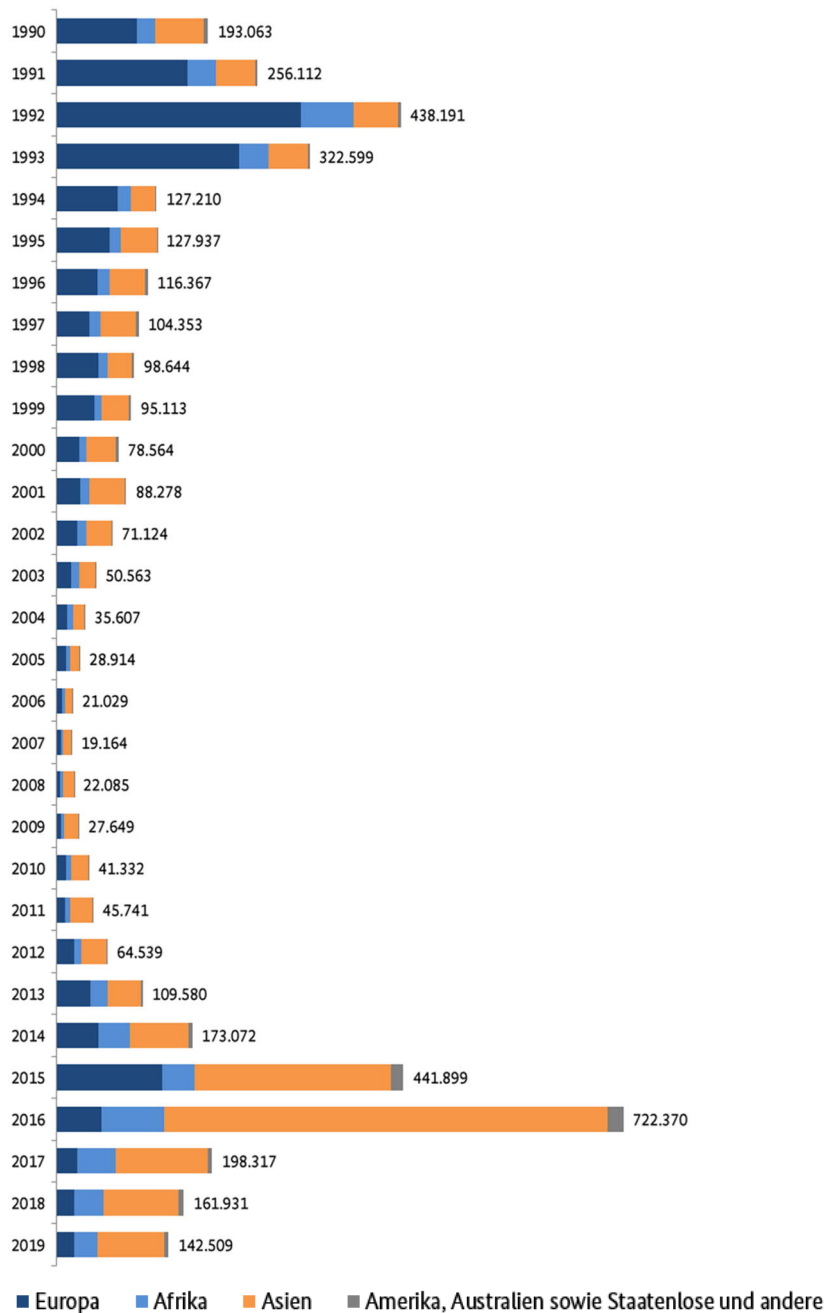
Von 1990 bis Ende 2019 haben 4,42 Millionen Menschen Schutz in Deutschland gesucht (Asylerstantragszahlen).¹⁰² Nachdem die Asylantragszahlen in den 1980er Jahren angestiegen waren und 1992 einen Höhepunkt erreicht hatten (438.191 Asylanträge), gingen sie bis zum Jahr 2007 deutlich zurück (19.164). In den folgenden Jahren stiegen die Asylantragszahlen wieder an und erreichten im Jahr 2016 den höchsten je registrierten Jahreswert in Deutschland mit 722.370 Asylerstanträgen. Seitdem gehen die Antragszahlen wieder zurück.

Bis Mitte der 1990er Jahre kam der größte Teil der Asylantragstellenden aus europäischen Staaten, seit 2000 stellen vermehrt Personen aus asiatischen Herkunftsstaaten einen Asylantrag in Deutschland (mit Ausnahme des Jahres 2013). Der Anteil der Antragstellenden aus Europa lag im Jahr 2019 bei 15,4 % (2018: 13,9 %). Die Asylerstanträge aus den asiatischen Staaten gingen im Vergleich zum Vorjahr um 11,8 % zurück (2019: 84.575; 2018: 95.922 Asylerstanträge). Ihre Anteilswerte an allen Erstantragstellenden sind jedoch zwischen 2018 (59,2 %) und 2019 (59,3 %) konstant geblieben. Ebenfalls rückläufige Erstantragszahlen weisen Staatsangehörige aus afrikanischen Staaten auf. 2018 haben 37.330 Menschen aus afrikanischen Staaten erstmalig einen Asylantrag gestellt, 2019 waren es 19,8 % weniger (29.954 Erstanträge), der Anteilswert an allen Anträgen verringerte sich damit auf 21,0 % (2018: 23,1 %).¹⁰³

¹⁰² Das BAMF führte erst im Jahr 1995 die statistische Differenzierung zwischen Erst- und Folgeanträgen ein. Insofern sind die Asylyzugangszahlen für den Zeitraum von 1992 bis 1994 leicht überhöht. Ab 1995 wurden in den vorliegenden Statistiken jeweils die Zahlen der Erstanträge verwendet.

¹⁰³ Zur Entwicklung der Asylantragszahlen vgl. ausführlich BAMF 2020a.

Abbildung 3-25: Asylantragstellende (Asylerstanträge) in Deutschland nach Herkunftskontinenten von 1990 bis 2019¹



1) Ab 1995 nur Erstanträge.

Quelle: BAMF

2015 war besonders geprägt durch Fluchtmigration. Allerdings konnten nicht alle Asylsuchenden, die im Jahr 2015 nach Deutschland kamen, ihren Antrag im selben Jahr stellen. So standen ca. 890.000¹⁰⁴ Asylsu-

¹⁰⁴ Vgl. BMI 2016.

chenden 441.899 Asylerstanträge gegenüber. Die förmliche Antragstellung wurde im Jahr 2016 nachgeholt, daher wurde in diesem Jahr 722.370 Asylerstanträge entgegengenommen, während ca. 280.000 Menschen als asylsuchend registriert wurden.¹⁰⁵ Die Asylanträge stellten damit den höchsten Jahreswert seit Bestehen des BAMF dar. Seitdem sind die Zahlen rückläufig, zwischen 2016 und 2017 gingen die Erstanträge von 722.370 auf 198.317 zurück (-72,5 %) (vgl. Tabelle 3-33 im Anhang).¹⁰⁶ Der rückläufige Trend hat sich auch im Jahr 2019 fortgesetzt: Insgesamt 142.509 Menschen haben einen Asylerstantrag gestellt, die Zahl der Erstanträge ist damit im Vergleich zu 2018 um 12,0 % zurückgegangen (2018: 161.931) (vgl. Abbildung 3-25 und Tabelle 3-34 im Anhang). Im Jahr 2019 waren 22,0 % der Asylerantragstellenden in Deutschland geborene Kinder im Alter von unter einem Jahr (31.415 Asylerstanträge), im Jahr 2018 betrug deren Anteil 19,9 %. 78,0 % (111.094) gehen auf grenzüberschreitende Asylerstanträge¹⁰⁷ zurück (2018: 129.628).

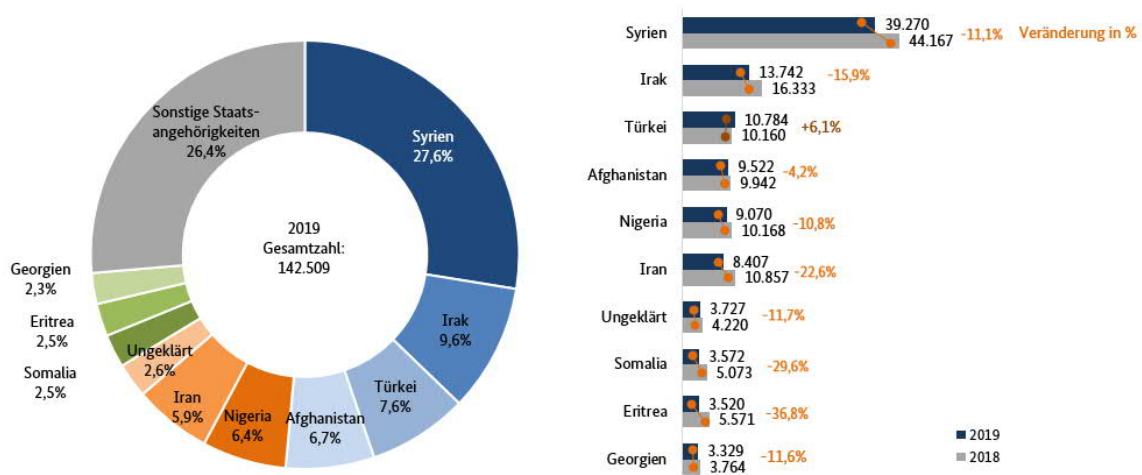
Seit 2014 ist Syrien zahlenmäßig die größte Herkunftsgruppe. 2019 wurden insgesamt 39.270 Asylerstanträge von syrischen Staatsangehörigen gestellt, dies entspricht einem Anteil von 27,6 % (vgl. Abbildung 3-26, Karte 3-1 und Tabelle 3-34 im Anhang). Im Vergleich zum Vorjahr ging die Zahl der Erstanträge von syrischen Staatsangehörigen um 11,1 % zurück (2018: 44.167). Mit 13.742 Asylerstanträgen und einem Anteil von 9,6 % war der Irak das zweitstärkste Herkunftsland im Jahr 2019. Die Antragszahlen von irakischen Staatsangehörigen sind im Vergleich zum Vorjahr um 15,9 % zurückgegangen (2018: 16.333). Einzig die Türkei weist als drittstärkstes Herkunftsland einen Zuwachs auf: 2019 haben 10.784 türkische Staatsangehörige einen Asylerstantrag (Anteil: 7,6 %) gestellt, 2018 wurden 10.160 Erstanträge aus der Türkei entgegengenommen (+6,1 %). Afghanistan war mit 9.522 Erstanträgen erneut unter den zehn zugangsstärksten Herkunftsländern zu finden (Anteil: 6,7 %), ebenso Somalia mit 3.572 Erstanträgen (Anteil: 2,5 %). Dazu gehört auch Eritrea mit einem Anteil von ebenfalls 2,5 % (3.520 Erstanträge). Der Anteil der Erstanträge von georgischen Staatsangehörigen an allen Asylantragstellenden lag bei 2,3 % (3.329 Erstanträge).

¹⁰⁵ Vgl. BMI 2017.

¹⁰⁶ Zur weitergehenden Differenzierung der Asylanträge, etwa nach Religionsgruppen etc., vgl. BAMF 2020a: 27ff.

¹⁰⁷ Bei grenzüberschreitenden Asylerstanträgen handelt es sich um Asylerstanträge, bei denen im Regelfall eine Einreise nach Deutschland vorausging. Unberücksichtigt bleiben dabei die Folgeanträge sowie die Erstanträge für nach Einreise der Eltern in Deutschland geborene Kinder im Alter von unter einem Jahr, da diese als Indikator für die grenzüberschreitende Zuwanderung nach Deutschland nicht relevant sind.

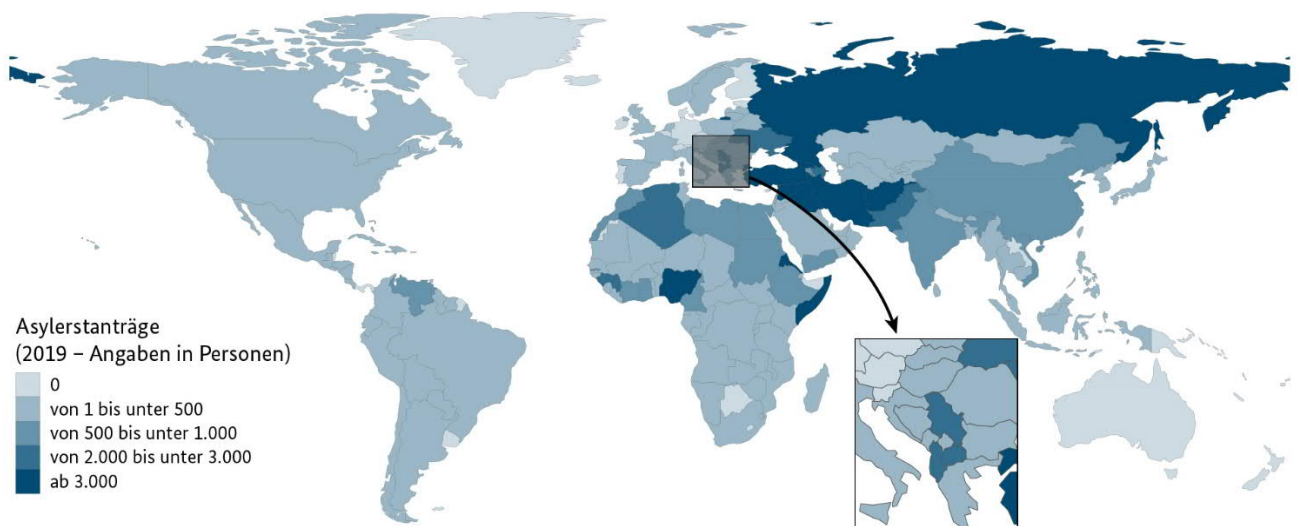
Abbildung 3-26: Asylantragstellende (Erstanträge) nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten des Jahres 2019 und in den Jahren 2018 und 2019



Quelle: BAMF

Die Zusammensetzung der zehn zugangsstärksten Staatsangehörigkeiten hat sich zwischen 2018 und 2019 nicht wesentlich verändert. Im Jahr 2019 gehört die Russische Föderation nicht mehr zu den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten, dafür zählt Georgien zu dieser Gruppe. Mit der Türkei ist ein europäischer Staat in der Liste der zehn Hauptstaatsangehörigkeiten vertreten (vgl. Abbildung 3-26 und Tabelle 3-34 im Anhang). Den größten prozentualen Rückgang gegenüber dem Vorjahr weist im Jahr 2019 Eritrea mit 36,8 % weniger Asylerstanträgen auf.

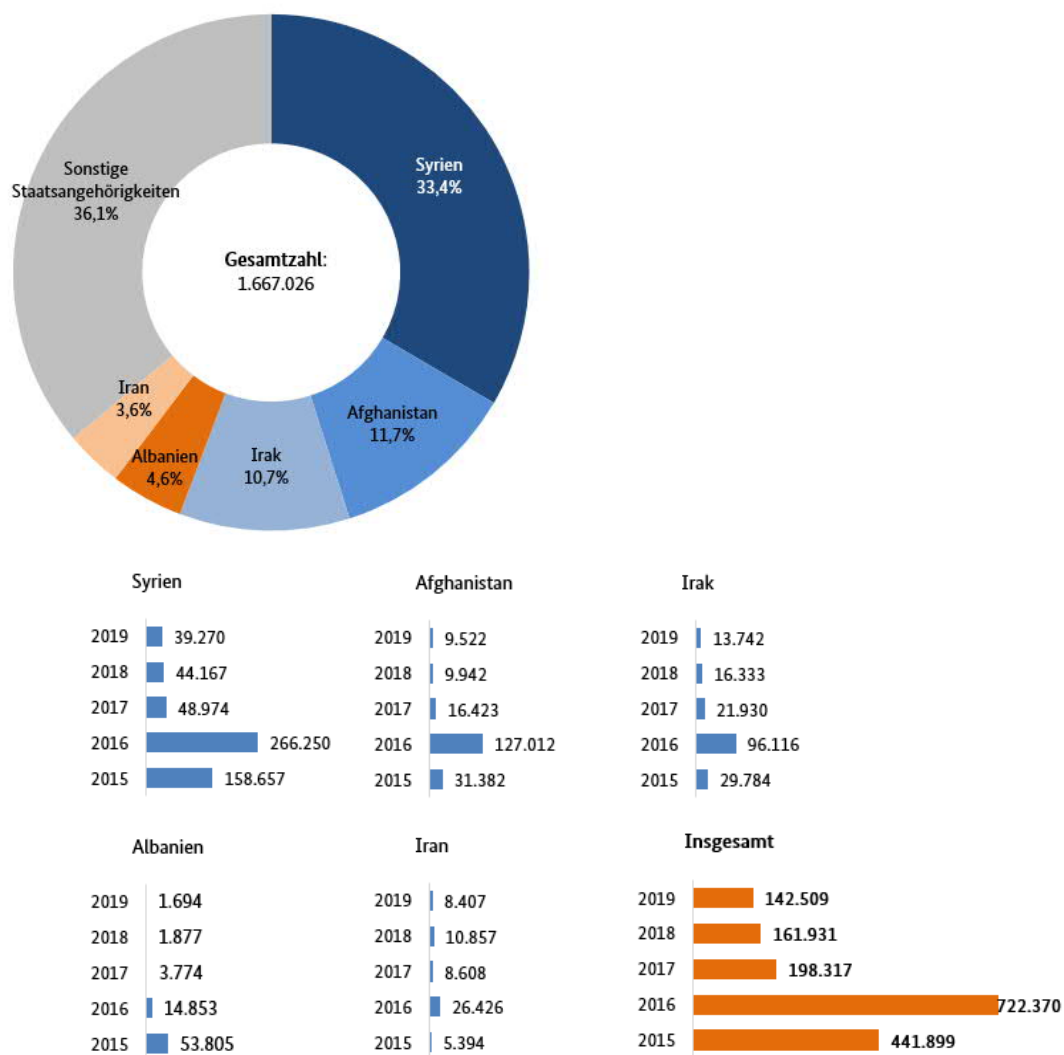
Karte 3-1: Asylantragstellende (Erstanträge) im Jahr 2019 nach Staatsangehörigkeiten



Quelle: BAMF

Bei einer Betrachtung der Asylozugangszahlen der letzten fünf Jahre von 2015 bis 2019 hinsichtlich der Herkunftsländerstruktur zeigt sich, dass aus Syrien mit 33,4 % die meisten Asylerantragstellenden kamen, gefolgt von Afghanistan mit 11,7 %, dem Irak mit 10,7 %, Albanien mit 4,6 % sowie dem Iran mit 3,6 % (vgl. Abbildung 3-27).

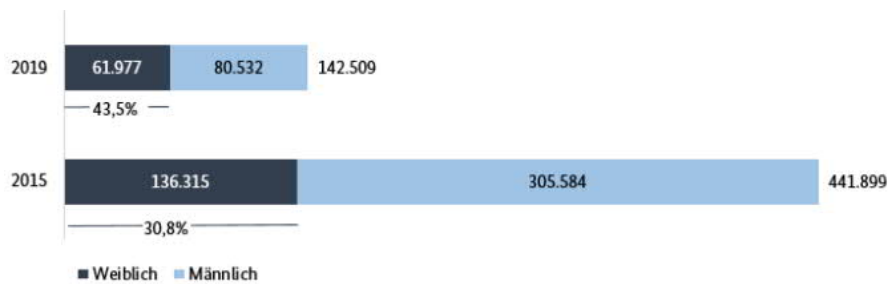
Abbildung 3-27: Asylantragstellende (Erstanträge) nach den fünf häufigsten Staatsangehörigkeiten von 2015-2019



Quelle: BAMF

Der Blick auf die soziodemografische Struktur zeigt, dass 56,5 % der Asylantragstellenden des Jahres 2019 männlich waren. Im Jahr 2015 war dieser Anteil mit 69,2 % noch deutlich höher (vgl. Abbildung 3-28). Dabei variieren die Geschlechteranteile zwischen den Hauptherkunftsländern. Besonders stark hat sich der Anteil der syrischen Asylantragstellerinnen erhöht, während ihr Anteil im Jahr 2015 noch bei 26,2 % lag, betrug er im Jahr 2019 50,3 %. Überdurchschnittlich hohe männliche Anteile weisen Asylantragstellende aus Georgien (66,5 %), der Türkei (65,6 %) und Afghanistan (58,0 %) auf.

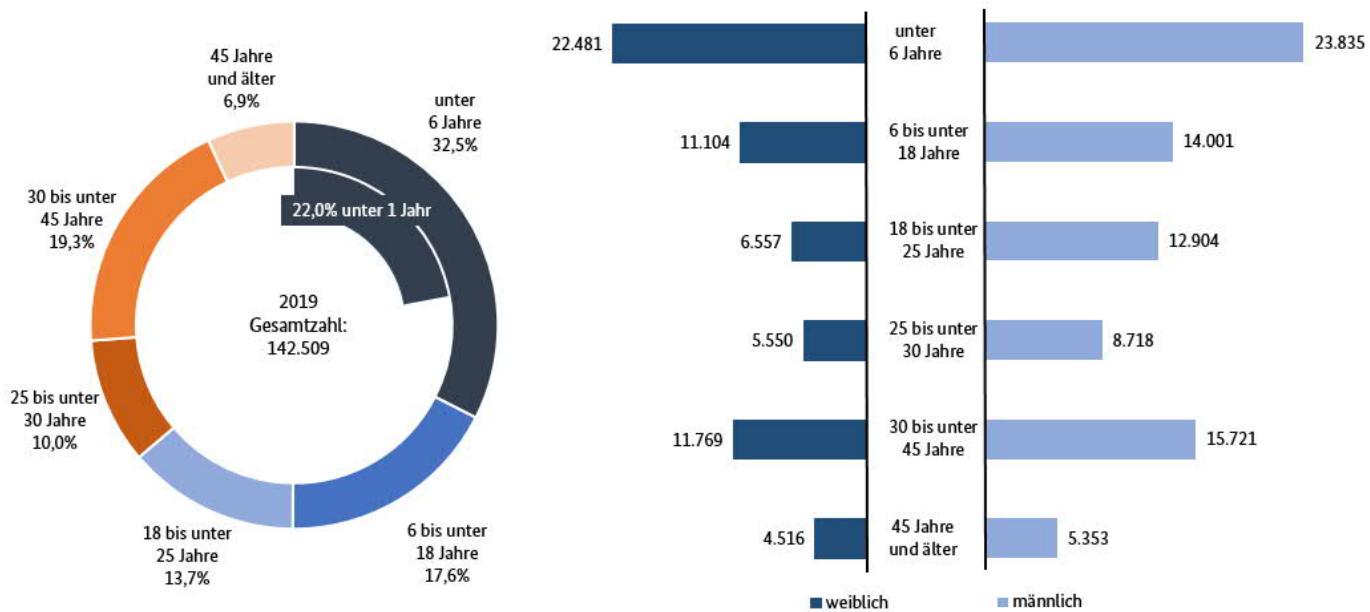
Abbildung 3-28: Asylantragstellende (Erstanträge) nach Geschlecht, 2015 und 2019



Quelle: BAMF

Fast drei Viertel (73,8 %) der Asylantragstellenden im Jahr 2019 waren jünger als dreißig Jahre alt. Die Hälfte (50,1 %) war minderjährig. Im Jahr 2019 entfielen 31.415 Asylerstanträge (22,0 %) auf in Deutschland geborene Kinder im Alter von unter einem Jahr (vgl. Abbildung 3-29).

Abbildung 3-29: Asylantragstellende im Jahr 2019 (Erstanträge) nach Altersgruppen und Geschlecht



Quelle: BAMF

Im Jahr 2019 wurden 2.689 Asylerstanträge von unbegleiteten Minderjährigen gestellt (2018: 4.087, - 34,2 %). Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, die ohne Begleitung eines Elternteils oder einer sorgeberechtigten Person in die EU kommen und dort Schutz zu suchen, werden als unbegleitete minderjährige Flüchtlinge bezeichnet. 2019 haben 71.421 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren einen Erstantrag gestellt, der Anteil von unbegleiteten minderjährigen an allen minderjährigen Asylantragstellenden betrug damit 3,8 %. Die Hauptherkunftsländer unbegleiteter Minderjähriger im Jahr 2019 waren Afghanistan (18,1 %), Guinea (17,9 %), Syrien (12,4 %), Somalia (9,8 %) und der Irak (9,2 %). Die Zahl der von der Kinder- und Jugendhilfe vorläufig in Obhut genommenen unbegleiteten minderjährigen Schutzsuchenden (§ 42a SGB VIII) betrug im Jahr 2019 4.886 und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 23,6 % reduziert (2018:

6.394). Die Zahl der anschließend an die vorläufige Inobhutnahme regulär in Obhut genommenen Minderjährigen wird für 2019 mit 3.761 ausgewiesen und ist im Vergleich zum Vorjahr um 35,3 % zurückgegangen (2018: 5.817) (vgl. Tabelle 3-8).

Tabelle 3-8: Reguläre und vorläufige Inobhutnahmen (§§ 42, 42a SGB VIII) von Minderjährigen aufgrund unbegleiteter Einreise und Asylerstanträge von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten 2010 bis 2019

| Jahr | Vorläufige Inobhutnahmen ¹ | Reguläre Inobhutnahmen | Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger |
|------|---------------------------------------|------------------------|--|
| 2010 | | 2.822 | 1.948 |
| 2011 | | 3.482 | 2.126 |
| 2012 | | 4.767 | 2.096 |
| 2013 | | 6.584 | 2.486 |
| 2014 | | 11.642 | 4.399 |
| 2015 | | 42.309 | 22.255 |
| 2016 | | 44.935 | 35.939 |
| 2017 | 11.101 | 11.391 | 9.084 |
| 2018 | 6.394 | 5.817 | 4.087 |
| 2019 | 4.886 | 3.761 | 2.689 |

1) Vor dem Hintergrund der Einführung einer bundesweiten Aufnahmespflicht für UMA durch die kommunalen Jugendämter im Jahre 2015 dient die vorläufige Inobhutnahme der Unterbringung, Versorgung und Betreuung des Minderjährigen unmittelbar nach der Einreise und vor einer möglichen Verteilung in die Zuständigkeit eines anderen Jugendamts. Im Anschluss an eine vorläufige Inobhutnahme erfolgt dann die reguläre Inobhutnahme durch das Jugendamt. Seit dem Jahr 2017 werden im Rahmen der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik nicht nur reguläre Inobhutnahmen (gem. § 42 SGB VIII), sondern auch vorläufige Inobhutnahmen (§ 42a SGB VIII) erfasst.

Quelle: Statistisches Bundesamt, BAMF

Insgesamt wurden im Jahr 2019 165.938 Erst- und Folgeanträge gestellt (2018: 185.853), darunter waren 23.429 Folgeanträge (2018: 23.922). Zwischen 2018 und 2019 sind die Folgeantragszahlen damit auf gleichem Niveau verblieben. Der Anteil der Folgeanträge an allen Asylanträgen schwankt seit dem Beginn der getrennten Erfassung von Erst- und Folgeanträgen im Jahr 1995 zwischen 36,8 % und 3,1 %. Mit 36,8 % erreichte er im Jahr 2007 seinen bisherigen Höchststand.¹⁰⁸ Seither zeigt sich mit leichten Schwankungen ein Rückgang des Anteilswertes. Mit 3,1 % lag der Anteil der Folgeanträge im Jahr 2016 auf dem niedrigsten Stand seit dem Beginn der getrennten Erfassung im Jahr 1995. 2019 stieg dieser Anteil wieder auf 14,1 % aller Anträge an. Der Anteil der Folgeanträge liegt bei Staatsangehörigen aus Serbien (58,0 %, 1.577 Folge- gegenüber 1.141 Erstanträgen), Kosovo (52,3 %, 458 Folge- gegenüber 417 Erstanträgen) und Nordmazedonien (50,5 %, 1.141 Folge- gegenüber 1.117 Erstanträgen) besonders hoch.

¹⁰⁸ Zur weitergehenden Differenzierung der Asylfolgeanträge vgl. BAMF 2020a: 15ff.

3.4.1.2 Entscheidungen

Neben der Asylzugangsstatistik wird durch die Asylverfahrensstatistik des BAMF der Verfahrensstand der jährlichen Entscheidungen dokumentiert (vgl. Tabelle 3-9). Diese Statistik ist nicht unmittelbar vergleichbar mit der Asylzugangsstatistik, da die Zugänge nicht immer im gleichen Jahr bearbeitet bzw. entschieden werden (z. B. Zugang 2018, Verfahrensabschluss 2019).¹⁰⁹

Das BAMF hat in den letzten zehn Jahren über 2,37 Millionen Erst- und Folgeanträge entschieden (vgl. Tabelle 3-9). In diesem Zeitraum wurden die meisten Entscheidungen im Jahr 2016 getroffen (695.733 Entscheidungen). 2019 wurden Asylverfahren von 183.954 Personen entschieden.

Tabelle 3-9: Entscheidungen und Entscheidungsquoten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge von 2010 bis 2019 (Erst- und Folgeanträge)

| Jahr | Insgesamt | Entscheidungen über Asylanträge | | | | | | | | | | | |
|------|-----------|-----------------------------------|------|------------------------------------|-------|-------------------------------------|-------|---|------|-------------|-------|--------------------------------------|-------|
| | | Asylberechtigung nach Art. 16a GG | | Flüchtlingsschutz nach § 3 I AsylG | | Subsidiärer Schutz nach § 4 I AsylG | | Abschiebungsverbot nach § 60 V/VII AufenthG | | Ablehnungen | | Formelle Entscheidungen ¹ | |
| | | absolut | in % | absolut | in % | absolut | in % | absolut | in % | absolut | in % | absolut | in % |
| 2010 | 48.187 | 643 | 1,3% | 7.061 | 14,7% | 548 | 1,1% | 2.143 | 4,4% | 27.255 | 56,6% | 10.537 | 21,9% |
| 2011 | 43.362 | 652 | 1,5% | 6.446 | 14,9% | 666 | 1,5% | 1.911 | 4,4% | 23.717 | 54,7% | 9.970 | 23,0% |
| 2012 | 61.826 | 740 | 1,2% | 8.024 | 13,0% | 6.974 | 11,3% | 1.402 | 2,3% | 30.700 | 49,7% | 13.986 | 22,6% |
| 2013 | 80.978 | 919 | 1,1% | 9.996 | 12,3% | 7.005 | 8,7% | 2.208 | 2,7% | 31.145 | 38,5% | 29.705 | 36,7% |
| 2014 | 128.911 | 2.285 | 1,8% | 31.025 | 24,1% | 5.174 | 4,0% | 2.079 | 1,6% | 43.018 | 33,4% | 45.330 | 35,2% |
| 2015 | 282.726 | 2.029 | 0,7% | 135.107 | 47,8% | 1.707 | 0,6% | 2.072 | 0,7% | 91.514 | 32,4% | 50.297 | 17,8% |
| 2016 | 695.733 | 2.120 | 0,3% | 254.016 | 36,5% | 153.700 | 22,1% | 24.084 | 3,5% | 173.846 | 25,0% | 87.967 | 12,6% |
| 2017 | 603.428 | 4.359 | 0,7% | 119.550 | 19,8% | 98.074 | 16,3% | 39.659 | 6,6% | 232.307 | 38,5% | 109.479 | 18,1% |
| 2018 | 216.873 | 2.841 | 1,3% | 38.527 | 17,8% | 25.055 | 11,6% | 9.548 | 4,4% | 75.395 | 34,8% | 65.507 | 30,2% |
| 2019 | 183.954 | 2.192 | 1,2% | 42.861 | 23,3% | 19.419 | 10,6% | 5.857 | 3,2% | 54.034 | 29,4% | 59.591 | 32,4% |

1) Rubrik beinhaltet unter anderem Entscheidungen nach dem Dublin-Verfahren und Rücknahmen des Antrags (z. B. wegen Rück- oder Weiterreise).

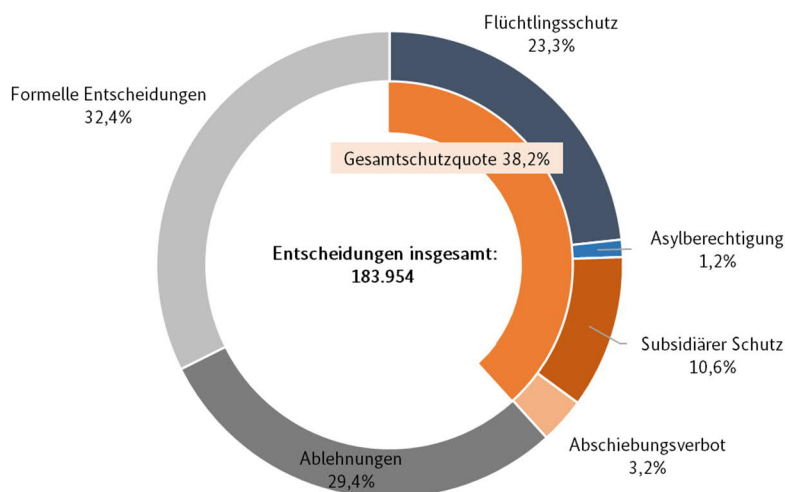
Quelle: BAMF

¹⁰⁹ Zum 31. Dezember 2019 waren beim BAMF 57.012 Verfahren (Erst- und Folgeanträge) anhängig. Die Zahl der anhängigen Verfahren ging in den letzten Jahren deutlich zurück (vgl. BAMF/BMI 2018: Konsolidierung des Migrationsgeschehens). Bei den Verwaltungsgerichten waren zum 31. Dezember 2019 273.681 Klageverfahren anhängig. Ende 2018 waren es 328.584.

Die Anerkennungsquote des BAMF nach Art. 16a Abs. 1 GG und § 3 Abs. 1 AsylG¹¹⁰ (gemäß GFK) lag im Jahr 2019 bei 24,5 % (2018: 19,1 %).¹¹¹ 2019 haben 10,6 % der Asylantragstellenden subsidiären Schutz erhalten (2018: 11,6 %). Bei 3,2 % wurde ein Abschiebungsverbot festgestellt (2018: 4,4 %) (vgl. Abbildung 3-43 im Anhang).¹¹²

Die Gesamtschutzquote des BAMF berechnet sich aus der Anzahl der Asylberechtigungen, der Flüchtlingsanerkennungen, der Gewährung von subsidiärem Schutz und der Feststellung eines Abschiebeverbots bezogen auf die Gesamtzahl der Entscheidungen im betreffenden Zeitraum. Die Gesamtschutzquote betrug im Jahr 2019 38,2 % (70.329 Personen), 2018 lag sie bei 35,0 % (75.971 Personen).

Abbildung 3-30: Entscheidungsquoten 2019



Quelle: BAMF

32,4 % der Anträge wurden 2019 als formelle Entscheidungen anderweitig erledigt (2018: 30,2 %). Diese Erledigungen beruhen auf Verfahrenseinstellungen, wenn Asylsuchende ihre Anträge zurückziehen, oder wenn nach dem sogenannten Dublin-Verfahren ein anderer europäischer Staat für den oder die Asylsuchende/n zuständig ist oder auf der Entscheidung im Folgeantragsverfahren, dass kein weiteres Asylverfahren durchgeführt wird. Formelle Entscheidungen erfolgen somit ohne nähere inhaltliche Prüfung des Asylvorbringens und ziehen im Regelfall eine Ausreisepflicht nach sich.

Der Anteil (materiell) abgelehnter Anträge an der Gesamtzahl der Entscheidungen des BAMF lag im Jahr 2019 bei 29,4 % (2018: 34,8 %)¹¹³ (vgl. Abbildung 3-30).

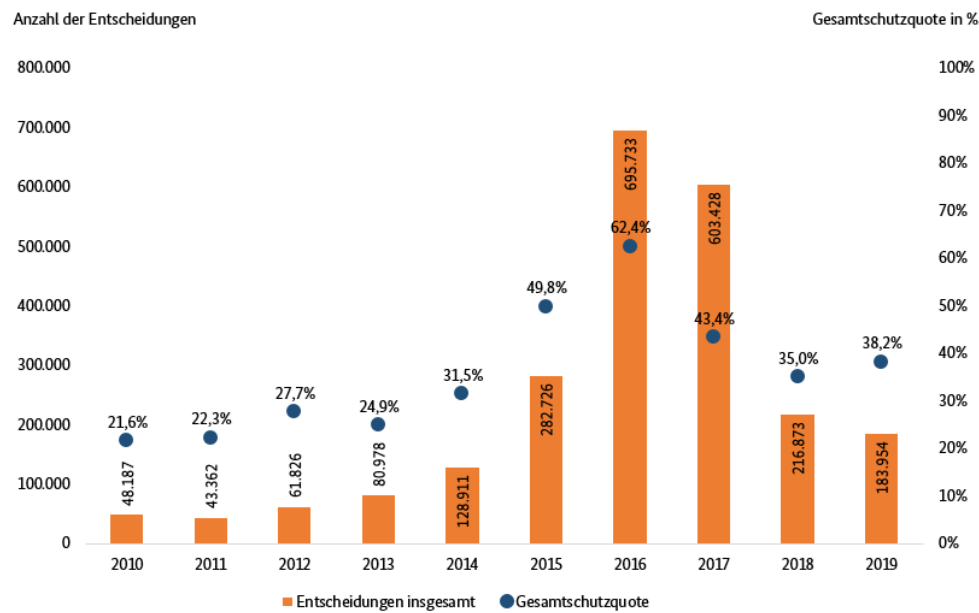
¹¹⁰ Die Anerkennungsquote ergibt sich aus dem Verhältnis dieser Anerkennungen zu sämtlichen inhaltlichen und formellen Entscheidungen des Bundesamtes über Asylanträge.

¹¹¹ Nach Herkunftsländern betrachtet, ergeben sich jedoch sehr unterschiedliche Asylanererkennungsquoten für Asylantragstellende (siehe dazu Abbildung 3-14 sowie die Tabelle 3-38 im Anhang).

¹¹² Zur Entwicklung der Entscheidungen vgl. BAMF 2020a: 52ff.

¹¹³ Vgl. dazu ausführlich BAMF 2020a: 52ff.

Abbildung 3-31: Entscheidungen (Erst- und Folgeanträge) und Gesamtschutzquoten im Asylverfahren seit 2010



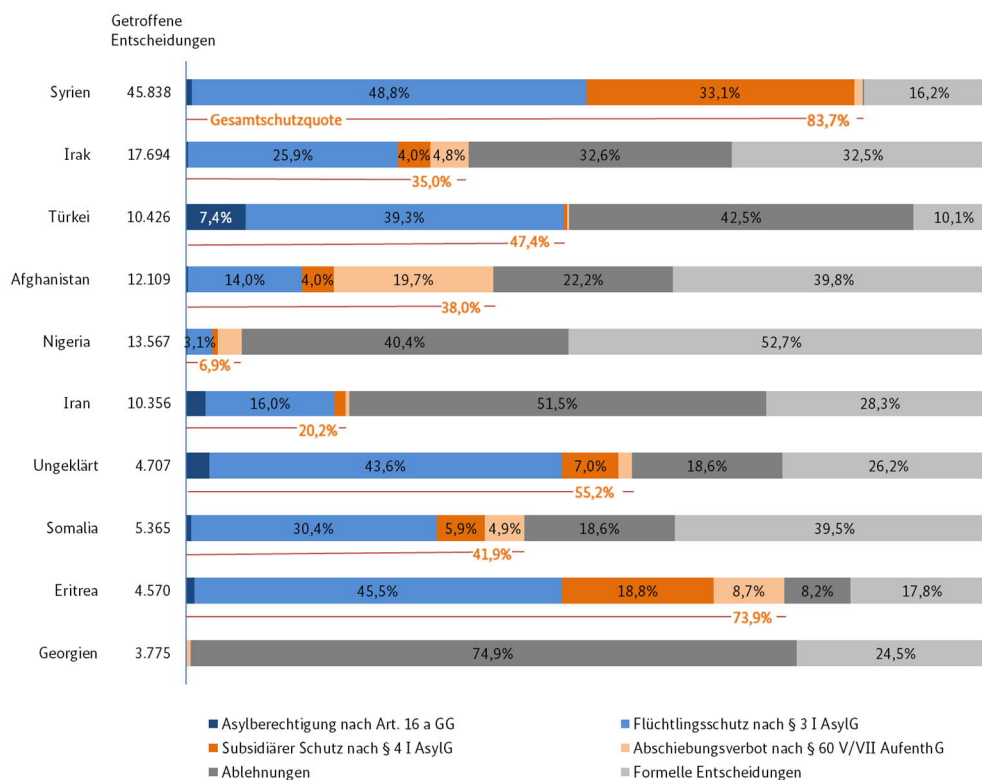
Quelle: BAMF

Bei einem differenzierten Blick auf die Schutzquoten nach Staatsangehörigkeit der Asylsuchenden zeigt sich, dass Entscheidungen zu Asylanträgen von syrischen und eritreischen Staatsangehörigen überdurchschnittlich hohe Gesamtschutzquoten aufweisen. 2019 betrug die Gesamtschutzquote für syrische Staatsangehörige 83,7 % (2018: 81,9 %). 0,8 % der Schutzsuchenden aus Syrien haben eine Asylberechtigung erhalten, 48,8 % wurde Flüchtlingsschutz gewährt, 33,1 % erhielten subsidiären Schutz und in 1,1 % der Fälle wurden Abschiebungsverbote festgestellt. Für Menschen aus Eritrea lag die Gesamtschutzquote bei 73,9 % (2018: 70,2 %). Dabei erhielten neben 1,0 %, die als asylberechtigt anerkannt wurden, 45,5 % Flüchtlingsschutz und 18,8 % subsidiären Schutz. Bei 8,7 % wurden Abschiebeverbote festgestellt (vgl. Abbildung 3-32 und Tabelle 3-35 im Anhang).

Asylsuchende aus der Türkei wiesen im Jahr 2019 mit 7,4 % eine über dem Durchschnitt liegende Asylanerkennungquote nach Art. 16a GG auf. Die Gesamtschutzquote für türkische Schutzsuchende lag im Jahr 2019 mit 47,4 % höher als im Vorjahr (2018: 41,4 %).

Niedrig ist die Gesamtschutzquote dagegen bei Asylantragstellenden aus Georgien und Nigeria. Für georgische Staatsangehörige betrug diese Quote 0,6 %, für Staatsangehörige aus Nigeria lag sie bei 6,9 %.

Abbildung 3-32: Entscheidungsquoten (Erst- und Folgeanträge) nach den zehn zugangsstärksten Staatsangehörigkeiten des Jahres 2019



Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen. Abweichungen der Summe der Einzelwerte zu 100 % sind rundungsbedingt.

Quelle: BAMF

Nur wenn für keine der vier Schutzformen - Asylberechtigung, Flüchtlingsschutz, subsidiärer Schutz oder ein Abschiebungsverbot – die Voraussetzungen erfüllt sind, erhalten Antragstellende einen ablehnenden Bescheid, verbunden mit einer Abschiebungsandrohung (§ 34a AsylG). Ablehnende Entscheidungen des BAMF können Asylantragstellende verwaltungsgerichtlich überprüfen lassen. 75,0 % der durch das BAMF im Jahr 2019 abgelehnten Asylanträge wurden vor den Verwaltungsgerichten angefochten (2018: 75,8 %). In diesen Fällen werden betroffene Personen nicht vollziehbar ausreisepflichtig, wenn die Klage aufschiebende Wirkung hat oder die aufschiebende Wirkung der Klage im einstweiligen Rechtsschutz angeordnet wird. Im Jahr 2019 wurden 152.604 erstinstanzliche Gerichtsentscheidungen zu Erst- und Folgeanträgen getroffen, dabei wurde in 14,6 % der Fälle ein Schutzstatus zuerkannt, 62.022 Klagen wurden abgewiesen (40,6 %) und 68.280 anderweitig erledigt (44,7 %).¹¹⁴

Sofern der Asylantrag abgelehnt wird und die Ausländerin bzw. der Ausländer auch aus anderen Gründen kein Aufenthaltsrecht in der Bundesrepublik Deutschland erhält, wird sie oder er in einem schriftlichen Ablehnungsbescheid innerhalb einer bestimmten Frist zur Ausreise aufgefordert. Gleichzeitig wird für den Fall, dass sie oder er innerhalb der festgesetzten Frist nicht freiwillig ausreist, die Abschiebung angedroht.

¹¹⁴ Siehe dazu BAMF 2020a: 65.

Nach Ablauf der Frist kann bei bis dahin unterbliebener freiwilliger Ausreise die Abschiebung durchgeführt werden. Kann die Abschiebung wegen Krankheit oder aus anderen Gründen nicht vollzogen werden, wird eine Duldung erteilt.

3.4.1.3 Dublin-Verfahren

Im sogenannten Dublin-Verfahren wird bestimmt, welcher Mitgliedstaat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist. Rechtsgrundlage des Verfahrens ist die europäische sogenannte Dublin-III-Verordnung (Dublin-III-VO), die in allen EU-Mitgliedstaaten sowie der Schweiz, Norwegen, Liechtenstein und Island Anwendung findet.¹¹⁵ Dieses Verfahren soll sicherstellen, dass jeder Asylantrag nur von einem Mitgliedstaat geprüft wird. Dadurch soll die irreguläre Sekundärwanderung innerhalb Europas gesteuert werden. Zur Unterstützung für die Ermittlung des zuständigen Mitgliedstaates für das Asylverfahren wird das zentrale automatisierte Fingerabdruckidentifizierungssystem EURODAC (European Dactyloscopy) herangezogen. Liegen Anhaltspunkte für die Zuständigkeit eines anderen Mitgliedstaates vor, wird das Dublin-Verfahren eingeleitet und ein Übernahmeansuchen gestellt. Stimmt der entsprechende Mitgliedstaat dem Übernahmeansuchen zu, stellt für Deutschland das BAMF die Unzulässigkeit des Asylantrages fest und ordnet die Abschiebung in den zuständigen Mitgliedstaat an.

Die Kriterien der Dublin-III-Verordnung sind in ihrer Reihenfolge zu prüfen. Besonders zu beachten sind der Grundsatz des Kindeswohls und die Familieneinheit (Art. 8-11 Dublin-III-VO).

Deutschland führt seit Mai 2017 keine Überstellungen im Dublin-Verfahren nach Ungarn mehr durch, nachdem die EU-Kommission zuvor ein asylrechtsbezogenes Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn eingeleitet hatte und Ungarn keine individuellen Zusicherungen über eine EU-rechtskonforme Behandlung überstellter Asylsuchender vornimmt.¹¹⁶

Der Anteil der deutschen Übernahmeansuchen ist in Bezug auf die gestellten Asylanträge ab 2016 gestiegen. Im Jahr 2016 betrug der Anteil der Übernahmeansuchen im Verhältnis zu den gestellten Asylerstanträgen 7,7 %, im Jahr 2019 konnte der Anteil auf 34,3 % gesteigert werden. In absoluten Zahlen wurde im Jahr 2019 mit 48.847 Übernahmeansuchen ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr verzeichnet (2018: 54.910; -11,0 %). Der Abwärtstrend der letzten Jahre hängt mit den gesunkenen Asylantragszahlen zusammen.

Im Jahr 2019 erhielt Deutschland 23.717 Übernahmeansuchen von anderen Mitgliedstaaten (2018: 25.008, -5,2 %). Deutschland stellte damit 2019 mehr als doppelt so viele Ersuchen an andere Mitgliedstaaten als

¹¹⁵ Verordnung (EU) Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (Neufassung) (sog. Dublin III-Verordnung), die seit dem 19. Juli 2013 in Kraft ist und die Verordnung (EG) Nr. 343/2003 vom 18. Februar 2003 (sog. Dublin II-Verordnung) abgelöst hat und für alle ab dem 1. Januar 2014 gestellten Anträge gilt.

¹¹⁶ Vgl. BAMF 2020a: 45.

es von diesen erhielt. Die meisten Übernahmeersuchen wurden an Italien (14.175), Griechenland (9.870), Frankreich (5.021), Spanien (2.827) und Schweden (2.603) gerichtet.

In 29.794 Fällen stimmten andere Mitgliedstaaten 2019 einem Übernahmeersuchen Deutschlands zu (2018: 37.738). Die Zustimmungsquote fiel im Vergleich zum Vorjahr von 68,7 % auf 61,0 %. Deutschland stimmte 14.639 Übernahmeersuchen eines anderen Mitgliedstaates zu (2018: 16.087). Die Zustimmungsquote Deutschlands betrug damit 61,7 % und ist gegenüber dem Vorjahr (64,3 %) leicht gesunken.

Deutschland überstellte im Jahr 2019 insgesamt 8.423 Personen – im Vergleich zum Vorjahr (2018: 9.209) ein Rückgang um 8,5 %. Die meisten Überstellungen erfolgten nach Italien (2.575), Frankreich (1.212), Spanien (591), in die Niederlande (571) und nach Schweden (565). Die Überstellungsquote Deutschlands in Bezug auf die gegebenen Zustimmungen stieg im Vergleich zum Vorjahr von 24,4 % auf 28,3 %.

Nach Deutschland wurden im Jahr 2019 insgesamt 6.087 Personen überstellt (2018: 7.580). Das Verhältnis zu den gegebenen Zustimmungen betrug 41,6 % (2018: 47,1 %). Die meisten Personen wurden aus Frankreich (2.022), den Niederlanden (1.125), Griechenland (730), der Schweiz (444) und Österreich (433) nach Deutschland überstellt.

Sofern eine Überstellung scheitert und aus diesem Grund die Zuständigkeit an die Bundesrepublik Deutschland übergeht, entscheidet das BAMF im nationalen Verfahren (siehe Abschnitt 3.4.1). Jeder Mitgliedstaat kann darüber hinaus, auch wenn er nicht zuständig wäre, entscheiden, die Zuständigkeit für das Asylverfahren zu übernehmen (sog. Selbsteintrittsrecht).

3.4.2 Jüdische Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion

Seit 1990 nimmt Deutschland jüdische Personen und ihre Familienangehörigen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion auf.¹¹⁷ Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland ist mit 94.771 Mitgliedern und 105 Gemeinden die drittgrößte in Europa. Ein Großteil der Mitglieder sind jüdische Zuwanderinnen und Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion.¹¹⁸

Seit dem Jahr 1991 ist die Aufnahme in einem Verfahren geregelt.¹¹⁹ Die Antragstellenden dürfen nicht in der Vergangenheit schon in einem anderen Drittstaat (z. B. Israel, USA) ihren Wohnsitz genommen haben. Diese Personen können nur nach den allgemeinen Regeln des AufenthG nach Deutschland übersiedeln. Die im Rahmen des jüdischen Zuwanderungsverfahrens in Deutschland aufgenommenen Zuwanderinnen

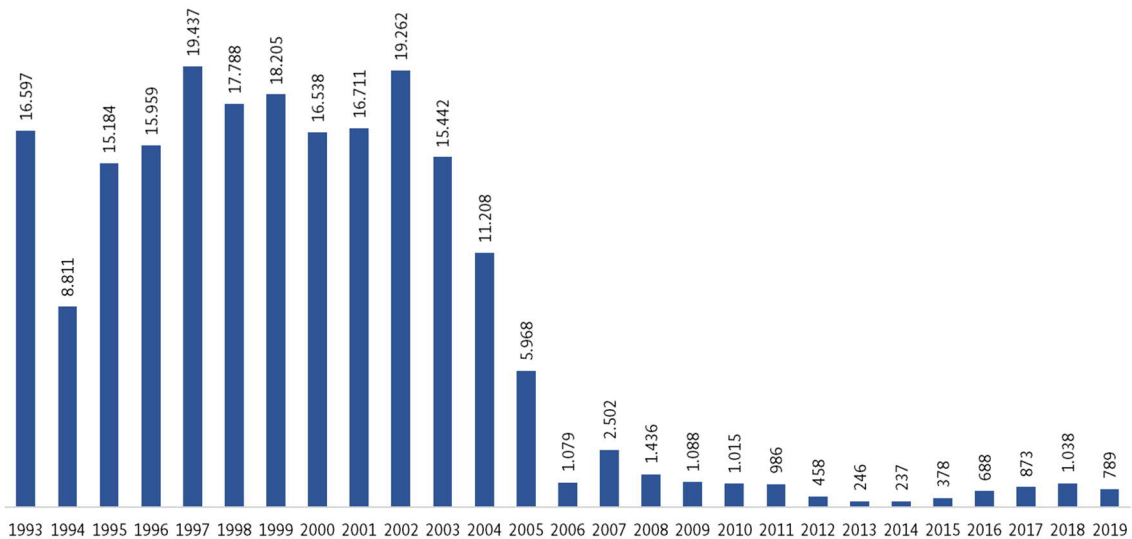
¹¹⁷ Vgl. Beschluss des Ministerrats der DDR vom 11. Juli 1990, Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 9. Januar 1991.

¹¹⁸ Vgl. dazu die Mitgliederstatistik der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) für das Jahr 2019, die über die Homepage des ZWST abrufbar ist: <https://www.zwst.org/de/service/mitgliederstatistik/>

¹¹⁹ Zu den rechtlichen Grundlagen der jüdischen Zuwanderung und Aufnahmevoraussetzungen vgl. BAMF/BMI 2010: Kapitel 2.6.1., BAMF/BMI 2014: 82f, die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2012: 561ff. und Anordnung des Bundesministeriums des Innern gemäß § 23 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes über die Aufnahme jüdischer Zuwanderinnen und Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion mit Ausnahme der Baltischen Staaten vom 24. Mai 2007 in der Fassung vom 22. April 2020.

und Zuwanderer erhalten eine Niederlassungserlaubnis. In das Verfahren können Eheleute und minderjährige ledige Kinder, die nicht selbst antragsberechtigt sind, einbezogen werden. Nicht selbst antragsberechtigte Familienangehörige erhalten eine Aufenthaltserlaubnis.

Abbildung 3-33: Jüdische Zuwanderung einschließlich Familienangehöriger aus Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion seit 1993¹



1) Für das Jahr 2014 und 2015 ist die Zahl der Einreisen aufgrund unzureichender Meldungen durch die Bundesländer etwas zu niedrig ausgewiesen.

Quelle: Bundesverwaltungsamt, BAMF

Zwischen 1993 und 2019 sind 209.923 jüdische Zuwanderinnen und Zuwanderer einschließlich ihrer Familienangehörigen aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland gekommen. Hinzu kommen 8.535 Personen, die bis Ende 1992 eingereist waren. Nachdem sich der Zuzug im Zeitraum von 1995 bis 2003 auf 15.000 bis 20.000 Zuwanderinnen und Zuwanderer pro Jahr einpendelte, sank die Zahl der eingereisten Personen in den Folgejahren deutlich ab (vgl. Abbildung 3-33).

Die Ursachen für diesen Rückgang sind heterogen. Das Interesse der noch in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion lebenden jüdischen Menschen an einer Einwanderung nach Deutschland hat nachgelassen. Auch die seit 2005 veränderten Zugangsbedingungen tragen mit zu dieser Entwicklung bei. Hauptherkunftsländer der jüdischen Zuwanderung sind die Ukraine sowie die Russische Föderation.

3.4.3 Migration aus weiteren völkerrechtlichen, humanitären und politischen Gründen

Zusätzlich zu der in den vorherigen Kapiteln dargestellten Zuwanderung von Schutzsuchenden und der jüdischen Zuwanderung aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion geht es im Folgenden um die Einreise und den Aufenthalt von ausländischen Staatsangehörigen aus weiteren völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen.¹²⁰

So kann ausländischen Staatsangehörigen nach § 22 S. 1 AufenthG für die Aufnahme aus dem Ausland aus völkerrechtlichen oder dringenden humanitären Gründen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. Die Erteilung eines Visums nach § 22 S. 1 AufenthG obliegt allein dem Auswärtigen Amt, das auch die Bewertung der dringenden humanitären bzw. völkerrechtlichen Gründe vornimmt. Eine Aufenthaltserlaubnis nach § 22 S. 2 AufenthG ist zu erteilen, wenn das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat die Aufnahme von ausländischen Staatsangehörigen zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland erklärt hat.

Tabelle 3-10: Nach § 22 AufenthG aufgenommene ausländische Staatsangehörige seit 2011 (Einreise im selben Jahr)

| Jahr | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 |
|---------------------|------|------|------|------|-------|------|------|------|------|
| Aufnahmen insgesamt | 69 | 103 | 183 | 985 | 1.165 | 806 | 507 | 279 | 96 |

Quelle: Ausländerzentralregister

Insgesamt hatten zum 31. Dezember 2019 3.695 Drittstaatsangehörige eine Aufenthaltserlaubnis nach § 22 AufenthG inne (Ende 2018: 3.807).

§ 23 Abs. 2 AufenthG ermöglicht humanitäre Kontingentaufnahmen durch den Bund. Hiernach kann das BMI zur Wahrung besonders gelagerter politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland im Benehmen mit den obersten Landesbehörden anordnen, dass das BAMF ausländische Staatsangehörige aus bestimmten Staaten oder in sonstiger Weise bestimmten Personengruppen eine Aufnahmezusage erteilt. Auf dieser Basis wurde die Aufnahme von Resettlement-Flüchtlingen und die humanitäre Aufnahme von syrischen Geflüchteten durchgeführt. Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung wurde am 1. August 2015 mit § 23 Abs. 4 AufenthG eine eigenständige Rechtsgrundlage für Resettlement-Flüchtlinge geschaffen. Darüber hinaus kann die oberste Landesbehörde aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland nach § 23 Abs. 1 AufenthG anordnen, dass ausländische Staatsangehörige aus bestimmten Staaten oder in sonstiger Weise bestimmten Personengruppen eine Aufnahmezusage erteilt wird (siehe Kapitel 3.4.5).

¹²⁰ Zu den einzelnen Formen der Schutzgewährung vgl. ausführlich Parusel 2010 sowie BAMF/BMI 2013: 95.

Zusätzlich zu diesen Aufnahmeverfahren gibt es noch weitere Möglichkeiten der Erteilung von Aufenthaltstiteln aus humanitären Gründen. Hierbei handelt es sich um reine Inlandssachverhalte, bei denen in der Regel ein Voraufenthalt (z. B. Aufenthaltsgestattung oder Duldung) vorliegt.

Nach § 25 Abs. 4 AufenthG kann einer nicht vollziehbar ausreisepflichtigen ausländischen Person für einen vorübergehenden Aufenthalt im Inland eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, solange dringende humanitäre oder persönliche Gründe¹²¹ oder ein erhebliches öffentliches Interesse¹²² ihre vorübergehende weitere Anwesenheit im Bundesgebiet erfordern.

Tabelle 3-11: Nach § 25 Abs. 4 AufenthG aufgenommene ausländische Staatsangehörige seit 2012 (Einreise im selben Jahr)

| Staatsangehörigkeit | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | |
|--------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|-----------------------|
| | | | | | | | | absolut | darunter: weiblich |
| Katar | 104 | 131 | 238 | 298 | 219 | 327 | 413 | 449 | 175 |
| Libyen | 1.443 | 1.359 | 1.119 | 411 | 300 | 279 | 368 | 336 | 84 |
| Saudi-Arabien | 183 | 264 | 721 | 1.414 | 553 | 283 | 256 | 254 | 88 |
| Russische Föderation | 552 | 567 | 639 | 348 | 240 | 232 | 175 | 138 | 85 |
| Vereinigte Arabische Emirate | 409 | 373 | 721 | 786 | 811 | 869 | 322 | 93 | 40 |
| Afghanistan | 88 | 90 | 116 | 112 | 129 | 66 | 152 | 72 | 28 |
| Angola | 65 | 127 | 147 | 91 | 114 | 102 | 73 | 71 | 23 |
| Ukraine | 87 | 116 | 209 | 117 | 74 | 52 | 54 | 51 | 26 |
| Serbien ¹ | 30 | 30 | 38 | 44 | 34 | 67 | 71 | 43 | 26 |
| Kuwait | 171 | 374 | 772 | 1.283 | 1.046 | 581 | 669 | 42 | 13 |
| Sonstige Staatsangehörigkeiten | 1.054 | 1.092 | 1.298 | 1.256 | 1.012 | 988 | 857 | 668 | 468 |
| Insgesamt | 4.186 | 4.523 | 6.018 | 6.160 | 4.532 | 3.846 | 3.410 | 2.215 | 979 |

1) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Quelle: Ausländerzentralregister

Nach § 25 Abs. 5 AufenthG kann einer ausländischen Person, die vollziehbar ausreisepflichtig ist, eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn ihre Ausreise aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht möglich ist und mit dem Wegfall der Ausreisehindernisse in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist. Die Aufenthaltserlaubnis soll erteilt werden, wenn die Abschiebung seit 18 Monaten ausgesetzt ist. Die Aufenthaltserlaubnis darf jedoch nur erteilt werden, wenn die ausländische Person unverschuldet an der Ausreise gehindert ist.¹²³

¹²¹ Dringende persönliche Gründe im Sinne dieser Vorschrift sind beispielsweise die Durchführung einer medizinischen Operation, die im Herkunftsland nicht gewährleistet ist oder der unmittelbar bevorstehende Abschluss einer Schul- oder Berufsausbildung.

¹²² Ein erhebliches öffentliches Interesse kann z. B. vorliegen, wenn eine ausländische Person als Zeugin oder Zeuge in einem Gerichtsverfahren benötigt wird.

¹²³ Ein Verschulden der ausländischen Person liegt etwa vor, wenn diese falsche Angaben macht, über ihre Identität oder Staatsangehörigkeit täuscht oder zumutbare Anforderungen zur Beseitigung der Ausreisehindernisse nicht erfüllt.

Tabelle 3-12: Vorliegen von Ausreisehindernissen nach § 25 Abs. 5 AufenthG seit 2012 (Einreise im selben Jahr)

| Staatsangehörigkeit | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | |
|--------------------------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|----------------|
| | | | | | | | | absolut | davon weiblich |
| Serbien ¹ | 49 | 54 | 84 | 129 | 156 | 140 | 139 | 122 | 44 |
| Vietnam | 38 | 30 | 61 | 47 | 49 | 46 | 33 | 49 | 7 |
| Ghana | 17 | 28 | 63 | 57 | 51 | 62 | 52 | 48 | 7 |
| Syrien | 4 | 4 | 15 | 30 | 43 | 69 | 89 | 46 | 28 |
| Nigeria | 17 | 20 | 37 | 43 | 33 | 47 | 54 | 32 | 6 |
| Sonstige Staatsangehörigkeiten | 266 | 300 | 348 | 482 | 365 | 399 | 463 | 390 | 149 |
| Insgesamt | 391 | 436 | 608 | 788 | 697 | 763 | 830 | 687 | 241 |

1) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Quelle: Ausländerzentralregister

§ 25 Abs. 4a AufenthG ermöglicht die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für einen vorübergehenden Aufenthalt an eine ausländische Person, die Opfer von Menschenhandel wurde, auch wenn sie vollziehbar ausreisepflichtig ist.¹²⁴ Zum 31. Dezember 2019 hielten sich insgesamt 96 Drittstaatsangehörige, darunter 67 weibliche Personen, mit einem Aufenthaltstitel nach § 25 Abs. 4a AufenthG in Deutschland auf (Ende 2018: 89).¹²⁵

Zum 31. Dezember 2019 hielten sich insgesamt 21.239 Drittstaatsangehörige mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 AufenthG in Deutschland auf (Ende 2018: 22.295). Bei den in der Tabelle 3-11 aufgeführten Drittstaatsangehörigen (2019: 2.215) handelt es sich um Personen, die in der Regel nach ihrer Einreise zunächst einen anderen Aufenthaltstitel oder eine Aufenthaltsgestattung als Asylsuchende erhalten hatten, aber denen noch im Berichtsjahr eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 AufenthG erteilt wurde.

Ende 2019 lebten insgesamt 56.272 Drittstaatsangehörige (Ende 2018: 53.919) mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG in Deutschland. 32.877 dieser Personen lebten seit mehr als sechs Jahren in Deutschland (58,4 %), 23.388 Personen sechs Jahre oder weniger.¹²⁶ Bei den in der Tabelle 3-12 aufgeführten Drittstaatsangehörigen (2019: 687) handelt es sich um Personen, die in der Regel nach ihrer Ein-

¹²⁴ Nach Angaben des Bundeskriminalamts (BKA) wurden im Jahr 2019 427 Opfer des Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung ermittelt. Darunter befanden sich 332 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Die Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung waren größtenteils weiblich (95 %). Zudem wurden 43 Opfer des Menschenhandels zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft ermittelt (vgl. dazu BKA 2020b: 9f.). Zum Thema Menschenhandel vgl. auch Hoffmann (2013).

¹²⁵ Zum 31. Dezember 2019 hielten sich außerdem 11 Personen mit einem Aufenthaltstitel nach § 25 Abs. 4b (Opfer von Arbeitsausbeutung) in Deutschland auf.

¹²⁶ Vgl. Deutscher Bundestag 2020f: 21.

reise zunächst eine Duldung (oder in seltenen Ausnahmefällen eine Aufenthaltsgestattung als Asylantragstellende) erhalten hatten, aber denen noch im Berichtsjahr eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG erteilt wurde.

3.4.4 Aufenthaltsgewährung in Härtefällen

Nach § 23a Abs. 1 AufenthG kann die oberste Landesbehörde anordnen, dass einer ausländischen Person, die vollziehbar ausreisepflichtig ist, abweichend von den in diesem Gesetz festgelegten Erteilungs- und Verlängerungsvoraussetzungen für einen Aufenthaltstitel eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird, wenn eine von der Landesregierung durch Rechtsverordnung eingerichtete Härtefallkommission darum ersucht. Voraussetzung für ein Härtefallersuchen ist, dass nach den Feststellungen der Härtefallkommission dringende humanitäre oder persönliche Gründe vorliegen (§ 23a Abs. 2 AufenthG). Diese Möglichkeit gibt es seit Inkrafttreten der Änderungen durch das Zuwanderungsgesetz am 1. Januar 2005. Dabei ist zu beachten, dass die Härtefallkommission nach § 23a Abs. 2 Satz 2 AufenthG ausschließlich im Wege der Selbstbefassung tätig wird. Dritte, insbesondere betroffene ausländische Staatsangehörige, können nicht verlangen, dass sich die Härtefallkommission mit einem bestimmten Einzelfall befasst oder eine bestimmte Entscheidung trifft. Mittlerweile sind in allen Bundesländern solche Härtefallkommissionen eingerichtet worden.

Tabelle 3-13: Erteilte Aufenthaltserlaubnisse nach der Härtefallregelung des § 23a AufenthG nach Bundesländern (Bestandszahlen zum 31. Dezember 2019)¹

| Bundesland | 2019 |
|------------------------|--------------|
| Baden-Württemberg | 498 |
| Bayern | 328 |
| Berlin | 1.813 |
| Brandenburg | 113 |
| Bremen | 106 |
| Hamburg | 142 |
| Hessen | 329 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 39 |
| Niedersachsen | 1.103 |
| Nordrhein-Westfalen | 1.962 |
| Rheinland-Pfalz | 572 |
| Saarland | 85 |
| Sachsen | 263 |
| Sachsen-Anhalt | 158 |
| Schleswig-Holstein | 201 |
| Thüringen | 1.039 |
| Insgesamt | 8.751 |

1) Hierbei handelt es sich um eine Bestandszahl jeweils zum 31. Dezember. Die überwiegende Zahl der Personen, die zum 31. Dezember 2019 eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 a AufenthG innehatten, lebte seit mehr als sechs Jahren in Deutschland (4.599 Personen oder 52,6 %).

Quelle: Ausländerzentralregister

Im Jahr 2019 wurden 14,6 % der Aufenthaltserlaubnisse auf der Grundlage von § 23a AufenthG an Staatsangehörige aus dem Kosovo erteilt (1.275), weitere 13,3 % der Aufenthaltserlaubnisse erhielten Personen aus Albanien (1.166). An serbische Staatsangehörige wurden 1.131 Aufenthaltserlaubnisse (12,9 %) und an türkische Staatsangehörige 540 Aufenthaltserlaubnisse erteilt (6,2 %).

3.4.5 Resettlement und humanitäre Aufnahmeverfahren

Resettlement

Deutschland hat sich im Interesse einer Fortentwicklung und Verbesserung des Flüchtlingsschutzes für eine Beteiligung an der Aufnahme und Neuansiedlung besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge aus Drittstaaten in Zusammenarbeit mit dem UNHCR (Resettlement) ausgesprochen. Resettlement soll eine dauerhafte Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten ermöglichen. Die Aufnahmen im Rahmen der Neuansiedlung von Schutzsuchenden werden vom BMI im Benehmen mit den obersten Landesbehörden angeordnet. Die gesetzliche Grundlage für die Aufnahmeverfahren im Rahmen des Resettlement-Programms bildete bis zum 31. Juli 2015 § 23 Abs. 2 AufenthG. Am 1. August 2015 trat das „Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“¹²⁷ in Kraft, mit dem unter anderem eine eigenständige Rechtsgrundlage für das Resettlement-Programm geschaffen wurde. Seither gilt § 23 Abs. 4 AufenthG für Aufnahmen im Rahmen von Resettlement-Programmen, während § 23 Abs. 2 AufenthG Aufnahmen im Rahmen sonstiger humanitärer Kontingente regelt. Für die Durchführung der Aufnahmeverfahren ist nach § 75 Nr. 8 AufenthG das BAMF zuständig.

Resettlement stellt ein international anerkanntes flüchtlingspolitisches Instrument dar. Ziel des Resettlements ist es, besonders schutzbedürftigen Personen, die aus ihrem Herkunftsland in einen Drittstaat geflohen sind, dort jedoch weder eine Chance auf Integration noch die Aussicht auf Rückkehr in ihr Herkunftsland haben, im Aufnahmestaat Schutz zu bieten und eine neue dauerhafte Perspektive zu eröffnen. Die nationale Resettlementquote wird durch Aufnahmeanordnungen des BMI im Benehmen zwischen Bund und Ländern festgelegt. Der sogenannte Resettlementbedarf wird jährlich vom UNHCR festgestellt. Resettlement-Flüchtlinge erhalten einen Aufenthaltstitel nach § 23 Abs. 4 AufenthG und müssen kein Asylverfahren durchlaufen.

In der Pilotphase zwischen 2012 bis 2014 umfasste das Aufnahmekontingent in Deutschland jeweils 300 Personen.¹²⁸ Seit 2015 wurden die Resettlementaufnahmen verstetigt und die Kontingente auf 500 Personen angehoben.¹²⁹ Im Rahmen des EU-Resettlement-Programms (Ratsbeschluss vom 20. Juli 2015) wurden in den Jahren 2016/2017 EU-weit 22.504 Resettlement-Plätze bereitgestellt. In den Jahren 2016 und 2017 beteiligte sich Deutschland mit insgesamt 1.600 Personen an dieser Quote. Das nationale Kontingent von 500 Schutzbedürftigen wurde in den Jahren 2016/2017 mit dem Resettlement-Programm der Europäischen Kommission (EU-KOM) (Migrationsagenda) verrechnet. 2016 wurde diese Quote für den 1:1-Me-

¹²⁷ BGBl. 2015 Teil I Nr. 32: 1386ff.

¹²⁸ Vgl. Ständige Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder 2011: Beschluss Nr. 19.

¹²⁹ Vgl. Ständige Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder 2014: Beschluss Nr. 28.

chanismus des EU-Türkei Erklärung für die Aufnahme von syrischen Flüchtlingen genutzt (1.060 Personen).¹³⁰ Zudem wurden im Jahr 2016/2017 177 Flüchtlinge aus dem Libanon aufgenommen. Die verbleibenden Resettlementplätze wurden vor allem für die Aufnahme Schutzbedürftiger aus Ägypten genutzt.

Für 2018/2019 hat Deutschland im Rahmen des EU-Resettlement-Programms bis zu 10.200 Plätze für die Aufnahme besonders schutzbedürftiger Personen zugesagt. Diese Zahl beinhaltet Aufnahmeplätze für Resettlement-Maßnahmen nach § 23 Abs. 4 AufenthG (3.200 Plätze), für humanitäre Aufnahmen aus der Türkei nach § 23 Abs. 2 AufenthG (6.000 Plätze), dem Bundesprogramm ‚Neustart im Team‘ (NesT) nach § 23 Abs. 4 AufenthG (500 Plätze) sowie für ein Aufnahmeprogramm des Landes Schleswig-Holstein (500 Plätze) nach § 23 Abs. 1 AufenthG.

Mit Anordnung vom 6. Juli 2018 hat das BMI in Abstimmung mit den Ländern zudem die Grundlage für eine Aufnahme von 300 Personen mit syrischer, irakischer, eritreischer oder somalischer Staatsangehörigkeit sowie Palästinenserinnen und Palästinenser aus Libyen über einen Evakuierungsmechanismus im Niger (gemäß § 23 Abs. 4 AufenthG) geschaffen. Im Jahr 2018 sind zunächst 276 Personen nach Deutschland eingereist, das Kontingent von 300 Personen wurde mit weiteren Aufnahmen im Jahr 2019 erfüllt (vgl. Tabelle 3-14).

In Abstimmung mit den Ländern hat das BMI mit der Anordnung vom 11. Dezember 2018 den Rahmen für die Aufnahme von 2.900 Resettlement-Flüchtlingen in den Jahren 2018 und 2019 aus Ägypten, Äthiopien, Jordanien und Libanon gemäß § 23 Abs. 4 AufenthG geschaffen. Ende 2019 sagte Deutschland weitere 5.500 Resettlement-Plätze für das Jahr 2020 zu.¹³¹ Darunter sollen bis zu 3.000 Plätze für die humanitäre Aufnahme von syrischen Staatsangehörigen im Rahmen der EU-Türkei-Erklärung nach § 23 Abs. 2 AufenthG, bis zu 1.900 Plätze für Resettlement nach § 23 Abs. 4 AufenthG aus den Zufluchtsländern Ägypten, Jordanien, Libanon, Kenia und Niger (über den Evakuierungsmechanismus des UNHCR aus Libyen), weitere 200 für ein Landesaufnahmeprogramm Schleswig-Holsteins nach § 23 Abs. 1 AufenthG sowie 400 Plätze im Rahmen von NesT (§ 23 Abs. 4 AufenthG) fallen.

¹³⁰ Zu den Hintergründen der EU-Türkei Erklärung vgl. BAMF/BMI 2016: 103.

¹³¹ Vgl. Deutscher Bundestag 2020c: 2.

Tabelle 3-14: Im Resettlement-Programm gemäß § 23 Abs. 4 AufenthG aufgenommene Personen nach Staatsangehörigkeit und letztem Aufenthaltsstaat von 2012 bis 2019

| | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 |
|---|------------|------------|------------|------------|--------------|------------------|------------------|-----------------|
| Geschlecht | | | | | | | | |
| Männlich | 205 | 153 | 166 | 243 | 578 | 175 | 224 | 1.208 |
| Weiblich | 102 | 140 | 155 | 238 | 661 | 188 | 159 | 1.234 |
| Insgesamt | 307 | 293 | 321 | 481 | 1.239 | 363 | 383 | 2.442 |
| Staatsangehörigkeit | | | | | | | | |
| Afghanistan | - | - | 21 | - | - | - | - | - |
| Ägypten | - | - | - | - | - | - | 1 | - |
| Äthiopien | 27 | - | 1 | 45 | 4 | 17 | - | - |
| Eritrea | 36 | - | - | 200 | 20 | 14 | 240 | 37 |
| Irak | 132 | 175 | 117 | 26 | - | 9 | - | 53 |
| Iran | - | 116 | - | - | - | 4 | - | - |
| Jemen | - | - | - | - | - | - | - | 5 |
| Somalia | 45 | - | 41 | 45 | - | 8 | 36 | 374 |
| Sudan/Südsudan | 59 | - | 3 | 122 | - | 131 | - | 414 |
| Syrien | - | 2 | - | 9 | 1.188 | 177 | 106 | 1.555 |
| Staatenlose Palästinenser/-innen | - | - | 31 | 33 | 27 | - | - | 2 |
| Sonstige Staatenlose | - | - | 34 | - | - | - | - | 2 |
| Sonstige | 8 | - | 73 | 1 | - | 3 | - | - |
| Aufenthaltsstaat vor der Ausreise nach Deutschland | | | | | | | | |
| Ägypten | - | - | - | 301 | - | 256 ¹ | 107 ³ | 988 |
| Äthiopien | - | - | - | - | - | - | - | 330 |
| Indonesien | - | - | 114 | - | - | - | - | - |
| Jordanien | - | - | - | - | - | - | - | 346 |
| Libanon | - | - | - | - | 155 | 22 ² | - | 766 |
| Niger | - | - | - | - | - | - | 276 ⁴ | 12 ⁴ |
| Tunesien | 202 | - | - | - | - | - | - | - |
| Türkei | 105 | 293 | - | - | 1.060 | - | - | - |
| Sudan | - | - | - | 180 | 24 | - | - | - |
| Syrien | - | - | 207 | - | - | - | - | - |
| Sonstige | - | - | - | - | - | - | - | - |

1) Das Kontingent von 363 Personen wurde für das Jahr 2017 nachträglich Anfang 2018 mit der Einreise von 107 Personen aus Ägypten, die aus gesundheitlichen Gründen Ende 2017 noch nicht ausreisen konnten, erfüllt.

2) Dabei handelt es sich um Personen, die im Jahr 2017 eingereist sind, aber im Rahmen des Kontingents für das Jahr 2016 aufgenommen wurden.

3) Dabei handelt es sich um Personen, die im Jahr 2018 eingereist sind, aber zum Kontingent des Jahres 2017 gezählt werden.

4) Das Kontingent von 300 Personen konnte im Jahr 2018 nicht erfüllt werden. Weitere 12 Einreisen erfolgten im Jahr 2019. Somit konnten 288 von 300 Personen einreisen.

Quelle: BAMF

Humanitäre Aufnahmeverfahren – EU-Relocation

Zudem hat Deutschland Asylsuchende im Rahmen des EU-Relocation-Verfahrens aufgenommen, das mittlerweile beendet wurde (siehe Tabelle 3-15 und für eine ausführliche Darstellung der rechtlichen Grundlagen BMI/BAMF 2020). Bis Ende 2019 hat Deutschland 10.842 Asylsuchende im Rahmen des Relocation-Verfahrens aus Italien (5.451) und Griechenland (5.391) aufgenommen.

Tabelle 3-15: Aufnahme im Rahmen des Relocation-Verfahrens 2015 bis 2019

| | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | Insgesamt |
|-----------------------------|------|------|-------|------|------|-----------|
| Relocation aus Italien | 11 | 444 | 4.439 | 555 | 2 | 5.451 |
| Relocation aus Griechenland | 10 | 634 | 4.729 | 18 | 0 | 5.391 |

Quelle: BAMF

Übernahme von aus Seenot geretteten Asylsuchenden

Deutschland beteiligt sich auch an der Übernahme der Zuständigkeit für die Durchführung der Asylverfahren von aus Seenot geretteten Asylsuchenden. Die Bundesregierung prüft in jedem Einzelfall die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der Übernahme der Zuständigkeit für einen Teil der aus Seenot geretteten Asylsuchenden. Die Übernahmen erfolgten auf Grundlage von Art. 17 Abs. 2 Verordnung (EU) Nr. 604/2013. Seit Sommer 2018 bis einschließlich Ende des Jahres 2019 konnten insgesamt 882 dieser Asylsuchenden durch Deutschland übernommen werden.

Humanitäre Aufnahme syrischer Schutzbedürftiger aus der Türkei von 2016 bis 2019

(Ratsbeschluss EU 2016/1754)

Durch einen ergänzenden Ratsbeschluss vom 29. September 2016 (EU 2016/1754) zur Umverteilung von Schutzsuchenden aus Griechenland und Italien hat die EU die Möglichkeit eröffnet, einen Teil der Relocation-Plätze (für Deutschland: 13.694 Personen) für eine Neuansiedlung syrischer Flüchtlinge aus der Türkei zu nutzen. Deutschland hat hiervon Gebrauch gemacht und die im Jahr 2016 im Rahmen des EU-Resettlement begonnenen Aufnahmen syrischer Schutzbedürftiger im Rahmen dieses humanitären Aufnahmeverfahrens in den Jahren 2017 bis 2019 fortgesetzt. Die verbliebenen Aufnahmeplätze der Teilquote wurden durch Familiennachzüge ausgeschöpft. Es erfolgte von 2016 bis einschließlich Ende 2019 die Einreise von 9.044 syrischen Flüchtlingen aus der Türkei. Mit der Aufnahmeanordnung vom 13. Januar 2020 ordnete das BMI erneut die Fortführung der Aufnahmen von bis zu 500 Personen pro Monat bis zum 31. Dezember 2020 an.

3.5 Migration aus familiären Gründen

Die Einreise und der Aufenthalt von Familienangehörigen in Deutschland lebender Personen ist in den §§ 27 bis 36a des AufenthG geregelt. Der Familiennachzug wird mit Blick auf Art. 6 Abs. 1 GG zum Schutz von Ehe und Familie gewährt (§ 27 Abs. 1 AufenthG). Diese Regelungen finden Anwendung auf den Zuzug

zu Personen, die keine EU-Staatsangehörigen bzw. Familienangehörige von EU-Staatsangehörigen sind.¹³² Der Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen zu ausländischen EU-Staatsangehörigen richtet sich grundsätzlich nach dem Freizügigkeitsgesetz/EU (§§ 2 ff. FreizügG/EU).

Die in diesem Abschnitt aufgeführten Rechtsgrundlagen beziehen sich auf die für das Berichtsjahr 2019 geltenden Regelungen. Durch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) geänderte Rechtsgrundlagen, die seit dem Frühjahr 2020 gelten, sind jeweils durch den Zusatz „neu“ gekennzeichnet.

Grundsätze des Familiennachzugs

Der Familiennachzug bezeichnet den Nachzug von im Ausland lebenden Familienangehörigen und ist grundsätzlich begrenzt auf die Kernfamilie, d. h. die Ehe- bzw. Lebenspartnerin oder den Ehe- bzw. Lebenspartner und minderjährige ledige Kinder, bzw. Eltern von minderjährigen ledigen Kindern. Sonstige Familienmitglieder können nur in Ausnahmefällen nachziehen. Zudem setzt der Familiennachzug in der Regel voraus, dass der Lebensunterhalt für nachziehende Familienangehörige ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel gesichert ist (§ 27 Abs. 3 AufenthG; § 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG; Ausnahme etwa in § 29 Abs. 2 AufenthG) sowie ggf. ausreichender Wohnraum zur Verfügung steht (§ 29 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG, Ausnahme etwa in § 29 Abs. 2 AufenthG). Auch Aufenthaltstitel aus familiären Gründen berechtigen zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit (§ 27 Abs. 5 AufenthG bzw. § 4a AufenthG neu).

Familiennachzug zu ausländischen Staatsangehörigen

Voraussetzung für den Familiennachzug zu einem Drittstaatsangehörigen ist grundsätzlich, dass die bereits hier lebende ausländische Person eine Niederlassungserlaubnis, eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU, eine Aufenthaltserlaubnis, eine Blaue Karte EU oder eine (Mobiler-)ICT-Karte besitzt oder sich gemäß § 20a AufenthG (kurzfristige Mobilität für Forscherinnen und Forscher, 2020: § 18e AufenthG neu) berechtigt im Bundesgebiet aufhält und ausreichender Wohnraum zur Verfügung steht (§ 29 Abs. 1 AufenthG).

Bei verheirateten Paaren müssen in der Regel beide das 18. Lebensjahr vollendet haben (§ 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AufenthG) und die nachziehende Ehe- bzw. Lebenspartnerin oder der Ehe- bzw. Lebenspartner muss vor der Einreise einfache Deutschkenntnisse¹³³ nachweisen (§ 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 AufenthG). Hierzu gibt es jedoch eine Reihe von Ausnahmen (§ 30 Abs. 1 S. 2 und S. 3 Nr. 1 bis Nr. 8 AufenthG). Volljährigkeit und Sprachnachweis sind beispielsweise dann nicht erforderlich, wenn die drittstaatsangehörige Ehe bzw. Lebenspartnerin oder der Ehe- bzw. Lebenspartner im Besitz einer Blauen Karte EU ist, (§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 5 AufenthG). Ausnahmen, bei denen der Nachweis von Sprachkenntnissen nicht erforderlich ist, werden in der Infobox (siehe unten) zusammengefasst. Die Aufenthaltserlaubnis kann ansonsten bei fehlender Volljährigkeit zur Vermeidung einer besonderen Härte abweichend von § 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AufenthG erteilt werden (§ 30 Abs. 2 AufenthG).

¹³² Für diese gilt das EU-Freizügigkeitsrecht.

¹³³ Einfache Sprachkenntnisse entsprechen der ersten Stufe (A1) auf der sechsstufigen Kompetenzskala des GER.

Infobox: Der Nachweis von einfachen deutschen Sprachkenntnissen ist nicht erforderlich, wenn:

| | |
|--|---|
| § 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 1 AufenthG | InhaberInnen und Inhaber humanitärer Titel: ... Drittstaatsangehörige einen Aufenthaltstitel als Resettlement-Flüchtling (nach § 23 Abs. 4 AufenthG neu) ¹³⁴ besitzen, oder sie asylberechtigt sind, oder einen Schutzstatus als GFK-Flüchtling oder einen subsidiären Schutzstatus innehaben ¹³⁵ und die Ehe bzw. Lebenspartnerschaft bereits bestand, als die Ehe- bzw. Lebenspartnerin oder der Ehe- bzw. Lebenspartner seinen Lebensmittelpunkt nach Deutschland verlegt hat. |
| § 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 2 AufenthG | Gesundheit: ... die nachziehende Ehe- bzw. Lebenspartnerin oder der nachziehende Ehe- bzw. Lebenspartner aufgrund einer im Einzelfall festgestellten körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung oder Krankheit nicht in der Lage ist, einfache deutsche Sprachkenntnisse nachzuweisen. |
| § 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 3 AufenthG | Geringer Integrationsbedarf: ... bei der nachziehenden Ehe- bzw. Lebenspartnerin oder dem Ehe- bzw. Lebenspartner nach Einzelfallprüfung ein erkennbar geringer Integrationsbedarf besteht. |
| § 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 4 AufenthG | Visumsfreier Aufenthalt: ... die Ehe- bzw. Lebenspartnerin oder der Ehe- bzw. Lebenspartner eine Staatsangehörigkeit besitzt, die auch für einen Aufenthalt, der kein Kurzaufenthalt ist, die visumfreie Einreise und den visumfreien Aufenthalt im Bundesgebiet gestattet. |
| § 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 5 AufenthG | Blaue Karte EU/ICT-Karte/Mobiler ICT-Karte/Forschende/mobile Forschende: ... Drittstaatsangehörige im Besitz einer Blauen Karte EU, ICT-Karte oder Mobiler ICT-Karte sind oder eine Aufenthaltserlaubnis als (mobile) Forschende haben. |
| § 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 6 AufenthG | Härtefall: ... es der Ehe- bzw. Lebenspartnerin oder dem Ehe- bzw. Lebenspartner aufgrund besonderer Umstände des Einzelfalles nicht möglich oder nicht zumutbar ist, vor der Einreise einfache deutsche Sprachkenntnisse zu erwerben. ¹³⁶ |
| § 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 7 AufenthG | Besonderer Aufenthaltstitel ... der oder die Drittstaatsangehörige einen Aufenthaltstitel nach den §§ 19 – 21 AufenthG bzw. einen Aufenthaltstitel nach § 18c Abs. 3 AufenthG neu als Hochqualifizierte oder nach § 21 AufenthG als Selbstständige besitzen und die Ehe bereits bestand, als er oder sie ihren Lebensmittelpunkt in das Bundesgebiet verlegten. |
| § 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 8 AufenthG | ... Drittstaatsangehörige unmittelbar vor der Erteilung einer Niederlassungserlaubnis oder einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU InhaberInnen und Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis nach § 20 AufenthG bzw. § 18d AufenthG neu als Forschende waren. |

¹³⁴ Mit dem durch das am 1. August 2015 in Kraft getretene „Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“ in das Aufenthaltsgesetz neu eingefügten § 23 Abs. 4 (BGBl. 2015 Teil I Nr. 32: 1386ff.) kann das BMI im Rahmen der Neuansiedlung von Schutzsuchenden im Benehmen mit den obersten Landesbehörden anordnen, dass das BAMF bestimmten, für eine Neuansiedlung ausgewählten Schutzsuchenden (Resettlement-Flüchtlinge) eine Aufnahmezusage erteilt. Vgl. hierzu Kapitel 3.4.5.

¹³⁵ Der Familiennachzug wurde für subsidiär Schutzberechtigte, die nach dem 17. März 2016 eine Aufenthaltserlaubnis erhalten haben, bis zum 16. März 2018 ausgesetzt (§ 104 Abs. 13 AufenthG). Diese Regelung wurde bis zum 31. Juli 2018 verlängert. Seit dem 1. August 2018 kann aus humanitären Gründen monatlich bis zu 1.000 Familienangehörigen von subsidiär schutzberechtigten Personen ein Visum erteilt werden.

¹³⁶ Die Härtefallklausel des § 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 6 AufenthG wurde mit dem „Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“ in das Aufenthaltsgesetz aufgenommen. Das Vorliegen eines Härtefalls ist im Rahmen des Visumverfahrens durch die zuständige Auslandsvertretung zu beurteilen. Ein Härtefall kann beispielsweise gegeben sein, wenn es dem ausländischen Ehe- bzw. Lebenspartner oder der ausländischen Ehe- bzw. Lebenspartnerin nicht zugemutet werden kann, vor der Einreise Bemühungen zum Erwerb einfacher deutscher Sprachkenntnisse zu unternehmen, oder es ihr oder ihm trotz ernsthafter Bemühungen von etwa einem Jahr Dauer nicht gelungen ist, das erforderliche Sprachniveau zu erreichen. Diese Rechtsänderung dient insbesondere der Umsetzung des Urteils des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) vom 10. Juli 2014 (Urteil in der Rechtssache C-138/13, vgl. dazu die Pressemitteilung Nr. 96/14 des EuGHs vom 10. Juli 2014). Dort wurde entschieden, dass das 2007 eingeführte ausnahmslose Spracherfordernis nicht mit der sogenannten Stillhalteklausele des Assoziierungsabkommens mit der Türkei vereinbar ist. Der Sprachnachweis im Herkunftsland erschwere die Familienzusammenführung und stelle deshalb eine neue Beschränkung der Ausübung der Niederlassungsfreiheit durch türkische Staatsangehörige im Sinne dieser Klausel dar. Der EuGH hielt jedoch auch fest, dass die Einführung einer neuen Beschränkung zugelassen werden könne, sofern sie durch einen zwingenden Grund des Allgemeininteresses gerechtfertigt und geeignet ist, „die Erreichung des angestrebten legitimen Zieles zu erreichen“, und nicht über das hierfür Erforderliche hinausgehe. Da der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz generell gilt, ist die Möglichkeit der Berücksichtigung besonderer Umstände des Einzelfalles von grundsätzlicher Bedeutung, so dass zur Klarstellung für den Nachzug von Eheleuten bzw. Lebenspartnerin oder Lebenspartner eine allgemeine Härtefallklausel in das Aufenthaltsgesetz eingeführt wurde (§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 6 AufenthG, vgl. die Begründung dazu in der Deutscher Bundestag 2015: 25).

Nach einem Urteil des EuGH vom 9. Juli 2015 (Rechtssache C-153/14, „K und A“) sind die Mitgliedstaaten der EU durch die Familienzusammenführungsrichtlinie (Richtlinie 2003/86/EG) nicht daran gehindert, bei Familienzusammenführungen, die nicht Flüchtlinge und deren Familienangehörige betreffen, die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Zweck des Familiennachzugs davon abhängig zu machen, dass vor Einreise eine bestimmte Integrationsmaßnahme oder Integrationsprüfung erfolgreich abgelegt wurde.¹³⁷ Der EuGH betont in seiner Entscheidung die Bedeutung, die der Sprache für die Integration in die Aufnahmegesellschaft zukommt, ausdrücklich. Das Ziel der Richtlinie, die Familienzusammenführung zu erleichtern, sei durch eine Prüfung vor Einreise grundsätzlich nicht beeinträchtigt.¹³⁸ Jedoch seien nur solche Integrationsmaßnahmen – etwa der Erwerb von Grundkenntnissen der Sprache und der Gesellschaft des Aufnahmesstaates – zulässig, die die Integration der Familienangehörigen des Zusammenführenden erleichtern. Dabei dürfe die Ausübung des Rechts auf Familienzusammenführung nicht unmöglich gemacht oder übermäßig erschwert werden. Insofern seien jeweils die individuellen Umstände wie Alter, Bildungsniveau, finanzielle Lage und Gesundheitszustand zu berücksichtigen, um die Familienangehörigen von dem Erfordernis der erfolgreichen Ablegung einer Integrationsprüfung zu befreien, falls sie aufgrund dieser Umstände nicht in der Lage sind, eine solche Prüfung abzulegen oder zu bestehen.¹³⁹

Familiennachzug zu Inhaberinnen und Inhabern humanitärer Titel

Bei Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen sowie Resettlement-Flüchtlingen ist zur Wahrung der Familieneinheit vom Nachweis ausreichenden Wohnraums und hinreichender Lebensunterhaltssicherung abzusehen, wenn der Antrag innerhalb von drei Monaten nach der unanfechtbaren Anerkennung bzw. nach Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis gestellt wird und die Herstellung der familiären Lebensgemeinschaft in einem Staat, der nicht Mitglied der EU ist und zu dem die ausländische Person oder ihre Familienangehörigen eine besondere Bindung haben, grundsätzlich nicht möglich ist (§ 29 Abs. 2 AufenthG). Der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte im Sinne des § 4 Abs. 1 AsylG, denen nach dem 17. März 2016 eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde, wurde zwischenzeitlich bis zum 16. März 2018 ausgesetzt (§ 104 Abs. 13 AufenthG). Diese zweijährige Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten wurde bis zum 31. Juli 2018 verlängert. Seit dem 1. August 2018 kann aus humanitären Gründen monatlich bis zu 1.000 Familienangehörigen von subsidiär schutzberechtigten Personen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden (§ 36a AufenthG).¹⁴⁰ Humanitäre Gründe liegen beispielsweise nach § 36a Abs. 2 Nr. 2 AufenthG insbesondere dann vor, wenn die Herstellung der familiären Lebensgemeinschaft seit langer Zeit nicht möglich ist oder ein minderjähriges lediges Kind betroffen ist. Das Kindeswohl ist besonders zu berücksichtigen.

Der Familiennachzug zu Personen, die über bestimmte humanitäre Aufnahmeprogramme nach Deutschland gekommen sind oder für die ein (nationales) Abschiebungsverbot festgestellt worden ist, ist nur aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland möglich (§ 29 Abs. 3 AufenthG).

¹³⁷ Zu bisherigen Gerichtsurteilen auf nationaler Ebene vgl. BAMF/BMI 2015: 89.

¹³⁸ Vgl. EuGH, Urteil vom 9. Juli 2015 (C-153/14), Rn. 53 und 54.

¹³⁹ Vgl. dazu die Pressemitteilung Nr. 78 des EuGHs vom 9. Juli 2015.

¹⁴⁰ Die §§ 22 AufenthG (Aufnahme aus dem Ausland aus völkerrechtlichen oder dringenden humanitären Gründen) und 23 AufenthG (Aufenthaltsgewährung durch die obersten Landesbehörden; Aufnahme bei besonders gelagerten politischen Interessen; Neuansiedlung von Schutzsuchenden) bleiben unberührt.

Familiennachzug von Kindern

Der Nachzug von Kindern zu ausländischen Eltern bzw. einem ausländischen Elternteil richtet sich nach § 32 AufenthG. Einem minderjährigen ledigen Kind ist eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn beide Eltern oder der allein personensorgeberechtigte Elternteil einen der in § 32 Abs. 1 AufenthG genannten Aufenthaltstitel besitzen oder sich gemäß § 20a AufenthG bzw. § 18e AufenthG neu (kurzfristige Mobilität für Forschende) berechtigt im Bundesgebiet aufhalten (§ 32 Abs. 5 AufenthG).

Hat das minderjährige ledige Kind das 16. Lebensjahr bereits vollendet und verlegt es seinen Lebensmittelpunkt nicht zusammen mit den Eltern oder dem allein personensorgeberechtigten Elternteil in das Bundesgebiet, muss das Kind zusätzlich die deutsche Sprache beherrschen¹⁴¹ oder es muss als gewährleistet erscheinen, dass es sich aufgrund seiner bisherigen Ausbildung in die Lebensverhältnisse in Deutschland einfügen kann.

Diese letztgenannten besonderen Voraussetzungen entfallen jedoch, wenn beide Eltern oder der allein sorgeberechtigte Elternteil eine Aufenthaltserlaubnis aufgrund seiner Asylberechtigung oder seines Status als international Schutzberechtigter oder Resettlement-Flüchtling oder im Anschluss daran eine Niederlassungserlaubnis besitzt (§ 32 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 AufenthG) oder beide Eltern bzw. ein Elternteil Inhaber eines in § 32 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 AufenthG enumerativ aufgeführten Aufenthaltstitels sind, wie beispielsweise eine Blaue Karte EU. Im Übrigen kann dem minderjährigen ledigen Kind einer ausländischen Person eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn es aufgrund der Umstände des Einzelfalls unter Berücksichtigung des Kindeswohls und der familiären Situation zur Vermeidung einer besonderen Härte erforderlich ist (§ 32 Abs. 4 AufenthG). Der Kindernachzug zu Eltern, denen subsidiärer Schutz zuerkannt wurde, richtet sich seit dem 1. August 2018 nach § 36a AufenthG; hierbei bleibt die Möglichkeit einer Aufnahme nach den §§ 22,23 AufenthG jedoch unberührt.

Elternnachzug und Familiennachzug von sonstigen Familienangehörigen

Eltern eines minderjährigen Asylberechtigten oder anerkannten GFK-Flüchtlings oder Resettlement-Flüchtlings ist eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn sich kein sorgeberechtigter Elternteil im Bundesgebiet aufhält (§ 36 Abs. 1 AufenthG). Den Eltern eines subsidiär Schutzberechtigten kann gemäß § 36a Abs. 1 S. 2 AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden.

Der Nachzug Familienangehöriger, die nicht zur sogenannten Kernfamilie zählen, kann in Ausnahmefällen gewährt werden, wenn es zur Vermeidung einer außergewöhnlichen Härte, die familienbezogen sein muss, erforderlich ist (§ 36 Abs. 2 AufenthG).

Familiennachzug zu deutschen Staatsangehörigen

Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen oder Ehe- bzw. Lebenspartnern, minderjährigen ledigen Kindern sowie dem Elternteil eines minderjährigen Kindes zur Ausübung der Personensorge wird nach § 28 Abs. 1 AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis erteilt, wenn das Familienmitglied, zu dem ein Nachzug erfolgen soll, die

¹⁴¹ Gemäß § 2 Abs. 12 AufenthG beherrscht eine ausländische Person die deutsche Sprache, wenn ihre Sprachkenntnisse dem Niveau C 1 des GER entsprechen.

deutsche Staatsangehörigkeit besitzt und seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat. Dem minderjährigen ledigen Kind sowie dem Elternteil eines minderjährigen ledigen Kindes ist abweichend von der Regelerteilungsvoraussetzung des gesicherten Lebensunterhalts nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen (§ 28 Abs. 1 S. 2 AufenthG). Dem Ehe- bzw. Lebenspartner oder der Ehe- bzw. Lebenspartnerin von deutschen Staatsangehörigen soll die Aufenthaltserlaubnis in der Regel abweichend von § 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG erteilt werden. Auch hier gilt, dass die Ehe- oder Lebenspartnerin bzw. der Ehe- bzw. Lebenspartner sich zumindest auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen können muss (§ 28 Abs. 1 S. 5 i. V. m. § 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 AufenthG).

Datengrundlage

Eine Grundlage für die Erfassung des Familiennachzugs ist die Visastatistik des Auswärtigen Amtes. Sie weist diejenigen Fälle aus, in denen in einer deutschen Vertretung im Ausland ein Visum auf Nachzug eines Familienangehörigen erteilt worden ist. Dabei kann nicht automatisch auf die Staatsangehörigkeit der Antragstellerinnen und Antragsteller geschlossen werden. Die Visastatistik weist diese nicht aus, sondern bezieht sich auf den jeweiligen Ort der Antragstellung.¹⁴² Ob das erteilte Visum im Anschluss auch tatsächlich zur Einreise nach Deutschland genutzt wurde und ob in Deutschland tatsächlich einen Aufenthaltstitel aus familiären Gründen beantragt und gewährt wurde, lässt sich anhand dieser Zahlen nicht darstellen.

Seit dem Jahr 2005 kann neben der Visastatistik des Auswärtigen Amtes auch das Ausländerzentralregister (AZR) als Datenquelle für den Familiennachzug genutzt werden. Das AZR liefert insofern ein umfassenderes Bild, da es die Fälle erfasst, in denen Drittstaatsangehörige nach Einreise in Deutschland im selben Jahr einen Aufenthaltstitel aus familiären Gründen nach Antragstellung in Deutschland erhalten haben. Außerdem weist das AZR als Datenquelle die Staatsangehörigkeit dieser Person aus.

Darüber hinaus können ausländische Personen, die ursprünglich zu einem anderen Zweck (z. B. zur Erwerbstätigkeit, Ausbildung) nach Deutschland eingereist sind, durch einen Statuswechsel zu einem späteren Zeitpunkt eine Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen erhalten, etwa aufgrund einer Eheschließung im Inland. Diese Fälle gehen nicht in die im Folgenden dargestellten Daten aus der Visastatistik des Auswärtigen Amtes bzw. aus dem AZR ein.

Der Familiennachzug unterteilt sich in den Nachzug von Eheleuten, den Nachzug von minderjährigen Kindern sowie den von sonstigen Familienangehörigen zu ausländischen oder deutschen Personen. Seit dem Berichtsjahr 2018 wird der Nachzug zu minderjährigen Kindern in der Visastatistik getrennt ausgewiesen, zuvor wurde diese Gruppe unter der Kategorie „sonstige Familienangehörige“ erfasst.

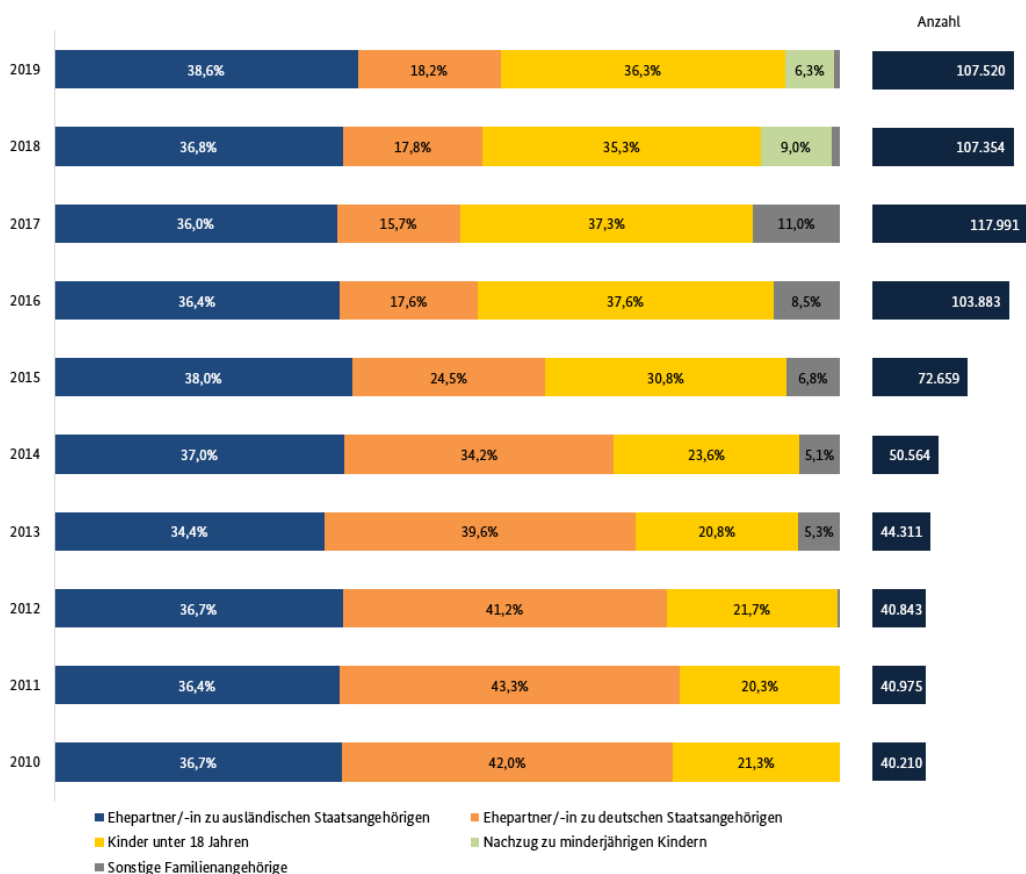
Im Folgenden wird zunächst die Entwicklung des Familiennachzugs seit 2010 anhand der Visastatistik des Auswärtigen Amtes nachgezeichnet. Im Anschluss daran wird der Familiennachzug auf der Basis des AZR dargestellt.

¹⁴² Beispielsweise im Falle der Türkei sind es die Botschaft in Ankara und die Generalkonsulate in Istanbul und Izmir. Es ist anzunehmen, dass türkische Staatsangehörige in der Regel bei den deutschen Vertretungen in der Türkei vorstellig werden, um ein Visum für die Familienzusammenführung zu erhalten. Allerdings ist verstärkt zu beobachten, dass auch Staatsangehörige aus anderen Staaten (z. B. Syrien) in den deutschen Auslandsvertretungen in der Türkei Visa zum Zweck des Familiennachzugs beantragen. So werden Visumanträge zum Familiennachzug von Antragstellenden mit gewöhnlichem Aufenthalt in Syrien gegenwärtig vorrangig von den Auslandsvertretungen in Beirut, Ankara, Istanbul, Izmir, Amman, Kairo und Erbil entgegengenommen. Vgl. Deutscher Bundestag 2016: 4.

3.5.1 Familiennachzug nach der Visastatistik

Im Regelfall ist es für den Familiennachzug erforderlich, dass von der deutschen Auslandsvertretung nach Zustimmung der örtlichen Ausländerbehörde vor der Einreise ein Visum zum Zwecke der Familienzusammenführung erteilt wird. Staatsangehörige von Australien, Israel, Japan, Kanada, der Republik Korea, Neuseeland und den USA benötigen kein entsprechendes Visum¹⁴³, ebenso wie Staatsangehörige von Andorra, Brasilien, El Salvador, Honduras, Monaco und San Marino unter den weiteren genannten Voraussetzungen des § 41 Abs. 2 AufenthV. EU-Staatsangehörige sind freizügigkeitsberechtigt und können daher visumfrei einreisen, ebenso wie Staatsangehörige aus den anderen Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums und der Schweiz. Zudem besteht nach den aufenthaltsrechtlichen Regelungen für die örtlichen Ausländerbehörden grundsätzlich die Möglichkeit unter bestimmten Voraussetzungen, im Inland einen Aufenthaltstitel zu erteilen, auch wenn eine Person ursprünglich mit einem Touristenvisum oder zu einem Kurzaufenthalt eingereist ist (§ 5 Abs. 2 AufenthG). Die Erteilung von Visa an sonstige Familienangehörige wird in der Visastatistik des Auswärtigen Amtes erst seit dem Jahr 2012 separat ausgewiesen.

Abbildung 3-34: Erteilte Visa für den Familiennachzug von 2010 bis 2019



Der Nachzug zu minderjährigen Kindern wurde im Berichtsjahr 2018 erstmalig getrennt ausgewiesen, zuvor war diese Gruppe unter der Kategorie „sonstige Familienangehörige“ erfasst.

Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen. Die Kategorien zu Ehepartnerinnen und Ehepartnern beinhalten auch Lebenspartnerinnen und Lebenspartner.

Quelle: Auswärtiges Amt

¹⁴³ Staatsangehörige dieser Länder können einen erforderlichen Aufenthaltstitel auch nach der Einreise einholen (§ 41 Abs. 1 AufenthV).

In den Jahren 2010 bis 2012 blieb die Zahl der Visumserteilungen zum Zweck des Familiennachzugs relativ konstant. Seit 2013/2014 stiegen die Zahlen jedoch deutlich an. Nachdem die Zahl der Erteilungen zwischen 2015 und 2016 um 43,0 % gestiegen ist, wurde im Jahr 2017 erneut ein Zuwachs um 13,6 % verzeichnet. Die erhebliche Zunahme im Jahr 2015 hängt wesentlich mit den Staatsangehörigen Syriens zusammen, die in die Anrainerstaaten (v. a. Türkei, Libanon, Jordanien) flüchteten. Im Jahr 2018 ging die Zahl der Erteilungen um 9,0 Prozentpunkte zurück, insgesamt wurden 107.354 Visa erteilt. Die Zahl blieb im Jahr 2019 mit 107.520 erteilten Visa nahezu konstant (vgl. Abbildung 3-34 und Tabelle 3-36 im Anhang).

Bei der Betrachtung der Zahl der erteilten Visa zum Zuzug von Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen oder Ehe- bzw. Lebenspartnern zeigt sich, dass die Visa für den Zuzug von ausländischen zu **deutschen** Staatsangehörigen zwischen 2010 und 2013 zahlreicher waren als die für den Nachzug zu ausländischen Staatsangehörigen. Seitdem nahm der Anteil der Visa zum Zweck des Nachzugs zu deutschen Staatsangehörigen ab, während der Anteil der Visa zum Zweck des Nachzugs zu ausländischen Staatsangehörigen konstant blieb. Visa für den Nachzug von Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen und Ehe- bzw. Lebenspartnern zu ausländischen Staatsangehörigen bildeten 2019 die zahlenmäßig stärkste Gruppe mit einem Anteil von 38,6 % an allen erteilten Visa zum Familiennachzug. Der Anteil der Visa für Eheleute bzw. Lebenspartnerinnen und Lebenspartner, die zu einer deutschen Person nachzogen, lag bei 18,2 %, im Vorjahr betrug dieser Anteil 17,8 % (vgl. Abbildung 3-34). Insgesamt wurden 41.544 Visa für den Nachzug zu in Deutschland lebenden ausländischen Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen oder Ehe- bzw. Lebenspartnern, 19.524 Visa für den Nachzug zu deutschen Ehe- oder Lebenspartnerinnen bzw. Ehe- oder Lebenspartnern erteilt (2018: 39.464 Visa zum Zweck des Familiennachzugs zu ausländischen Personen und 19.099 für den Nachzug zu deutschen Staatsangehörigen).

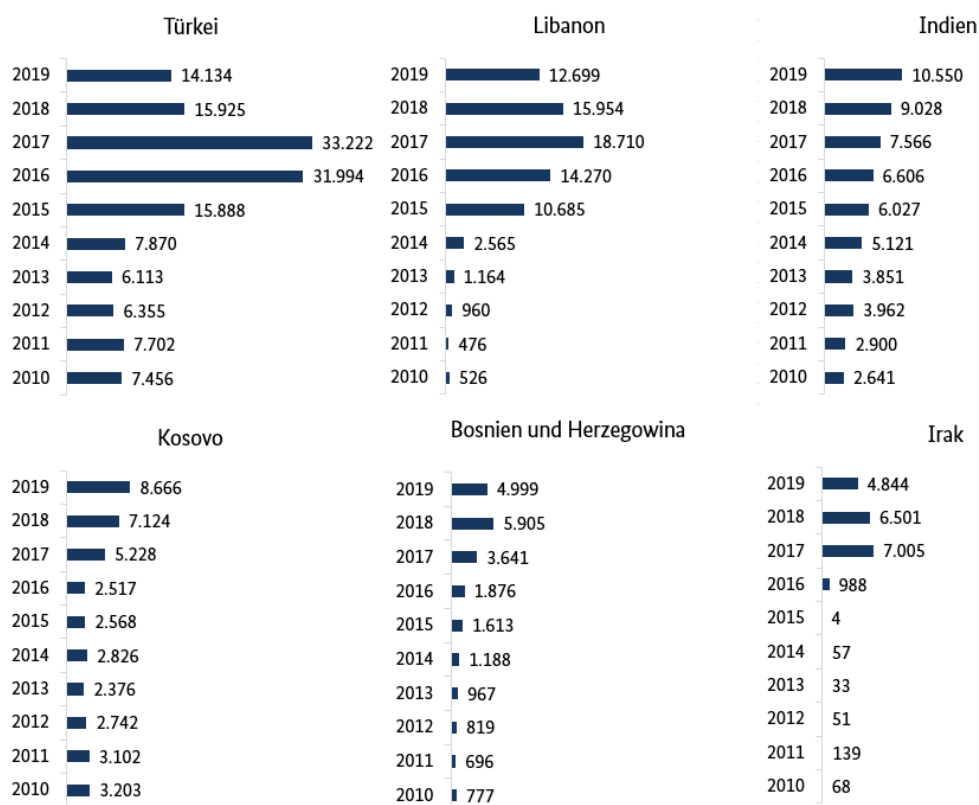
Nachdem sich der Anteil der Visa zum Zweck des Kindernachzugs am Gesamtfamiliennachzug im Zeitraum von 2000 bis 2014 relativ konstant zwischen 20 % und 25 % bewegte, nahm dieser ab dem Jahr 2015 deutlich zu. Diese Entwicklung stand im Zusammenhang mit der gestiegenen Folgemigration zu anerkannten Schutzberechtigten. 2019 wurden 38.990 Visa an nachziehende Kinder erteilt (+2,7 % im Vergleich zu 2018). Das entsprach einem Anteil von 36,3 % an allen nachgereisten Familienangehörigen (vgl. Abbildung 3-34 und Tabelle 3-36 im Anhang).

Seit 2018 wird der Nachzug zu minderjährigen Kindern getrennt ausgewiesen. 2019 wurden 6.724 der Visa aus diesem Grund ausgestellt. Im Vergleich zum Vorjahr sinkt damit der Anteil an allen ausgestellten Visa um 2,7 Prozentpunkte auf 6,3 %. Auf sonstige Familienangehörige entfielen 0,7 % aller Visa.

Im Jahr 2019 wurden in der Türkei die meisten Visa zum Zweck des Familiennachzugs ausgestellt (13,2 %). Die Anzahl der dort erteilten Visa ging jedoch von 15.925 im Jahr 2018 auf 14.134 im Jahr 2019 zurück (-11,2 %) (vgl. Abbildung 3-35). Die größte Gruppe bildete der Nachzug von Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen und Ehe- bzw. Lebenspartnern zu ausländischen Personen, mit einem Anteil von 36,3 %. Im Jahr 2019 wurden dazu in der deutschen Vertretung in der Türkei 5.136 Visa ausgestellt. 28,5 % bzw. 4.025 Visa wurden zum Zweck des Nachzugs von Kindern, 3.145 bzw. 22,3 % zum Zweck des Nachzugs von Eheleuten bzw. Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern zu deutschen Staatsangehörigen und 1.661 bzw. 11,8 % zum Zweck des Nachzugs von Eltern zu ihren minderjährigen Kindern erteilt (vgl. Abbildung 3-36 und Tabelle 3-38 im Anhang).

Im Libanon, wo 2018 noch die meisten Visa für Familienmitglieder ausgestellt wurden, belief sich die Zahl im Jahr 2019 auf 12.699. Damit kommt der Libanon mit einem Anteil von 11,8 % am gesamten Familiennachzug auf ein ähnliches Niveau wie die Türkei. Allerdings ging der Familiennachzug aus dem Libanon zwischen 2018 und 2019 von 15.954 auf 12.699 noch etwas stärker zurück (-20,4 %). Im Einzelnen wurden 6.705 Visa (52,8 %) für den Nachzug von Kindern erteilt und 4.148 (32,7 %) Visa zum Zweck des Nachzugs zu ausländischen Staatsangehörigen. Zum Zweck des Nachzugs zu einem bereits in Deutschland lebenden minderjährigen Kind wurden 1.294 Visa für Eltern ausgestellt (10,2 %). Der Nachzug von Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen und Ehe- bzw. Lebenspartnern zu deutschen Personen war mit 530 Visa relativ gering (4,2 %). Die starke Zunahme im Jahr 2015 hängt mit den in die Türkei und in den Libanon geflüchteten Staatsangehörigen Syriens zusammen. Sowohl für die deutschen Auslandsvertretungen in der Türkei als auch im Libanon gilt, dass hier vermehrt syrische Staatsangehörige Visa zum Zweck des Familiennachzugs beantragen.

Abbildung 3-35: Erteilte Visa für den Familiennachzug nach Deutschland nach ausgewählten Standorten der Auslandsvertretungen von 2010 bis 2019

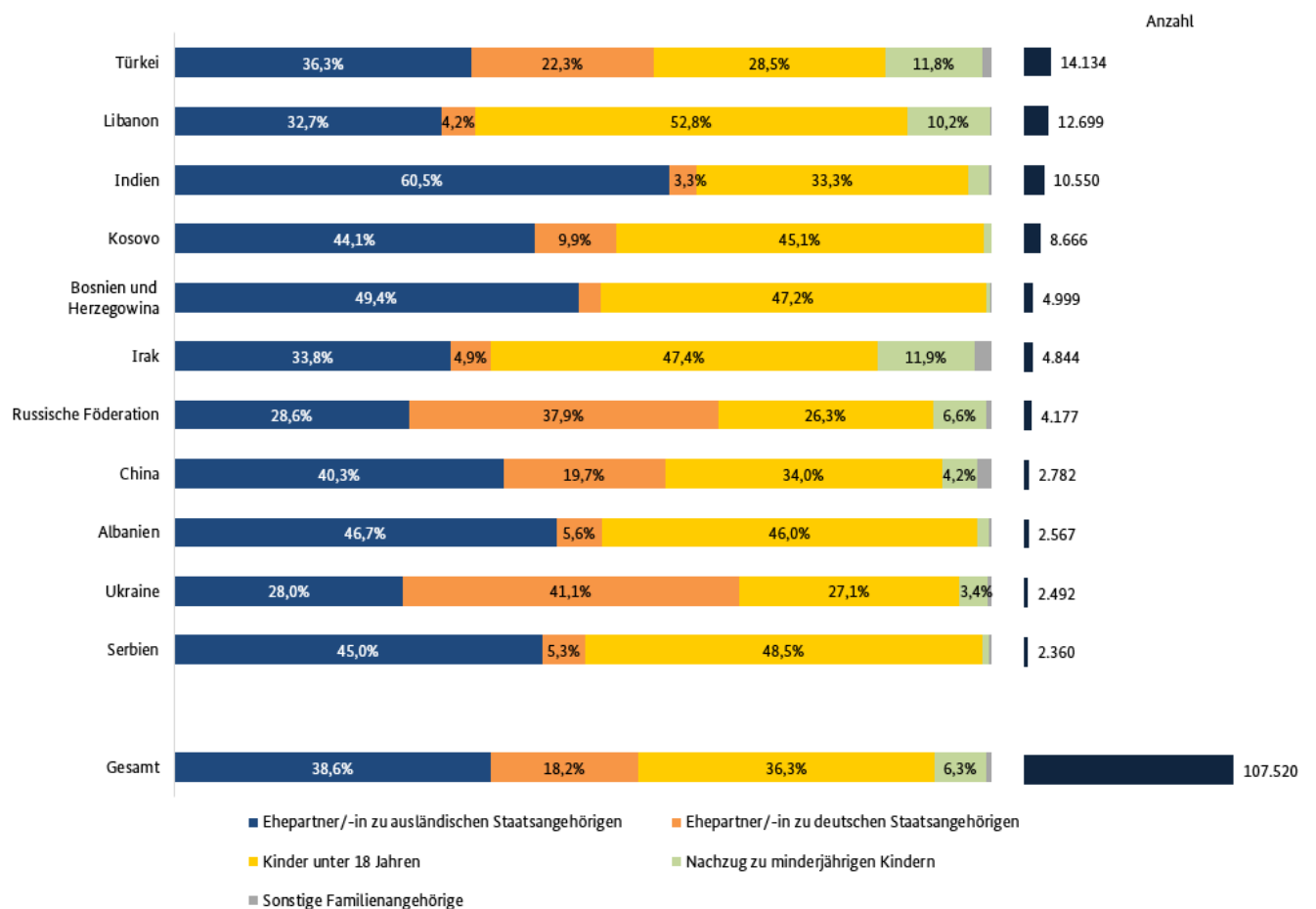


Quelle: Auswärtiges Amt

Auf Rang drei liegt Indien mit 9,8 % der erteilten Visa (10.550) für den Familiennachzug. Die Zahl der dort erteilten Visa ist im Jahr 2019 um 16,9 % gestiegen (2018: 9.028). Dies korrespondiert mit den Zuzugszahlen von Fachkräften aus diesem Land (vgl. dazu Kapitel 3.2). Es ist davon auszugehen, dass viele Fachkräfte gemeinsam mit ihren Familienangehörigen nach Deutschland einreisen. In der deutschen Auslandsvertretung im Kosovo wurden 8.666 Visa zum Zweck des Familiennachzuges erteilt, in Bosnien-Herzegowina 4.999, im Irak 4.844, in der Russischen Föderation 4.177 und in China 2.782 (vgl. Tabelle 3-37 im Anhang).

Bei indischen Staatsangehörigen überwiegt der Nachzug zu ausländischen Staatsangehörigen, im Jahr 2019 betrug dieser Anteil 60,5 %. Auch beim Nachzug aus den Ländern des Westbalkans Bosnien und Herzegowina (49,4 %), Albanien (46,7 %) und Serbien (45,0 %) ist dieser überproportional hoch. Ein überdurchschnittlich hoher Anteil des Kindernachzugs am Familiennachzug ist im Falle Libanons (52,8 %), Iraks (47,4 %), Serbiens (48,5 %) und bei Bosnien und Herzegowina (47,2 %) festzustellen (vgl. Abbildung 3-36 und Tabelle 3-38 im Anhang). Hinsichtlich der Struktur dominierte beim Familiennachzug im Jahr 2019 aus der Ukraine der Nachzug zu deutschen Staatsangehörigen. 41,1 % des Familiennachzugs von Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen und Ehe- bzw. Lebenspartnern aus der Ukraine entfielen auf den Nachzug zu einem deutschen Staatsangehörigen. Aus der Russischen Föderation (37,9 %) ist ein überproportional hoher Nachzug zu deutschen Staatsangehörigen festzustellen (vgl. Abbildung 3-36 und Abbildung 3-38 im Anhang).

Abbildung 3-36: Erteilte Visa für den Familiennachzug nach ausgewählten Auslandsvertretungen im Jahr 2019



Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

Quelle: Auswärtiges Amt

3.5.2 Familiennachzug nach dem AZR

Der Familiennachzug lässt sich anhand des AZR durch die dort vorgenommene Speicherung der Aufenthaltstitel differenzierter darstellen als dies durch die Visastatistik des Auswärtigen Amtes möglich ist. Das AZR erfasst die Fälle, in denen ausländische Personen eingereist sind und im Anschluss daran auf Antrag einen Aufenthaltstitel aus familiären Gründen in Deutschland erhalten haben. Im Gegensatz zur Visastatistik wird der Familiennachzug im AZR nach Staatsangehörigkeit gespeichert, und nicht nach Ausstellungsort des Visums. Im AZR sind auch solche Fälle erfasst, in denen zunächst aus einem anderen Grund eine Einreise erfolgt ist oder eine Berechtigung zur visumfreien Einreise bestand und erst nach Einreise ein Aufenthaltstitel beantragt wurde (dies trifft beispielsweise auf Staatsangehörige aus den Vereinigten Staaten, Kanada und Japan zu). Darüber hinaus kann der tatsächlich erfolgte Familiennachzug nach Staatsangehörigkeit und Alter differenziert werden. Die Visastatistik gibt dagegen nur die Auslandsvertretung an, in der ein Visum zum Zwecke des Familiennachzugs ausgestellt wurde. Zudem sind über das AZR weitere Informationen über die nachziehenden Familienangehörigen (z. B. Nachzug des Ehe- bzw. Lebenspartners oder Ehe- bzw. Lebenspartnerin, sonstiger Familiennachzug, Elternnachzug) zugänglich.¹⁴⁴

Insgesamt wurden 96.633 Aufenthaltserlaubnisse aus familiären Gründen an Personen erteilt, die im Jahr 2019 eingereist sind (2018: 97.129) (vgl. Abbildung 3-37). Im Vergleich zum Vorjahr sank die Zahl der erteilten Aufenthaltserlaubnisse aus familiären Gründen um 0,5 % (vgl. Tabelle 3-39 im Anhang). Die Anzahl an Aufenthaltserlaubnissen aus familiären Gründen stimmt nicht mit der Zahl der erteilten Visa in der Statistik des Auswärtigen Amtes (107.520) überein. Dies liegt zum einen daran, dass Aufenthaltserlaubnisse aus familiären Gründen auch an Personen erteilt werden können, die zunächst aus einem anderen Grund eingereist sind. Zum anderen wird im AZR auch der Nachzug von Staatsangehörigen erfasst, die visumfrei in das Bundesgebiet einreisen können. Außerdem reisen nicht notwendigerweise alle Personen nach Deutschland ein, die ein Visum erhalten. Aus diesem Grund sind die Zahlen aus der Visastatistik und aus dem AZR nur eingeschränkt miteinander vergleichbar.

2019 wurden 41.543 Aufenthaltserlaubnisse an nachziehende Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen erteilt und damit 43,0 % aller Aufenthaltserlaubnisse aus familiären Gründen (vgl. Tabelle 3-40 im Anhang). Davon zogen 13.392 Frauen zu einem bzw. einer deutschen und 28.151 zu einem bzw. einer ausländischen Staatsangehörigen. 12,9 % der Aufenthaltserlaubnisse wurde an nachziehende Ehe- bzw. Lebenspartner erteilt (12.444). Der Großteil davon betraf den Nachzug zu deutschen Staatsangehörigen (7.335 Aufenthaltserlaubnisse). Insgesamt sind 33.260 Eheleute bzw. Lebenspartnerinnen und Lebenspartner zu Drittstaatsangehörigen nachgezogen, darunter 6.996 Personen zu Personen, denen eine Blaue Karte EU erteilt wurde (2018: 4.639).

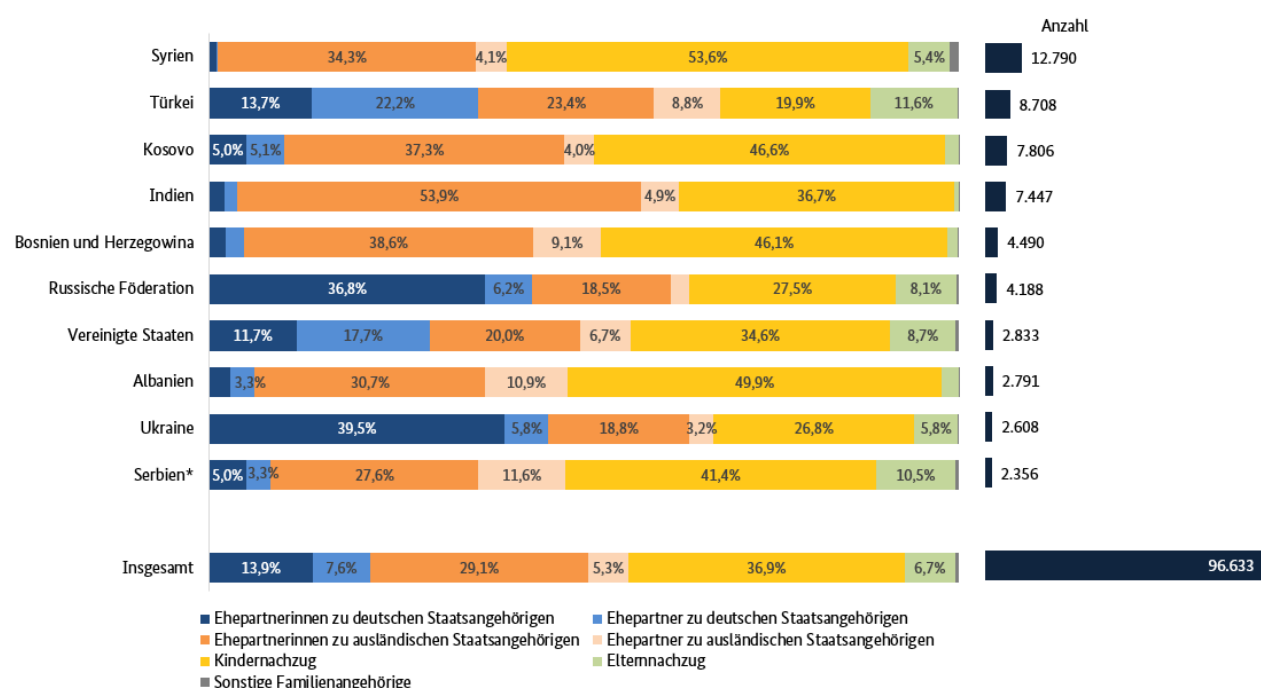
Im Vergleich zum Vorjahr blieb die Anzahl nachziehender Kinder (35.610) nahezu konstant (2017: 35.743). Damit wurden 36,8 % der Aufenthaltserlaubnisse für einen Kindernachzug erteilt. 34.533 der Kinder unter 18 Jahren, die im Rahmen des Familiennachzugs im Jahr 2018 nach Deutschland kamen, zogen zu einem

¹⁴⁴ In der Visastatistik des Auswärtigen Amtes wird die Erteilung von Visa zum Zweck des Nachzugs sonstiger Familienangehöriger erst seit 2012 erfasst, der Elternnachzug zu minderjährigen Kindern wird erst seit 2018 getrennt davon ausgewiesen.

ausländischen Elternteil (Anteil: 97,0 %). 5.084 Kinder zogen zu Elternteilen nach, die sich mit einer Blauen Karte EU in Deutschland aufhielten.

Auf nachziehende Elternteile minderjähriger deutscher und minderjähriger ausländischer Kinder (§ 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 AufenthG, § 36 Abs. 1 AufenthG und 36a AufenthG) entfielen 6.506 Aufenthaltserlaubnisse (6,7 %). Der Großteil hiervon betraf einen ausländischen Elternteil eines deutschen minderjährigen ledigen Kindes (5.587 Aufenthaltserlaubnisse). An sonstige Familienangehörige wurden 530 Aufenthaltserlaubnisse erteilt (0,5 %).

Abbildung 3-37: Familiennachzug (erteilte Aufenthaltserlaubnisse) nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2019



*) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.
Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

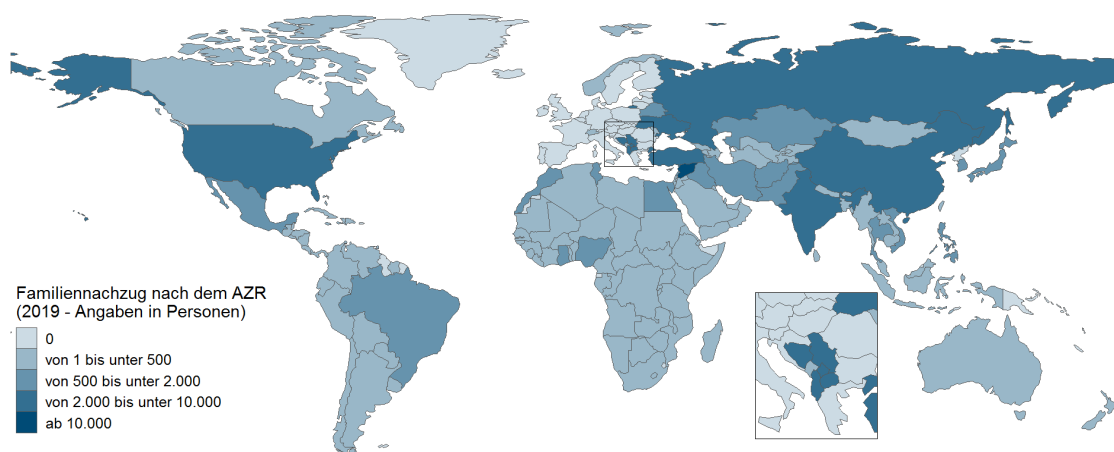
Quelle: Ausländerzentralregister

Seit 2015 ist Syrien Hauptstaatsangehörigkeit der Inhaberinnen und Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen, nachdem seit Beginn der Erfassung im Jahr 2005 durchgängig bis 2014 nachziehende türkische Staatsangehörige die größte Gruppe bildeten. Im Jahr 2018 wurde allerdings mit 14.350 einreisenden syrischen Familienangehörigen ein deutlicher Rückgang des Familiennachzugs aus diesem Herkunftsland im Vergleich zum Vorjahr registriert (-57,0 %). Dieser Rückgang setzt sich auch im Jahr 2019 fort (12.790, -10,9 %). Nach einem Anteil von 14,8 % im Jahr 2018 sank somit der Anteil syrischer Staatsangehörigen am gesamten Familiennachzug im Jahr 2019 auf 13,2 %. Der Rückgang ist unter anderem eine Folge der gesunkenen Fluchtmigration syrischer Staatsangehöriger. Nachziehende Kinder machen dabei einen Anteil von 53,6 % aus (vgl. Abbildung 3-37 und Tabelle 3-39 sowie Tabelle 3-40 im Anhang).

An türkische Staatsangehörige wurden im Jahr 2019 8.708 Aufenthaltserlaubnisse aus familiären Gründen erteilt, 3,7 % mehr als im Vorjahr (2018: 8.401 Aufenthaltserlaubnisse). Dies entspricht einem Anteil von 9,0 %.

Weiter angestiegen ist auch der Familiennachzug von Staatsangehörigen aus den Westbalkanstaaten Kosovo (+23,6 %), Albanien (+55,6 %) und Nordmazedonien (+26,9 %), während der Familiennachzug von Staatsangehörigen aus Bosnien und Herzegowina (-15,0 %), und Serbien (-5,8 %) zurück ging. Eine deutliche Zunahme der Familiennachzugszahlen konnte auch bei Staatsangehörigen aus den durch einen hohen Anteil an Fluchtmigration gekennzeichneten Herkunftsstaaten Iran und Afghanistan festgestellt werden. Dagegen war ein starker Rückgang des Nachzugs irakischer Familienangehöriger zu verzeichnen (-43,2 %). Auf etwa gleichem Niveau wie im Vorjahr bewegte sich der Familiennachzug russischer Staatsangehöriger. Der Nachzug von indischen Staatsangehörigen ist im Vergleich zu 2018 um 21,0 % gestiegen. Dabei dürfte es häufig um den Nachzug zu (hoch-)qualifizierten Erwerbsmigrantinnen und Erwerbsmigranten handeln. Ein Indikator dafür ist der überproportional hohe Anteil von Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen, Ehe- bzw. Lebenspartner und Kindern, die zu einer Person mit einer Blauen Karte nachziehen.

Karte 3-2: Familiennachzug (erteilte Aufenthaltserlaubnisse) im Jahr 2019 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten



Quelle: Ausländerzentralregister

Betrachtet man die Struktur des Familiennachzugs anhand der ausgewählten Staatsangehörigkeiten, so zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen diesen. Bei Staatsangehörigen aus der Russischen Föderation und der Ukraine dominiert der Nachzug von Eheleuten bzw. Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern zu Deutschen. Überproportional hoch ist der Nachzug von Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen und Ehe- bzw. Lebenspartnern zu Deutschen auch bei Staatsangehörigen aus Marokko. Bei Staatsangehörigen aus Indien überwiegt der Nachzug von Ehefrauen bzw. Lebenspartnerinnen zu ausländischen Staatsangehörigen. Zudem ist der Familiennachzug aus Syrien, Albanien und Kosovo durch einen hohen Anteil nachziehender Kinder gekennzeichnet (vgl. Abbildung 3-37).

Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen zu EU-Staatsangehörigen

Der Familiennachzug zu ausländischen Unions- bzw. EWR-Staatsangehörigen richtet sich nach dem Freizügigkeitsgesetz/EU (§ 2 Abs. 1 i. V. m. § 3 FreizügG/EU). Im Jahr 2019 sind 14.625 drittstaatsangehörige Familienangehörige von EU- bzw. EWR Staatsangehörigen eingereist, denen eine Aufenthaltskarte nach § 5 Abs. 1 S. 1 FreizügG/EU ausgestellt wurde (2018: 13.889 Angehörige). Damit stieg der Zuzug von Familienangehörigen aus Drittstaaten gegenüber 2018 um 5,3 %. Darunter befanden sich 2.525 Staatsangehörige aus der Republik Moldau, 1.910 aus Serbien (inkl. ehemaliges Serbien und Montenegro), 1.672 aus Nordmazedonien, 1.091 aus Bosnien-Herzegowina, 883 aus Brasilien und 845 aus Albanien. Zum Ende des Jahres 2019 hatten insgesamt 85.855 drittstaatsangehörige Familienangehörige von Unionsbürgerinnen und -bürgern eine Aufenthaltskarte inne (2018: 74.442).

Sprachprüfungen im Herkunftsland

Aufgrund der Anforderung des Sprachnachweises beim Nachzug zur ausländischen oder deutschen Ehe- oder Lebenspartnerin bzw. zum ausländischen oder deutschen Ehe- bzw. Lebenspartner (§ 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 und § 28 Abs. 1 S. 5 AufenthG) müssen nachziehende Personen grundsätzlich einfache Kenntnisse der deutschen Sprache nachweisen. Ausnahmeregelungen dazu sind in der Infobox im Rahmen der Einleitung zu Kapitel 3.5 dargestellt. Die einfachen Kenntnisse der deutschen Sprache werden in der Regel durch die erfolgreiche Teilnahme an einem anerkannten Sprachkurs im Herkunftsland nachgewiesen.

Im Jahr 2019 haben weltweit insgesamt 48.755 Drittstaatsangehörige an der angebotenen¹⁴⁵ Sprachprüfung „Start Deutsch 1“ des Goethe-Instituts teilgenommen.¹⁴⁶ Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Anstieg um 1,3 % (2018: 48.130). Die Bestehensquote¹⁴⁷ bei Personen, die zuvor einen Sprachkurs des Goethe-Instituts besucht haben (interne Prüfungsteilnehmer), betrug 72 %; bei externen Prüfungsteilnehmern lag die Bestehensquote bei 64 %. Insgesamt lag die Bestehensquote bei den Sprachprüfungen „Start Deutsch 1“ im Jahr 2019 bei 65 % und war damit einen Prozentpunkt niedriger als im Vorjahr.

Dabei wurden je nach Herkunftsland unterschiedliche Bestehensquoten registriert. Betrachtet man die Hauptherkunftsländer des Nachzugs von Ehe- oder Lebenspartnerinnen bzw. Ehe- oder Lebenspartnern, so waren relativ hohe Bestehensquoten in der Ukraine (83,5 %), in der Russischen Föderation (87,9 %) und in Indien (81,2 %) zu verzeichnen. Die niedrigste Bestehensquote unter den Hauptherkunftsländern haben Irak (55,0 %) und Albanien (54,6 %). Die Bestehensquote in der Türkei betrug 62,7 %¹⁴⁸ (vgl. Tabelle 3-16).

¹⁴⁵ Soweit die Standorte des Goethe-Institutes im Ausland diese anbieten. Die Standorte können auf der Internetseite des Goethe-Institutes abgefragt werden: <https://www.goethe.de/de/spr/kup/prf/prf/sd1.html>.

¹⁴⁶ Daten basieren auf Mitteilung des Goethe-Instituts vom 13. Juli 2020.

¹⁴⁷ Die Bestehensquote bezieht sich auf alle abgelegten Sprachprüfungen (Erst- und Wiederholungsprüfungen).

¹⁴⁸ Eine Befragung von Teilnehmenden von Vorbereitungs-Sprachkursen an den Goethe-Instituten in der Türkei hat ergeben, dass die Mehrheit der Befragten die Angebote zur vorintegrativen Sprachförderung als notwendig erachtet und positiv bewertet. So stimmten 87 % der Aussage zu, dass alle Menschen bereits vor der Einreise in das Land, in dem sie künftig leben werden, im Herkunftsland Sprachkenntnisse erwerben sollten. Vgl. Döhla 2015: 329ff.

Tabelle 3-16: Sprachprüfung „Start Deutsch 1“ des Goethe-Instituts in ausgewählten Hauptherkunftsländern im Jahr 2019

| Herkunftsland | Gesamtzahlen (intern & extern) | | Interne Prüfungsteilneh- mende ¹ | Externe Prüfungsteilnehmende | |
|-----------------------------|-----------------------------------|---------------------|---|------------------------------|--|
| | Prüfungen (absolut) | Bestehens- quote | Bestehensquote | Bestehensquote | Anteil externer Prüfungsanmeldun- gen an Gesamtzahl Prüfungen |
| Türkei | 9.289 | 62,7% | 76,4% | 61,0% | 89,4% |
| Nordmazedonien ² | 7.660 | 65,4% | 71,7% | 65,3% | 98,8% |
| Albanien | 1.735 | 54,6% | 63,9% | 53,6% | 90,3% |
| Irak | 1.595 | 55,0% | 58,2% | 55,1% | 92,4% |
| Bosnien und Herzegowina | 1.331 | 76,2% | 65,3% | 76,8% | 94,4% |
| Libanon | 1.253 | 67,6% | 81,8% | 67,3% | 98,2% |
| Indien | 1.025 | 81,2% | 83,2% | 72,4% | 19,1% |
| Ukraine | 792 | 83,5% | 90,3% | 82,9% | 92,2% |
| Russland | 755 | 87,9% | 92,5% | 86,7% | 78,8% |
| China | 586 | 76,6% | 83,0% | 74,0% | 70,8% |
| Gesamt | 48.755 | 65,5% | 71,9% | 64,3% | 84,2% |

1) Teilnehmende an Sprachkursen des Goethe-Instituts.

2) Inklusive Kosovo.

Quelle: Goethe-Institut 2020

3.6 Migration aus weiteren aufenthaltsrechtlichen Gründen

Neben den in den vorangehenden Kapiteln dargestellten Zuwanderungsgruppen gibt es noch weitere legale Möglichkeiten der Migration und des Aufenthalts von Drittstaatsangehörigen. Es handelt sich um von bestimmten Voraussetzungen abhängige besondere Aufenthaltsrechte, wie beispielsweise das Recht auf Wiederkehr von Ausländerinnen und Ausländern (§ 37 AufenthG) und ehemaligen Deutschen (§ 38 AufenthG) sowie die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis in begründeten Fällen für einen vom Aufenthaltsgesetz nicht ausdrücklich vorgesehenen Aufenthaltswitz (§ 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG). Personen, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU langfristig aufenthaltsberechtigt sind, erhalten eine Aufenthaltserlaubnis, wenn sie sich länger als 90 Tage im Bundesgebiet aufhalten wollen (§ 38a Abs. 1 AufenthG).¹⁴⁹

Ausländische Staatsangehörige, die als Minderjährige rechtmäßig ihren gewöhnlichen Wohnort in Deutschland hatten, kann eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn sie sich vor ihrer Ausreise 8 Jahre rechtmäßig in Deutschland aufgehalten und 6 Jahre die Schule besucht haben. Zudem muss die Sicherung des Lebensunterhalts gewährleistet sein. Der Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis muss nach Vollendung des 15. und vor Vollendung des 21. Lebensjahres und vor Ablauf von fünf Jahren

¹⁴⁹ Vgl. Müller 2013.

seit der Ausreise aus Deutschland gestellt werden. Nach § 37 Abs. 2 AufenthG kann von der Voraussetzung der Dauer des rechtmäßigen Aufenthaltes und des Schulbesuchs sowie dem Zeitfenster zur Antragstellung zur Vermeidung besonderer Härten abgesehen werden.

Nach § 37 Abs. 2a S. 1 AufenthG kann Opfern von Zwangsverheiratungen, die als Minderjährige in Deutschland aufhältig waren, eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn sie von der Rückkehr nach Deutschland abgehalten wurden, den Antrag innerhalb von drei Monaten nach Wegfall der Zwangslage und vor Ablauf von fünf Jahren seit ihrer Ausreise stellen sowie gewährleistet erscheint, dass sie sich aufgrund der bisherigen Ausbildung und Lebensverhältnisse in die deutschen Lebensverhältnisse einfügen können. Ein noch weitergehendes Wiederkehrrecht wird durch § 37 Abs. 2a S. 2 AufenthG denjenigen Opfern von Zwangsverheiratungen gewährt, die sich vor ihrer Ausreise bereits mindestens 8 Jahre rechtmäßig in Deutschland aufhielten und 6 Jahre die Schule besuchten. Opfer von Zwangsverheiratungen, die unter diese Personengruppe fallen, können den Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis noch bis zu 10 Jahre nach Ausreise stellen.¹⁵⁰

Personen in Rente, die in ihre Herkunftsländer zurückgekehrt sind, wird in der Regel eine Aufenthaltserlaubnis erteilt, wenn sie sich vor ihrer Ausreise 8 Jahre rechtmäßig im Bundesgebiet aufgehalten haben (§ 37 Abs. 5 AufenthG).

Nach § 38 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG ist einem ehemaligen deutschen Staatsangehörigen eine Niederlassungserlaubnis zu erteilen, wenn er sich bei Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit seit mindestens fünf Jahren in Deutschland aufhielt. Ehemalige deutsche Staatsangehörige erhalten eine Aufenthaltserlaubnis, wenn sie bei Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit seit mindestens einem Jahr ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet hatten (§ 38 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG).

Zudem kann einem ausländischen Staatsangehörigen in begründeten Fällen eine Aufenthaltserlaubnis für einen nicht im Aufenthaltsgesetz vorgesehenen Aufenthaltswert erteilt werden (§ 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG).

Im Jahr 2019 sind 3.066 Personen aus weiteren begründeten Fällen nach Deutschland eingereist (§ 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG), 2018 waren es 3.269. Damit ist die Zahl der auf der Grundlage von § 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG erteilten Aufenthaltserlaubnisse im Vergleich zum Vorjahr um 6,2 % gesunken. Die meisten Aufenthaltserlaubnisse wurden an Staatsangehörige aus den Vereinigten Staaten (889) erteilt (vgl. Tabelle 3-17).

¹⁵⁰ In den Jahren 2011 bis 2019 sind keine Personen auf der Grundlage dieser Wiederkehrrechte eingereist.

Tabelle 3-17: Aus weiteren Gründen in den Jahren 2018 und 2019 zugewanderte Personen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Aufenthaltstitel

| Staatsangehörigkeit | Aufenthaltserlaubnis | | | | | | | | Niederlassungserlaubnis für ehemalige Deutsche (§ 38 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG) | | Sonstige Gründe insgesamt | |
|----------------------|--|--------------|---|----------|---|-----------|---|-----------|---|-----------|---------------------------|--------------|
| | Für sonstige begründete Fälle (§ 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG) | | Für die Wiederkehr junger ausländischer Staatsangehörige (§ 37 Abs. 1 AufenthG) | | Für die Wiederkehr von Rentnerinnen und Rentnern (§ 37 Abs. 5 AufenthG) | | Für ehemalige Deutsche (§ 38 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 und 5 AufenthG) | | 2018 | 2019 | 2018 | 2019 |
| | 2018 | 2019 | 2018 | 2019 | 2018 | 2019 | 2018 | 2019 | | | | |
| Vereinigte Staaten | 871 | 845 | 1 | 1 | 3 | 2 | 41 | 34 | 3 | 7 | 919 | 889 |
| Libyen | 401 | 481 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 401 | 481 |
| Thailand | 262 | 160 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 263 | 162 |
| Türkei | 52 | 38 | 3 | 3 | 18 | 20 | 4 | 4 | 74 | 53 | 151 | 118 |
| Brasilien | 138 | 112 | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 140 | 112 |
| Japan | 110 | 107 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 110 | 107 |
| Kanada | 100 | 85 | 1 | 0 | 0 | 0 | 7 | 10 | 1 | 1 | 109 | 96 |
| Russische Föderation | 107 | 76 | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2 | 0 | 1 | 109 | 79 |
| China | 88 | 73 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 88 | 73 |
| Australien | 71 | 68 | 0 | 0 | 0 | 0 | 9 | 5 | 0 | 0 | 80 | 73 |
| Insgesamt | 3.072 | 2.890 | 11 | 9 | 25 | 28 | 79 | 72 | 82 | 67 | 3.269 | 3.066 |

Quelle: Ausländerzentralregister

An ehemalige deutsche Staatsangehörige wurden 2019 139 Aufenthaltstitel (72 Aufenthalts- und 67 Niederlassungserlaubnisse) erteilt (2018: 161 Aufenthaltstitel), 41,0 % davon an türkische Staatsangehörige. An wiederkehrende junge ausländische Personen wurden 9, an wiederkehrende Rentnerinnen und Rentner 28 Aufenthaltserlaubnisse erteilt (vgl. Tabelle 3-17).

Tabelle 3-18: Zuwanderung von in anderen Mitgliedstaaten der EU langfristig Aufenthaltsberechtigten 2014 bis 2019

| Staatsangehörigkeit | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 |
|-------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| Albanien | 333 | 611 | 600 | 585 | 797 | 795 |
| Pakistan | 347 | 450 | 494 | 495 | 552 | 702 |
| Indien | 270 | 414 | 441 | 491 | 538 | 628 |
| Kosovo | 1.148 | 1.030 | 800 | 666 | 573 | 498 |
| Vietnam | 348 | 469 | 443 | 455 | 486 | 416 |
| Bangladesch | 70 | 147 | 152 | 140 | 221 | 391 |
| Marokko | 197 | 278 | 278 | 262 | 279 | 363 |
| Nordmazedonien | 469 | 467 | 360 | 267 | 291 | 273 |
| Bosnien und Herzegowina | 333 | 292 | 281 | 325 | 268 | 262 |
| Türkei | 71 | 97 | 144 | 134 | 177 | 213 |
| Nigeria | 78 | 106 | 83 | 104 | 132 | 197 |
| Ghana | 129 | 111 | 84 | 81 | 107 | 189 |
| China | 104 | 114 | 89 | 100 | 100 | 140 |
| Insgesamt | 4.412 | 5.230 | 4.809 | 4.713 | 5.177 | 5.924 |

Quelle: Ausländerzentralregister

Im Jahr 2019 sind insgesamt 5.924 Drittstaatsangehörige, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat langfristig aufenthaltsberechtigt sind (§ 38a Abs. 1 AufenthG), zugewandert. Dies ist ein leichter Anstieg um 14,4 % im Vergleich zum Vorjahr (2018: 5.177 Drittstaatsangehörige). Die meisten Aufenthaltserlaubnisse wurden an Staatsangehörige aus Albanien (795), Pakistan (702) und Indien (628) erteilt (vgl. Tabelle 3-18). Zum 31. Dezember 2019 besaßen insgesamt 30.295 Personen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 38a AufenthG (Ende 2018: 26.945).

3.7 Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler

3.7.1 Gesetzliche Grundlagen und Verfahren

Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler¹⁵¹ sind nach § 4 des Bundesvertriebenengesetz (BVFG) in der Regel deutsche Volkszugehörige, die infolge des Zweiten Weltkrieges besonderen Belastungen, einem besonderen Kriegsfolgenschicksal, ausgesetzt waren. Sie haben die im BVFG benannten Aussiedlungsgebiete nach dem 31. Dezember 1992 im Wege des Aufnahmeverfahrens verlassen und innerhalb von sechs Monaten ihren ständigen Aufenthalt im Bundesgebiet genommen.

Gemäß § 6 Abs. 2 BVFG ist deutsche Volkszugehörige bzw. deutscher Volkszugehöriger, wer von einer oder einem deutschen Staatsangehörigen oder deutschen Volkszugehörigen abstammt, sich bis zum Verlassen der Aussiedlungsgebiete zum deutschen Volkstum bekannt und ihr/sein Bekenntnis grundsätzlich durch

¹⁵¹ Da Gegenstand dieses Kapitels ganz überwiegend Personen sind, die ab 1993 nach Deutschland kamen, wird zur sprachlichen Vereinfachung durchgehend „Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler“ statt der Schreibweise mit Klammern verwendet, auch wenn im Einzelfall Personen eingeschlossen sind, die in die Kategorie „Aussiedlerinnen und Aussiedler“ (Einreise nach Deutschland bis 31. Dezember 1992) fallen.

die Fähigkeit, ein einfaches Gespräch auf Deutsch führen zu können, bestätigt hat oder nach dem Recht des Herkunftsstaates zur deutschen Nationalität gehört hat. Ein Bekenntnis zum deutschen Volkstum kann durch eine entsprechende Nationalitätenerklärung oder „auf andere Weise“ erfolgen, d. h. insbesondere durch den Nachweis ausreichender deutscher Sprachkenntnisse entsprechend dem Niveau B1 des GER oder durch den Nachweis familiär vermittelter Deutschkenntnisse.

Mit dem Aussiedleraufnahmegesetz vom 28. Juni 1990¹⁵² wurde ein förmliches Aufnahmeverfahren eingeführt.¹⁵³ Seither ist eine Zuwanderung nach dem BVFG grundsätzlich nur dann möglich, wenn bereits vor dem Verlassen des Herkunftsgebietes das Vorliegen der gesetzlichen Aufnahmevoraussetzungen durch das Bundesverwaltungsamt vorläufig überprüft und durch Erteilung eines Aufnahmebescheides bejaht worden ist. Auf der Grundlage des Aufnahmebescheides wird dann ein Visum zur Einreise in das Bundesgebiet erteilt. Nachdem Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in dem ihnen zugewiesenen Bundesland Wohnsitz genommen haben, stellt das Bundesverwaltungsamt zum Nachweis der Spätaussiedlereigenschaft eine Bescheinigung aus (§ 15 Abs. 1 S. 1 BVFG).

Durch das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz (KfbG) vom 21. Dezember 1992¹⁵⁴ wurden die Aufnahmevoraussetzungen grundlegend neu geregelt. Die bisherige Rechtsfigur des „Aussiedlers“ nach § 1 Abs. 2 Nr. 3 BVFG wurde mit Wirkung zum 1. Januar 1993 durch den neu geschaffenen Tatbestand des „Spätaussiedlers“ (§ 4 BVFG) ergänzt. Zudem wurde im Jahr 2007 das Aufnahmeverfahren vereinfacht. Seither ist ausschließlich das Bundesverwaltungsamt zuständig. Die zusätzliche Prüfung durch die Länder ist entfallen (vgl. das Siebte Gesetz zur Änderung des Bundesvertriebenengesetzes vom 16. Mai 2007, BGBl. I S. 748).

Einbeziehung von Ehepartnerinnen und Ehepartnern und Nachkommen

Erfüllen sich bewerbende Personen alle Voraussetzungen für den Status als Spätaussiedlerin bzw. Spätaussiedler, wird ihnen ein Aufnahmebescheid erteilt. Auf Antrag können ihre Ehepartnerinnen und Ehepartner sowie Nachkommen bei Vorliegen der Voraussetzungen nach § 27 Abs. 2 S. 1 BVFG vom 6. September 2013 (BGBl. I. S. 3554) zum Zwecke der gemeinsamen Aussiedlung in den Aufnahmebescheid einbezogen werden. Eine Einbeziehung ist nur möglich, wenn die Spätaussiedlerin oder der Spätaussiedler selbst sie ausdrücklich beantragt und bei der einzubeziehenden Person kein Ausschlussgrund vorliegt. Ehepartnerinnen und Ehepartner können nur noch einbezogen werden, wenn die Ehe seit mindestens drei Jahren besteht. Zudem müssen diese und auch sämtliche volljährige Nachkommen Grundkenntnisse der deutschen Sprache besitzen.

Mit dem am 14. September 2013 in Kraft getretenen Zehnten Gesetz zur Änderung des BVFG wurde die Familienzusammenführung erheblich erleichtert. So ist das Erfordernis der gemeinsamen Aussiedlung entfallen, d. h. Ehepartnerinnen bzw. Ehepartner und Nachkommen können bei Vorliegen der sonstigen Vo-

¹⁵² BGBl. 1990 Teil I Nr. 32: 1247.

¹⁵³ Zu den rechtlichen Grundlagen der Aufnahme von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern vgl. auch Worbs et al. 2013: 13ff. sowie BMI 2011: 138-147.

¹⁵⁴ BGBl. 1992 Teil I Nr. 58: 2094.

raussetzungen nachträglich in den Aufnahmebescheid einbezogen werden und nach Deutschland aussiedeln. Die Pflicht zum Nachweis von Grundkenntnissen der deutschen Sprache gilt nunmehr nur noch für die Ehepartnerin bzw. Ehepartner und erwachsene, nicht aber für minderjährige Nachkommen. Von der Pflicht zum Sprachnachweis sind auch Personen befreit, die wegen einer körperlichen, geistigen und seelischen Krankheit oder einer Behinderung im Sinne des § 2 Abs. 1 S. 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch keine Grundkenntnisse der deutschen Sprache besitzen können (§ 27 Abs. 2 S. 5 BVFG). Zuvor galt diese Ausnahme nur für Personen, die wegen einer Behinderung keine Grundkenntnisse der deutschen Sprache besitzen können.

Die sonstigen nichtdeutschen Familienangehörigen (z. B. Schwieger- und Stiefkinder) sowie die Ehepartnerin bzw. Ehepartner und Nachkommen, die die Einbeziehungsvoraussetzungen nicht erfüllen, können nur nach Maßgabe des im Aufenthaltsgesetz geregelten Familiennachzugs zu Deutschen einreisen.¹⁵⁵

Nach der Einreise sind Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und ihre in den Aufnahmebescheid einbezogenen Familienangehörigen verpflichtet, sich in einer Erstaufnahmeeinrichtung des Bundes registrieren zu lassen (§ 8 Abs. 1 S. 4 BVFG). Vom Bundesverwaltungsamt werden die neu einreisenden Personen dann nach dem sogenannten „Königsteiner Schlüssel“ auf die Bundesländer verteilt (§ 8 BVFG).

Bescheinigungsverfahren und Erwerb der Staatsangehörigkeit

Die vom Bundesverwaltungsamt ausgestellte Bescheinigung dient nach § 15 Abs. 1 S. 1 BVFG als Nachweis der Eigenschaft und der endgültigen Feststellung des Status der Spätaussiedlerin bzw. des Spätaussiedlers. Familienangehörigen (Ehepartnerinnen sowie Ehepartner oder Nachkommen) wird die Bescheinigung zum Nachweis des Status nach Art. 116 Abs. 1 GG sowie der Leistungsberechtigung nach § 7 Abs. 2 S. 1 BVFG ausgestellt (§ 15 Abs. 2 S. 1 BVFG).

Mit Ausstellung der Bescheinigung erwerben Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und der in den Aufnahmebescheid einbezogene Familienangehörige die deutsche Staatsangehörigkeit (§ 7 des Staatsangehörigkeitsgesetzes - StAG). Diese Form des Staatsangehörigkeitserwerbs geht nicht in die amtliche Einbürgerungsstatistik ein (vgl. Kapitel 8.4)

Familienangehörige, die die Einbeziehungsvoraussetzungen nicht erfüllen, sowie andere Verwandte (z. B. Schwiegerkinder) behalten die ausländische Staatsangehörigkeit bei. Sie können die deutsche Staatsangehörigkeit nur auf Antrag im Wege der Einbürgerung erwerben, wenn sie die hierfür maßgeblichen Voraussetzungen nach den allgemeinen Einbürgerungsvorschriften erfüllen (vgl. dazu Kapitel 8.4).

¹⁵⁵ Den Familiennachzugsberechtigten wird zum Zweck der gemeinsamen Ausreise mit der Spätaussiedlerin bzw. dem Spätaussiedler ein auf 90 Tage befristetes nationales Visum ausgestellt, das nach der Aufnahme im Bundesgebiet in eine Aufenthaltserlaubnis zum Familiennachzug umgewandelt wird (§ 39 Nr. 1 AufenthV). Zum Zeitpunkt ihrer Einreise sind Personen mit Aufnahme- und Einbeziehungsbescheiden in der Regel noch keine deutschen Staatsangehörigen. Deshalb ist nach § 4 Abs. 1 S. 1 AufenthG auch für sie die Erteilung eines Aufenthaltstitels vor der Einreise erforderlich.

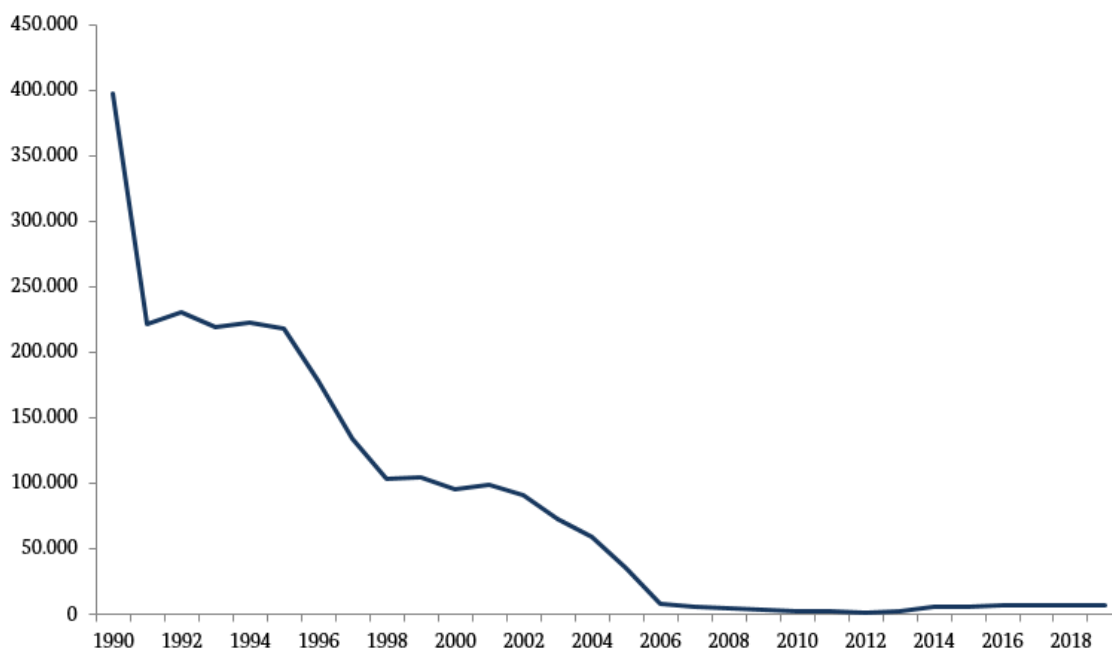
3.7.2 Entwicklung der Zuwanderung

Die statistische Erfassung der Aufnahme von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern findet personenbezogen beim Bundesverwaltungsamt in Köln statt. Im Zeitraum von 1990 bis 2018 wanderten über 2,5 Millionen Menschen in diesem rechtlichen Rahmen nach Deutschland zu (2.544.734). Es ist davon auszugehen, dass die überwiegende Mehrheit von ihnen dauerhaft in Deutschland bleibt.¹⁵⁶

Nachdem die Zuwanderung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern einschließlich ihrer Familienangehörigen im Jahr 1990 ihren Höhepunkt erreicht hatte (397.073), sind die Zuzugszahlen stetig zurückgegangen. Die Zuzugszahl im Jahr 2012 betrug nur noch 1.817 Personen (vgl. Abbildung 3-38 und Abbildung 3-39). Damit wurde im Jahr 2012 der niedrigste Zuzug seit Beginn des Aufnahmeverfahrens im Jahr 1950 registriert. In den folgenden Jahren wurde wieder ein Anstieg der Zuzugszahlen verzeichnet. Im Jahr 2019 wurden 7.155 Personen als Spätaussiedlerinnen bzw. Spätaussiedler registriert. Dies entspricht einer leichten Steigerung im Vergleich zum Vorjahr (2018: 7.126 Personen) um rund 0,5 %.

Zwischen 1999 und 2011 sank die Anzahl der neu gestellten Aufnahmeanträge nahezu kontinuierlich. Im Jahr 1999 lag sie noch bei etwa 117.000, während im Jahr 2010 nur mehr 3.908 Aufnahmeanträge gestellt wurden. Seitdem sind die Zahlen deutlich gestiegen, schwanken aber zum Teil erheblich (2013: 10.963; 2014: 30.009). Im Jahr 2019 wurden mit 13.197 Anträgen 10,3 % weniger Anträge gestellt als im Vorjahr (2018: 14.705 Anträge). Insgesamt wurden im Zeitraum von 1990 bis 2018 etwa 2,8 Millionen Aufnahmeanträge gestellt.¹⁵⁷

Abbildung 3-38: Zuwanderung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen nach Deutschland seit 1990 (Gesamtzahlen)

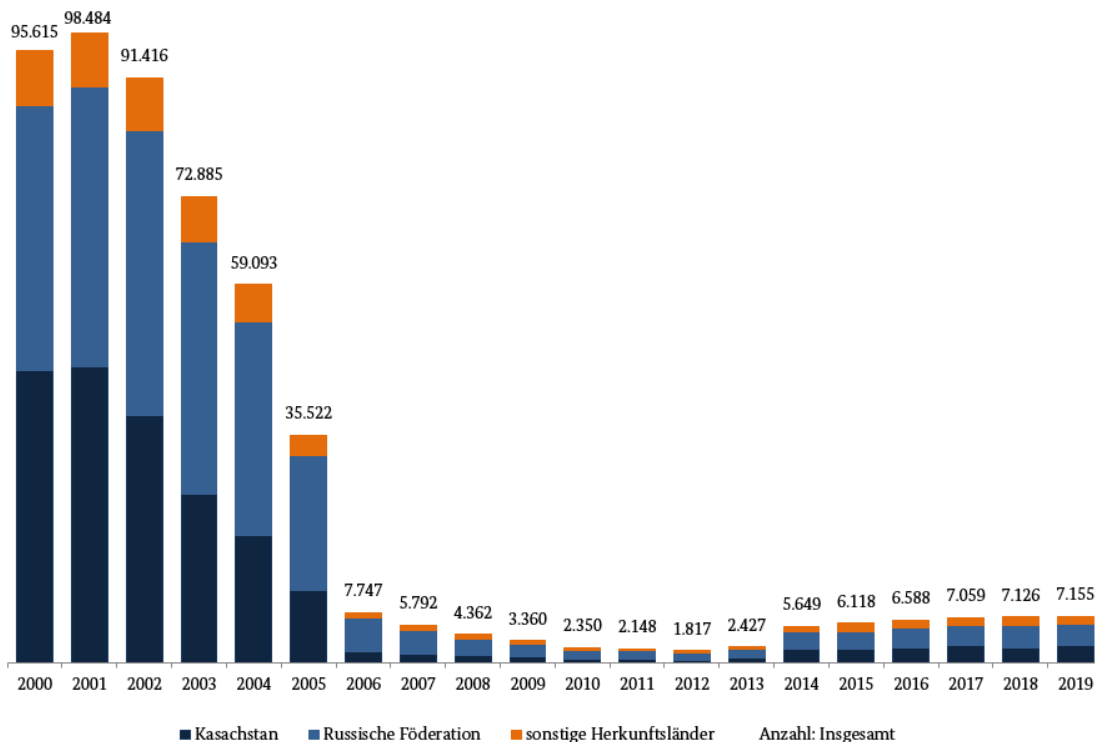


¹⁵⁶ Vgl. Worbs et al. 2013: 35f.

¹⁵⁷ Ein Aufnahmebescheid ist unbefristet gültig und berechtigt zur Einreise zu einem beliebigen Zeitpunkt. Es ist nicht bekannt, wie viele Antragstellende mit einem positiven Bescheid noch in den Herkunftsländern leben.

Quelle: Bundesverwaltungsamt

Abbildung 3-39: Zuwanderung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen nach Herkunftsländern von 2000 bis 2019



Quelle: Bundesverwaltungsamt

Herkunftsländer

Die Größenordnung sowie die Zusammensetzung des Zuzugs von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern nach Herkunftsgebieten hat sich seit Beginn der 1990er-Jahre stark verändert (vgl. Tabelle 3-41 im Anhang sowie Abbildung 3-39). Im Jahr 1990 kamen noch 133.872 Personen aus Polen und 111.150 aus Rumänien. Im Jahr 2019 zogen nur noch jeweils 3 Spätaussiedlerinnen bzw. Spätaussiedler aus diesen Ländern nach Deutschland (vgl. Tabelle 3-41 im Anhang). Der Rückgang der Zuzugszahlen aus diesen Staaten ist insbesondere auf das Inkrafttreten des KfbG im Januar 1993 und das dadurch eingeführte Erfordernis der Glaubhaftmachung eines Kriegsfolgenschicksals zurückzuführen.¹⁵⁸

Seit 1990 stellen Personen aus der ehemaligen Sowjetunion die zahlenmäßig stärkste Gruppe. Inzwischen kommen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler mit ihren Angehörigen fast ausschließlich von dort. Im Jahr 2019 zogen 7.149 Personen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland

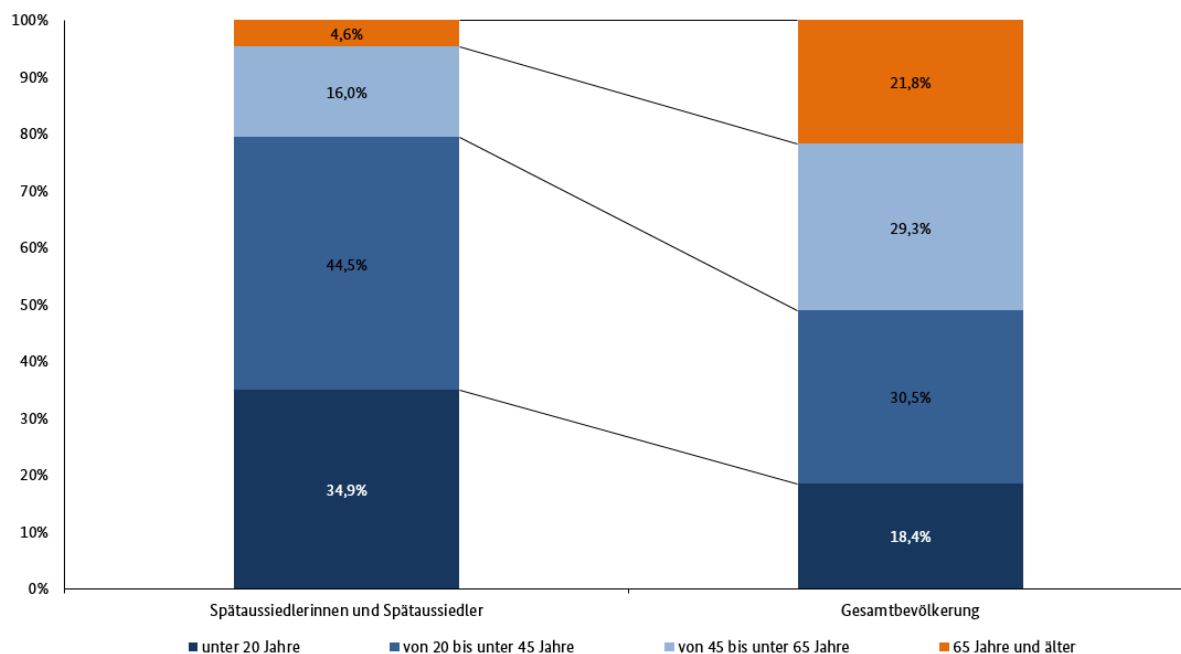
¹⁵⁸ Seit dem Inkrafttreten des KfbG müssen Antragstellende, die nicht aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion stammen, glaubhaft machen, dass sie am 31. Dezember 1992 oder danach Benachteiligungen aufgrund ihrer deutschen Volkszugehörigkeit ausgesetzt waren (§ 4 Abs. 2 BVFG). Bei Antragstellenden aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion wird die Fortwirkung dieser Benachteiligungen als gesetzliche Kriegsfolgenschicksalsvermutung weiterhin unterstellt.

(2017: 7.112). Ihr Anteil am gesamten Zuzug liegt seit Jahren bei etwa 98 %, im Jahr 2019 sogar bei 99,9 %. Hierbei waren die größten Herkunftsländer im Jahr 2019 die Russische Föderation mit 3.424 Personen (2018: 3.496) sowie Kasachstan mit 2.597 Personen (2018: 2.292). Aus der Ukraine kamen im Jahr 2019 669 (2018: 873), aus Kirgisistan 128 (2018: 120) und aus Belarus 144 Personen (2018: 109) (vgl. Tabelle 3-41 im Anhang).

Altersstruktur

Die Zuwanderung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und ihren Familienangehörigen wirkt sich – ähnlich wie die Zuwanderung von ausländischen Staatsangehörigen – positiv auf die Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland aus. Weil die zugewanderten Personen relativ jung sind, kommt es zu einem Verjüngungseffekt, wenn auch die zugewanderten Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler im Schnitt etwas älter sind als die zuziehenden ausländischen Personen. So waren 79,4 % der im Jahr 2019 zugezogenen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler unter 45 Jahre alt während nur 48,9 % der Gesamtbevölkerung auf diese Altersgruppe entfallen (vgl. Abbildung 3-40 und Tabelle 3-42 im Anhang). Dagegen waren nur 4,6 % der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler 65 Jahre und älter, aber 21,8 % der Gesamtbevölkerung.

Abbildung 3-40: Altersstruktur der im Jahr 2019 zugezogenen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und ihrer Familienangehörigen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung in Prozent



Quelle: Bundesverwaltungsamt

3.8 Zuwanderung von deutschen Staatsangehörigen

Auch die Zuwanderung bzw. Rückkehr deutscher Staatsangehöriger aus dem Ausland stellt eine relevante Migrationsform dar. In den Jahren von 1991 bis 2004 und im Jahr 2009 stellten Deutsche sogar die größte Gruppe aller Zugezogenen aus dem Ausland. Im Jahr 2019 wurden 212.669 Zuzüge von Deutschen (einschließlich der nach dem Bundesvertriebenengesetz aufgenommenen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und der in deren Aufnahmebescheid einbezogenen Ehepartnerin bzw. Ehepartner und Nachkommen, vgl. Kapitel 3.7) in der Wanderungsstatistik verzeichnet (2018: 201.531). Damit sind deutsche Staatsangehörige nach Rumäninnen und Rumänen die zweitgrößte Zuwanderungsgruppe. Der Anteil der Zuzüge von deutschen Staatsangehörigen an der Gesamtzuwanderung beträgt 13,6 %.

Insgesamt ging die Zahl der Zuzüge von Deutschen seit Mitte der 1990er Jahre zurück, seit Mitte der 2000er Jahre lässt sich eine steigende Tendenz feststellen. Im Jahr 2019 ist die Anzahl der Zuzüge gegenüber 2018 um 5,5 % gestiegen (vgl. Tabelle 3-19). Die geringeren Zuzugszahlen von Deutschen im Vergleich zu den 1990er Jahren sind im Wesentlichen auf einen Rückgang der Spätaussiedlerzahlen zurückzuführen (siehe im Einzelnen dazu Kapitel 3.7).

Tabelle 3-19: Wanderungen von Deutschen über die Grenzen Deutschlands von 2000 bis 2019

| Jahr | Zuzüge insgesamt | darunter: SpätaussiedlerInnen und Spätaussiedler ² | | Zuzüge ohne SpätaussiedlerInnen und Spät- aussiedler | | Fortzüge Insgesamt | Wander- ungs-saldo | Wanderungssaldo ohne SpätaussiedlerIn- nen und Spätaussiedler |
|---------------------|------------------|---|--------|--|--------|-----------------------|-----------------------|---|
| | | absolut | in % | absolut | in % | | | |
| 2000 | 191.909 | 85.698 | 44,7 % | 106.211 | 55,3 % | 111.244 | 80.665 | -5.033 |
| 2001 | 193.958 | 86.637 | 44,7 % | 107.321 | 55,3 % | 109.507 | 84.451 | -2.186 |
| 2002 | 184.202 | 78.576 | 42,7 % | 105.626 | 57,3 % | 117.683 | 66.519 | -12.057 |
| 2003 | 167.216 | 61.725 | 36,9 % | 105.491 | 63,1 % | 127.267 | 39.949 | -21.776 |
| 2004 ¹ | 177.993 | 49.815 | 28,0 % | 128.178 | 72,0 % | 150.667 | 27.326 | -22.489 |
| 2005 | 128.051 | 30.779 | 24,0 % | 97.272 | 76,0 % | 144.815 | -16.764 | -47.543 |
| 2006 | 103.388 | 7.113 | 6,9 % | 96.275 | 93,1 % | 155.290 | -51.902 | -59.015 |
| 2007 | 106.014 | 3.823 | 3,6 % | 102.191 | 96,4 % | 161.105 | -55.091 | -58.914 |
| 2008 | 108.331 | 3.951 | 3,6 % | 104.380 | 96,4 % | 174.759 | -66.428 | -70.379 |
| 2009 | 114.700 | 2.957 | 2,6 % | 111.743 | 97,4 % | 154.988 | -40.288 | -43.245 |
| 2010 | 114.752 | 2.054 | 1,8 % | 112.698 | 98,2 % | 141.000 | -26.248 | -28.302 |
| 2011 | 116.604 | 1.829 | 1,6 % | 114.775 | 98,4 % | 140.132 | -23.528 | -25.357 |
| 2012 | 115.028 | 1.538 | 1,3 % | 113.490 | 98,7 % | 133.232 | -18.204 | -19.742 |
| 2013 | 118.425 | 2.160 | 1,8 % | 116.265 | 98,2 % | 140.282 | -21.857 | -24.017 |
| 2014 | 122.195 | 4.215 | 3,4 % | 117.980 | 96,6 % | 148.636 | -26.441 | -30.656 |
| 2015 | 120.713 | 4.748 | 3,9 % | 115.965 | 96,1 % | 138.273 | -17.560 | -22.308 |
| 2016 ^{3,4} | 146.047 | 5.128 | 3,5 % | 140.919 | 96,5 % | 281.411 | -135.364 | -140.492 |
| 2017 | 166.703 | 5.769 | 3,5 % | 160.934 | 96,5 % | 249.181 | -82.478 | -88.247 |
| 2018 | 201.531 | 5.862 | 2,9 % | 195.669 | 97,1 % | 261.851 | -60.320 | -66.182 |
| 2019 ⁵ | 212.669 | 6.035 | 2,8 % | 206.634 | 97,2 % | 270.294 | -57.625 | -63.660 |

Anmerkung: Ab 2016 Bruch in der Zeitreihe. Ab dem 1. Januar 2016 werden Zu- und Fortzüge von Deutschen von bzw. nach "Unbekannt/ohne Angabe" in der Wanderungstatistik zusätzlich berücksichtigt, daher fallen die Zu- und Fortzugszahlen von Deutschen im Jahr höher aus. Die Ergebnisse sind nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

1) Die Wanderungszahlen für Deutsche für das Jahr 2004 sind aufgrund von Korrekturen im Land Hessen überhöht.

2) Personen, die mit Ausstellung der Spätaussiedlerbescheinigung die deutsche Staatsangehörigkeit erhielten. Dies betrifft Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in eigener Person (§ 4 Abs. 1 BVFG) sowie deren Ehepartnerin oder Ehepartner und Abkömmlinge (§ 7 Abs. 2 BVFG).

3) Die Ergebnisse des Berichtsjahres 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Die Genauigkeit der Ergebnisse ist aufgrund von Unstimmigkeiten in Zusammenhang mit der melderechtlichen Behandlung von Schutzsuchenden eingeschränkt.

4) Die Ergebnisse ab Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Ausführliche Informationen dazu befinden sich auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes zu Wanderungen.

5) Die Ergebnisse des Berichtsjahres 2019 enthalten vermehrte Abmeldungen von Amts wegen von EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Zahl der Fortzüge nur eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Wanderungstatistik), Bundesverwaltungsamt

Neben Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern bilden Rückkehrende mit deutscher Staatsangehörigkeit, die derzeit das Recht zur Einreise nach Deutschland haben, den anderen Teil der in der Zu- und Fortzugsstatistik erfassten Zuzüge von deutschen Staatsangehörigen.¹⁵⁹ Unter Abzug derjenigen Personen, die im Rahmen des Spätaussiedlerzuzugs als Deutsche in die Zuzugsstatistik gingen, ist die Zahl der jährlichen zugewanderten Deutschen seit 1999 – mit wenigen Ausnahmen – auf über 100.000 Personen angestiegen, 2019 sogar auf über 200.000 Personen.¹⁶⁰ Im Jahr 2018 waren es 195.669 Personen und im Jahr 2019 206.634 (+5,6 %). Im Zeitraum zwischen 2000 und 2019 ist der Anteil der deutschen Rückkehrenden an der deutschen Zuwanderung insgesamt von ca. 55 % auf weit über 90 % angestiegen (vgl. Tabelle 3-19). Hierbei handelt es sich z. B. um Personen, die nach einem temporären Aufenthalt aus Beschäftigungsgründen, als Seniorinnen und Senioren, Studierende¹⁶¹ oder Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler¹⁶² sowie deren Angehörige nach Deutschland zurückkommen.

Es kann jedoch angenommen werden, dass sich ein Teil von aus dem Ausland zurückgekehrten Personen vor ihrer Ausreise aus Deutschland nicht bei den Behörden abgemeldet hat, da bei nur kurzzeitigem Auslandsaufenthalt der inländische Wohnsitz häufig beibehalten wird, sodass eine Anmeldung bei der Rückkehr nach Deutschland ebenfalls unterbleibt. So ist zu vermuten, dass beispielsweise Studierende, die nur für ein oder zwei Semester ins Ausland gehen, ihren Wohnsitz in Deutschland nicht aufgeben und sich deshalb nicht abmelden. Auch Seniorinnen und Senioren, die einen Teil des Jahres z. B. in Spanien verbringen, behalten häufig ihren Wohnsitz in Deutschland. Somit spiegeln die Wanderungszahlen Deutscher, wie auch bei ausländischen Staatsangehörigen, nicht das gesamte tatsächliche Migrationsgeschehen wider.

Abbildung 3-41 setzt die Zuzüge in Bezug zu den Fortzügen und stellt den Wanderungssaldo dar. Dabei werden jedoch die Zuzüge der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler (anhand der Zugangszahlen des Bundesverwaltungsamtes, vgl. Kapitel 3.7) bei den Zuzügen herausgerechnet, um stärker auf die Gruppe der sonstigen aus dem Ausland zugewanderten bzw. zurückgekehrten deutschen Staatsangehörigen fokussieren zu können. Bei den Fortzügen ist ein analoges Vorgehen nicht möglich, da Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler hier nicht als solche innerhalb der Gruppe der deutschen Staatsangehörigen identifizierbar sind. Seit 2016 werden die Zu- und Fortzüge von Deutschen von bzw. nach „unbekannt/ohne Angabe“ als Außenwanderung verbucht. Zuvor blieben sie in der Wanderungsstatistik und in Folge auch in der Bevölkerungsfortschreibung weitgehend unberücksichtigt. Dieser methodische Effekt ist in den Daten ab 2016 deutlich erkennbar; die Werte ab diesem Jahr fallen deutlich höher aus und sind nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Unter Herausrechnung der im vertriebenenrechtlichen Verfahren aufgenommenen Personen, die in der Zuzugsstatistik als Zuzüge von Deutschen registriert werden, ist der Wanderungssaldo deutscher Staatsangehörigen be-

¹⁵⁹ Darunter fallen auch Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit, die während eines Auslandsaufenthaltes der Eltern geboren wurden und zum ersten Mal nach Deutschland einreisen.

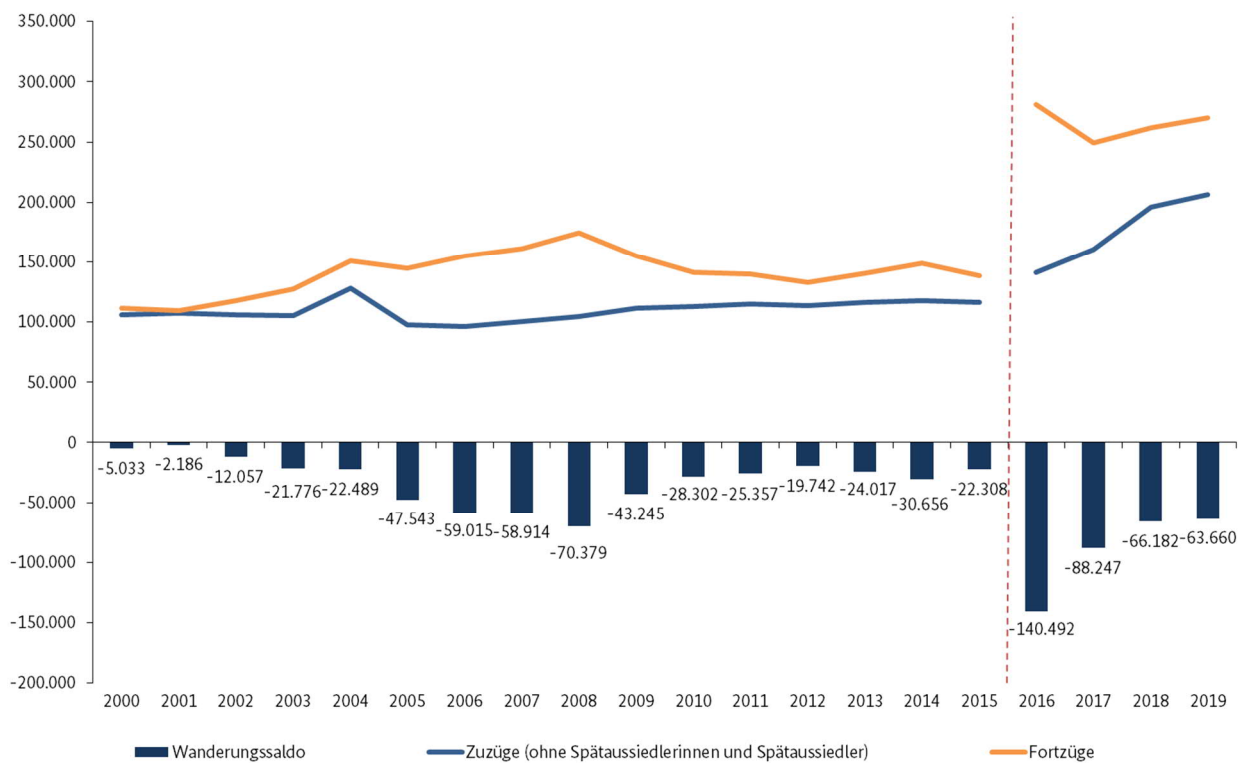
¹⁶⁰ Im Jahr 2004 wurden etwa 128.000 deutsche Rückkehrende registriert, allerdings war diese Zahl aufgrund von Korrekturen im Land Hessen überhöht. Wie hoch die Zahl der Deutschen, die 2004 zurückgekehrt sind, tatsächlich war, ist nicht bekannt.

¹⁶¹ So waren im Jahr 2017 etwa 140.400 deutsche Studierende an ausländischen Hochschulen eingeschrieben (2016: 141.600). Insgesamt ist die Zahl der Deutschen, die für ein Studium ins Ausland zogen, seit dem Jahr 1991, in dem etwa 33.000 deutsche Studierende an ausländischen Hochschulen registriert waren, fast kontinuierlich angestiegen (vgl. dazu Kapitel 4.2). Das Statistische Bundesamt gibt in seiner Publikation „Deutsche Studierende im Ausland“ jährlich jeweils die Zahlen für den zwei Jahre zuvor liegenden Berichtszeitraum an.

¹⁶² Zur – häufig nur temporären – Abwanderung und zur Rückkehrbereitschaft von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit deutscher Staatsangehörigkeit vgl. Kapitel 4.2.

reits seit den 1980er Jahren negativ. Unter Berücksichtigung der Spätaussiedlerzuzüge gestaltete sich der Wanderungssaldo hingegen bis zum Jahr 2004 positiv.¹⁶³ Im Jahr 2019 lag der Wanderungssaldo von Deutschen bei -57.625 (2018: -60.320) (vgl. Abbildung 3-41 und Tabelle 3-19).¹⁶⁴

Abbildung 3-41: Zu- und Fortzüge von deutschen Staatsangehörigen (Zuzüge ohne Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler) von 2000 bis 2019



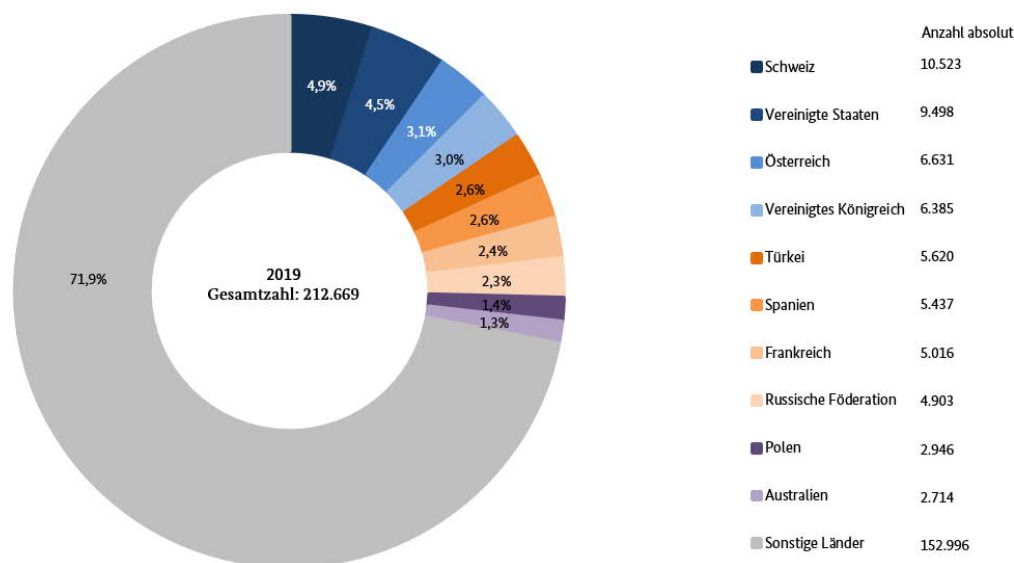
Anmerkung: Ab 2016 Bruch in der Zeitreihe. Ab dem 1. Januar 2016 werden Zu- und Fortzüge von Deutschen von bzw. nach "Unbekannt/ohne Angabe" in der Wanderungsstatistik zusätzlich berücksichtigt, daher fallen die Zu- und Fortzugszahlen von Deutschen ab diesem Jahr höher aus. Die Ergebnisse sind nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesverwaltungsamt

¹⁶³ Belastbare Wanderungszahlen von Deutschen liegen erst seit 1954 vor (vgl. Statistisches Bundesamt 2018d).

¹⁶⁴ Ließe man bei den Zu- und Fortzügen von Deutschen von bzw. nach „Unbekannt/ohne Angabe“ in der Wanderungsstatistik unberücksichtigt, ergäben sich 2016 gegenüber 2015 bei den Zuzügen (115.000 Personen, -4,3 %) als auch bei den Fortzügen (131.000 Personen, -5,5 %) andere Werte.

Abbildung 3-42: Zuzüge von deutschen Staatsangehörigen im Jahr 2019 nach Land des vorherigen Aufenthalts



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Mit Blick auf die Länder, aus denen deutsche Staatsangehörige nach Deutschland zurückkehrten, zeigt sich folgendes Bild: Die Schweiz ist nicht nur das Hauptzielland deutscher Staatsangehöriger, sondern auch das Land, aus dem die meisten deutschen Rückkehrenden zu verzeichnen sind. Im Jahr 2019 wanderten 10.523 deutsche Staatsangehörige aus der Schweiz zurück nach Deutschland (2018: 10.681). Das waren 4,9 % aller deutschen Rückkehrenden (vgl. Abbildung 3-42). Aus der Schweiz ist seit 1997 ein kontinuierlicher Anstieg der Zahl der Zuzüge von Deutschen festzustellen (vgl. Tabelle 3-43 im Anhang). Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass bis 2008 die Zahl der Fortzüge von Deutschen in die Schweiz deutlich stärker angestiegen ist.¹⁶⁵ Kamen im Jahr 1997 noch 1,6 Fortzüge auf einen Zuzug, so betrug dieses Verhältnis im Jahr 2008 bereits 3,5 zu 1 (2000: 2,1 zu 1), d. h. es zogen dreieinhalb Mal mehr Deutsche in die Schweiz als von dort zurückkehrten. In den Folgejahren sank jedoch die Zahl der Fortzüge von Deutschen in die Schweiz wieder, sodass auch das Verhältnis von Fortzügen zu Zuzügen auf 1,6 zu 1 wieder deutlich zurückging.

Aus den Vereinigten Staaten wanderten im Jahr 2019 9.498 deutsche Staatsangehörige zurück nach Deutschland (2018: 10.144). Dies entsprach einem Anteil von 4,5 % an der gesamten Remigration deutscher Staatsangehöriger (2018: 5,0 %). 6.631 bzw. 3,1 % Personen zogen aus Österreich (2018: 6.486) und 6.385 Personen aus dem Vereinigten Königreich zu (3,0 %, 2018: 6.418) (vgl. Abbildung 3-42 und Tabelle 3-43 im Anhang).

Nahezu kontinuierlich angestiegen ist seit 1992 die Zahl der deutschen Rückkehrenden aus der Türkei. Im Jahr 2019 zogen mit 5.620 7,4 % erneut mehr deutsche Staatsangehörige aus der Türkei nach Deutschland zu als im Vorjahr (2018: 5.231). Aus der Wanderungsstatistik ist nicht herauszulesen, inwieweit es sich hierbei um eingebürgerte türkeistämmige Menschen oder um Personen ohne Migrationshintergrund handelt. Die Zahl der deutschen Rückkehrenden aus den klassischen Einwanderungsländern Kanada und Australien hielt sich im Jahr 2019 mit 1.776 bzw. 2.714 auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr (vgl. Tabelle 3-43 im Anhang).

¹⁶⁵ Zur Zahl der Fortzüge von Deutschen differenziert nach Zielländern vgl. Kapitel 4.2.

4 Abwanderung aus Deutschland

Legaldefinitionen der Begriffe „Auswanderung“ bzw. „Abwanderung“ existieren für Deutschland nicht. Ein Wohnungswechsel ins Ausland in Verbindung mit der Abmeldung der bisher bestehenden Wohnung bei der zuständigen Meldebehörde wird statistisch als Fortzugsfall erfasst (und nicht als Ab- oder Auswanderung). Mit Inkrafttreten des Bundesmeldegesetzes am 1. November 2015 gilt nach dessen § 17 Abs. 2: „Wer aus einer Wohnung auszieht und keine neue Wohnung im Inland bezieht, hat sich innerhalb von zwei Wochen nach dem Auszug bei der Meldebehörde abzumelden.“

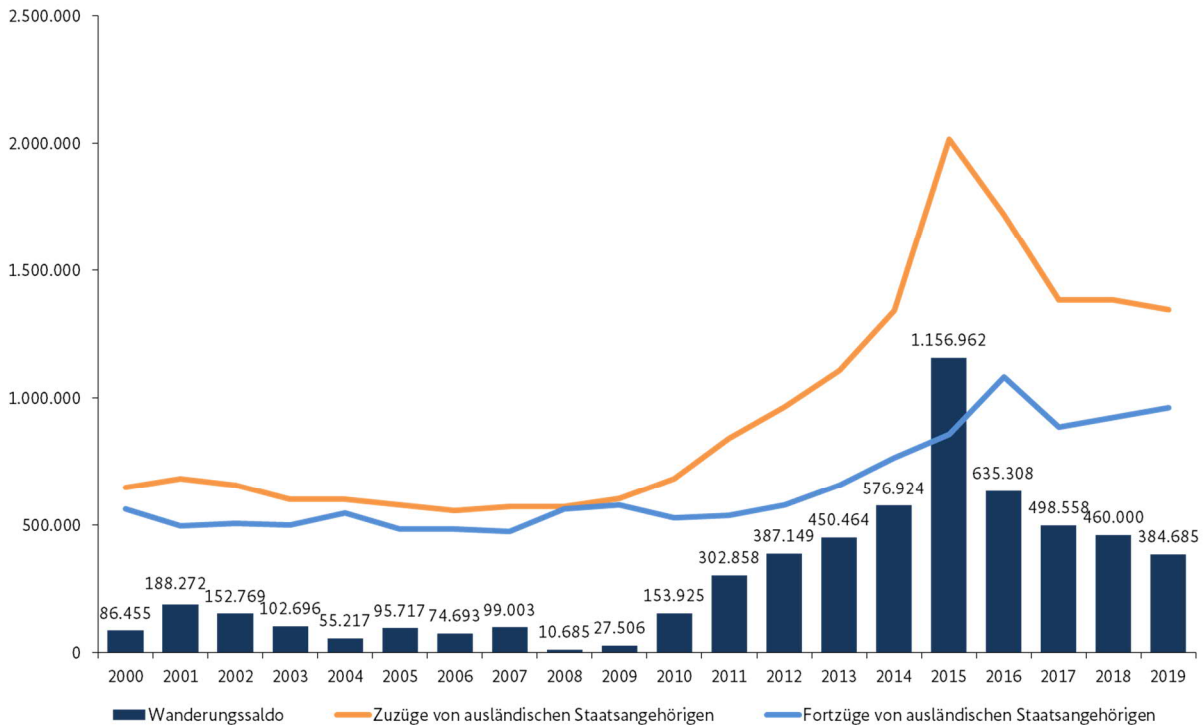
Somit liefert die Wanderungsstatistik Angaben über die Fortzüge ins Ausland, d. h. über die Wohnortwechsel von Personen über die Grenzen Deutschlands. Dabei werden keine weiteren Kriterien wie z. B. die (beabsichtigte) Dauer des Aufenthalts im Ausland erhoben. Demzufolge kann anhand der Fortzugszahlen nicht nach kurzfristigen (z. B. im Rahmen eines Auslandsstudiums) oder längeren bzw. dauerhaften Aufenthalten im Ausland unterschieden werden.

4.1 Abwanderung von ausländischen Staatsangehörigen

4.1.1 Entwicklung der Fortzüge

Bei einem Anstieg der Zuwanderung verlassen mit einer zeitlichen Verzögerung auch vermehrt ausländische Staatsangehörige Deutschland, wie die Entwicklung seit 2010 zeigt. Bis 2012 waren die Fortzüge relativ konstant, danach stieg ihre Anzahl, bis sie im Jahr 2016 den vorläufigen Höhepunkt erreichte (vgl. Abbildung 4-1). Insgesamt zogen zwischen 2000 und 2019 18,9 Millionen ausländische Staatsangehörige aus dem Ausland nach Deutschland, im gleichen Zeitraum verließen aber auch 13,0 Millionen das Staatsgebiet wieder.

Abbildung 4-1: Zu- und Fortzüge von ausländischen Staatsangehörigen von 2000 bis 2019^{1,2}



1) Die Ergebnisse ab dem Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Die Genauigkeit der Ergebnisse des Berichtsjahres 2016 ist aufgrund von Unstimmigkeiten in Zusammenhang mit der melderechtlichen Behandlung von Schutzsuchenden eingeschränkt. Ausführliche Informationen dazu befinden sich auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes zu Wanderungen.

2) Die Ergebnisse des Berichtsjahres 2019 enthalten vermehrte Abmeldungen von Amts wegen von EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Zahl der Fortzüge nur eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Im Jahr 2019 wurden 961.258 Fortzüge von ausländischen Personen (2018: 923.581) registriert. Gleichzeitig wurden 1.345.943 Zuzüge von ausländischen Personen nach Deutschland verzeichnet. Der Wanderungssaldo der ausländischen Personen betrug damit 2019 +384.685 und sank im Vergleich zum Jahr 2018 (+460.000) um 16,4 % (vgl. Abbildung 4-1).¹⁶⁶

4.1.2 Fortzüge nach der Aufenthaltsdauer

Auf Grundlage der Daten des Ausländerzentralregisters (AZR) kann angegeben werden, wie lange sich ausländische Staatsangehörige vor ihrer Ausreise im Bundesgebiet aufgehalten haben. Die Fortzüge umfassen die im AZR gespeicherten Sachverhalte „Fortzüge ins Ausland“ und „nach unbekannt“ sowie Personen mit dem Vermerk „nicht mehr aufhältig“. Insgesamt sind laut AZR im Jahr 2019 675.812 ausländische Staatsangehörige fortgezogen, ein Anstieg von 5,6 % gegenüber 2018 mit 640.227 Fortzügen (vgl. Tabelle 4-7 im Anhang).¹⁶⁷ Die Zahl der Fortzüge von ausländischen Staatsangehörigen laut AZR liegt damit deutlich unter der Zahl der Fortzüge laut Wanderungsstatistik (961.258). Dies ist dadurch bedingt, dass im Gegensatz zur meldewesenbasierten Wande-

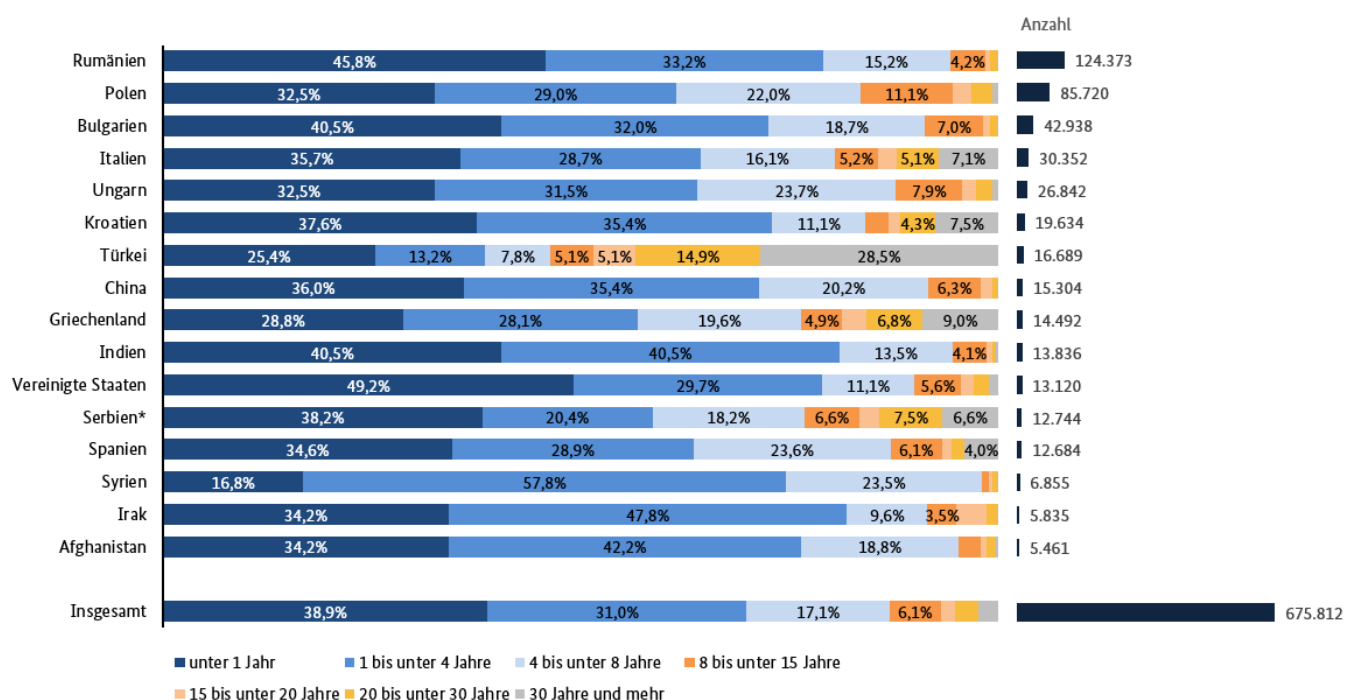
¹⁶⁶ Zu den Fortzügen differenziert nach einzelnen Staatsangehörigkeiten vgl. Kapitel 1.3.

¹⁶⁷ Stichtag der AZR-Auswertung ist der 31. März 2020.

rungsstatistik Migrantinnen und Migranten mit einem Kurzeitenaufenthalt unter drei Monaten (z. B. saisonale Erwerbspersonen) nicht im AZR registriert und somit deren Zu- und Fortzüge nicht enthalten sind. Außerdem sind die Daten des AZR personenbezogen und damit systematisch niedriger als die auf An- und Abmeldungen basierenden, fallbezogenen Zahlen der Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes (vgl. Kapitel 1).

38,9 % der nach dem AZR fortgezogenen ausländischen Staatsangehörigen im Jahr 2019 hielten sich zuvor weniger als ein Jahr im Bundesgebiet auf, 69,9 % weniger als vier Jahre. 5,1 % wanderten nach einem Aufenthalt von mehr als 20 Jahren ab, 2,4 % der Abwandernden hielten sich länger als 30 Jahre in Deutschland auf (vgl. Abbildung 4-2 und Tabelle 4-7 im Anhang).

Abbildung 4-2: Fortzüge von ausländischen Personen nach Aufenthaltsdauer und ausgewählten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2019 in Prozent



1) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

Quelle: Ausländerzentralregister, eigene Berechnungen BAMF

Die Abwanderung ausländischer Staatsangehöriger, differenziert nach Aufenthaltsdauer und Staatsangehörigkeit betrachtet, spiegelt auch die Migrationsgeschichte der Bundesrepublik wider. So zogen im Jahr 2019 28,5 % der Staatsangehörigen aus der Türkei nach einer Aufenthaltsdauer von mindestens 30 Jahren aus Deutschland fort. Bei griechischen, kroatischen und italienischen Staatsangehörigen lag dieser Anteil jeweils bei über 7 %. Dagegen hielten sich mehr als drei Viertel der fortziehenden Staatsangehörigen aus den Herkunftsländern Rumänien, den Vereinigten Staaten und Indien vor ihrer Ausreise aus Deutschland weniger als vier Jahre im Bundesgebiet auf. Etwa die Hälfte der fortziehenden Staatsangehörigen aus den Vereinigten Staaten (49,2 %) und Rumänien (45,8 %) reiste sogar nach weniger als einem Jahr Aufenthalt in Deutschland wieder aus.

Während bei den Hauptherkunftsländern von Asylantragstellenden Irak und Afghanistan knapp 35 % der Fortzüge nach weniger als einem Jahr stattfanden, liegt dieser Wert für Syrien nur bei 16,8 %. Nur ein kleiner Anteil der

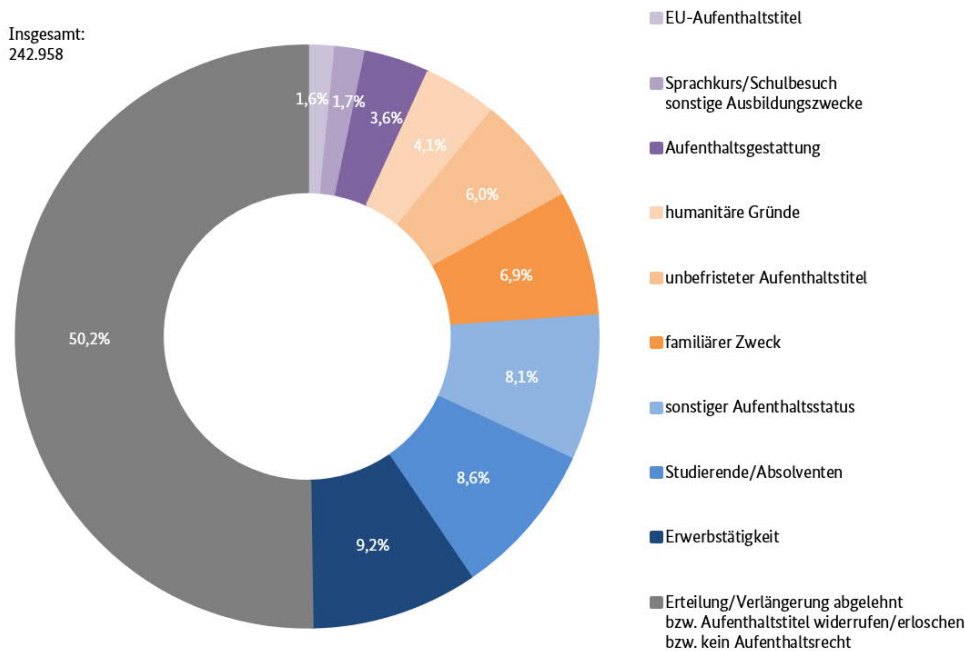
fortziehenden Personen mit diesen Staatsangehörigkeiten hat sich vorher länger als 8 Jahre in Deutschland aufgehalten (Afghanistan 4,7 %, Irak 8,4 % und Syrien 1,9 %).

4.1.3 Fortzüge von Drittstaatsangehörigen nach dem letzten Aufenthaltsstatus

Eine Differenzierung der fortziehenden Personen nach dem letzten Aufenthaltsstatus ist nur für Drittstaatsangehörige möglich. 6,0 % dieser 2019 fortziehenden Personen hatten zuvor einen unbefristeten Aufenthaltstitel inne (14.663 Personen, 2018: 14.748 Personen), darunter waren 59 Personen mit einer Niederlassungserlaubnis als Hochqualifizierte nach § 19 AufenthG und 420 Personen mit einer Blauen Karte EU und einer Niederlassungserlaubnis nach § 19a Abs. 6 AufenthG. 20.871 Personen bzw. 8,6 % sind als Studierende bzw. Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen aus Deutschland fortgezogen, darunter 1.380 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 16 Abs. 5 AufenthG (Arbeitsplatzsuche nach Studium).

9,2 % der Personen hatten bei ihrem Fortzug eine befristete Aufenthaltserlaubnis für eine Erwerbstätigkeit inne (22.413 Personen), darunter 2.931 Personen mit einer Blauen Karte EU nach § 19a Abs. 1 AufenthG und 778 Selbstständige nach § 21 AufenthG (wobei etwa drei Viertel der fortziehenden Selbstständigen einer freiberuflichen Tätigkeit nach § 21 Abs. 5 AufenthG nachgingen). 6,9 % verließen Deutschland mit einer Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen (16.793 Personen). 3,6 % bzw. 8.712 Personen besaßen eine Aufenthaltsgestattung zur Durchführung eines Asylverfahrens. Die Hälfte der fortgezogenen Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten hatte vor ihrer Ausreise keinen gültigen Aufenthaltstitel.

Abbildung 4-3: Fortzüge von Drittstaatsangehörigen nach dem letzten Aufenthaltsstatus im Jahr 2019



Quelle: Ausländerzentralregister, eigene Berechnungen BAMF

Betrachtet man die Abwanderung im Jahr 2019 differenziert nach Status und einzelnen Staatsangehörigkeiten, so zeigt sich, dass türkische Staatsangehörige (38,3 %) überproportional häufig aus einem unbefristeten Aufenthaltstitel heraus Deutschland verließen (vgl. Tabelle 4-9 im Anhang). Bei chinesischen Staatsangehörigen waren dagegen etwa ein Drittel (31,1 %) der Fortgezogenen Studierende bzw. Personen mit einem Hochschulabschluss. Mit einer Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Erwerbstätigkeit zogen überdurchschnittlich häufig Staatsangehörige aus Indien (24,4 %), den Vereinigten Staaten (21,7 %) und Bosnien und Herzegowina (20,6 %) aus Deutschland fort. Im Falle Indiens und der Vereinigten Staaten zeigt sich, dass relativ viele Familienangehörige mit fortziehen. Darin spiegelt sich, dass Staatsangehörige aus Indien und der Vereinigten Staaten häufig als Fachkräfte zum Zweck einer temporären Beschäftigung nach Deutschland gezogen sind und ihre Familien mitgebracht haben.

4.1.4 Geförderte Rückkehr

Rückkehrpolitik ist ein Steuerungsinstrument der Migrationspolitik.¹⁶⁸ Zu ihr zählen Maßnahmen zur Förderung der freiwilligen Rückkehr bzw. der Weiterwanderung, der Reintegration, der (zwangsweisen) Rückführung und der Rückübernahme vollziehbar ausreisepflichtiger Personen durch ihre Herkunftsstaaten. Die freiwillige Rückkehr hat dabei Vorrang vor einer zwangsweisen Rückführung.

Der Bund und die Länder bieten seit 1979 durch das humanitäre Programm „Reintegration and Emigration Programme for Asylum-Seekers in Germany (REAG)“ ergänzt durch das bzw. „Government Assisted Repatriation Programme (GARP)“ (seit 1989) Unterstützung für die Rückkehr (oder gegebenenfalls Weiterwanderung). Dieses Bund-Länder-Programm wird in Kooperation mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) durchgeführt. Über das Programm REAG/GARP können mittellose Rückkehrwillige, darunter viele vollziehbar ausreisepflichtige Personen, Reise-/Transportkosten, Reisebeihilfen und je nach Herkunftsland eine Starthilfe zur Reintegration erhalten.

Hauptzielgruppe der Rückkehrförderung sind vollziehbar ausreisepflichtige Drittstaatsangehörige. Diesen Personen wird eine Frist zur freiwilligen Rückkehr gewährt, bevor eine (zwangsweise) Rückführung (§ 59 AufenthG) erfolgt (vgl. dazu Kapitel 6.2.3).

Bislang haben über 722.000 Menschen aus aller Welt über REAG/GARP eine finanzielle oder organisatorische Unterstützung für die Rückkehr in ihre Herkunftsregionen oder die Weiterwanderung in ein aufnahmeberechtigtes Drittland erhalten. Mit der Verwaltung der Fördermittel für die freiwillige Rückkehr ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) betraut (§ 75 Nr. 7 AufenthG).¹⁶⁹

Im Jahr 2019 nutzten 13.053 Menschen das REAG/GARP-Programm zur geförderten Rückkehr, was einem Rückgang um 18,1 % im Vergleich zum Vorjahr entspricht (Tabelle 4-1). Der hohe Anstieg im Jahr 2016 erklärt sich wie schon 2015 durch die stark zugenommene Fluchtmigration und irreguläre Migration. Seit 2016 geht die Anzahl der Schutzsuchenden insgesamt wieder zurück, sodass auch die Zahl der geförderten Rückkehrenden insgesamt sinkt.

¹⁶⁸ Ausführlich zur Rückkehrpolitik in Deutschland vgl. Grote 2015: 22ff. Aus Sicht der Rückkehrenden und deren Familienangehörigen vgl. Baraulina/Kreienbrink 2013.

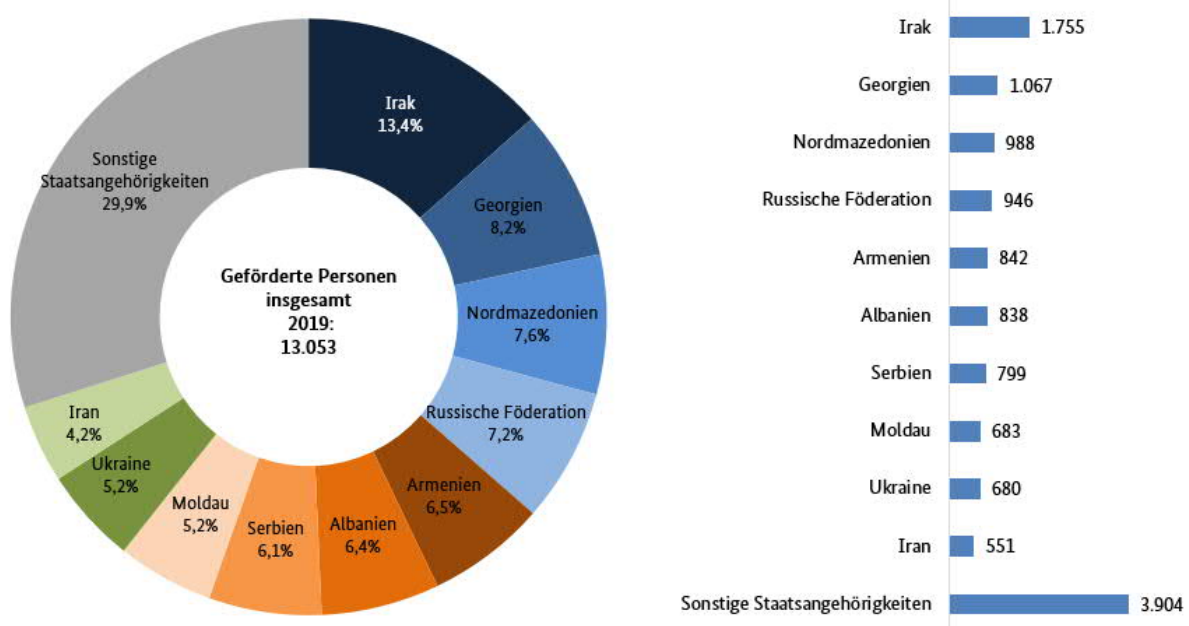
¹⁶⁹ Nach § 75 Nr. 7 AufenthG hat das BAMF die gesetzliche Kompetenz zur Koordinierung der Programme und Mitwirkung an Projekten zur Förderung der freiwilligen Rückkehr einschließlich der Auszahlung der hierfür bewilligten Mittel.

Tabelle 4-1: Rückkehrende mit REAG/GARP-Förderung seit 2010

| Jahr | Personen | Davon: Staatsangehörigkeit des jeweiligen Ziellandes |
|------|----------|--|
| 2010 | 4.480 | 4.395 |
| 2011 | 6.319 | 6.251 |
| 2012 | 7.546 | 7.466 |
| 2013 | 10.251 | 10.150 |
| 2014 | 13.574 | 13.466 |
| 2015 | 35.514 | 35.271 |
| 2016 | 54.006 | 53.747 |
| 2017 | 29.522 | 29.183 |
| 2018 | 15.941 | 15.763 |
| 2019 | 13.053 | 12.884 |

Quelle: IOM, BAMF

Abbildung 4-4: Rückkehrende mit REAG/GARP-Förderung nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2019



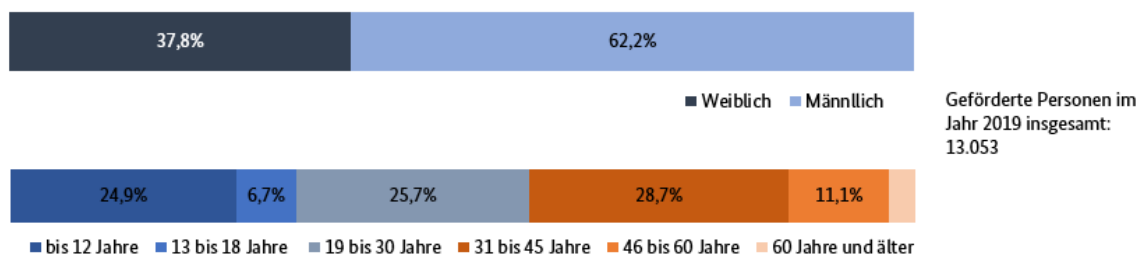
Quelle: IOM

Im Jahr 2019 waren 1.755 der Geförderten rückkehrende irakische Staatsangehörige (-2,6 % im Vergleich zum Vorjahr) und 1.067 georgische Staatsangehörige (+0,9 % im Vergleich zum Vorjahr). Die Zahl der bewilligten Ausreisen in die Westbalkanstaaten ist, wenn auch mit abnehmender Tendenz, weiterhin hoch.¹⁷⁰ Dabei waren nordmazedonische Staatsangehörige mit 988 Personen am häufigsten vertreten (-20,3 % im Vergleich zum Vorjahr), gefolgt von Albanien (838, -46,2 % im Vergleich zum Vorjahr) und Serbien (799 bzw. -30,2 % im Vergleich zum

¹⁷⁰ Für die Westbalkanstaaten wurden lediglich die Transportkosten übernommen. Reisebeihilfe sowie Starthilfe erhielten Staatsangehörige aus diesen Staaten über REAG/GARP 2018 nicht (seit 2019 verminderte Reisebeihilfe).

Vorjahr). 7,2 % der geförderten Rückkehrenden waren russische Staatsangehörige (946 Personen, -31,5 % im Vergleich zum Vorjahr) (vgl. Abbildung 4-4).

Abbildung 4-5: Alters- und Geschlechtsstruktur der Rückkehrenden 2019



Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

Quelle: IOM, BAMF

Im Jahr 2019 sind größtenteils männliche Personen mit REAG/GARP-Unterstützung ausgereist (62,2 %). 31,6 % der im Jahr 2019 geförderten Rückkehrenden waren unter 18 Jahre alt, 25,7 % zwischen 19 und 30, 28,7 % zwischen 31 und 45, 11,1 % zwischen 46 und 60 und 2,9 % über 60 Jahre alt. Auch im Jahr 2019 zogen die meisten Personen in ihre Herkunftsländer zurück (98,7 %) (vgl. Tabelle 4-1). 44,5 % der 2019 ausgereisten Personen hatten sich weniger als ein Jahr in Deutschland aufgehalten, 8,3 % länger als fünf Jahre.

Neben REAG/GARP existiert eine Vielzahl von internationalen, bundes- und landesweiten sowie kommunalen Programmen und Projekten, die die Rückkehr und Reintegration in die jeweiligen Herkunftsländer fördern und die Leistungen über REAG/GARP hinaus gewähren. Während zu geförderten Ausreisen über das REAG/GARP-Programm Statistiken geführt werden, gibt es zur geförderten Ausreisen mit Programmen der Bundesländer und Kommunen keine vollständigen Angaben. Darüber hinaus ist es möglich, dass ausreisepflichtige Personen ohne jede Form einer Unterstützung freiwillig ausreisen und daher nicht statistisch erfasst werden (können).¹⁷¹

4.2 Abwanderung von deutschen Staatsangehörigen

Belastbare Wanderungszahlen von Deutschen liegen erst seit 1954 vor.¹⁷² Die Fortzüge Deutscher bewegten sich seit den 1970er Jahren konstant zwischen 50.000 und 65.000 jährlich, bis sie ab 1989 auf über 100.000 pro Jahr anstiegen. Im Jahr 2019 wurde mit 270.294 Fortzügen von deutschen Staatsangehörigen aus dem Bundesgebiet ein leichter Anstieg gegenüber dem Vorjahr registriert (+3,2 %, 2018: 261.851 Fortzüge) (vgl. Tabelle 4-3 und Tabelle 4-12 im Anhang). Im Jahr 2019 lag der Wanderungsverlust bei deutschen Staatsangehörigen - unter Berücksichtigung von methodischen Veränderungen der Wanderungsstatistik seit 2016 bei -57.625 (2018: -60.320, vgl. Tabelle 1-6 im Anhang). Dabei sind sowohl bei den Zu- als auch bei den Fortzügen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler berücksichtigt. Werden bei den Zuzügen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler herausgerechnet, was bei den Fortzügen nicht möglich ist, so beträgt der Wanderungssaldo deutscher Staatsangehöriger im Jahr 2019 -63.660 (siehe dazu auch Kapitel 3.8).

¹⁷¹ Vgl. dazu Hoffmeyer-Zlotnik 2017: 27f. und für eine Übersicht der Akteure Grote 2015.

¹⁷² Vgl. Statistisches Bundesamt 2020d.

Bei den fortziehenden Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit handelt es sich zum einen um klassische (langfristige) Migration, bspw. um Personen, die auf Dauer in die Vereinigten Staaten abwandern. Zum anderen handelt es sich um temporäre Migration wie z. B. Erwerbsmigration, Seniorinnen und Senioren (Ruhesitzwanderung) und Studierende sowie deren Angehörige.¹⁷³ Da der amtlichen Wanderungsstatistik keine Informationen über das Qualifikationsniveau der deutschen Abwandernden entnommen werden können, kann nicht angegeben werden, wie viele hochqualifizierte Personen temporär oder auf Dauer aus Deutschland fortziehen. Allerdings ermöglichen Daten aus dem „German Emigration and Remigration Panel“ (GERPS)¹⁷⁴ entsprechende Aussagen. In der Studie wurden deutsche Staatsangehörige im Alter zwischen 20 und 70 Jahren befragt, die zwischen Juli 2017 und Juni 2018 ins Ausland verzogen oder aus dem Ausland nach Deutschland zurückgekehrt sind. Die Resultate zeigen, dass es sich bei den international mobilien Deutschen überproportional um jüngere Menschen handelt. Der Anteil der 25- bis 39-Jährigen liegt bei den Fortzügen ins Ausland mit 63 % deutlich über dem Anteil dieser Altersgruppe an der Bevölkerung Deutschlands (27 %). Deutsche Abwandernde sind überdurchschnittlich hoch qualifiziert: Während in der deutschen Gesamtbevölkerung nur jeder Vierte über einen akademischen Abschluss verfügt, sind es unter den Abwandernden über drei Viertel. Für zwei Drittel der umgezogenen Personen ist der Auslandsaufenthalt allerdings nur zeitlich befristet für einige Jahre geplant, bei ebenfalls knapp zwei Dritteln gab es bereits frühere Auslandsaufenthalte. Die Autoren schlussfolgern daher, dass diese Form internationaler Migration langfristig zu keinem Verlust von hochqualifizierten Fachkräften führt.¹⁷⁵

Die erhöhte Mobilität von Deutschen ist Ausdruck der fortschreitenden Globalisierung. Ein temporärer Auslandsaufenthalt zum Zweck des Studiums oder der Beschäftigung wird immer selbstverständlicher und geht in der Regel mit einem Gewinn an sozialem und kulturellem Kapital sowie an beruflichen Kenntnissen einher. Die zunehmende Mobilität und internationale Vernetzung kommt auch dem Wissenschaftsstandort Deutschland zugute, wie die im Folgenden dargestellten Daten zeigen.

Im Jahr 2017¹⁷⁶ waren 140.400 deutsche Studierende an ausländischen Hochschulen eingeschrieben, zwischen 2016 und 2017 sank die Anzahl der deutschen Studierenden im Ausland um 0,8 % (2016: 141.600 Studierende).¹⁷⁷ Insgesamt ist jedoch die Zahl der deutschen Studierenden im Ausland in den letzten zehn Jahren fast kontinuierlich angestiegen. Während im Jahr 2003 noch 37 deutsche Studierende an Hochschulen im Ausland auf 1.000 deutsche Studierende an inländischen Hochschulen kamen, waren es 2017 bereits 55. Diese Quote blieb seit 2013 nahezu konstant.

Die beliebtesten Zielländer im Jahr 2017 waren Österreich (28.670 deutsche Studierende), die Niederlande (21.858), das Vereinigte Königreich (15.745), die Schweiz (14.558) und die Vereinigten Staaten (10.042) (vgl. Tabelle 4-2). Damit studierten 2017 20,4 % aller deutschen Auslandsstudierenden in Österreich.

¹⁷³ Die genannten Gruppen dürften insgesamt in der Fortzugsstatistik untererfasst sein, da sich wahrscheinlich zahlreiche Fortgezogene melderechtlich nicht abmelden oder in Deutschland ihren Wohnsitz beibehalten.

¹⁷⁴ Die Daten wurden im Rahmen eines Projekts des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung in Kooperation mit der Universität Duisburg-Essen erhoben (vgl. dazu BIB 2019).

¹⁷⁵ Für weitere Studien der letzten Jahre mit ähnlichem Tenor siehe SVR (2015) sowie Liebau/Schupp (2010) und Ette/Sauer (2010).

¹⁷⁶ Das Statistische Bundesamt gibt in seiner Publikation „Deutsche Studierende im Ausland“ jährlich jeweils die Zahlen für den zwei Jahre zuvor liegenden Berichtszeitraum an.

¹⁷⁷ Vgl. dazu die Pressemitteilung Nr. 038 des Statistischen Bundesamtes vom 31. Januar 2019.

Die höchste Anzahl deutscher Absolventinnen und Absolventen hat ihr Studium in den Niederlanden abgeschlossen (2017: 6.243 Absolventinnen und Absolventen). Im gleichen Jahr schlossen im Vereinigten Königreich 5.790 deutsche Studierende ihr Studium ab und in Österreich 5.257.

Tabelle 4-2: Deutsche Studierende nach Studienland in Jahren von 2010 bis 2017

| Studienland | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 |
|--|--------------------|----------------|----------------|---------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| Österreich | 27.350 | 30.574 | 32.192 | 26.536 ¹ | 26.868 | 27.563 | 28.220 | 28.670 |
| Niederlande | 23.831 | 25.028 | 25.019 | 23.123 ¹ | 22.265 | 21.530 | 21.956 | 21.858 |
| Vereinigtes Königreich | 14.950 | 15.025 | 13.720 | 15.700 | 15.330 | 15.410 | 15.770 | 15.745 |
| Schweiz | 13.436 | 13.916 | 14.352 | 14.851 | 14.783 | 14.647 | 14.609 | 14.558 |
| Vereinigte Staaten | 9.458 | 9.347 | 9.819 | 10.160 | 10.193 | 10.145 | 10.169 | 10.042 |
| China | 4.239 ² | 5.451 | 6.271 | 6.271 ² | 8.193 | 7.536 | 8.145 | 7.814 |
| Frankreich | 6.252 | 6.147 | 6.618 | 6.654 | 6.414 | 6.406 | 6.007 | 6.432 |
| Sonstige bedeutende Studienländer ³ | 27.302 | 29.814 | 30.173 | 30.884 | 32.813 | 35.130 | 35.558 | 34.086 |
| Zusammen | 126.818 | 135.302 | 138.164 | 134.179 | 136.859 | 138.367 | 140.434 | 139.205 |
| Hochgerechnete Zahl der deutschen Studierenden im Ausland insgesamt | 127.600 | 136.200 | 139.100 | 135.400 | 138.000 | 139.700 | 141.600 | 140.400 |

1) Ab dem Berichtsjahr 2013 wurde in Österreich und den Niederlanden die Definition der Studierenden aus dem Ausland umgestellt, und zwar von der Staatsangehörigkeit auf die UOE-Definition (UOE= UNESCO, OECD, Eurostat) der international mobilen Studierenden nach Herkunftsland.

Bedingt dadurch liegt die Zahl der deutschen Studentinnen und Studenten 2013 etwas niedriger als im Vorjahr (vgl. Statistisches Bundesamt 2018).

2) Zahlenwert geschätzt.

3) Studienländer mit mindestens 125 deutschen Studierenden im Jahr 2017.

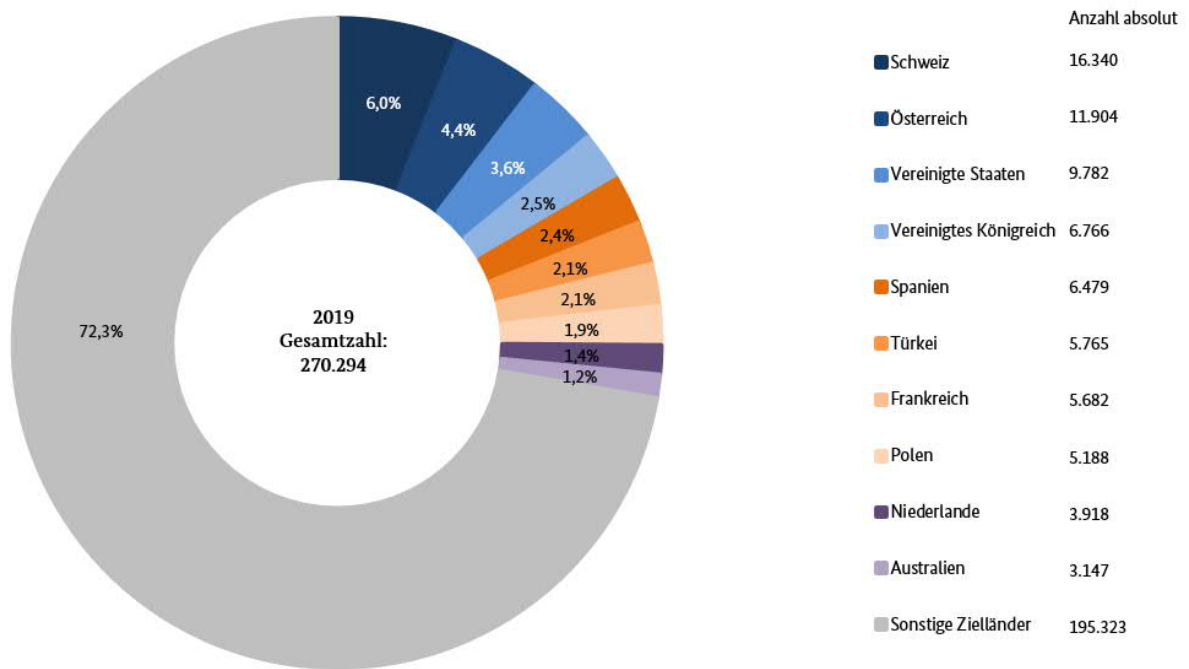
Quelle: Statistisches Bundesamt

4.2.1 Fortzüge nach Zielländern

Von den 270.294 Fortzügen von deutschen Staatsangehörigen im Jahr 2019 entfielen 58.001 (21,5 %) auf EU-Staaten (2018: 56.137 bzw. 21,4 %). In die Vereinigten Staaten zogen 9.782 Deutsche (3,6 %, 2018: 10.447 bzw. 4,0 %). Hauptzielland deutscher Staatsangehöriger im Jahr 2019 war jedoch – wie bereits seit 2005 – die Schweiz mit 16.340 Fortzügen (6,0 %, 2018: 16.430 bzw. 6,3 %). 4,4 % der Fortzüge deutscher Staatsangehöriger entfielen auf Österreich (11.904 Fortzüge, 2018: 10.852 bzw. 4,1 %). In das Vereinigte Königreich zogen 6.766 Personen (2,5 %, 2018: 7.032 bzw. 2,7 %) und nach Spanien 6.479 Personen bzw. 2,4 % (2018: 6.433 bzw. 2,5 %) (vgl. Abbildung 4-6 und Tabelle 4-3).

Nicht aus diesen Zahlen ersichtlich ist, inwieweit es sich bei den fortziehenden Deutschen um eingebürgerte Personen handelt, die ursprünglich (oder weiterhin bestehend) die Staatsangehörigkeit des jeweiligen Ziellandes hatten. Dies könnte beispielsweise bei den 5.765 in die Türkei (2018: 6.203) abgewanderten deutschen Staatsangehörigen zu einem erheblichen Anteil der Fall sein.

Abbildung 4-6: Fortzüge von deutschen Staatsangehörigen nach den zehn häufigsten Zielländern im Jahr 2019



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik:

Tabelle 4-3: Fortzüge deutscher Staatsangehöriger nach ausgewählten Zielländern von 2000 bis 2019

| Zielland | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 ¹ | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 ² | 2017 ² | 2018 ² | 2019 ^{2,3} |
|------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|-------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|-------------------|-------------------|-------------------|---------------------|
| Belgien | 2.230 | 2.285 | 2.465 | 2.471 | 2.584 | 2.491 | 2.638 | 2.593 | 2.608 | 2.429 | 2.283 | 2.138 | 2.031 | 2.278 | 2.150 | 2.123 | 2.048 | 1.803 | 2.005 | 2.166 |
| Frankreich | 6.603 | 6.630 | 6.875 | 6.864 | 7.270 | 7.316 | 7.572 | 7.346 | 7.988 | 7.317 | 6.559 | 6.638 | 6.245 | 6.327 | 6.357 | 5.863 | 5.895 | 5.149 | 5.814 | 5.682 |
| Italien | 3.077 | 3.013 | 3.264 | 3.083 | 3.448 | 3.435 | 3.437 | 3.405 | 3.645 | 3.277 | 2.806 | 2.789 | 2.481 | 2.612 | 2.472 | 2.297 | 2.457 | 2.287 | 2.431 | 2.452 |
| Niederlande | 3.665 | 3.875 | 3.660 | 3.345 | 3.571 | 3.404 | 3.554 | 3.697 | 4.282 | 3.906 | 3.462 | 3.404 | 3.200 | 3.193 | 3.418 | 3.384 | 3.499 | 3.319 | 3.746 | 3.918 |
| Österreich | 5.225 | 5.630 | 6.279 | 6.903 | 8.532 | 9.314 | 10.345 | 11.201 | 13.336 | 11.818 | 10.831 | 11.073 | 11.022 | 11.222 | 10.789 | 10.239 | 10.283 | 9.660 | 10.852 | 11.904 |
| Polen | 10.968 | 11.420 | 11.084 | 10.262 | 9.658 | 9.229 | 9.090 | 10.451 | 13.711 | 12.049 | 9.434 | 7.602 | 6.180 | 6.616 | 6.254 | 5.536 | 5.418 | 5.069 | 5.126 | 5.188 |
| Spanien | 6.750 | 6.697 | 6.767 | 6.769 | 7.196 | 7.317 | 8.149 | 8.991 | 9.245 | 7.836 | 6.705 | 6.685 | 5.997 | 5.975 | 6.155 | 6.216 | 6.352 | 5.959 | 6.433 | 6.479 |
| Vereinigtes Königreich | 5.760 | 5.596 | 5.806 | 6.264 | 7.842 | 9.012 | 9.395 | 9.996 | 10.706 | 9.112 | 8.530 | 8.385 | 7.802 | 8.155 | 8.707 | 8.917 | 8.243 | 6.677 | 7.032 | 6.766 |
| Norwegen | 659 | 659 | 821 | 858 | 886 | 991 | 1.469 | 2.485 | 2.973 | 2.086 | 1.564 | 1.506 | 1.364 | 1.310 | 1.298 | 1.168 | 1.095 | 953 | 1.133 | 1.073 |
| Schweiz | 7.998 | 9.092 | 10.703 | 11.225 | 12.818 | 14.409 | 18.007 | 23.459 | 29.139 | 24.624 | 22.034 | 22.540 | 20.826 | 21.435 | 19.930 | 18.266 | 17.650 | 15.784 | 16.430 | 16.340 |
| Türkei | 1.339 | 1.384 | 1.307 | 1.602 | 2.125 | 2.795 | 3.451 | 3.826 | 4.609 | 4.633 | 4.735 | 5.285 | 5.459 | 6.162 | 6.793 | 6.750 | 6.230 | 5.841 | 6.203 | 5.765 |
| Südafrika | 804 | 960 | 973 | 1.074 | 1.009 | 1.068 | 1.087 | 1.231 | 1.147 | 1.049 | 1.087 | 1.094 | 984 | 1.100 | 1.071 | 930 | 866 | 800 | 798 | 712 |
| Brasilien | 1.008 | 1.071 | 1.069 | 1.114 | 1.155 | 1.371 | 1.300 | 1.352 | 1.446 | 1.448 | 1.552 | 1.587 | 1.588 | 1.641 | 1.538 | 1.338 | 1.219 | 1.006 | 986 | 1.081 |
| Kanada | 2.092 | 1.926 | 2.023 | 2.442 | 2.511 | 3.029 | 3.831 | 4.480 | 5.605 | 4.258 | 3.318 | 2.923 | 2.692 | 2.604 | 2.530 | 2.200 | 2.431 | 2.396 | 2.392 | 2.297 |
| Vereinigte Staaten | 13.855 | 13.485 | 13.047 | 12.325 | 12.976 | 13.569 | 13.750 | 14.385 | 15.436 | 13.445 | 12.986 | 13.053 | 12.803 | 13.532 | 14.240 | 13.438 | 12.781 | 10.585 | 10.447 | 9.782 |
| China | 812 | 864 | 1.014 | 1.133 | 1.696 | 2.028 | 2.294 | 2.295 | 2.553 | 2.279 | 2.578 | 2.910 | 2.928 | 2.802 | 2.859 | 2.729 | 2.379 | 2.070 | 2.157 | 1.992 |
| Thailand | 627 | 621 | 659 | 715 | 885 | 1.064 | 1.105 | 1.201 | 1.386 | 1.505 | 1.553 | 1.507 | 1.540 | 1.716 | 1.847 | 1.669 | 1.776 | 1.756 | 1.869 | 1.711 |
| Australien | 1.389 | 1.614 | 1.715 | 1.923 | 2.190 | 2.512 | 2.944 | 3.317 | 3.674 | 3.554 | 3.662 | 3.345 | 3.154 | 3.319 | 3.519 | 3.523 | 3.439 | 4.728 | 3.169 | 3.147 |
| Insgesamt | 111.244 | 109.507 | 117.683 | 127.267 | 150.667 | 144.815 | 155.290 | 161.105 | 174.759 | 154.988 | 141.000 | 140.132 | 133.232 | 140.282 | 148.636 | 138.273 | 281.411 | 249.181 | 261.851 | 270.294 |

1) Die Fortzugszahlen für Deutsche für das Jahr 2004 sind aufgrund von Korrekturen im Land Hessen überhöht.

2) Ab 2016 Bruch in der Zeitreihe: Ab dem 1. Januar 2016 werden Zu- und Fortzüge von Deutschen von bzw. nach "Unbekannt/ohne Angabe" in der Wanderungsstatistik zusätzlich berücksichtigt, daher fallen die Zu- und Fortzugszahlen von Deutschen im Jahr höher aus. Die Ergebnisse sind nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

3) Die Ergebnisse des Berichtsjahres 2019 enthalten vermehrte Abmeldungen von Amts wegen von EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Zahl der Fortzüge nur eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

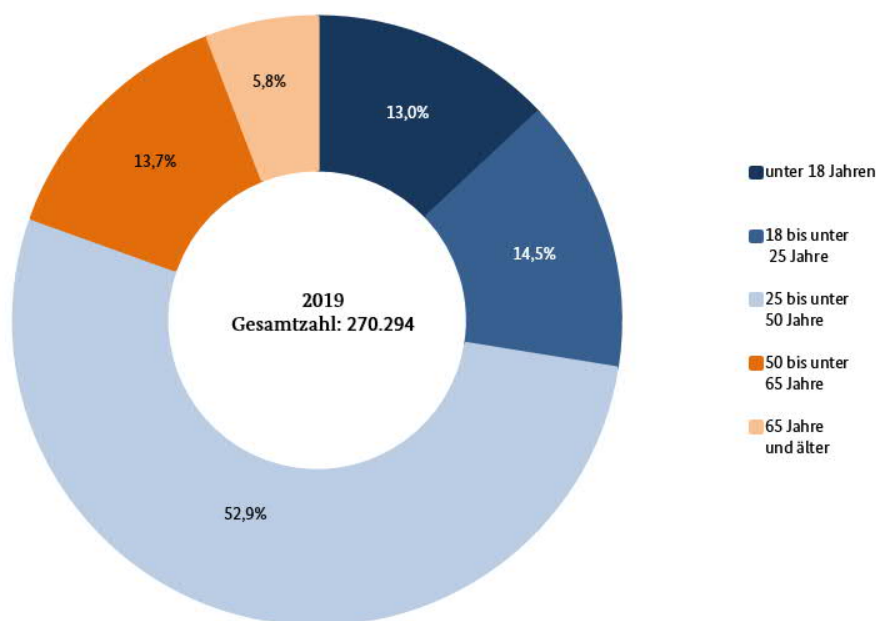
Quelle: Statistisches Bundesamt

4.2.2 Fortzüge nach Altersgruppen

Mehr als die Hälfte der deutschen Staatsangehörigen, die im Jahr 2019 ins Ausland gezogen sind, waren zwischen 25 und 49 Jahre alt (52,9 %, 2018: 53,4 %) (vgl. Abbildung 4-7). Etwa jede achte Person war jünger als 18 Jahre (13,0 %, 2018: 13,6 %), 5,8 % aller deutschen Fortgezogenen waren 65 Jahre und älter (2018: 5,1 %).

Bei deutschen Staatsangehörigen, die im Jahr 2019 ihren Wohnsitz nach Spanien verlagerten, waren 13,4 % 65 Jahre und älter (vgl. Tabellen 4-11 und 4-12 im Anhang). Diese Zahlen weisen darauf hin, dass Spanien in den letzten Jahren auch für deutsche Staatsangehörige vermehrt das Ziel von Ruhesitzwanderung wurde. Bei deutschen Staatsangehörigen, die nach Thailand zogen, betrug der Anteil der über 65-Jährigen sogar 18,4 %. Allerdings lassen die geringen absoluten Zahlen der Wanderungsstatistik bei den über 65-Jährigen auch vermuten, dass sich viele deutsche Staatsangehörige, die möglicherweise vorübergehend ihren Ruhestand im Ausland genießen, in Deutschland nicht abmelden. Dagegen war der Anteil der Minderjährigen bei den Deutschen, die in der Regel mit den Eltern in die Türkei (38,7 %) zogen, überproportional hoch.

Abbildung 4-7: Fortzüge von deutschen Staatsangehörigen nach Altersgruppen im Jahr 2019



Quelle: Statistisches Bundesamt

4.2.3 Abwanderung von Erwerbspersonen

Aus der Zu- und Fortzugsstatistik lässt sich nicht herauslesen, aus welchem Grund und für wie lange deutsche Staatsangehörige das Bundesgebiet verlassen. Es existieren jedoch einige Statistiken, die Personen erfassen, die zum Zweck der Arbeitsaufnahme für einige Zeit aus Deutschland fortziehen. Sie bilden aber nur einen Teil der Personen ab, die aus Deutschland abwandern, um in einem anderen Land eine Beschäftigung aufzunehmen.

Zahlen liegen etwa zur Abwanderung von Ärztinnen und Ärzten (deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit) aus Deutschland vor. Diese werden jährlich von der Bundesärztekammer im Rahmen der Ärztestatistik veröffentlicht.

Tabelle 4-4: Abwanderung von Ärztinnen und Ärzten aus Deutschland in den Jahren von 2008 bis 2019

| Jahr | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 |
|--------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Anzahl | 3.065 | 2.486 | 3.241 | 3.410 | 2.241 | 3.035 | 2.364 | 2.143 | 2.050 | 1.965 | 1.941 | 1.898 |

Quelle: Bundesärztekammer

Im Jahr 2019 ist die Abwanderung von Ärztinnen und Ärzten aus Deutschland im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen (2018: 1.941, -2,2 %) (vgl. Tabelle 4-4). Von den im Jahr 2019 ins Ausland abgewanderten Ärztinnen und Ärzten besaßen 58,5 % die deutsche Staatsangehörigkeit. Das beliebteste Zielland war im Jahr 2019 – wie in den vergangenen Jahren – die Schweiz (insgesamt 570, darunter 449 deutsche Ärztinnen und Ärzte), vor Österreich (insgesamt 260, darunter 125 deutsche Ärztinnen und Ärzte) und den Vereinigten Staaten (insgesamt 105, darunter 84 deutsche Ärztinnen und Ärzte).¹⁷⁸ In alle Staaten der EU zogen insgesamt 795 Personen, darunter 346 deutsche Ärztinnen und Ärzte.

Eine weitere Datenquelle stellen die vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) publizierten Daten zum internationalen Austausch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern dar.¹⁷⁹ Dabei handelt es sich ausschließlich um Informationen über den unmittelbar geförderten Austausch. Die ausgewiesenen Daten geben deshalb nur Auskunft über einen Teil des gesamten Austauschs zwischen Deutschland und anderen Ländern. In Deutschland gibt es keine Institution, die Daten zu Forschungsaufenthalten im Ausland zentral erfasst. Die Gesamtzahl der deutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Ausland dürfte insofern deutlich höher liegen.

Nachdem sich die Erfassung der geförderten deutschen Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler im Ausland im Jahr 2013 geändert hat, ist aufgrund der eingeschränkten Vergleichbarkeit eine Fortsetzung der bisherigen Zeitreihen zur Mobilitätsentwicklung nicht mehr möglich. Rückwirkend konnten jedoch entsprechend

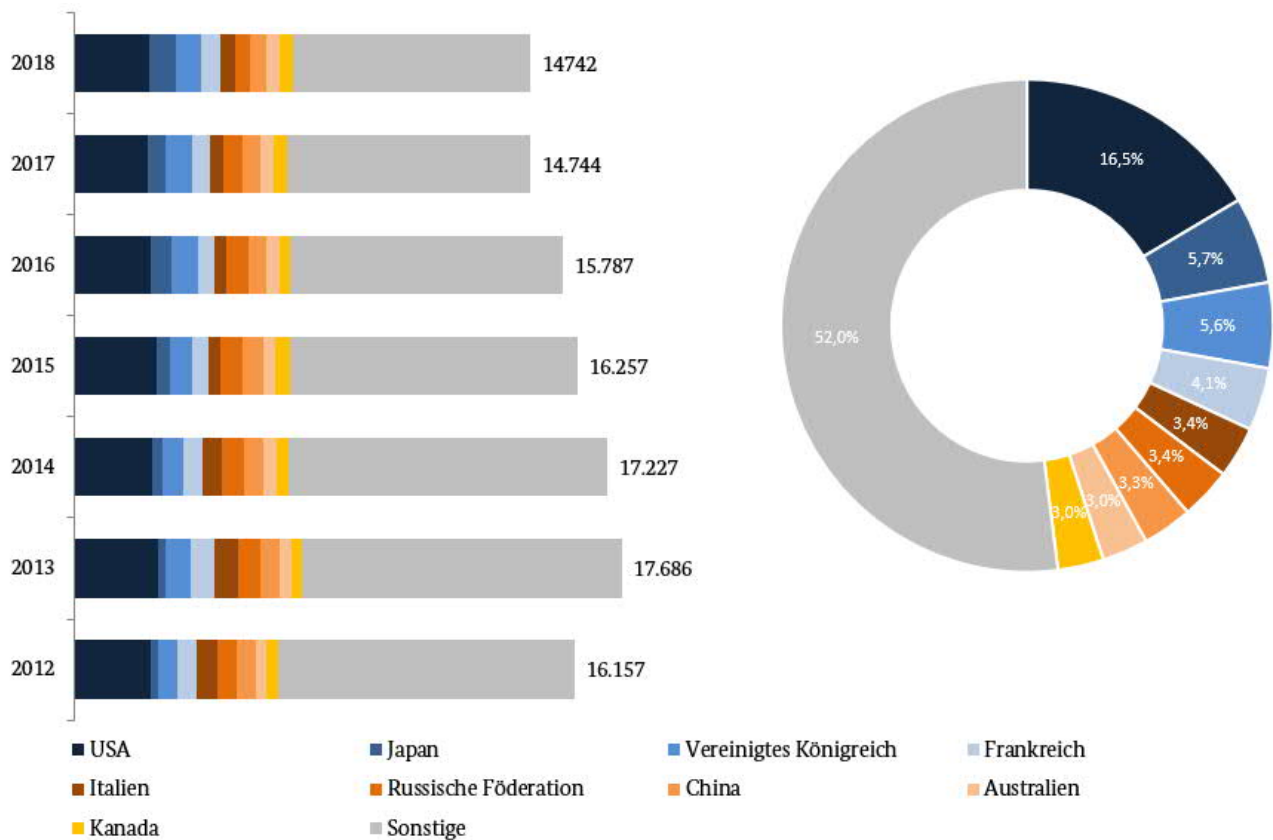
¹⁷⁸ Gleichzeitig stieg die Zahl der in Deutschland berufstätigen ausländischen Ärztinnen und Ärzte im Jahr 2019 um 3.789 (+7,8 % im Vergleich zum Vorjahr) auf 52.361. 26.282 von ihnen stammen aus den anderen Staaten der EU. Bei dem ausländischen ärztlichen Personal handelt es sich sowohl um zugewanderte Personen als auch um ausländische Personen, die ihr Medizinstudium in Deutschland abgeschlossen und hier ihre Approbation erhalten haben. Die größten Gruppen berufstätiger ausländischer Ärztinnen und Ärzte bilden syrische (4.4862), rumänische (4.433) und griechische Staatsangehörige (2.811).

¹⁷⁹ Vgl. DAAD/DZHW 2020.

der neuen Erfassungsmethode Zahlen für die Jahre ab 2011 zur Verfügung gestellt werden. Mit der neuen Methode ist nun besser gewährleistet, dass ausschließlich deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erfasst werden, die einen geförderten temporären Aufenthalt im Ausland absolvieren. Zudem wurden weitere Förderprogramme in die Erhebung einbezogen.¹⁸⁰

Im Jahr 2018 wurde der Aufenthalt von 14.742 deutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Ausland gefördert (vgl. Abbildung 4-8). Die Anzahl blieb im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant (2017: 14.744) und unterbricht damit den seit 2013 rückläufigen Trend. 2018 fanden 37,4 % der Auslandsaufenthalte deutscher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einem anderen europäischen Land statt, 19,5 % in den USA oder Kanada.

Abbildung 4-8: Deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Ausland nach den häufigsten Zielländern von 2012 bis 2018



Quelle: Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD), Selbstauskunft der Förderorganisationen, DZHW-Berechnungen

Bezogen auf einzelne Zielländer bevorzugt der größte Teil der deutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einen Forschungsaufenthalt in den Vereinigten Staaten (vgl. Abbildung 4-8 und Tabelle 4-12 im Anhang). Weitere beliebte Zielländer waren Japan, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien.

¹⁸⁰ Vgl. dazu ausführlich DAAD/DZHW 2020: 106ff.

Tabelle 4-5: Deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Ausland nach Fächergruppen im Jahr 2018

| Fächergruppen | Deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Ausland | |
|---|--|----------|
| | absolut | in % |
| Geisteswissenschaften, Sport | 3.435 | 28,2% |
| Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften | 2.825 | 23,2% |
| Mathematik, Naturwissenschaften | 3.317 | 27,2% |
| Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften | 534 | 4,4% |
| Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, Veterinärmedizin | 294 | 2,4% |
| Ingenieurwissenschaften | 1.686 | 13,8% |
| Kunst, Kunstwissenschaften | 109 | 0,9% |
| Mit Angabe zu Fächergruppen insgesamt | 12.200 | 100,0% |
| Ohne Zuordnung zu Fächergruppen | 2.542 | - |
| Insgesamt | 14.742 | - |

Quelle: Selbstauskunft der Förderorganisationen, DZHW-Berechnungen

Etwas mehr als ein Viertel (28,2 %) der deutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die 2018 einen Forschungsaufenthalt im Ausland verbrachten und einer Fächergruppe zuzuordnen sind, arbeitete im Bereich der Geisteswissenschaften oder im Sport. 27,2 % waren in einem mathematischen oder naturwissenschaftlichen Fach beschäftigt und weitere 23,2 % sind den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zuzuordnen (vgl. Tabelle 4-5).¹⁸¹

Tabelle 4-6: Deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Ausland nach Aufenthaltsdauer im Jahr 2018

| Aufenthaltsdauer | Deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Ausland | |
|---|--|----------|
| | absolut | in % |
| Bis 1 Monat | 9.972 | 75,7% |
| Bis 6 Monate | 1.320 | 10,0% |
| 7 bis 12 Monate | 1.273 | 9,7% |
| 1 bis 2 Jahre | 332 | 2,5% |
| 2 bis 3 Jahre | 149 | 1,1% |
| Über 3 Jahre | 134 | 1,0% |
| Mit Angabe zur Aufenthaltsdauer insgesamt | 13.180 | 100,0% |
| Ohne Angabe der Aufenthaltsdauer | 1.562 | - |
| Insgesamt | 14.742 | - |

Quelle: Selbstauskunft der Förderorganisationen, DZHW-Berechnungen

95,4 % der deutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, deren Auslandsaufenthalt im Jahr 2018 durch eine Förderorganisation unterstützt und deren Aufenthaltsdauer erfasst wurde, hielten sich weniger als ein Jahr im Ausland auf, 75,7 % sogar weniger als einen Monat. Dagegen hält sich nur ein kleiner Teil länger als drei Jahre im Ausland auf (1,0 %) (vgl. Tabelle 4-6).

¹⁸¹ Bezogen auf alle deutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Ausland mit einer Angabe zur Fächergruppe.

5 Migrationsgeschehen im europäischen Vergleich

5.1 Zu- und Abwanderung insgesamt

Bei der Betrachtung des Migrationsgeschehens in der Europäischen Union (EU)¹⁸² sowie in der Schweiz, Norwegen, Island und Lichtenstein ist zu berücksichtigen, dass bis zum Jahr 2009 die Vergleichbarkeit der Wanderungszahlen erheblich eingeschränkt war. Unterschiedliche Definitionskriterien und damit die uneinheitliche Erfassung des Migrationsgeschehens führten dazu, dass eine Gegenüberstellung der Zu- und Abwanderungszahlen in den Statistiken der einzelnen Länder zum Teil erhebliche Abweichungen ergab.¹⁸³

Am 14. März 2007 hat das Europäische Parlament dem Vorschlag der Europäischen Kommission für die EG-Verordnung über Gemeinschaftsstatistiken in den Bereichen Migration und internationaler Schutz zugestimmt. Am 12. Juni 2007 wurde dieser vom Rat der Europäischen Union¹⁸⁴ angenommen. Ziel dieser Verordnung sind die Verbesserung der Informationen über das Migrationsgeschehen auf europäischer Ebene und eine verbesserte Vergleichbarkeit der jeweiligen Wanderungstatistiken durch die Verwendung einheitlicher Definitionen und Erfassungskriterien.

In der Verordnung werden die Begriffe Zuwanderung und Abwanderung in Anlehnung an die Empfehlungen der Vereinten Nationen (UN)¹⁸⁵ wie folgt definiert:

- Zuwanderung ist die Handlung, durch die eine Person ihren üblichen Aufenthaltsort für einen Zeitraum von mindestens zwölf Monaten bzw. von voraussichtlich mindestens zwölf Monaten in das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats verlegt, nachdem sie zuvor ihren üblichen Aufenthaltsort in einem anderen Mitgliedstaat oder einem Drittstaat hatte.¹⁸⁶
- Abwanderung ist die Handlung, durch die eine Person, die zuvor ihren üblichen Aufenthaltsort im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats hatte, ihren üblichen Aufenthaltsort in diesem Mitgliedstaat für einen Zeitraum von mindestens zwölf Monaten bzw. von voraussichtlich mindestens zwölf Monaten aufgibt.

Diese Definition grenzt sich durch die (beabsichtigte) Aufenthaltsdauer von mindestens einem Jahr von der Definition in der amtlichen Wanderungstatistik in Deutschland ab (vgl. Kapitel 1). Damit sind temporäre Formen der Migration (z. B. saisonal beschäftigte Person) in der Regel nicht erfasst, weshalb die folgenden Zahlen für Deutschland ab dem Jahr 2009 sowohl für die Zu- als auch für die Fortzüge geringer sind als im Kapitel 1 dargestellt.

¹⁸² Da im Berichtsjahr 2019 das Vereinigte Königreich noch Mitglied der EU war, wird es auch in diesem Kapitel noch mit betrachtet.

¹⁸³ So waren die Definitions- und Erfassungskriterien für das Merkmal „Migrant international“ nicht einheitlich. In einigen Staaten wurde beispielsweise eine Aufenthaltsdauer von mindestens einem Jahr im Zielland vorausgesetzt, sodass temporäre Formen der Migration (z. B. saisonal beschäftigte Person) in den Wanderungstatistiken dieser Länder nicht erfasst waren. Manche Staaten nahmen die faktische Aufenthaltsdauer, andere die beabsichtigte Dauer des Aufenthalts zum Maßstab. In Deutschland wurden dagegen ausschließlich die Wohnortwechsel über die Grenzen (Wohnsitznahme) registriert. Vgl. dazu Lederer 2004: 80f.

¹⁸⁴ Verordnung (EG) Nr. 862/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz, EU Amtsblatt L 199.

¹⁸⁵ United Nations 1998: 10.

¹⁸⁶ Hält sich eine Person nach Einreise mindestens ein Jahr im Zielland auf, spricht man auch von „long-term migrant“. Bei einer Aufenthaltsdauer zwischen drei und zwölf Monaten spricht man dagegen von „short-term migrants“.

Seit 2009 weisen fast alle EU-Länder die Zu- und Abwanderung nach der Empfehlung der UN aus (vgl. Tabellen 5-2 und 5-3 im Anhang).¹⁸⁷ Daher werden ab 2009 nur noch diese Daten dargestellt. Neben den EU-Staaten wird auch das Wanderungsgeschehen der Schweiz und Norwegens als relevante Zuwanderungsländer in Europa mit einbezogen. Nachfolgend werden die Zu- und Abwanderungszahlen der einzelnen Länder sowohl absolut als auch im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße dargestellt.

Seit Beginn der 1990er Jahre sind insbesondere die westlichen Industriestaaten verstärkt das Ziel von Zuwanderung. Fast alle alten Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU-15) hatten seit 1996 einen positiven Wanderungssaldo. In Deutschland wurde 2008 erstmals seit 1984 wieder ein negativer Wanderungssaldo verzeichnet (2008: -55.743). Dies ist insbesondere auf einen deutlichen Wanderungsverlust bei deutschen Staatsangehörigen zurückzuführen, bei ausländischen Personen wurde auch 2008 ein leichter Wanderungsüberschuss registriert (vgl. dazu ausführlich Kapitel 1.2).¹⁸⁸ In den Folgejahren fiel der Wanderungssaldo in Deutschland (nach UN-Definition) wieder deutlich positiv aus (2018: +353.471)¹⁸⁹. Unter den EU-Staaten hatte 2018 Deutschland die höchste längerfristige Zuwanderung zu verzeichnen (893.886 Zuzüge). (zum Wanderungsgeschehen in Deutschland vgl. ausführlich Kapitel 1). 2017 betrug die Zahl noch 917.109, somit ist die Zuwanderung nach Deutschland zwischen 2017 und 2018 um 2,5 % zurückgegangen. Bei Fortzügen von 540.415 Personen im Jahr 2018 ergab sich für Deutschland ein Wanderungsüberschuss von +353.471 (2017: +356.409).

Das zweitwichtigste europäische Hauptzielland war im Jahr 2018 Spanien. Spanien war von 2005 bis 2008 das Hauptzielland in der EU, mit einem Höchststand der Zuwanderung im Jahr 2007 (958.266 Zuzüge). Infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise und der daraus resultierenden Krise auf dem spanischen Arbeitsmarkt war die Zuwanderung von 2008 bis 2013, mit Ausnahme des Jahres 2011, rückläufig (vgl. Tabelle 5-2 im Anhang). Erst ab 2014 wurden wieder steigende Zuzugszahlen verzeichnet. 2017 betrug die Zahl der Zuzüge in Spanien 532.132 und stieg 2018 auf 643.684 (+21,0 %). Im Jahr 2018 wurden 309.526 Fortzüge aus Spanien registriert (2017: 368.860, -16,1 %). Entsprechend verzeichnete Spanien 2018 einen Wanderungssaldo von +334.158 Personen (2017: +163.272) (vgl. Abbildung 5-1 und Tabelle 5-2 sowie Tabelle 5-3 im Anhang).

Im Vereinigten Königreich gingen 2018 die Zuzüge (603.953) im Vergleich zu 2017 um 6,2 % zurück (2017: 644.209). Die Zahl der Fortzüge aus dem Vereinigten Königreich betrug im Jahr 2018 344.347 (2017: 359.665, -4,3 % gegenüber 2017), sodass 2018 ein Wanderungsüberschuss von 259.606 Personen verzeichnet wurde (2017: +284.544).

In Frankreich wurde seit 2006 eine relativ konstante Zuwanderung von etwa 300.000 Personen jährlich registriert, mit einem Anstieg ab 2011 (2017: 369.623 Zuzüge, 2018: 386.911 Zuzüge). Nach 324.133 Fortzügen im Jahre 2017

¹⁸⁷ Wanderungszahlen der EU liegen immer erst mit ca. zwei Jahren Verzögerung vor, sodass hier nur auf die Werte bis maximal 2018 eingegangen werden kann.

¹⁸⁸ Zudem ist zu berücksichtigen, dass aufgrund der bundesweiten Einführung der persönlichen Steuer-Identifikationsnummer im Jahr 2008 umfangreiche Bereinigungen der Melderegister vorgenommen wurden, die zu zahlreichen Abmeldungen von Amts wegen und damit zu „überhöhten“ Fortzugszahlen in den Jahren 2008 und 2009 im Vergleich zu den Vorjahren geführt haben.

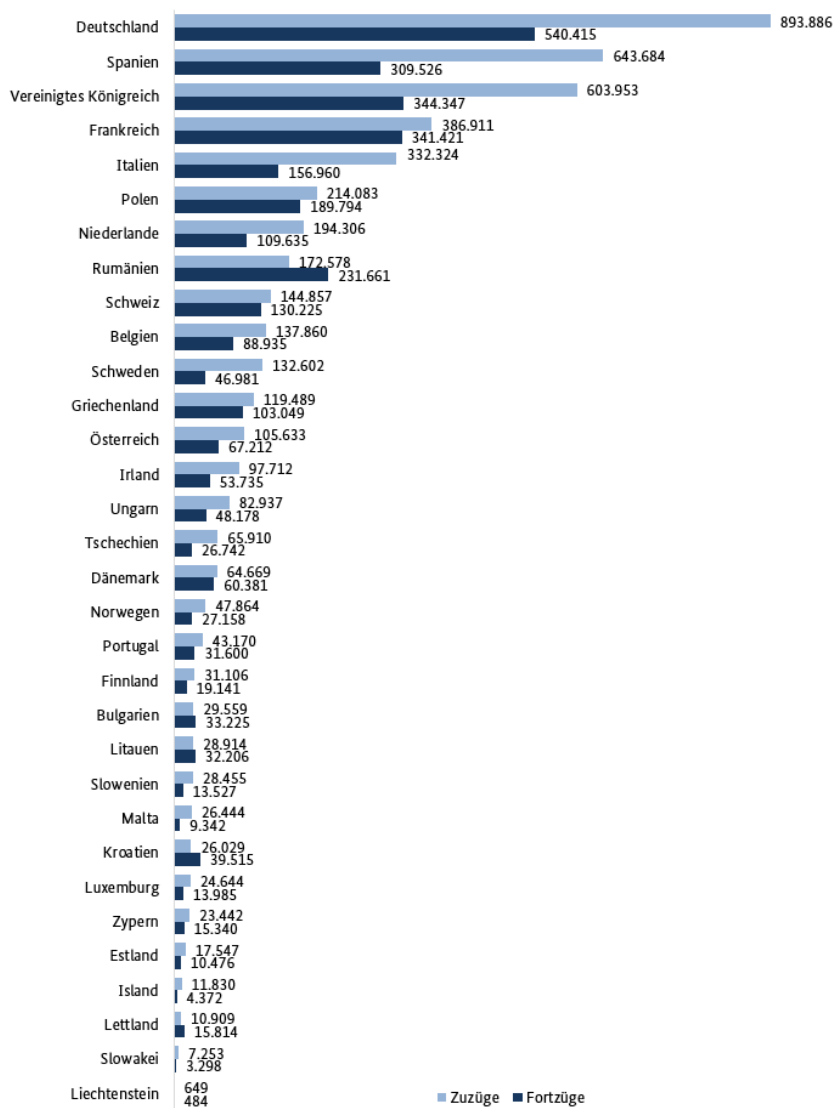
¹⁸⁹ Aufgrund von Nacherfassungen in den Mitgliedstaaten korrigiert die europäische Statistikbehörde Eurostat die veröffentlichten Zahlen zu Fort- und Zuzügen fortlaufend. Daher stimmen die Daten nicht notwendigerweise mit denen aus früheren Migrationsberichten überein. Die Daten im vorliegenden Bericht wurden am 1. September 2020 abgerufen.

wurden 2018 341.421 Fortzüge registriert, womit sich für Frankreich ein gleichbleibender Wanderungsüberschuss von 45.490 Personen in 2018 ergab (2017: +45.490).

Italien, das sich neben Deutschland, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Spanien zu einem der Hauptzielländer von Migrantinnen und Migranten entwickelt hat, erreichte 2008 mit 534.712 Zuzügen die bis dahin höchste Zahl an Zuwanderung. In den Folgejahren war ein Rückgang zu verzeichnen. 2015 bis 2017 stiegen die Zahlen wieder langsam an. 2018 ging die Zahl der Zuzüge wieder leicht zurück und betrug 332.324 (2017: 343.440). Bei gleichzeitig 156.960 Fortzügen (2017: 155.110) war Italien – nach Deutschland, Spanien und dem Vereinigten Königreich – das Land mit dem vierthöchsten Wanderungsüberschuss (2018: 175.364, 2017: 188.330).

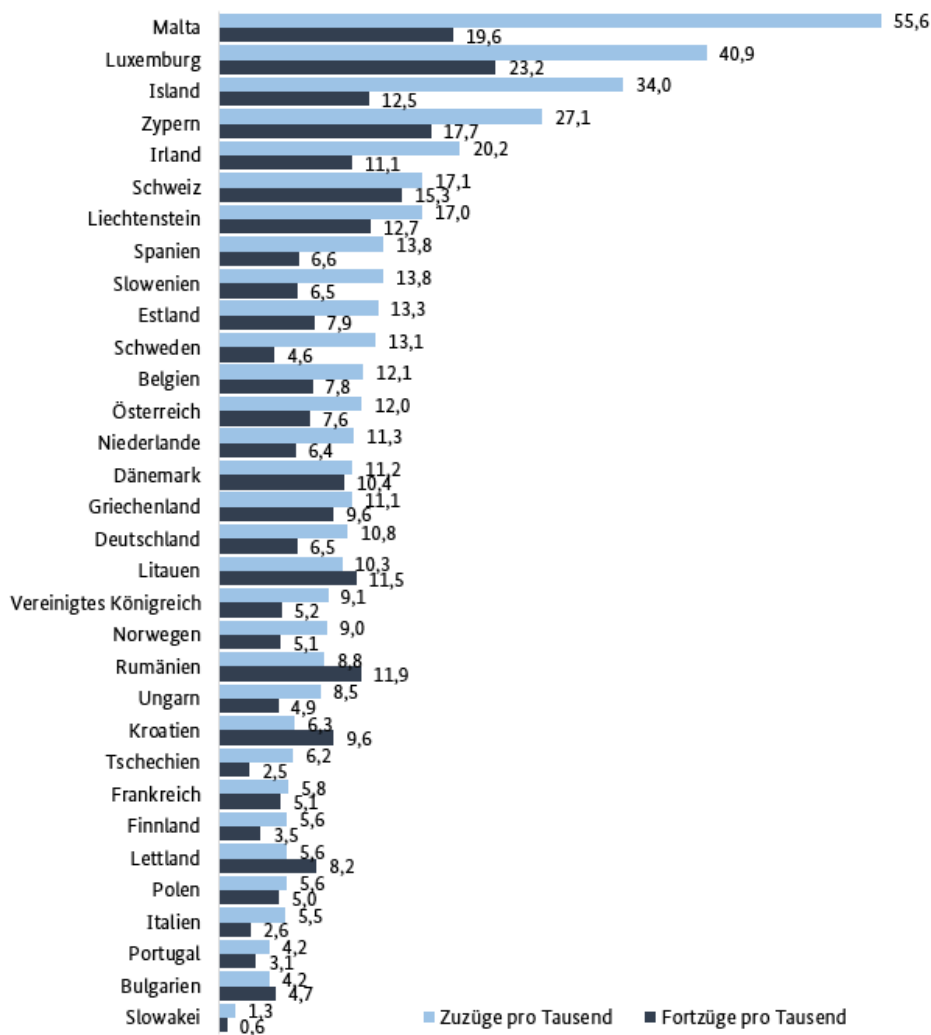
Weitere wichtige europäische Zielländer im Jahr 2018 waren Polen (214.083 Zuzüge), die Niederlande (194.306), Rumänien (172.578), Schweiz (144.857), Belgien (137.860) und Schweden (132.602). Während deutlich mehr Ab- als Zuwanderung für die Staaten Rumänien (Saldo von -59.083), Kroatien (-13.486) und Lettland (-4.905) registriert wurde, waren Schweden (+85.621) und die Niederlande (+84.671) weitere Länder, die einen deutlich positiven Wanderungssaldo erzielten (vgl. Abbildung 5-1 und Tabelle 5-2 sowie Tabelle 5-3 im Anhang).

Abbildung 5-1: Zu- und Fortzüge (nach UN-Definition) im Jahr 2018 in den EU-28-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen



Quelle: Eurostat (migr_imm1ctz/migr_emi1ctz, Abfragestand: 01.09.2020)

Abbildung 5-2: Zu- und Fortzüge (nach UN-Definition) im Jahr 2018 in den EU-28-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner



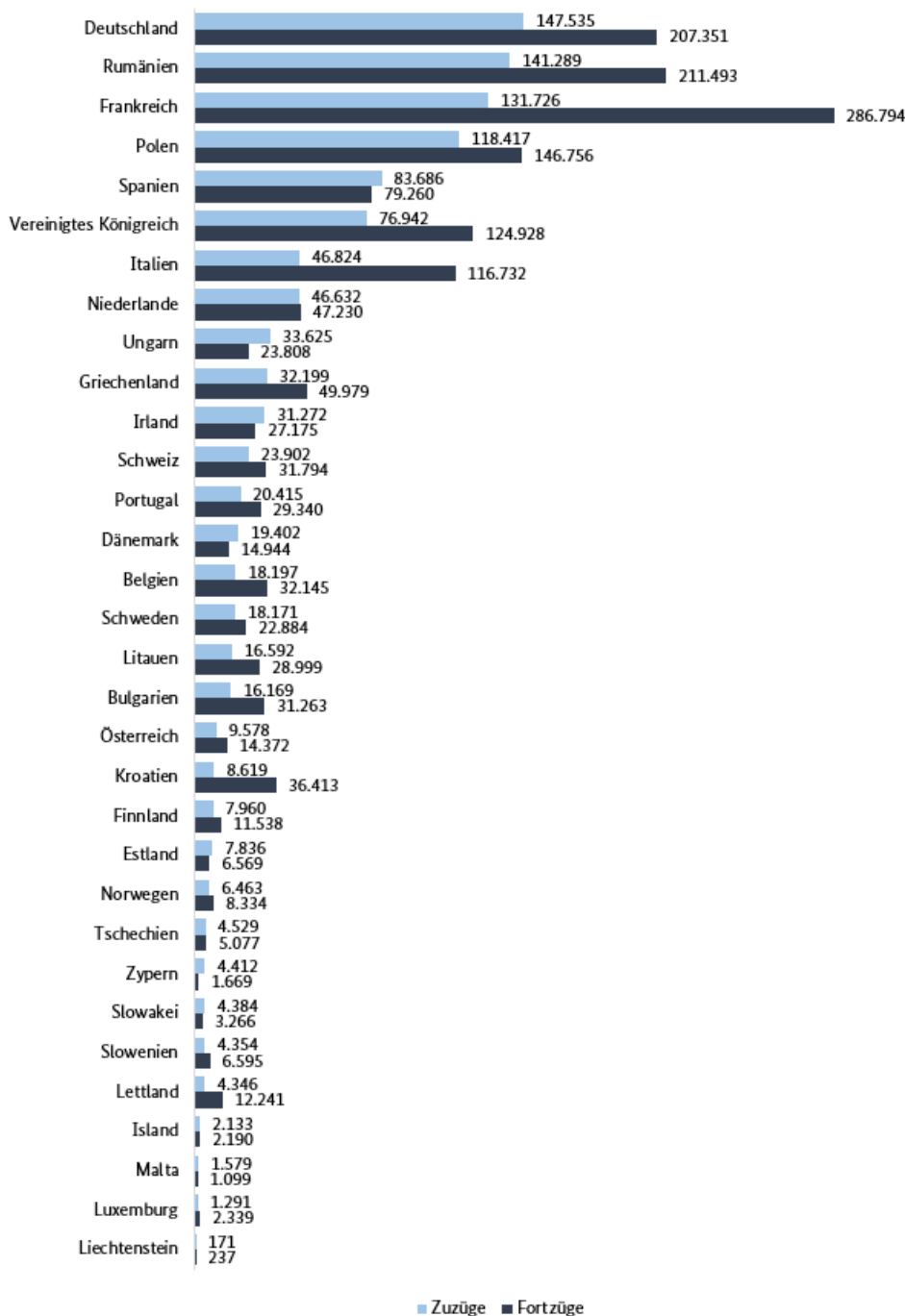
Quelle: Eurostat (migr_imm1ctz/migr_emi1ctz/demo_pjan, Abfragestand: 01.09.2020)

Bei einem Vergleich der Zuwanderungszahlen der einzelnen Staaten im Verhältnis zur jeweiligen Bevölkerungsgröße zeigt sich für 2018, dass neben Malta auch Luxemburg, Island und Zypern relativ gesehen hohe Zuzugszahlen zu verzeichnen hatten. Eine relativ geringe Abwanderungsquote wurde für die Slowakei, Tschechien und Italien registriert (vgl. Abbildung 5-2). Die höchsten Abwanderungsquoten wurden für Luxemburg, Malta, Zypern und die Schweiz festgestellt.

Betrachtet man nur die Zu- und Abwanderung von eigenen Staatsangehörigen (inländischen Personen), so zeigt sich, dass die per Saldo registrierte höhere Abwanderung von deutschen Staatsangehörigen aus Deutschland im europäischen Vergleich nicht die Ausnahme, sondern eher den Normalfall darstellt. In fast allen europäischen Staaten wanderten im Jahr 2018 (zum Teil deutlich) mehr eigene Staatsangehörige ab als zurückkehrten (vgl. Abbildung 5-3 und Tabelle 5-4 im Anhang). Lediglich in acht Staaten, darunter Spanien, Ungarn und Irland, kehrten mehr eigene Staatsangehörige zurück als das Land verließen. Setzt man die Zahl der Fortzüge ins Verhältnis zur Zahl der Zuzüge, so wanderten 2018 über vier Mal so viele kroatische Staatsangehörige aus Kroatien ab als dort hin zurückzogen. Bei Staatsangehörigen aus Lettland beträgt dieses Verhältnis 2,8:1, bei italienischen Staatsangehörigen 2,5:1 (vgl. Tabelle 5-4 im Anhang).

Bei der Betrachtung des Anteils der inländischen Personen an der jeweiligen Zu- und Abwanderung zeigt sich, dass es sich bei der Zuwanderung in die süd- und osteuropäischen Staaten vor allem um Rückwanderung eigener Staatsangehöriger handelt. So weist Rumänien 2018 mit 81,9 % den höchsten Anteil von Inländerinnen und Inländern an der Zuwanderung auf, gefolgt von der Slowakei (60,4 %) und Litauen (57,4 %). Die geringsten Anteile von inländischen Personen an der jeweiligen Zuwanderung wiesen Luxemburg (5,2 %), Malta (6,0 %) sowie Tschechien (6,9 %) und Österreich (9,1 %) auf. Bei der Abwanderung ist die Struktur ähnlich, jedoch sind die Anteile von inländischen Personen in der Regel höher als bei der Zuwanderung (vgl. Tabelle 5-5 im Anhang).

Abbildung 5-3: Zu- und Fortzüge (nach UN-Definition) von inländischen Personen im Jahr 2018 in den EU-28-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen



Quelle: Eurostat (migr_imm1ctz/migr_emi1ctz, Abfragestand: 01.09.2020)

5.2 Asyl

Asylanträge

Im Jahr 2019 wurden in der EU 744.795 Asylanträge (Erst- und Folgeanträge)¹⁹⁰ aus Nicht-EU-Staaten registriert. Damit stieg die Zahl der Asylantragstellenden im Vergleich zum Vorjahr um 12,1 % (2018: 664.405)¹⁹¹ (vgl. Tabelle 5-6 im Anhang).

Im europäischen Vergleich wurden 2019 die meisten Asylanträge in Deutschland (165.615 Anträge) und Frankreich (151.070 Anträge) gestellt (vgl. Abbildung 5-4). Die weiteren Hauptzielländer von Asylantragstellenden waren Spanien (117.795 Anträge), Griechenland (77.275 Anträge), das Vereinigte Königreich (46.055 Anträge) und Italien (43.770).

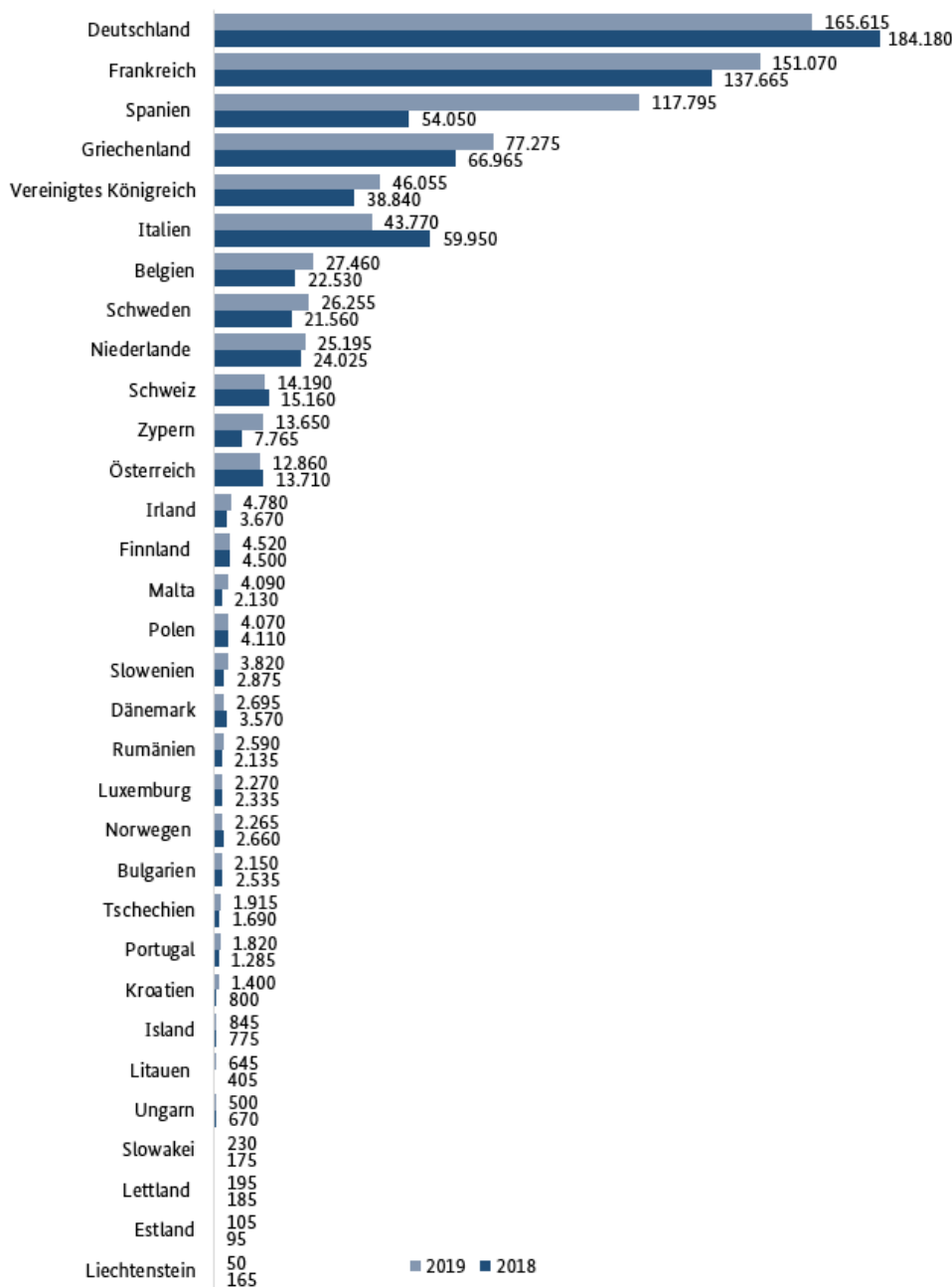
In absoluten Zahlen wurden 2019 die höchsten Zuwächse im Vergleich zu 2018 in Spanien (+63.745 bzw. +117,9 %), Frankreich (+13.405 bzw. +9,7 %), Griechenland (+10.310 bzw. +15,4 %) und im Vereinigten Königreich (+7.215 bzw. +18,6 %) verzeichnet. Im Gegensatz dazu ergaben sich in Deutschland (-18.565 bzw. -10,1 %) und Italien (-16.180 bzw. -27,0 %) die größten absoluten Rückgänge.

Seit 2013 ist Syrien das Hauptherkunftsland von Asylsuchenden. Im Jahr 2019 wurden 10,6 % aller Asylanträge in der EU von syrischen Staatsangehörigen gestellt. Von deren 79.145 Erst- und Folgeanträgen wurden 51,9 % in Deutschland entgegengenommen. Die zweitgrößte Gruppe der Asylantragstellenden bildeten afghanische Staatsangehörige mit 8,2 % der gesamten Asylanträge in den EU-Mitgliedstaaten (61.255 Erst- und Folgeanträge im Jahr 2019). Von den afghanischen Staatsangehörigen stellten 18,4 % ihre Asylanträge in Deutschland (11.280 Erst- und Folgeanträge im Jahr 2019). Mit 45.435 Asylanträgen (6,1 %) war die venezolanische Staatsangehörigkeit die am dritthäufigsten vertretene bei den Asylantragstellenden, die in der EU Schutz suchten. Davon stellten jedoch nur 1,6 % einen Asylantrag in Deutschland (730 Erst- und Folgeanträge im Jahr 2019).

¹⁹⁰ Datenquelle der Asylantragszahlen in den EU-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen sind die Zahlen von Eurostat, Grundlage bildet Art. 4 der EU-Statistik-Verordnung Nr. 862/2007 zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz. Die sich bei einem Vergleich der Asylstatistiken von Eurostat und der nationalen Geschäftsstatistik ergebenden Diskrepanzen sind u. a. bedingt durch Unterschiede bei den jeweiligen Statistiksystemen, mögliche Mehrfacherfassungen seitens Eurostat und Rundungen aus Datenschutzgründen.

¹⁹¹ Aufgrund von Nacherfassungen in den Mitgliedstaaten korrigiert Eurostat die veröffentlichten Zahlen zu Asylanträgen fortlaufend. Daher stimmen die Daten nicht notwendigerweise mit denen aus früheren Migrationsberichten überein. Die Daten im vorliegenden Bericht wurden am 1. September 2020 abgerufen.

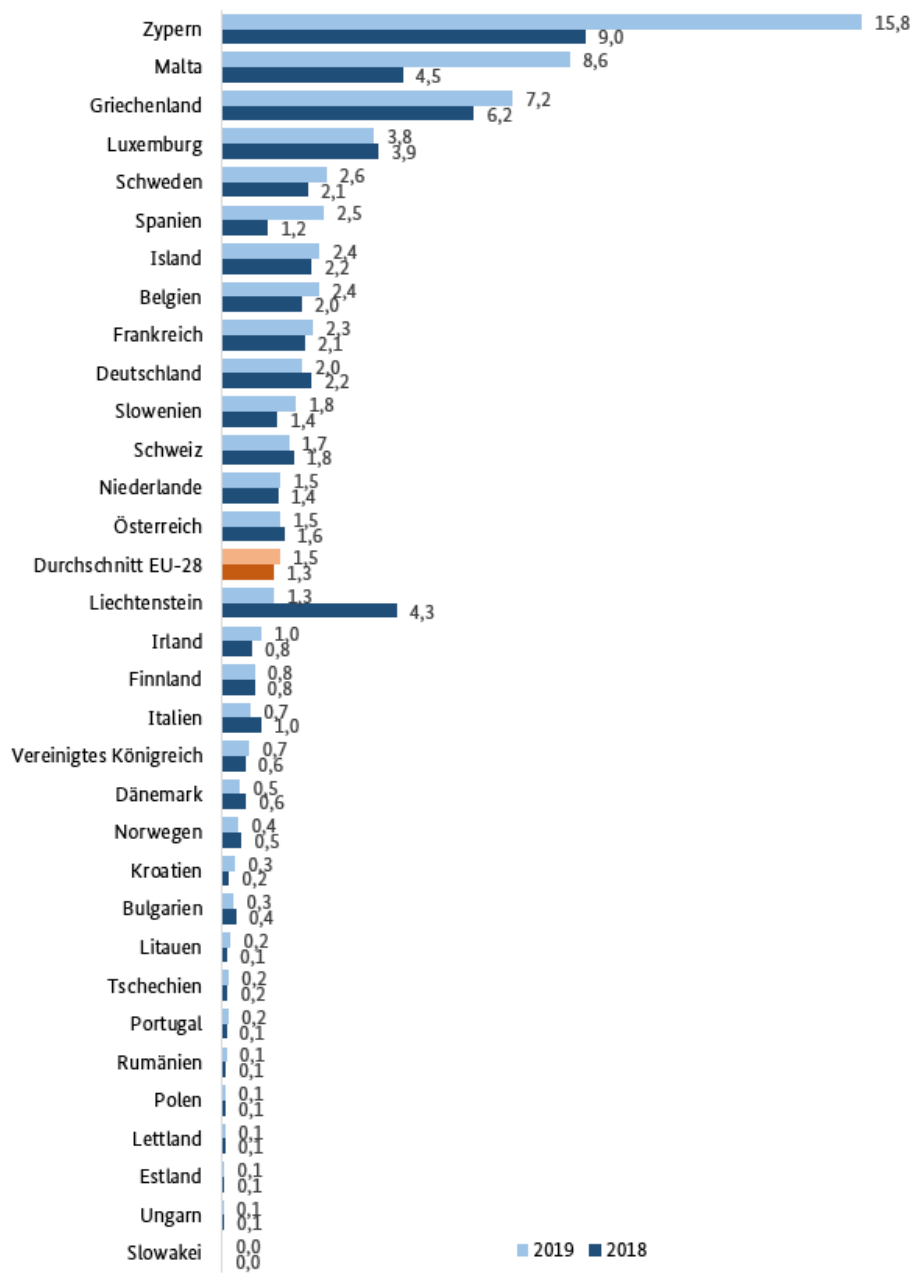
Abbildung 5-4: Asylanträge (Erst- und Folgeanträge) in den EU-28-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen, 2018 und 2019



Quelle: Eurostat (migr_asyappctza, Abfragestand: 01.09.2020)

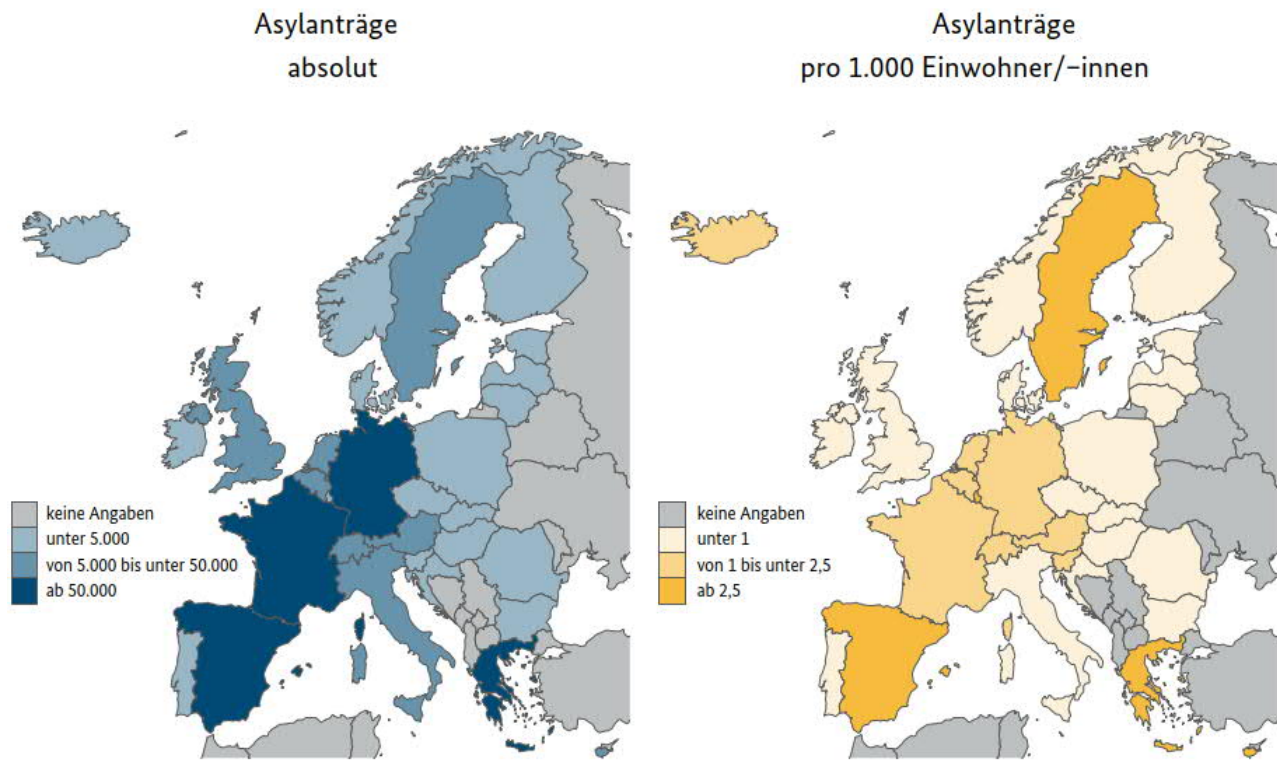
Im Jahr 2019 verzeichnete Zypern 15,8 Asylbewerberinnen und Asylbewerber je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner, Malta 8,6 Antragstellende und Griechenland 7,2 Antragstellende je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner (vgl. Abbildung 5-5 und Karte 5-1). Deutschland als in absoluten Zahlen zugangsstärkstes Asylantragsland liegt mit 2,0 Antragstellenden über dem Durchschnitt der EU-28 von 1,5 Antragstellenden je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Abbildung 5-5: Asylanträge (Erst- und Folgeanträge) in den EU-28-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner, 2018 und 2019



Quelle: Eurostat (migr_asyappctza/demo_pjan, Abfragestand: 01.09.2020)

Karte 5-1: Asylanträge (Erst- und Folgeanträge) in europäischen Staaten im Jahr 2019



Quelle: Eurostat, (migr_asyappctza/demo_pjan, Abfragestand: 01.09.2020)

Betrachtet man die Entwicklung der Fluchtmigration weltweit, so zeigt sich, dass die Zahl der Asylanträge von 2018 auf 2019 insgesamt um 17,6 % von 1,7 Millionen auf 2,0 Millionen Erst- und Folgeanträge gestiegen ist. Nach Angaben des UNHCR waren im Jahr 2019 die Vereinigten Staaten das Hauptzielland von Asylantragstellenden (301.000 Anträge) vor Peru mit 259.800 Anträgen.¹⁹² Weitere Hauptzielländer außerhalb der EU waren Brasilien (82.500), Mexiko (70.400), Costa Rica (59.200) und Kanada (58.400). Venezuela bildete mit 429.900 Asylanträgen im Jahr 2019 das bedeutendste Herkunftsland von Antragstellenden weltweit, gefolgt von Afghanistan (105.600 Anträge). Es folgten Syrien (86.200), Honduras (78.100) und der Niger (72.300).¹⁹³

Asylentscheidungen

Im Jahr 2019 wurden in der EU 569.345 Asylverfahren von Nicht-EU-Bürgern in erster Instanz entschieden, das waren 2,2 % weniger als im Jahr 2018 (581.895 Entscheidungen).¹⁹⁴ Insgesamt wurde 121.565 Menschen Flüchtlingsschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention gewährt (21,4 % aller Entscheidungen). 53.230 Personen erhielten subsidiären Schutz (9,3 %) und 46.230 Personen humanitären Schutz (8,1 %) (vgl. Tabelle 5-1).

¹⁹² UNHCR 2019: 2f.

¹⁹³ UNHCR 2020: 36ff.

¹⁹⁴ Aufgrund von Nacherfassungen in den Mitgliedstaaten korrigiert Eurostat die veröffentlichten Zahlen zu Entscheidungen fortlaufend. Daher stimmen die Daten nicht notwendigerweise mit denen aus früheren Migrationsberichten überein. Die Daten im vorliegenden Bericht wurden am 1. September 2020 abgerufen.

Die meisten Entscheidungen entfielen dabei auf Deutschland (154.175)¹⁹⁵, Frankreich (113.890), Italien (93.485), Spanien (58.035) und Griechenland (32.700).

Hinsichtlich der Gewährung von Flüchtlingsschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention (mit Gesamtentscheidungszahlen ab 5.000 Entscheidungen pro Jahr) standen im Jahr 2019 unter den EU-Staaten mit hohen Anerkennungszahlen das Vereinigte Königreich (44,1 %), Griechenland (41,3 %), und Österreich (40,5 %) prozentual an der Spitze. Deutschland lag im Mittelfeld (29,2 %). Niedrige Anerkennungszahlen gab es unter anderem in Spanien (2,8 %).

Bei der Gewährung europarechtlichen subsidiären Schutzes gemäß Artikel 15 der Qualifikationsrichtlinie zeigt sich, dass von den Hauptzielländern von Asylsuchenden im Jahr 2019 die Niederlande (14,1 %) überproportional hohe Anerkennungsquoten aufwiesen, während unter anderem Spanien (2,7 %) und das Vereinigte Königreich (4,3 %) unter dem EU-Durchschnitt von 9,3 % lagen, Deutschland leicht darüber (12,6 %). Die Gewährung von sonstigem humanitärem Schutz nach nationalem Recht erfolgte EU-weit dagegen relativ selten. Eine Ausnahme bildete Spanien, das mit dem höchsten Anteil an Gewährungen von 60,7 % weit über dem EU-Durchschnitt von 8,1 % lag, Deutschland hingegen mit 3,8 % deutlich darunter. Die unterschiedlichen Anerkennungsquoten bei den verschiedenen Schutzformen sind auf die nationalen Gesetze bzw. die jeweilige Entscheidungspraxis des betreffenden Landes, vor allem aber auf die jeweilige herkunftsländerspezifische Zusammensetzung der Asylantragstellenden zurückzuführen.

¹⁹⁵ Die Daten von Eurostat sind nicht mit der nationalen deutschen Asylstatistik identisch. So werden etwa Verfahrenseinstellungen und Rücknahmen von Eurostat nicht als Entscheidungen gezählt (vgl. dazu BAMF 2019b).

Tabelle 5-1: Erstinstanzliche Entscheidungen über Asylanträge in den EU-28 Staaten sowie Island, Liechtenstein, Norwegen und Schweiz im Jahr 2019

| Staaten | Entscheidungen insgesamt | Gewährung von Flüchtlings-schutz nach GFK | Quote in % | Gewährung von subsidiärem Schutz | Quote in % | Gewährung von humanitärem Schutz | Quote in % |
|------------------------|--------------------------|---|------------|----------------------------------|------------|----------------------------------|------------|
| Belgien | 17.170 | 5.555 | 32,4% | 975 | 5,7% | - | - |
| Bulgarien | 1.250 | 140 | 11,2% | 265 | 21,2% | - | - |
| Dänemark | 3.025 | 645 | 21,3% | 575 | 19,0% | 355 | 11,7% |
| Deutschland | 154.175 | 45.050 | 29,2% | 19.415 | 12,6% | 5.855 | 3,8% |
| Estland | 90 | 40 | 44,4% | 5 | 5,6% | 0 | 0,0% |
| Finnland | 4.845 | 1.295 | 26,7% | 205 | 4,2% | 165 | 3,4% |
| Frankreich | 113.890 | 17.360 | 15,2% | 10.780 | 9,5% | - | - |
| Griechenland | 32.700 | 13.515 | 41,3% | 3.835 | 11,7% | 0 | 0,0% |
| Irland | 1.870 | 585 | 31,3% | 120 | 6,4% | 265 | 14,2% |
| Italien | 93.485 | 10.120 | 10,8% | 6.870 | 7,3% | 1.385 | 1,5% |
| Kroatien | 320 | 55 | 17,2% | 0 | 0,0% | 0 | 0,0% |
| Lettland | 150 | 30 | 20,0% | 5 | 3,3% | - | - |
| Litauen | 325 | 80 | 24,6% | 15 | 4,6% | 0 | 0,0% |
| Luxemburg | 1.180 | 635 | 53,8% | 35 | 3,0% | - | - |
| Malta | 1.040 | 50 | 4,8% | 345 | 33,2% | 15 | 1,4% |
| Niederlande | 12.935 | 2.455 | 19,0% | 1.830 | 14,1% | 560 | 4,3% |
| Österreich | 13.890 | 5.620 | 40,5% | 1.075 | 7,7% | 725 | 5,2% |
| Polen | 1.995 | 130 | 6,5% | 130 | 6,5% | 5 | 0,3% |
| Portugal | 745 | 60 | 8,1% | 115 | 15,4% | - | - |
| Rumänien | 1.315 | 320 | 24,3% | 265 | 20,2% | 0 | 0,0% |
| Schweden | 20.720 | 3.300 | 15,9% | 2.300 | 11,1% | 465 | 2,2% |
| Slowakei | 90 | 5 | 5,6% | 20 | 22,2% | 15 | 16,7% |
| Slowenien | 215 | 80 | 37,2% | 5 | 2,3% | - | - |
| Spanien | 58.035 | 1.640 | 2,8% | 1.540 | 2,7% | 35.240 | 60,7% |
| Tschechien | 1.390 | 50 | 3,6% | 80 | 5,8% | 5 | 0,4% |
| Ungarn | 710 | 20 | 2,8% | 30 | 4,2% | 5 | 0,7% |
| Vereinigtes Königreich | 28.525 | 12.585 | 44,1% | 1.240 | 4,3% | 1.165 | 4,1% |
| Zypern | 3.275 | 150 | 4,6% | 1.150 | 35,1% | 0 | 0,0% |
| Island | 710 | 90 | 12,7% | 205 | 28,9% | 10 | 1,4% |
| Liechtenstein | 35 | 5 | 14,3% | 5 | 14,3% | 5 | 14,3% |
| Norwegen | 2.455 | 1.645 | 67,0% | 45 | 1,8% | 100 | 4,1% |
| Schweiz | 12.310 | 5.395 | 43,8% | 970 | 7,9% | 4.425 | 35,9% |

Anmerkung: - Daten nicht verfügbar. Abweichungen in den Gesamtzahlen sind durch die von Eurostat angewandte Fünfferrundung bedingt.

Quelle: Eurostat (migr_asydcfsta, Abfragestand 01.09.2020)

6 Irreguläre Migration

In diesem Kapitel wird die irreguläre Migration¹⁹⁶ nach Deutschland zunächst definiert und dann hinsichtlich ihrer quantitativen Messbarkeit betrachtet. Die präsentierten Indikatoren geben Hinweise auf die Entwicklungstendenzen dieser Form der Migration. Die Darstellung wird auf Personen beschränkt, die weder einen asyl- oder ausländerrechtlichen Aufenthaltsstatus besitzen noch eine ausländerrechtliche Duldung vorweisen können und die weder im Ausländerzentralregister noch anderweitig behördlich erfasst sind.

6.1 Begriff und rechtliche Rahmenbedingungen

Drittstaatsangehörige dürfen grundsätzlich nur in das Bundesgebiet einreisen oder sich darin aufhalten, wenn sie einen gültigen Pass oder Pass- bzw. Ausweisersatz besitzen.¹⁹⁷ Zudem bedürfen sie grundsätzlich für die Einreise und den Aufenthalt eines Aufenthaltstitels, sofern nicht durch EU-Recht oder Rechtsverordnung etwas anderes bestimmt ist oder aufgrund des Assoziationsabkommens EWG/Türkei ein Aufenthaltsrecht besteht.¹⁹⁸

Findet die (Wieder-) Einreise einer ausländischen Person in das Bundesgebiet ohne einen anerkannten und gültigen Pass oder Passersatz gemäß § 3 Abs. 1 AufenthG bzw. ohne den erforderlichen Aufenthaltstitel nach § 4 AufenthG statt oder besteht für ausländische Staatsangehörige ein Einreise- und Aufenthaltsverbot nach § 11 AufenthG, so ist die Einreise unerlaubt (§ 14 Abs. 1 AufenthG). Erfüllt eine ausländische Person die vorgenannten Einreisevoraussetzungen nicht, so ist auch ihr Aufenthalt im Bundesgebiet unerlaubt. Unerlaubt ist der Aufenthalt einer ausländischen Person auch in Fällen, in denen die erforderlichen Aufenthaltsbedingungen nicht mehr erfüllt sind (§ 50 AufenthG), sie also den erforderlichen Aufenthaltstitel nicht mehr besitzt. Der Aufenthaltstitel erlischt unter anderem durch Ablauf seiner Geltungsdauer, Eintritt einer auflösenden Bedingung, Rücknahme bzw. Widerruf oder Ausweisung (§ 51 Abs. 1 AufenthG).

Der Begriff des „irregulären“ bzw. unrechtmäßigen Aufenthalts wird im Hinblick auf Personen verwendet, die sich ohne Aufenthaltsrecht oder Duldung und ohne Kenntnis der Ausländerbehörden in Deutschland aufhalten. Sowohl die unerlaubte Einreise als auch der unerlaubte Aufenthalt sind strafbar und werden grundsätzlich mit einer Geld- oder Freiheitsstrafe geahndet (§ 95 AufenthG).¹⁹⁹ Dies gilt jedoch nicht für unerlaubt eingereiste Personen, die unmittelbar nach der Einreise in die Bundesrepublik Deutschland um Asyl ersuchen. Bei Personen, die unmittelbar nach der unerlaubten Einreise um Asyl ersuchen, wird das

¹⁹⁶ Verwendung finden auch die alternativen Begriffe „illegale“, „unkontrollierte“ oder „undokumentierte“ Migration sowie „Sans Papiers“ („Papierlose“). Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) spricht von „unerlaubter Migration“ („unauthorized migration“).

¹⁹⁷ Die Passpflicht gilt nicht für Ausländerinnen und Ausländer, die durch Rechtsverordnung davon befreit sind (§ 3 Abs. 1 AufenthG). Daneben können in begründeten Einzelfällen durch das BMI Ausnahmen von der Passpflicht zugelassen werden (§ 3 Abs. 2 AufenthG).

¹⁹⁸ Zu Aufenthaltstiteln und Ausnahmeregelungen vgl. Kohls 2014: 12f.

¹⁹⁹ Strafbar macht sich ebenfalls, wer andere zur unerlaubten Einreise bzw. zum unerlaubten Aufenthalt anstiftet bzw. dazu Hilfe leistet und dafür einen Vermögensvorteil erhält oder sich versprechen lässt oder wiederholt oder zu Gunsten von mehreren Ausländerinnen und Ausländern handelt (§ 96 AufenthG; Einschleusen von ausländischen Staatsangehörigen). Erfolgen die Einschleusungen gewerbs- und bandenmäßig oder wird dabei der Tod von geschleusten Personen verursacht, erfüllt dies einen Verbrechenstatbestand (§ 97 AufenthG) mit einer Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr bzw. von nicht unter drei Jahren.

Verfahren jedoch so lange ausgesetzt, bis das Asylverfahren abgeschlossen ist. Bei einer positiven Entscheidung, wird das Strafverfahren grundsätzlich eingestellt.²⁰⁰ Deutsche Behörden sind grundsätzlich verpflichtet, zuständige Ausländer- oder Polizeibehörden zu unterrichten, wenn sie Kenntnis von im Inland aufhältigen Personen haben, die keinen erforderlichen Aufenthaltstitel besitzen. Ausgenommen von dieser Verpflichtung sind Mitarbeitende von öffentlichen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen, insbesondere Schulen, um deren Besuch für Kinder und Jugendliche auch bei unerlaubtem Aufenthalt zu gewährleisten (§ 87 Abs. 1 und 2 AufenthG).

6.2 Entwicklung irregulärer Migration

Während ausreisepflichtige Personen im AZR registriert werden, kann der Umfang der unerlaubt eingereisten und aufhältigen Personen ohne Behördenkontakt nicht verlässlich bestimmt werden.

Trotz der Schwierigkeit, die Größenordnung der unerlaubt in Deutschland aufhältigen ausländischen Staatsangehörigen zu bestimmen, lassen sich anhand einiger Indikatoren – wenn auch in eingeschränktem Maße – Entwicklungstendenzen aufzeigen.²⁰¹ Solche Daten finden sich zum einen in der durch die Bundespolizei erstellten Statistiken über die Zahl der unerlaubten Einreisen von ausländischen Staatsangehörigen und über die Schleusungskriminalität. Zum anderen sind in der vom Bundeskriminalamt erstellten Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) unter anderem Zahlen zur unerlaubten Einreise nach § 95 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 Nr. 1 a AufenthG und zum Einschleusen von ausländischen Staatsangehörigen nach § 96 AufenthG enthalten.

Bei der Betrachtung und Bewertung der Daten der Bundespolizei und aus der PKS ist zu beachten, dass aufgrund unterschiedlicher Erfassungskriterien – Eingangsstatistik bei der Bundespolizei, Ausgangsstatistik bei der PKS²⁰² – ein unmittelbarer Vergleich nicht möglich ist. Die im Folgenden aufgeführten Zahlen geben nur das Hellfeld der dargestellten Delikte wieder. Hierbei sind auch Fälle erfasst, in denen Personen wiederholt auf unerlaubtem Weg nach Deutschland eingereist sind.

6.2.1 Feststellungen an den Grenzen

Feststellungen von unerlaubt eingereisten ausländischen Staatsangehörigen an den deutschen Grenzen

Ausländische Personen, die bei der unerlaubten Einreise durch die Bundespolizei oder von anderen mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden²⁰³ festgestellt werden,

²⁰⁰ Vgl. Art. 31 Abs. 1 GFK.

²⁰¹ Vgl. dazu ausführlich Lederer 2004: 208ff. sowie Sinn et al. 2006: 26ff.

²⁰² Bei der Eingangsstatistik erfolgt die Registrierung bei amtlicher Kenntnisnahme, während bei der Ausgangsstatistik die Registrierung bei Abschluss der polizeilichen Ermittlungen stattfindet.

²⁰³ Nach § 2 Abs. 1 BPolG können die Länder im Einvernehmen mit dem Bund Aufgaben des grenzpolizeilichen Schutzes wahrnehmen. Dies sind derzeit die Wasserschutzpolizei Hamburg und die Polizei des Landes Bayern.

gehen in die Statistik der Bundespolizei ein. Sie umfasst Feststellungen an den Land- und Seegrenzen, auf Flughäfen und im Inland.

Die Bundespolizei und die mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs betrauten Behörden der Bundesländer Bayern und Hamburg sowie die Zollverwaltung haben 2019 insgesamt 40.610 eingereiste Personen festgestellt, die unerlaubt eingereist sind. Dies entspricht einem Rückgang um 4,4 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (2018: 42.478). Nachdem die Zahl der Zurückschiebungen als Folge von unerlaubten Einreisen seit 2009 rückläufig war, wurde 2018 wieder ein Anstieg registriert, der sich im Jahr 2019 fortsetzte (2019: 2.934, 2018: 2.497, +17,5 %) (vgl. Abbildung 6-1 und Tabelle 6-2 im Anhang).²⁰⁴

Im Jahr 2019 wurden 13.689 Zurückweisungen vollzogen, damit ist die Anzahl im Vergleich zum Vorjahr um 13,3 % gestiegen (2018: 12.079 Zurückweisungen).²⁰⁵ Dies geschah im Jahr 2019 über die internationalen Flughäfen (7.682), auf dem Landweg (6.004) und über die Seehäfen (3).²⁰⁶ 2001 erfolgten noch über 50.000 Zurückweisungen.²⁰⁷

Ein Rückschluss auf die tatsächliche Lageentwicklung ist jedoch durch den statistischen Vergleich der Feststellungen seit dem Jahr 2008 mit den Vorjahren nur eingeschränkt möglich, da sich die rechtlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen an den Schengen-Binnengrenzen – insbesondere zu Polen, zur Tschechien und zur Schweiz – grundlegend verändert haben: Irregulär reisende Personen werden seit dem Wegfall der systematischen Grenzübertretungskontrollen mit dem Schengener Abkommen regelmäßig erst nach erfolgter Einreise festgestellt. Vor dem Wegfall dieser Grenzkontrollen wiesen die Grenzbehörden diese noch vor erfolgter (unerlaubter) Einreise zurück. Deutschland führte am 13. September 2015 nach Maßgabe des Schengener Grenzkodexes an allen land-, luft- und seeseitigen Schengen-Binnengrenzen mit Schwerpunkt an der Grenze zu Österreich temporäre Grenzkontrollen wieder ein. Im weiteren Verlauf wurden nur die temporären Grenzkontrollen an der Landgrenze zu Österreich wiederholt neu angeordnet, auch über das gesamte Berichtsjahr 2019 fortgeführt sowie am 12. November 2019 um weitere sechs Monate neu angeordnet.

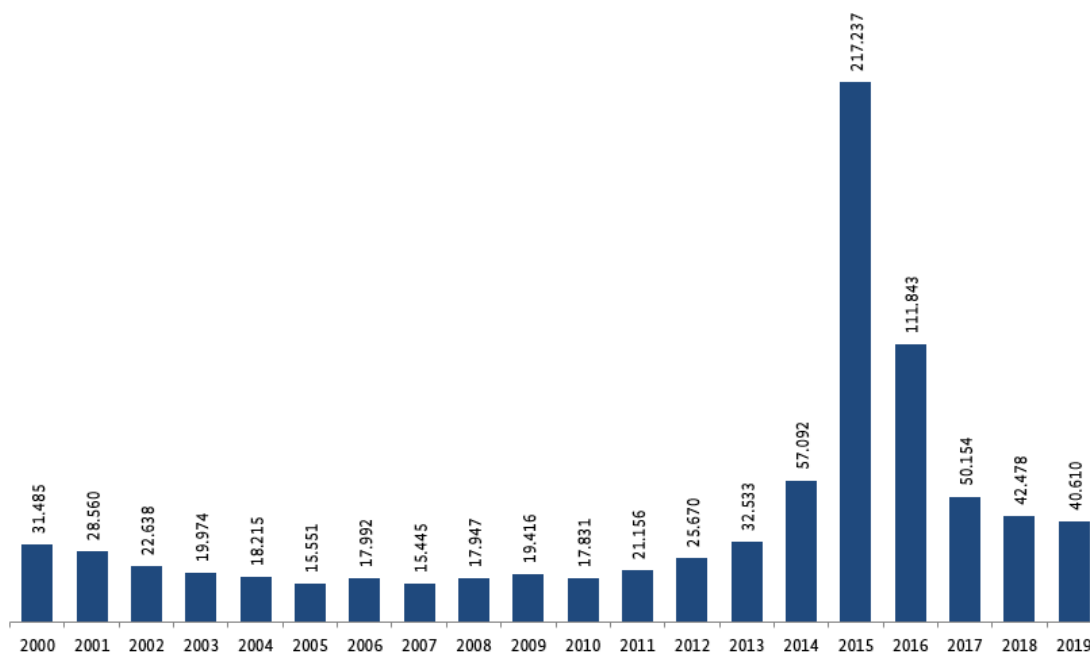
²⁰⁴ Eine ausländische Person, der in Verbindung mit der unerlaubten Einreise aufgegriffen wird, soll zurückgeschoben werden (§ 57 AufenthG). Die *Zurückschiebung* setzt – im Gegensatz zur *Zurückweisung* als einreiseverhindernde Maßnahme – erst ein, wenn die Einreise bereits vollendet ist, vgl. Kohls 2014: 14. Für diese „grenznahen“ Tatbestände sind die polizeilichen Grenzbehörden zuständig, d. h. in der Regel die Bundespolizei, ggf. aber auch die Zollverwaltung bzw. die Landespolizei.

²⁰⁵ Bei der Zurückweisung handelt es sich um die Verweigerung der Einreise nach Artikel 14 der Verordnung (EU) 2016/399 (Schengener Grenzkodex – SGK) i. V. m. § 15 AufenthG: Demnach sind ausländische Staatsangehörige, die unerlaubt einreisen wollen, an der Schengen-Außergrenze zurückzuweisen. Darüber hinaus sind ausländische Staatsangehörige, die nicht alle Einreisevoraussetzungen des Artikels 6 SGK erfüllen, grundsätzlich zurückzuweisen.

²⁰⁶ Vgl. Deutscher Bundestag 2020h.

²⁰⁷ Vgl. Kohls 2014: 16f.

Abbildung 6-1: Feststellungen von unerlaubt eingereisten ausländischen Personen an bundesdeutschen Grenzen (Land-, Seegrenzen und Flughäfen) von 2000 bis 2019



Quelle: Bundespolizei

Feststellungen unerlaubter Einreisen (gem. § 95 Abs. 1 Nr. 3 AufenthG) und Wiedereinreisen nach Ausweisung/Abschiebung (gemäß § 95 Abs. 2 Nr. 1a AufenthG) sind in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erfasst.²⁰⁸ In der PKS werden die bekannt gewordenen Straftaten erst nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen bei Aktenabgabe an die Staatsanwaltschaft oder das Gericht erfasst (Ausgangsstatistik). Demzufolge werden in der PKS die in einem Kalenderjahr polizeilich abgeschlossenen Taten unabhängig vom Zeitpunkt der Tatbegehung dokumentiert. Die Bundespolizei erfasst alle Straftaten bereits mit der Aufnahme der polizeilichen Ermittlungen (Eingangsstatistik).

Die Zahl der von der PKS dokumentierten Fälle von unerlaubter Einreise (gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3 AufenthG) ist von 36.990 im Jahr 2018 auf 35.963 im Jahr 2019 leicht gesunken (-2,8 %). Die unerlaubten Wiedereinreisen nach Ausweisung oder Abschiebung sind im Vergleich zu 2018 leicht zurückgegangen (2019: 2.247, 2018: 2.486) (vgl. Tabelle 6-1).

Tabelle 6-1: Feststellungen von unerlaubten Einreisen und Wiedereinreisen in der PKS 2010 bis 2019 (Fallzahlen)

| | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 |
|---|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|----------------|----------------|---------------|---------------|---------------|
| Unerlaubte Einreisen (gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3 AufenthG) | 19.376 | 21.288 | 23.105 | 30.846 | 47.462 | 152.688 | 247.188 | 47.660 | 36.990 | 35.963 |
| Unerlaubte Wiedereinreisen nach Ausweisung/ Abschiebung (gemäß § 95 Abs. 2 Nr. 1a AufenthG) | 2.554 | 2.714 | 3.005 | 2.950 | 2.252 | 1.500 | 1.690 | 2.487 | 2.486 | 2.247 |
| Insgesamt | 21.930 | 24.002 | 26.110 | 33.796 | 49.714 | 154.188 | 248.878 | 50.147 | 39.476 | 38.210 |

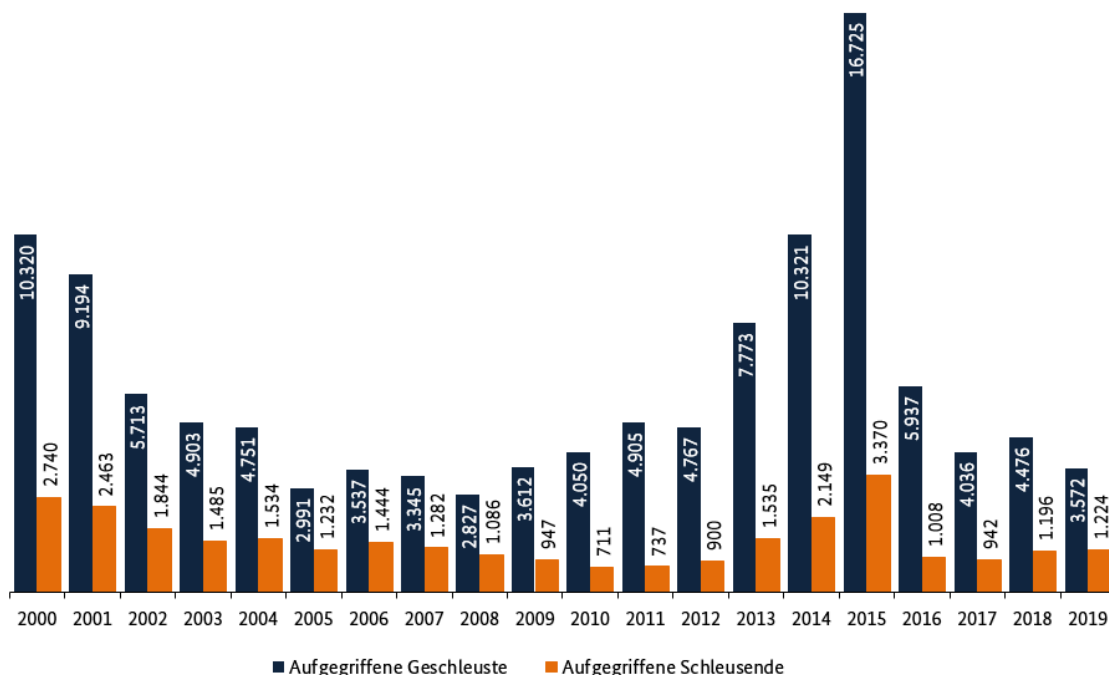
Quelle: Bundeskriminalamt (Polizeiliche Kriminalstatistik)

²⁰⁸ PKS-Schlüssel: 725110 und 725120 (Fälle).

Schleusungskriminalität an den deutschen Grenzen

Die Grenzbehörden haben im Jahr 2019 1.224 Schleusende an den deutschen Grenzen festgestellt, 2,3 % mehr als im Vorjahr (2018: 1.196) (vgl. Abbildung 6-2 und Tabelle 6-3 im Anhang). Bei der Zahl der Geschleusten wurde im Jahr 2019 ein niedrigerer Wert als im Vorjahr verzeichnet, nämlich 3.572 (2018: 4.476 Geschleuste). Dies bedeutet einen Rückgang von 20,2 % gegenüber 2018.

Abbildung 6-2: An deutschen Grenzen festgestellte Geschleuste und Schleusende von 2000 bis 2019



Quelle: Bundespolizei

6.2.2 Tatverdächtige mit unerlaubtem Aufenthalt nach der PKS

Feststellungen wegen unerlaubten Aufenthalts sind in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erfasst. In dieser Statistik werden alle einer Straftat verdächtigen Personen auch nach der Art des Aufenthalts unterschieden.

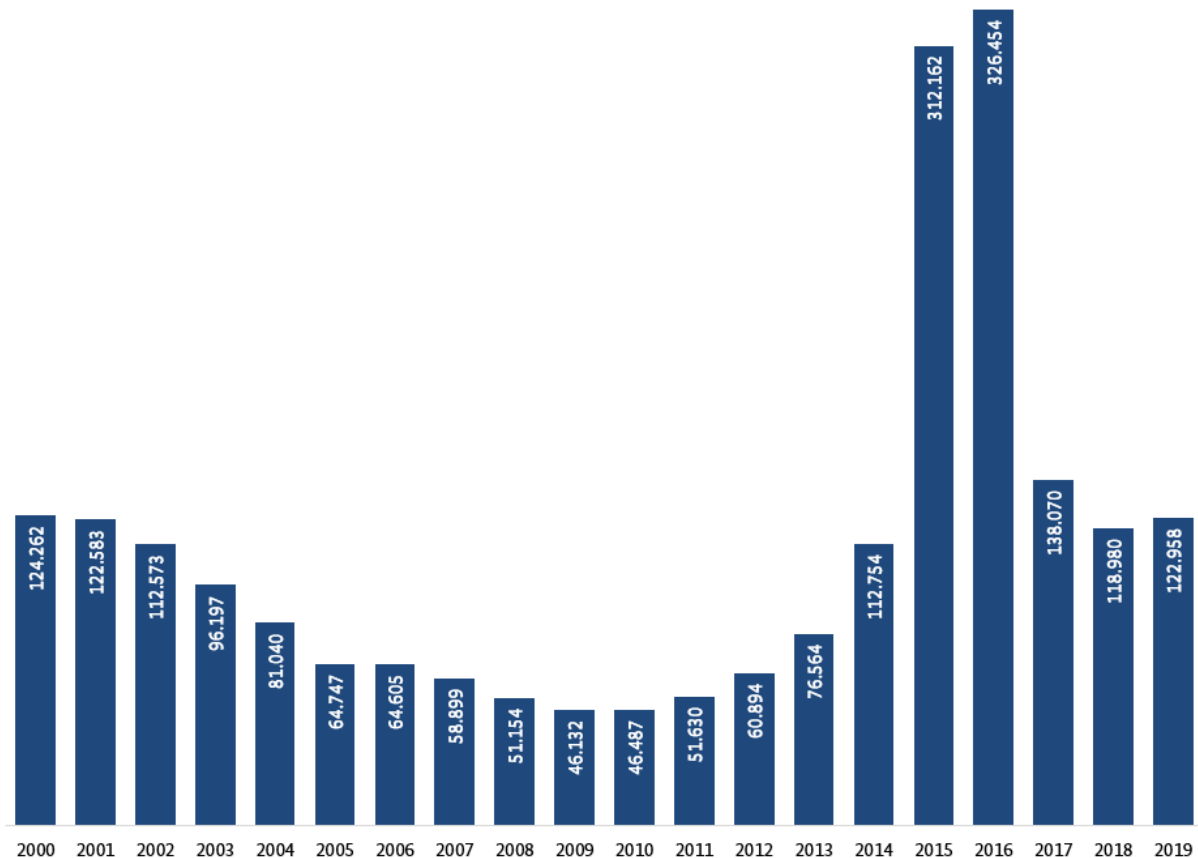
Bei der PKS handelt es sich um eine Ausgangsstatistik. Darin sind nur die der Polizei bekannt gewordenen und bearbeiteten Straftaten, einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche, und die vom Zoll bearbeiteten Rauschgiftdelikte abgebildet. Die statistische Erfassung erfolgt bei Abgabe an die Staatsanwaltschaft. Da die Taten erst zum Abschluss der polizeilichen Ermittlungen eingetragen werden, kann es sich dabei also auch um Straftaten handeln, die schon vor dem jeweiligen Berichtszeitraum begangen wurden.²⁰⁹ Zudem

²⁰⁹ Nicht enthalten sind Staatsschutzdelikte, Verkehrsdelikte (mit Ausnahme der Verstöße gegen §§ 315, 315b StGB und § 22a StGB), Straftaten, die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland begangen wurden, und Verstöße gegen strafrechtliche Landesgesetze, mit Ausnahme der einschlägigen Vorschriften in den Landesdatenschutzgesetzen. Delikte, die nicht zum Aufgabenbereich der Polizei gehören (z. B. Finanz- und Steuerdelikte) bzw. unmittelbar bei der Staatsanwaltschaft angezeigt und ausschließlich von ihr bearbeitet werden (z. B. Aussagedelikte),

ist zu beachten, dass Ermittlungen wegen unerlaubter Einreise zwar bei allen Feststellungen aufgenommen und dann gegebenenfalls an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet werden. Insbesondere bei Asylantragstellenden werden diese Verfahren jedoch wegen des Bestrafungsverbots der Genfer Flüchtlingskonvention eingestellt (vgl. Art. 31 Abs. 1 GFK). Im Folgenden werden die Personen ohne Aufenthaltsrecht insgesamt betrachtet.

Die Zahl Tatverdächtiger mit unerlaubtem Aufenthalt²¹⁰ stieg mit 122.958 registrierten Fällen im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr leicht an, im Jahr 2018 waren es 118.980 (+3,3 %) (vgl. Abbildung 6-3 und Tabelle 6-4 im Anhang). In diese Zahl gehen auch die Personen ein, die durch die Bundespolizei bzw. die beauftragten Behörden an der Grenze sowie durch die Bundespolizei im Inland als unerlaubt aufhältig festgestellt wurden.

Abbildung 6-3: Unerlaubt aufhältige Tatverdächtige insgesamt in Deutschland von 2000 bis 2019



Anmerkung: Durch die Umstellung der PKS im Jahre 2009 auf den sogenannten PKS-Einzeldatensatz konnte auf Bundesebene erstmals eine „echte“ Tatverdächtigenzählung durchgeführt werden; d. h. Tatverdächtige, die in mehreren Bundesländern während des Berichtszeitraums auffällig geworden sind, werden in den Bundestabellen nur einmal gezählt. Bis einschließlich 2008 war dies aufgrund der Anlieferung der Ländertabellen an das Bundeskriminalamt in aggregierter Form nur auf Länderebene möglich. Dadurch kam es bis zu diesem Zeitpunkt zu Überzählungen auf Bundesebene.

Quelle: Bundeskriminalamt (Polizeiliche Kriminalstatistik)

sind ebenfalls nicht in der PKS enthalten. Vgl. Allgemeine Hinweise zur Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS), online: https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/2017/pks2017Flyer-Deutsch.pdf?__blob=publicationFile&v=8.

²¹⁰ Vgl. BKA 2020c: 138.

6.2.3 Rückführungen

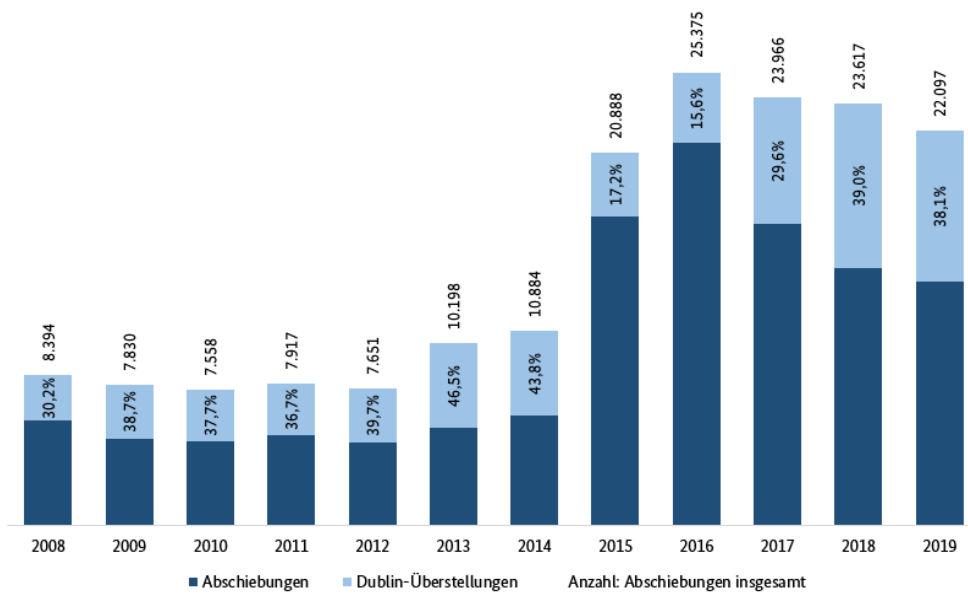
Kommen ausländische Staatsangehörige einer bestehenden vollziehbaren Ausreiseverpflichtung nicht freiwillig nach (vgl. Kapitel 4.1.4), so setzt das Verfahren der Abschiebung ein. Gemäß § 58 Abs. 1 AufenthG werden ausländische Staatsangehörige abgeschoben, wenn die Ausreisepflicht (§ 50 AufenthG) vollziehbar ist, eine Ausreisefrist nicht gewährt wurde oder abgelaufen ist und die freiwillige Erfüllung der Ausreisepflicht nicht gesichert ist oder aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eine Überwachung der Ausreise erforderlich erscheint.

Die Zuständigkeit für aufenthaltsrechtliche Maßnahmen und Entscheidungen liegt gemäß § 71 Abs. 1 AufenthG bei den Ausländerbehörden. Die Zuständigkeit für Rückführungen vollziehbar ausreisepflichtiger ausländischer Personen liegt bei den zuständigen Landesbehörden, die unter anderem gemäß § 71 Abs. 3 Nr. 1d AufenthG auch von den mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden unterstützt werden. Zudem soll eine Ausländerin bzw. ein Ausländer, die oder der in Verbindung mit der unerlaubten Einreise über eine Grenze gemäß Artikel 2 Ziff. 2 Schengener Grenzkodex (Schengen-Außengrenze) aufgegriffen wird, zurückgeschoben werden (§ 57 Abs. 1 AufenthG).

Seit Erreichen der Höchstzahl abgeschobener Personen im Jahr 1994 sank die Zahl und lag im Jahr 2010 bei 7.558. Ab 2013 kam es zu einem Wiederanstieg; im Jahr 2019 wurden 22.097 Abschiebungen vollzogen (2018: 23.617). Die Zahl geht seit 2016 leicht zurück, nachdem sie im Jahr 2015 im Vergleich zu 2014 stark gestiegen war (+91,9 %) (vgl. Abbildung 6-4). Die Abschiebungen 2019 beinhalten auch 8.423 Überstellungen in andere EU- bzw. Schengen-Mitgliedstaaten im Rahmen des Dublin-Verfahrens (vgl. Kapitel 3.4.1.3). Dies entspricht 38,1 % der Gesamtzahl der Abschiebungen. Von den im Jahr 2019 stattgefundenen Abschiebungen entfielen 1.604 auf albanische, 1.432 auf nigerianische, 1.242 auf georgische, 1.152 auf russische und 1.038 auf serbische Staatsangehörige.

Darüber hinaus sind im Jahr 2019 insgesamt 2.934 Zurückschiebungen vollzogen worden. Dies bedeutet einen Anstieg um 17,5 % im Vergleich zum Vorjahr (2018: 2.497 Zurückschiebungen) (vgl. dazu Tabelle 6-2 im Anhang). Am häufigsten wurden im Jahr 2019 Staatsangehörige aus der Ukraine (705), der Republik Moldau (333), Albanien (174 Personen) und Serbien (146 Personen) zurückgeschoben.

Abbildung 6-4: Abschiebungen von ausländischen Staatsangehörigen über alle Grenzen von 2008 bis 2019



Quelle: Bundespolizei, BAMF

7 Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland

Im folgenden Kapitel wird die Größenordnung und die Struktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland dargestellt. Die zentrale Datenbasis stellt der Mikrozensus²¹¹ dar, der seit 2005 Daten auf der Basis dieses statistischen Konzeptes liefert. Der „Migrationshintergrund“ wird anhand von Informationen über aktuelle und frühere Staatsangehörigkeit(en), Einbürgerung und Zuwanderung für die befragten Personen selbst und deren Eltern gebildet. Dadurch können Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und Eingebürgerte mit einbezogen werden. Damit stellt der Mikrozensus eine Ergänzung zu anderen amtlichen Statistiken dar, die häufig nur das Merkmal der Staatsangehörigkeit erfassen.

7.1 Definitionen und Grunddaten im Zeitverlauf

Das im Jahr 2016 geänderte Mikrozensusgesetz (MZG) führte zu Neuregelungen bei der Datenerhebung und -aufbereitung im Themenbereich Migration (BGBl. I S. 2826). Nach Inkrafttreten des neuen Mikrozensusgesetzes wird seit dem Berichtsjahr 2017 der Migrationshintergrund ausschließlich für die Bevölkerung in Privathaushalten erhoben und ausgewiesen. Das bedeutet gleichzeitig, dass für die rund 1,2 Millionen Menschen, die im Jahr 2019 in Gemeinschaftsunterkünften²¹² lebten, der Migrationshintergrund nicht mehr ausgewiesen werden kann. Diese Einschränkung betrifft aber nur 1,5 % der Bevölkerung in Deutschland, daher werden Aussagen über die Größenordnung sowie Struktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nur geringfügig beeinflusst. In Gemeinschaftsunterkünften leben größtenteils Bewohnerinnen und Bewohner von Alten-/Pflegeheimen, im Jahr 2019 etwa 60 % der Gesamtgruppe.²¹³ Der Anteil der Menschen, die in Deutschland in Flüchtlingsunterkünften leben, lag im Jahr 2019 bei 6 %.

Die folgenden Angaben beziehen sich daher ausschließlich auf Personen in Privathaushalten (mit und ohne Migrationshintergrund). Die Zeitreihe für die zurückliegenden Jahre zwischen 2005 bis 2016 wurde ebenfalls auf diese Bevölkerungsgruppe angepasst (vgl. Tabelle 7-3 im Anhang). Aufgrund der Umstellung in der Erhebung und Aufbereitung der Daten des Mikrozensus sind die Angaben zu Personen mit Migrationshintergrund mit den vorherigen Migrationsberichten nur eingeschränkt vergleichbar.

Darüber hinaus konnte durch weiterentwickelte Erhebungsverfahren die Angaben zum Geburtsland der Befragten und deren Eltern ab 2017 genauer bestimmt bzw. plausibilisiert werden.²¹⁴ Durch diese methodische Weiterentwicklung sinkt die Anzahl der ausgewiesenen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler²¹⁵, dagegen

²¹¹ Der Mikrozensus ist die amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt. Im Rahmen des Mikrozensus wird jährlich rund 1 % der Bevölkerung in Deutschland (aktuell rund 810.000 Personen) unter anderem zu ihrer Migrationsgeschichte, ihren Bildungsabschlüssen und ihrer Erwerbssituation befragt. Die organisatorische und technische Vorbereitung erfolgt im Statistischen Bundesamt, während die Statistischen Landesämter für die Befragung und die Aufbereitung der Daten zuständig sind. Um aus den erhobenen Daten Aussagen über die Gesamtbevölkerung treffen zu können, müssen diese hochgerechnet werden.

²¹² Zu Gemeinschaftsunterkünften zählen beispielsweise Krankenhäuser, Behindertenwohnheime, Alten- und Pflegeheime, Flüchtlingsunterkünfte, geschlossene Heime, Klöster und Gefängnisse. Vgl. zur Struktur und zur Erfassung dieser Bevölkerungsgruppe im Mikrozensus Schanze 2019.

²¹³ Vgl. Genesis-Datenbank des Statistischen Bundesamtes, Tabellen-Code 12211-0091.

²¹⁴ Vgl. ausführlich Statistisches Bundesamt 2020c: S. 5f.

²¹⁵ Analog zum Kapitel 3.7 wird hier die Bezeichnung „Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler“ verwendet, auch wenn Personen damit umfasst sind, die vor dem 31. Dezember 1992 zuwanderten und damit rechtlich gesehen „Aussiedlerinnen und Aussiedler“ sind. Diese Gruppe ist im Mikrozensus 2007 erstmals ausgewiesen, als valide gilt die Erfassung ab dem Berichtsjahr 2009 (Statistisches Bundesamt 2019c: 4). Es

ist die Zahl der zugewanderten Deutschen mit Migrationshintergrund, die mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurden, gestiegen. Ab 2017 kann man zudem Personen identifizieren, die durch eine Adoption die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten haben.

Im Mikrozensus wird der Migrationshintergrund seit 2016 folgendermaßen definiert²¹⁶:

„Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt.“

Diese Definition umfasst folgende Personengruppen:

1. zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländerinnen und Ausländer,
2. zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte,
3. Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler,
4. Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Adoption durch einen deutschen Elternteil erhalten haben,
5. mit deutscher Staatsangehörigkeit geborene Kinder der vier zuvor genannten Gruppen.

Auf der Basis der im Mikrozensus erhobenen Daten nimmt das Statistische Bundesamt eine detaillierte Differenzierung der Bevölkerung in Deutschland nach Migrationsstatus vor²¹⁷, die sich wie folgt darstellt:

Bevölkerung in Deutschland nach Migrationsstatus

1. Personen ohne Migrationshintergrund
2. Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn
 - 2.1 Personen mit eigener Migrationserfahrung
 - 2.1.1 Ausländische Staatsangehörige
 - 2.1.2 Deutsche
 - 2.1.2.1 Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler
 - 2.1.2.2 Eingebürgerte
 - 2.1.2.3 Adoptierte
 - 2.1.2.4 Als Deutsche Geborene
 - 2.1.2.4.1 mit beidseitigem Migrationshintergrund
 - 2.1.2.4.2 mit einseitigem Migrationshintergrund
 - 2.2 Personen ohne eigene Migrationserfahrung
 - 2.2.1 Ausländische Staatsangehörige
 - 2.2.2 Deutsche
 - 2.2.2.1 Eingebürgerte
 - 2.2.2.2 Adoptierte
 - 2.2.2.3 Als Deutsche Geborene
 - 2.2.2.3.1 mit beidseitigem Migrationshintergrund
 - 2.2.2.3.2 mit einseitigem Migrationshintergrund
- Nachrichtlich:
 - 3 Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn
 - 3.1 Personen ohne eigene Migrationserfahrung
 - 3.1.1 Deutsche
 - 3.1.1.1 Als Deutsche Geborene
 - 3.1.1.1.1 mit beidseitigem Migrationshintergrund
 - 3.1.1.1.2 mit einseitigem Migrationshintergrund

handelt sich dabei um Personen, die angegeben haben, als Spätaussiedlerin oder Spätaussiedler nach Deutschland eingereist zu sein, und deren mit eingereiste Angehörige. Bereits in Deutschland geborene Nachkommen dieser Personengruppe sind nicht enthalten.

²¹⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt 2020c: 4f. Bis 2016 lautete die Definition: "Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählen alle Ausländer und eingebürgerte ehemalige Ausländer, alle nach 1949 als Deutsche auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderte sowie alle in Deutschland als Deutsche Geborene mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil".

²¹⁷ Siehe dazu auch Statistisches Bundesamt 2020c: 7.

Die Mikrozensusstichprobe wird bei der statistischen Hochrechnung an die Eckdaten der laufenden Bevölkerungsfortschreibung angepasst. Die offiziellen Bevölkerungszahlen ergeben sich durch Fortschreibung der jeweiligen letzten Volkszählung. Zuletzt wurde mit dem Zensus 2011 erstmals seit 1987 wieder eine Volkszählung durchgeführt; diese Erhebung bildet seitdem die Grundlage für die Bevölkerungsfortschreibung und damit auch für die Mikrozensus-Hochrechnung. Zum Stichtag 9. Mai 2011 lebten etwa 80,2 Millionen Personen, darunter knapp 6,2 Millionen ausländische Staatsangehörige in Deutschland.²¹⁸ Das waren 1,5 Millionen Menschen - davon 1,1 Millionen ausländische Staatsangehörige - weniger als bis dahin angenommen.²¹⁹

Im Mikrozensus wird außerdem zwischen einem Migrationshintergrund im engeren und im weiteren Sinn unterschieden. Der Migrationshintergrund im weiteren Sinn zeichnet sich dadurch aus, dass Informationen zu den Eltern (insbesondere das Geburtsland) auch dann genutzt werden, wenn diese nicht mehr im gleichen Haushalt wie die Befragten leben. Seit 2017 wird im Mikrozensus für die Erfassung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund grundsätzlich auf das Konzept des Migrationshintergrundes im weiteren Sinn zurückgegriffen; daher beziehen sich auch alle im Folgenden dargestellten Daten für 2019 darauf. Bis 2016 lagen entsprechende Elterninformationen nur alle vier Jahre (2005, 2009, 2013) vor, in den Jahren dazwischen konnte entsprechend nur der Migrationshintergrund im engeren Sinne bestimmt werden. Tabelle 7-3 im Anhang zeigt die entsprechenden Daten im Zeitverlauf seit 2005. Diejenigen Personen, die ohne Informationen zu den nicht mehr im selben Haushalt lebenden Eltern nicht zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund gehören, werden in Tabelle 7-3 unter der Kategorie „mit nicht durchgängig bestimmbarem Migrationshintergrund“ ausgewiesen. Sie haben keine eigenen Migrationsmerkmale, sind also als deutsche Staatsangehörige in Deutschland geboren. Addiert man sie zu den Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinne, so ergibt sich die Zahl von Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinne.

Im Jahr 2019 hatten 26,0 % bzw. rund 21,2 Millionen Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund (vgl. Tabelle 7-1 und Abbildung 7-1). 52,4 % bzw. 11,1 Millionen davon sind Deutsche, ausländische Staatsangehörige machen einen Anteil von 47,6 % bzw. 10,1 Millionen aus. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung in Privathaushalten beträgt der Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund 13,6 %, der Anteil von ausländische Staatsangehörigen liegt bei 12,4 %.

²¹⁸ Vgl. dazu die Pressemitteilung Nr. 135 des Statistischen Bundesamtes vom 10. April 2014 sowie die Pressemitteilung Nr. 188 des Statistischen Bundesamtes vom 31. Mai 2013.

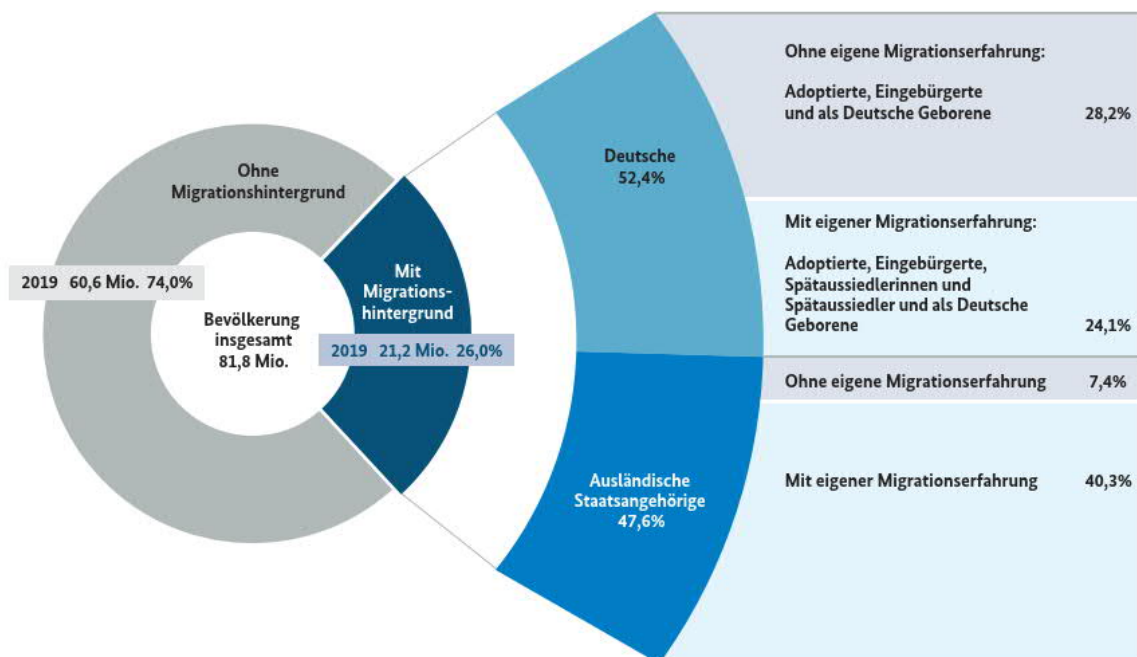
²¹⁹ Erstmals wurde mit dem Zensus 2011 auch die Bevölkerung mit Migrationshintergrund erfasst (vgl. dazu die Pressemitteilung Nr. 193 des Statistischen Bundesamtes vom 3. Juni 2014). Als Personen mit Migrationshintergrund wurden alle zugewanderten und nicht zugewanderten ausländischen Personen sowie alle nach 1955 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugewanderten Deutschen und alle Deutschen mit zumindest einem nach 1955 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugewanderten Elternteil definiert. Ausländerinnen und Ausländer sind Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Enthalten sind ebenfalls Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Insgesamt lebten zum Zensusstichtag 9. Mai 2011 rund 15,3 Millionen Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Drei Fünftel (60,2 %) davon waren Deutsche, 39,8 % Ausländerinnen und Ausländer. Zugewanderte Personen (63,0 %) waren etwa doppelt so häufig vertreten wie in Deutschland Geborene (37,0 %).

Tabelle 7-1: Bevölkerung Deutschlands nach Migrationshintergrund (im weiteren Sinne) im Jahr 2019, in Tausend

| | 2019 |
|---|---------------|
| Bevölkerung in Privathaushalten insgesamt | 81.848 |
| Personen ohne Migrationshintergrund | 60.603 |
| Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn | 21.246 |
| Personen mit eigener Migrationserfahrung | 13.682 |
| Ausländische Staatsangehörige | 8.556 |
| Deutsche | 5.125 |
| Personen ohne eigene Migrationserfahrung | 7.564 |
| Ausländische Staatsangehörige | 1.564 |
| Deutsche | 6.000 |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Abbildung 7-1: Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland im Jahr 2019



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Nach dem Mikrozensus 2019 stellen ausländische Staatsangehörige mit eigener Migrationserfahrung, d. h. Ausländerinnen und Ausländer, die selbst zugewandert sind, mit 40,3 % bzw. 8,6 Millionen Personen die größte Gruppe unter allen Personen mit Migrationshintergrund dar. 7,4 % der Menschen mit Migrationshintergrund sind Ausländerinnen und Ausländer, die in Deutschland geboren wurden (zweite oder Folgegeneration, etwa 1,6 Millionen Personen). Insgesamt besitzen 47,6 % der Personen mit Migrationshintergrund nicht die deutsche Staatsangehörigkeit (vgl. Abbildung 7-1).

Von den 11,1 Millionen Deutschen mit Migrationshintergrund hat knapp die Hälfte eine eigene Migrationserfahrung (5,1 Millionen bzw. 46,1 %), davon rund 2,6 Millionen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, 308.000 als Deutsche Geborene und durch 52.000 einen deutschen Elternteil Adoptierte. Auch rund 2,1 Millionen Eingebürgerte haben eine eigene Migrationserfahrung. Zu den Personen ohne eigene Migrationserfahrung zählen 588.000 Eingebürgerte, die in Deutschland geboren wurden. 5,4 Millionen der Deutschen ohne Migrationserfahrung sind mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren. Zu den Personen ohne Migrationserfahrung gehören auch 11.000 adoptierte Personen.

Insgesamt sind fast zwei Drittel (64,4 %) der Personen mit Migrationshintergrund selbst migriert (erste Generation), während über ein Drittel (35,6 %) bereits in Deutschland geboren wurde (zweite oder Folgegeneration). Eine weitere Generationenunterscheidung wird vom Statistischen Bundesamt aus methodischen Gründen nicht vorgenommen²²⁰.

Seit dem Mikrozensus 2007 ist es möglich, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und ihre mit eingereisten Familienangehörigen als eigenständige Gruppe zu identifizieren. Allerdings ergeben sich hier erhebliche Diskrepanzen zu den amtlich erfassten Aufnahmezahlen. Seit 1950 haben nach der Aufnahmestatistik des Bundesverwaltungsamtes rund 4,55 Millionen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern das Aufnahmeverfahren durchlaufen. Im Mikrozensus 2019 sind von diesen jedoch nur rund 2,61 Millionen²²¹ als noch in Deutschland lebend ausgewiesen. Die Differenz von 1,94 Millionen Personen dürfte sich zum größeren Teil aus Sterbefällen zusammensetzen und zu einem geringeren Teil aus rück- oder weitergewanderten Personen.²²²

Im Folgenden wird auf die Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Jahr 2019 nach Geburtsland (des/der Befragten oder der Eltern), Alter, Geschlecht und Aufenthaltsdauer näher eingegangen. Der Fokus liegt dabei auf Personen mit eigener Migrationserfahrung, also Personen, die selbst zugewandert sind.

²²⁰ Vgl. Statistisches Bundesamt 2020c: 7f.

²²¹ Durch die zusätzlichen Angaben zum Geburtsstaat der Befragten und deren Eltern konnten die Angaben im Mikrozensus für die einzelnen Zuwanderungsgruppen geprüft und ggf. plausibilisiert werden. Dadurch wurden Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler genauer erfasst, ihre Zahl ist zwischen 2016 und 2017 von 3,18 Millionen auf 2,64 Millionen gesunken. In 2019 sinkt die Zahl dieser Bevölkerungsgruppe weiter auf 2,61 Millionen.

²²² Vgl. Worbs et al. 2013: 35f. Denkbar ist auch eine Untererfassung des Bestandes von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern im Mikrozensus, beispielsweise, weil der entsprechende Status in der Befragung bewusst oder unbewusst nicht angegeben wird, oder aus stichprobensystematischen Gründen.

7.2 Geburtsland (der Eltern)

Tabelle 7-2: Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2019, in Tausend

| Migrationshintergrund nach Geburtsland bzw. Geburtsland der Eltern | Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Migrationsstatus | | | | | |
|--|---|--------------|---------------------------------|--------------|---------------|---------------|
| | Mit eigener Migrationserfahrung | | Ohne eigene Migrationserfahrung | | Insgesamt | |
| | absolut | in % | absolut | in % | absolut | in % |
| EU-28 | 5.295 | 70,7% | 2.192 | 29,3% | 7.487 | 35,2% |
| Bulgarien | 269 | 86,2% | 43 | 13,8% | 312 | 1,5% |
| Frankreich | 121 | 63,0% | 71 | 37,0% | 192 | 0,9% |
| Griechenland | 294 | 64,9% | 159 | 35,1% | 453 | 2,1% |
| Italien | 522 | 59,8% | 351 | 40,2% | 873 | 4,1% |
| Kroatien | 297 | 71,4% | 119 | 28,6% | 416 | 2,0% |
| Niederlande | 121 | 62,7% | 72 | 37,3% | 193 | 0,9% |
| Österreich | 207 | 60,5% | 135 | 39,5% | 342 | 1,6% |
| Polen ¹ | 1.638 | 73,2% | 599 | 26,8% | 2.237 | 10,5% |
| Portugal | 109 | 65,7% | 57 | 34,3% | 166 | 0,8% |
| Rumänien ¹ | 813 | 79,9% | 205 | 20,1% | 1.018 | 4,8% |
| Spanien | 138 | 65,7% | 72 | 34,3% | 210 | 1,0% |
| Vereinigtes Königreich | 112 | 66,7% | 56 | 33,3% | 168 | 0,8% |
| Sonstiges Europa | 3.875 | 61,5% | 2.427 | 38,5% | 6.302 | 29,7% |
| Bosnien und Herzegowina | 304 | 69,4% | 134 | 30,6% | 438 | 2,1% |
| Kosovo | 277 | 58,8% | 194 | 41,2% | 471 | 2,2% |
| Russische Föderation ¹ | 1.076 | 77,5% | 312 | 22,5% | 1.388 | 6,5% |
| Serbien | 223 | 67,8% | 106 | 32,2% | 329 | 1,5% |
| Türkei | 1.339 | 47,4% | 1.485 | 52,6% | 2.824 | 13,3% |
| Ukraine | 264 | 84,1% | 50 | 15,9% | 314 | 1,5% |
| Europa insgesamt | 9.170 | 66,5% | 4.619 | 33,5% | 13.789 | 64,9% |
| Afrika | 618 | 62,6% | 370 | 37,4% | 988 | 4,7% |
| Marokko | 128 | 53,6% | 111 | 46,4% | 239 | 1,1% |
| Ägypten, Algerien, Libyen, Tunesien | 134 | 60,9% | 86 | 39,1% | 220 | 1,0% |
| Amerika | 388 | 68,3% | 180 | 31,7% | 568 | 2,7% |
| Asien | 3.469 | 75,4% | 1.131 | 24,6% | 4.600 | 21,7% |
| Naher und Mittlerer Osten | 2.478 | 77,0% | 741 | 23,0% | 3.219 | 15,2% |
| Irak | 245 | 79,0% | 65 | 21,0% | 310 | 1,5% |
| Iran | 187 | 78,9% | 50 | 21,1% | 237 | 1,1% |
| Kasachstan ¹ | 926 | 74,4% | 319 | 25,6% | 1.245 | 5,9% |
| Syrien | 721 | 85,5% | 122 | 14,5% | 843 | 4,0% |
| Sonstiges Asien | 992 | 71,8% | 389 | 28,2% | 1.381 | 6,5% |
| Afghanistan | 233 | 78,5% | 64 | 21,5% | 297 | 1,4% |
| China | 149 | 78,8% | 40 | 21,2% | 189 | 0,9% |
| Indien | 130 | 79,8% | 33 | 20,2% | 163 | 0,8% |
| Pakistan | 80 | 64,5% | 44 | 35,5% | 124 | 0,6% |
| Vietnam | 116 | 61,7% | 72 | 38,3% | 188 | 0,9% |
| Australien und Ozeanien | 34 | 75,6% | 11 | 24,4% | 45 | 0,2% |
| Ohne Angabe, unbestimmt | / | / | / | / | 1.255 | 5,9% |
| Personen mit Migrationshintergrund insgesamt | 13.682 | 64,4% | 7.564 | 35,6% | 21.246 | 100,0% |
| Ausländerinnen und Ausländer | 8.556 | 84,5% | 1.564 | 15,5% | 10.120 | 47,6% |
| Deutsche | 5.125 | 46,1% | 6.000 | 53,9% | 11.125 | 52,4% |
| darunter: Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler | 2.609 | - | - | - | 2.609 | 12,3% |

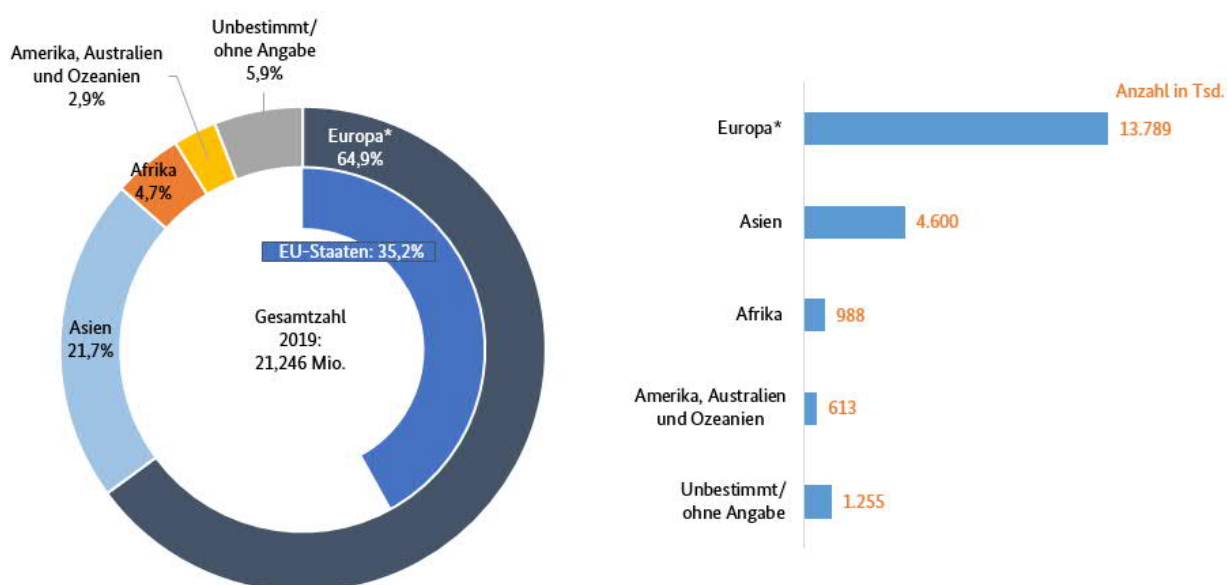
/) Keine Angabe

1) Einschließlich Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Im Mikrozensus werden die Herkunftsgruppen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund durch das Geburtsland der Befragten bzw. ihrer Eltern abgeleitet. Die Ergebnisse des Mikrozensus 2019 zeigen, dass knapp zwei Drittel der Personen einen europäischen Migrationshintergrund hat (64,9 %). Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund aus EU-Staaten macht etwas mehr als ein Drittel aus (35,2 %) und etwas weniger als ein weiteres Drittel bilden Personen mit Migrationshintergrund aus sonstigen europäischen Staaten (29,7 %). Das übrige Drittel setzt sich aus Personen zusammen, die aus unterschiedlichen Regionen außerhalb Europas kommen, darunter 21,7 % aus Asien. Den niedrigsten Anteil machen Personen aus afrikanische Staaten (4,7 %) sowie aus Amerika, Australien und Ozeanien (zusammen 2,9 %) aus (vgl. Abbildung 7-2).

Abbildung 7-2: Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Geburtsregionen¹ in Deutschland 2019



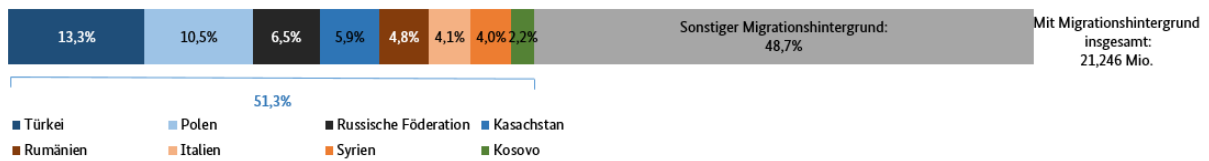
* Inkl. Türkei und die Russische Föderation

1) Dargestellt ist die eigene Geburtsregion oder bei Geburt in Deutschland die Geburtsregion der Eltern.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Betrachtet man die wichtigsten Geburtsländer der Menschen mit Migrationshintergrund, so bilden Menschen mit türkischem Migrationshintergrund mit rund 2,8 Millionen bzw. einem Anteil von 13,3 % die größte Gruppe. Unter Berücksichtigung der einem bestimmten Geburtsland zuordenbaren Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler kommen weitere 10,5 % (rund 2,2 Millionen) aller Personen mit Migrationshintergrund aus Polen, 6,5 % (rund 1,4 Millionen Personen) aus der Russischen Föderation und 5,9 % aus Kasachstan (rund 1,2 Millionen Personen). 4,8 % bzw. 1,0 Millionen Personen haben einen rumänischen und 4,1 % bzw. 873.000 Personen einen italienischen Migrationshintergrund. Unter den wichtigsten Herkunftsländern machen Personen mit syrischem Migrationshintergrund einen Anteil von 4,0 % aus (843.000 Personen), Personen aus dem Kosovo weisen einen Anteil von 2,2 % aus. Zusammen stellen diese acht Geburtsländer ein Anteil von 51,3 % an der gesamten Bevölkerung mit Migrationshintergrund (vgl. Abbildung 7-3).

Abbildung 7-3: Personen mit Migrationshintergrund nach den häufigsten Geburtsländern¹ im Jahr 2019

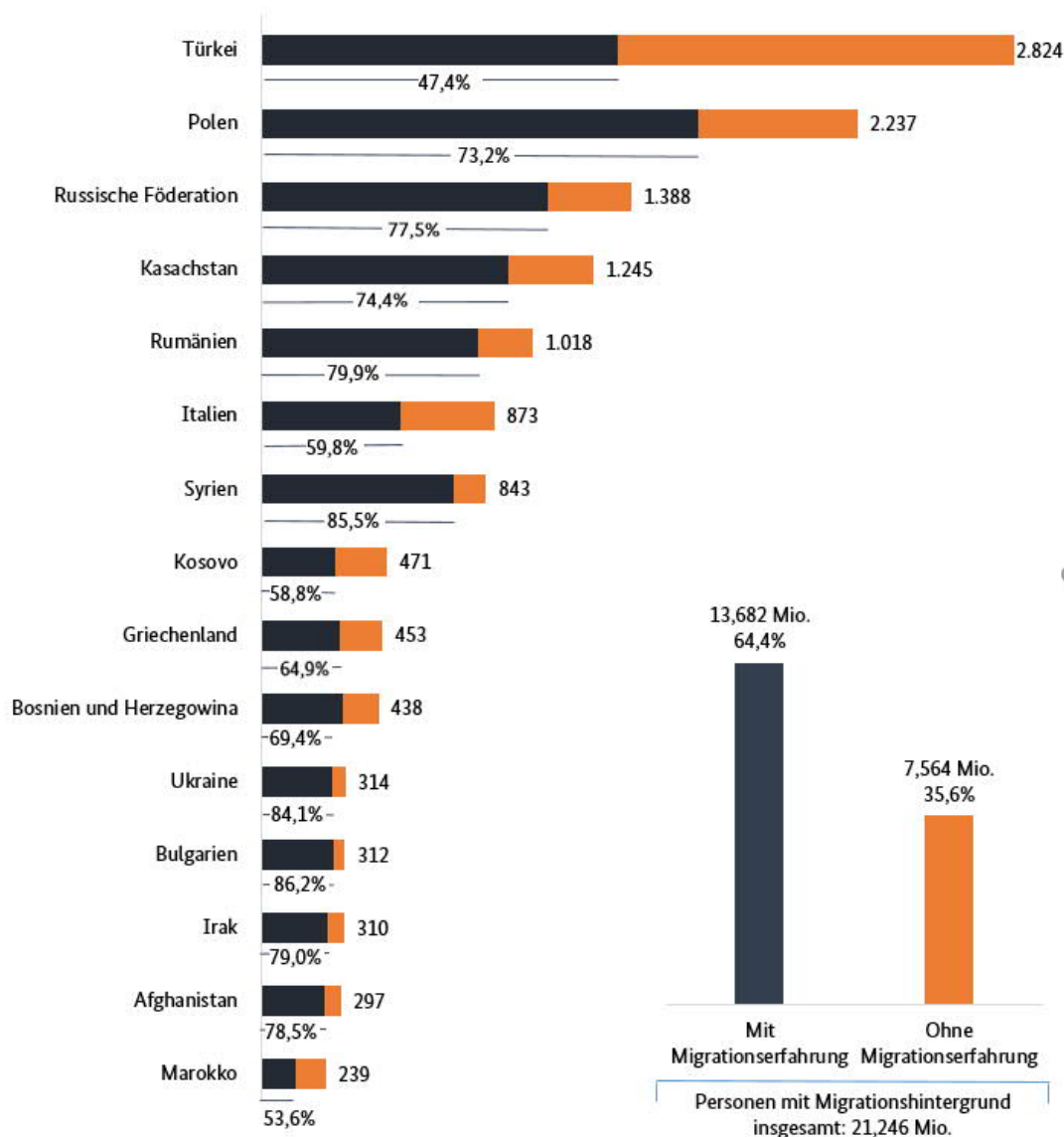


1) Dargestellt ist das eigene Geburtsland oder bei Geburt in Deutschland das Geburtsland der Eltern.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

64,4 % der Menschen mit Migrationshintergrund haben eigene Migrationserfahrung, d. h. sind selbst nach Deutschland migriert. 35,6 % Personen haben keine eigene Migrationserfahrung. Dabei zeigt sich, dass insbesondere ein Großteil der Personen aus den ehemaligen Anwerbestaaten – bzw. deren Nachkommen – bereits in Deutschland geboren wurde: So sind 52,6 % der Personen mit türkischem, 46,4 % derer mit marokkanischem und 40,2 % derer mit italienischem Migrationshintergrund nicht selbst nach Deutschland zugewandert (vgl. Tabelle 7-2). Demgegenüber ist der Anteil der Personen mit eigener Migrationserfahrung bei Personen aus Bulgarien (86,2 %), Syrien (85,5 %), der Ukraine (84,1 %), Rumänien (79,9 %), der Russischen Föderation (77,5 %), Polen (73,2 %) und Kasachstan (74,4 %) überproportional hoch (vgl. Abbildung 7-4).

Abbildung 7-4: Personen mit Migrationshintergrund nach Geburtsland¹ und Migrationserfahrung im Jahr 2019, in Tausend



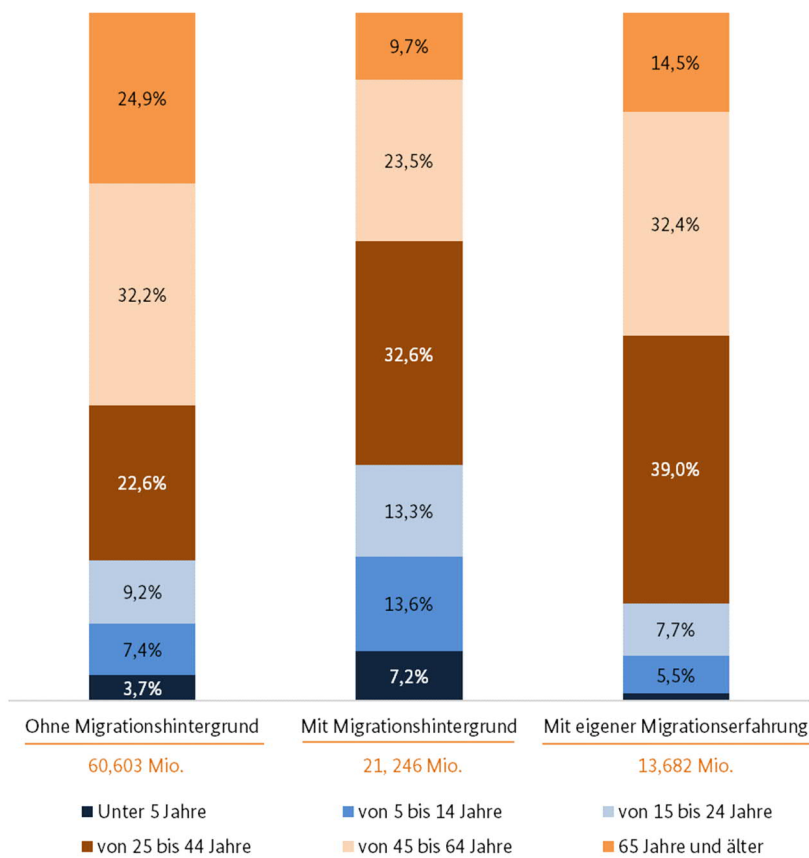
1) Dargestellt ist das eigene Geburtsland oder bei Geburt in Deutschland das Geburtsland der Eltern.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

7.3 Alters- und Geschlechtsstruktur

Vergleicht man die Altersstruktur der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund, so ist erkennbar, dass Personen mit Migrationshintergrund deutlich jünger sind. So waren im Jahr 2019 66,8 % der Personen mit Migrationshintergrund jünger als 45 Jahre, während dies nur auf 43,0 % der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund zutraf; bei der Bevölkerung mit eigener Migrationserfahrung betrug der Anteil dieser Altersgruppe 53,1 % (vgl. Abbildung 7-5 und Tabelle 7-4 im Anhang). Der Anteil der Kinder unter fünf Jahren liegt mit 7,2 % bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund doppelt so hoch wie in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (3,7 %). Bei den Personen, die selbst zugewandert sind, betrug dieser Anteil jedoch nur 1,0 %.

Abbildung 7-5: Altersstruktur der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund sowie mit Migrationserfahrung, 2019

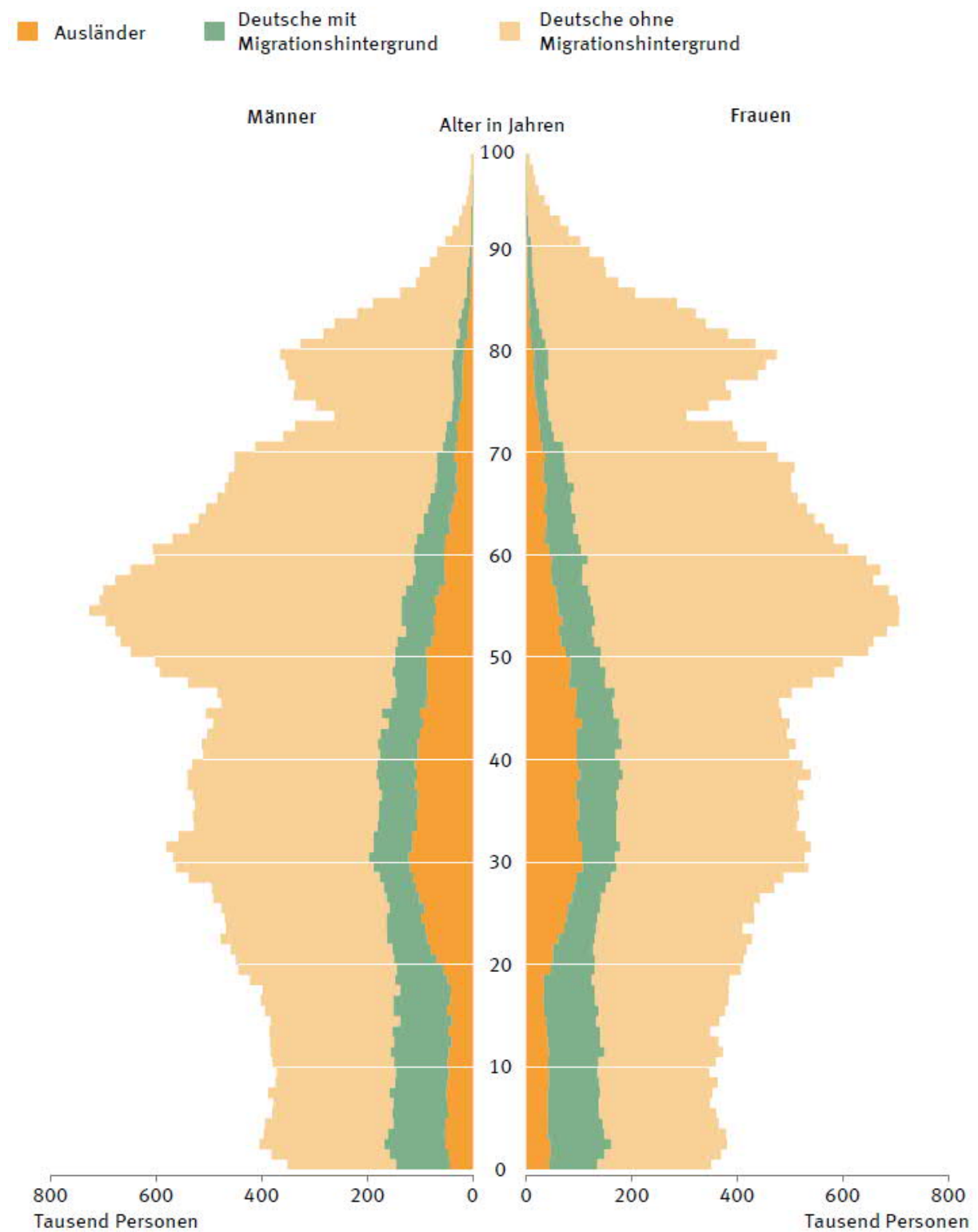


Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Am anderen Ende des Altersspektrums sind 24,9 % der Personen ohne Migrationshintergrund 65 Jahre und älter, bei den Personen mit Migrationshintergrund sind es nur 9,7 %, bei der Bevölkerung mit eigener Migrationserfahrung 14,5 %. Auch der Anteil der Altersgruppe der 45- bis unter 65-Jährigen ist bei Personen ohne Migrationshintergrund mit 32,2 % größer als bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (23,5 %). Insofern liegt das Durchschnittsalter der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund mit 47,3 Jahren auch deutlich über dem der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (35,6 Jahre) sowie über dem Durchschnittsalter der Bevölkerung mit eigener Migrationserfahrung (44,4 Jahre).

Abbildung 7-6: Alterspyramide 2019 nach Migrationshintergrund

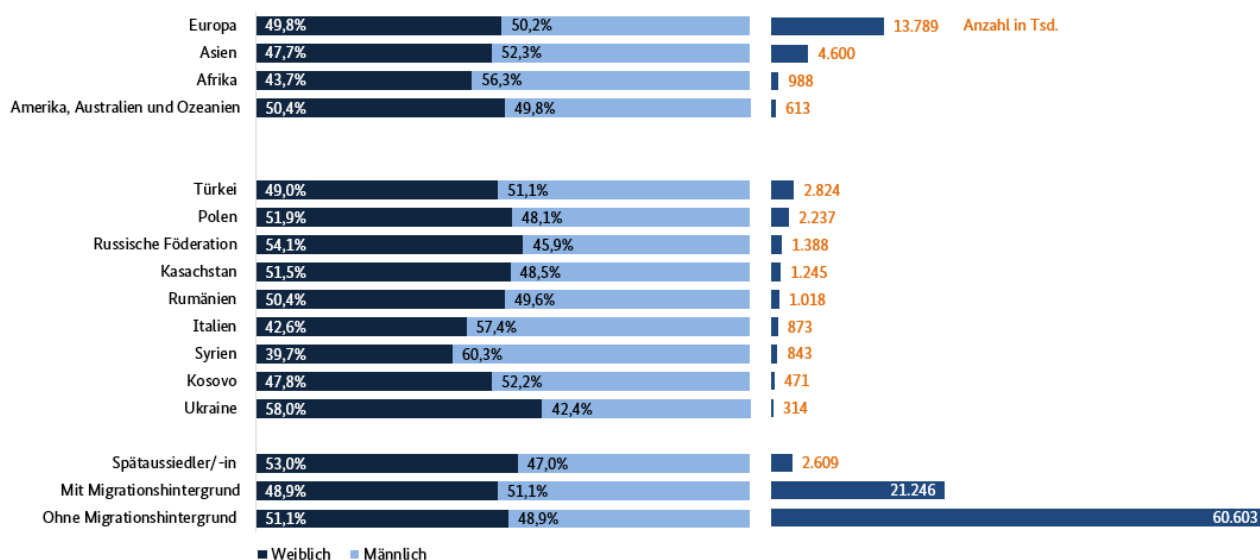


Quelle: Statistisches Bundesamt 2020c: 22

Die Alterspyramide der Bevölkerung in Deutschland für das Jahr 2019 zeigt, dass der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in den jüngeren Jahrgängen am größten ist (vgl. Abbildung 7-6). Bezogen auf die Gesamtbevölkerung in Privathaushalten je Altersgruppe besitzen zwei Fünftel der Kinder unter fünf Jahren

sowie der Kinder von fünf bis unter zehn Jahren einen Migrationshintergrund (40,4 % bzw. 39,6 %) (vgl. Tabelle 7-4 im Anhang). Auch in den weiteren Altersgruppen bis 45 Jahre liegt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund zum Teil deutlich über 30,0 %. Dagegen beläuft sich der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in der Altersgruppe ab 65 Jahren auf lediglich 12,1 %.

Abbildung 7-7: Geschlechtsstruktur nach Migrationshintergrund und ausgewählten Geburtsländern/-regionen¹ 2019



1) Dargestellt ist das eigene Geburtsland oder bei Geburt in Deutschland das Geburtsland der Eltern.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

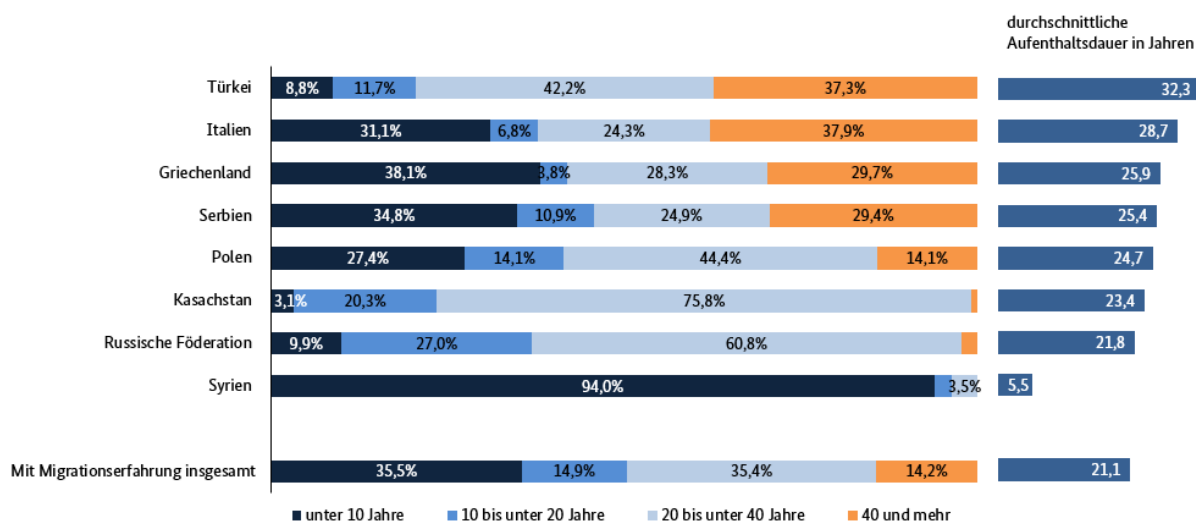
Ein Blick auf die Geschlechterverhältnisse zeigt, dass bei Personen mit Migrationshintergrund der Anteil der männlichen Personen etwas höher ist als der Anteil der weiblichen Personen (51,1 % zu 48,9 %) (vgl. Abbildung 7-7). Bei den einzelnen Gruppen sind jedoch nach Geburtsland bzw. -region zum Teil deutliche Unterschiede festzustellen. Ein überproportionaler Anteil an weiblichen Personen ist insbesondere bei Personen mit ukrainischem und russischem Migrationshintergrund zu verzeichnen. Ein deutlich höherer Anteil an männlichen Personen zeigt sich dagegen bei der Bevölkerung mit italienischem und syrischem Migrationshintergrund.

7.4 Aufenthaltsdauer

Im Mikrozensus wird bei Personen mit Migrationshintergrund aus methodischen Gründen nicht zwischen zweiter und dritter Generation unterschieden, sondern nur zwischen Personen mit eigener Migrationserfahrung (erste Generation) und ohne eigene Migrationserfahrung (zweite und Nachfolgenerationen).²²³

Ein Großteil der selbst zugewanderten Personen mit Migrationshintergrund ist in den letzten 10 Jahren nach Deutschland gekommen (35,5 %), 49,6 % leben seit mindestens 20 Jahren in Deutschland und 14,2 % sogar seit 40 Jahren und länger (vgl. Abbildung 7-8 und Tabelle 7-5 im Anhang).

Abbildung 7-8: Personen mit eigener Migrationserfahrung nach ausgewählten Geburtsländern¹ und Aufenthaltsdauer 2019



1) Dargestellt ist das eigene Geburtsland oder bei Geburt in Deutschland das Geburtsland der Eltern.

Anmerkung: Polen, Kasachstan, Russische Föderation und Rumänien inklusive Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern. Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Eine Differenzierung der Aufenthaltsdauer von Zugewanderten nach Geburtsländern spiegelt auch die unterschiedlichen Zuwanderungsgeschichten wider. Wenn man die Aufenthaltsdauer von Personen aus den ehemaligen Anwerbeländern betrachtet, so wird deutlich, dass sie vielfach einen langjährigen Aufenthalt in Deutschland aufweisen: 79,5 % der Personen mit türkischem, 63,0 % mit russischem, 62,1 % mit italienischem und derjenigen 58,0 % mit griechischem Migrationshintergrund, die selbst zugewandert sind, weisen im Jahr 2019 eine Aufenthaltsdauer in Deutschland von mindestens 20 Jahren auf. Dagegen leben 94,0 % der selbst zugewanderten Personen mit syrischem Migrationshintergrund weniger als 10 Jahre in Deutschland.

²²³ Vgl. Statistisches Bundesamt 2020c: 7f.

Dies schlägt sich auch in der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer nieder. Im Jahr 2019 betrug die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und eigener Migrationserfahrung 21,1 Jahre. Deutlich über diesem Wert liegt die durchschnittliche Aufenthaltsdauer bei österreichischen (33,2 Jahre), türkischen (32,3 Jahre), italienischen (28,7 Jahre) und griechischen (25,9 Jahre) Personen. Selbst zugewanderte Menschen mit polnischem Migrationshintergrund leben seit durchschnittlich 24,7 Jahren in Deutschland. Eine vergleichsweise niedrigere durchschnittliche Aufenthaltsdauer weisen Menschen mit syrischem (5,5 Jahre) Migrationshintergrund auf, was auf die humanitäre Zuwanderung von syrischen Staatsangehörigen in den letzten Jahren zurückzuführen ist (vgl. Abbildung 7-8 und Tabelle 7-5 im Anhang).

8 Ausländische Bevölkerung

Ausländische Staatsangehörige sind eine Teilgruppe der Personen mit Migrationshintergrund (vgl. Kapitel 7.1). Die Datenquellen zur Gewinnung von Informationen über die ausländische Bevölkerung²²⁴ in Deutschland sind - neben dem Mikrozensus - die Bevölkerungsfortschreibung und das Ausländerzentralregister (AZR).

Mit der Veröffentlichung der Ergebnisse des Zensus 2011 wurde die Bevölkerungsfortschreibung auf eine neue Grundlage gestellt. Es zeigte sich, dass auf der Grundlage der Zensusergebnisse die Gesamtbevölkerung Deutschlands zum 31. Dezember 2011 rund 80,3 Millionen Einwohner betrug (vgl. Tabelle 8-1). Die Bevölkerungszahl stieg bis zum 31. Dezember 2019 auf rund 83,2 Millionen Personen.

Tabelle 8-1: Ausländische Bevölkerung und Gesamtbevölkerung in Deutschland seit 2004

| Jahr | Gesamtbevölkerung nach der Bevölkerungsfortschreibung | Ausländische Bevölkerung nach der Bevölkerungsfortschreibung | Anteil der ausländischen Bevölkerung in % | Veränderung der ausländischen Bevölkerung in % ¹ | Ausländische Bevölkerung nach dem AZR |
|-------------------|---|--|---|---|---------------------------------------|
| 2004 ² | 82.500.849 | 7.287.980 | 8,8 % | -0,7 % | 6.717.115 |
| 2005 | 82.437.995 | 7.289.149 | 8,8 % | 0,0 % | 6.755.810 |
| 2006 | 82.314.906 | 7.255.949 | 8,8 % | -0,5 % | 6.751.004 |
| 2007 | 82.217.837 | 7.255.395 | 8,8 % | 0,0 % | 6.744.879 |
| 2008 | 82.002.356 | 7.185.921 | 8,8 % | -1,0 % | 6.727.618 |
| 2009 | 81.802.257 | 7.130.919 | 8,7 % | -0,8 % | 6.694.776 |
| 2010 | 81.751.602 | 7.198.946 | 8,8 % | +1,0 % | 6.753.621 |
| 2011 ³ | 80.327.906 | 6.342.394 | 7,9% | - | 6.930.896 |
| 2012 | 80.523.746 | 6.643.699 | 8,3 % | +4,8 % | 7.213.708 |
| 2013 | 80.767.463 | 7.015.236 | 8,7 % | +5,6 % | 7.633.628 |
| 2014 | 81.197.537 | 7.539.774 | 9,3 % | +7,5 % | 8.152.968 |
| 2015 | 82.175.684 | 8.651.958 | 10,5 % | +14,8 % | 9.107.893 |
| 2016 | 82.521.653 | 9.219.989 | 11,2 % | +6,6 % | 10.039.080 |
| 2017 | 82.792.351 | 9.678.868 | 11,7 % | +5,0 % | 10.623.940 |
| 2018 | 83.019.213 | 10.089.292 | 12,2 % | +4,2 % | 10.915.455 |
| 2019 | 83.166.711 | 10.398.022 | 12,5 % | +3,1 % | 11.228.300 |

1) Jährliche Veränderung der ausländischen Bevölkerung nach der Bevölkerungsfortschreibung im Vergleich zum Vorjahr.

2) Infolge unterschiedlicher Erhebungsmethoden und aufgrund einer umfangreichen Registerbereinigung des AZR weicht die Gesamtzahl der ausländischen Personen in der Bevölkerungsfortschreibung von der im Ausländerzentralregister, insbesondere ab dem Jahr 2004, deutlich voneinander ab.

3) Ergebnis der Bevölkerungsfortschreibung auf der Grundlage des Zensus 2011.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung, Ausländerzentralregister

Im AZR werden ausländische Staatsangehörige zusätzlich zur kommunalen melderechtlichen Registrierung erfasst.²²⁵ Dabei werden Informationen über Personen gespeichert, die sich länger als drei Monate in Deutschland aufhalten (§ 2 Abs. 1 AZRG). Hierzu liefern die einzelnen lokalen Ausländerbehörden die entsprechenden Personenstandsdaten an das AZR.

²²⁴ Grundlage der Ausländerbestandsstatistik ist der rechtliche Begriff von ausländischen Staatsangehörigen (siehe dazu Kapitel 1). Als Ausländerin bzw. Ausländer gelten alle Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Dazu zählen auch staatenlose Personen.

²²⁵ Deutsche, die zusätzlich eine oder mehrere weitere Staatsangehörigkeiten besitzen, gehen nur als deutsche Staatsangehörige in die Bevölkerungsstatistik ein. Sie zählen nicht als ausländische Personen und sind deshalb nicht im AZR enthalten.

Das AZR enthält Informationen über die einzelnen Staatsangehörigkeiten sowie die Aufenthaltsdauer und den Aufenthaltsstatus der ausländischen Personen und ermöglicht dadurch eine weitergehende Differenzierung als der Mikrozensus und die Bevölkerungsfortschreibung. Deshalb werden im Folgenden überwiegend AZR-Daten verwendet. Beim Vergleich mit der deutschen bzw. der Gesamtbevölkerung werden hingegen die Daten der Bevölkerungsfortschreibung herangezogen (siehe auch Tabelle 8-5 im Anhang).

Die ausländische Bevölkerung in Deutschland hat sich von 1991 bis zum Jahr 2003 auf 7,3 Millionen erhöht (vgl. Tabelle 8-5 sowie Abbildung 8-13 im Anhang). Der Rückgang auf 6,7 Millionen im Jahr 2004 nach den Daten des AZR ist im Wesentlichen auf die Bereinigung des Ausländerzentralregisters zurückzuführen.²²⁶ Ende 2019 lebten in Deutschland laut AZR insgesamt etwa 11,2 Millionen Menschen mit einer ausschließlich ausländischen Staatsangehörigkeit.²²⁷ Die Zahl der ausländischen Personen in Deutschland auf Basis der Bevölkerungsfortschreibung beläuft sich dagegen auf rund 10,4 Millionen Personen (Stand: 31. Dezember 2019). Dies entspricht einem Anteil von 12,5 % an der Gesamtbevölkerung. Tabelle 8-6 im Anhang gibt einen Überblick über die Verteilung der ausländischen Bevölkerung nach Bundesländern.

8.1 Ausländische Bevölkerung nach Staatsangehörigkeiten

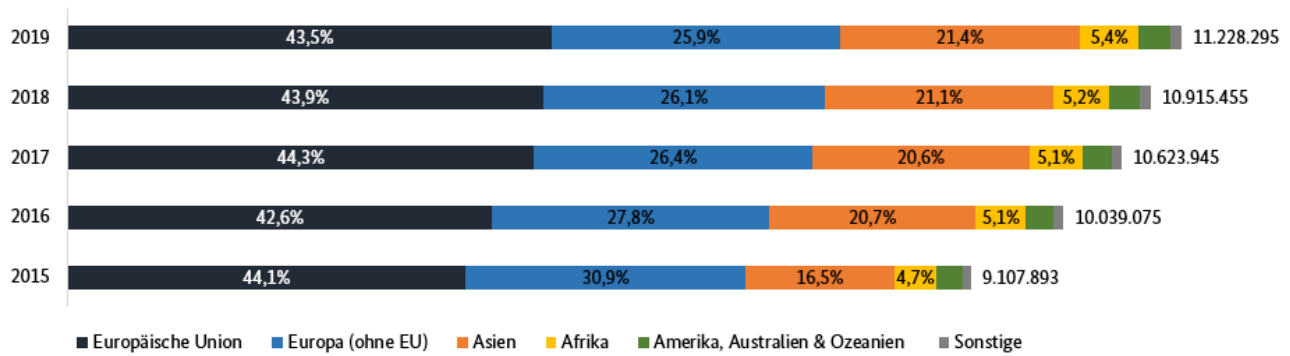
Ende 2019 lebten nach Angaben des AZR 11.228.300 ausländische Staatsangehörige in Deutschland. Im Vergleich zu 2018 hat sich die ausländische Bevölkerung nur geringfügig verändert (+2,9 %). Stärkere Veränderungen lassen sich über einen größeren Zeitraum zwischen 2015 bis 2019 beobachten, in diesem Zeitraum ist die ausländische Bevölkerung um 23,3 % gewachsen (vgl. Abbildung 8-1). Diese Entwicklung geht wesentlich auf das Migrationsgeschehen der Jahre 2015 und 2016 zurück, die durch erhöhte Zuzüge von Schutzsuchenden gekennzeichnet waren. Seit 2017 fallen die Veränderungen gegenüber den Vorjahren nicht mehr so stark aus.

Die 11,2 Millionen Ausländerinnen und Ausländer, die Ende 2019 in Deutschland lebten, waren 43,5 % EU-Staatsangehörige. 25,9 % hatten die Staatsangehörigen eines anderen europäischen Staates außerhalb der EU, weitere 21,4 % setzten sich aus asiatischen Staatsangehörigen zusammen. Den geringsten Anteil weisen Staatsangehörige aus Afrika (5,4 %) bzw. Amerika, Australien und Ozeanien (2,8 %) aus.

²²⁶ Zum Jahresende 2004 wurde eine Bereinigung des AZR durchgeführt. Dabei wurde der Gesamtbestand der ausländischen Bevölkerung im AZR mit den Angaben der regionalen Ausländerbehörden abgeglichen und um unstimmige Fälle bereinigt. Dies hat dazu geführt, dass die Gesamtzahl der ausländischen Bevölkerung um etwa 600.000 unter der des Vorjahres lag. Deshalb sind die Zahlen ab dem Jahr 2004 nicht unmittelbar mit denen der Vorjahre vergleichbar. Vgl. dazu Opfermann et al. 2006.

²²⁷ Die Differenz zu der im Mikrozensus 2019 ermittelten Zahl von 10,1 Millionen Ausländerinnen und Ausländern (vgl. Kapitel 7.1) ergibt sich zum einen daraus, dass im Mikrozensus nur die Bevölkerung in Privathaushalten ausgewiesen ist, während im AZR auch in Gemeinschaftsunterkünften wohnhafte Menschen enthalten sind. Zum anderen sind im AZR die Korrekturen durch den Zensus 2011 nicht berücksichtigt, die aber ihren Niederschlag in der Bevölkerungsfortschreibung und der darauf bezogenen Hochrechnung des Mikrozensus finden. Vgl. die Pressemitteilung Nr. 314 des Statistischen Bundesamtes vom 21. August 2019.

Abbildung 8-1: Ausländische Bevölkerung nach Herkunftsregionen, 2015 bis 2019¹



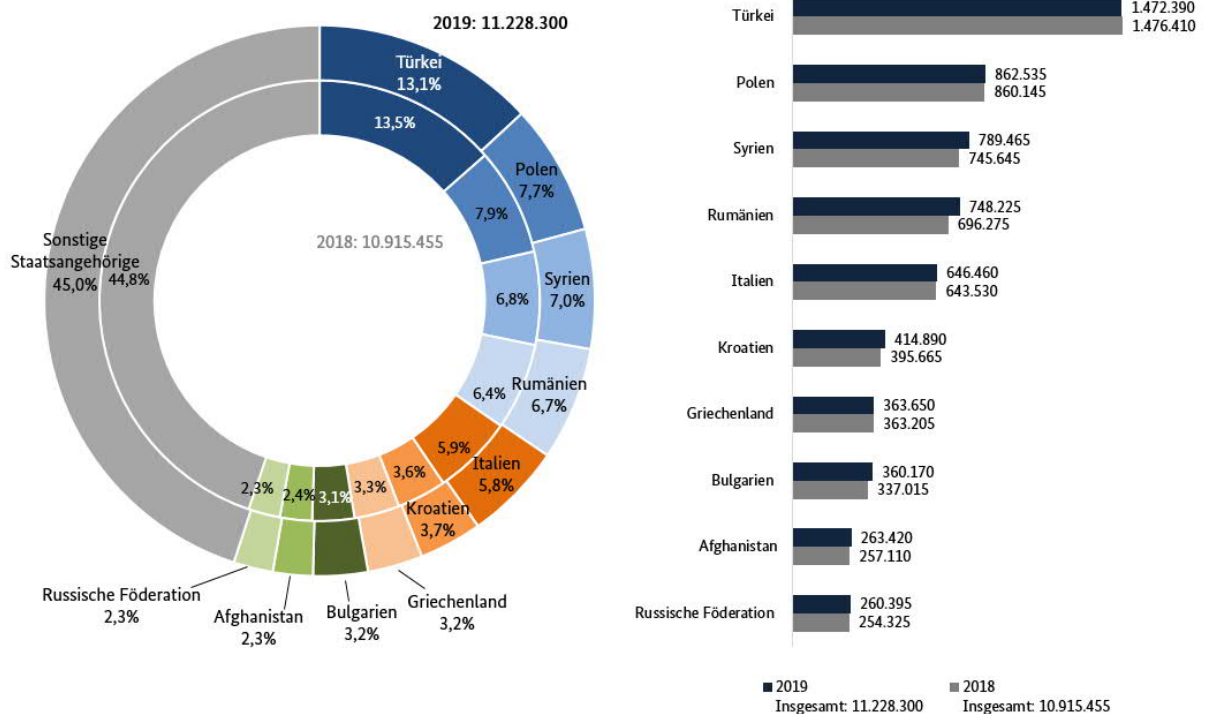
Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

1) Abweichungen in den Gesamtzahlen sind durch die vom Statistischen Bundesamt angewandte Fünfferrundung bedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausländerzentralregister

Die Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung hat sich zwischen 2019 und 2018 kaum verändert. Unter den EU-Staatsangehörigen entfallen besonders hohe Anteile auf polnische (7,7 %), rumänische (6,7 %) und italienische Staatsangehörige (5,8 %). Die größte ausländische Personengruppe stellten türkische Staatsangehörige mit rund 1,47 Millionen Personen (13,1 %). Die Anzahl der türkischen Staatsangehörigen sank damit im Vergleich zum Vorjahr um 4.020 Personen.²²⁸ Bereits in den Vorjahren war jeweils ein Rückgang der türkischen Staatsangehörigen zu verzeichnen (vgl. Abbildung 8-2 und Tabelle 8-7 im Anhang).

Abbildung 8-2: Ausländische Bevölkerung nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten, 2018 und 2019



Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausländerzentralregister

²²⁸ Der Rückgang bei türkischen Staatsangehörigen in den letzten Jahren ist unter anderem auf Einbürgerungen sowie auf Ius-soli-Deutsche zurückzuführen (vgl. Worbs 2008).

Die Zahl der Staatsangehörigen aus den mittel- und osteuropäischen EU-Staaten ist seit 2004 kontinuierlich gestiegen (vgl. Tabelle 8-7 im Anhang). So hat sich die Zahl der polnischen Staatsangehörigen in Deutschland seit 2004, dem Jahr des EU-Beitritts, um 195,3 % erhöht. Nach dem EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien am 1. Januar 2007 lässt sich ebenfalls ein deutlicher Anstieg der Zahl der Staatsangehörigen aus diesen Ländern feststellen. Die Zahl der rumänischen Staatsangehörigen in Deutschland ist seit 2004 von rund 73.400 auf ca. 748.000 Personen gestiegen. Die Zahl der bulgarischen Staatsangehörigen erhöhte sich im gleichen Zeitraum von rund 39.000 auf etwa 360.000 Personen. Der Anstieg bei rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen liegt insbesondere in dem seit 2007 stark angewachsenen Wanderungsüberschuss aus diesen Staaten begründet.

Nachdem von 2000 bis 2009 über Jahre ein Rückgang der Zahl der Staatsangehörigen aus den ehemaligen Anwerbestaaten Italien und Griechenland festzustellen war, konnte von 2010 bis 2019 wieder ein kontinuierlicher Anstieg der Zahl der Staatsangehörigen aus diesen Ländern registriert werden (vgl. Tabelle 8-7 im Anhang).

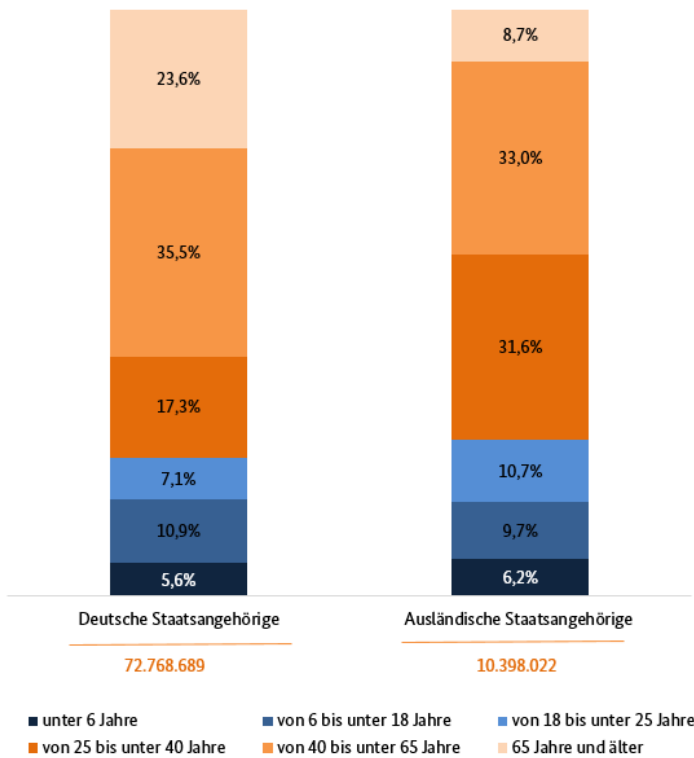
Relativ neu sind hingegen die hohe Anteile von syrischen (7,0 %), afghanischen und irakischen Staatsangehörigen (beide jeweils 2,3 %).²²⁹ Diese Entwicklung hängt größtenteils mit der humanitären Zuwanderung in den Jahren 2015 und 2016 zusammen.

8.1.1 Alters- und Geschlechtsstruktur

Bei einem Vergleich der Altersstruktur der deutschen mit der ausländischen Bevölkerung zeigt sich, dass letztere deutlich jünger ist. So waren 58,3 % der ausländischen Bevölkerung im Jahr 2019 jünger als 40 Jahre, während dies nur auf 40,9 % der deutschen Bevölkerung zutraf (vgl. Abbildung 8-3 und Tabelle 8-8 im Anhang). In den höheren Altersstufen zeigt sich das umgekehrte Bild: 23,6 % der Deutschen sind 65 Jahre und älter, in der ausländischen Bevölkerung macht diese Altersgruppe nur einen Anteil von 8,7 % aus.

²²⁹ Syrische Staatsangehörige hielten sich dabei durchschnittlich erst seit 4,1 Jahren in Deutschland auf, afghanische 5,6 Jahre und irakische seit 5,9 Jahren (vgl. hierzu ausführlich Kapitel 8.1.2).

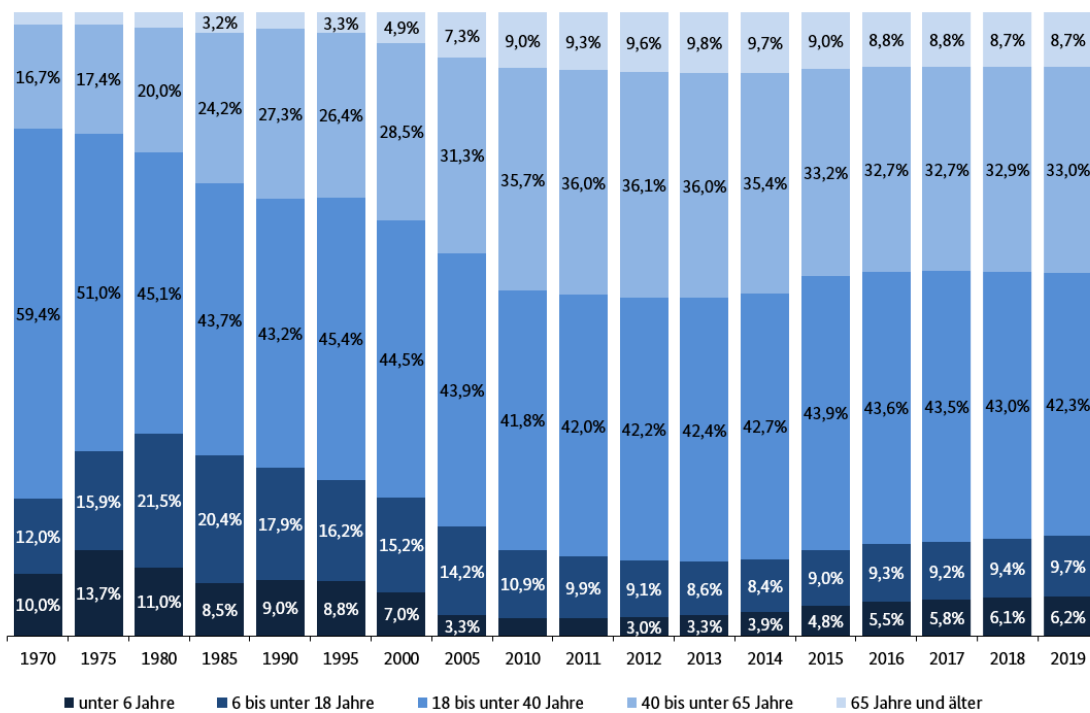
Abbildung 8-3: Altersstruktur der deutschen und ausländischen Bevölkerung am 31. Dezember 2019



Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung

Abbildung 8-4: Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung von 1970 bis 2019



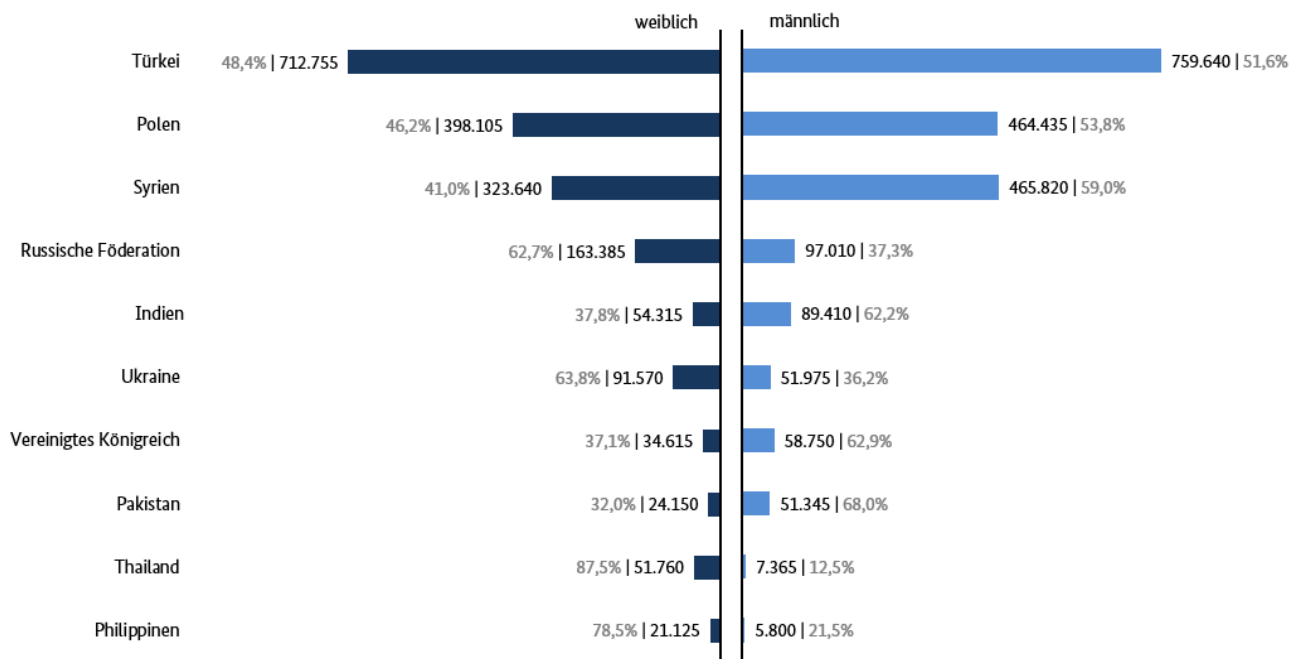
Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

Ergebnisse ab 2011 auf der Grundlage des Zensus 2011, Ergebnisse von 1970 bis 2010 auf Grundlage früherer Zählungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung

Betrachtet man die Entwicklung der Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung in Deutschland seit Beginn der 1970er Jahre, so ist festzustellen, dass auch die ausländische Bevölkerung von demografischer Alterung gekennzeichnet ist (vgl. Abbildung 8-4). So lag der Anteil der unter 40-Jährigen Anfang der 1970er Jahre noch bei über 80 %, während der Anteil der Personen im Rentenalter unter 2 % betrug. Während die Gruppe der unter 40-jährigen bis 2019 auf unter 60 % geschrumpft ist, ist die Gruppe der über 65-jährigen auf fast 9 % gewachsen. Insgesamt ist die ausländische Bevölkerung jedoch noch deutlich jünger als die deutsche Bevölkerung. Nach Angaben des AZR sind insgesamt 1,44 Millionen Ausländerinnen und Ausländer bereits in Deutschland geboren, dies entspricht einem Anteil von 12,9 % an der gesamten ausländischen Bevölkerung am Jahresende 2019.

Abbildung 8-5: Geschlechtsstruktur der ausländischen Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten am 31. Dezember 2019¹



1) Abweichungen zu den zuvor berichteten Gesamtsummen pro Staatsangehörigkeit sind durch die vom Statistischen Bundesamt angewandte Fünferferrundung bedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausländerzentralregister

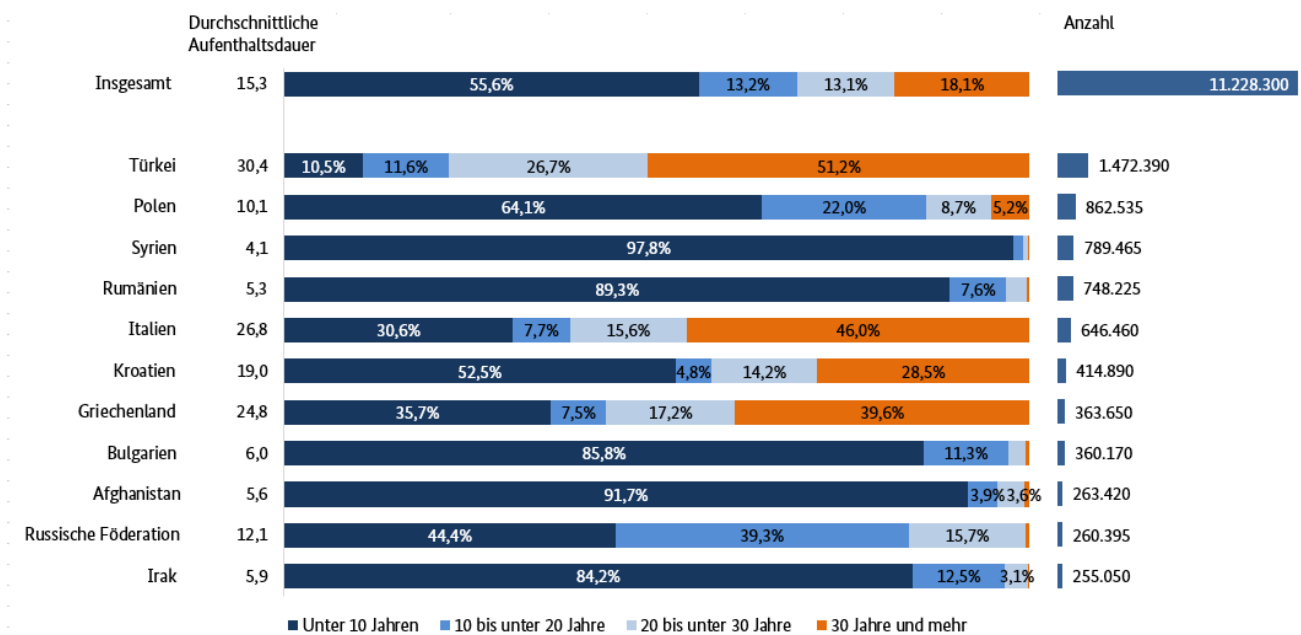
In der ausländischen Bevölkerung war der Anteil der männlichen Personen mit 53,6 % etwas höher als der Anteil der weiblichen Personen. Jedoch ist der Anteil der weiblichen Personen bei Staatsangehörigen aus Thailand (87,5 %), den Philippinen (78,5 %) der Ukraine (63,8 %) und der Russischen Föderation (62,7 %) sehr viel höher. Besonders hohe männliche Anteile sind beispielsweise bei Staatsangehörigen aus Pakistan (68,0 %), dem Vereinigten Königreich (62,9 %), Indien (62,2 %) und Syrien (59,0 %) zu verzeichnen (vgl. Abbildung 8-5 und Tabelle 8-9 im Anhang).

8.1.2 Aufenthaltsdauer und Aufenthaltsstatus

Aufenthaltsdauer

Ende 2019 lebten 44,4 % der ausländischen Bevölkerung seit mindestens 10 Jahren in Deutschland, etwa ein Drittel (31,2 %) seit mindestens 20 Jahren und 18,1 % sogar seit 30 Jahren und länger (vgl. Abbildung 8-6 und Tabelle 8-10 im Anhang).

Abbildung 8-6: Aufenthaltsdauer der ausländischen Bevölkerung nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten am 31. Dezember 2019



Anmerkung: Werte unter 3 % sind nicht ausgewiesen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausländerzentralregister

Unter den nach ausländischer Staatsangehörigkeit größten Gruppen sind einige durch eine deutlich längere Migrationsgeschichte nach Deutschland gekennzeichnet. Dies spiegelt sich auch in der Aufenthaltsdauer wider. Insbesondere Staatsangehörige aus den ehemaligen Anwerbeländern weisen eine viel höhere Aufenthaltsdauer auf: 77,9 % der türkischen, 61,7 % der italienischen und 56,8 % der griechischen Staatsangehörigen leben seit mindestens 20 Jahren in Deutschland. Personengruppen mit einer Fluchtgeschichte leben hingegen vergleichsweise kurz in Deutschland. Unter den syrischen Staatsangehörigen leben 97,8 % weniger als 10 Jahre in Deutschland, bei den afghanischen Staatsangehörigen beträgt dieser Anteil 91,7 %. 85,8 % der Personen aus Bulgarien sowie 89,3 % derer aus Rumänien, die seit 1. Januar 2007 Mitgliedsstaaten der EU sind, leben ebenfalls weniger als 10 Jahre in Deutschland.

Die unterschiedlichen Zuwanderungsgeschichten werden ebenfalls deutlich, wenn man die durchschnittliche Aufenthaltsdauer betrachtet. Ende 2019 lebten ausländische Staatsangehörige im Schnitt 15,3 Jahre in Deutschland (vgl. Abbildung 8-6 und Tabelle 8-10 im Anhang). Deutlich über diesem Wert liegt die durchschnittliche Aufenthaltsdauer bei Staatsangehörigen aus der Türkei (30,4 Jahre), Österreich (29,2 Jahre), Italien (26,8 Jahre) und Slowenien (24,0 Jahre). Eine bislang niedrige durchschnittliche Aufenthaltsdauer ist bei Staatsangehörigen aus den mittel- und osteuropäischen Staaten zu verzeichnen (Albanien: 5,1 Jahre, Rumänien: 5,3 Jahre, Bulgarien: 6,0 Jahre, Ungarn: 8,2 Jahre, Polen: 10,1 Jahre). Am kürzesten halten sich im Schnitt Personen aus Syrien (4,1 Jahre), Afghanistan (5,6 Jahre) und dem Irak (5,9 Jahre) auf. Auch Staatsangehörige aus China (7,8 Jahre), Indien (5,9 Jahre) weisen eine noch niedrige durchschnittliche Aufenthaltsdauer auf, diese Herkunftsländer sind für die aktuelle Bildungs- und Erwerbsmigration bedeutsam (vgl. Kapitel 3.2 und 3.3).

Aufenthaltsstatus

Unter den rund 11,2 Millionen ausländischen Staatsangehörigen besitzen rund 6,3 Millionen Personen nicht die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates (56,5 %). Bei der Betrachtung der ausländischen Bevölkerung nach dem Aufenthaltsstatus²³⁰ zeigt sich, dass 67,1 % bzw. 7,5 Millionen ein unbefristetes Aufenthaltsrecht aufwiesen (2018: 67,9 % bzw. 7,4 Millionen Personen) (vgl. Tabelle 8-2).²³¹ Mehr als ein Fünftel der ausländischen Staatsangehörigen waren im Besitz eines befristeten Aufenthaltstitels (23,0 %, rund 2,6 Millionen Personen, 2018: 22,2 %, rund 2,4 Millionen Personen).

Betrachtet man nur die Drittstaatsangehörigen, so besaßen 41,8 % der in Deutschland lebenden Drittstaatsangehörigen (rund 2,7 Millionen Personen) zum Jahresende 2019 einen unbefristeten Aufenthaltstitel (2018: 42,9 %, 2,6 Millionen Personen). Zwei Fünftel der Drittstaatsangehörigen waren im Besitz eines befristeten Aufenthaltstitels (40,8 % bzw. 2,6 Millionen Personen, 2018: 39,5 % bzw. 2,4 Millionen Personen). 203.420 bzw. 3,2 % aller ausländischen Drittstaatsangehörigen, die sich in Deutschland aufhalten, besaßen eine Duldung (2018: 180.580 bzw. 2,9 %)²³², 4,2 % bzw. 263.425 Drittstaatsangehörige (2018: 297.090 bzw. 4,8 %) eine Aufenthaltsgestattung zur Durchführung von Asylverfahren. Weitere 332.440 Drittstaatsangehörige (5,2 %), die im AZR registriert sind, hatten weder einen Aufenthaltstitel, noch eine Aufenthaltsgestattung bzw. Duldung (2018: 338.600 Personen bzw. 5,5 %).²³³

²³⁰ Zum rechtlichen Rahmen der einzelnen Aufenthaltstitel vgl. BAMF/BMI 2013: 169f.

²³¹ Hierzu zählen beispielsweise EU-Staatsangehörige sowie Drittstaatsangehörige mit einer Niederlassungserlaubnis.

²³² Unter den ausländischen Staatsangehörigen mit einer Duldung lebten zum 31. Dezember 2019 27.088 mit einer Aufenthaltsdauer von mehr als sechs Jahren in Deutschland. Vgl. Deutscher Bundestag 2020f: 28f.

²³³ Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich ein Teil dieser Personen nicht mehr in Deutschland aufhält. Wenn keine Abmeldung seitens der Personen oder der Meldebehörden erfolgt, ist eine Registrierung im AZR weiterhin gegeben.

Tabelle 8-2: Aufenthaltsrechtlicher Status der ausländischen Bevölkerung aus Drittstaaten nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten am 31. Dezember 2019

| Staatsangehörigkeit | Insgesamt | kein Aufenthaltstitel erforderlich | | Aufenthaltstitel erforderlich | | | | | | | | | | | | | |
|--------------------------|-----------|------------------------------------|---|-------------------------------|----------------------|--------------------|--------------------------|--------------------------------|---|------------------|------------------------------|-----------|--------------------------------------|-----------------------|------------------------|------------------------------|--|
| | | mit EU-Freizügigkeit | vom Erfordernis auf einen Aufenthaltstitel befreit, heimatlose Ausländerinnen und Ausländer | mit Aufenthaltstitel | | | | | | | | | Antrag auf Aufenthaltstitel gestellt | ohne Aufenthaltstitel | | | |
| | | | | insgesamt | zeitlich unbefristet | zeitlich befristet | davon | | | | | Insgesamt | | Duldung | Aufenthalts-gestattung | ohne Duldung oder Gestattung | |
| | | | | | | | zum Zweck der Ausbildung | zum Zweck der Erwerbstätigkeit | Völker-rechtliche, humani-täre, politische Gründe | familiäre Gründe | besondere Aufent-haltsrechte | | | | | | |
| Türkei | 1.472.390 | 5.955 | 3.010 | 1.390.580 | 1.194.210 | 196.370 | 7.040 | 8.900 | 21.860 | 121.980 | 36.590 | 21.395 | 51.450 | 5.230 | 17.185 | 29.035 | |
| Syrien | 789.465 | 405 | 35 | 682.450 | 21.085 | 661.365 | 2.900 | 1.935 | 546.255 | 107.010 | 3.265 | 54.950 | 51.620 | 3.990 | 20.255 | 27.375 | |
| Afghanistan | 263.420 | 375 | 10 | 164.205 | 15.960 | 148.240 | 440 | 345 | 133.615 | 12.875 | 965 | 16.085 | 82.750 | 20.820 | 47.340 | 14.590 | |
| Russische Föderation | 260.395 | 3.805 | 85 | 209.385 | 135.060 | 74.330 | 7.585 | 9.070 | 12.120 | 41.305 | 4.250 | 7.510 | 39.610 | 11.030 | 13.695 | 14.890 | |
| Irak | 255.050 | 490 | 10 | 171.700 | 30.915 | 140.785 | 610 | 410 | 114.965 | 23.430 | 1.370 | 18.195 | 64.660 | 19.005 | 31.260 | 14.395 | |
| Serbien | 237.755 | 11.365 | 170 | 188.375 | 120.850 | 67.525 | 1.265 | 16.165 | 17.025 | 30.265 | 2.805 | 13.960 | 23.885 | 10.050 | 720 | 13.120 | |
| Kosovo | 232.075 | 3.795 | 20 | 198.290 | 101.100 | 97.190 | 1.155 | 16.575 | 14.860 | 56.865 | 7.735 | 13.035 | 16.940 | 7.610 | 505 | 8.825 | |
| Bosnien und Herze-gowina | 203.265 | 7.605 | 50 | 173.355 | 109.195 | 64.165 | 2.775 | 25.115 | 5.305 | 27.030 | 3.940 | 8.680 | 13.570 | 2.440 | 190 | 10.940 | |
| China | 149.195 | 1.590 | 35 | 120.930 | 36.185 | 84.745 | 42.715 | 16.520 | 1.845 | 21.225 | 2.440 | 11.845 | 14.790 | 1.490 | 890 | 12.405 | |
| Indien | 143.725 | 2.905 | 60 | 111.045 | 22.955 | 88.085 | 21.150 | 29.420 | 910 | 32.400 | 4.210 | 10.645 | 19.070 | 5.565 | 760 | 12.745 | |
| Ukraine | 143.545 | 4.825 | 25 | 120.315 | 79.000 | 41.315 | 6.240 | 6.905 | 3.550 | 22.485 | 2.140 | 4.590 | 13.790 | 2.520 | 2.560 | 8.705 | |
| Iran | 121.835 | 405 | 10 | 80.195 | 21.855 | 58.340 | 7.210 | 4.485 | 33.575 | 11.375 | 1.695 | 6.670 | 34.555 | 6.100 | 21.720 | 6.740 | |
| Vereinigte Staaten | 121.645 | 2.795 | 2.225 | 102.570 | 50.575 | 51.990 | 9.880 | 18.180 | 235 | 17.575 | 6.125 | 5.860 | 8.200 | 95 | 15 | 8.085 | |
| Nordmazedonien | 115.210 | 12.255 | 30 | 83.305 | 46.600 | 36.705 | 545 | 12.025 | 4.950 | 15.835 | 3.345 | 5.885 | 13.740 | 4.915 | 600 | 8.225 | |
| Vietnam | 99.725 | 695 | 20 | 86.335 | 46.410 | 39.925 | 8.690 | 2.065 | 2.685 | 22.255 | 4.230 | 4.605 | 8.070 | 1.295 | 255 | 6.520 | |
| Marokko | 78.250 | 5.910 | 205 | 58.470 | 31.025 | 27.445 | 5.190 | 1.130 | 1.325 | 16.340 | 3.465 | 4.965 | 8.700 | 2.210 | 885 | 5.610 | |
| Pakistan | 75.495 | 2.115 | 20 | 45.825 | 11.870 | 33.955 | 4.875 | 2.245 | 7.040 | 16.090 | 3.710 | 4.450 | 23.080 | 8.705 | 9.310 | 5.065 | |
| Nigeria | 73.515 | 1.270 | 5 | 32.540 | 5.965 | 26.580 | 2.830 | 735 | 9.630 | 12.120 | 1.265 | 3.935 | 35.760 | 10.360 | 19.040 | 6.360 | |
| Albanien | 65.895 | 5.555 | 5 | 38.095 | 5.610 | 32.485 | 2.800 | 10.635 | 4.240 | 10.965 | 3.845 | 4.745 | 17.495 | 7.015 | 1.345 | 9.135 | |

| | | | | | | | | | | | | | | | | |
|-------------------------------|------------------|----------------|--------------|------------------|------------------|------------------|----------------|----------------|------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| Thailand | 59.125 | 1.035 | 15 | 54.885 | 40.820 | 14.065 | 1.240 | 835 | 140 | 10.300 | 1.555 | 1.350 | 1.835 | 85 | 5 | 1.745 |
| Brasilien | 49.280 | 4.460 | 25 | 38.080 | 14.055 | 24.030 | 6.345 | 5.480 | 145 | 10.880 | 1.175 | 3.400 | 3.310 | 100 | 45 | 3.170 |
| Libanon | 41.310 | 445 | 10 | 27.210 | 9.270 | 17.940 | 940 | 550 | 5.960 | 9.745 | 750 | 2.830 | 10.815 | 6.460 | 2.255 | 2.105 |
| Japan | 38.305 | 705 | 35 | 33.915 | 11.385 | 22.530 | 3.300 | 8.835 | 50 | 8.780 | 1.575 | 1.655 | 2.000 | 5 | 5 | 1.995 |
| Korea, Republik | 38.165 | 235 | 15 | 32.340 | 9.775 | 22.565 | 8.655 | 5.275 | 50 | 7.885 | 700 | 3.135 | 2.440 | 25 | 15 | 2.405 |
| Ghana | 37.465 | 955 | 10 | 26.510 | 10.225 | 16.285 | 1.025 | 270 | 2.740 | 10.730 | 1.515 | 2.570 | 7.420 | 3.725 | 770 | 2.925 |
| Tunesien | 37.230 | 1.085 | 90 | 29.290 | 12.115 | 17.175 | 5.625 | 1.805 | 460 | 8.340 | 940 | 3.340 | 3.425 | 840 | 435 | 2.150 |
| Ägypten | 35.855 | 650 | 10 | 25.505 | 6.375 | 19.130 | 4.245 | 3.075 | 2.490 | 8.570 | 750 | 2.740 | 6.950 | 1.665 | 2.010 | 3.275 |
| Drittstaaten insgesamt | 6.345.805 | 161.625 | 8.820 | 5.071.410 | 2.484.225 | 2.587.185 | 232.565 | 258.935 | 1.125.480 | 840.975 | 129.225 | 304.660 | 799.290 | 203.420 | 263.425 | 332.440 |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausländerzentralregister

Betrachtet man den Aufenthaltsstatus der ausländischen Bevölkerung nach Staatsangehörigkeiten, so zeigt sich, dass Ende 2019 81,1 % der türkischen Staatsangehörigen einen unbefristeten Aufenthaltstitel hatten. Ein hoher Anteil an Personen mit einem unbefristeten Aufenthaltsrecht ist auch bei ukrainischen Staatsangehörigen festzustellen (55,0 %). Bei bosnischen Staatsangehörigen lag dieser Anteil bei 53,7 %. Dagegen haben Staatsangehörige aus Syrien (2,7 %), Afghanistan (6,1 %), und dem Irak (12,1 %) vergleichsweise selten einen unbefristeten Aufenthaltstitel. Ein hoher Anteil der afghanischen und syrischen Staatsangehörigen besitzt eine befristete Aufenthaltserlaubnis aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen. 56,8 % der chinesischen und 61,3 % der indischen Staatsangehörigen besaßen eine befristete Aufenthaltserlaubnis, überwiegend zum Zweck der Ausbildung und Erwerbstätigkeit (vgl. Tabelle 8-2).

8.2 Geburten

Die Entwicklung der ausländischen Bevölkerung wird von verschiedenen demografischen Parametern beeinflusst. Neben den Zu- und Abwanderungen bedingen auch die Geburtenentwicklung und die Sterblichkeit Struktur und Umfang dieser Personengesamtheit.

Ein Kind ausländischer Eltern erwirbt neben deren Staatsangehörigkeit(en) nach deren jeweiligem nationalen Recht die deutsche Staatsangehörigkeit mit Geburt in Deutschland (sog. *ius soli*), sofern ein Elternteil seit mindestens acht Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt.²³⁴

Soweit diese Kinder nicht im Inland aufgewachsen sind, durch Geburt eine andere ausländische Staatsangehörigkeit als die eines EU-Mitgliedstaates oder der Schweiz besitzen und innerhalb eines Jahres nach Vollendung des 21. Lebensjahres einen Hinweis der örtlich zuständigen Staatsangehörigkeitsbehörde erhalten, dass sie sich für eine Staatsangehörigkeit zu entscheiden haben, müssen sie innerhalb von zwei Jahren nach Zustellung dieses Hinweises erklären, ob sie die deutsche oder die ausländische Staatsangehörigkeit behalten wollen (Optionspflicht, § 29 Abs. 1 StAG).²³⁵ Im Inland aufgewachsen sind sie, wenn sie sich bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres acht Jahre gewöhnlich in Deutschland aufgehalten oder sechs Jahre eine Schule besucht haben oder hier einen Schulabschluss erworben oder eine Berufsausbildung abgeschlossen haben (§ 29 Abs. 1a StAG).

Erklären von der Optionspflicht betroffene Personen, dass sie die ausländische Staatsangehörigkeit behalten wollen, verlieren sie die deutsche Staatsangehörigkeit (§ 29 Abs. 2 StAG). Entscheiden sie sich für die deutsche Staatsangehörigkeit, müssen sie nachweisen, dass sie die ausländische Staatsangehörigkeit aufgegeben oder verloren haben (§ 29 Abs. 3 StAG). Tritt der Verlust der ausländischen Staatsangehörigkeit nicht innerhalb von zwei Jahren nach Zustellung des Hinweises über die Erklärungspflicht ein, geht die deutsche Staatsangehörigkeit verloren, es sei denn, die zuständige Behörde hat vorher auf Antrag des Erklärungs-

²³⁴ Die Regelung gilt seit der Reform des Staatsangehörigkeitgesetzes zum 1. Januar 2000. Vgl. zum Reformprozess im Detail. BAMF/BMI 2013: 173.

²³⁵ § 29 StAG in der Fassung des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Staatsangehörigkeitgesetzes vom 13. November 2014 (BGBl. 2014 Teil I Nr. 52: 1714), in Kraft seit 20. Dezember 2014.

pflichtigen oder von Amts wegen die Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit genehmigt (Beibehaltungsgenehmigung). Auch in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern, die durch Einbürgerung nach § 40b StAG²³⁶ unter den Voraussetzungen des § 4 Abs. 3 StAG (ius soli) die deutsche Staatsangehörigkeit durch Antrag im Jahr 2000 erworben haben, sind vom sog. Optionsverfahren nach § 29 StAG betroffen.

Datenquelle zu „Geburten ausländischer Kinder“ sowie zu „von ausländischen Eltern oder einem ausländischen Elternteil geborenen Kindern“ ist die Geburtenstatistik²³⁷ als eine der Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung, die vom Statistischen Bundesamt erstellt und veröffentlicht wird.

Von 1992 bis 1999 wurden jährlich etwa um die 100.000 Kinder mit (ausschließlich) ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland geboren. Dies entsprach jeweils einem Anteil von ca. 13 % aller in Deutschland geborenen Kinder (vgl. Abbildung 8-7 und Tabelle 8-11 im Anhang). Nach der Einführung des ius soli-Prinzips am 1. Januar 2000 durch § 4 Abs. 3 StAG, wodurch Kinder ausländischer Eltern unter den oben genannten Bedingungen neben der ausländischen automatisch auch die deutsche Staatsangehörigkeit mit der Geburt erhalten, hat sich die Zahl der in Deutschland geborenen Kinder mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit im Jahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr fast halbiert. Sie ist bis zum Jahr 2006 weiter gesunken, was allerdings nicht allein mit der Änderung des Staatsangehörigkeitsrechtes zusammenhängt, da auch die Geburtenziffern insgesamt in dieser Periode sanken. In den Folgejahren wurde wieder ein Anstieg beobachtet. Im Jahr 2019 wurden 106.152 Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit geboren gegenüber 104.887 im Jahr 2018. Der Anteil der ausländischen Kinder im Jahr 2019 an allen in Deutschland geborenen Kindern betrug 13,6 % (2018: 13,3 %). Die wieder steigende Zahl von in Deutschland geborenen Kindern mit ausländischer Staatsangehörigkeit dürfte eine Folge der starken Zuwanderung besonders 2015/2016 sein.

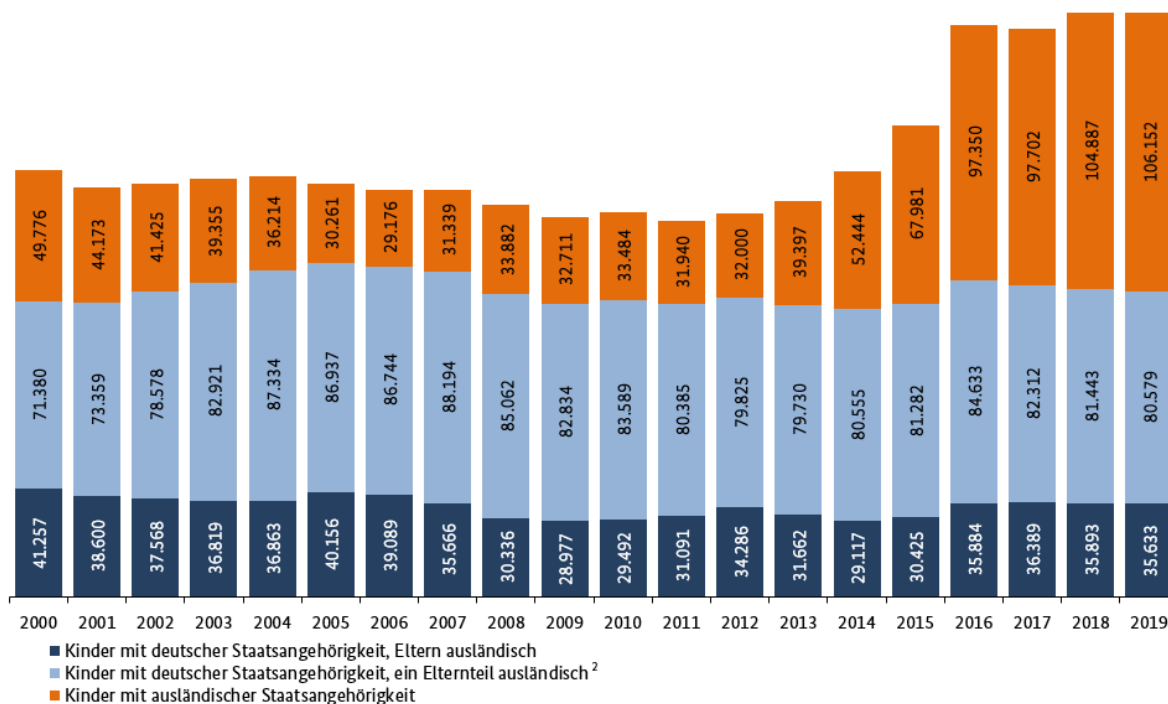
Die Zahl der von ausländischen Eltern geborenen Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit betrug im Jahr der Einführung (2000) der ius soli-Regelung 41.257. In den folgenden Jahren gab es mehrfach Rückgänge und dann erneute Anstiege der Zahlen. Besonders deutliche Zunahmen in diesem Zeitraum waren 2005, 2012 und 2016 zu beobachten. Die Entwicklung der Geburtenzahl hängt – neben der Anzahl der potenziellen Mütter – mit dem Geburtenverhalten der Frauen zusammen. Bei ausländischen Frauen kann man eine höhere Fertilität als bei den deutschen Frauen beobachten. Der Anstieg der Geburtenhäufigkeit im Jahr 2016 ist vor allem auf die Verjüngung und Zunahme der ausländischen weiblichen Bevölkerung zurückzuführen.²³⁸ Im Jahr 2019 wurden in Deutschland 35.633 Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren, die zwei ausländische Elternteile hatten, damit wurde ein leichter Rückgang im Vergleich zum Vorjahr registriert (2018: 35.893 Kinder). Insgesamt erhielten bis einschließlich 2019 rund 695.000 Kinder, die seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts von ausländischen Eltern in Deutschland geboren wurden, die deutsche Staatsangehörigkeit.

²³⁶ Gemäß § 40b StAG konnte vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2000 für ausländische Kinder, die sich rechtmäßig in Deutschland aufhalten und das zehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hatten und bei deren Geburt die Voraussetzungen des § 4 Abs. 3 StAG vorlagen, von den Eltern ein Einbürgerungsantrag gestellt werden. Die ursprüngliche, von den Eltern weitergegebene Staatsangehörigkeit konnte beibehalten werden. Die betroffenen jungen Erwachsenen müssen ebenfalls erklären, ob sie die deutsche oder die ausländische Staatsangehörigkeit behalten wollen (§ 29 StAG). Vgl. hierzu Worbs 2014.

²³⁷ Nachgewiesen werden hier die Lebendgeborenen.

²³⁸ Vgl. Pötzsch 2018: 75f.

Abbildung 8-7: Lebendgeborene mit ausländischer Staatsangehörigkeit bzw. mit ausländischer Staatsangehörigkeit mindestens eines Elternteils in Deutschland von 2000 bis 2019¹



1) 2013, 2014 und 2015 sind aus verfahrenstechnischen Gründen Kinder ausländischer Eltern mit deutscher Staatsangehörigkeit unterzeichnet und damit Kinder ausländischer Staatsangehörigkeit überzeichnet.

2) Kinder einer unverheirateten deutschen Mutter und eines ausländischen Vaters sind in diesen Zahlen nicht enthalten. Im Jahr 2019 waren dies 13.978 Kinder.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Von den Ende 2019 in Deutschland lebenden 11.228.300 ausländischen Staatsangehörigen waren 12,9 % im Inland geboren (nach AZR). Im Jahr 2000 betrug der Anteil der im Inland geborenen Ausländerinnen und Ausländer noch 22,1 %. Dieser Anteil sinkt seit einigen Jahren vor allem deshalb, weil ein Teil der seit 1. Januar 2000 geborenen Kinder ausländischer Eltern mit Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erhält und somit als Deutsche in die Bevölkerungsstatistik eingeht. Zudem sind die Zuwanderung und damit die Zahl der selbst zugewanderten Bevölkerung wieder deutlich angestiegen.

Insbesondere Staatsangehörige aus den ehemaligen Anwerbeländern weisen einen überdurchschnittlich hohen Anteil an bereits in Deutschland geborenen Personen auf. So waren zum Ende des Jahres 2019 27,1 % der türkischen, 24,1 % der italienischen und 20,2 % der im AZR registrierten griechischen Staatsangehörigen im Inland geboren (vgl. Tabelle 8-12 im Anhang). Dagegen lagen die Anteile bei Staatsangehörigen aus Ungarn (4,8 %), der Ukraine (4,2 %), Polen (5,6 %) und Rumänien (6,4 %) deutlich niedriger.

Von den ausländischen Staatsangehörigen unter 18 Jahren waren im Jahr 2019 von 1.653.250 Personen insgesamt etwas mehr als ein Drittel (37,5 %) in Deutschland geboren. Von den unter 18-jährigen türkischen Staatsangehörigen waren es bereits 63,9 %. Auch bei vietnamesischen (65,6 %), nigerianischen (63,5 %), ser-

bischen (55,9 %) und kosovarischen (53,2 %) Staatsangehörigen war der Anteil von in Deutschland Geborenen überproportional hoch. Dagegen waren die entsprechenden Anteile bei Staatsangehörigen aus Thailand (13,6 %), Syrien (27,7 %) und Afghanistan (28,3 %) deutlich geringer.

8.3 Sterbefälle

Personen mit Migrationshintergrund inklusive der ausländischen Bevölkerung weisen eine deutlich jüngere Altersstruktur auf als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Infolgedessen wurden bei der ausländischen Bevölkerung im Vergleich zum Anteil an der Gesamtbevölkerung nur relativ wenige Sterbefälle beobachtet (vgl. Tabelle 8-3). Allerdings ist die Zahl ausländischer Personen, die älter als 65 Jahre sind, zwischen 1990 und 2018 von rund 146.000 auf 982.000 (nach AZR) gestiegen. Damit hat sich der Anteil der Älteren (über 65 Jahre) unter allen ausländischen Personen von 2,6 % (1990) auf 9,0 % (2018) erhöht.

Auch für Personen mit Migrationshintergrund ist eine demografische Alterung gemäß Mikrozensus festzustellen. Die Zahl an Älteren (65 Jahre und älter) erhöhte sich von rund 1,2 Millionen im Jahr 2005 auf rund 2,1 Millionen Personen im Jahr 2019. Damit stieg ihr Anteil an allen Personen mit Migrationshintergrund von 7,8 % auf 9,7 %. Dieser Trend wird sich bei gegebener demografischer Entwicklung fortsetzen²³⁹, sodass verstärkt auch ältere Migrantinnen und Migranten von Erkrankungen und Pflegebedürftigkeit betroffen und als Nutzer des Gesundheits- und Pflegesystems zu berücksichtigen sind.²⁴⁰ Erkenntnisse zum Gesundheits- bzw. Krankheitszustand und zur Sterblichkeit dieser Bevölkerungsgruppe werden somit immer wichtiger.

Datenquelle zu Sterbefällen ausländischer Personen ist die Sterbefallstatistik als Bestandteil der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung, die vom Statistischen Bundesamt erstellt und veröffentlicht wird.²⁴¹ Tabelle 8-3 zeigt, dass die Zahl der Sterbefälle von Ausländerinnen und Ausländern seit 2010 kontinuierlich ansteigt. Ihr Anteil an allen Sterbefällen in Deutschland ist jedoch immer noch gering und lag 2019 mit 3,6 % deutlich unter dem Bevölkerungsanteil (nach der Bevölkerungsfortschreibung).

²³⁹ Vgl. Kohls 2012: 15.

²⁴⁰ Vgl. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2014: 268f. Gleichzeitig ist jedoch zu berücksichtigen, dass Arbeitsmigration, wie sie seit einigen Jahren in erheblichem Umfang vor allem aus Süd- und Osteuropa nach Deutschland erfolgt, zum Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung beiträgt, wovon die Sozialversicherungen durch höhere Beitragseinnahmen profitieren haben.

²⁴¹ Zu weiteren Datenquellen und detaillierten Analysen des Geburtenverhaltens von Frauen mit Migrationshintergrund bzw. mit ausländischer Staatsangehörigkeit vgl. Kohls 2012: 101ff. sowie Schmid/Kohls 2011.

Tabelle 8-3: Sterbefälle deutscher und ausländischer Personen 1970 – 2019

| Jahr ¹ | Sterbefälle | | Anteil ausländischer Sterbefälle an allen Sterbefällen in % | Anteil ausländischer Bevölkerung an gesamter Bevölkerung in % |
|-------------------|-------------|-------------------------------|---|---|
| | Deutsche | Ausländische Staatsangehörige | | |
| 1970 | 726.838 | 8.005 | 1,1% | 4,5% |
| 1975 | 740.269 | 8.991 | 1,2% | 6,3% |
| 1980 | 705.606 | 8.511 | 1,2% | 7,4% |
| 1985 | 696.602 | 7.694 | 1,1% | 7,3% |
| 1990 ² | 911.908 | 9.537 | 1,0% | 7,0% |
| 1995 | 871.788 | 12.800 | 1,4% | 9,0% |
| 2000 | 823.933 | 14.864 | 1,8% | 8,8% |
| 2005 | 813.500 | 16.727 | 2,0% | 8,8% |
| 2010 ² | 838.587 | 20.181 | 2,3% | 8,8% |
| 2011 ³ | 831.955 | 20.373 | 2,4% | 7,9% |
| 2012 ³ | 847.760 | 21.822 | 2,5% | 8,3% |
| 2013 ³ | 870.330 | 23.495 | 2,6% | 8,7% |
| 2014 ³ | 844.206 | 24.150 | 2,8% | 9,3% |
| 2015 ³ | 898.083 | 27.117 | 2,9% | 10,5% |
| 2016 ³ | 881.240 | 29.659 | 3,3% | 11,2% |
| 2017 ³ | 901.514 | 30.749 | 3,3% | 11,7% |
| 2018 ³ | 922.524 | 32.350 | 3,4% | 12,2% |
| 2019 ³ | 905.649 | 33.871 | 3,6% | 12,5% |

1) 1970 – 1985 Früheres Bundesgebiet; ab 1990 Deutschland.

2) Umstellung der Bevölkerungszahlen auf neue Volkszählungs- bzw. Zensusergebnisse in 1987 und 2011. Grundlage der Bevölkerungsfortschreibung 1990-2010 für die ehemalige DDR ist das zentrale Melderegister zum 3. Oktober 1990.

3) Zahlen ab dem 31. Dezember 1990 für den Gebietsstand seit dem 03. Oktober 1990.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Der Vergleich mit internationalen Erkenntnissen zeigt, dass in Deutschland annähernd dieselben Entwicklungen und Muster der Sterblichkeit von weiblichen und männlichen Personen mit Migrationshintergrund festzustellen sind wie in charakteristischen Zuwanderungsländern.²⁴² In Abhängigkeit von Alter, Herkunftsland, Aufenthaltsdauer, Aufenthaltsstatus und sozialer Lage sind vergleichsweise viele Konstellationen zu beobachten, in denen Zuwanderinnen und Zuwanderer niedrigere Sterblichkeitsrisiken als Deutsche aufweisen.

In Deutschland haben vor allem jüngere Zuwanderinnen und Zuwanderer mit geringer Aufenthaltszeit besonders niedrige Sterberisiken. So zeigen Zugewanderte aus weniger entwickelten Ländern vor allem in der Zeit kurz nach der Zuwanderung besonders niedrige Gesundheits- und Sterberisiken. Bei dieser Gruppe wirkt sich der „Healthy-Migrant-Effect“, d. h. die Tatsache, dass tendenziell eher gesündere Personen auswandern, erheblich aus. Im Inland geborene Nachkommen von Migrantinnen und Migranten weisen dagegen eher eine überdurchschnittliche Sterblichkeit auf.²⁴³

²⁴² Vgl. Kohls 2012: 185.

²⁴³ Vgl. Kohls 2012: 319.

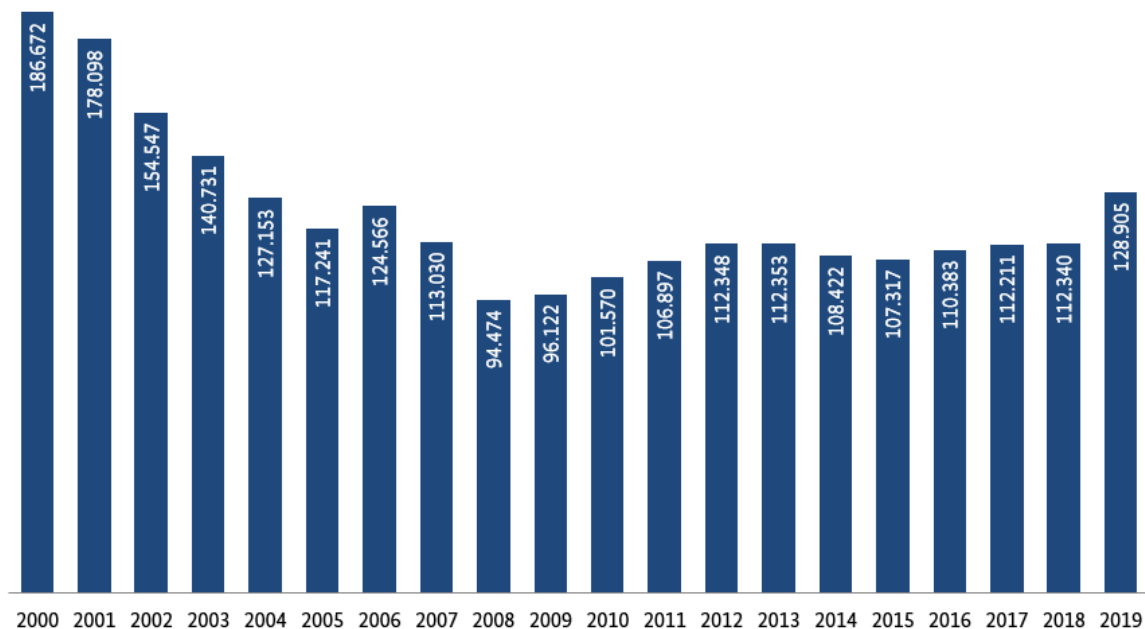
8.4 Einbürgerungen

Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erfolgt in der Regel durch Geburt (siehe dazu Kapitel 8.1) oder durch Einbürgerung. Durch die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts am 1. Januar 2000²⁴⁴ wurden das Abstammungsprinzip durch das Geburtsortprinzip ergänzt sowie die notwendige Aufenthaltszeiten für eine Einbürgerung verkürzt: Ausländerinnen und Ausländer haben nach acht Jahren rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalts in Deutschland unter Erfüllung bestimmter Voraussetzungen einen Anspruch auf Einbürgerung (§ 10 Abs. 1 StAG). Ehepartnerinnen und Ehepartner sowie minderjährige Kinder können miteingebürgert werden, auch wenn sie sich noch nicht seit acht Jahren im Bundesgebiet aufhalten (§ 10 Abs. 2 StAG).

Bei erfolgreicher Teilnahme an einem Integrationskurs wird die Frist für eine Anspruchseinbürgerung auf sieben Jahre verkürzt (§ 10 Abs. 3 S. 1 StAG). Bei Vorliegen besonderer Integrationsleistungen, insbesondere beim Nachweis von Sprachkenntnissen, die das Niveau B 1 des GER übersteigen, kann die Frist auf sechs Jahre verkürzt werden (§ 10 Abs. 3 S. 2 StAG).

Die statistischen Angaben zu den Einbürgerungen werden vom Statistischen Bundesamt jährlich in der Einbürgerungsstatistik veröffentlicht (§ 36 StAG).

Abbildung 8-8: Einbürgerungen in Deutschland von 2000 bis 2019



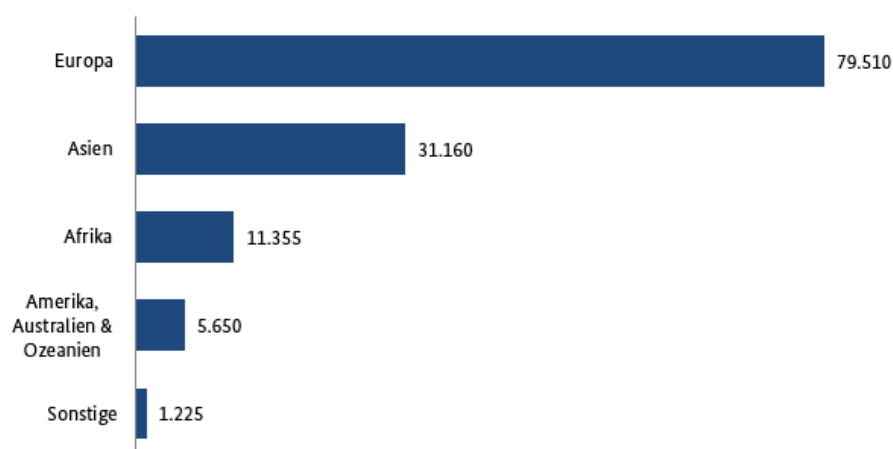
Quelle: Statistisches Bundesamt

²⁴⁴ Mit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am 1. Januar 2005 wurden zudem die bislang im Ausländergesetz enthaltenen Regelungen zur Einbürgerung weiter modifiziert und in das Staatsangehörigkeitsgesetz überführt, das damit die zentrale Rechtsgrundlage für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit darstellt. Zu den rechtlichen Grundlagen der Einbürgerung vgl. ausführlich BAMF/BMI 2010, Kapitel 6.4 und BAMF/BMI 2014, Kapitel 8.1.

Seit dem Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 haben mehr als 2,4 Millionen Personen die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erworben.

Nach dem Höchststand im Jahr 2000 mit 186.672 registrierten Einbürgerungen sank die Zahl bis auf 94.474 eingebürgerten Personen im Jahr 2008. In den Folgejahren konnte ein kontinuierlicher Wiederanstieg verzeichnet werden. Seit 2012 schwankte die Anzahl der Einbürgerungen um 112.000 jährlich. Im Jahr 2019 wurden 128.905 Personen eingebürgert und damit über 16.000 bzw. 14,7 % mehr als im Jahr zuvor (vgl. Abbildung 8-8 und Tabelle 8-13 im Anhang).

Abbildung 8-9: Einbürgerungen nach bisheriger Staatsangehörigkeit (Kontinente) im Jahr 2019¹



1) Abweichungen zu den zuvor berichteten Gesamtsummen pro Staatsangehörigkeit sind durch die vom Statistischen Bundesamt angewandte Fünfferrundung bedingt.

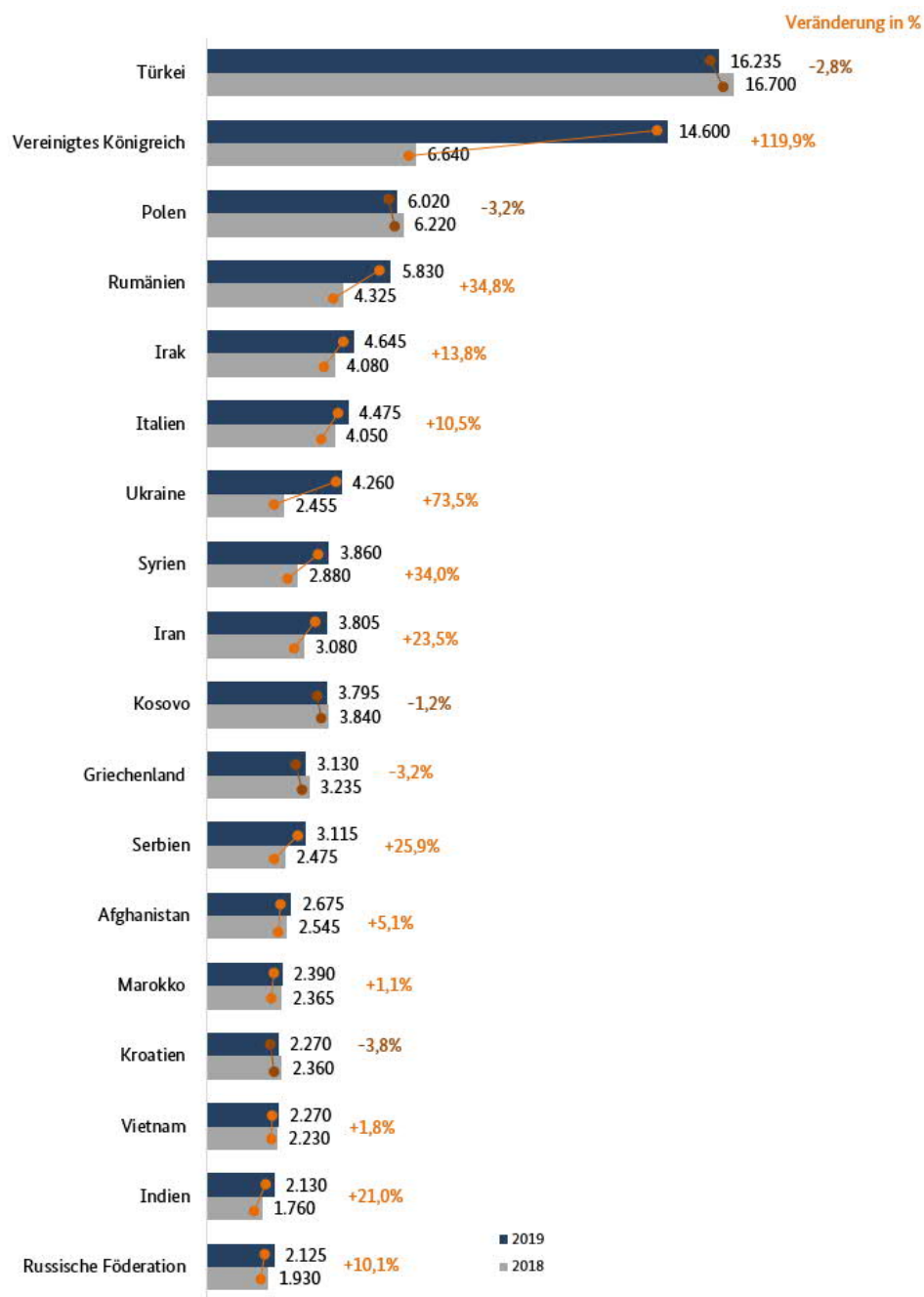
Quelle: Statistisches Bundesamt

Mit einem Anteil von 61,7 % sind die Mehrheit der eingebürgerten Personen Staatsangehörige eines europäischen Staates (79.510), wovon 45.760 ursprünglich aus EU-Ländern stammen. Die nächstgrößere Gruppe sind eingebürgerte Personen aus Asien (vgl. Abbildung 8-9). Abbildung 8-10 geht nun noch genauer auf einzelne Länder ein, insbesondere auf die 18 Länder mit mehr als 2.000 eingebürgerten Personen im Jahr 2019. Auch stechen hier insbesondere europäische Länder hervor: 16.235 der eingebürgerten Personen hatten zuvor die türkische Staatsangehörigkeit, gefolgt vom Vereinigten Königreich mit 14.600 Einbürgerungen, Polen (6.020) und Rumänien (5.830). Außerdem sind einzelne asiatische Herkunftsländer vertreten: so besaßen vorher 4.645 eingebürgerte Personen die irakische Staatsangehörigkeit, 3.860 die syrische und 3.805 die iranische Staatsangehörigkeit. Während kein amerikanisches Land in der Gruppe der Länder mit mehr als 2.000 Einbürgerungen vertreten ist, ist das einzige afrikanische Land Marokko (2.390).

Länderübergreifend lässt sich kein eindeutiger Trend bezüglich Veränderungen zum Vorjahr zeigen. Während bei vielen Ländern die Anzahl der Einbürgerungen nur leicht gestiegen (z. B. Marokko und Vietnam) oder leicht gesunken ist (z. B. Türkei und Polen), ist die Anzahl der Einbürgerungen bei anderen Ländern stark gestiegen: Die größten Anstiege sind beim Vereinigten Königreich (+119,9 %) und der Ukraine (+73,5 %) zu beobachten. Der enorme Anstieg an Einbürgerungen von Staatsangehörigen des Vereinigten

Königreichs lässt sich sehr wahrscheinlich mit dem im Januar 2020 erfolgten Austritt dieses Landes aus der Europäischen Union erklären; die Tendenz ist bereits seit dem Jahr 2016 deutlich steigend (vgl. Abbildung 8-10 und Tabelle 8-13 im Anhang).

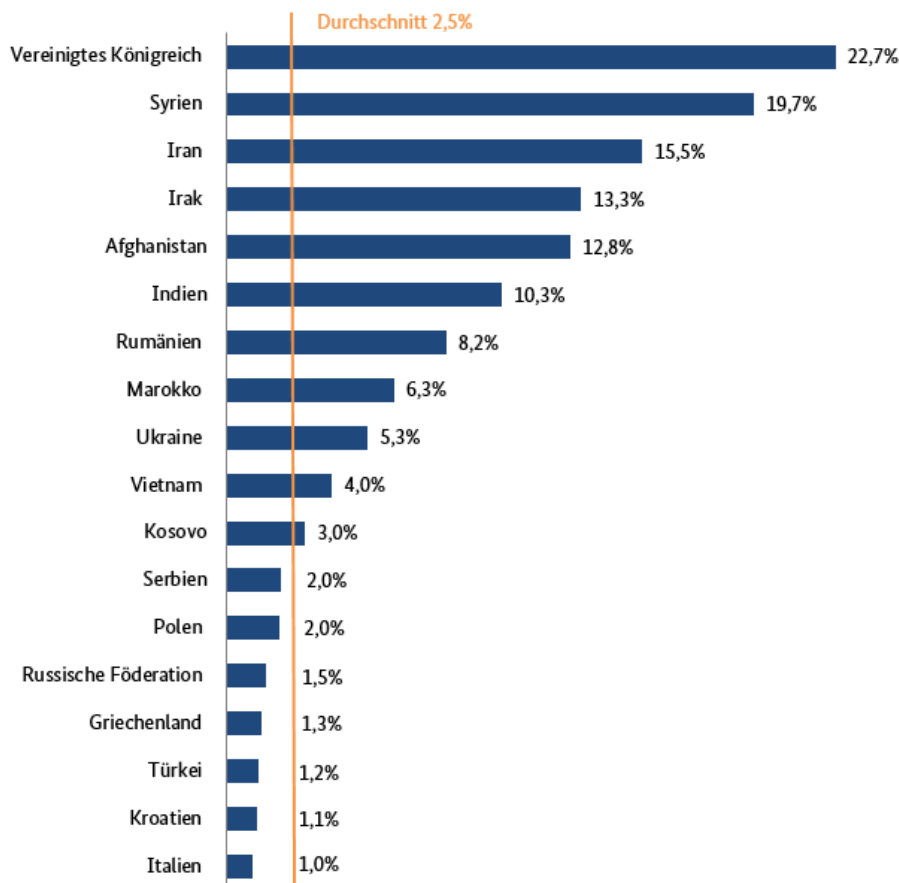
Abbildung 8-10: Eingebürgerte Personen nach bisheriger Staatsangehörigkeit im Jahr 2019 und prozentuale Veränderungen zum Vorjahr



Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Einbürgerungszahlen lassen für sich genommen allerdings keine Aussagen über das Interesse an der deutschen Staatsangehörigkeit zu. Dafür eignet sich das ausgeschöpfte Einbürgerungspotenzial besser, denn es bezieht die Zahl der Einbürgerungen auf die Zahl der ausländischen Personen, die zu Beginn des jeweiligen Berichtsjahres mindestens seit 10 Jahren in Deutschland lebten.²⁴⁵ 2019 betrug das ausgeschöpfte Einbürgerungspotenzial rund 2,5 % und ist somit im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 % gestiegen. Abbildung 8-11 zeigt diese Kennzahl für Länder mit mehr als 2.000 Einbürgerungen im Jahr 2019. Staatsangehörige der EU wiesen meist unterdurchschnittliche Werte auf, wie z. B. Griechenland (1,3 %), Kroatien (1,1 %) und Italien (1,0 %). Eine große Ausnahme bilden hier die Staatsangehörigen des Vereinigten Königreichs, das im Jahr 2020 die EU verlassen hat (mit 22,7 % Platz 1 unter allen Staaten). Neben dem Vereinigten Königreich ergaben sich die höchsten Werte des ausgeschöpften Einbürgerungspotenzials für die außereuropäischen Länder Syrien (19,7 %), Iran (15,5 %), Irak (13,3 %), Afghanistan (12,8 %) und Indien (10,3 %).

Abbildung 8-11: Ausgeschöpftes Einbürgerungspotenzial im Jahr 2019



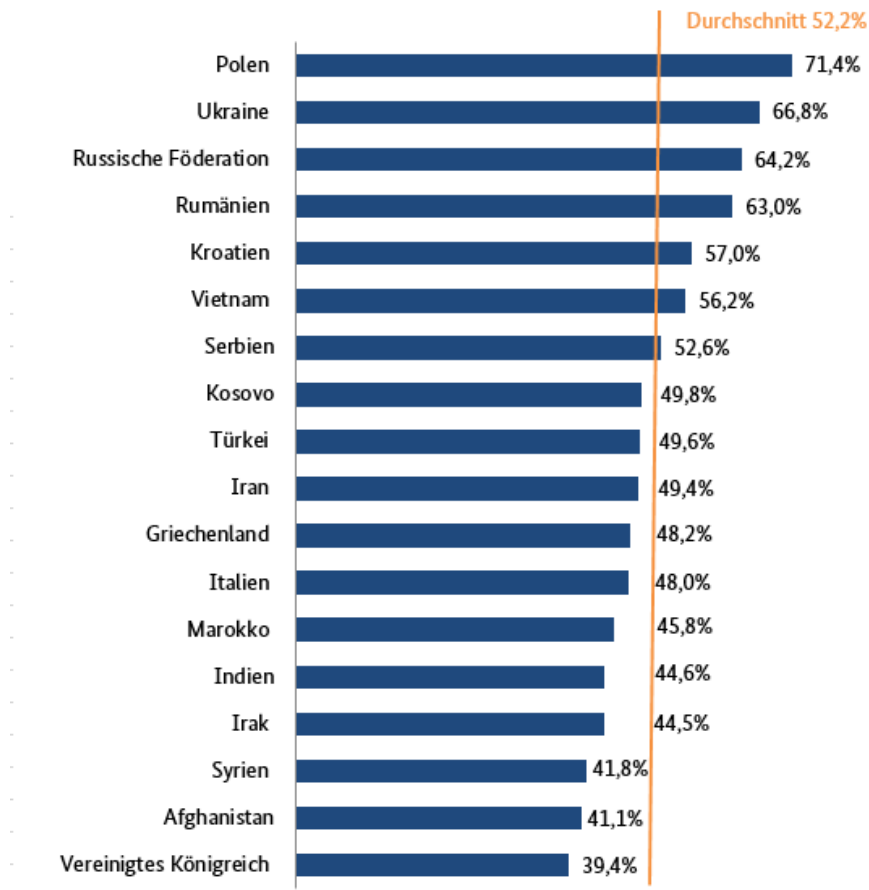
Quelle: Statistisches Bundesamt

52,2 % der eingebürgerten Personen im Jahr 2019 waren weiblich (2018: 53,6 %). Trotz des fast ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses bei den Eingebürgerten zeigen sich bei Betrachtung einzelner Herkunftsländer

²⁴⁵ Nach acht Jahren rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalts in Deutschland besteht unter Erfüllung bestimmter Voraussetzungen ein Anspruch auf Einbürgerung (§ 10 Abs. 1 StAG). Das Statistische Bundesamt legt bei seiner Berechnung des ausgeschöpften Einbürgerungspotenzials eine zehnjährige Aufenthaltszeit zugrunde.

länder zum Teil deutliche Unterschiede, ähnlich wie es bei der Struktur der ausländischen Staatsangehörigen der Fall ist (vgl. Kapitel 8.1.1). So weisen etwa Eingebürgerte aus mittel- und osteuropäischen Staaten einen deutlich überproportionalen weiblichen Anteil auf. Jeweils mehr als zwei Drittel der im Jahr 2019 Eingebürgerten aus Polen (71,4 %) und Ukraine (66,8 %) waren weiblich. Dagegen betrug der Anteil von weiblichen Personen bei Eingebürgerten aus dem Vereinigten Königreich nur 39,4 %, aus Afghanistan 41,1 % und aus Syrien 41,8 % (vgl. Abbildung 8-12).

Abbildung 8-12: Anteil an weiblich Eingebürgerten im Jahr 2019



Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 8-4: Einbürgerungen im Jahr 2019 mit fortbestehender bisheriger Staatsangehörigkeit

| | Einbürgerungen insgesamt | darunter: mit fortbestehender bisheriger Staatsangehörigkeit | |
|--|-----------------------------|---|--------------|
| | | absolut | in % |
| Insgesamt | 128.905 | 79.800 | 61,9% |
| <i>weiblich</i> | 67.340 | 40.810 | 60,6% |
| <i>männlich</i> | 61.560 | 38.995 | 63,3% |
| Europa | 79.510 | 49.305 | 62,0% |
| <i>darunter: EU-Staaten</i> | 45.760 | 45.400 | 99,2% |
| Afrika | 11.355 | 6.295 | 55,4% |
| Amerika | 5.570 | 4.510 | 81,0% |
| Asien | 31.160 | 19.620 | 63,0% |
| Australien und Ozeanien | 80 | 65 | 81,3% |
| Sonstiges (u. a. Staatenlos, ungeklärt und ohne Angabe) | 1.225 | - | - |
| Türkei | 16.235 | 1.450 | 8,9% |
| Vereinigtes Königreich | 14.600 | 14.600 | 100,0% |
| Polen | 6.020 | 6.015 | 99,9% |
| Rumänien | 5.830 | 5.830 | 100,0% |
| Irak | 4.645 | 4.050 | 87,2% |
| Italien | 4.475 | 4.460 | 99,7% |
| Ukraine | 4.260 | 340 | 8,0% |
| Syrien | 3.860 | 3.855 | 99,9% |
| Iran | 3.805 | 3.805 | 100,0% |
| Kosovo | 3.795 | 290 | 7,6% |
| Griechenland | 3.130 | 3.130 | 100,0% |
| Serbien | 3.115 | 980 | 31,5% |
| Afghanistan | 2.675 | 2.675 | 100,0% |
| Marokko | 2.390 | 2.385 | 99,8% |
| Kroatien | 2.270 | 2.265 | 99,8% |
| Vietnam | 2.270 | 110 | 4,8% |
| Indien | 2.130 | 60 | 2,8% |
| Russische Föderation | 2.125 | 330 | 15,5% |
| Bulgarien | 1.990 | 1.990 | 100,0% |
| Pakistan | 1.790 | 490 | 27,4% |
| Bosnien und Herzegowina | 1.695 | 100 | 5,9% |
| Brasilien | 1.375 | 1.375 | 100,0% |
| Ungarn | 1.315 | 1.315 | 100,0% |
| Thailand | 1.290 | 1.290 | 100,0% |
| Libanon | 1.285 | 1.280 | 99,6% |
| Vereinigte Staaten | 1.205 | 1.070 | 88,8% |
| Tunesien | 1.180 | 1.180 | 100,0% |

-) keine Angabe

Quelle: Statistisches Bundesamt

Im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht gilt der Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit. Allerdings gilt dieser Grundsatz nicht uneingeschränkt, sondern lässt bei der Einbürgerung sachlich begründete Ausnahmen zu.²⁴⁶ Im Jahr 2019 erfolgten 61,9 % aller Einbürgerungen unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit (2018: 59,3 %) (vgl. Tabelle 8-4). Die hohe Mehrstaaterquote basiert zu einem beachtlichen Teil auf der Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei Einbürgerungen von Staatsangehörigen aus EU-Mitgliedstaaten und der Schweiz. 2019 kamen 57,2 % der mit fortbestehender bisheriger Staatsangehörigkeit Eingebürgerten aus einem EU-Mitgliedstaat oder der Schweiz, 2018 waren es 54,1 %.

Staatsangehörige von EU-Mitgliedstaaten und der Schweiz müssen gemäß § 12 Abs. 2 StAG bei der Einbürgerung ihre bisherige Staatsangehörigkeit nicht aufgeben. Diese Ausnahme vom Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit hat der Gesetzgeber mit Blick auf die weitgehende Inländergleichbehandlung der Unionsbürger, das Ziel der europäischen Integration und auch vor dem Hintergrund einer gemeinsamen Unionsbürgerschaft eingeführt. Die Zunahme der Mehrstaaterquote bei Einbürgerungen im Jahr 2019 ist vor allem auf den erheblichen Zuwachs von Einbürgerungen britischer Staatsangehöriger zurückzuführen. Unter den Herkunftsstaaten mit den meisten Einbürgerungen unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit befinden sich mit dem Vereinigten Königreich (14.600), Polen (6.015), Rumänien (5.830) und Italien (4.460) ausschließlich EU-Staaten.

Von der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit bei der Einbürgerung wird auch abgesehen, wenn Personen ihre bisherige Staatsangehörigkeit nicht oder nur unter besonders schwierigen Bedingungen aufgeben können (§ 12 Abs. 1 StAG). Dies ist beispielsweise der Fall, wenn das Recht des Herkunftsstaates die Aufgabe der Staatsangehörigkeit nicht vorsieht bzw. die Entlassung regelmäßig verweigert. So ermöglichen Afghanistan, Algerien, Angola, Eritrea, Iran, Kuba, Libanon, Marokko, Nigeria, Syrien, Thailand und Tunesien in der Regel faktisch kein Ausscheiden aus ihrer Staatsangehörigkeit. Daher besteht bei mehr als 99 % der Eingebürgerten aus diesen Ländern die bisherige Staatsangehörigkeit fort. Die hierdurch bedingte Hinnahme von Mehrstaatigkeit ist also im ausländischen Recht bzw. in der dortigen Rechtspraxis begründet.

²⁴⁶ Vgl. Worbs 2017.

Anhang: Abbildungen und Tabellen

Tabelle 1-1: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands seit 1991

| Jahr | Zuzüge | | | Fortzüge | | | Wanderungssaldo | |
|-------------------|------------------|-------------------------------|-------------|------------------|-------------------------------|-------------|-------------------|-------------------------------|
| | Insgesamt | Ausländische Staatsangehörige | Anteil in % | Insgesamt | Ausländische Staatsangehörige | Anteil in % | Insgesamt | Ausländische Staatsangehörige |
| 1991 | 1.198.978 | 925.345 | 77,2% | 596.455 | 497.540 | 83,4% | +602.523 | +427.805 |
| 1992 | 1.502.198 | 1.211.348 | 80,6% | 720.127 | 614.956 | 85,4% | +782.071 | +596.392 |
| 1993 | 1.277.408 | 989.847 | 77,5% | 815.312 | 710.659 | 87,2% | +462.096 | +279.188 |
| 1994 | 1.082.553 | 777.516 | 71,8% | 767.555 | 629.275 | 82,0% | +314.998 | +148.241 |
| 1995 | 1.096.048 | 792.701 | 72,3% | 698.113 | 567.441 | 81,3% | +397.935 | +225.260 |
| 1996 | 959.691 | 707.954 | 73,8% | 677.494 | 559.064 | 82,5% | +282.197 | +148.890 |
| 1997 | 840.633 | 615.298 | 73,2% | 746.969 | 637.066 | 85,3% | +93.664 | -21.768 |
| 1998 | 802.456 | 605.500 | 75,5% | 755.358 | 638.955 | 84,6% | +47.098 | -33.455 |
| 1999 | 874.023 | 673.873 | 77,1% | 672.048 | 555.638 | 82,7% | +201.975 | +118.235 |
| 2000 | 841.158 | 649.249 | 77,2% | 674.038 | 562.794 | 83,5% | +167.120 | +86.455 |
| 2001 | 879.217 | 685.259 | 77,9% | 606.494 | 496.987 | 81,9% | +272.723 | +188.272 |
| 2002 | 842.543 | 658.341 | 78,1% | 623.255 | 505.572 | 81,1% | +219.288 | +152.769 |
| 2003 | 768.975 | 601.759 | 78,3% | 626.330 | 499.063 | 79,7% | +142.645 | +102.696 |
| 2004 ¹ | 780.175 | 602.182 | 77,2% | 697.632 | 546.965 | 78,4% | +82.543 | +55.217 |
| 2005 | 707.352 | 579.301 | 81,9% | 628.399 | 483.584 | 77,0% | +78.953 | +95.717 |
| 2006 | 661.855 | 558.467 | 84,4% | 639.064 | 483.774 | 75,7% | +22.791 | +74.693 |
| 2007 | 680.766 | 574.752 | 84,4% | 636.854 | 475.749 | 74,7% | +43.912 | +99.003 |
| 2008 ² | 682.146 | 573.815 | 84,1% | 737.889 | 563.130 | 76,3% | -55.743 | +10.685 |
| 2009 ² | 721.014 | 606.314 | 84,1% | 733.796 | 578.808 | 78,9% | -12.782 | +27.506 |
| 2010 ² | 798.282 | 683.530 | 85,6% | 670.605 | 529.605 | 79,0% | +127.677 | +153.925 |
| 2011 | 958.299 | 841.695 | 87,8% | 678.969 | 538.837 | 79,4% | +279.330 | +302.858 |
| 2012 | 1.080.936 | 965.908 | 89,4% | 711.991 | 578.759 | 81,3% | +368.945 | +387.149 |
| 2013 | 1.226.493 | 1.108.068 | 90,3% | 797.886 | 657.604 | 82,4% | +428.607 | +450.464 |
| 2014 | 1.464.724 | 1.342.529 | 91,7% | 914.241 | 765.605 | 83,7% | +550.483 | +576.924 |
| 2015 ³ | 2.136.954 | 2.016.241 | 94,4% | 997.552 | 859.279 | 86,1% | +1.139.402 | +1.156.962 |
| 2016 ⁴ | 1.865.122 | 1.719.075 | 92,2% | 1.365.178 | 1.083.767 | 79,4% | +499.944 | +635.308 |
| 2017 | 1.550.721 | 1.384.018 | 89,2% | 1.134.641 | 885.460 | 78,0% | +416.080 | +498.558 |
| 2018 | 1.585.112 | 1.383.581 | 87,3% | 1.185.432 | 923.581 | 77,9% | +399.680 | +460.000 |
| 2019 ⁵ | 1.558.612 | 1.345.943 | 86,4% | 1.231.552 | 961.258 | 78,1% | +327.060 | +384.685 |

1) Zahlen für 2004 überhöht, da Hessen zu hohe Wanderungszahlen von Deutschen gemeldet hat.

2) Die den Wanderungsdaten zugrundeliegenden Meldungen der Meldebehörden enthalten zahlreiche Melderegisterbereinigungen, die infolge der Einführung der persönlichen Steuer- Identifikationsnummer durchgeführt worden sind. Die Ergebnisse sind mit dem jeweiligen Vorjahr eingeschränkt vergleichbar.

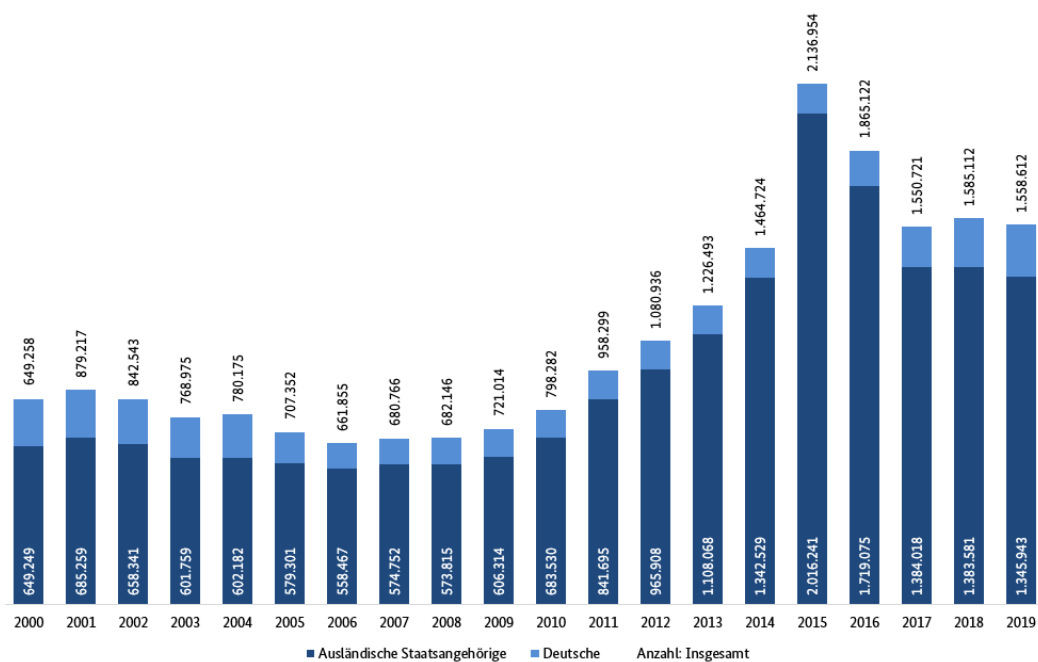
3) 2015 ist von einer Untererfassung nach Deutschland gekommenen Schutzsuchenden auszugehen. Schutzsuchende sind meldepflichtig und grundsätzlich in den Wanderungszahlen enthalten. 2015 dürfte es jedoch eine Untererfassung dieser Personengruppe gegeben haben, die nicht quantifiziert werden kann.

4) Die Ergebnisse ab dem Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Die Genauigkeit der Ergebnisse des Berichtsjahres 2016 ist u. a. aufgrund von Unstimmigkeiten in Zusammenhang mit der melderechtlichen Behandlung von Schutzsuchenden eingeschränkt. Ausführliche Informationen dazu befinden sich auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes zu Wanderungen.

5) Die Wanderungszahlen 2019 enthalten Abmeldungen von Amts wegen von EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Zahl der Fortzüge nur eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

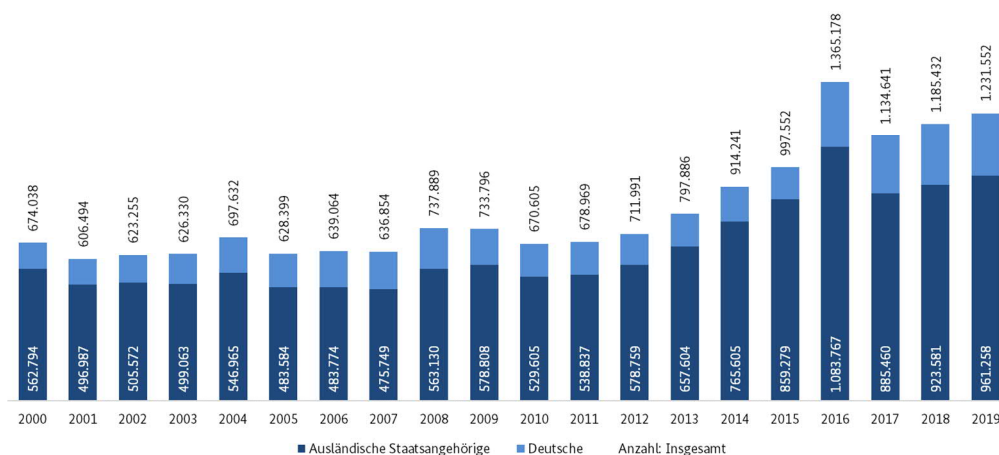
Abbildung 1-19: Zuzüge von deutschen und ausländischen Staatsangehörigen seit 2000¹



1) Die Ergebnisse ab Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Ausführliche Informationen dazu befinden sich auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes zu Wanderungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Abbildung 1-20: Fortzüge von deutschen und ausländischen Staatsangehörigen seit 2000^{1,2}



1) Die Ergebnisse ab Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Ausführliche Informationen dazu befinden sich auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes zu Wanderungen.

2) Die Wanderungszahlen 2019 enthalten Abmeldungen von Amts wegen von EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Zahl der Fortzüge nur eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Tabelle 1-2: Wanderungen zwischen Deutschland¹ und dem Ausland von 1950 bis 2019

| Jahr | Zuzüge | | | Fortzüge | | | Saldo | | |
|------|-----------|--------------------------------|----------------------------|-----------|--------------------------------|----------------------------|-----------|--------------------------------|----------------------------|
| | Insgesamt | Ausländische Staats-angehörige | Deutsche Staats-angehörige | Insgesamt | Ausländische Staats-angehörige | Deutsche Staats-angehörige | Insgesamt | Ausländische Staats-angehörige | Deutsche Staats-angehörige |
| 1950 | 96.140 | - | - | 78.148 | - | - | +17.992 | - | - |
| 1955 | 127.921 | 60.368 | 67.553 | 136.977 | 35.548 | 101.429 | -9.056 | +24.820 | -33.876 |
| 1960 | 395.016 | 317.685 | 77.331 | 218.574 | 124.441 | 94.133 | +176.442 | +193.244 | -16.802 |
| 1965 | 791.737 | 716.157 | 75.580 | 489.503 | 412.704 | 76.799 | +302.234 | +303.453 | -1.219 |
| 1970 | 1.042.760 | 976.232 | 66.528 | 495.675 | 434.652 | 61.023 | +547.085 | +541.580 | +5.505 |
| 1971 | 936.349 | 870.737 | 65.612 | 554.280 | 500.258 | 54.022 | +382.069 | +370.479 | +11.590 |
| 1972 | 852.549 | 787.162 | 65.387 | 568.610 | 514.446 | 54.164 | +283.939 | +272.716 | +11.223 |
| 1973 | 932.583 | 869.109 | 63.474 | 580.019 | 526.811 | 53.208 | +352.564 | +342.298 | +10.266 |
| 1974 | 601.013 | 538.574 | 62.439 | 635.613 | 580.445 | 55.168 | -34.600 | -41.871 | +7.271 |
| 1975 | 429.064 | 366.095 | 62.969 | 652.966 | 600.105 | 52.861 | -223.902 | -234.010 | +10.108 |
| 1976 | 476.286 | 387.303 | 88.983 | 569.133 | 515.438 | 53.695 | -92.847 | -128.135 | +35.288 |
| 1977 | 522.611 | 422.845 | 99.766 | 505.696 | 452.093 | 53.603 | +16.915 | -29.248 | +46.163 |
| 1978 | 559.620 | 456.117 | 103.503 | 458.769 | 405.753 | 53.016 | +100.851 | +50.364 | +50.487 |
| 1979 | 649.832 | 545.187 | 104.645 | 419.091 | 366.008 | 53.083 | +230.741 | +179.179 | +51.562 |
| 1980 | 736.362 | 631.434 | 104.928 | 439.571 | 385.843 | 53.728 | +296.791 | +245.591 | +51.200 |
| 1981 | 605.629 | 501.138 | 104.491 | 470.525 | 415.524 | 55.001 | +135.104 | +85.614 | +49.490 |
| 1982 | 404.019 | 321.682 | 82.337 | 493.495 | 433.268 | 60.227 | -89.476 | -111.586 | +22.110 |
| 1983 | 354.496 | 273.252 | 81.244 | 487.268 | 424.913 | 62.355 | -132.772 | -151.661 | +18.889 |
| 1984 | 410.387 | 331.140 | 79.247 | 604.832 | 545.068 | 59.764 | -194.445 | -213.928 | +19.483 |
| 1985 | 480.872 | 398.219 | 82.653 | 425.313 | 366.706 | 58.607 | +55.559 | +31.513 | +24.046 |
| 1986 | 567.215 | 478.348 | 88.867 | 407.139 | 347.789 | 59.350 | +160.076 | +130.559 | +29.517 |
| 1987 | 591.765 | 472.336 | 119.429 | 398.518 | 333.984 | 64.534 | +193.247 | +138.352 | +54.895 |
| 1988 | 860.578 | 647.534 | 213.044 | 419.439 | 358.941 | 60.498 | +441.139 | +288.593 | +152.546 |
| 1989 | 1.133.794 | 766.945 | 366.849 | 539.832 | 438.082 | 101.750 | +593.962 | +328.863 | +265.099 |
| 1990 | 1.256.250 | 835.702 | 420.548 | 574.378 | 465.470 | 108.908 | +681.872 | +370.232 | +311.640 |
| 1991 | 1.198.978 | 925.345 | 273.633 | 596.455 | 497.540 | 98.915 | +602.523 | +427.805 | +174.718 |
| 1992 | 1.502.198 | 1.211.348 | 290.850 | 720.127 | 614.956 | 105.171 | +782.071 | +596.392 | +185.679 |
| 1993 | 1.277.408 | 989.847 | 287.561 | 815.312 | 710.659 | 104.653 | +462.096 | +279.188 | +182.908 |
| 1994 | 1.082.553 | 777.516 | 305.037 | 767.555 | 629.275 | 138.280 | +314.998 | +148.241 | +166.757 |
| 1995 | 1.096.048 | 792.701 | 303.347 | 698.113 | 567.441 | 130.672 | +397.935 | +225.260 | +172.675 |
| 1996 | 959.691 | 707.954 | 251.737 | 677.494 | 559.064 | 118.430 | +282.197 | +148.890 | +133.307 |
| 1997 | 840.633 | 615.298 | 225.335 | 746.969 | 637.066 | 109.903 | +93.664 | -21.768 | +115.432 |
| 1998 | 802.456 | 605.500 | 196.956 | 755.358 | 638.955 | 116.403 | +47.098 | -33.455 | +80.553 |
| 1999 | 874.023 | 673.873 | 200.150 | 672.048 | 555.638 | 116.410 | +201.975 | +118.235 | +83.740 |
| 2000 | 841.158 | 649.249 | 191.909 | 674.038 | 562.794 | 111.244 | +167.120 | +86.455 | +80.665 |
| 2001 | 879.217 | 685.259 | 193.958 | 606.494 | 496.987 | 109.507 | +272.723 | +188.272 | +84.451 |
| 2002 | 842.543 | 658.341 | 184.202 | 623.255 | 505.572 | 117.683 | +219.288 | +152.769 | +66.519 |
| 2003 | 768.975 | 601.759 | 167.216 | 626.330 | 499.063 | 127.267 | +142.645 | +102.696 | +39.949 |

Fortsetzung Tabelle 1-2: Wanderungen zwischen Deutschland¹ und dem Ausland von 1950 bis 2019

| Jahr | Zuzüge | | | Fortzüge | | | Saldo | | |
|---------------------|-----------|-------------------------------|----------|-----------|-------------------------------|----------|------------|-------------------------------|----------|
| | Insgesamt | Ausländische Staatsangehörige | Deutsche | Insgesamt | Ausländische Staatsangehörige | Deutsche | Insgesamt | Ausländische Staatsangehörige | Deutsche |
| 2004 ² | 780.175 | 602.182 | 177.993 | 697.632 | 546.965 | 150.667 | +82.543 | +55.217 | +27.326 |
| 2005 | 707.352 | 579.301 | 128.051 | 628.399 | 483.584 | 144.815 | +78.953 | +95.717 | -16.764 |
| 2006 | 661.855 | 558.467 | 103.388 | 639.064 | 483.774 | 155.290 | +22.791 | +74.693 | -51.902 |
| 2007 | 680.766 | 574.752 | 106.014 | 636.854 | 475.749 | 161.105 | +43.912 | +99.003 | -55.091 |
| 2008 | 682.146 | 573.815 | 108.331 | 737.889 | 563.130 | 174.759 | -55.743 | +10.685 | -66.428 |
| 2009 | 721.014 | 606.314 | 114.700 | 733.796 | 578.808 | 154.988 | -12.782 | +27.506 | -40.288 |
| 2010 | 798.282 | 683.530 | 114.752 | 670.605 | 529.605 | 141.000 | +127.677 | +153.925 | -26.248 |
| 2011 | 958.299 | 841.695 | 116.604 | 678.969 | 538.837 | 140.132 | +279.330 | +302.858 | -23.528 |
| 2012 | 1.080.936 | 965.908 | 115.028 | 711.991 | 578.759 | 133.232 | +368.945 | +387.149 | -18.204 |
| 2013 | 1.226.493 | 1.108.068 | 118.425 | 797.886 | 657.604 | 140.282 | +428.607 | +450.464 | -21.857 |
| 2014 | 1.464.724 | 1.342.529 | 122.195 | 914.241 | 765.605 | 148.636 | +550.483 | +576.924 | -26.441 |
| 2015 | 2.136.954 | 2.016.241 | 120.713 | 997.552 | 859.279 | 138.273 | +1.139.402 | +1.156.962 | -17.560 |
| 2016 ^{3,4} | 1.865.122 | 1.719.075 | 146.047 | 1.365.178 | 1.083.767 | 281.411 | +499.944 | +635.308 | -135.364 |
| 2017 | 1.550.721 | 1.384.018 | 166.703 | 1.134.641 | 885.460 | 249.181 | +416.080 | +498.558 | -82.478 |
| 2018 | 1.585.112 | 1.383.581 | 201.531 | 1.185.432 | 923.581 | 261.851 | +399.680 | +460.000 | -60.320 |
| 2019 ⁵ | 1.558.612 | 1.345.943 | 212.669 | 1.231.552 | 961.258 | 270.294 | 327.060 | +384.685 | -57.625 |

1) Bis 1990 Bundesrepublik Deutschland (früheres Bundesgebiet), ab 1991 Gesamtdeutschland.

2) Überhöhte Wanderungszahlen deutscher Personen aufgrund von statistischen Korrekturen im Land Hessen.

3) Die Ergebnisse des Berichtsjahres 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Die Genauigkeit der Ergebnisse ist aufgrund von Unstimmigkeiten in Zusammenhang mit der melderechtlichen Behandlung von Schutzsuchenden eingeschränkt.

4) Die Ergebnisse ab Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Ausführliche Informationen dazu befinden sich auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes zu Wanderungen.

5) Die Wanderungszahlen 2019 enthalten Abmeldungen von Amts wegen von EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Zahl der Fortzüge nur eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Tabelle 1-3: Zuzüge über die Grenzen Deutschlands nach Herkunftsländern von 2000 bis 2019

| Herkunftsland | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 ^{3,4} | 2017 | 2018 | 2019 |
|-------------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|------------------|------------------|---------------------|------------------|------------------|------------------|
| Europa¹ | 566.406 | 583.567 | 567.014 | 520.256 | 530.008 | 510.390 | 479.783 | 501.413 | 494.968 | 515.925 | 585.112 | 726.389 | 838.002 | 941.379 | 1.081.155 | 1.221.291 | 1.050.291 | 1.038.440 | 1.060.537 | 1.035.651 |
| <i>darunter: Deutsche</i> | <i>106.595</i> | <i>109.985</i> | <i>108.285</i> | <i>98.175</i> | <i>90.113</i> | <i>77.767</i> | <i>63.397</i> | <i>68.287</i> | <i>70.843</i> | <i>74.417</i> | <i>74.002</i> | <i>73.075</i> | <i>72.590</i> | <i>74.217</i> | <i>73.423</i> | <i>71.435</i> | <i>66.825</i> | <i>66.102</i> | <i>65.833</i> | 65.452 |
| EU-Staaten² | 165.203 | 157.709 | 131.004 | 133.167 | 316.596 | 334.900 | 337.940 | 366.981 | 392.642 | 409.218 | 459.248 | 595.490 | 690.937 | 779.998 | 879.496 | 911.720 | 851.338 | 827.559 | 839.440 | 795.953 |
| Albanien | 1.323 | 1.446 | 1.498 | 1.515 | 1.268 | 1.121 | 973 | 930 | 900 | 791 | 701 | 1.013 | 1.426 | 2.893 | 13.094 | 68.932 | 10.524 | 10.749 | 13.111 | 14.849 |
| Belarus | 3.466 | 4.272 | 4.369 | 4.387 | 3.696 | 2.644 | 1.715 | 1.584 | 1.519 | 1.365 | 1.373 | 1.448 | 1.653 | 1.800 | 1.954 | 2.310 | 2.313 | 2.312 | 2.350 | 2.534 |
| Belgien | 4.583 | 4.703 | 4.439 | 4.291 | 4.349 | 4.267 | 4.115 | 4.198 | 4.428 | 4.504 | 4.934 | 5.219 | 5.568 | 5.825 | 6.099 | 5.915 | 5.937 | 5.803 | 5.582 | 5.745 |
| Bosnien und Herzegowina | 10.498 | 12.941 | 10.566 | 8.435 | 8.145 | 7.073 | 6.669 | 6.501 | 6.230 | 6.202 | 6.910 | 9.123 | 11.113 | 14.074 | 20.605 | 22.968 | 24.010 | 26.112 | 25.020 | 26.842 |
| Bulgarien | 10.461 | 13.472 | 13.230 | 13.409 | 11.584 | 9.022 | 7.655 | 20.702 | 23.834 | 28.890 | 39.387 | 51.612 | 58.862 | 59.323 | 77.790 | 83.579 | 79.927 | 78.347 | 81.793 | 83.218 |
| Dänemark | 3.235 | 3.236 | 2.889 | 2.693 | 2.678 | 2.669 | 2.563 | 2.631 | 3.031 | 3.157 | 3.265 | 3.440 | 3.443 | 3.749 | 3.517 | 3.299 | 3.419 | 3.435 | 3.562 | 3.584 |
| Estland | 1.071 | 1.032 | 991 | 947 | 859 | 773 | 621 | 726 | 647 | 908 | 1.209 | 1.515 | 1.369 | 1.430 | 1.176 | 1.071 | 939 | 881 | 924 | 920 |
| Finnland | 3.014 | 2.733 | 2.203 | 2.204 | 2.229 | 2.169 | 1.984 | 2.250 | 2.046 | 2.160 | 2.185 | 2.430 | 2.590 | 2.623 | 2.605 | 2.677 | 2.621 | 2.644 | 2.301 | 2.119 |
| Frankreich | 21.486 | 19.862 | 18.619 | 18.133 | 18.369 | 18.603 | 19.095 | 19.627 | 19.772 | 20.065 | 20.266 | 20.911 | 21.306 | 22.644 | 23.307 | 22.314 | 22.428 | 21.595 | 21.302 | 21.225 |
| Griechenland | 18.358 | 17.529 | 15.913 | 12.959 | 10.883 | 9.692 | 8.957 | 8.908 | 9.162 | 9.709 | 13.717 | 25.264 | 35.811 | 34.728 | 31.687 | 32.494 | 31.598 | 30.586 | 30.498 | 27.955 |
| Irland | 2.725 | 2.705 | 2.230 | 1.046 | 1.655 | 1.551 | 1.724 | 1.862 | 2.169 | 2.366 | 2.319 | 2.794 | 2.954 | 2.776 | 2.919 | 2.914 | 3.047 | 3.046 | 3.247 | 3.346 |
| Italien | 35.385 | 31.578 | 26.882 | 23.702 | 21.422 | 20.268 | 20.130 | 20.771 | 22.449 | 24.926 | 27.188 | 32.870 | 45.094 | 60.651 | 73.361 | 74.105 | 65.473 | 63.495 | 64.852 | 62.708 |
| Kosovo | - | - | - | - | - | - | - | - | 2.792 | 6.263 | 6.822 | 6.694 | 7.590 | 9.948 | 20.012 | 41.492 | 12.506 | 15.885 | 16.522 | 19.442 |
| Kroatien | 14.365 | 14.108 | 12.990 | 11.497 | 10.352 | 9.208 | 8.543 | 8.684 | 8.685 | 9.193 | 10.269 | 11.487 | 12.944 | 25.200 | 44.240 | 57.412 | 57.476 | 53.050 | 51.450 | 42.556 |
| Lettland | 2.199 | 2.322 | 2.195 | 1.966 | 2.419 | 2.502 | 2.092 | 1.757 | 2.062 | 4.930 | 7.689 | 10.177 | 9.332 | 8.417 | 7.445 | 6.623 | 6.602 | 7.345 | 7.317 | 7.132 |
| Litauen | 3.384 | 3.764 | 4.135 | 3.457 | 4.964 | 5.468 | 4.927 | 4.024 | 3.454 | 4.577 | 6.143 | 9.975 | 10.075 | 9.172 | 8.464 | 9.720 | 9.504 | 10.087 | 11.854 | 11.065 |
| Luxemburg | 1.439 | 1.522 | 1.739 | 1.728 | 1.987 | 2.405 | 2.611 | 3.224 | 3.458 | 3.052 | 2.897 | 3.039 | 3.146 | 3.371 | 3.651 | 4.022 | 4.073 | 3.804 | 3.894 | 4.006 |
| Nordmazedonien | 3.441 | 5.478 | 3.950 | 3.682 | 3.260 | 2.620 | 2.509 | 2.343 | 2.313 | 2.360 | 7.561 | 5.578 | 10.850 | 13.552 | 14.727 | 24.694 | 13.769 | 17.674 | 18.203 | 20.460 |
| Montenegro | - | - | - | - | - | - | - | 637 | 358 | 439 | 681 | 680 | 1.019 | 1.015 | 2.318 | 5.207 | 1.903 | 2.149 | 2.351 | 2.559 |
| Niederlande | 11.007 | 12.495 | 13.976 | 13.015 | 13.026 | 13.905 | 14.054 | 14.107 | 14.393 | 12.766 | 12.460 | 12.810 | 13.082 | 13.952 | 14.300 | 14.340 | 13.971 | 13.419 | 13.293 | 13.345 |

Fortsetzung Tabelle 1-3: Zuzüge über die Grenzen Deutschlands nach Herkunftsländern von 2000 bis 2019

| Herkunftsland | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 ^{3,4} | 2017 | 2018 | 2019 |
|---------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|---------------------|--------------|--------------|--------------|
| Norwegen | 1.352 | 1.388 | 1.534 | 1.439 | 1.375 | 1.325 | 1.190 | 1.405 | 1.529 | 1.584 | 1.727 | 1.788 | 1.848 | 2.071 | 1.973 | 2.118 | 2.159 | 2.137 | 2.134 | 2.032 |
| Österreich | 15.964 | 15.820 | 14.401 | 13.456 | 13.466 | 13.758 | 14.719 | 15.743 | 16.828 | 17.538 | 17.859 | 18.590 | 18.508 | 18.629 | 19.293 | 20.312 | 20.804 | 19.382 | 19.317 | 19.007 |
| Polen | 94.105 | 100.522 | 100.968 | 104.924 | 139.283 | 159.157 | 163.643 | 153.589 | 131.308 | 122.797 | 125.861 | 172.676 | 184.325 | 197.009 | 197.908 | 195.666 | 163.753 | 152.522 | 146.209 | 130.689 |
| <i>darunter: Deutsche</i> | <i>19.961</i> | <i>20.872</i> | <i>19.502</i> | <i>16.904</i> | <i>14.654</i> | <i>12.214</i> | <i>11.900</i> | <i>13.622</i> | <i>12.131</i> | <i>11.846</i> | <i>11.135</i> | <i>9.262</i> | <i>7.958</i> | <i>7.900</i> | <i>6.982</i> | <i>5.898</i> | <i>4.305</i> | <i>3.940</i> | <i>3.428</i> | <i>2.946</i> |
| Portugal | 12.086 | 10.293 | 8.806 | 7.699 | 6.225 | 5.608 | 5.640 | 6.128 | 6.500 | 7.351 | 7.257 | 9.038 | 12.609 | 14.494 | 11.961 | 10.654 | 9.899 | 9.124 | 8.806 | 8.651 |
| Rumänien | 25.270 | 21.145 | 24.560 | 24.056 | 23.825 | 23.387 | 23.844 | 43.456 | 47.642 | 56.427 | 74.585 | 95.479 | 116.964 | 135.416 | 191.861 | 213.037 | 212.863 | 219.989 | 238.824 | 230.096 |
| <i>darunter: Deutsche</i> | <i>1.079</i> | <i>817</i> | <i>757</i> | <i>600</i> | <i>586</i> | <i>514</i> | <i>497</i> | <i>557</i> | <i>628</i> | <i>686</i> | <i>733</i> | <i>773</i> | <i>810</i> | <i>922</i> | <i>930</i> | <i>855</i> | <i>704</i> | <i>670</i> | <i>744</i> | <i>675</i> |
| Russische Föderation | 72.152 | 78.979 | 77.403 | 67.289 | 58.594 | 42.980 | 23.241 | 20.487 | 18.611 | 18.615 | 18.671 | 19.696 | 20.714 | 33.233 | 23.352 | 25.082 | 24.983 | 19.324 | 20.107 | 21.259 |
| <i>darunter: Deutsche</i> | <i>40.081</i> | <i>42.429</i> | <i>41.587</i> | <i>36.280</i> | <i>30.937</i> | <i>20.588</i> | <i>6.816</i> | <i>5.527</i> | <i>4.295</i> | <i>3.735</i> | <i>3.357</i> | <i>3.114</i> | <i>2.974</i> | <i>3.217</i> | <i>4.219</i> | <i>4.583</i> | <i>4.466</i> | <i>4.447</i> | <i>4.935</i> | <i>4.903</i> |
| Schweden | 3.907 | 3.706 | 3.481 | 3.397 | 3.484 | 3.287 | 3.181 | 3.256 | 3.124 | 3.512 | 3.600 | 3.829 | 4.090 | 4.234 | 4.335 | 4.337 | 4.063 | 4.095 | 4.354 | 4.345 |
| Schweiz | 8.010 | 8.284 | 8.533 | 8.547 | 9.123 | 9.405 | 10.371 | 11.285 | 12.913 | 14.157 | 14.945 | 16.172 | 16.881 | 17.923 | 18.437 | 18.466 | 17.677 | 17.514 | 17.199 | 16.743 |
| Slowakei | 10.879 | 11.556 | 11.600 | 10.684 | 11.720 | 11.851 | 11.447 | 9.583 | 8.828 | 8.558 | 8.613 | 12.040 | 13.745 | 14.923 | 15.435 | 14.376 | 12.263 | 12.003 | 11.555 | 11.840 |
| Slowenien | 1.950 | 2.684 | 2.379 | 2.053 | 2.411 | 1.513 | 1.157 | 1.276 | 1.298 | 1.531 | 1.886 | 3.305 | 5.298 | 6.551 | 6.864 | 7.003 | 5.544 | 4.634 | 4.212 | 4.026 |
| Spanien | 14.884 | 15.349 | 15.426 | 14.647 | 14.406 | 14.004 | 14.219 | 15.515 | 17.388 | 19.959 | 21.543 | 28.140 | 37.683 | 44.119 | 41.091 | 35.717 | 31.861 | 27.493 | 28.029 | 28.227 |
| Tschechien | 12.252 | 12.206 | 11.150 | 9.258 | 9.711 | 9.267 | 8.468 | 7.455 | 7.272 | 7.225 | 7.190 | 9.728 | 10.701 | 11.653 | 12.957 | 13.274 | 11.845 | 11.778 | 11.580 | 11.349 |
| Türkei | 50.499 | 56.101 | 58.648 | 49.699 | 42.222 | 36.341 | 31.449 | 28.926 | 28.742 | 29.544 | 30.171 | 31.021 | 28.641 | 26.390 | 27.805 | 32.684 | 41.296 | 47.750 | 47.449 | 51.610 |
| Ukraine | 21.193 | 23.877 | 24.047 | 20.318 | 17.173 | 11.780 | 7.705 | 7.777 | 6.812 | 6.806 | 6.695 | 7.213 | 7.774 | 7.972 | 13.527 | 16.073 | 13.259 | 12.910 | 13.945 | 15.496 |
| Ungarn | 16.872 | 18.187 | 17.211 | 14.965 | 17.990 | 19.181 | 19.274 | 22.880 | 25.872 | 26.032 | 30.015 | 41.982 | 54.827 | 58.993 | 57.280 | 56.373 | 49.824 | 46.141 | 41.925 | 34.965 |
| Vereinigtes Königreich | 17.130 | 16.178 | 14.703 | 13.197 | 12.719 | 12.611 | 12.903 | 13.443 | 15.244 | 15.750 | 16.565 | 17.735 | 18.593 | 18.724 | 18.576 | 19.159 | 20.271 | 21.460 | 21.627 | 22.526 |

Fortsetzung Tabelle 1-3: Zuzüge über die Grenzen Deutschlands nach Herkunftsländern von 2000 bis 2019

| Herkunftsland | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 ^{3,4} | 2017 | 2018 | 2019 |
|---------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|---------------|---------------|---------------|---------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|---------------------|----------------|----------------|----------------|
| Afrika | 35.029 | 38.936 | 39.156 | 35.951 | 32.310 | 27.355 | 25.585 | 25.056 | 25.213 | 27.421 | 30.664 | 31.220 | 34.498 | 53.393 | 75.313 | 115.905 | 92.161 | 66.287 | 66 258 | 66.149 |
| Ägypten | 2.108 | 2.308 | 2.211 | 1.890 | 1.793 | 1.813 | 2.091 | 2.502 | 2.303 | 2.498 | 2.647 | 2.998 | 3.514 | 6.218 | 5.389 | 7.144 | 7.418 | 6.251 | 6.535 | 8.094 |
| Algerien | 2.670 | 3.121 | 2.990 | 2.440 | 2.084 | 1.556 | 1.348 | 1.392 | 1.448 | 1.602 | 1.530 | 1.574 | 1.598 | 2.307 | 3.799 | 10.497 | 4.856 | 3.047 | 2.871 | 2.936 |
| Kamerun | 1.901 | 2.296 | 2.874 | 2.598 | 2.412 | 2.082 | 1.657 | 1.652 | 1.314 | 1.669 | 1.707 | 1.892 | 1.867 | 2.261 | 2.652 | 3.018 | 2.660 | 2.032 | 3.368 | 3.743 |
| Kenia | 1.191 | 1.197 | 1.227 | 1.231 | 1.212 | 1.354 | 1.480 | 1.488 | 1.487 | 1.677 | 1.759 | 1.325 | 1.348 | 1.192 | 1.175 | 1.202 | 1.245 | 1.217 | 1.254 | 1.515 |
| Libyen | 497 | 737 | 637 | 571 | 599 | 507 | 662 | 588 | 720 | 731 | 1.000 | 1.121 | 1.929 | 4.459 | 4.568 | 2.693 | 2.456 | 2.611 | 2.539 | 2.765 |
| Marokko | 5.545 | 6.095 | 6.407 | 6.021 | 4.547 | 4.146 | 3.797 | 3.418 | 3.373 | 3.793 | 3.468 | 3.880 | 4.046 | 5.068 | 5.671 | 10.057 | 8.228 | 6.089 | 6.804 | 7.069 |
| Nigeria | 1.607 | 1.695 | 2.078 | 2.241 | 2.324 | 1.805 | 1.844 | 1.799 | 1.725 | 1.934 | 2.093 | 2.083 | 2.007 | 3.202 | 5.383 | 11.039 | 8.297 | 7.001 | 8.832 | 7.786 |
| Somalia | 562 | 464 | 370 | 416 | 353 | 225 | 149 | 143 | 228 | 386 | 2.418 | 1.145 | 1.321 | 4.054 | 6.303 | 10.120 | 7.025 | 3.716 | 2.737 | 1.935 |
| Südafrika | 2.605 | 2.541 | 2.345 | 1.975 | 1.886 | 1.806 | 1.757 | 1.792 | 2.070 | 1.809 | 1.995 | 2.073 | 1.894 | 2.034 | 2.102 | 2.244 | 2.364 | 2.430 | 2.735 | 2.914 |
| Tunesien | 2.663 | 2.817 | 2.685 | 2.579 | 2.767 | 2.476 | 2.521 | 2.179 | 2.059 | 2.037 | 2.154 | 2.868 | 3.391 | 4.034 | 4.998 | 5.376 | 5.585 | 5.104 | 5.195 | 5.233 |
| Amerika | 54.839 | 55.875 | 54.663 | 51.546 | 49.825 | 49.574 | 49.955 | 53.041 | 56.106 | 57.592 | 58.191 | 62.761 | 61.725 | 63.905 | 67.799 | 69.171 | 70.300 | 74.129 | 76.521 | 77.562 |
| Brasilien | 6.122 | 6.472 | 6.072 | 6.167 | 6.440 | 7.128 | 7.168 | 7.669 | 7.782 | 7.906 | 7.862 | 8.512 | 8.747 | 9.383 | 10.872 | 10.513 | 11.226 | 12.198 | 13.254 | 13.566 |
| Kanada | 3.973 | 4.012 | 3.833 | 3.971 | 3.690 | 3.735 | 3.595 | 4.378 | 4.654 | 4.855 | 5.106 | 5.362 | 5.419 | 5.359 | 5.613 | 5.511 | 5.389 | 5.224 | 5.579 | 5.462 |
| Mexiko | 2.370 | 2.295 | 2.442 | 2.559 | 2.632 | 2.707 | 3.184 | 3.067 | 3.530 | 3.474 | 3.670 | 4.216 | 4.161 | 4.293 | 5.600 | 5.477 | 5.405 | 5.906 | 6.089 | 6.312 |
| Vereinigte Staaten | 28.729 | 28.949 | 27.956 | 25.895 | 25.726 | 24.904 | 25.156 | 26.939 | 29.145 | 29.882 | 29.704 | 32.089 | 30.623 | 31.418 | 31.861 | 32.430 | 31.648 | 32.927 | 31.699 | 29.945 |
| Asien | 165.110 | 181.714 | 162.591 | 134.217 | 112.919 | 94.477 | 83.164 | 83.985 | 91.813 | 104.793 | 110.265 | 123.008 | 133.673 | 154.421 | 224.889 | 687.848 | 470.342 | 238.243 | 218.683 | 213.799 |
| Afghanistan | 6.123 | 6.026 | 3.565 | 2.229 | 1.980 | 1.416 | 1.426 | 1.354 | 1.890 | 4.616 | 7.373 | 9.291 | 8.471 | 8.951 | 12.567 | 94.902 | 70.011 | 8.277 | 7.520 | 7.581 |
| China | 15.592 | 20.752 | 19.120 | 16.699 | 13.778 | 12.943 | 14.283 | 15.061 | 16.257 | 17.144 | 17.922 | 19.926 | 21.575 | 23.041 | 25.285 | 28.193 | 29.358 | 28.824 | 27.919 | 27.514 |
| Indien | 6.718 | 9.252 | 9.413 | 9.191 | 9.030 | 8.303 | 9.375 | 9.855 | 11.378 | 11.874 | 12.942 | 14.895 | 17.474 | 18.707 | 21.304 | 24.997 | 26.027 | 26.946 | 30.723 | 36.004 |
| Irak | 12.306 | 18.191 | 12.511 | 5.980 | 3.001 | 3.120 | 3.553 | 5.193 | 8.737 | 12.199 | 9.152 | 7.576 | 6.871 | 5.786 | 8.615 | 73.122 | 67.235 | 24.349 | 16.625 | 12.238 |
| Iran | 7.629 | 6.684 | 6.089 | 4.899 | 4.138 | 3.379 | 3.085 | 2.890 | 3.374 | 4.092 | 5.791 | 7.213 | 8.224 | 8.016 | 7.199 | 19.414 | 21.056 | 10.246 | 14.520 | 11.880 |
| Israel | 1.560 | 1.959 | 2.236 | 2.111 | 1.734 | 1.622 | 1.769 | 1.633 | 1.639 | 2.009 | 2.253 | 2.321 | 2.579 | 2.762 | 3.095 | 3.174 | 2.873 | 2.848 | 2.795 | 2.672 |
| Japan | 5.915 | 6.433 | 6.159 | 6.207 | 5.945 | 6.015 | 5.952 | 6.098 | 6.160 | 5.749 | 5.935 | 7.623 | 6.868 | 6.985 | 6.991 | 7.212 | 7.351 | 7.353 | 7.663 | 7.670 |
| Kasachstan | 54.906 | 53.149 | 45.865 | 32.821 | 24.698 | 15.384 | 4.806 | 3.827 | 3.313 | 3.105 | 2.598 | 2.688 | 2.545 | 3.211 | 4.691 | 4.241 | 4.756 | 4.837 | 4.542 | 4.904 |
| <i>darunter: Deutsche</i> | <i>42.657</i> | <i>41.212</i> | <i>33.964</i> | <i>23.557</i> | <i>17.750</i> | <i>10.460</i> | <i>2.121</i> | <i>1.867</i> | <i>1.440</i> | <i>1.309</i> | <i>997</i> | <i>1.014</i> | <i>887</i> | <i>1.254</i> | <i>2.200</i> | <i>2.209</i> | <i>2.367</i> | <i>2.562</i> | <i>2.199</i> | <i>2.465</i> |

Fortsetzung Tabelle 1-3: Zuzüge über die Grenzen Deutschlands nach Herkunftsländern von 2000 bis 2019

| Herkunftsland | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 ^{3,4} | 2017 | 2018 | 2019 |
|------------------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|------------------|------------------|------------------|------------------|---------------------|------------------|------------------|------------------|
| Korea, Republik | 2.618 | 2.944 | 3.021 | 3.103 | 2.717 | 3.163 | 3.264 | 3.595 | 3.749 | 3.710 | 4.047 | 4.644 | 4.866 | 5.466 | 6.233 | 7.129 | 7.636 | 8.103 | 7.931 | 7.687 |
| Libanon | 3.414 | 3.076 | 3.331 | 3.409 | 3.013 | 2.374 | 2.937 | 2.607 | 2.705 | 2.855 | 2.748 | 2.879 | 2.894 | 3.200 | 4.959 | 8.976 | 7.456 | 6.082 | 5.858 | 6.448 |
| Pakistan | 3.703 | 3.583 | 3.200 | 3.444 | 3.576 | 2.494 | 2.244 | 2.064 | 2.435 | 2.767 | 3.277 | 5.188 | 6.023 | 7.120 | 8.528 | 25.161 | 10.194 | 5.729 | 5.928 | 5.907 |
| Syrien | 4.455 | 4.176 | 3.672 | 2.958 | 2.405 | 2.196 | 1.852 | 1.923 | 2.322 | 3.268 | 3.647 | 5.032 | 9.141 | 18.789 | 64.952 | 326.872 | 155.412 | 50.551 | 30.415 | 25.222 |
| Thailand | 6.405 | 7.393 | 7.547 | 6.733 | 6.188 | 5.505 | 5.023 | 4.561 | 4.099 | 4.498 | 4.541 | 4.461 | 4.489 | 4.612 | 4.519 | 4.789 | 4.993 | 4.992 | 5.510 | 5.477 |
| Vietnam | 5.830 | 7.917 | 6.890 | 6.622 | 5.852 | 4.896 | 4.632 | 4.249 | 4.033 | 4.392 | 4.204 | 3.904 | 3.540 | 3.546 | 4.115 | 4.842 | 5.682 | 5.451 | 6.587 | 7.135 |
| Australien und Ozeanien | 3.603 | 4.269 | 4.208 | 3.846 | 4.060 | 4.178 | 4.540 | 4.945 | 5.787 | 6.434 | 6.684 | 6.915 | 6.755 | 7.344 | 7.493 | 7.896 | 7.954 | 7.923 | 7.806 | 7.756 |
| Unbekannt, ungeklärt & ohne Angabe | 16.171 | 14.856 | 14.683 | 23.159 | 51.053 | 21.378 | 18.811 | 12.326 | 8.259 | 8.849 | 7.366 | 8.006 | 6.283 | 6.051 | 8.075 | 34.843 | 174.074 | 125.699 | 154.456 | 157.695 |
| Insgesamt | 841.158 | 879.217 | 842.543 | 768.975 | 780.175 | 707.352 | 661.855 | 680.766 | 682.146 | 721.014 | 798.282 | 958.299 | 1.080.936 | 1.226.493 | 1.464.724 | 2.136.954 | 1.865.122 | 1.550.721 | 1.585.112 | 1.558.612 |
| <i>darunter: Deutsche</i> | <i>191.909</i> | <i>193.958</i> | <i>184.202</i> | <i>167.216</i> | <i>177.993</i> | <i>128.051</i> | <i>103.388</i> | <i>111.291</i> | <i>108.331</i> | <i>114.700</i> | <i>114.752</i> | <i>116.604</i> | <i>115.028</i> | <i>118.425</i> | <i>122.195</i> | <i>120.713</i> | <i>146.047</i> | <i>166.703</i> | <i>201.531</i> | 212.669 |

1) Ab 1992 einschließlich „Gebiet der ehemaligen Sowjetunion ohne nähere Angabe“.

2) Summe einschl. Griechenland (ab 1981 zur EG), Spanien, Portugal (ab 1986 zur EG); d. h. EU der 12. Ab 1995 einschl. Finnland, Österreich, Schweden (EU-15). Ab 2004 einschl. Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Estland, Lettland, Litauen, Malta und Zypern (EU-25). Ab 2007 einschl. Bulgarien und Rumänien (EU-27). Ab 2013 einschl. Kroatien (EU-28).

3) Die Ergebnisse des Berichtsjahres 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Die Genauigkeit der Ergebnisse ist aufgrund von Unstimmigkeiten in Zusammenhang mit der melderechtlichen Behandlung von Schutzsuchenden eingeschränkt. Ausführliche Informationen dazu befinden sich auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes zu Wanderungen.

4) Die Ergebnisse ab Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Tabelle 1-4: Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach Zielländern von 2000 bis 2019

| Zielland | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 ^{3,4} | 2017 | 2018 | 2019 ⁵ |
|--|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|---------------------|----------------|----------------|-------------------|
| Europa¹ | 496.901 | 444.876 | 454.099 | 434.878 | 479.529 | 437.427 | 439.565 | 458.935 | 547.523 | 541.216 | 493.319 | 512.757 | 544.800 | 615.778 | 713.242 | 763.886 | 845.114 | 735.268 | 783.482 | 828.184 |
| <i>darunter: ausländische Staatsangehörige</i> | <i>432.508</i> | <i>378.302</i> | <i>384.172</i> | <i>363.919</i> | <i>400.694</i> | <i>353.670</i> | <i>346.834</i> | <i>355.539</i> | <i>425.477</i> | <i>434.937</i> | <i>399.627</i> | <i>420.220</i> | <i>458.512</i> | <i>526.157</i> | <i>623.797</i> | <i>678.387</i> | <i>760.470</i> | <i>658.504</i> | <i>700.124</i> | <i>743.569</i> |
| EU-Staaten² | 163.801 | 161.161 | 164.305 | 153.652 | 319.424 | 291.690 | 298.498 | 343.955 | 407.457 | 405.535 | 366.543 | 385.529 | 417.504 | 480.272 | 575.480 | 579.209 | 635.677 | 587.769 | 644.074 | 689.442 |
| Albanien | 1.773 | 1.162 | 969 | 1.052 | 1.017 | 836 | 713 | 659 | 787 | 783 | 637 | 729 | 790 | 1.149 | 2.867 | 21.890 | 37.221 | 15.093 | 8.536 | 6.809 |
| Belarus | 1.413 | 1.441 | 1.709 | 1.950 | 1.874 | 1.508 | 1.312 | 1.069 | 1.299 | 1.106 | 943 | 771 | 780 | 984 | 1.083 | 1.068 | 1.082 | 1.232 | 1.220 | 1.222 |
| Belgien | 4.220 | 4.255 | 4.565 | 4.623 | 4.936 | 4.402 | 4.540 | 4.716 | 5.081 | 5.070 | 4.523 | 4.405 | 4.191 | 5.040 | 5.329 | 5.075 | 4.926 | 4.583 | 5.075 | 5.376 |
| Bosnien und Herzegowina | 17.412 | 10.590 | 9.193 | 7.885 | 8.115 | 6.943 | 6.286 | 6.662 | 7.263 | 7.719 | 6.805 | 8.462 | 8.855 | 10.606 | 13.231 | 15.904 | 16.355 | 12.088 | 10.887 | 10.541 |
| Bulgarien | 6.747 | 8.048 | 8.682 | 10.088 | 10.099 | 8.899 | 7.152 | 8.382 | 15.864 | 19.940 | 23.785 | 29.422 | 33.741 | 38.594 | 44.491 | 45.729 | 53.675 | 49.321 | 56.703 | 63.321 |
| Dänemark | 2.805 | 2.816 | 2.974 | 2.712 | 3.062 | 2.694 | 3.115 | 4.014 | 4.549 | 4.270 | 3.322 | 3.075 | 2.928 | 3.053 | 3.642 | 3.782 | 3.481 | 3.651 | 3.843 | 4.378 |
| Estland | 639 | 644 | 614 | 597 | 788 | 522 | 518 | 526 | 774 | 692 | 779 | 832 | 867 | 863 | 938 | 832 | 728 | 690 | 776 | 804 |
| Finnland | 2.800 | 2.658 | 2.658 | 2.380 | 2.696 | 2.172 | 2.146 | 2.172 | 2.485 | 2.663 | 2.191 | 2.025 | 2.175 | 2.146 | 2.422 | 2.305 | 2.192 | 2.327 | 2.188 | 2.352 |
| Frankreich | 19.415 | 19.234 | 19.815 | 19.060 | 20.846 | 17.957 | 17.790 | 17.911 | 21.546 | 22.158 | 18.691 | 17.281 | 16.703 | 17.180 | 19.518 | 19.570 | 18.613 | 18.266 | 18.264 | 20.614 |
| Griechenland | 19.383 | 19.688 | 19.998 | 18.106 | 20.517 | 16.884 | 15.653 | 15.599 | 17.537 | 17.928 | 12.641 | 11.259 | 12.888 | 14.215 | 17.221 | 16.975 | 19.030 | 17.415 | 19.047 | 21.540 |
| Irland | 3.059 | 2.795 | 2.634 | 2.415 | 2.489 | 2.041 | 2.330 | 2.538 | 2.729 | 2.535 | 2.011 | 1.872 | 1.887 | 2.075 | 2.354 | 2.488 | 2.685 | 2.288 | 2.602 | 2.872 |
| Italien | 36.707 | 36.104 | 36.535 | 33.802 | 36.273 | 28.579 | 26.807 | 25.413 | 28.319 | 28.426 | 24.268 | 23.164 | 23.378 | 27.903 | 36.304 | 38.235 | 41.468 | 39.246 | 41.318 | 45.136 |
| <i>darunter: ausländische Staatsangehörige</i> | <i>33.630</i> | <i>33.097</i> | <i>33.277</i> | <i>30.719</i> | <i>32.825</i> | <i>25.144</i> | <i>23.370</i> | <i>22.008</i> | <i>24.674</i> | <i>25.149</i> | <i>21.462</i> | <i>20.375</i> | <i>20.897</i> | <i>25.297</i> | <i>33.832</i> | <i>35.938</i> | <i>39.077</i> | <i>36.959</i> | <i>38.887</i> | <i>42.684</i> |
| Kosovo | - | - | - | - | - | - | - | - | 793 | 2.395 | 3.172 | 3.070 | 3.470 | 4.774 | 5.729 | 21.355 | 19.916 | 9.274 | 6.496 | 5.574 |
| Kroatien | 13.265 | 14.233 | 13.728 | 11.876 | 12.240 | 11.089 | 10.283 | 10.610 | 12.100 | 12.350 | 11.333 | 11.979 | 11.881 | 12.753 | 17.327 | 20.685 | 25.741 | 23.955 | 26.324 | 27.706 |
| Lettland | 1.451 | 1.290 | 1.378 | 1.474 | 1.695 | 1.440 | 1.538 | 1.439 | 1.769 | 2.302 | 4.165 | 5.170 | 5.597 | 5.474 | 5.826 | 4.878 | 5.103 | 4.756 | 5.347 | 6.009 |
| Litauen | 1.699 | 1.953 | 2.290 | 2.011 | 2.356 | 2.335 | 2.822 | 2.917 | 3.097 | 3.246 | 3.713 | 4.786 | 5.238 | 5.915 | 6.244 | 5.802 | 6.659 | 5.975 | 7.844 | 9.305 |
| Luxemburg | 1.309 | 1.253 | 1.327 | 1.510 | 1.670 | 1.740 | 1.864 | 2.002 | 2.336 | 2.433 | 2.226 | 2.598 | 2.386 | 2.648 | 2.822 | 2.707 | 2.730 | 2.637 | 2.763 | 3.146 |
| Nordmazedonien | 2.654 | 2.692 | 3.367 | 2.683 | 2.797 | 2.080 | 1.959 | 1.784 | 2.282 | 2.108 | 3.879 | 5.228 | 5.886 | 8.509 | 9.346 | 12.272 | 17.458 | 12.501 | 10.892 | 10.822 |
| Montenegro | - | - | - | - | - | - | - | 275 | 333 | 469 | 532 | 504 | 645 | 942 | 850 | 1.973 | 3.892 | 1.800 | 1.595 | 1.271 |

Fortsetzung Tabelle 1-4: Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach Zielländern von 2000 bis 2019

| Zielland | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 ^{3,4} | 2017 | 2018 | 2019 ⁵ |
|--|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------------|---------------|---------------|-------------------|
| Niederlande | 9.311 | 9.330 | 9.336 | 8.616 | 9.781 | 8.762 | 9.189 | 10.071 | 11.785 | 11.800 | 10.602 | 10.375 | 10.346 | 10.470 | 11.678 | 12.243 | 12.544 | 12.059 | 13.305 | 14.114 |
| Norwegen | 1.685 | 1.694 | 1.753 | 1.730 | 1.811 | 1.817 | 2.274 | 3.346 | 4.091 | 3.597 | 2.667 | 2.319 | 2.185 | 2.170 | 2.266 | 2.112 | 2.153 | 2.062 | 2.219 | 2.111 |
| Österreich | 15.112 | 14.875 | 15.929 | 15.976 | 18.528 | 17.535 | 18.604 | 20.152 | 24.049 | 22.574 | 19.889 | 19.776 | 19.999 | 20.341 | 21.438 | 19.907 | 20.382 | 20.085 | 21.702 | 23.410 |
| Polen | 71.409 | 76.021 | 78.739 | 82.910 | 104.538 | 105.491 | 112.492 | 120.791 | 132.438 | 122.629 | 103.237 | 106.495 | 114.425 | 125.399 | 138.680 | 132.387 | 137.236 | 119.098 | 127.041 | 130.440 |
| Portugal | 13.326 | 11.805 | 11.315 | 8.880 | 9.098 | 7.249 | 7.014 | 6.988 | 7.666 | 8.640 | 7.266 | 6.137 | 6.090 | 7.636 | 8.603 | 8.181 | 8.704 | 8.020 | 8.457 | 9.197 |
| Rumänien | 17.160 | 18.903 | 17.834 | 19.324 | 19.839 | 20.159 | 20.855 | 24.054 | 38.030 | 44.150 | 48.868 | 59.330 | 71.152 | 85.865 | 116.729 | 126.763 | 156.468 | 151.810 | 176.451 | 189.932 |
| Russische Föderation | 12.670 | 13.468 | 14.923 | 14.849 | 15.234 | 14.341 | 13.867 | 12.922 | 16.399 | 15.455 | 13.466 | 12.272 | 11.316 | 14.810 | 14.494 | 11.876 | 11.769 | 11.792 | 11.573 | 11.233 |
| Schweden | 3.716 | 3.814 | 3.876 | 3.786 | 4.168 | 3.568 | 3.934 | 4.509 | 4.979 | 4.858 | 4.053 | 4.088 | 4.034 | 3.992 | 4.575 | 4.686 | 4.492 | 4.313 | 4.573 | 4.979 |
| Schweiz | 11.909 | 13.148 | 14.660 | 14.792 | 16.864 | 18.224 | 22.240 | 28.237 | 35.061 | 30.441 | 27.386 | 27.561 | 25.829 | 26.957 | 25.881 | 24.042 | 23.961 | 22.150 | 23.047 | 23.456 |
| Slowakei | 8.722 | 9.893 | 9.820 | 9.546 | 10.248 | 9.209 | 9.441 | 8.472 | 9.483 | 8.151 | 7.328 | 7.782 | 8.633 | 9.940 | 11.286 | 10.354 | 10.368 | 9.409 | 9.947 | 10.558 |
| Slowenien | 2.012 | 2.516 | 2.502 | 2.346 | 2.528 | 1.756 | 1.432 | 1.457 | 1.900 | 2.044 | 1.764 | 2.048 | 2.775 | 3.537 | 4.003 | 3.794 | 3.852 | 3.021 | 2.839 | 2.907 |
| Spanien | 16.120 | 16.329 | 16.681 | 16.236 | 18.010 | 16.059 | 16.734 | 17.124 | 19.613 | 18.618 | 16.071 | 16.007 | 17.144 | 20.324 | 24.151 | 24.462 | 24.644 | 22.472 | 23.255 | 24.813 |
| <i>Darunter: ausländische Staatsangehörige</i> | <i>9.370</i> | <i>9.632</i> | <i>9.914</i> | <i>9.467</i> | <i>10.814</i> | <i>8.742</i> | <i>8.149</i> | <i>8.133</i> | <i>10.368</i> | <i>10.782</i> | <i>9.366</i> | <i>9.322</i> | <i>11.147</i> | <i>14.349</i> | <i>17.996</i> | <i>18.246</i> | <i>18.292</i> | <i>16.513</i> | <i>16.822</i> | <i>18.334</i> |
| Tschechien | 9.368 | 9.304 | 9.691 | 8.909 | 9.079 | 7.108 | 15.616 | 6.636 | 8.082 | 7.586 | 6.067 | 5.889 | 6.287 | 7.377 | 8.831 | 8.693 | 9.374 | 8.456 | 8.699 | 9.502 |
| Türkei | 40.369 | 37.268 | 36.740 | 35.612 | 37.058 | 34.595 | 33.229 | 32.172 | 38.889 | 39.615 | 36.033 | 32.756 | 32.788 | 33.644 | 31.941 | 30.540 | 30.505 | 27.049 | 29.735 | 30.506 |
| <i>Darunter: ausländische Staatsangehörige</i> | <i>39.030</i> | <i>35.884</i> | <i>35.433</i> | <i>34.010</i> | <i>34.933</i> | <i>31.800</i> | <i>29.778</i> | <i>28.346</i> | <i>34.280</i> | <i>34.982</i> | <i>31.298</i> | <i>27.471</i> | <i>27.329</i> | <i>27.482</i> | <i>25.148</i> | <i>23.790</i> | <i>24.275</i> | <i>21.208</i> | <i>23.532</i> | <i>24.747</i> |
| Ukraine | 4.659 | 5.942 | 6.578 | 6.309 | 6.090 | 5.500 | 4.936 | 4.804 | 6.023 | 5.280 | 4.545 | 3.804 | 3.755 | 4.036 | 4.305 | 4.893 | 6.166 | 6.729 | 7.057 | 8.361 |
| Ungarn | 14.973 | 15.661 | 16.411 | 15.429 | 17.157 | 16.452 | 15.620 | 17.732 | 22.497 | 23.074 | 21.330 | 25.000 | 28.619 | 34.751 | 41.024 | 38.176 | 41.236 | 36.851 | 37.396 | 37.359 |
| Vereinigtes Königreich | 16.518 | 16.205 | 16.662 | 15.550 | 18.529 | 17.396 | 17.319 | 17.942 | 20.299 | 19.236 | 17.259 | 16.191 | 15.506 | 16.685 | 19.234 | 19.689 | 18.391 | 16.138 | 17.182 | 18.487 |

Fortsetzung Tabelle 1-4: Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach Zielländern von 2000 bis 2019

| Zielland | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 ^{3,4} | 2017 | 2018 | 2019 ⁵ |
|---------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|----------------|---------------------|---------------|---------------|-------------------|
| Afrika | 25.247 | 22.965 | 23.785 | 23.726 | 25.183 | 22.716 | 21.118 | 19.896 | 24.117 | 23.959 | 21.748 | 20.617 | 20.884 | 23.591 | 27.435 | 33.385 | 44.441 | 37.977 | 37.491 | 33.802 |
| Ägypten | 1.629 | 1.674 | 1.644 | 1.859 | 1.845 | 1.791 | 1.548 | 1.623 | 2.247 | 2.388 | 2.298 | 2.302 | 2.152 | 2.488 | 2.550 | 3.002 | 3.319 | 3.025 | 3.272 | 2.919 |
| Algerien | 2.417 | 2.147 | 2.057 | 2.196 | 2.193 | 1.557 | 1.386 | 1.335 | 1.435 | 1.408 | 1.272 | 1.238 | 1.126 | 1.273 | 1.895 | 3.464 | 7.680 | 4.272 | 3.833 | 2.595 |
| Kamerun | 903 | 906 | 1.092 | 1.232 | 1.534 | 1.411 | 1.364 | 1.201 | 1.311 | 1.136 | 1.101 | 964 | 766 | 897 | 941 | 926 | 1.285 | 1.082 | 1.174 | 1.491 |
| Kenia | 725 | 606 | 666 | 660 | 702 | 690 | 762 | 780 | 998 | 1.003 | 1.024 | 981 | 721 | 719 | 634 | 684 | 653 | 613 | 687 | 769 |
| Libyen | 393 | 465 | 596 | 487 | 506 | 527 | 666 | 632 | 684 | 772 | 714 | 689 | 996 | 1.263 | 2.233 | 1.934 | 1.472 | 1.659 | 1.972 | 2.249 |
| Marokko | 2.907 | 2.726 | 2.839 | 2.791 | 3.033 | 2.722 | 2.312 | 2.430 | 2.982 | 2.831 | 2.600 | 2.435 | 2.404 | 2.902 | 3.310 | 4.109 | 8.273 | 5.773 | 5.221 | 4.210 |
| Nigeria | 1.517 | 1.207 | 1.318 | 1.487 | 1.736 | 1.653 | 1.480 | 1.347 | 1.840 | 1.562 | 1.327 | 1.332 | 1.504 | 1.570 | 1.528 | 2.050 | 507 | 544 | 708 | 886 |
| Somalia | 618 | 593 | 520 | 407 | 347 | 242 | 209 | 197 | 254 | 264 | 387 | 755 | 591 | 460 | 1.114 | 2.130 | 152 | 146 | 135 | 119 |
| Südafrika | 1.623 | 1.697 | 1.822 | 1.978 | 2.141 | 1.843 | 1.880 | 1.806 | 2.232 | 2.038 | 1.763 | 1.699 | 1.697 | 1.733 | 1.731 | 1.544 | 1.425 | 1.321 | 1.454 | 1.346 |
| Tunesien | 1.393 | 1.416 | 1.444 | 1.301 | 1.505 | 1.503 | 1.422 | 1.474 | 1.918 | 1.938 | 1.739 | 1.783 | 1.972 | 2.083 | 2.377 | 2.408 | 3.265 | 2.768 | 3.078 | 2.898 |
| Amerika | 53.169 | 48.512 | 46.097 | 45.623 | 48.851 | 49.343 | 50.835 | 54.080 | 65.412 | 63.970 | 58.465 | 55.272 | 54.140 | 58.414 | 60.698 | 60.942 | 60.746 | 53.222 | 55.286 | 54.604 |
| Brasilien | 3.924 | 4.167 | 4.156 | 4.261 | 4.671 | 5.133 | 5.242 | 5.516 | 7.077 | 7.050 | 6.998 | 6.793 | 7.160 | 7.490 | 7.694 | 8.296 | 8.108 | 6.436 | 7.103 | 8.046 |
| Kanada | 4.725 | 4.228 | 4.309 | 4.828 | 4.973 | 5.425 | 6.211 | 6.879 | 8.828 | 7.493 | 6.312 | 5.603 | 5.364 | 5.397 | 5.555 | 5.058 | 5.475 | 5.121 | 5.360 | 5.259 |
| Mexiko | 1.438 | 1.647 | 1.665 | 1.787 | 2.050 | 2.080 | 2.323 | 2.524 | 3.195 | 3.264 | 3.019 | 2.939 | 3.003 | 3.339 | 3.626 | 4.971 | 4.161 | 3.950 | 4.017 | 3.873 |
| Vereinigte Staaten | 35.891 | 31.186 | 28.758 | 27.148 | 28.851 | 28.856 | 29.113 | 30.602 | 35.592 | 35.502 | 32.243 | 30.743 | 29.543 | 32.354 | 33.763 | 32.470 | 32.743 | 28.156 | 28.143 | 26.611 |
| <i>Darunter: Deutsche</i> | <i>13.855</i> | <i>13.485</i> | <i>13.047</i> | <i>12.325</i> | <i>12.976</i> | <i>13.569</i> | <i>13.750</i> | <i>14.385</i> | <i>15.436</i> | <i>13.445</i> | <i>12.986</i> | <i>13.053</i> | 12.803 | 13.532 | <i>14.240</i> | <i>13.438</i> | <i>12.787</i> | <i>10.585</i> | <i>10.447</i> | <i>9.782</i> |
| Asien | 61.136 | 61.717 | 65.628 | 69.563 | 76.145 | 69.473 | 70.815 | 68.836 | 83.903 | 86.633 | 81.549 | 76.205 | 78.253 | 85.524 | 90.135 | 110.367 | 107.848 | 95.453 | 99.997 | 97.859 |
| Afghanistan | 2.102 | 2.473 | 1.995 | 1.649 | 1.708 | 1.565 | 1.419 | 1.126 | 1.554 | 1.707 | 1.480 | 1.509 | 1.948 | 1.944 | 1.989 | 4.971 | 2.508 | 1.258 | 822 | 775 |
| China | 6.290 | 6.826 | 9.459 | 11.999 | 13.730 | 11.966 | 12.898 | 13.069 | 16.044 | 16.540 | 16.234 | 15.477 | 14.887 | 16.009 | 16.387 | 17.878 | 18.935 | 18.362 | 19.605 | 19.674 |
| Indien | 4.661 | 4.983 | 5.288 | 5.764 | 6.746 | 6.664 | 7.441 | 8.070 | 9.737 | 10.567 | 10.109 | 9.996 | 11.262 | 12.296 | 12.766 | 14.783 | 16.369 | 15.076 | 15.700 | 15.898 |
| Irak | 3.021 | 3.162 | 4.908 | 4.454 | 4.728 | 4.231 | 4.129 | 3.422 | 3.944 | 3.902 | 3.772 | 3.812 | 4.344 | 4.231 | 3.752 | 5.777 | 5.826 | 3.549 | 3.084 | 2.876 |
| Iran | 3.738 | 4.056 | 3.767 | 3.402 | 3.497 | 2.792 | 2.636 | 2.361 | 3.330 | 3.745 | 3.049 | 2.533 | 2.695 | 2.842 | 2.711 | 3.119 | 2.662 | 1.765 | 1.422 | 1.490 |
| Israel | 1.223 | 1.132 | 1.008 | 1.255 | 1.377 | 1.359 | 1.358 | 1.200 | 1.409 | 1.796 | 1.835 | 1.736 | 1.746 | 1.931 | 1.948 | 1.925 | 1.973 | 1.877 | 1.929 | 1.996 |
| Japan | 5.052 | 5.275 | 5.645 | 5.731 | 6.043 | 5.481 | 5.635 | 5.609 | 6.423 | 6.852 | 5.939 | 5.470 | 5.814 | 6.501 | 6.758 | 6.619 | 6.972 | 6.550 | 6.830 | 6.921 |
| Kasachstan | 3.018 | 3.021 | 2.863 | 2.539 | 2.504 | 2.321 | 2.209 | 2.013 | 2.261 | 1.840 | 1.728 | 1.584 | 1.420 | 1.568 | 1.487 | 1.337 | 1.185 | 1.168 | 1.091 | 1.207 |

Fortsetzung Tabelle 1-4: Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach Zielländern von 2000 bis 2019

| Zielland | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 ^{3,4} | 2017 | 2018 | 2019 ⁵ |
|------------------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|---------------------|------------------|------------------|-------------------|
| Korea, Republik | 2.105 | 2.071 | 2.122 | 2.440 | 2.583 | 2.425 | 2.268 | 2.819 | 3.588 | 4.000 | 3.813 | 3.629 | 3.797 | 4.392 | 4.735 | 5.151 | 5.566 | 5.457 | 5.970 | 5.731 |
| Libanon | 1.903 | 1.848 | 1.667 | 2.050 | 2.166 | 1.953 | 1.936 | 2.005 | 2.447 | 2.971 | 2.607 | 2.347 | 2.093 | 1.976 | 1.786 | 1.887 | 3.742 | 2.650 | 2.672 | 2.263 |
| Pakistan | 2.478 | 2.572 | 1.831 | 1.825 | 2.184 | 2.084 | 1.704 | 1.708 | 1.883 | 1.968 | 1.767 | 1.700 | 1.956 | 2.107 | 2.570 | 3.580 | 1.392 | 1.390 | 1.522 | 1.648 |
| Syrien | 1.157 | 1.076 | 1.132 | 1.274 | 1.341 | 1.222 | 1.239 | 1.218 | 1.456 | 1.674 | 1.548 | 1.227 | 1.250 | 1.851 | 2.779 | 10.140 | 2.173 | 1.428 | 1.601 | 1.255 |
| Thailand | 3.035 | 3.137 | 3.289 | 3.244 | 3.443 | 3.393 | 3.382 | 3.379 | 4.169 | 4.444 | 4.249 | 3.688 | 3.643 | 3.903 | 4.110 | 3.880 | 3.957 | 3.618 | 4.141 | 3.911 |
| Vietnam | 4.069 | 3.606 | 4.195 | 4.546 | 4.833 | 4.103 | 4.607 | 4.040 | 4.446 | 3.866 | 3.344 | 3.082 | 2.481 | 2.492 | 2.208 | 2.171 | 2.495 | 2.257 | 2.608 | 2.977 |
| Australien und Ozeanien | 4.344 | 4.188 | 4.252 | 4.732 | 5.094 | 5.508 | 6.100 | 6.762 | 8.037 | 8.207 | 7.711 | 6.957 | 6.911 | 7.397 | 7.828 | 7.704 | 7.703 | 7.616 | 7.435 | 7.256 |
| Unbekannt, ungeklärt & ohne Angabe | 33.241 | 24.236 | 29.394 | 47.808 | 62.830 | 43.932 | 50.631 | 27.348 | 8.897 | 9.811 | 7.813 | 7.161 | 7.003 | 7.182 | 14.903 | 21.267 | 299.326 | 205.105 | 199.936 | 209.847 |
| Insgesamt | 674.038 | 606.494 | 623.255 | 626.330 | 697.632 | 628.399 | 639.064 | 636.854 | 737.889 | 733.796 | 670.605 | 678.969 | 711.991 | 797.886 | 914.241 | 997.551 | 1.365.178 | 1.134.641 | 1.185.432 | 1.231.552 |

1) Ab 1992 einschließlich „Gebiet der ehemaligen Sowjetunion ohne nähere Angabe“.

2) Summe einschl. Griechenland (ab 1981 zur EG), Spanien, Portugal (ab 1986 zur EG); d. h. EU der 12. Ab 1995 einschl. Finnland, Österreich, Schweden (EU-15). Ab 2004 einschl. Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Estland, Lettland, Litauen, Malta und Zypern (EU-25). Ab 2007 einschl. Bulgarien und Rumänien (EU-27). Ab 2013 einschl. Kroatien (EU-28).

3) Die Ergebnisse des Berichtsjahres 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Die Genauigkeit der Ergebnisse ist aufgrund von Unstimmigkeiten in Zusammenhang mit der melderechtlichen Behandlung von Schutzsuchenden eingeschränkt.

4) Die Ergebnisse ab Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Ausführliche Informationen befinden sich auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes zu Wanderungen.

5) Die Wanderungszahlen 2019 enthalten Abmeldungen von Amts wegen von EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Zahl der Fortzüge nur eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Tabelle 1-5: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach ausgewählten Herkunfts- und Zielländern und Geschlecht im Jahr 2019¹

| Herkunfts- bzw. Zielland | Zuzüge | | | Fortzüge | | | Zuzüge | | | Fortzüge | | |
|--------------------------|-----------|----------|----------|-----------|----------|----------|-------------------------------|----------|----------|-----------|----------|----------|
| | Insgesamt | | | | | | Ausländische Staatsangehörige | | | | | |
| | insgesamt | männlich | weiblich | insgesamt | männlich | weiblich | insgesamt | männlich | weiblich | insgesamt | männlich | weiblich |
| Rumänien | 230.096 | 153.882 | 76.214 | 189.932 | 132.840 | 57.092 | 229.421 | 153.425 | 75.996 | 188.967 | 132.274 | 56.693 |
| Polen | 130.689 | 88.273 | 42.416 | 130.440 | 91.995 | 38.445 | 127.743 | 86.239 | 41.504 | 125.252 | 88.542 | 36.710 |
| Bulgarien | 83.218 | 52.211 | 31.007 | 63.321 | 42.027 | 21.294 | 82.892 | 52.009 | 30.883 | 62.758 | 41.697 | 21.061 |
| Italien | 62.708 | 38.441 | 24.267 | 45.136 | 28.232 | 16.904 | 60.709 | 37.423 | 23.286 | 42.684 | 27.157 | 15.527 |
| Türkei | 51.610 | 31.463 | 20.147 | 30.506 | 19.682 | 10.824 | 45.990 | 28.888 | 17.102 | 24.741 | 17.215 | 7.526 |
| Kroatien | 42.556 | 28.058 | 14.498 | 27.706 | 20.458 | 7.248 | 42.257 | 27.871 | 14.386 | 27.273 | 20.224 | 7.049 |
| Indien | 36.004 | 22.633 | 13.371 | 15.898 | 10.866 | 5.032 | 35.321 | 22.257 | 13.064 | 15.311 | 10.559 | 4.752 |
| Ungarn | 34.965 | 23.726 | 11.239 | 37.359 | 26.827 | 10.532 | 34.282 | 23.331 | 10.951 | 35.982 | 26.085 | 9.897 |
| Vereinigte Staaten | 29.945 | 15.096 | 14.849 | 26.611 | 13.381 | 13.230 | 20.447 | 10.517 | 9.930 | 16.829 | 8.768 | 8.061 |
| Serbien | 28.903 | 18.367 | 10.536 | 18.349 | 12.834 | 5.515 | 28.614 | 18.201 | 10.413 | 18.137 | 12.717 | 5.420 |
| Spanien | 28.227 | 15.605 | 12.622 | 24.813 | 13.544 | 11.269 | 22.790 | 12.578 | 10.212 | 18.334 | 10.192 | 8.142 |
| Griechenland | 27.955 | 17.245 | 10.710 | 21.540 | 13.912 | 7.628 | 27.213 | 16.877 | 10.336 | 20.617 | 13.443 | 7.174 |
| China | 27.514 | 13.815 | 13.699 | 19.674 | 10.174 | 9.500 | 24.922 | 12.189 | 12.733 | 17.682 | 8.923 | 8.759 |
| Bosnien und Herzegowina | 26.842 | 17.013 | 9.829 | 10.541 | 7.773 | 2.768 | 26.715 | 16.940 | 9.775 | 10.408 | 7.700 | 2.708 |
| Syrien | 25.222 | 11.140 | 14.082 | 1.255 | 681 | 574 | 25.133 | 11.086 | 14.047 | 1.200 | 649 | 551 |
| Vereinigtes Königreich | 22.526 | 13.085 | 9.441 | 18.487 | 9.878 | 8.609 | 16.141 | 9.856 | 6.285 | 11.721 | 6.866 | 4.855 |
| Russische Föderation | 21.259 | 9.084 | 12.175 | 11.233 | 5.520 | 5.713 | 16.356 | 6.624 | 9.732 | 9.214 | 4.411 | 4.803 |
| Frankreich | 21.225 | 11.053 | 10.172 | 20.614 | 10.520 | 10.094 | 16.209 | 8.456 | 7.753 | 14.932 | 7.751 | 7.181 |
| Nordmazedonien | 20.460 | 12.540 | 7.920 | 10.822 | 6.858 | 3.964 | 20.382 | 12.491 | 7.891 | 10.756 | 6.823 | 3.933 |

Fortsetzung: Tabelle 1-5: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach ausgewählten Herkunfts- und Zielländern und Geschlecht im Jahr 2019¹

| Herkunfts- bzw. Zielland | Zuzüge | | | Fortzüge | | | Zuzüge | | | Fortzüge | | |
|--------------------------|------------------|----------------|----------------|------------------|----------------|----------------|-------------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| | Insgesamt | | | | | | Ausländische Staatsangehörige | | | | | |
| | insgesamt | männlich | weiblich | insgesamt | männlich | weiblich | insgesamt | männlich | weiblich | insgesamt | männlich | weiblich |
| Kosovo | 19.442 | 11.555 | 7.887 | 5.574 | 3.958 | 1.616 | 19.283 | 11.463 | 7.820 | 5.426 | 3.873 | 1.553 |
| Österreich | 19.007 | 10.090 | 8.917 | 23.410 | 12.462 | 10.948 | 12.376 | 6.466 | 5.910 | 11.506 | 6.352 | 5.154 |
| Schweiz | 16.743 | 8.955 | 7.788 | 23.456 | 12.514 | 10.942 | 6.220 | 3.103 | 3.117 | 7.116 | 3.632 | 3.484 |
| Moldau | 16.513 | 9.556 | 6.957 | 8.063 | 5.268 | 2.795 | 16.406 | 9.495 | 6.911 | 8.026 | 5.239 | 2.787 |
| Ukraine | 15.496 | 7.189 | 8.307 | 8.361 | 4.675 | 3.686 | 14.533 | 6.680 | 7.853 | 8.004 | 4.439 | 3.565 |
| Albanien | 14.849 | 9.094 | 5.755 | 6.809 | 4.603 | 2.206 | 14.756 | 9.035 | 5.721 | 6.751 | 4.572 | 2.179 |
| Brasilien | 13.566 | 6.500 | 7.066 | 8.046 | 4.082 | 3.964 | 11.864 | 5.547 | 6.317 | 6.965 | 3.433 | 3.532 |
| Niederlande | 13.345 | 7.753 | 5.592 | 14.114 | 7.825 | 6.289 | 10.652 | 6.364 | 4.288 | 10.196 | 6.018 | 4.178 |
| Irak | 12.238 | 6.649 | 5.589 | 2.876 | 1.830 | 1.046 | 11.496 | 6.210 | 5.286 | 2.214 | 1.439 | 775 |
| Iran | 11.880 | 6.112 | 5.768 | 1.490 | 845 | 645 | 11.511 | 5.899 | 5.612 | 1.243 | 703 | 540 |
| Slowakei | 11.840 | 7.615 | 4.225 | 10.558 | 6.975 | 3.583 | 11.747 | 7.552 | 4.195 | 10.404 | 6.877 | 3.527 |
| Tschechien | 11.349 | 6.695 | 4.654 | 9.502 | 5.831 | 3.671 | 10.700 | 6.256 | 4.444 | 8.646 | 5.273 | 3.373 |
| Litauen | 11.065 | 7.124 | 3.941 | 9.305 | 6.268 | 3.037 | 10.976 | 7.063 | 3.913 | 9.192 | 6.186 | 3.006 |
| Ägypten | 8.094 | 4.862 | 3.232 | 2.919 | 1.913 | 1.006 | 7.488 | 4.578 | 2.910 | 2.469 | 1.739 | 730 |
| Nigeria | 7.786 | 4.570 | 3.216 | 886 | 671 | 215 | 7.628 | 4.484 | 3.144 | 760 | 586 | 174 |
| Korea, Republik | 7.687 | 3.111 | 4.576 | 5.731 | 2.424 | 3.307 | 7.438 | 2.977 | 4.461 | 5.520 | 2.328 | 3.192 |
| Japan | 7.670 | 3.864 | 3.806 | 6.921 | 3.634 | 3.287 | 6.974 | 3.441 | 3.533 | 6.098 | 3.131 | 2.967 |
| Afghanistan | 7.581 | 4.414 | 3.167 | 775 | 662 | 113 | 7.456 | 4.337 | 3.119 | 699 | 603 | 96 |
| Vietnam | 7.135 | 3.106 | 4.029 | 2.977 | 1.763 | 1.214 | 6.781 | 2.884 | 3.897 | 2.635 | 1.535 | 1.100 |
| Thailand | 5.477 | 2.242 | 3.235 | 3.911 | 2.138 | 1.773 | 3.769 | 1.000 | 2.769 | 2.200 | 842 | 1.358 |
| Slowenien | 4.026 | 2.823 | 1.203 | 2.907 | 2.064 | 843 | 3.964 | 2.789 | 1.175 | 2.793 | 2.001 | 792 |
| Insgesamt | 1.558.612 | 956.599 | 602.013 | 1.231.552 | 808.678 | 422.874 | 1.345.943 | 823.932 | 522.011 | 961.258 | 640.975 | 320.283 |

1) Die Wanderungszahlen 2019 enthalten Abmeldungen von Amts wegen von EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Zahl der Fortzüge nur eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Tabelle 1-6: Zuzüge über die Grenzen Deutschlands nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten von 2000 bis 2019¹

| Staatsangehörigkeit | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 ^{1,2} | 2017 | 2018 | 2019 |
|-------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------------------|---------|---------|---------|
| Deutschland | 191.909 | 193.958 | 184.202 | 167.216 | 177.993 | 128.051 | 103.388 | 106.014 | 108.331 | 114.700 | 114.752 | 116.604 | 115.028 | 118.425 | 122.195 | 120.713 | 146.047 | 166.703 | 201.531 | 212.669 |
| Bulgarien | 10.411 | 13.156 | 13.191 | 13.369 | 11.586 | 9.057 | 7.749 | 20.919 | 24.093 | 29.221 | 39.844 | 52.417 | 60.209 | 60.896 | 80.069 | 86.274 | 82.956 | 81.627 | 85.728 | 87.378 |
| Frankreich | 15.276 | 13.451 | 12.747 | 12.324 | 12.488 | 12.260 | 12.705 | 12.874 | 12.979 | 12.858 | 13.349 | 13.830 | 14.458 | 15.215 | 15.723 | 14.908 | 15.518 | 14.895 | 14.612 | 14.486 |
| Griechenland | 17.403 | 16.153 | 14.957 | 12.146 | 10.205 | 8.975 | 8.289 | 7.892 | 8.266 | 8.574 | 12.256 | 23.043 | 32.660 | 32.088 | 28.752 | 28.256 | 27.120 | 26.128 | 25.631 | 23.530 |
| Italien | 33.235 | 28.787 | 25.011 | 21.634 | 19.550 | 18.349 | 18.293 | 18.624 | 20.087 | 22.235 | 23.894 | 28.070 | 36.896 | 47.485 | 56.700 | 57.191 | 52.564 | 51.471 | 53.348 | 50.408 |
| Kroatien | 14.438 | 14.115 | 13.050 | 11.620 | 10.513 | 9.260 | 8.624 | 8.758 | 8.732 | 9.129 | 10.198 | 11.484 | 12.887 | 25.772 | 46.090 | 60.980 | 62.109 | 58.603 | 57.724 | 48.379 |
| Niederlande | 6.955 | 8.446 | 9.945 | 9.132 | 9.140 | 10.088 | 10.726 | 10.964 | 11.203 | 9.441 | 9.143 | 9.287 | 9.164 | 10.037 | 10.197 | 10.512 | 10.238 | 9.605 | 9.119 | 8.935 |
| Osterreich | 11.863 | 11.614 | 10.167 | 9.154 | 8.998 | 8.647 | 8.901 | 9.614 | 9.477 | 9.957 | 10.039 | 10.199 | 10.089 | 9.955 | 10.120 | 10.181 | 10.393 | 10.073 | 9.776 | 9.418 |
| Polen | 74.256 | 79.033 | 81.551 | 88.241 | 125.042 | 147.716 | 152.733 | 140.870 | 119.867 | 112.027 | 115.587 | 164.705 | 177.758 | 190.424 | 192.172 | 190.834 | 160.677 | 149.663 | 143.646 | 128.595 |
| Portugal | 11.369 | 9.287 | 7.955 | 6.981 | 5.570 | 5.010 | 5.001 | 5.516 | 5.911 | 6.779 | 6.513 | 8.297 | 11.820 | 13.635 | 11.394 | 10.145 | 9.755 | 8.952 | 8.314 | 8.080 |
| Rumänien | 24.202 | 20.142 | 23.953 | 23.780 | 23.545 | 23.274 | 23.743 | 43.894 | 48.225 | 57.273 | 75.531 | 97.518 | 120.524 | 139.487 | 198.705 | 221.405 | 222.298 | 230.603 | 251.971 | 245.047 |
| Slowakei | 10.805 | 11.374 | 11.558 | 10.599 | 11.633 | 11.806 | 11.400 | 9.505 | 8.749 | 8.499 | 8.590 | 12.224 | 13.892 | 15.038 | 15.518 | 14.541 | 12.507 | 12.239 | 11.724 | 12.046 |
| Slowenien | 1.848 | 2.589 | 2.274 | 2.029 | 2.372 | 1.489 | 1.160 | 1.200 | 1.218 | 1.242 | 1.591 | 2.486 | 3.592 | 4.331 | 4.515 | 4.754 | 3.348 | 3.074 | 2.668 | 2.401 |
| Spanien | 8.753 | 8.652 | 8.460 | 7.650 | 7.613 | 7.147 | 7.093 | 7.241 | 7.778 | 8.965 | 10.657 | 16.168 | 23.345 | 28.980 | 27.072 | 23.598 | 21.922 | 18.537 | 18.640 | 18.698 |
| Tschechien | 11.148 | 10.986 | 10.236 | 8.447 | 8.947 | 8.459 | 7.712 | 6.651 | 6.309 | 5.924 | 6.063 | 8.255 | 9.221 | 9.963 | 10.776 | 10.974 | 9.618 | 9.384 | 9.188 | 8.904 |
| Ungarn | 16.056 | 17.039 | 16.506 | 14.252 | 17.411 | 18.574 | 18.654 | 22.175 | 25.151 | 25.270 | 29.286 | 41.132 | 54.491 | 59.995 | 58.779 | 58.096 | 51.592 | 48.117 | 43.908 | 36.714 |
| Vereinigtes Königreich | 12.071 | 11.153 | 9.753 | 8.489 | 8.320 | 7.853 | 7.942 | 7.920 | 8.592 | 8.635 | 9.173 | 9.767 | 10.466 | 10.836 | 10.796 | 10.726 | 11.489 | 11.456 | 11.504 | 11.632 |
| Türkei | 50.026 | 54.695 | 58.128 | 49.774 | 42.644 | 36.019 | 30.720 | 27.599 | 26.653 | 27.212 | 27.564 | 28.610 | 26.150 | 23.230 | 22.058 | 23.698 | 28.639 | 33.655 | 40.561 | 43.775 |
| Albanien | 1.412 | 1.490 | 1.667 | 1.670 | 1.355 | 1.261 | 1.139 | 1.106 | 1.046 | 961 | 913 | 1.417 | 2.234 | 4.131 | 15.165 | 69.362 | 12.982 | 14.905 | 17.321 | 19.111 |
| Bosnien und Herzegowina | 10.421 | 12.656 | 10.489 | 8.437 | 7.987 | 7.026 | 6.635 | 6.403 | 6.154 | 6.145 | 6.920 | 9.533 | 12.235 | 15.083 | 20.659 | 21.737 | 22.393 | 23.980 | 22.749 | 24.857 |
| Nordmazedonien | 3.442 | 5.299 | 3.953 | 3.683 | 3.292 | 2.628 | 2.492 | 2.334 | 2.308 | 2.399 | 7.585 | 5.679 | 11.331 | 14.387 | 15.634 | 24.776 | 14.342 | 18.235 | 18.478 | 20.378 |
| Kosovo | - | - | - | - | - | - | - | - | 2.615 | 6.168 | 6.928 | 7.160 | 9.024 | 13.071 | 23.435 | 44.081 | 15.071 | 18.255 | 18.956 | 21.873 |
| Russische Föderation | 32.727 | 35.930 | 36.479 | 31.776 | 28.464 | 23.078 | 17.081 | 15.770 | 15.052 | 15.652 | 16.063 | 17.487 | 18.812 | 31.367 | 20.629 | 21.633 | 23.085 | 18.137 | 18.187 | 18.750 |
| Ukraine | 18.470 | 20.307 | 20.578 | 17.696 | 15.000 | 10.881 | 7.514 | 7.551 | 6.869 | 6.947 | 6.870 | 7.585 | 8.198 | 8.342 | 13.477 | 15.778 | 13.303 | 13.107 | 14.230 | 15.839 |

Fortsetzung Tabelle 1-6: Zuzüge über die Grenzen Deutschlands nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten von 2000 bis 2019

| Staatsangehörigkeit | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 ^{1,2} | 2017 | 2018 | 2019 |
|---------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|------------------|------------------|------------------|------------------|---------------------|------------------|------------------|--------------------|
| Eritrea | - | - | 598 | 809 | 780 | 561 | 496 | 586 | 464 | 649 | 868 | 933 | 833 | 3.942 | 14.372 | 17.796 | 12.910 | 8.409 | 5.633 | 3.227 |
| Marokko | 5.562 | 5.961 | 6.490 | 6.272 | 4.868 | 4.390 | 4.011 | 3.538 | 3.374 | 3.925 | 3.762 | 4.370 | 5.024 | 6.666 | 7.836 | 11.636 | 10.594 | 8.436 | 8.703 | 9.115 |
| Nigeria | - | - | 2.236 | 2.418 | 2.520 | 1.905 | 1.915 | 1.882 | 1.796 | 2.159 | 2.351 | 2.611 | 2.748 | 4.151 | 6.516 | 12.135 | 10.007 | 9.651 | 12.642 | 12.367 |
| Somalia | 577 | 485 | 395 | 457 | 409 | 249 | 180 | 171 | 255 | 441 | 2.486 | 1.266 | 1.519 | 4.174 | 6.464 | 9.653 | 8.537 | 6.383 | 5.451 | 4.036 |
| Brasilien | 4.705 | 4.961 | 4.714 | 4.690 | 5.034 | 5.518 | 5.703 | 6.087 | 6.290 | 6.390 | 6.127 | 6.870 | 7.091 | 7.779 | 8.926 | 8.010 | 8.429 | 9.477 | 10.605 | 11.009 |
| Vereinigte Staaten | 16.523 | 15.979 | 15.466 | 14.666 | 15.292 | 15.228 | 15.435 | 16.660 | 17.542 | 17.706 | 18.262 | 20.149 | 19.563 | 20.531 | 20.468 | 21.115 | 20.736 | 21.121 | 20.273 | 19.186 |
| Afghanistan | 6.434 | 6.384 | 3.896 | 2.606 | 2.313 | 1.600 | 1.505 | 1.359 | 1.855 | 4.622 | 7.377 | 9.321 | 8.581 | 9.088 | 12.922 | 84.881 | 75.763 | 12.489 | 12.523 | 13.011 |
| China | 14.676 | 19.109 | 18.463 | 16.059 | 13.067 | 12.034 | 13.211 | 13.741 | 14.293 | 15.369 | 16.248 | 18.276 | 19.740 | 22.350 | 23.163 | 25.921 | 26.632 | 26.590 | 25.902 | 25.593 |
| Indien | 6.544 | 8.949 | 9.433 | 9.227 | 9.125 | 8.364 | 9.500 | 9.880 | 11.403 | 12.009 | 13.187 | 15.352 | 18.063 | 19.455 | 22.374 | 26.113 | 27.683 | 29.535 | 33.678 | 39.103 |
| Irak | 12.564 | 17.675 | 13.003 | 6.495 | 3.275 | 3.347 | 3.678 | 5.303 | 8.923 | 13.062 | 9.496 | 7.453 | 6.654 | 5.218 | 7.140 | 64.825 | 67.978 | 27.574 | 21.650 | 16.860 |
| Iran | 7.753 | 6.740 | 6.105 | 5.017 | 4.219 | 3.377 | 3.050 | 2.819 | 3.257 | 3.951 | 5.695 | 7.175 | 8.215 | 8.250 | 7.122 | 17.187 | 23.009 | 13.676 | 19.400 | 16.183 |
| Kasachstan | - | - | 11.684 | 9.429 | 6.868 | 4.904 | 2.676 | 1.968 | 1.883 | 1.820 | 1.637 | 1.717 | 1.728 | 2.034 | 2.557 | 2.126 | 2.456 | 2.339 | 2.443 | 2.550 |
| Pakistan | 3.409 | 3.174 | 2.966 | 3.277 | 3.451 | 2.369 | 2.155 | 1.943 | 2.169 | 2.756 | 3.310 | 5.395 | 6.513 | 7.966 | 9.549 | 24.496 | 12.207 | 9.007 | 9.821 | 10.108 |
| Syrien | 4.079 | 3.524 | 3.336 | 2.719 | 2.236 | 2.095 | 1.711 | 1.688 | 1.969 | 2.338 | 2.983 | 4.560 | 8.530 | 19.017 | 69.074 | 309.699 | 179.435 | 76.391 | 48.951 | 44.073 |
| Thailand | 5.729 | 6.534 | 6.823 | 6.029 | 5.521 | 4.732 | 4.216 | 3.628 | 3.153 | 3.394 | 3.342 | 3.192 | 3.256 | 3.219 | 3.075 | 3.223 | 3.442 | 3.354 | 3.898 | 3.744 |
| Vietnam | 5.867 | 6.688 | 6.882 | 6.704 | 5.883 | 4.880 | 4.596 | 4.197 | 4.045 | 4.469 | 4.310 | 4.206 | 3.887 | 4.126 | 5.053 | 6.117 | 6.998 | 7.045 | 8.482 | 8.846 |
| Insgesamt | 841.158 | 879.217 | 842.543 | 768.975 | 780.175 | 707.352 | 661.855 | 680.766 | 682.146 | 721.014 | 798.282 | 958.299 | 1.080.936 | 1.226.493 | 1.464.724 | 2.136.954 | 1.865.122 | 1.550.721 | 1.585.111 | 2 1.558.612 |

1) Die Ergebnisse des Berichtsjahres 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Die Genauigkeit der Ergebnisse ist aufgrund von Unstimmigkeiten in Zusammenhang mit der melderechtlichen Behandlung von Schutzsuchenden eingeschränkt.

2) Die Ergebnisse ab Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Ausführliche Informationen befinden sich auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes zu Wanderungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungstatistik

Tabelle 1-7: Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten von 2000 bis 2019

| Staatsangehörigkeit | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 ^{2,3} | 2017 | 2018 | 2019 ⁴ |
|--------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------------------|---------|---------|-------------------|
| Deutschland ¹ | 111.244 | 109.507 | 117.683 | 127.267 | 150.667 | 144.815 | 155.290 | 161.105 | 174.759 | 154.988 | 141.000 | 140.132 | 133.232 | 140.282 | 148.636 | 138.273 | 281.411 | 249.181 | 261.851 | 270.294 |
| Bulgarien | 6.783 | 7.974 | 8.783 | 10.280 | 10.299 | 9.129 | 7.521 | 8.693 | 15.990 | 20.065 | 23.985 | 29.756 | 34.276 | 39.172 | 45.216 | 46.754 | 55.859 | 51.290 | 58.891 | 66.155 |
| Frankreich | 12.817 | 12.162 | 12.567 | 12.045 | 13.646 | 10.354 | 10.387 | 10.451 | 12.938 | 14.172 | 11.590 | 10.160 | 9.789 | 10.085 | 12.271 | 12.920 | 12.016 | 11.967 | 11.041 | 13.603 |
| Griechenland | 18.866 | 18.709 | 19.152 | 17.769 | 20.340 | 16.391 | 15.318 | 14.500 | 16.079 | 16.449 | 11.569 | 10.371 | 12.165 | 13.576 | 16.380 | 15.918 | 18.278 | 16.466 | 18.006 | 20.363 |
| Italien | 34.260 | 33.164 | 34.179 | 32.485 | 35.056 | 27.118 | 25.720 | 23.591 | 25.846 | 26.146 | 22.099 | 20.816 | 20.553 | 24.180 | 31.644 | 33.633 | 37.656 | 35.364 | 37.799 | 41.954 |
| Kroatien | 12.507 | 14.069 | 13.614 | 12.120 | 12.379 | 11.294 | 10.704 | 10.535 | 11.816 | 12.063 | 11.184 | 11.859 | 11.847 | 12.635 | 17.535 | 21.321 | 27.474 | 25.800 | 28.869 | 30.489 |
| Niederlande | 5.653 | 5.224 | 5.493 | 5.264 | 6.230 | 5.479 | 5.854 | 6.340 | 7.309 | 7.674 | 6.818 | 6.723 | 6.803 | 6.855 | 7.697 | 7.967 | 8.230 | 7.795 | 7.891 | 8.166 |
| Osterreich | 9.691 | 9.076 | 9.261 | 8.663 | 9.458 | 7.639 | 7.870 | 8.188 | 9.776 | 9.877 | 8.140 | 7.568 | 7.665 | 7.653 | 8.895 | 7.661 | 7.775 | 7.918 | 7.494 | 8.264 |
| Polen | 60.727 | 64.262 | 67.907 | 73.666 | 96.345 | 98.190 | 107.569 | 113.791 | 119.649 | 111.376 | 94.616 | 99.602 | 108.985 | 118.742 | 132.872 | 127.789 | 133.803 | 115.419 | 123.418 | 126.622 |
| Portugal | 12.861 | 10.968 | 10.771 | 8.508 | 8.772 | 6.912 | 6.729 | 6.452 | 7.009 | 8.032 | 6.709 | 5.702 | 5.844 | 7.162 | 8.320 | 7.736 | 8.213 | 7.431 | 7.411 | 8.103 |
| Rumänien | 16.756 | 18.369 | 17.555 | 19.759 | 20.275 | 20.606 | 21.713 | 24.524 | 37.778 | 44.305 | 48.943 | 59.821 | 71.715 | 86.742 | 118.346 | 129.059 | 162.209 | 157.415 | 183.827 | 198.860 |
| Slowakei | 8.708 | 9.703 | 9.883 | 9.669 | 10.284 | 9.088 | 9.542 | 8.479 | 9.406 | 8.087 | 7.419 | 7.854 | 8.717 | 10.136 | 11.547 | 10.600 | 10.748 | 9.797 | 10.295 | 10.952 |
| Slowenien | 1.886 | 2.368 | 2.314 | 2.223 | 2.370 | 1.607 | 1.265 | 1.241 | 1.611 | 1.686 | 1.438 | 1.629 | 2.025 | 2.493 | 2.718 | 2.892 | 2.949 | 2.420 | 2.341 | 2.336 |
| Spanien | 8.959 | 9.004 | 9.194 | 8.992 | 10.345 | 8.185 | 8.140 | 7.442 | 9.139 | 9.731 | 8.236 | 8.018 | 9.601 | 12.473 | 16.052 | 16.435 | 16.734 | 14.645 | 14.748 | 16.195 |
| Tschechien | 8.735 | 8.526 | 8.942 | 8.232 | 8.302 | 6.254 | 6.450 | 5.741 | 6.929 | 6.452 | 5.010 | 4.830 | 5.284 | 6.171 | 7.509 | 7.274 | 7.922 | 6.984 | 7.211 | 7.970 |
| Ungarn | 14.407 | 14.828 | 15.688 | 14.972 | 16.490 | 15.669 | 15.036 | 16.950 | 21.454 | 22.125 | 20.485 | 24.227 | 28.099 | 34.319 | 41.006 | 38.346 | 42.264 | 37.957 | 38.384 | 38.126 |
| Vereinigtes Königreich | 10.903 | 10.639 | 10.756 | 9.576 | 10.885 | 7.864 | 7.771 | 7.300 | 8.898 | 9.467 | 8.000 | 7.352 | 7.028 | 7.376 | 9.009 | 8.840 | 8.301 | 7.724 | 7.869 | 9.321 |
| Türkei | 40.263 | 36.495 | 36.750 | 36.863 | 38.005 | 34.466 | 32.424 | 29.879 | 34.843 | 35.410 | 31.754 | 27.922 | 27.725 | 27.896 | 25.520 | 23.985 | 24.678 | 21.350 | 24.071 | 25.407 |
| Albanien | 1.793 | 1.170 | 994 | 1.086 | 1.059 | 864 | 735 | 683 | 829 | 812 | 669 | 833 | 951 | 1.447 | 3.519 | 22.533 | 39.124 | 15.904 | 9.804 | 8.284 |
| Bosnien und Herzegowina | 22.308 | 11.173 | 9.168 | 7.950 | 8.053 | 6.829 | 6.255 | 6.476 | 6.900 | 7.435 | 6.607 | 8.360 | 8.982 | 11.043 | 13.774 | 16.055 | 16.621 | 11.831 | 10.331 | 9.974 |
| Nordmazedonien | 2.528 | 2.639 | 3.322 | 2.751 | 2.829 | 2.067 | 2.000 | 1.749 | 2.225 | 2.063 | 3.900 | 5.184 | 5.980 | 8.656 | 9.521 | 12.344 | 17.468 | 12.222 | 10.666 | 10.688 |
| Kosovo | - | - | - | - | - | - | - | - | 337 | 1.843 | 2.749 | 2.890 | 3.642 | 5.445 | 6.548 | 21.858 | 21.323 | 9.796 | 7.007 | 6.162 |

Fortsetzung Tabelle 1-7: Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten von 2000 bis 2019

| Staatsangehörigkeit | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 ^{2,3} | 2017 | 2018 | 2019 ⁴ |
|----------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|---------------------|------------------|------------------|-------------------|
| Russische Föderation | 12.207 | 12.516 | 14.414 | 13.879 | 14.078 | 12.899 | 12.122 | 11.120 | 13.881 | 13.267 | 11.424 | 10.544 | 9.553 | 14.408 | 13.888 | 10.584 | 11.173 | 11.287 | 10.953 | 10.598 |
| Ukraine | 4.893 | 5.959 | 7.127 | 6.626 | 6.357 | 5.656 | 5.240 | 4.917 | 6.337 | 5.679 | 4.847 | 4.094 | 4.074 | 4.336 | 4.594 | 5.376 | 6.834 | 7.466 | 7.705 | 9.016 |
| Eritrea | - | - | 268 | 260 | 348 | 323 | 303 | 276 | 285 | 252 | 294 | 253 | 289 | 389 | 868 | 1.900 | 3.285 | 2.656 | 2.542 | 2.590 |
| Marokko | 2.893 | 2.667 | 2.905 | 3.149 | 3.515 | 3.124 | 2.755 | 2.515 | 2.765 | 2.652 | 2.426 | 2.275 | 2.373 | 2.993 | 3.406 | 4.330 | 8.542 | 5.960 | 5.495 | 4.661 |
| Nigeria | - | - | 1.272 | 1.510 | 1.768 | 1.657 | 1.446 | 1.324 | 1.560 | 1.550 | 1.359 | 1.323 | 1.559 | 1.668 | 1.796 | 2.362 | 3.308 | 4.023 | 4.870 | 7.314 |
| Somalia | 653 | 621 | 523 | 530 | 499 | 336 | 323 | 253 | 263 | 289 | 439 | 893 | 631 | 455 | 1.304 | 2.362 | 4.058 | 2.780 | 2.946 | 2.806 |
| Brasilien | 2.892 | 3.039 | 3.069 | 3.188 | 3.449 | 3.641 | 3.945 | 4.091 | 5.364 | 5.238 | 5.123 | 4.821 | 5.194 | 5.553 | 5.773 | 6.522 | 6.418 | 4.903 | 5.476 | 6.150 |
| Vereinigte Staaten | 15.291 | 15.032 | 14.615 | 14.064 | 14.926 | 14.409 | 14.904 | 15.181 | 19.019 | 20.774 | 18.299 | 16.330 | 15.603 | 17.415 | 17.887 | 17.324 | 18.278 | 16.013 | 16.224 | 15.405 |
| Afghanistan | 2.273 | 2.632 | 2.144 | 1.778 | 1.908 | 1.700 | 1.615 | 1.184 | 1.510 | 1.597 | 1.449 | 1.453 | 1.932 | 1.860 | 2.057 | 5.309 | 19.701 | 8.849 | 7.573 | 7.087 |
| China | 6.088 | 6.349 | 9.037 | 11.704 | 12.793 | 10.468 | 11.287 | 11.020 | 13.647 | 14.762 | 14.094 | 12.853 | 12.359 | 14.571 | 14.132 | 15.592 | 17.247 | 17.100 | 18.300 | 18.718 |
| Indien | 4.630 | 4.916 | 5.450 | 6.121 | 7.302 | 7.095 | 8.228 | 8.056 | 9.532 | 10.374 | 9.981 | 9.822 | 11.108 | 12.411 | 13.134 | 15.195 | 17.186 | 15.878 | 16.803 | 17.394 |
| Irak | 3.340 | 3.320 | 5.618 | 5.088 | 5.028 | 4.316 | 4.169 | 3.473 | 3.945 | 3.705 | 3.243 | 2.961 | 3.251 | 3.002 | 2.702 | 5.120 | 20.255 | 11.328 | 9.860 | 8.528 |
| Iran | 4.233 | 4.624 | 3.950 | 3.703 | 3.780 | 2.939 | 2.831 | 2.260 | 3.189 | 3.510 | 2.861 | 2.370 | 2.579 | 2.759 | 2.628 | 3.115 | 7.269 | 4.857 | 5.059 | 5.145 |
| Kasachstan | - | - | 2.727 | 2.156 | 1.972 | 1.727 | 1.561 | 1.358 | 1.525 | 1.306 | 1.200 | 1.085 | 1.043 | 1.133 | 1.204 | 1.091 | 911 | 935 | 912 | 987 |
| Pakistan | 2.468 | 2.527 | 1.738 | 1.889 | 2.397 | 2.234 | 1.759 | 1.615 | 1.741 | 1.809 | 1.633 | 1.660 | 1.955 | 2.211 | 2.815 | 3.997 | 9.527 | 8.054 | 7.536 | 7.173 |
| Syrien | 1.085 | 967 | 1.039 | 1.191 | 1.251 | 1.128 | 1.055 | 989 | 1.180 | 1.417 | 1.214 | 1.060 | 1.244 | 1.960 | 3.153 | 11.216 | 33.612 | 16.456 | 14.601 | 12.783 |
| Thailand | 2.452 | 2.531 | 2.714 | 2.653 | 2.767 | 2.459 | 2.485 | 2.296 | 2.843 | 3.000 | 2.716 | 2.167 | 2.114 | 2.241 | 2.277 | 2.181 | 2.184 | 1.867 | 2.225 | 2.182 |
| Vietnam | 4.238 | 3.262 | 4.394 | 4.722 | 4.971 | 4.176 | 4.551 | 3.919 | 4.313 | 3.720 | 3.267 | 2.990 | 2.411 | 2.535 | 2.347 | 2.393 | 2.811 | 2.601 | 2.981 | 3.330 |
| Insgesamt | 674.038 | 606.494 | 623.255 | 626.330 | 697.632 | 628.399 | 639.064 | 636.854 | 737.889 | 733.796 | 670.605 | 678.969 | 711.991 | 797.886 | 914.241 | 997.552 | 1.365.178 | 1.134.641 | 1.185.432 | 1.231.552 |

1) Der Hintergrund der starken Veränderung zwischen 2015 und 2016 ist, dass die Zu- und Fortzüge deutscher Personen, deren bisheriger bzw. neuer Wohnort nicht bekannt war, in der Wanderungsstatistik zusätzlich berücksichtigt werden.

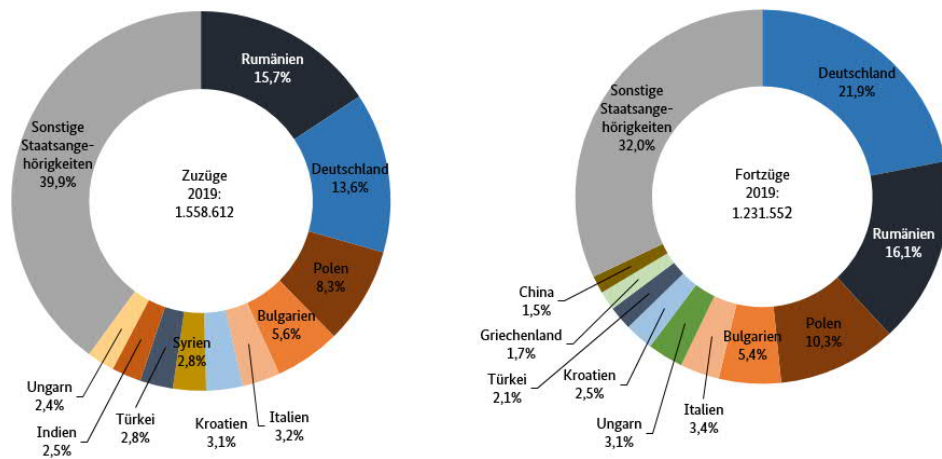
2) Die Ergebnisse des Berichtsjahres 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Die Genauigkeit der Ergebnisse ist aufgrund von Unstimmigkeiten in Zusammenhang mit der melderechtlichen Behandlung von Schutzsuchenden eingeschränkt.

3) Die Ergebnisse ab Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Ausführliche Informationen befinden sich auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes zu Wanderungen.

4) Die Wanderungszahlen 2019 enthalten Abmeldungen von Amts wegen von EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Zahl der Fortzüge nur eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

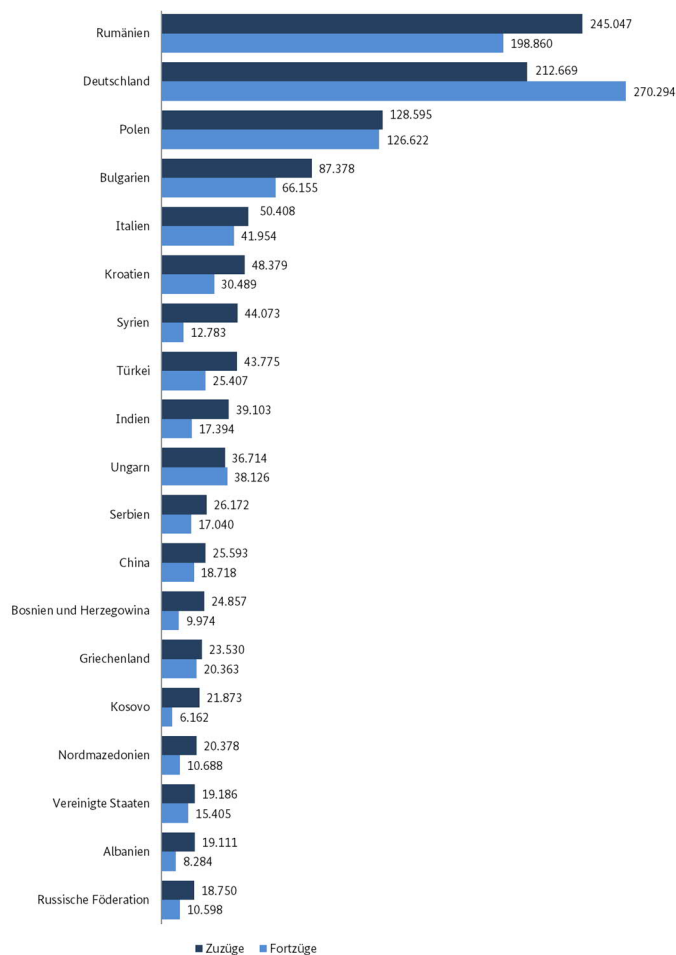
Abbildung 1-21: Zu- und Fortzüge nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2019¹



1) Die Wanderungszahlen 2019 enthalten Abmeldungen von Amts wegen von EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Zahl der Fortzüge eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Abbildung 1-22: Zu- und Fortzüge nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2019¹



1) Die Wanderungszahlen 2019 enthalten Abmeldungen von Amts wegen von EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Zahl der Fortzüge nur eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Tabelle 1-8: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2019¹ im Vergleich zum Vorjahr

| Staatsangehörigkeit | Zuzüge | | | Fortzüge | | | Wanderungssaldo | |
|-------------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|-----------------|----------------|
| | 2018 | 2019 | Veränderung in % | 2018 | 2019 | Veränderung in % | 2018 | 2019 |
| Rumänien | 251.971 | 245.047 | -2,7% | 183.827 | 198.860 | +8,2% | 68.144 | 46.187 |
| Deutschland | 201.531 | 212.669 | +5,5% | 261.851 | 270.294 | +3,2% | -60.320 | -57.625 |
| Polen | 143.646 | 128.595 | -10,5% | 123.418 | 126.622 | +2,6% | 20.228 | 1.973 |
| Bulgarien | 85.728 | 87.378 | +1,9% | 58.891 | 66.155 | +12,3% | 26.837 | 21.223 |
| Italien | 53.348 | 50.408 | -5,5% | 37.799 | 41.954 | +11,0% | 15.549 | 8.454 |
| Kroatien | 57.724 | 48.379 | -16,2% | 28.869 | 30.489 | +5,6% | 28.855 | 17.890 |
| Syrien | 48.951 | 44.073 | -10,0% | 14.601 | 12.783 | -12,5% | 34.350 | 31.290 |
| Türkei | 40.561 | 43.775 | +7,9% | 24.071 | 25.407 | +5,6% | 16.490 | 18.368 |
| Indien | 33.678 | 39.103 | +16,1% | 16.803 | 17.394 | +3,5% | 16.875 | 21.709 |
| Ungarn | 43.908 | 36.714 | -16,4% | 38.384 | 38.126 | -0,7% | 5.524 | -1.412 |
| Serbien | 25.626 | 26.172 | +2,1% | 17.117 | 17.040 | -0,4% | 8.509 | 9.132 |
| China | 25.902 | 25.593 | -1,2% | 18.300 | 18.718 | +2,3% | 7.602 | 6.875 |
| Bosnien und Herzegowina | 22.749 | 24.857 | +9,3% | 10.331 | 9.974 | -3,5% | 12.418 | 14.883 |
| Griechenland | 25.631 | 23.530 | -8,2% | 18.006 | 20.363 | +13,1% | 7.625 | 3.167 |
| Kosovo | 18.956 | 21.873 | +15,4% | 7.007 | 6.162 | -12,1% | 11.949 | 15.711 |
| Nordmazedonien | 18.478 | 20.378 | 10,3% | 10.666 | 10.688 | +0,2% | 7.812 | 9.690 |
| Vereinigte Staaten | 20.273 | 19.186 | -5,4% | 16.224 | 15.405 | -5,0% | 4.049 | 3.781 |
| Albanien | 17.321 | 19.111 | +10,3% | 9.804 | 8.284 | -15,5% | 7.517 | 10.827 |
| Russische Föderation | 18.187 | 18.750 | +3,1% | 10.953 | 10.598 | -3,2% | 7.234 | 8.152 |
| Spanien | 18.640 | 18.698 | +0,3% | 14.748 | 16.195 | +9,8% | 3.892 | 2.503 |
| Irak | 21.650 | 16.860 | -22,1% | 9.860 | 8.528 | -13,5% | 11.790 | 8.332 |
| Iran | 19.400 | 16.183 | -16,6% | 5.059 | 5.145 | +1,7% | 14.341 | 11.038 |
| Ukraine | 14.230 | 15.839 | +11,3% | 7.705 | 9.016 | +17,0% | 6.525 | 6.823 |
| Frankreich | 14.612 | 14.486 | -0,9% | 11.041 | 13.603 | +23,2% | 3.571 | 883 |
| Afghanistan | 12.523 | 13.011 | +3,9% | 7.573 | 7.087 | -6,4% | 4.950 | 5.924 |
| Nigeria | 12.642 | 12.367 | -2,2% | 4.870 | 7.314 | +50,2% | 7.772 | 5.053 |
| Slowakei | 11.724 | 12.046 | +2,7% | 10.295 | 10.952 | +6,4% | 1.429 | 1.094 |
| Vereinigtes Königreich | 11.504 | 11.632 | +1,1% | 7.869 | 9.321 | +18,5% | 3.635 | 2.311 |
| Litauen | 12.004 | 11.229 | -6,5% | 7.924 | 9.494 | +19,8% | 4.080 | 1.735 |
| Insgesamt | 1.585.112 | 1.558.612 | -1,7% | 1.185.432 | 1.231.552 | +3,9% | 399.680 | 327.060 |

1) Die Wanderungszahlen 2019 enthalten Abmeldungen von Amts wegen von EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Zahl der Fortzüge nur eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Tabelle 1-9: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht im Jahr 2019¹

| Staatsangehörigkeit | Zuzüge | | | Fortzüge | | |
|-------------------------|------------------|----------------|----------------|------------------|----------------|----------------|
| | insgesamt | männlich | weiblich | insgesamt | männlich | weiblich |
| Rumänien | 245.047 | 163.453 | 81.594 | 198.860 | 139.136 | 59.724 |
| Deutschland | 212.669 | 132.667 | 80.002 | 270.294 | 167.703 | 102.591 |
| Polen | 128.595 | 86.624 | 41.971 | 126.622 | 89.305 | 37.317 |
| Bulgarien | 87.378 | 54.635 | 32.743 | 66.155 | 43.941 | 22.214 |
| Italien | 50.408 | 30.530 | 19.878 | 41.954 | 26.356 | 15.598 |
| Kroatien | 48.379 | 31.267 | 17.112 | 30.489 | 22.241 | 8.248 |
| Syrien | 44.073 | 22.617 | 21.456 | 12.783 | 9.466 | 3.317 |
| Türkei | 43.775 | 28.851 | 14.924 | 25.407 | 17.738 | 7.669 |
| Indien | 39.103 | 24.853 | 14.250 | 17.394 | 11.978 | 5.416 |
| Ungarn | 36.714 | 24.581 | 12.133 | 38.126 | 27.295 | 10.831 |
| Serbien | 26.172 | 16.932 | 9.240 | 17.040 | 12.094 | 4.946 |
| China | 25.593 | 12.472 | 13.121 | 18.718 | 9.366 | 9.352 |
| Bosnien und Herzegowina | 24.857 | 16.276 | 8.581 | 9.974 | 7.502 | 2.472 |
| Griechenland | 23.530 | 14.645 | 8.885 | 20.363 | 13.266 | 7.097 |
| Kosovo | 21.873 | 13.198 | 8.675 | 6.162 | 4.376 | 1.786 |
| Nordmazedonien | 20.378 | 12.343 | 8.035 | 10.688 | 6.567 | 4.121 |
| Vereinigte Staaten | 19.186 | 9.908 | 9.278 | 15.405 | 8.076 | 7.329 |
| Albanien | 19.111 | 11.811 | 7.300 | 8.284 | 5.601 | 2.683 |
| Russische Föderation | 18.750 | 7.600 | 11.150 | 10.598 | 4.958 | 5.640 |
| Spanien | 18.698 | 10.371 | 8.327 | 16.195 | 8.995 | 7.200 |
| Irak | 16.860 | 10.268 | 6.592 | 8.528 | 6.237 | 2.291 |
| Iran | 16.183 | 8.954 | 7.229 | 5.145 | 3.393 | 1.752 |
| Ukraine | 15.839 | 7.268 | 8.571 | 9.016 | 4.963 | 4.053 |
| Frankreich | 14.486 | 7.429 | 7.057 | 13.603 | 6.954 | 6.649 |
| Afghanistan | 13.011 | 8.600 | 4.411 | 7.087 | 6.294 | 793 |
| Nigeria | 12.367 | 7.677 | 4.690 | 7.314 | 5.357 | 1.957 |
| Slowakei | 12.046 | 7.650 | 4.396 | 10.952 | 7.164 | 3.788 |
| Vereinigtes Königreich | 11.632 | 7.507 | 4.125 | 9.321 | 5.701 | 3.620 |
| Litauen | 11.229 | 7.178 | 4.051 | 9.494 | 6.341 | 3.153 |
| Brasilien | 11.009 | 4.919 | 6.090 | 6.150 | 2.850 | 3.300 |
| Pakistan | 10.108 | 7.457 | 2.651 | 7.173 | 6.408 | 765 |
| Österreich | 9.418 | 4.959 | 4.459 | 8.264 | 4.599 | 3.665 |
| Marokko | 9.115 | 5.556 | 3.559 | 4.661 | 3.762 | 899 |
| Niederlande | 8.935 | 5.445 | 3.490 | 8.166 | 4.923 | 3.243 |
| Tschechien | 8.904 | 5.180 | 3.724 | 7.970 | 4.849 | 3.121 |
| Vietnam | 8.846 | 3.967 | 4.879 | 3.330 | 1.925 | 1.405 |
| Moldau | 8.578 | 3.819 | 4.759 | 4.048 | 2.116 | 1.932 |
| Portugal | 8.080 | 5.274 | 2.806 | 8.103 | 5.351 | 2.752 |
| Insgesamt | 1.558.612 | 956.599 | 602.013 | 1.231.552 | 808.678 | 422.874 |

1) Die Wanderungszahlen 2019 enthalten Abmeldungen von Amts wegen von EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Zahl der Fortzüge nur eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Tabelle 1-10: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach Bundesländern im Jahr 2019¹

| Bundesland | Zuzüge | | | Fortzüge | | | Wanderungssaldo | | Gesamtbevölkerung | Zuzüge pro 1.000 der Bevölkerung | Fortzüge pro 1.000 der Bevölkerung |
|------------------------|------------------|-------------------------------|--------------|------------------|-------------------------------|--------------|-----------------|-------------------------------|-------------------|----------------------------------|------------------------------------|
| | Insgesamt | Ausländische Staatsangehörige | Anteil in % | Insgesamt | Ausländische Staatsangehörige | Anteil in % | Insgesamt | Ausländische Staatsangehörige | | | |
| Baden-Württemberg | 246.814 | 216.801 | 87,8% | 200.151 | 161.654 | 80,8% | 46.663 | 55.147 | 11.100.394 | 22,2 | 18,0 |
| Bayern | 272.870 | 246.670 | 90,4% | 217.625 | 182.737 | 84,0% | 55.245 | 63.933 | 13.124.737 | 20,8 | 16,6 |
| Berlin | 110.619 | 94.821 | 85,7% | 80.515 | 61.324 | 76,2% | 30.104 | 33.497 | 3.669.491 | 30,1 | 21,9 |
| Brandenburg | 28.789 | 23.212 | 80,6% | 22.192 | 15.581 | 70,2% | 6.597 | 7.631 | 2.521.893 | 11,4 | 8,8 |
| Bremen | 15.916 | 13.520 | 84,9% | 14.743 | 10.469 | 71,0% | 1.173 | 3.051 | 681.202 | 23,4 | 21,6 |
| Hamburg | 39.348 | 32.565 | 82,8% | 34.484 | 25.036 | 72,6% | 4.864 | 7.529 | 1.847.253 | 21,3 | 18,7 |
| Hessen | 142.003 | 124.530 | 87,7% | 110.177 | 88.297 | 80,1% | 31.826 | 36.233 | 6.288.080 | 22,6 | 17,5 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 18.492 | 15.275 | 82,6% | 14.263 | 10.478 | 73,5% | 4.229 | 4.797 | 1.608.138 | 11,5 | 8,9 |
| Niedersachsen | 151.149 | 126.639 | 83,8% | 112.933 | 89.710 | 79,4% | 38.216 | 36.929 | 7.993.608 | 18,9 | 14,1 |
| Nordrhein-Westfalen | 297.530 | 256.248 | 86,1% | 244.616 | 183.268 | 74,9% | 52.914 | 72.980 | 17.947.221 | 16,6 | 13,6 |
| Rheinland-Pfalz | 76.667 | 64.060 | 83,6% | 58.742 | 44.279 | 75,4% | 17.925 | 19.781 | 4.093.903 | 18,7 | 14,3 |
| Saarland | 15.124 | 11.809 | 78,1% | 11.767 | 7.964 | 67,7% | 3.357 | 3.845 | 986.887 | 15,3 | 11,9 |
| Sachsen | 50.098 | 41.230 | 82,3% | 38.805 | 28.624 | 73,8% | 11.293 | 12.606 | 4.071.971 | 12,3 | 9,5 |
| Sachsen-Anhalt | 27.817 | 23.193 | 83,4% | 22.602 | 17.214 | 76,2% | 5.215 | 5.979 | 2.194.782 | 12,7 | 10,3 |
| Schleswig-Holstein | 38.791 | 32.251 | 83,1% | 28.497 | 19.489 | 68,4% | 10.294 | 12.762 | 2.903.773 | 13,4 | 9,8 |
| Thüringen | 26.585 | 23.119 | 87,0% | 19.440 | 15.134 | 77,8% | 7.145 | 7.985 | 2.133.378 | 12,5 | 9,1 |
| Deutschland | 1.558.612 | 1.345.943 | 86,4% | 1.231.552 | 961.258 | 78,1% | 327.060 | 384.685 | 83.166.711 | 18,7 | 14,8 |

1) Die Wanderungszahlen 2019 enthalten Abmeldungen von Amts wegen von EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Zahl der Fortzüge nur eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungstatistik

Tabelle 1-11: Zuzüge über die Grenzen Deutschlands nach Bundesländern von 2010 bis 2019

| Bundesland | 2010 | | 2011 | | 2012 | | 2013 | | 2014 | |
|------------------------|----------------|-------------------------------|----------------|-------------------------------|------------------|-------------------------------|------------------|-------------------------------|------------------|-------------------------------|
| | Insgesamt | Ausländische Staatsangehörige | Insgesamt | Ausländische Staatsangehörige | Insgesamt | Ausländische Staatsangehörige | Insgesamt | Ausländische Staatsangehörige | Insgesamt | Ausländische Staatsangehörige |
| Baden-Württemberg | 136.216 | 116.553 | 161.647 | 142.002 | 191.048 | 171.260 | 214.279 | 194.111 | 254.975 | 234.713 |
| Bayern | 139.820 | 118.491 | 181.035 | 158.841 | 212.794 | 191.945 | 240.166 | 218.954 | 276.101 | 254.547 |
| Berlin | 59.611 | 51.456 | 69.936 | 61.446 | 77.104 | 68.373 | 84.425 | 75.408 | 93.094 | 83.853 |
| Brandenburg | 10.772 | 8.518 | 12.684 | 10.346 | 14.050 | 11.751 | 17.134 | 14.815 | 21.387 | 19.019 |
| Bremen | 8.826 | 7.853 | 9.927 | 8.917 | 11.602 | 10.553 | 12.313 | 11.208 | 14.830 | 13.782 |
| Hamburg | 26.324 | 22.883 | 31.048 | 27.456 | 32.412 | 28.776 | 34.839 | 31.166 | 33.131 | 29.675 |
| Hessen | 77.039 | 67.118 | 93.247 | 83.511 | 99.259 | 89.877 | 111.090 | 101.611 | 132.656 | 122.508 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 6.680 | 5.584 | 8.129 | 7.010 | 9.757 | 8.564 | 12.182 | 10.969 | 15.907 | 14.621 |
| Niedersachsen | 76.783 | 66.868 | 91.507 | 81.338 | 99.001 | 89.309 | 110.921 | 100.505 | 139.181 | 126.168 |
| Nordrhein-Westfalen | 162.808 | 141.473 | 188.711 | 166.912 | 207.423 | 185.640 | 240.565 | 217.907 | 289.879 | 267.573 |
| Rheinland-Pfalz | 32.971 | 27.224 | 39.682 | 34.145 | 44.867 | 39.480 | 51.656 | 46.181 | 65.138 | 59.456 |
| Saarland | 8.016 | 6.369 | 9.112 | 7.320 | 10.365 | 8.678 | 11.761 | 9.942 | 14.561 | 12.796 |
| Sachsen | 20.166 | 17.150 | 22.863 | 19.671 | 26.043 | 22.841 | 29.994 | 26.498 | 38.413 | 34.856 |
| Sachsen-Anhalt | 8.595 | 7.267 | 9.714 | 8.426 | 11.257 | 10.009 | 14.263 | 13.035 | 20.948 | 19.579 |
| Schleswig-Holstein | 15.542 | 12.167 | 18.887 | 15.596 | 21.188 | 17.717 | 25.439 | 21.882 | 33.167 | 29.623 |
| Thüringen | 8.113 | 6.556 | 10.170 | 8.758 | 12.766 | 11.135 | 15.466 | 13.876 | 21.356 | 19.760 |
| Deutschland | 798.282 | 683.530 | 958.299 | 841.695 | 1.080.936 | 965.908 | 1.226.493 | 1.108.068 | 1.464.724 | 1.342.529 |

Fortsetzung Tabelle 1-11: Zuzüge über die Grenzen Deutschlands nach Bundesländern von 2010 bis 2019

| Bundesland | 2015 | | 2016 ^{1,2} | | 2017 ² | | 2018 | | 2019 ³ | |
|------------------------|------------------|-------------------------------|---------------------|-------------------------------|-------------------|-------------------------------|------------------|-------------------------------|-------------------|-------------------------------|
| | Insgesamt | Ausländische Staatsangehörige | Insgesamt | Ausländische Staatsangehörige | Insgesamt | Ausländische Staatsangehörige | Insgesamt | Ausländische Staatsangehörige | Insgesamt | Ausländische Staatsangehörige |
| Baden-Württemberg | 341.516 | 320.942 | 291.911 | 270.195 | 252.211 | 229.722 | 250.400 | 224.211 | 246.814 | 216.801 |
| Bayern | 349.708 | 328.561 | 316.217 | 293.311 | 282.563 | 257.523 | 284.037 | 258.295 | 272.870 | 246.670 |
| Berlin | 108.195 | 99.867 | 127.457 | 114.964 | 102.290 | 88.321 | 108.632 | 92.793 | 110.619 | 94.821 |
| Brandenburg | 39.901 | 37.519 | 35.916 | 32.905 | 25.778 | 22.291 | 27.925 | 22.807 | 28.789 | 23.212 |
| Bremen | 21.539 | 20.465 | 21.161 | 19.624 | 16.384 | 14.526 | 16.521 | 14.100 | 15.916 | 13.520 |
| Hamburg | 48.173 | 44.425 | 54.438 | 49.024 | 43.809 | 37.131 | 39.392 | 32.832 | 39.348 | 32.565 |
| Hessen | 182.983 | 173.192 | 176.885 | 166.164 | 134.488 | 122.249 | 143.303 | 126.588 | 142.003 | 124.530 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 31.386 | 30.173 | 24.139 | 22.383 | 17.651 | 15.644 | 18.195 | 15.211 | 18.492 | 15.275 |
| Niedersachsen | 206.650 | 193.408 | 175.201 | 159.176 | 145.901 | 127.379 | 154.372 | 130.598 | 151.149 | 126.639 |
| Nordrhein-Westfalen | 485.047 | 463.195 | 369.666 | 341.442 | 309.250 | 276.711 | 306.232 | 269.360 | 297.530 | 256.248 |
| Rheinland-Pfalz | 97.276 | 91.922 | 85.648 | 78.578 | 69.714 | 61.654 | 77.137 | 64.560 | 76.667 | 64.060 |
| Saarland | 23.539 | 21.728 | 20.867 | 18.666 | 16.011 | 13.452 | 15.492 | 12.258 | 15.124 | 11.809 |
| Sachsen | 64.641 | 61.126 | 50.304 | 45.403 | 45.065 | 38.803 | 49.473 | 40.872 | 50.098 | 41.230 |
| Sachsen-Anhalt | 43.692 | 42.250 | 31.328 | 28.901 | 25.279 | 22.251 | 27.186 | 22.808 | 27.817 | 23.193 |
| Schleswig-Holstein | 49.379 | 45.706 | 56.476 | 52.837 | 38.438 | 32.927 | 38.891 | 31.851 | 38.791 | 32.251 |
| Thüringen | 43.329 | 41.762 | 27.508 | 25.502 | 25.889 | 23.434 | 27.924 | 24.437 | 26.585 | 23.119 |
| Deutschland | 2.136.954 | 2.016.241 | 1.865.122 | 1.719.075 | 1.550.721 | 1.384.018 | 1.585.112 | 1.383.581 | 1.558.612 | 1.345.943 |

1) Die Ergebnisse des Berichtsjahres 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Die Genauigkeit der Ergebnisse ist aufgrund von Unstimmigkeiten in Zusammenhang mit der melderechtlichen Behandlung von Schutzsuchenden eingeschränkt.

2) Die Ergebnisse ab Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Ausführliche Informationen befinden sich auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes zu Wanderungen.

3) Die Wanderungszahlen 2019 enthalten Abmeldungen von Amts wegen von EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Zahl der Fortzüge nur eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Tabelle 1-12: Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach Bundesländern von 2010 bis 2019

| Bundesland | 2010 | | 2011 | | 2012 | | 2013 | | 2014 | |
|------------------------|----------------|-------------------------------|----------------|-------------------------------|----------------|-------------------------------|----------------|-------------------------------|----------------|-------------------------------|
| | Insgesamt | Ausländische Staatsangehörige | Insgesamt | Ausländische Staatsangehörige | Insgesamt | Ausländische Staatsangehörige | Insgesamt | Ausländische Staatsangehörige | Insgesamt | Ausländische Staatsangehörige |
| Baden-Württemberg | 117.337 | 91.174 | 121.243 | 95.385 | 127.122 | 102.893 | 142.792 | 118.038 | 164.971 | 139.454 |
| Bayern | 104.951 | 80.466 | 120.333 | 94.160 | 136.694 | 110.832 | 156.604 | 128.037 | 190.071 | 154.630 |
| Berlin | 60.783 | 51.410 | 45.856 | 36.506 | 47.914 | 38.973 | 50.601 | 41.302 | 58.653 | 49.401 |
| Brandenburg | 8.630 | 5.830 | 9.241 | 6.626 | 9.573 | 6.916 | 10.773 | 8.131 | 12.294 | 9.690 |
| Bremen | 8.787 | 7.607 | 6.655 | 5.603 | 7.121 | 6.002 | 7.136 | 6.048 | 7.850 | 6.563 |
| Hamburg | 21.078 | 16.892 | 22.674 | 18.410 | 20.979 | 17.019 | 25.125 | 20.695 | 19.091 | 14.831 |
| Hessen | 67.355 | 54.993 | 63.751 | 52.241 | 65.347 | 54.547 | 70.950 | 59.438 | 76.856 | 65.127 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 5.312 | 3.805 | 5.473 | 3.923 | 6.009 | 4.576 | 6.890 | 5.375 | 7.759 | 6.190 |
| Niedersachsen | 62.325 | 52.625 | 67.837 | 57.872 | 71.481 | 62.428 | 75.986 | 66.666 | 85.138 | 75.489 |
| Nordrhein-Westfalen | 135.359 | 108.873 | 136.136 | 110.470 | 138.171 | 114.126 | 159.301 | 133.656 | 182.039 | 155.931 |
| Rheinland-Pfalz | 27.286 | 19.724 | 27.903 | 21.115 | 29.162 | 22.584 | 31.564 | 25.060 | 37.693 | 31.039 |
| Saarland | 6.016 | 4.115 | 6.072 | 4.069 | 6.707 | 4.853 | 7.437 | 5.550 | 9.638 | 7.587 |
| Sachsen | 19.765 | 15.065 | 17.622 | 12.830 | 17.465 | 12.978 | 20.163 | 15.456 | 21.260 | 16.767 |
| Sachsen-Anhalt | 6.548 | 4.519 | 8.329 | 6.229 | 7.192 | 5.342 | 8.622 | 6.789 | 11.356 | 9.627 |
| Schleswig-Holstein | 12.763 | 8.643 | 12.401 | 8.434 | 13.076 | 8.941 | 14.506 | 10.141 | 18.593 | 14.392 |
| Thüringen | 6.310 | 3.864 | 7.443 | 4.964 | 7.978 | 5.749 | 9.436 | 7.222 | 10.979 | 8.887 |
| Deutschland | 670.605 | 529.605 | 678.969 | 538.837 | 711.991 | 578.759 | 797.886 | 657.604 | 914.241 | 765.605 |

Fortsetzung Tabelle 1-12: Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach Bundesländern von 2010 bis 2019

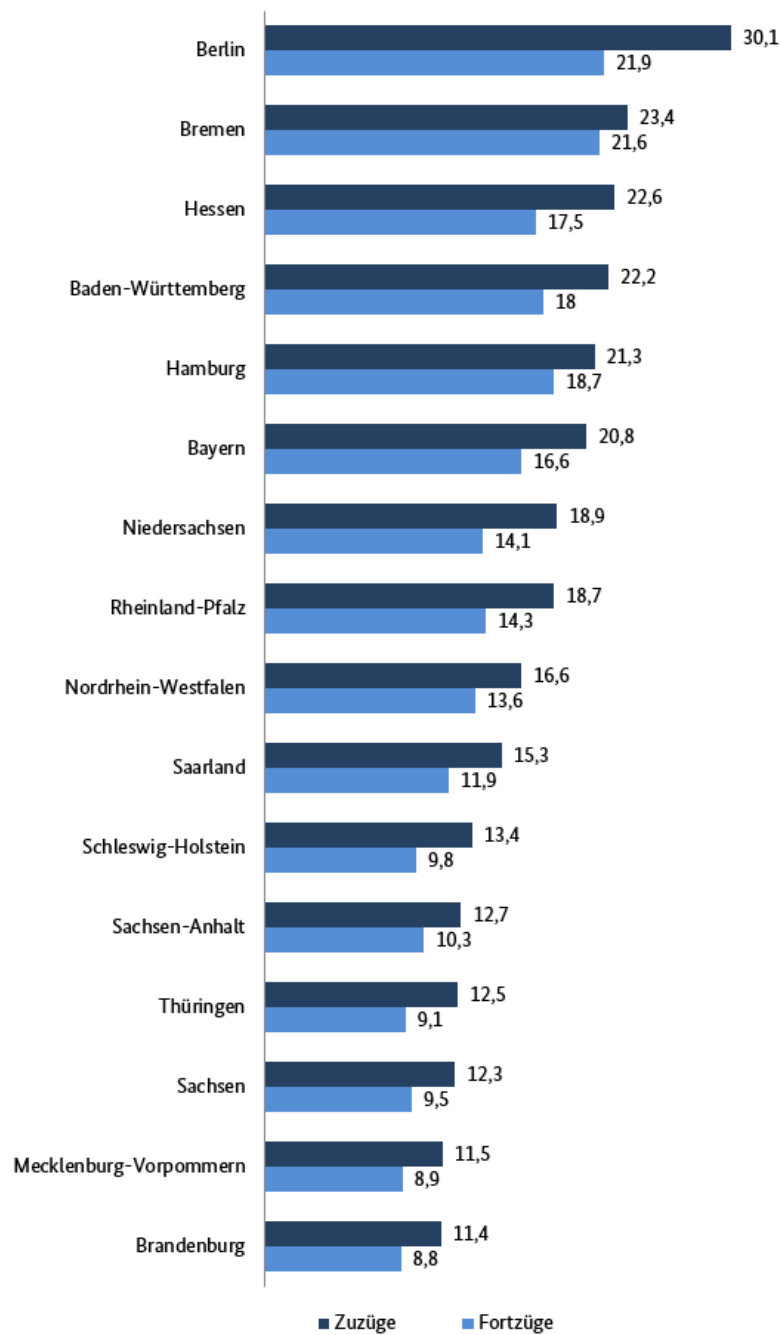
| Bundesland | 2015 | | 2016 ^{1,2} | | 2017 ² | | 2018 | | 2019 | |
|------------------------|----------------|-------------------------------|---------------------|-------------------------------|-------------------|-------------------------------|------------------|-------------------------------|------------------|-------------------------------|
| | Insgesamt | Ausländische Staatsangehörige | Insgesamt | Ausländische Staatsangehörige | Insgesamt | Ausländische Staatsangehörige | Insgesamt | Ausländische Staatsangehörige | Insgesamt | Ausländische Staatsangehörige |
| Baden-Württemberg | 172.278 | 148.142 | 211.415 | 177.333 | 174.991 | 143.999 | 193.655 | 156.911 | 200.151 | 161.654 |
| Bayern | 189.759 | 159.222 | 218.410 | 180.415 | 213.467 | 177.751 | 206.254 | 171.719 | 217.625 | 182.737 |
| Berlin | 62.482 | 53.729 | 81.200 | 59.890 | 65.744 | 48.148 | 70.761 | 52.411 | 80.515 | 61.324 |
| Brandenburg | 14.549 | 12.069 | 24.921 | 18.021 | 19.509 | 13.600 | 22.275 | 15.549 | 22.192 | 15.581 |
| Bremen | 7.892 | 6.776 | 13.498 | 10.392 | 10.197 | 7.735 | 10.687 | 7.855 | 14.743 | 10.469 |
| Hamburg | 30.757 | 26.441 | 33.587 | 23.873 | 25.341 | 18.627 | 30.263 | 22.990 | 34.484 | 25.036 |
| Hessen | 89.288 | 78.301 | 129.682 | 105.414 | 99.101 | 77.282 | 110.064 | 86.956 | 110.177 | 88.297 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 10.935 | 9.544 | 14.483 | 10.593 | 13.161 | 9.786 | 13.446 | 9.821 | 14.263 | 10.478 |
| Niedersachsen | 87.051 | 77.943 | 137.021 | 111.836 | 107.296 | 85.485 | 109.363 | 87.164 | 112.933 | 89.710 |
| Nordrhein-Westfalen | 211.112 | 186.023 | 313.287 | 247.378 | 242.372 | 183.499 | 243.384 | 183.159 | 244.616 | 183.268 |
| Rheinland-Pfalz | 43.645 | 36.987 | 64.738 | 49.019 | 53.529 | 39.519 | 56.339 | 41.843 | 58.742 | 44.279 |
| Saarland | 8.362 | 6.615 | 11.300 | 7.553 | 11.153 | 7.396 | 11.525 | 7.801 | 11.767 | 7.964 |
| Sachsen | 23.206 | 18.801 | 39.250 | 28.879 | 33.772 | 24.346 | 35.953 | 26.128 | 38.805 | 28.624 |
| Sachsen-Anhalt | 13.857 | 12.263 | 19.748 | 14.006 | 20.566 | 15.238 | 23.040 | 17.456 | 22.602 | 17.214 |
| Schleswig-Holstein | 19.376 | 15.413 | 30.599 | 21.571 | 26.566 | 19.140 | 28.929 | 20.634 | 28.497 | 19.489 |
| Thüringen | 13.003 | 11.010 | 22.039 | 17.594 | 17.876 | 13.909 | 19.494 | 15.184 | 19.440 | 15.134 |
| Deutschland | 997.552 | 859.279 | 1.365.178 | 1.083.767 | 1.134.641 | 885.460 | 1.185.432 | 923.581 | 1.231.552 | 961.258 |

1) Die Ergebnisse des Berichtsjahres 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Die Genauigkeit der Ergebnisse ist aufgrund von Unstimmigkeiten in Zusammenhang mit der melderechtlichen Behandlung von Schutzsuchenden eingeschränkt.

2) Die Ergebnisse ab Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Ausführliche Informationen befinden sich auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes zu Wanderungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Abbildung 1-23: Zu- und Fortzüge im Jahr 2019¹ nach Bundesland je 1.000 Einwohner



1) Die Wanderungszahlen 2019 enthalten Abmeldungen von Amts wegen von EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Zahl der Fortzüge nur eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik und Bevölkerungsfortschreibung

Tabelle 1-13: Zu- und Fortzüge nach Altersgruppen von 2000 bis 2019

| Jahr | unter 18 Jahren | von 18 bis unter 25 Jahre | von 25 bis unter 40 Jahre | von 40 bis unter 65 Jahre | 65 Jahre und mehr | Insgesamt |
|---------------------|-----------------|---------------------------|---------------------------|---------------------------|-------------------|------------------|
| Zuzüge | | | | | | |
| 2000 | 132.060 | 200.550 | 316.640 | 169.656 | 22.252 | 841.158 |
| 2001 | 135.459 | 216.331 | 332.626 | 172.827 | 21.974 | 879.217 |
| 2002 | 123.743 | 209.000 | 319.601 | 168.157 | 22.042 | 842.543 |
| 2003 | 104.400 | 190.257 | 296.038 | 157.930 | 20.350 | 768.975 |
| 2004 | 95.612 | 184.049 | 308.275 | 172.738 | 19.501 | 780.175 |
| 2005 | 80.509 | 163.115 | 286.644 | 160.977 | 16.107 | 707.352 |
| 2006 | 66.895 | 154.623 | 270.585 | 153.840 | 13.860 | 661.855 |
| 2007 | 71.576 | 155.646 | 277.440 | 161.299 | 14.805 | 680.766 |
| 2008 | 72.713 | 157.390 | 273.689 | 163.586 | 14.768 | 682.146 |
| 2009 | 80.094 | 163.313 | 289.514 | 172.370 | 15.723 | 721.014 |
| 2010 | 91.209 | 178.705 | 322.066 | 190.046 | 16.256 | 798.282 |
| 2011 | 107.917 | 208.566 | 391.592 | 232.851 | 17.373 | 958.299 |
| 2012 | 130.414 | 234.045 | 439.078 | 259.153 | 18.246 | 1.080.936 |
| 2013 | 163.216 | 266.116 | 490.506 | 286.647 | 20.008 | 1.226.493 |
| 2014 | 221.511 | 316.173 | 573.828 | 330.130 | 23.082 | 1.464.724 |
| 2015 | 421.176 | 495.311 | 792.222 | 402.966 | 25.279 | 2.136.954 |
| 2016 ¹ | 358.109 | 420.822 | 687.516 | 374.410 | 24.265 | 1.865.122 |
| 2017 ² | 232.254 | 340.898 | 598.483 | 355.974 | 23.112 | 1.550.721 |
| 2018 | 212.239 | 348.825 | 619.379 | 380.379 | 24.290 | 1.585.112 |
| 2019 | 204.319 | 339.722 | 610.473 | 378.740 | 25.358 | 1.558.612 |
| Fortzüge | | | | | | |
| 2000 | 99.022 | 122.635 | 279.213 | 153.381 | 19.787 | 674.038 |
| 2001 | 69.298 | 112.109 | 255.780 | 149.535 | 19.772 | 606.494 |
| 2002 | 71.149 | 118.639 | 262.753 | 150.280 | 20.434 | 623.255 |
| 2003 | 69.693 | 117.438 | 265.365 | 152.925 | 20.909 | 626.330 |
| 2004 | 73.726 | 122.504 | 296.274 | 178.971 | 26.157 | 697.632 |
| 2005 | 67.855 | 106.560 | 267.569 | 163.204 | 23.211 | 628.399 |
| 2006 | 67.197 | 106.438 | 270.709 | 170.180 | 24.540 | 639.064 |
| 2007 | 66.788 | 105.409 | 268.473 | 171.844 | 24.340 | 636.854 |
| 2008 | 70.632 | 119.053 | 308.664 | 208.518 | 31.022 | 737.889 |
| 2009 | 64.387 | 117.077 | 305.282 | 212.203 | 34.847 | 733.796 |
| 2010 | 60.589 | 113.107 | 277.260 | 189.454 | 30.195 | 670.605 |
| 2011 | 62.570 | 118.508 | 280.461 | 191.527 | 25.903 | 678.969 |
| 2012 | 64.441 | 126.286 | 294.168 | 201.330 | 25.766 | 711.991 |
| 2013 | 75.909 | 141.985 | 328.611 | 223.747 | 27.634 | 797.886 |
| 2014 | 88.270 | 162.601 | 378.466 | 253.977 | 30.927 | 914.241 |
| 2015 | 111.005 | 186.121 | 408.726 | 261.866 | 29.834 | 997.552 |
| 2016 ^{1,2} | 168.558 | 271.731 | 550.429 | 340.157 | 34.303 | 1.365.178 |
| 2017 | 116.955 | 221.584 | 464.482 | 298.277 | 33.343 | 1.134.641 |
| 2018 | 114.298 | 231.762 | 481.455 | 323.520 | 34.397 | 1.185.432 |
| 2019 ³ | 111.902 | 233.455 | 498.899 | 347.662 | 39.634 | 1.231.552 |

1) Die Ergebnisse des Berichtsjahres 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Die Genauigkeit der Ergebnisse ist aufgrund von Unstimmigkeiten in Zusammenhang mit der melde-rechtlichen Behandlung von Schutzsuchenden eingeschränkt.

2) Die Ergebnisse ab Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Ausführliche Informationen befinden sich auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes zu Wanderungen.

3) Die Wanderungszahlen 2019 enthalten Abmeldungen von Amts wegen von EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Zahl der Fortzüge nur eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Tabelle 1-14: Zu- und Fortzüge nach Geschlecht seit 2000

| Jahr | Zuzüge | | | | Fortzüge | | | |
|---------------------|-----------|----------|----------------------|------------------|----------|----------|----------------------|------------------|
| | männlich | weiblich | Anteil weiblich in % | insgesamt | männlich | weiblich | Anteil weiblich in % | insgesamt |
| 2000 | 487.839 | 353.319 | 42,0% | 841.158 | 426.798 | 247.240 | 36,7% | 674.038 |
| 2001 | 507.483 | 371.734 | 42,3% | 879.217 | 383.889 | 222.605 | 36,7% | 606.494 |
| 2002 | 481.085 | 361.458 | 42,9% | 842.543 | 390.764 | 232.491 | 37,3% | 623.255 |
| 2003 | 439.988 | 328.987 | 42,8% | 768.975 | 392.541 | 233.789 | 37,3% | 626.330 |
| 2004 | 455.601 | 324.574 | 41,6% | 780.175 | 436.362 | 261.270 | 37,5% | 697.632 |
| 2005 | 411.622 | 295.730 | 41,8% | 707.352 | 390.266 | 238.133 | 37,9% | 628.399 |
| 2006 | 393.582 | 268.273 | 40,5% | 661.855 | 394.072 | 244.992 | 38,3% | 639.064 |
| 2007 | 403.500 | 277.266 | 40,7% | 680.766 | 391.967 | 244.887 | 38,5% | 636.854 |
| 2008 | 404.759 | 277.387 | 40,1% | 682.146 | 448.347 | 289.542 | 39,2% | 737.889 |
| 2009 | 426.296 | 294.718 | 40,9% | 721.014 | 444.591 | 289.205 | 39,4% | 733.796 |
| 2010 | 475.575 | 322.707 | 40,4% | 798.282 | 406.556 | 264.049 | 39,4% | 670.605 |
| 2011 | 578.353 | 379.946 | 39,6% | 958.299 | 417.879 | 261.090 | 38,5% | 678.969 |
| 2012 | 652.321 | 428.615 | 39,7% | 1.080.936 | 443.842 | 268.149 | 37,7% | 711.991 |
| 2013 | 738.740 | 487.753 | 39,8% | 1.226.493 | 498.936 | 298.950 | 37,5% | 797.886 |
| 2014 | 887.234 | 577.490 | 39,4% | 1.464.724 | 574.595 | 339.646 | 37,2% | 914.241 |
| 2015 | 1.366.230 | 770.724 | 36,1% | 2.136.954 | 633.805 | 363.746 | 36,5% | 997.551 |
| 2016 ^{1,2} | 1.151.987 | 713.135 | 38,2% | 1.865.122 | 903.363 | 461.815 | 33,8% | 1.365.178 |
| 2017 | 942.997 | 607.724 | 39,2% | 1.550.721 | 744.469 | 390.172 | 34,4% | 1.134.641 |
| 2018 | 971.945 | 613.167 | 38,7% | 1.585.112 | 780.532 | 404.900 | 34,2% | 1.185.432 |
| 2019 ³ | 956.599 | 602.013 | 38,6% | 1.558.612 | 808.678 | 422.874 | 34,3% | 1.231.552 |

1) Die Ergebnisse des Berichtsjahres 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Die Genauigkeit der Ergebnisse ist aufgrund von Unstimmigkeiten in Zusammenhang mit der melde-rechtlichen Behandlung von Schutzsuchenden eingeschränkt.

2) Die Ergebnisse ab Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Ausführliche Informationen befinden sich auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes zu Wanderungen.

3) Die Wanderungszahlen 2019 enthalten Abmeldungen von Amts wegen von EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Zahl der Fortzüge nur eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Tabelle 1-15: Zuzüge von Drittstaatsangehörigen im Jahr 2019 nach ausgewählten Aufenthaltswegen und/oder Aufenthaltstiteln¹

| Staatsangehörigkeit | Aufenthaltstitel | | | | | | | Niederlassungserlaubnis ³ | EU-Aufenthaltsrecht | Aufenthalts-gestattung | Duldung ⁴ | Gesamt | |
|-------------------------|------------------|-------------------------|---------------------|-------------------------------|-------------------|------------------|---------------------------|--------------------------------------|---------------------|------------------------|----------------------|----------------|----------------|
| | Studium | Sprachkurs, Schulbesuch | Sonstige Ausbildung | Erwerbstätigkeit ² | Humanitäre Gründe | Familiäre Gründe | Sonstige Aufenthaltstitel | | | | | absolut | davon weiblich |
| Syrien | 249 | 58 | 12 | 116 | 10.204 | 12.790 | 348 | 77 | 22 | 6.407 | 815 | 39.578 | 20.029 |
| Indien | 8.508 | 114 | 116 | 7.368 | 56 | 7.447 | 859 | 74 | 274 | 234 | 435 | 36.209 | 13.487 |
| Türkei | 1.474 | 107 | 46 | 3.389 | 1.343 | 8.708 | 503 | 2.424 | 475 | 7.036 | 573 | 35.417 | 12.945 |
| China | 6.383 | 532 | 166 | 2.536 | 121 | 2.239 | 342 | 141 | 112 | 342 | 192 | 23.441 | 12.068 |
| Serbien ⁵ | 144 | 18 | 112 | 5.125 | 191 | 2.356 | 363 | 267 | 1.930 | 269 | 827 | 21.905 | 7.690 |
| Bosnien und Herzegowina | 87 | 29 | 324 | 6.674 | 57 | 4.490 | 476 | 142 | 1.099 | 66 | 235 | 21.717 | 7.600 |
| Kosovo | 114 | 9 | 330 | 4.258 | 65 | 7.806 | 634 | 157 | 308 | 93 | 343 | 19.747 | 8.170 |
| Albanien | 405 | 47 | 158 | 3.634 | 42 | 2.791 | 880 | 17 | 855 | 598 | 756 | 19.044 | 6.899 |
| Vereinigte Staaten | 3.730 | 846 | 227 | 4.489 | 28 | 2.833 | 1.061 | 126 | 245 | 11 | 17 | 17.704 | 8.591 |
| Nordmazedonien | 69 | 16 | 29 | 3.989 | 41 | 2.142 | 350 | 68 | 1.685 | 253 | 507 | 17.213 | 6.743 |
| Russische Föderation | 1.182 | 132 | 76 | 1.822 | 357 | 4.188 | 190 | 387 | 333 | 1.345 | 844 | 17.164 | 10.260 |
| Irak | 102 | 15 | 4 | 29 | 1.070 | 1.863 | 78 | 170 | 37 | 7.012 | 1.446 | 15.371 | 6.254 |
| Ukraine | 694 | 75 | 254 | 1.267 | 271 | 2.608 | 217 | 314 | 745 | 600 | 245 | 15.361 | 7.873 |
| Iran | 1.279 | 24 | 18 | 1.012 | 628 | 1.913 | 149 | 98 | 28 | 5.714 | 858 | 14.949 | 6.805 |
| Afghanistan | 96 | 7 | 11 | 7 | 1.152 | 1.151 | 103 | 57 | 52 | 5.027 | 1.460 | 12.405 | 4.227 |
| Nigeria | 1.068 | 10 | 37 | 151 | 107 | 668 | 228 | 36 | 81 | 3.563 | 1.557 | 11.071 | 4.217 |
| Brasilien | 1.487 | 709 | 127 | 1.478 | 10 | 1.816 | 243 | 57 | 931 | 16 | 12 | 9.632 | 5.311 |
| Pakistan | 1.152 | 21 | 24 | 285 | 72 | 1.610 | 755 | 50 | 181 | 1.254 | 724 | 9.283 | 2.467 |
| Marokko | 769 | 35 | 249 | 204 | 37 | 1.712 | 448 | 101 | 501 | 309 | 348 | 8.447 | 3.353 |
| Moldau (Republik) | 24 | 5 | 10 | 58 | 12 | 131 | 32 | 7 | 2.531 | 542 | 344 | 8.051 | 4.250 |
| Insgesamt | 46.762 | 5.338 | 5.140 | 64.190 | 21.014 | 96.633 | 14.328 | 6.124 | 15.688 | 54.844 | 20.336 | 533.997 | 231.294 |

1) Ohne im Inland geborene ausländische Kinder. Die Differenz zwischen der Summe der aufgeführten Aufenthaltstitel und der Spalte „Insgesamt“ erklärt sich dadurch, dass in der Tabelle nicht alle Aufenthaltstitel aufgeführt sind. So sind in der Tabelle etwa Personen, die vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind sowie Personen, die einen Antrag auf einen Aufenthaltstitel gestellt haben, nicht enthalten.

2) Nach § 18 - 21 AufenthG.

3) In etwa drei Viertel dieser Fälle handelt es sich um Personen mit Wiedereinreise im jeweiligen Berichtsjahr.

4) Hierbei handelt es sich vielfach um Personen, die 2019 als Schutzsuchende eingereist sind und nach einem negativen Bescheid eine Duldung erhielten.

5) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Quelle: Ausländerzentralregister

Tabelle 1-16: Ausländische Staatsangehörige, die von 2009 bis 2018 zugewandert sind, mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens einem Jahr

| Staatsangehörigkeit | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 |
|-------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|------------------|----------------|----------------|----------------|
| Rumänien | 19.185 | 29.194 | 41.131 | 54.806 | 65.902 | 102.704 | 115.224 | 123.137 | 108.930 | 109.944 |
| Polen | 37.414 | 43.457 | 74.094 | 83.220 | 94.967 | 99.317 | 102.376 | 83.464 | 76.074 | 69.550 |
| Bulgarien | 12.216 | 17.370 | 23.890 | 29.345 | 31.524 | 45.506 | 52.562 | 50.655 | 46.379 | 44.289 |
| Syrien | 1.750 | 2.510 | 3.780 | 8.317 | 17.228 | 67.772 | 380.908 | 68.949 | 68.116 | 41.552 |
| Kroatien | 2.333 | 2.610 | 3.163 | 4.188 | 14.701 | 30.195 | 42.169 | 42.159 | 40.265 | 37.736 |
| Italien | 9.546 | 11.322 | 13.289 | 19.489 | 26.947 | 32.815 | 35.135 | 33.519 | 30.692 | 29.460 |
| Türkei | 14.749 | 15.140 | 16.535 | 15.168 | 15.282 | 16.444 | 18.019 | 24.962 | 23.725 | 27.676 |
| Indien | 6.493 | 7.695 | 9.190 | 11.238 | 12.364 | 14.712 | 17.548 | 22.359 | 20.580 | 24.590 |
| Ungarn | 8.785 | 12.458 | 20.411 | 30.580 | 33.335 | 33.122 | 32.829 | 28.667 | 25.416 | 21.933 |
| China | 9.905 | 10.912 | 12.649 | 13.761 | 14.850 | 16.917 | 18.420 | 21.312 | 18.987 | 17.613 |
| Irak | 10.419 | 7.741 | 6.070 | 5.379 | 4.243 | 7.115 | 94.180 | 23.939 | 22.759 | 16.312 |
| Iran | 2.778 | 4.292 | 5.796 | 6.979 | 6.879 | 6.375 | 25.071 | 11.551 | 11.056 | 15.731 |
| Griechenland | 4.139 | 6.783 | 14.300 | 21.759 | 21.596 | 19.256 | 19.214 | 18.419 | 17.337 | 15.513 |
| Kosovo | 4.159 | 4.666 | 4.836 | 5.704 | 8.602 | 19.944 | 21.435 | 14.682 | 14.400 | 15.001 |
| Bosnien und Herzegowina | 1.865 | 2.097 | 2.661 | 4.314 | 6.318 | 9.638 | 10.611 | 16.595 | 15.408 | 14.878 |
| Serbien ¹ | 3.094 | 6.067 | 5.821 | 7.617 | 12.285 | 19.072 | 18.573 | 14.787 | 13.116 | 13.346 |
| Sonstige | 136.054 | 155.989 | 183.843 | 208.551 | 253.074 | 310.414 | 550.486 | 326.825 | 295.772 | 292.880 |
| Insgesamt | 284.884 | 340.303 | 441.459 | 530.415 | 640.097 | 851.318 | 1.554.760 | 925.981 | 849.012 | 808.004 |

1) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Quelle: Ausländerzentralregister

Tabelle 2-1: Zu- und Fortzüge von EU-Staatsangehörigen¹ über die Grenzen Deutschlands in den Jahren 2018 und 2019²

| Staatsangehörigkeit | Zuzüge | | Fortzüge | | Wanderungssaldo | |
|------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|-----------------|----------------|
| | 2019 | 2018 | 2019 | 2018 | 2019 | 2018 |
| Rumänien | 245.047 | 251.971 | 198.860 | 183.827 | 46.187 | 68.144 |
| Polen | 128.595 | 143.646 | 126.622 | 123.418 | 1.973 | 20.228 |
| Bulgarien | 87.378 | 85.728 | 66.155 | 58.891 | 21.223 | 26.837 |
| Italien | 50.408 | 53.348 | 41.954 | 37.799 | 8.454 | 15.549 |
| Kroatien | 48.379 | 57.724 | 30.489 | 28.869 | 17.890 | 28.855 |
| Ungarn | 36.714 | 43.908 | 38.126 | 38.384 | -1.412 | 5.524 |
| Griechenland | 23.530 | 25.631 | 20.363 | 18.006 | 3.167 | 7.625 |
| Spanien | 18.698 | 18.640 | 16.195 | 14.748 | 2.503 | 3.892 |
| Frankreich | 14.486 | 14.612 | 13.603 | 11.041 | 883 | 3.571 |
| Slowakei | 12.046 | 11.724 | 10.952 | 10.295 | 1.094 | 1.429 |
| Vereinigtes Königreich | 11.632 | 11.504 | 9.321 | 7.869 | 2.311 | 3.635 |
| Litauen | 11.229 | 12.004 | 9.494 | 7.924 | 1.735 | 4.080 |
| Österreich | 9.418 | 9.776 | 8.264 | 7.494 | 1.154 | 2.282 |
| Niederlande | 8.935 | 9.119 | 8.166 | 7.891 | 769 | 1.228 |
| Tschechien | 8.904 | 9.188 | 7.970 | 7.211 | 934 | 1.977 |
| Portugal | 8.080 | 8.314 | 8.103 | 7.411 | -23 | 903 |
| Lettland | 7.090 | 7.355 | 5.981 | 5.329 | 1.109 | 2.026 |
| Belgien | 2.829 | 2.779 | 2.176 | 2.016 | 653 | 763 |
| Luxemburg | 2.792 | 2.632 | 1.784 | 1.489 | 1.008 | 1.143 |
| Schweden | 2.730 | 2.754 | 2.330 | 1.945 | 400 | 809 |
| Irland | 2.469 | 2.299 | 1.930 | 1.615 | 539 | 684 |
| Slowenien | 2.401 | 2.668 | 2.336 | 2.341 | 65 | 327 |
| Dänemark | 2.184 | 2.149 | 2.307 | 1.938 | -123 | 211 |
| Finnland | 1.764 | 1.996 | 1.932 | 1.694 | -168 | 302 |
| Estland | 787 | 856 | 686 | 656 | 101 | 200 |
| Zypern | 369 | 373 | 298 | 275 | 71 | 98 |
| Malta | 100 | 98 | 82 | 67 | 18 | 31 |
| EU insgesamt | 748.994 | 792.796 | 636.479 | 590.443 | 112.515 | 202.353 |

1) Ohne deutsche Staatsangehörige.

2) Die Wanderungszahlen 2019 enthalten Abmeldungen von Amts wegen von EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Zahl der Fortzüge nur eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Tabelle 3-20: Zuwanderungsgruppen seit 1991¹

| Jahr | EU-Binnenmigration ² | Familien-nachzug von Drittstaatsangehörigen | Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler einschließlich Familienangehörige | Jüdische Zuwanderung | Asyl-erstanträge | Humanitäre Aufnahme ³ | Erwerbsmigration nach §§ 18 -21 AufenthG | Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer im ersten Hochschulsemester ⁴ |
|------|---------------------------------|---|--|----------------------|------------------|----------------------------------|--|---|
| 1991 | 128.142 | - | 221.995 | - | 256.112 | - | - | - |
| 1992 | 120.445 | - | 230.565 | - | 438.191 | - | - | - |
| 1993 | 117.115 | - | 218.888 | 16.597 | 322.599 | - | - | 26.171 |
| 1994 | 139.382 | - | 222.591 | 8.811 | 127.210 | - | - | 27.928 |
| 1995 | 175.977 | - | 217.898 | 15.184 | 127.937 | - | - | 28.223 |
| 1996 | 171.804 | - | 177.751 | 15.959 | 116.367 | - | - | 29.423 |
| 1997 | 150.583 | - | 134.419 | 19.437 | 104.353 | - | - | 31.125 |
| 1998 | 135.908 | - | 103.080 | 17.788 | 98.644 | - | - | 34.775 |
| 1999 | 135.268 | - | 104.916 | 18.205 | 95.113 | - | - | 39.905 |
| 2000 | 130.683 | - | 95.615 | 16.538 | 78.564 | - | - | 45.149 |
| 2001 | 120.590 | - | 98.484 | 16.711 | 88.278 | - | - | 53.175 |
| 2002 | 110.610 | - | 91.416 | 19.262 | 71.124 | - | - | 58.480 |
| 2003 | 98.709 | - | 72.885 | 15.442 | 50.563 | - | - | 60.113 |
| 2004 | 266.355 | - | 59.093 | 11.208 | 35.607 | - | - | 58.247 |
| 2005 | 286.047 | - | 35.522 | 5.968 | 28.914 | - | 18.415 | 55.773 |
| 2006 | 289.235 | 56.302 | 7.747 | 1.079 | 21.029 | - | 30.188 | 53.554 |
| 2007 | 343.851 | 55.194 | 5.792 | 2.502 | 19.164 | - | 29.803 | 53.759 |
| 2008 | 335.914 | 51.244 | 4.362 | 1.436 | 22.085 | - | 30.601 | 58.350 |
| 2009 | 348.909 | 48.235 | 3.360 | 1.088 | 27.649 | - | 26.386 | 60.910 |
| 2010 | 398.451 | 54.865 | 2.350 | 1.015 | 41.332 | - | 29.768 | 66.413 |
| 2011 | 532.395 | 54.031 | 2.148 | 986 | 45.741 | - | 38.083 | 72.886 |
| 2012 | 623.407 | 54.816 | 1.817 | 458 | 64.539 | 4.596 | 38.745 | 79.537 |
| 2013 | 707.771 | 56.046 | 2.427 | 246 | 109.580 | 4.999 | 33.648 | 86.170 |
| 2014 | 809.807 | 63.677 | 5.649 | 237 | 173.072 | 7.324 | 37.283 | 92.916 |
| 2015 | 846.039 | 82.440 | 6.118 | 378 | 441.899 | 7.806 | 38.836 | 99.087 |
| 2016 | 796.522 | 105.551 | 6.588 | 688 | 722.370 | 6.577 | 50.964 | 101.294 |
| 2017 | 777.750 | 114.861 | 7.059 | 873 | 198.317 | 4.716 | 60.882 | 104.940 |
| 2018 | 792.796 | 97.129 | 7.126 | 1.038 | 161.931 | 4.072 | 60.857 | 109.995 |
| 2019 | 748.994 | 96.633 | 7.155 | 789 | 142.509 | 4.753 | 64.219 | 110.974 |

1) Eine Addition der Zuwanderungsgruppen zu einer Gesamtsumme ist aufgrund unterschiedlicher Erhebungskriterien (z. B. Fall- vs. Personenstatistik) und Doppelzählungen (z. B. EU-Binnenmigration und Saisonarbeitnehmerinnen und Saisonarbeitnehmer aus EU-Staaten) nicht möglich. Vgl. dazu jeweils die folgenden Unterkapitel.

2) Bis 2003: EU-14; 2004 bis 2006: EU-24; ab 2007 bis 2012: EU-26; ab 2013: EU-27; jeweils ohne Deutsche.

3) Nach § 22 AufenthG und § 25 Abs. 4 AufenthG bzw. Resettlement-Programm.

4) Hierbei handelt es sich um Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer (siehe Kapitel 3.3.1), die sich im jeweiligen Berichtsjahr erstmalig an einer deutschen Hochschule immatrikuliert haben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, BAMF, Bundesverwaltungsamt, Ausländerzentralregister

Tabelle 3-21: Erwerbsmigration nach § 18 AufenthG im Jahr 2019 nach Qualifikationsniveau, den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht

| Staatsangehörigkeit | Keine qualifizierte Beschäftigung (§ 18 Abs. 3 AufenthG) | | | Qualifizierte Beschäftigung nach Rechtsverordnung (§ 18 Abs. 4 AufenthG) | | | Beschäftigung nach § 18 AufenthG insgesamt | | |
|---------------------------------------|---|-------------------|--------------|--|-------------------|--------------|---|-------------------|--------------|
| | absolut | davon weiblich | in % | absolut | davon weiblich | in % | absolut | davon weiblich | in % |
| Bosnien und Herzegowina | 3.739 | 667 | 17,8% | 2.723 | 365 | 13,4% | 6.462 | 1.032 | 16,0% |
| Serbien¹ | 2.148 | 223 | 10,4% | 2.669 | 449 | 16,8% | 4.817 | 672 | 14,0% |
| Kosovo | 3.189 | 206 | 6,5% | 942 | 54 | 5,7% | 4.131 | 260 | 6,3% |
| Nordmazedonien | 3.248 | 608 | 18,7% | 668 | 65 | 9,7% | 3.916 | 673 | 17,2% |
| Albanien | 2.497 | 612 | 24,5% | 937 | 358 | 38,2% | 3.434 | 970 | 28,2% |
| Vereinigte Staaten | 1.372 | 618 | 45,0% | 1.823 | 712 | 39,1% | 3.195 | 1.330 | 41,6% |
| Türkel | 368 | 47 | 12,8% | 1.857 | 168 | 9,0% | 2.225 | 215 | 9,7% |
| Indien | 85 | 48 | 56,5% | 1.897 | 411 | 21,7% | 1.982 | 459 | 23,2% |
| Japan | 470 | 239 | 50,9% | 1.410 | 200 | 14,2% | 1.880 | 439 | 23,4% |
| China | 157 | 138 | 87,9% | 928 | 293 | 31,6% | 1.085 | 431 | 39,7% |
| Kanada | 588 | 254 | 43,2% | 267 | 97 | 36,3% | 855 | 351 | 41,1% |
| Russische Föderation | 346 | 298 | 86,1% | 444 | 187 | 42,1% | 790 | 485 | 61,4% |
| Brasilien | 306 | 227 | 74,2% | 430 | 127 | 29,5% | 736 | 354 | 48,1% |
| Kolumbien | 625 | 484 | 77,4% | 111 | 63 | 56,8% | 736 | 547 | 74,3% |
| Ukraine | 382 | 270 | 70,7% | 316 | 109 | 34,5% | 698 | 379 | 54,3% |
| Sonstige Staatsangehörigkeiten | 5.305 | 3.399 | 64,1% | 3.883 | 1.411 | 37,4% | 9.188 | 4.810 | 52,8% |
| Insgesamt | 24.825 | 8.338 | 33,6% | 21.305 | 5.069 | 23,8% | 46.130 | 13.407 | 29,1% |

1) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Quelle: Ausländerzentralregister

Tabelle 3-22: Erwerbsmigration von hochqualifizierten Fachkräften nach § 19a AufenthG (Blaue Karte EU) nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten (Einreise im jeweiligen Berichtsjahr)

| Staatsangehörigkeit | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 |
|--------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|---------------|---------------|
| Indien | 1.019 | 1.116 | 1.387 | 1.750 | 2.339 | 3.549 | 3.956 |
| Türkei | 134 | 184 | 266 | 439 | 670 | 824 | 990 |
| Russische Föderation | 447 | 512 | 772 | 780 | 794 | 859 | 893 |
| China | 243 | 307 | 439 | 628 | 810 | 649 | 654 |
| Brasilien | 96 | 128 | 244 | 359 | 473 | 626 | 616 |
| Sonstige Staatsangehörigkeiten | 2.712 | 3.131 | 3.684 | 4.082 | 4.566 | 5.508 | 6.028 |
| Insgesamt | 4.651 | 5.378 | 6.792 | 8.038 | 9.652 | 12.015 | 13.137 |

Quelle: Ausländerzentralregister

Tabelle 3-23: Erwerbsmigration von Hochqualifizierten nach § 19a AufenthG (Blaue Karte EU) im Jahr 2019 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten, Art der Beschäftigung und Geschlecht

| Staatsangehörigkeit | Regelberufe nach § 19a AufenthG | | Mangelberufe nach § 19a AufenthG | | Beschäftigung nach § 19a AufenthG insgesamt | | |
|--------------------------------|---------------------------------|--------------|----------------------------------|--------------|---|----------------|--------------|
| | absolut | in % | absolut | in % | absolut | davon weiblich | in % |
| Indien | 2.446 | 61,8% | 1.510 | 38,2% | 3.956 | 686 | 17,3% |
| Türkei | 626 | 63,2% | 364 | 36,8% | 990 | 274 | 27,7% |
| Russische Föderation | 555 | 62,2% | 338 | 37,8% | 893 | 221 | 24,7% |
| China | 464 | 70,9% | 190 | 29,1% | 654 | 254 | 38,8% |
| Brasilien | 378 | 61,4% | 238 | 38,6% | 616 | 106 | 17,2% |
| Vereinigte Staaten | 468 | 79,6% | 120 | 20,4% | 588 | 222 | 37,8% |
| Iran | 274 | 48,2% | 295 | 51,8% | 569 | 141 | 24,8% |
| Ukraine | 254 | 51,4% | 240 | 48,6% | 494 | 122 | 24,7% |
| Ägypten | 252 | 56,6% | 193 | 43,4% | 445 | 68 | 15,3% |
| Serbien ¹ | 100 | 34,0% | 194 | 66,0% | 294 | 123 | 41,8% |
| Sonstige Staatsangehörigkeiten | 1.942 | 53,4% | 1.696 | 46,6% | 3.638 | 1.002 | 27,5% |
| Insgesamt | 7.759 | 59,1% | 5.378 | 40,9% | 13.137 | 3.219 | 24,5% |

1) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Quelle: Ausländerzentralregister

Tabelle 3-24: Forschende nach § 20 AufenthG nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht (Einreise im jeweiligen Berichtsjahr)

| Staatsangehörigkeit | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | | |
|--------------------------------|------------|------------|------------|------------|------------|--------------|--------------|----------------|--------------|
| | | | | | | | absolut | davon weiblich | in % |
| China | 89 | 86 | 64 | 67 | 149 | 228 | 521 | 206 | 39,5% |
| Indien | 61 | 41 | 47 | 43 | 71 | 144 | 224 | 82 | 36,6% |
| Vereinigte Staaten | 55 | 53 | 61 | 62 | 121 | 158 | 166 | 68 | 41,0% |
| Iran | 12 | 11 | 13 | 16 | 50 | 79 | 104 | 49 | 47,1% |
| Brasilien | 18 | 23 | 18 | 13 | 46 | 86 | 101 | 31 | 30,7% |
| Sonstige Staatsangehörigkeiten | 209 | 183 | 206 | 221 | 440 | 578 | 849 | 348 | 41,0% |
| Insgesamt | 444 | 397 | 409 | 422 | 877 | 1.273 | 1.965 | 784 | 39,9% |

Quelle: Ausländerzentralregister

Tabelle 3-25: Selbständige nach § 21 AufenthG nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht (Einreise im jeweiligen Berichtsjahr)

| Staatsangehörigkeit | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | | | | |
|--------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|---------------------|--------------|----------------|--------------|
| | | | | | | | absolut | davon freiberuflich | | davon weiblich | |
| | | | | | | | | absolut | in % | absolut | in% |
| Vereinigte Staaten | 621 | 633 | 662 | 633 | 598 | 639 | 521 | 487 | 93,5% | 289 | 55,5% |
| China | 152 | 209 | 230 | 209 | 203 | 152 | 123 | 25 | 20,3% | 50 | 40,7% |
| Iran | 24 | 30 | 41 | 71 | 83 | 98 | 84 | 4 | 4,8% | 4 | 4,8% |
| Australien | 134 | 86 | 92 | 94 | 96 | 73 | 83 | 79 | 95,2% | 43 | 51,8% |
| Türkei | 33 | 39 | 31 | 65 | 112 | 98 | 80 | 27 | 33,8% | 15 | 18,8% |
| Kanada | 102 | 110 | 105 | 94 | 113 | 83 | 69 | 67 | 97,1% | 36 | 52,2% |
| Russische Föderation | 77 | 83 | 87 | 64 | 65 | 55 | 66 | 50 | 75,8% | 33 | 50,0% |
| Japan | 62 | 63 | 52 | 59 | 65 | 68 | 56 | 48 | 85,7% | 33 | 58,9% |
| Israel | 57 | 86 | 63 | 66 | 63 | 43 | 42 | 41 | 97,6% | 11 | 26,2% |
| Ukraine | 77 | 107 | 112 | 70 | 79 | 55 | 39 | 32 | 82,1% | 15 | 38,5% |
| Sonstige Staatsangehörigkeiten | 351 | 335 | 307 | 308 | 311 | 354 | 321 | 216 | 67,3% | 108 | 33,6% |
| Insgesamt | 1.690 | 1.781 | 1.782 | 1.733 | 1.788 | 1.718 | 1.484 | 1.076 | 72,5% | 637 | 42,9% |

Quelle: Ausländerzentralregister

Tabelle 3-26: Deutsche und ausländische Studierende an deutschen Hochschulen vom Wintersemester 2000/2001 bis zum Wintersemester 2019/2020

| Semester | Deutsche und ausländische Studierende insgesamt | Ausländische Studierende | davon Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer | Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an ausländischen Studierenden in % |
|--------------|---|--------------------------|--|--|
| WS 2000/2001 | 1.799.338 | 187.027 | 125.714 | 67,2% |
| WS 2001/2002 | 1.868.666 | 206.141 | 142.786 | 69,3% |
| WS 2002/2003 | 1.939.233 | 227.026 | 163.213 | 71,9% |
| WS 2003/2004 | 2.019.831 | 246.136 | 180.306 | 73,3% |
| WS 2004/2005 | 1.963.598 | 246.334 | 186.656 | 75,8% |
| WS 2005/2006 | 1.986.106 | 248.357 | 189.450 | 76,3% |
| WS 2006/2007 | 1.979.445 | 246.369 | 188.436 | 76,5% |
| WS 2007/2008 | 1.941.763 | 233.606 | 177.852 | 76,1% |
| WS 2008/2009 | 2.025.742 | 239.143 | 180.222 | 75,4% |
| WS 2009/2010 | 2.121.190 | 244.776 | 181.249 | 74,0% |
| WS 2010/2011 | 2.217.604 | 252.032 | 184.960 | 73,4% |
| WS 2011/2012 | 2.380.974 | 265.292 | 192.853 | 72,7% |
| WS 2012/2013 | 2.499.409 | 282.201 | 204.644 | 72,5% |
| WS 2013/2014 | 2.616.881 | 301.350 | 218.848 | 72,6% |
| WS 2014/2015 | 2.698.910 | 321.569 | 235.858 | 73,3% |
| WS 2015/2016 | 2.757.799 | 340.305 | 251.542 | 73,9% |
| WS 2016/2017 | 2.807.010 | 358.895 | 265.484 | 74,0% |
| WS 2017/2018 | 2.844.978 | 374.583 | 282.002 | 75,3% |
| WS 2018/2019 | 2.868.222 | 394.665 | 302.157 | 76,6% |
| WS 2019/2020 | 2.891.049 | 411.601 | 319.902 | 77,7% |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 3-27: Deutsche und ausländische Studienanfängerinnen und Studienanfänger an deutschen Hochschulen vom Sommersemester 2000 bis zum Wintersemester 2019/2020

| Semester | Deutsche und ausländische Studienanfängerinnen und Studienanfänger Insgesamt | Ausländische Studienanfängerinnen und Studienanfänger | Davon Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer | Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an ausländischen Studienanfängerinnen und Studienanfängern in % |
|--------------|--|---|--|---|
| SS 2000 | 47.470 | 14.131 | 12.553 | 88,8% |
| WS 2000/2001 | 267.486 | 40.757 | 32.596 | 80,0% |
| SS 2001 | 52.177 | 16.562 | 14.925 | 90,1% |
| WS 2001/2002 | 292.653 | 46.963 | 38.268 | 81,5% |
| SS 2002 | 59.143 | 18.970 | 17.153 | 90,4% |
| WS 2002/2003 | 299.803 | 49.596 | 41.327 | 83,3% |
| SS 2003 | 60.739 | 19.549 | 17.793 | 91,0% |
| WS 2003/2004 | 316.765 | 51.341 | 42.320 | 82,4% |
| SS 2004 | 57.911 | 19.093 | 17.434 | 91,3% |
| WS 2004/2005 | 300.959 | 49.142 | 40.813 | 83,1% |
| SS 2005 | 56.122 | 17.929 | 16.391 | 91,4% |
| WS 2005/2006 | 299.954 | 47.840 | 39.382 | 82,3% |
| SS 2006 | 49.876 | 15.509 | 14.086 | 90,8% |
| WS 2006/2007 | 295.091 | 47.904 | 39.468 | 82,4% |
| SS 2007 | 47.820 | 15.664 | 14.263 | 91,1% |
| WS 2007/2008 | 313.639 | 48.364 | 39.496 | 81,7% |
| SS 2008 | 50.985 | 17.134 | 15.680 | 91,5% |
| WS 2008/2009 | 345.815 | 52.675 | 42.670 | 81,0% |
| SS 2009 | 55.000 | 18.053 | 16.435 | 91,0% |
| WS 2009/2010 | 369.273 | 55.971 | 44.475 | 79,5% |
| SS 2010 | 57.687 | 19.616 | 17.817 | 90,8% |
| WS 2010/2011 | 387.032 | 60.514 | 48.596 | 80,3% |
| SS 2011 | 73.428 | 21.455 | 19.501 | 90,9% |
| WS 2011/2012 | 445.320 | 66.664 | 53.385 | 80,1% |
| SS 2012 | 67.263 | 23.068 | 21.112 | 91,5% |
| WS 2012/2013 | 427.825 | 72.399 | 58.425 | 80,7% |
| SS 2013 | 69.708 | 25.450 | 23.345 | 91,7% |
| WS 2013/2014 | 438.913 | 77.030 | 62.825 | 81,6% |
| SS 2014 | 72.602 | 27.470 | 25.327 | 92,2% |
| WS 2014/2015 | 432.280 | 81.753 | 67.589 | 82,7% |
| SS 2015 | 73.991 | 30.356 | 28.212 | 92,9% |
| WS 2015/2016 | 432.589 | 85.117 | 70.875 | 83,3% |
| SS 2016 | 74.333 | 31.077 | 28.964 | 93,2% |
| WS 2016/2017 | 435.427 | 87.287 | 72.330 | 82,9% |
| SS 2017 | 75.398 | 31.992 | 29.917 | 93,5% |
| WS 2017/2018 | 437.737 | 89.816 | 75.023 | 83,5% |
| SS 2018 | 76.266 | 33.532 | 31.582 | 94,2% |
| WS 2018/2019 | 435.731 | 92.060 | 78.413 | 85,2% |
| SS 2019 | 79.640 | 34.231 | 32.229 | 94,2% |
| WS 2019/2020 | 429.049 | 91.168 | 78.745 | 86,4% |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 3-28: Ausländische Studierende im ersten Hochschulsesemester nach ausgewählten Herkunftsländern im Sommersemester 2019

| Herkunftsland | Ausländische Studienanfängerinnen und Studienanfänger im Sommersemester 2019 | | davon Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer | | Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an den ausländischen Studierenden im ersten Hochschulsesemester in % |
|------------------------|--|-------------------------|--|-------------------------|--|
| | insgesamt | darunter: weiblich in % | insgesamt | darunter: weiblich in % | |
| China | 3.408 | 49,8% | 3.362 | 49,8% | 98,7% |
| Indien | 2.546 | 26,4% | 2.535 | 26,5% | 99,6% |
| Vereinigte Staaten | 1.781 | 48,5% | 1.773 | 48,4% | 99,6% |
| Türkei | 1.723 | 52,7% | 1.156 | 53,6% | 67,1% |
| Italien | 1.475 | 55,4% | 1.304 | 55,9% | 88,4% |
| Syrien | 1.227 | 21,7% | 1.191 | 21,2% | 97,1% |
| Korea, Republik | 1.226 | 68,1% | 1.215 | 68,5% | 99,1% |
| Frankreich | 1.181 | 54,0% | 1.159 | 53,9% | 98,1% |
| Österreich | 1.086 | 55,2% | 999 | 55,2% | 92,0% |
| Russische Föderation | 825 | 70,7% | 772 | 71,1% | 93,6% |
| Iran | 800 | 49,5% | 784 | 49,2% | 98,0% |
| Spanien | 587 | 52,5% | 559 | 53,3% | 95,2% |
| Brasilien | 585 | 47,7% | 583 | 47,7% | 99,7% |
| Mexiko | 573 | 49,4% | 572 | 49,3% | 99,8% |
| Ägypten | 538 | 26,8% | 534 | 26,6% | 99,3% |
| Pakistan | 500 | 20,4% | 493 | 20,1% | 98,6% |
| Polen | 484 | 65,3% | 420 | 66,0% | 86,8% |
| Marokko | 452 | 32,7% | 442 | 32,1% | 97,8% |
| Ukraine | 439 | 69,0% | 400 | 69,8% | 91,1% |
| Tunesien | 428 | 28,3% | 427 | 28,3% | 99,8% |
| Schweiz | 421 | 64,1% | 391 | 65,0% | 92,9% |
| Indonesien | 418 | 36,8% | 412 | 36,7% | 98,6% |
| Griechenland | 416 | 56,5% | 319 | 59,9% | 76,7% |
| Taiwan | 400 | 65,0% | 396 | 65,2% | 99,0% |
| Kanada | 362 | 56,1% | 357 | 55,5% | 98,6% |
| Vietnam | 355 | 64,8% | 323 | 65,0% | 91,0% |
| Japan | 350 | 63,7% | 348 | 63,5% | 99,4% |
| Vereinigtes Königreich | 349 | 54,2% | 334 | 53,6% | 95,7% |
| Jordanien | 337 | 40,4% | 331 | 41,1% | 98,2% |
| Niederlande | 305 | 57,4% | 281 | 55,2% | 92,1% |
| Insgesamt | 34.231 | 48,8% | 32.229 | 48,5% | 94,2% |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 3-29: Ausländische Studierende im ersten Hochschulsesemester nach ausgewählten Herkunftsländern im Wintersemester 2019/2020

| Herkunftsland | Ausländische Studierende im ersten Hochschulsesemester im Wintersemester 2019/2020 | | davon Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer | | Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an den ausländischen Studierenden im ersten Hochschulsesemester in % |
|------------------------|--|-------------------------|--|-------------------------|--|
| | insgesamt | darunter: weiblich in % | insgesamt | darunter: weiblich in % | |
| China | 8.759 | 52,0% | 8.225 | 52,1% | 93,9% |
| Indien | 7.288 | 28,3% | 7.250 | 28,2% | 99,5% |
| Türkei | 5.681 | 49,3% | 2.892 | 47,1% | 50,9% |
| Italien | 4.325 | 58,6% | 3.570 | 59,9% | 82,5% |
| Syrien | 4.221 | 24,2% | 3.553 | 22,9% | 84,2% |
| Frankreich | 3.266 | 58,7% | 3.066 | 59,3% | 93,9% |
| Spanien | 3.131 | 56,7% | 2.907 | 56,8% | 92,8% |
| Russische Föderation | 2.856 | 66,2% | 2.307 | 68,2% | 80,8% |
| Vereinigte Staaten | 2.627 | 54,5% | 2.527 | 54,4% | 96,2% |
| Österreich | 2.518 | 54,8% | 2.211 | 55,2% | 87,8% |
| Korea, Republik | 2.055 | 70,3% | 1.915 | 70,8% | 93,2% |
| Iran | 1.791 | 52,2% | 1.645 | 53,1% | 91,8% |
| Polen | 1.584 | 64,5% | 1.081 | 65,5% | 68,2% |
| Ukraine | 1.447 | 64,6% | 1.197 | 65,8% | 82,7% |
| Ägypten | 1.337 | 27,4% | 1.303 | 27,2% | 97,5% |
| Vietnam | 1.296 | 54,2% | 1.071 | 54,3% | 82,6% |
| Brasilien | 1.240 | 51,9% | 1.191 | 52,0% | 96,0% |
| Nigeria | 1.168 | 29,5% | 1.138 | 29,1% | 97,4% |
| Pakistan | 1.154 | 19,7% | 1.091 | 18,0% | 94,5% |
| Taiwan | 1.117 | 62,6% | 1.098 | 62,5% | 98,3% |
| Griechenland | 1.077 | 59,1% | 677 | 58,3% | 62,9% |
| Luxemburg | 1.030 | 54,8% | 990 | 55,1% | 96,1% |
| Mexiko | 1.012 | 44,8% | 995 | 44,8% | 98,3% |
| Bulgarien | 958 | 58,1% | 836 | 58,7% | 87,3% |
| Rumänien | 891 | 61,1% | 721 | 60,5% | 80,9% |
| Vereinigtes Königreich | 890 | 51,2% | 825 | 51,8% | 92,7% |
| Schweiz | 876 | 55,1% | 792 | 54,8% | 90,4% |
| Japan | 871 | 60,2% | 825 | 59,6% | 94,7% |
| Kolumbien | 869 | 52,8% | 851 | 53,0% | 97,9% |
| Indonesien | 810 | 43,1% | 765 | 42,6% | 94,4% |
| Insgesamt | 91.168 | 48,8% | 78.745 | 48,2% | 86,4% |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 3-30: Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer im ersten Hochschulsemester nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten 2000 bis 2019 (jeweils Sommersemester und folgendes Wintersemester)

| Herkunftsland | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 |
|----------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|---------|---------|---------|---------|
| China | 3.451 | 6.184 | 6.985 | 6.676 | 4.852 | 3.818 | 3.856 | 4.532 | 5.151 | 5.613 | 6.175 | 7.312 | 7.874 | 9.075 | 9.755 | 10.745 | 11.514 | 12.025 | 12.254 | 11.587 |
| Indien | 539 | 902 | 1.521 | 1.298 | 1.118 | 1.104 | 1.218 | 1.114 | 1.187 | 1.645 | 2.126 | 2.302 | 3.152 | 4.041 | 4.799 | 5.078 | 5.386 | 6.005 | 7.920 | 9.785 |
| Italien | 2.242 | 2.274 | 2.360 | 2.386 | 2.230 | 2.151 | 2.085 | 2.158 | 2.323 | 2.450 | 2.700 | 2.967 | 3.333 | 3.636 | 4.307 | 4.863 | 4.859 | 4.804 | 4.916 | 4.874 |
| Vereinigte Staaten | 2.268 | 2.363 | 2.366 | 2.422 | 2.532 | 2.699 | 2.645 | 2.738 | 3.087 | 3.386 | 3.951 | 4.128 | 4.006 | 4.128 | 4.361 | 4.847 | 5.142 | 5.041 | 4.623 | 4.300 |
| Frankreich | 3.136 | 3.225 | 3.128 | 3.427 | 3.607 | 3.459 | 3.404 | 3.205 | 3.597 | 3.685 | 3.784 | 3.869 | 4.049 | 4.315 | 4.579 | 4.546 | 4.375 | 4.501 | 4.359 | 4.225 |
| Türkei | 825 | 976 | 1.310 | 1.605 | 1.666 | 1.943 | 2.070 | 2.146 | 2.062 | 2.208 | 2.351 | 2.511 | 2.670 | 2.965 | 2.997 | 2.956 | 3.107 | 3.517 | 3.635 | 4.048 |
| Spanien | 2.422 | 2.625 | 2.619 | 2.698 | 2.810 | 2.706 | 2.598 | 2.626 | 2.814 | 3.071 | 3.474 | 4.016 | 4.403 | 4.289 | 3.748 | 3.807 | 3.858 | 3.592 | 3.640 | 3.466 |
| Österreich | 1.372 | 1.553 | 1.472 | 1.273 | 1.291 | 1.380 | 1.498 | 1.497 | 2.128 | 2.317 | 2.719 | 2.839 | 3.149 | 3.154 | 3.309 | 3.132 | 3.017 | 2.829 | 3.124 | 3.210 |
| Korea, Republik | 652 | 692 | 757 | 809 | 943 | 877 | 886 | 986 | 1.179 | 1.169 | 1.233 | 1.389 | 1.560 | 1.866 | 2.102 | 2.521 | 2.813 | 2.830 | 2.880 | 3.130 |
| Russische Föderation | 2.070 | 2.506 | 2.627 | 2.650 | 2.654 | 2.474 | 2.512 | 2.568 | 2.760 | 2.790 | 3.136 | 3.394 | 3.525 | 3.344 | 3.539 | 3.233 | 3.139 | 2.857 | 2.875 | 3.079 |
| Iran | 244 | 301 | 341 | 448 | 440 | 421 | 442 | 494 | 637 | 668 | 912 | 1.183 | 1.435 | 1.377 | 1.408 | 1.633 | 1.785 | 1.861 | 2.240 | 2.429 |
| Ukraine | 1.077 | 1.394 | 1.583 | 1.613 | 1.573 | 1.456 | 1.256 | 1.171 | 1.174 | 1.317 | 1.271 | 1.380 | 1.514 | 1.586 | 1.654 | 1.790 | 1.770 | 1.768 | 1.647 | 1.597 |
| Kamerun | 944 | 813 | 900 | 918 | 873 | 840 | 776 | 805 | 914 | 764 | 860 | 959 | 1.144 | 1.201 | 1.299 | 1.380 | 1.261 | 1.040 | 920 | 1.514 |
| Polen | 2.660 | 3.208 | 3.699 | 4.028 | 4.004 | 4.020 | 3.469 | 3.381 | 2.986 | 2.644 | 2.457 | 2.487 | 2.445 | 2.482 | 2.588 | 2.440 | 1.916 | 1.811 | 1.721 | 1.501 |
| Marokko | 890 | 968 | 1.194 | 1.233 | 1.187 | 1.119 | 810 | 706 | 620 | 570 | 524 | 447 | 551 | 778 | 911 | 872 | 1.075 | 1.151 | 1.133 | 1.231 |
| Bulgarien | 1.945 | 2.678 | 3.172 | 3.080 | 2.489 | 1.819 | 1.319 | 1.067 | 1.061 | 1.023 | 1.109 | 1.267 | 1.322 | 1.447 | 1.513 | 1.581 | 1.432 | 1.103 | 1.119 | 998 |
| Griechenland | 726 | 754 | 722 | 750 | 699 | 775 | 705 | 609 | 776 | 737 | 805 | 983 | 1.160 | 1.203 | 1.225 | 1.181 | 1.152 | 1.117 | 1.004 | 996 |
| Rumänien | 797 | 1.057 | 1.145 | 1.273 | 1.269 | 1.053 | 977 | 927 | 909 | 966 | 1.041 | 1.056 | 1.075 | 1.016 | 1.041 | 1.035 | 974 | 966 | 878 | 950 |
| Ungarn | 1.056 | 1.089 | 1.099 | 1.002 | 1.003 | 942 | 976 | 1.027 | 1.131 | 1.094 | 1.008 | 1.065 | 1.135 | 1.195 | 1.126 | 1.159 | 1.006 | 976 | 886 | 937 |
| Tschechien | 769 | 1.049 | 1.169 | 1.226 | 1.236 | 1.204 | 1.120 | 1.170 | 1.108 | 966 | 909 | 1.011 | 1.001 | 1.053 | 1.051 | 983 | 868 | 768 | 768 | 666 |
| Kroatien | 143 | 148 | 162 | 171 | 137 | 140 | 98 | 118 | 124 | 142 | 170 | 212 | 266 | 316 | 353 | 415 | 400 | 426 | 422 | 397 |
| Insgesamt | 45.149 | 53.193 | 58.480 | 60.113 | 58.247 | 55.773 | 53.554 | 53.759 | 58.350 | 60.910 | 66.413 | 72.886 | 79.537 | 86.170 | 92.916 | 99.087 | 101.294 | 104.940 | 109.995 | 110.974 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 3-31: Ausländische Studierende nach Fächergruppen und den häufigsten Staatsangehörigkeiten im Wintersemester 2019/2020

| Staatsangehörigkeit | Insgesamt | Darunter: Bildungs- ausländerinnen und Bildungsausländer | in % | Gelstes- wissenschaften | Rechts-, Wirt- schafts- und Sozi- alwissenschaften | Mathematik, Naturwissen- schaften | Ingenieurwissen- schaften | Humanmedizin/ Gesundheitswissenschaften | Kunst, Kun- stwissenschaft | Sonstige |
|---|----------------|--|--------------|----------------------------|--|---|------------------------------|--|-------------------------------|---------------|
| China | 44.490 | 41.353 | 92,9% | 4.521 | 8.228 | 5.046 | 21.924 | 1.271 | 2.431 | 1.069 |
| Türkei | 38.902 | 9.473 | 24,4% | 3.963 | 13.037 | 3.217 | 16.506 | 1.067 | 660 | 452 |
| Indien | 25.149 | 24.868 | 98,9% | 510 | 3.796 | 2.917 | 16.892 | 370 | 169 | 495 |
| Syrien | 17.181 | 15.948 | 92,8% | 668 | 2.449 | 1.603 | 10.516 | 1.494 | 226 | 225 |
| Italien | 14.975 | 9.419 | 62,9% | 3.391 | 4.861 | 1.743 | 2.832 | 816 | 897 | 435 |
| Österreich | 14.190 | 12.020 | 84,7% | 1.185 | 5.984 | 1.081 | 3.057 | 1.704 | 725 | 454 |
| Russische Föderation | 14.073 | 10.507 | 74,7% | 2.214 | 4.909 | 1.592 | 3.606 | 535 | 906 | 311 |
| Iran | 10.368 | 9.353 | 90,2% | 673 | 1.347 | 1.752 | 5.384 | 480 | 417 | 315 |
| Ukraine | 8.933 | 6.777 | 75,9% | 1.365 | 3.375 | 918 | 2.194 | 399 | 485 | 197 |
| Frankreich | 8.104 | 6.881 | 84,9% | 1.397 | 3.069 | 636 | 1.584 | 498 | 593 | 327 |
| Kamerun | 7.844 | 7.662 | 97,7% | 240 | 1.204 | 698 | 5.357 | 220 | 13 | 112 |
| Vietnam | 7.602 | 5.689 | 74,8% | 528 | 2.645 | 753 | 3.254 | 110 | 176 | 136 |
| Spanien | 7.573 | 6.240 | 82,4% | 1.387 | 2.111 | 1.012 | 1.759 | 300 | 739 | 265 |
| Korea, Republik | 7.444 | 6.461 | 86,8% | 1.013 | 1.383 | 643 | 1.296 | 212 | 2.682 | 215 |
| Griechenland | 7.430 | 3.552 | 47,8% | 1.158 | 2.523 | 985 | 1.793 | 548 | 291 | 132 |
| Polen | 7.211 | 4.325 | 60,0% | 1.180 | 2.602 | 683 | 1.668 | 535 | 380 | 163 |
| Vereinigte Staaten | 6.821 | 6.112 | 89,6% | 1.805 | 2.122 | 787 | 1.081 | 231 | 420 | 375 |
| Tunesien | 6.599 | 6.461 | 97,9% | 157 | 487 | 363 | 5.392 | 98 | 26 | 76 |
| Bulgarien | 6.568 | 6.027 | 91,8% | 621 | 2.288 | 524 | 1.947 | 849 | 215 | 124 |
| Marokko | 6.393 | 5.842 | 91,4% | 302 | 1.046 | 532 | 4.323 | 88 | 24 | 78 |
| Pakistan | 6.316 | 5.968 | 94,5% | 179 | 1.160 | 753 | 3.872 | 126 | 39 | 187 |
| Insgesamt | 411.601 | 319.902 | 77,7% | 43.492 | 111.390 | 43.160 | 161.924 | 20.112 | 20.107 | 11.416 |
| <i>Darunter: Bild- ungsausländerinnen und Bildungsauslän- der</i> | <i>319.902</i> | <i>-</i> | <i>-</i> | <i>33.482</i> | <i>78.352</i> | <i>35.136</i> | <i>129.944</i> | <i>16.390</i> | <i>16.244</i> | <i>10.354</i> |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 3-32: Ausländische Absolventinnen und Absolventen nach Fächergruppen und den häufigsten Herkunftsländern 2019

| Herkunftsland | Ausländische Absolventinnen und Absolventen insgesamt | darunter: Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer in der Fächergruppe | | | | | | | | |
|-----------------------------|---|--|-----------------------|--|---------------------------------|-------------------------|---|--------------------------|------------|--|
| | | Insgesamt | Geisteswissenschaften | Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften | Mathematik, Naturwissenschaften | Ingenieurwissenschaften | Humanmedizin/ Gesundheitswissenschaften | Kunst, Kunstwissenschaft | Sonstige | |
| Bulgarien | 1.008 | 958 | 79 | 422 | 74 | 257 | 79 | 35 | 12 | |
| Frankreich | 1.597 | 1.406 | 200 | 628 | 107 | 311 | 26 | 98 | 36 | |
| Griechenland | 1.145 | 590 | 56 | 151 | 110 | 131 | 78 | 52 | 12 | |
| Italien | 2.538 | 1.654 | 320 | 475 | 311 | 295 | 86 | 122 | 45 | |
| Luxemburg | 858 | 825 | 111 | 243 | 112 | 200 | 73 | 59 | 27 | |
| Österreich | 2.263 | 1.919 | 125 | 794 | 204 | 427 | 205 | 116 | 47 | |
| Polen | 1.166 | 796 | 131 | 280 | 88 | 181 | 45 | 62 | 9 | |
| Rumänien | 515 | 455 | 55 | 154 | 50 | 131 | 36 | 22 | 7 | |
| Spanien | 1.107 | 923 | 95 | 224 | 176 | 238 | 35 | 132 | 23 | |
| EU-Staaten insgesamt | 16.222 | 12.196 | 1.561 | 4.216 | 1.615 | 2.695 | 826 | 982 | 299 | |
| Ägypten | 683 | 674 | 32 | 131 | 84 | 340 | 53 | 11 | 23 | |
| Brasilien | 705 | 680 | 62 | 230 | 76 | 190 | 20 | 72 | 30 | |
| China | 8.253 | 7.822 | 635 | 1.564 | 796 | 4.025 | 192 | 458 | 151 | |
| Indien | 4.146 | 4.119 | 38 | 596 | 391 | 2.937 | 64 | 31 | 62 | |
| Indonesien | 927 | 900 | 27 | 228 | 83 | 471 | 32 | 15 | 44 | |
| Iran | 1.336 | 1.224 | 65 | 147 | 219 | 652 | 39 | 54 | 48 | |
| Kamerun | 933 | 900 | 22 | 155 | 63 | 611 | 35 | - | 14 | |
| Kolumbien | 744 | 720 | 44 | 225 | 100 | 245 | 18 | 59 | 29 | |
| Korea | 1.113 | 967 | 44 | 146 | 54 | 116 | 25 | 555 | 27 | |
| Marokko | 475 | 440 | 18 | 85 | 38 | 278 | 7 | 5 | 9 | |
| Mexiko | 603 | 583 | 40 | 169 | 69 | 222 | 22 | 26 | 35 | |
| Pakistan | 976 | 937 | 32 | 201 | 84 | 568 | 11 | 8 | 33 | |
| Russische Föderation | 2.529 | 2.006 | 298 | 806 | 213 | 445 | 56 | 146 | 42 | |
| Schweiz | 621 | 509 | 66 | 187 | 47 | 68 | 55 | 66 | 20 | |
| Syrien | 768 | 737 | 23 | 112 | 69 | 454 | 42 | 14 | 23 | |
| Taiwan | 423 | 407 | 31 | 123 | 45 | 80 | 12 | 106 | 10 | |

| | | | | | | | | | |
|-----------------------------------|---------------|---------------|--------------|---------------|--------------|---------------|--------------|--------------|--------------|
| Tunesien | 608 | 585 | 12 | 50 | 34 | 463 | 8 | 2 | 16 |
| Türkei | 4.337 | 1.087 | 73 | 319 | 113 | 476 | 36 | 55 | 15 |
| Ukraine | 1.484 | 1.180 | 191 | 503 | 92 | 267 | 54 | 53 | 20 |
| Vereinigte Staaten | 1.075 | 975 | 186 | 353 | 144 | 131 | 39 | 56 | 66 |
| Vietnam | 990 | 693 | 37 | 293 | 50 | 280 | 5 | 11 | 17 |
| Nicht-EU-Staaten insgesamt | 43.784 | 36.382 | 2.672 | 9.123 | 3.830 | 15.974 | 1.304 | 2.298 | 1.180 |
| Insgesamt | 60.006 | 48.578 | 4.233 | 13.339 | 5.445 | 18.669 | 2.130 | 3.280 | 1.482 |

-) keine Angabe

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 3-33: Asylantragstellende (Erstanträge) nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten von 2000 bis 2019

| Staatsangehörigkeit | 2000 | In % | 2001 | In % | 2002 | In % | 2003 | In % | 2004 | In % | 2005 | In % | 2006 | In % | 2007 | In % | 2008 | In % | 2009 | In % |
|-------------------------------------|---------------|--------------|---------------|--------------|---------------|--------------|---------------|--------------|---------------|--------------|---------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| Europa | 27.353 | 34,8% | 29.473 | 33,4% | 25.631 | 36,0% | 18.156 | 35,9% | 13.175 | 37,0% | 11.712 | 40,5% | 7.447 | 35,4% | 4.930 | 25,7% | 4.266 | 19,3% | 4.972 | 18,0% |
| Albanien | 346 | 0,4% | 369 | 0,4% | 365 | 0,5% | 255 | 0,5% | 161 | 0,5% | 120 | 0,4% | 114 | 0,5% | 70 | 0,4% | 63 | 0,3% | 49 | 0,2% |
| Bosnien und Herzegowina | 1.638 | 2,1% | 2.259 | 2,6% | 1.017 | 1,4% | 600 | 1,2% | 412 | 1,2% | 325 | 1,1% | 209 | 1,0% | 109 | 0,6% | 131 | 0,6% | 171 | 0,6% |
| Bulgarien | 72 | 0,1% | 66 | 0,1% | 814 | 1,1% | 502 | 1,0% | 480 | 1,3% | 278 | 1,0% | 142 | 0,7% | 6 | 0,0% | 6 | 0,0% | 6 | 0,0% |
| Ehemaliges Jugoslawien ¹ | 11.121 | 14,2% | 7.758 | 8,8% | 6.679 | 9,4% | 4.909 | 9,7% | 3.855 | 10,8% | 5.522 | 19,1% | 3.237 | 15,4% | - | - | - | - | - | - |
| Kosovo | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | 879 | 4,0% | 1.400 | 5,1% |
| Nordmazedonien ² | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | 82 | 0,4% | 109 | 0,4% |
| Polen | 141 | 0,2% | 134 | 0,2% | 50 | 0,1% | 32 | 0,1% | 21 | 0,1% | 16 | 0,1% | 3 | 0,0% | 5 | 0,0% | 4 | 0,0% | 1 | 0,0% |
| Rumänien | 174 | 0,2% | 181 | 0,2% | 118 | 0,2% | 104 | 0,2% | 61 | 0,2% | 55 | 0,2% | 60 | 0,3% | 5 | 0,0% | 1 | 0,0% | 3 | 0,0% |
| Russische Föderation | 2.763 | 3,5% | 4.523 | 5,1% | 4.058 | 5,7% | 3.383 | 6,7% | 2.757 | 7,7% | 1.719 | 5,9% | 1.040 | 4,9% | 772 | 4,0% | 792 | 3,6% | 936 | 3,4% |
| Serbien | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | 1.996 | 10,4% | 729 | 3,3% | 581 | 2,1% |
| Türkei | 8.968 | 11,4% | 10.869 | 12,3% | 9.575 | 13,5% | 6.301 | 12,5% | 4.148 | 11,6% | 2.958 | 10,2% | 1.949 | 9,3% | 1.437 | 7,5% | 1.408 | 6,4% | 1.429 | 5,2% |
| Afrika | 9.513 | 12,1% | 11.893 | 13,5% | 11.768 | 16,5% | 9.997 | 19,8% | 8.043 | 22,6% | 5.278 | 18,3% | 3.855 | 18,3% | 3.486 | 18,2% | 3.856 | 17,5% | 4.436 | 16,0% |
| Ägypten | 118 | 0,2% | 78 | 0,1% | 97 | 0,1% | 56 | 0,1% | 56 | 0,2% | 56 | 0,2% | 66 | 0,3% | 48 | 0,3% | 60 | 0,3% | 84 | 0,3% |
| Äthiopien | 366 | 0,5% | 378 | 0,4% | 488 | 0,7% | 416 | 0,8% | 282 | 0,8% | 194 | 0,7% | 176 | 0,8% | 167 | 0,9% | 183 | 0,8% | 220 | 0,8% |
| Algerien | 1.379 | 1,8% | 1.986 | 2,2% | 1.743 | 2,5% | 1.139 | 2,3% | 746 | 2,1% | 433 | 1,5% | 369 | 1,8% | 380 | 2,0% | 449 | 2,0% | 500 | 1,8% |
| Eritrea | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | 262 | 1,2% | 346 | 1,3% |
| Gambia | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Ghana | 268 | 0,3% | 284 | 0,3% | 297 | 0,4% | 375 | 0,7% | 394 | 1,1% | 459 | 1,6% | 413 | 2,0% | 267 | 1,4% | 206 | 0,9% | 198 | 0,7% |
| Guinea | 232 | 0,3% | 478 | 0,5% | 360 | 0,5% | 413 | 0,8% | 349 | 1,0% | 210 | 0,7% | 110 | 0,5% | 132 | 0,7% | 199 | 0,9% | 237 | 0,9% |
| Marokko | 287 | 0,4% | 280 | 0,3% | 259 | 0,4% | 296 | 0,6% | 267 | 0,7% | 186 | 0,6% | 185 | 0,9% | 195 | 1,0% | 161 | 0,7% | 212 | 0,8% |

| Staatsangehörigkeit | 2000 | in % | 2001 | in % | 2002 | in % | 2003 | in % | 2004 | in % | 2005 | in % | 2006 | in % | 2007 | in % | 2008 | in % | 2009 | in % |
|------------------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| Nigeria | 420 | 0,5% | 526 | 0,6% | 987 | 1,4% | 1.051 | 2,1% | 1.130 | 3,2% | 608 | 2,1% | 481 | 2,3% | 503 | 2,6% | 561 | 2,5% | 791 | 2,9% |
| Somalia | - | - | - | - | - | -% | - | - | 240 | 0,7% | 163 | 0,6% | 146 | 0,7% | 121 | 0,6% | 165 | 0,7% | 346 | 1,3% |
| Togo | 751 | 1,0% | 1.129 | 1,3% | 1.260 | 1,8% | 672 | 1,3% | 354 | 1,0% | 319 | 1,1% | 164 | 0,8% | 75 | 0,4% | 77 | 0,3% | 55 | 0,2% |
| Kongo, Demokratische Republik | 695 | 0,9% | 859 | 1,0% | 1.007 | 1,4% | 615 | 1,2% | 348 | 1,0% | 398 | 1,4% | 227 | 1,1% | 194 | 1,0% | 190 | 0,9% | 156 | 0,6% |
| Amerika und Australien | 323 | 0,4% | 272 | 0,3% | 190 | 0,3% | 150 | 0,3% | 142 | 0,4% | 115 | 0,4% | 359 | 1,7% | 122 | 0,6% | 62 | 0,3% | 61 | 0,2% |
| Asien | 39.091 | 49,8% | 45.622 | 51,7% | 32.746 | 46,0% | 21.856 | 43,2% | 13.950 | 39,2% | 11.310 | 39,1% | 8.997 | 42,8% | 10.262 | 53,5% | 13.599 | 61,6% | 17.765 | 64,3% |
| Afghanistan | 5.380 | 6,8% | 5.837 | 6,6% | 2.772 | 3,9% | 1.473 | 2,9% | 918 | 2,6% | 711 | 2,5% | 531 | 2,5% | 338 | 1,8% | 657 | 3,0% | 3.375 | 12,2% |
| Armenien | 903 | 1,1% | 913 | 1,0% | 894 | 1,3% | 762 | 1,5% | 567 | 1,6% | 555 | 1,9% | 303 | 1,4% | 239 | 1,2% | 198 | 0,9% | 264 | 1,0% |
| Aserbaidshjan | 1.418 | 1,8% | 1.645 | 1,9% | 1.689 | 2,4% | 1.291 | 2,6% | 1.363 | 3,8% | 848 | 2,9% | 483 | 2,3% | 274 | 1,4% | 360 | 1,6% | 652 | 2,4% |
| Bangladesch | 205 | 0,3% | - | - | - | - | 122 | 0,2% | 110 | 0,3% | 92 | 0,3% | 107 | 0,5% | 65 | 0,3% | 45 | 0,2% | 49 | 0,2% |
| China | 2.072 | 2,6% | 1.531 | 1,7% | 1.738 | 2,4% | 2.387 | 4,7% | 1.186 | 3,3% | 633 | 2,2% | 440 | 2,1% | 253 | 1,3% | 299 | 1,4% | 371 | 1,3% |
| Georgien | 801 | 1,0% | 1.220 | 1,4% | 1.531 | 2,2% | 1.139 | 2,3% | 802 | 2,3% | 493 | 1,7% | 240 | 1,1% | 181 | 0,9% | 232 | 1,1% | 560 | 2,0% |
| Indien | 1.826 | 2,3% | 2.651 | 3,0% | 2.246 | 3,2% | 1.736 | 3,4% | 1.118 | 3,1% | 557 | 1,9% | 512 | 2,4% | 413 | 2,2% | 485 | 2,2% | 681 | 2,5% |
| Irak | 11.601 | 14,8% | 17.167 | 19,4% | 10.242 | 14,4% | 3.850 | 7,6% | 1.293 | 3,6% | 1.983 | 6,9% | 2.117 | 10,1% | 4.327 | 22,6% | 6.836 | 31,0% | 6.538 | 23,6% |
| Iran | 4.878 | 6,2% | 3.455 | 3,9% | 2.642 | 3,7% | 2.049 | 4,1% | 1.369 | 3,8% | 929 | 3,2% | 611 | 2,9% | 631 | 3,3% | 815 | 3,7% | 1.170 | 4,2% |
| Libanon | 757 | 1,0% | 671 | 0,8% | 779 | 1,1% | 637 | 1,3% | 344 | 1,0% | 588 | 2,0% | 601 | 2,9% | 592 | 3,1% | 525 | 2,4% | 434 | 1,6% |
| Pakistan | 1.506 | 1,9% | 1.180 | 1,3% | 1.084 | 1,5% | 1.122 | 2,2% | 1.062 | 3,0% | 551 | 1,9% | 464 | 2,2% | 301 | 1,6% | 320 | 1,4% | 481 | 1,7% |
| Sri Lanka | 1.170 | 1,5% | 622 | 0,7% | 434 | 0,6% | 278 | 0,5% | 217 | 0,6 | 220 | 0,8% | 170 | 0,8% | 375 | 2,0% | 468 | 2,1% | 531 | 1,9% |
| Syrien | 2.641 | 3,4% | 2.232 | 2,5% | 1.829 | 2,6% | 1.192 | 2,4% | 768 | 2,2% | 933 | 3,2% | 609 | 2,9% | 634 | 3,3% | 775 | 3,5% | 819 | 3,0% |
| Vietnam | 2.332 | 3,0% | 3.721 | 4,2% | 2.340 | 3,3% | 2.096 | 4,1% | 1.668 | 4,7% | 1.222 | 4,2% | 990 | 4,7% | 987 | 5,2% | 1.042 | 4,7% | 1.115 | 4,0% |
| Staatenlos, ungeklärt, ohne Angabe | 2.284 | 2,9% | 1.027 | 1,2% | 792 | 1,1% | 404 | 0,8% | 297 | 0,8% | 499 | 1,7% | 371 | 1,8% | 364 | 1,9% | 302 | 1,4% | 415 | 1,5% |
| Insgesamt | 78.564 | 100,0% | 88.287 | 100,0% | 71.127 | 100,0% | 50.563 | 100,0% | 35.607 | 100,0% | 28.914 | 100,0% | 21.029 | 100,0% | 19.164 | 100,0% | 22.085 | 100,0% | 27.649 | 100,0% |

Fortsetzung Tabelle 3-33: Asylantragstellende (Erstanträge) nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten von 2000 bis 2019

| Staatsangehörigkeit | 2010 | In % | 2011 | In % | 2012 | In % | 2013 | In % | 2014 | In % | 2015 | In % | 2016 | In % | 2017 | In % | 2018 | In % | 2019 | In % |
|-------------------------------------|---------------|--------------|---------------|--------------|---------------|--------------|---------------|--------------|---------------|--------------|----------------|--------------|---------------|--------------|---------------|--------------|---------------|--------------|---------------|--------------|
| Europa | 12.279 | 29,7% | 11.042 | 24,1% | 22.526 | 34,9% | 42.831 | 39,1% | 53.349 | 30,8% | 134.144 | 30,4% | 56.846 | 7,9% | 26.164 | 13,2% | 22.516 | 13,9% | 21.956 | 15,4% |
| Albanien | 39 | 0,1% | 78 | 0,2% | 232 | 0,4% | 1.247 | 1,1% | 7.865 | 4,5% | 53.805 | 12,2% | 14.853 | 2,1% | 3.774 | 1,9% | 1.877 | 1,2% | 1.694 | 1,2% |
| Bosnien und Herzegowina | 301 | 0,7% | 305 | 0,7% | 2.025 | 3,1% | 3.323 | 3,0% | 5.705 | 3,3% | 4.634 | 1,0% | 1.914 | 0,3% | 704 | 0,4% | 408 | 0,3% | 286 | 0,2% |
| Bulgarien | 22 | 0,1% | 14 | 0,0% | 48 | 0,1% | 82 | 0,1% | 25 | 0,0% | 17 | 0,0% | 11 | 0,0% | 5 | 0,0% | 6 | 0,0% | 3 | 0,0 |
| Ehemaliges Jugoslawien ¹ | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Kosovo | 1.614 | 3,9% | 1.395 | 3,0% | 1.906 | 3,0% | 3.394 | 3,1% | 6.908 | 4,0% | 33.427 | 7,6% | 4.978 | 0,7% | 1.300 | 0,7% | 563 | 0,3% | 417 | 0,3% |
| Nordmazedonien ² | 2.466 | 6,0% | 1.131 | 2,5% | 4.546 | 7,0% | 6.208 | 5,7% | 5.614 | 3,2% | 9.083 | 2,1% | 4.835 | 0,7% | 2.464 | 1,2% | 1.247 | 0,8% | 1.117 | 0,8% |
| Polen | 5 | 0,0% | 2 | 0,0% | 1 | 0,0% | 11 | 0,0% | 18 | 0,0% | 7 | 0,0% | 4 | 0,0% | 5 | 0,0% | 3 | 0,0% | 6 | 0,0% |
| Rumänien | 13 | 0,0% | 9 | 0,0% | 8 | 0,0% | 34 | 0,0% | 7 | 0,0% | 5 | 0,0% | 12 | 0,0% | 4 | 0,0% | 6 | 0,0% | 5 | 0,0% |
| Russische Föderation | 1.199 | 2,9% | 1.689 | 3,7% | 3.202 | 5,0% | 14.887 | 13,6% | 4.411 | 2,5% | 5.257 | 1,2% | 10.985 | 1,5% | 4.884 | 2,5% | 3.938 | 2,4% | 3.145 | 2,2% |
| Serbien | 4.978 | 12,0% | 4.579 | 10,0% | 8.477 | 13,1% | 11.459 | 10,5% | 17.172 | 9,9% | 16.700 | 3,8% | 6.399 | 0,9% | 2.332 | 1,2% | 1.101 | 0,7% | 1.141 | 0,8% |
| Türkei | 1.340 | 3,2% | 1.578 | 3,4% | 1.457 | 2,3% | 1.521 | 1,4% | 1.565 | 0,9% | 1.500 | 0,3% | 5.383 | 0,7% | 8.027 | 4,0% | 10.160 | 6,3% | 10.784 | 7,6% |
| Afrika | 6.826 | 16,5% | 6.550 | 14,3% | 8.327 | 12,9% | 22.415 | 20,5% | 39.322 | 22,7% | 41.712 | 9,4% | 80.216 | 11,1% | 49.195 | 24,8% | 37.330 | 23,1% | 29.954 | 21,0% |
| Ägypten | 118 | 0,3% | 177 | 0,4% | 254 | 0,4% | 2.133 | 1,9% | 1.014 | 0,6% | 1.002 | 0,2% | 1.685 | 0,2% | 959 | 0,5% | 659 | 0,4% | 596 | 0,4% |
| Äthiopien | 289 | 0,7% | 430 | 0,9% | 481 | 0,7% | 717 | 0,7% | 1.174 | 0,7% | 2.135 | 0,5% | 3.978 | 0,6% | 1.622 | 0,8% | 1.116 | 0,7% | 843 | 0,6% |
| Algerien | 439 | 1,1% | 487 | 1,1% | 489 | 0,8% | 1.056 | 1,0% | 2.176 | 1,3% | 2.041 | 0,5% | 3.563 | 0,5% | 1.951 | 1,0% | 1.199 | 0,7% | 1.058 | 0,7% |
| Eritrea | 642 | 1,6% | 632 | 1,4% | 650 | 1,0% | 3.616 | 3,3% | 13.198 | 7,6% | 10.876 | 2,5% | 18.854 | 2,6% | 10.226 | 5,2% | 5.571 | 3,4% | 3.520 | 2,5% |
| Gambia | - | - | - | - | - | - | - | - | 1.912 | 1,1% | 2.993 | 0,7% | 5.656 | 0,8% | 2.618 | 1,3% | 1.380 | 0,9% | 881 | 0,6% |
| Ghana | 253 | 0,6% | 271 | 0,6% | 489 | 0,8% | 756 | 0,7% | 1.144 | 0,7% | 1.109 | 0,3% | 2.581 | 0,4% | 1.035 | 0,5% | 863 | 0,5% | 838 | 0,6% |
| Guinea | 229 | 0,6% | 281 | 0,6% | 428 | 0,7% | 1.260 | 1,1% | 1.148 | 0,7% | 662 | 0,2% | 3.458 | 0,5% | 3.953 | 2,0% | 2.873 | 1,8% | 2.422 | 1,7% |
| Marokko | 220 | 0,5% | 307 | 0,7% | 496 | 0,8% | 1.191 | 1,1% | 1.537 | 0,9% | 1.630 | 0,4% | 3.999 | 0,6% | 1.948 | 1,0% | 1.096 | 0,7% | 930 | 0,7% |
| Nigeria | 716 | 1,7% | 759 | 1,7% | 892 | 1,4% | 1.923 | 1,8% | 3.924 | 2,3% | 5.207 | 1,2% | 12.709 | 1,8% | 7.811 | 3,9% | 10.168 | 6,3% | 9.070 | 6,4% |

| Staatsangehörigkeit | 2010 | in % | 2011 | in % | 2012 | in % | 2013 | in % | 2014 | in % | 2015 | in % | 2016 | in % | 2017 | in % | 2018 | in % | 2019 | in % |
|------------------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|----------------|---------------|----------------|---------------|----------------|---------------|----------------|---------------|----------------|---------------|----------------|---------------|----------------|---------------|
| Somalia | 2.235 | 5,4% | 984 | 2,2% | 1.243 | 1,9% | 3.786 | 3,5% | 5.528 | 3,2% | 5.126 | 1,2% | 9.851 | 1,4% | 6.836 | 3,4% | 5.073 | 3,1% | 3.572 | 2,5% |
| Togo | 76 | 0,2% | 57 | 0,1% | 81 | 0,1% | 116 | 0,1% | 157 | 0,1% | 239 | 0,1% | 415 | 0,1% | 355 | 0,2% | 295 | 0,2% | 263 | 0,2% |
| Kongo, Demokratische Republik | 152 | 0,4% | 190 | 0,4% | 249 | 0,4% | 253 | 0,2% | 196 | 0,1% | 156 | 0,0% | 290 | 0,0% | 356 | 0,2% | 238 | 0,1% | 43 | 0,0% |
| Amerika und Australien | 59 | 0,1% | 139 | 0,3% | 131 | 0,2% | 152 | 0,1% | 163 | 0,1% | 197 | 0,0% | 347 | 0,0% | 534 | 0,3% | 793 | 0,5% | 1641 | 1,2% |
| Asien | 21.591 | 52,2% | 27.381 | 59,9% | 32.973 | 51,1% | 42.559 | 38,8% | 75.424 | 43,6% | 250.202 | 56,6% | 564.474 | 78,1% | 116.870 | 58,9% | 95.922 | 59,2% | 84.575 | 59,3% |
| Afghanistan | 5.905 | 14,3% | 7.767 | 17,0% | 7.498 | 11,6% | 7.735 | 7,1% | 9.115 | 5,3% | 31.382 | 7,1% | 127.012 | 17,6% | 16.423 | 8,3% | 9.942 | 6,1% | 9.522 | 6,7% |
| Armenien | 296 | 0,7% | 335 | 0,7% | 570 | 0,9% | 1.159 | 1,1% | 2.113 | 1,2% | 1.965 | 0,4% | 5.185 | 0,7% | 3.483 | 1,8% | 1.512 | 0,9% | 923 | 0,6% |
| Aserbaidshan | 469 | 1,1% | 646 | 1,4% | 547 | 0,8% | 905 | 0,8% | 1.192 | 0,7% | 1.335 | 0,3% | 4.573 | 0,6% | 3.030 | 1,5% | 1.783 | 1,1% | 1.280 | 0,9% |
| Bangladesch | 92 | 0,2% | 143 | 0,3% | 304 | 0,5% | 669 | 0,6% | 695 | 0,4% | 808 | 0,2% | 2.593 | 0,4% | 438 | 0,2% | 177 | 0,1% | 139 | 0,1% |
| China | 367 | 0,9% | 339 | 0,7% | 279 | 0,4% | 372 | 0,3% | 461 | 0,3% | 521 | 0,1% | 1.017 | 0,1% | 522 | 0,3% | 403 | 0,2% | 921 | 0,6% |
| Georgien | 664 | 1,6% | 471 | 1,0% | 1.298 | 2,0% | 2.336 | 2,1% | 2.873 | 1,7% | 2.782 | 0,6% | 3.448 | 0,5% | 3.081 | 1,6% | 3.764 | 2,3% | 3.329 | 2,3% |
| Indien | 810 | 2,0% | 822 | 1,8% | 885 | 1,4% | 1.220 | 1,1% | 1.615 | 0,9% | 1.834 | 0,4% | 3.502 | 0,5% | 1.306 | 0,7% | 832 | 0,5% | 548 | 0,4% |
| Irak | 5.555 | 13,4% | 5.831 | 12,7% | 5.352 | 8,3% | 3.958 | 3,6% | 5.345 | 3,1% | 29.784 | 6,7% | 96.116 | 13,3% | 21.930 | 11,1% | 16.333 | 10,1% | 13.742 | 9,6% |
| Iran | 2.475 | 6,0% | 3.352 | 7,3% | 4.348 | 6,7% | 4.424 | 4,0% | 3.194 | 1,8% | 5.394 | 1,2% | 26.426 | 3,7% | 8.608 | 4,3% | 10.857 | 6,7% | 8.407 | 5,9% |
| Libanon | 324 | 0,8% | 405 | 0,9% | 464 | 0,7% | 496 | 0,5% | 695 | 0,4% | 1.284 | 0,3% | 5.202 | 0,7% | 1.161 | 0,6% | 646 | 0,4% | 707 | 0,5% |
| Pakistan | 840 | 2,0% | 2.539 | 5,6% | 3.412 | 5,3% | 4.101 | 3,7% | 3.968 | 2,3% | 8.199 | 1,9% | 14.484 | 2,0% | 3.670 | 1,9% | 2.211 | 1,4% | 2.174 | 1,5% |
| Sri Lanka | 435 | 1,1% | 521 | 1,1% | 430 | 0,7% | 596 | 0,5% | 444 | 0,3% | 281 | 0,1% | 528 | 0,1% | 486 | 0,2% | 319 | 0,2% | 322 | 0,2% |
| Syrien | 1.490 | 3,6% | 2.634 | 5,8% | 6.201 | 9,6% | 11.851 | 10,8% | 39.332 | 22,7% | 158.657 | 35,9% | 266.250 | 36,9% | 48.974 | 24,7% | 44.167 | 27,3% | 39.270 | 27,6% |
| Vietnam | 1.009 | 2,4% | 758 | 1,7% | 660 | 1,0% | 613 | 0,6% | 545 | 0,3% | 659 | 0,1% | 528 | 0,1% | 529 | 0,3% | 616 | 0,4% | 825 | 0,6% |
| Staatenlos, ungeklärt, ohne Angabe | 577 | 1,4% | 629 | 1,4% | 582 | 0,9% | 1.623 | 1,5% | 4.814 | 2,8% | 15.644 | 3,5% | 20.487 | 2,8% | 5.554 | 2,8% | 5.370 | 3,3% | 4.383 | 3,1% |
| Insgesamt | 41.332 | 100,0% | 45.741 | 100,0% | 64.539 | 100,0% | 109.580 | 100,0% | 173.072 | 100,0% | 441.899 | 100,0% | 722.370 | 100,0% | 198.317 | 100,0% | 161.931 | 100,0% | 142.509 | 100,0% |

1) Ab 1992 werden Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Slowenien und seit August 1993 Mazedonien gesondert gezählt. Seit der Unabhängigkeit Montenegros (Juni 2006) werden die Asylanträge von serbischen und montenegrinischen Antragstellende getrennt erfasst.

2) Im Februar 2019 wurde Mazedonien offiziell in Nordmazedonien umbenannt.

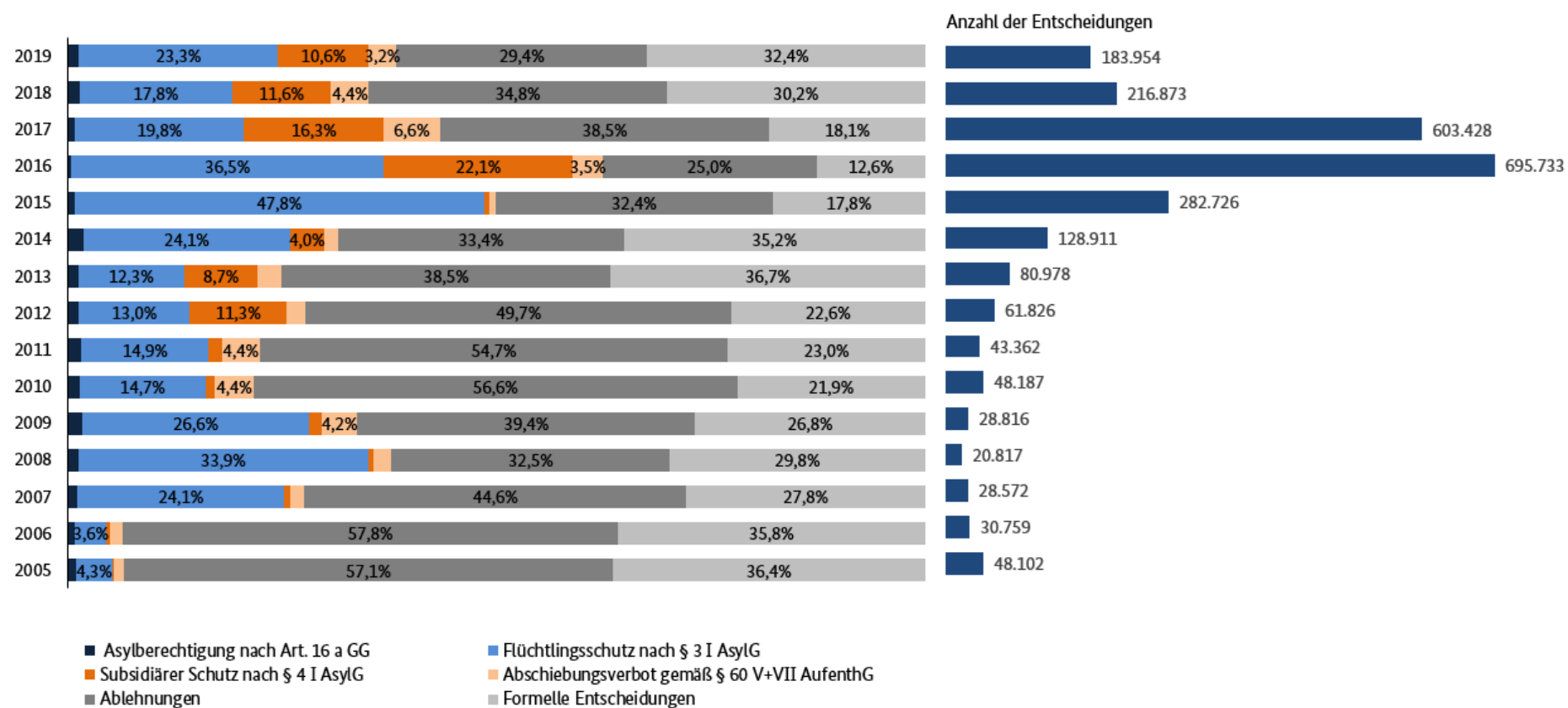
Quelle: BAMF

Tabelle 3-34: Die zehn zugangsstärksten Staatsangehörigkeiten von Asylantragstellenden (Erstanträge) von 2014 bis 2019

| 2014 | | 2015 | | 2016 | | 2017 | | 2018 | | 2019 | |
|-------------------------|----------------|------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|------------------|----------------|
| Syrien | 39.332 | Syrien | 158.657 | Syrien | 266.250 | Syrien | 48.974 | Syrien | 44.167 | Syrien | 39.270 |
| Serbien | 17.172 | Albanien | 53.805 | Afghanistan | 127.012 | Irak | 21.930 | Irak | 16.333 | Irak | 13.742 |
| Eritrea | 13.198 | Kosovo | 33.427 | Irak | 96.116 | Afghanistan | 16.423 | Iran | 10.857 | Türkei | 10.784 |
| Afghanistan | 9.115 | Afghanistan | 31.382 | Iran | 26.426 | Eritrea | 10.226 | Nigeria | 10.168 | Afghanistan | 9.522 |
| Albanien | 7.865 | Irak | 29.784 | Eritrea | 18.854 | Iran | 8.608 | Türkei | 10.160 | Nigeria | 9.070 |
| Kosovo | 6.908 | Serbien | 16.700 | Albanien | 14.853 | Türkei | 8.027 | Afghanistan | 9.942 | Iran | 8.407 |
| Bosnien und Herzegowina | 5.705 | Eritrea | 10.876 | Pakistan | 14.484 | Nigeria | 7.811 | Eritrea | 5.571 | Ungeklärt | 3.727 |
| Nordmazedonien | 5.614 | Nordmazedonien | 9.083 | Ungeklärt | 14.659 | Somalia | 6.836 | Somalia | 5.073 | Somalia | 3.572 |
| Somalia | 5.528 | Pakistan | 8.199 | Nigeria | 12.709 | Russische Föderation | 4.884 | Ungeklärt | 4.220 | Eritrea | 3.520 |
| Irak | 5.345 | Iran | 5.394 | Russische Föderation | 10.985 | Ungeklärt | 4.067 | Russische Föderation | 3.938 | Georgien | 3.329 |
| Sonstige | 57.290 | Sonstige | 84.592 | Sonstige | 120.022 | Sonstige | 60.531 | Sonstige | 41.502 | Sonstige | 37.566 |
| Insgesamt | 173.072 | Insgesamt | 441.899 | Insgesamt | 722.370 | Insgesamt | 198.317 | Insgesamt | 161.931 | Insgesamt | 142.509 |

Quelle: BAMF

Abbildung 3-43: Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge seit 2005 (Erst- und Folgeanträge)



Anmerkung: Werte unter 3 % sind nicht ausgewiesen.

Hinweis: Rechtsgrundlage für Entscheidungen zu Flüchtlingsschutz, subsidiärem Schutz und Abschiebungsverboten, die bis zum 30. November 2013 getroffen wurden, war § 60 Abs. 1, § 60 Abs. 2, 3 oder 7 S. 2 bzw. § 60 Abs. 5 oder 7 S. 1 AufenthG.

Quelle: BAMF

Tabelle 3-35: Entscheidungen über Erst- und Folgeanträge nach den zehn zugangsstärksten Staatsangehörigkeiten (Asylerstanträge) im Jahr 2019

| Staatsangehörigkeit | Entscheidungen insgesamt | Asyl-berechtigt nach Art. 16 a GG | in % | Flüchtlings-schutz nach § 3 I AsylG | in % | Subsidiärer Schutz nach § 4 I AsylG | in % | Abschie-bungsverbot nach § 60 V+VII AufenthG | in % | Ablehnungen | in % | Formelle Entscheidungen | in % | Gesamtschutz | in % |
|-------------------------------|--------------------------|-----------------------------------|-------------|-------------------------------------|--------------|-------------------------------------|--------------|--|-------------|---------------|--------------|-------------------------|--------------|---------------|--------------|
| Syrien | 45.838 | 353 | 0,8% | 22.352 | 48,8% | 15.173 | 33,1% | 489 | 1,1% | 57 | 0,1% | 7.414 | 16,2% | 38.367 | 83,7% |
| Irak | 17.694 | 48 | 0,3% | 4.591 | 25,9% | 705 | 4,0% | 841 | 4,8% | 5.761 | 32,6% | 5.748 | 32,5% | 6.185 | 35,0% |
| Türkei | 10.426 | 770 | 7,4% | 4.101 | 39,3% | 39 | 0,4% | 33 | 0,3% | 4.435 | 42,5% | 1.048 | 10,1% | 4.943 | 47,4% |
| Afghanistan | 12.109 | 33 | 0,3% | 1.701 | 14,0% | 480 | 4,0% | 2.391 | 19,7% | 2.688 | 22,2% | 4.816 | 39,8% | 4.605 | 38,0% |
| Nigeria | 13.567 | 23 | 0,2% | 423 | 3,1% | 93 | 0,7% | 394 | 2,9% | 5.480 | 40,4% | 7.154 | 52,7% | 933 | 6,9% |
| Iran | 10.356 | 251 | 2,4% | 1.655 | 16,0% | 133 | 1,3% | 53 | 0,5% | 5.334 | 51,5% | 2.930 | 28,3% | 2.092 | 20,2% |
| Ungeklärt | 4.707 | 136 | 2,9% | 2.053 | 43,6% | 328 | 7,0% | 79 | 1,7% | 876 | 18,6% | 1.235 | 26,2% | 2.596 | 55,2% |
| Somalia | 5.365 | 34 | 0,6% | 1.629 | 30,4% | 319 | 5,9% | 265 | 4,9% | 997 | 18,6% | 2.121 | 39,5% | 2.247 | 41,9% |
| Eritrea | 4.570 | 47 | 1,0% | 2.078 | 45,5% | 858 | 18,8% | 396 | 8,7% | 376 | 8,2% | 815 | 17,8% | 3.379 | 73,9% |
| Georgien | 3.775 | 0 | 0,0% | 4 | 0,1% | 1 | 0,0% | 17 | 0,5% | 2.827 | 74,9% | 926 | 24,5% | 22 | 0,6% |
| Herkunftsländer gesamt | 183.954 | 2.192 | 1,2% | 42.861 | 23,3% | 19.419 | 10,6% | 5.857 | 3,2% | 54.034 | 29,4% | 59.591 | 32,4% | 70.329 | 38,2% |

Quelle: BAMF

Tabelle 3-36: Erteilte Visa für den Familiennachzug seit 2000¹

| Jahr | Ehepartner/-in ² zu ausländischen Staatsangehörigen | in % | Ehepartner/-in ² zu deutschen Staatsangehörigen | in % | Kinder unter 18 Jahren | in % | Nachzug zu minderjährigen Kindern ³ | in % | Sonstige Familienangehörige ³ | in % | Insgesamt | darunter aus der Türkei | in % |
|------|--|-------|--|-------|------------------------|-------|--|------|--|-------|----------------|-------------------------|-------|
| 2000 | 27.579 | 36,3% | 30.610 | 40,3% | 17.699 | 23,3% | - | - | - | - | 75.888 | 21.447 | 28,3% |
| 2001 | 29.271 | 35,3% | 33.807 | 40,8% | 19.760 | 23,9% | - | - | - | - | 82.838 | 23.663 | 28,5% |
| 2002 | 29.773 | 34,9% | 34.248 | 40,1% | 21.284 | 25,0% | - | - | - | - | 85.305 | 25.068 | 29,4% |
| 2003 | 24.947 | 32,8% | 33.222 | 43,7% | 17.908 | 23,5% | - | - | - | - | 76.077 | 21.908 | 28,8% |
| 2004 | 20.131 | 30,5% | 31.421 | 47,7% | 14.383 | 21,8% | - | - | - | - | 65.935 | 17.543 | 26,6% |
| 2005 | 17.153 | 32,2% | 23.780 | 44,7% | 12.280 | 23,1% | - | - | - | - | 53.213 | 15.162 | 28,5% |
| 2006 | 16.888 | 33,6% | 22.697 | 45,1% | 10.715 | 21,3% | - | - | - | - | 50.300 | 11.980 | 23,8% |
| 2007 | 14.189 | 33,6% | 18.277 | 43,3% | 9.753 | 23,1% | - | - | - | - | 42.219 | 9.237 | 21,9% |
| 2008 | 14.106 | 35,5% | 16.661 | 41,9% | 8.950 | 22,5% | - | - | - | - | 39.717 | 8.079 | 20,3% |
| 2009 | 15.761 | 36,9% | 17.433 | 40,8% | 9.562 | 22,4% | - | - | - | - | 42.756 | 8.048 | 18,8% |
| 2010 | 14.741 | 36,7% | 16.908 | 42,0% | 8.561 | 21,3% | - | - | - | - | 40.210 | 7.456 | 18,5% |
| 2011 | 14.905 | 36,4% | 17.745 | 43,3% | 8.325 | 20,3% | - | - | - | - | 40.975 | 7.702 | 18,8% |
| 2012 | 15.006 | 36,7% | 16.840 | 41,2% | 8.850 | 21,7% | - | - | 147 | 0,4% | 40.843 | 6.355 | 15,6% |
| 2013 | 15.248 | 34,4% | 17.529 | 39,6% | 9.206 | 20,8% | - | - | 2.328 | 5,3% | 44.311 | 6.113 | 13,8% |
| 2014 | 18.701 | 37,0% | 17.317 | 34,2% | 11.952 | 23,6% | - | - | 2.594 | 5,1% | 50.564 | 7.870 | 15,6% |
| 2015 | 27.602 | 38,0% | 17.783 | 24,5% | 22.348 | 30,8% | - | - | 4.926 | 6,8% | 72.659 | 15.888 | 21,9% |
| 2016 | 37.772 | 36,4% | 18.235 | 17,6% | 39.054 | 37,6% | - | - | 8.822 | 8,5% | 103.883 | 31.994 | 30,8% |
| 2017 | 42.480 | 36,0% | 18.470 | 15,7% | 44.048 | 37,3% | - | - | 12.993 | 11,0% | 117.991 | 33.222 | 28,2% |
| 2018 | 39.464 | 36,8% | 19.099 | 17,8% | 37.949 | 35,3% | 9.688 | 9,0% | 1.154 | 1,1% | 107.354 | 15.925 | 14,8% |
| 2019 | 41.544 | 38,6% | 19.524 | 18,2% | 38.990 | 36,3% | 6.724 | 6,3% | 738 | 0,7% | 107.520 | 14.134 | 13,1% |

1) Weltweit erteilte D-Visa aus familiären Gründen.

2) Die Kategorien zu Ehepartnerinnen und Ehepartnern beinhalten auch Lebenspartnerinnen und Lebenspartner.

3) Die Kategorie „Elternnachzug zu minderjährigen Kindern“ wird in der Visastatistik seit dem Jahr 2018 ausgewiesen, zuvor wurde der Nachzug von Eltern in der Kategorie „sonstige Familienangehörige“ erfasst. Diese wiederum existiert seit dem Jahr 2012.

Quelle: Auswärtiges Amt

Tabelle 3-37: Erteilte Visa für den Familiennachzug seit 2002 nach ausgewählten Auslandsvertretungen

| Auslandsvertretungen | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 |
|-------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| Türkei | 25.068 | 21.908 | 17.543 | 15.162 | 11.980 | 9.237 | 8.079 | 8.048 | 7.456 | 7.702 | 6.355 | 6.113 | 7.870 | 15.888 | 31.994 | 33.222 | 15.925 | 14.134 |
| Libanon | 761 | 670 | 859 | 744 | 611 | 467 | 571 | 532 | 526 | 476 | 960 | 1.164 | 2.565 | 10.685 | 14.270 | 18.710 | 15.954 | 12.699 |
| Indien | 1.617 | 1.673 | 1.851 | 1.412 | 1.448 | 1.778 | 2.434 | 2.581 | 2.641 | 2.900 | 3.962 | 3.851 | 5.121 | 6.027 | 6.606 | 7.566 | 9.028 | 10.550 |
| Kosovo | - | - | - | - | - | - | - | 3.479 | 3.203 | 3.102 | 2.742 | 2.376 | 2.826 | 2.568 | 2.517 | 5.228 | 7.124 | 8.666 |
| Bosnien und Herzegowina | 2.080 | 1.841 | 1.918 | 1.678 | 1.438 | 1.085 | 991 | 857 | 777 | 696 | 819 | 967 | 1.188 | 1.613 | 1.876 | 3.641 | 5.905 | 4.999 |
| Irak | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 8 | 23 | 68 | 139 | 51 | 33 | 57 | 4 | 988 | 7.005 | 6.501 | 4.844 |
| Russische Föderation | 5.523 | 5.329 | 5.462 | 4.558 | 4.333 | 3.333 | 2.626 | 2.725 | 2.689 | 3.077 | 3.185 | 3.560 | 3.600 | 3.951 | 3.782 | 3.489 | 3.867 | 4.177 |
| China | 1.361 | 1.110 | 873 | 1.086 | 1.124 | 1.210 | 1.265 | 1.427 | 1.448 | 1.850 | 2.061 | 2.373 | 2.432 | 2.901 | 3.040 | 3.072 | 2.934 | 2.782 |
| Ukraine | 1.444 | 1.766 | 1.924 | 1.545 | 1.267 | 991 | 1.286 | 1.204 | 1.229 | 1.525 | 1.601 | 1.704 | 1.944 | 2.058 | 2.513 | 2.157 | 2.128 | 2.492 |
| Serbien | 2.250 | 2.135 | 4.905 | 2.116 | 5.379 | 4.773 | 4.437 | 1.024 | 688 | 910 | 985 | 975 | 1.041 | 1.246 | 1.256 | 2.167 | 2.280 | 2.360 |
| Nordmazedonien | 4.768 | 2.365 | 1.229 | 1.156 | 1.087 | 815 | 730 | 738 | 431 | 566 | 570 | 722 | 742 | 841 | 919 | 1.425 | 1.650 | 2.337 |
| Iran | 1.454 | 1.203 | 1.059 | 958 | 695 | 665 | 546 | 660 | 780 | 913 | 896 | 1.130 | 919 | 847 | 2.008 | 945 | 2.134 | 2.155 |
| Ägypten | 581 | 530 | 609 | 454 | 661 | 889 | 644 | 597 | 333 | 461 | 885 | 1.131 | 1.396 | 2.061 | 2.283 | 1.884 | 1.662 | 2.011 |
| Thailand | 3.138 | 3.667 | 3.850 | 3.249 | 2.809 | 2.239 | 1.752 | 1.817 | 1.725 | 1.298 | 1.064 | 1.735 | 1.540 | 1.598 | 1.653 | 1.719 | 1.733 | 1.976 |
| Marokko | 3.794 | 2.200 | 1.957 | 1.810 | 1.704 | 1.365 | 1.387 | 1.500 | 1.464 | 1.547 | 1.574 | 1.514 | 1.465 | 1.790 | 1.633 | 1.389 | 1.844 | 1.848 |
| Pakistan | 1.072 | 1.540 | 1.282 | 927 | 735 | 617 | 723 | 969 | 786 | 662 | 523 | 798 | 1.022 | 1.379 | 1.709 | 1.558 | 2.806 | 1.665 |
| Jordanien | 718 | 579 | 206 | 338 | 308 | 250 | 182 | 685 | 231 | 227 | 647 | 806 | 622 | 2.007 | 5.961 | 2.602 | 1.583 | 1.578 |
| Tunesien | 1.114 | 1.017 | 1.068 | 969 | 919 | 790 | 679 | 728 | 842 | 924 | 1.004 | 1.132 | 1.248 | 1.268 | 1.374 | 1.359 | 1.334 | 1.246 |
| Vietnam | 1.670 | 1.315 | 1.266 | 1.142 | 1.156 | 886 | 810 | 742 | 797 | 769 | 728 | 628 | 751 | 712 | 861 | 922 | 1.224 | 1.205 |
| Afghanistan | 0 | 2 | 23 | 4 | 124 | 292 | 370 | 384 | 348 | 504 | 381 | 463 | 932 | 880 | 985 | 1.054 | 169 | 837 |
| Kasachstan | 2.015 | 1.190 | 2.037 | 1.775 | 1.250 | 939 | 578 | 515 | 329 | 391 | 422 | 496 | 544 | 528 | 495 | 497 | 653 | 693 |
| Mexiko | 253 | 237 | 408 | 463 | 570 | 594 | 732 | 604 | 372 | 517 | 411 | 429 | 794 | 667 | 586 | 647 | 751 | 673 |
| Belarus | 630 | 535 | 414 | 39 | 0 | 94 | 271 | 293 | 307 | 301 | 397 | 444 | 481 | 523 | 534 | 478 | 567 | 619 |
| Saudi-Arabien | 93 | 75 | 47 | 57 | 32 | 28 | 11 | 17 | 41 | 24 | 13 | 68 | 54 | 604 | 629 | 670 | 551 | 531 |
| Syrien ¹ | 616 | 763 | 358 | 546 | 488 | 439 | 842 | 2.420 | 2.945 | 1.346 | 80 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Insgesamt | 85.305 | 76.077 | 65.935 | 53.213 | 50.300 | 42.219 | 39.717 | 42.756 | 40.210 | 40.975 | 40.843 | 44.311 | 50.564 | 72.659 | 103.883 | 117.991 | 107.354 | 107.520 |

1) Der starke Rückgang im Falle Syriens ab 2012 ist darauf zurückzuführen, dass die deutsche Auslandsvertretung in Damaskus aufgrund des Konflikts in Syrien seit dem 20. Januar 2012 geschlossen ist. Syrische Staatsangehörige beantragen deshalb vor allem in den deutschen Auslandsvertretungen in Jordanien, der Türkei und in Libanon Visa zum Zweck des Familiennachzugs.

Quelle: Auswärtiges Amt

Tabelle 3-38: Erteilte Visa für den Familiennachzug nach ausgewählten Auslandsvertretungen im Jahr 2019

| Auslandsvertretungen | Ehepartner/-in ¹ zu ausländischen Staatsangehörigen | Ehepartner/-in ¹ zu deutschen Staatsangehörigen | Kinder unter 18 Jahren | Nachzug zu minderjährigen Kindern | Sonstige Fami- lienangehörige | Insgesamt |
|-------------------------|--|--|---------------------------|---|-------------------------------------|----------------|
| Türkei | 5.136 | 3.145 | 4.025 | 1.661 | 167 | 14.134 |
| Libanon | 4.148 | 530 | 6.705 | 1.264 | 22 | 12.699 |
| Indien | 6.387 | 351 | 3.508 | 278 | 26 | 10.550 |
| Kosovo | 3.819 | 861 | 3.907 | 77 | 2 | 8.666 |
| Bosnien und Herzegowina | 2.469 | 135 | 2.362 | 21 | 12 | 4.999 |
| Irak | 1.637 | 237 | 2.294 | 576 | 100 | 4.844 |
| Russische Föderation | 1.196 | 1.582 | 1.099 | 276 | 24 | 4.177 |
| China | 1.120 | 549 | 946 | 118 | 49 | 2.782 |
| Albanien | 1.199 | 144 | 1.181 | 35 | 8 | 2.567 |
| Ukraine | 697 | 1.023 | 675 | 85 | 12 | 2.492 |
| Serbien | 1.061 | 126 | 1.145 | 22 | 6 | 2.360 |
| Nordmazedonien | 1.206 | 121 | 980 | 29 | 1 | 2.337 |
| Iran | 1.209 | 365 | 541 | 36 | 4 | 2.155 |
| Ägypten | 773 | 324 | 801 | 96 | 17 | 2.011 |
| Thailand | 90 | 1.338 | 353 | 165 | 30 | 1.976 |
| Marokko | 496 | 1.185 | 133 | 33 | 1 | 1.848 |
| Pakistan | 714 | 235 | 652 | 50 | 14 | 1.665 |
| Jordanien | 466 | 176 | 813 | 91 | 32 | 1.578 |
| Tunesien | 438 | 661 | 48 | 96 | 3 | 1.246 |
| Vietnam | 329 | 378 | 450 | 44 | 4 | 1.205 |
| Insgesamt | 41.544 | 19.524 | 38.990 | 6.724 | 738 | 107.520 |

1) Die Kategorien zu Ehepartnerinnen und Ehepartnern beinhalten auch Lebenspartnerinnen und Lebenspartner.

Quelle: Auswärtiges Amt

Tabelle 3-39: Familiennachzug (erteilte Aufenthaltserlaubnisse) in den Jahren von 2013 bis 2019 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

| Staatsangehörigkeit | Familiennachzug im Jahr | | | | | | | | |
|-------------------------|-------------------------|---------------|---------------|----------------|----------------|---------------|---------------|--------------------------|--------------|
| | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | Veränderung 2018/2019 | |
| | | | | | | | | absolut | in % |
| Syrien | 860 | 3.025 | 15.956 | 31.782 | 33.389 | 14.350 | 12.790 | -1.560 | -10,9% |
| Türkei | 6.966 | 7.317 | 7.720 | 7.770 | 7.670 | 8.401 | 8.708 | +307 | +3,7% |
| Kosovo | 3.337 | 3.766 | 3.808 | 3.207 | 5.120 | 6.317 | 7.806 | +1.489 | +23,6% |
| Indien | 3.542 | 3.992 | 4.605 | 5.244 | 6.203 | 6.157 | 7.447 | +1.290 | +21,0% |
| Bosnien und Herzegowina | 1.183 | 1.425 | 1.775 | 2.107 | 3.520 | 5.281 | 4.490 | -791 | -15,0% |
| Russische Föderation | 4.108 | 4.286 | 4.726 | 4.353 | 4.093 | 4.052 | 4.188 | +136 | +3,4% |
| Vereinigte Staaten | 2.942 | 3.075 | 3.098 | 3.079 | 3.138 | 2.864 | 2.833 | -31 | -1,1% |
| Albanien | 395 | 445 | 743 | 1.003 | 1.537 | 1.794 | 2.791 | +997 | +55,6% |
| Ukraine | 2.141 | 2.642 | 2.693 | 2.908 | 2.552 | 2.452 | 2.608 | +156 | +6,4% |
| Serbien ¹ | 1.389 | 1.417 | 1.617 | 1.649 | 2.392 | 2.501 | 2.356 | -145 | -5,8% |
| China | 2.114 | 2.418 | 2.635 | 2.619 | 2.782 | 2.452 | 2.239 | -213 | -8,7% |
| Nordmazedonien | 891 | 1.005 | 1.174 | 1.207 | 1.481 | 1.688 | 2.142 | +454 | +26,9% |
| Iran | 924 | 1080 | 1.063 | 1.202 | 1.386 | 1.859 | 1.913 | +54 | +2,9% |
| Irak | 818 | 797 | 1.800 | 6.678 | 7.481 | 4.246 | 1.863 | -2.383 | -56,1% |
| Brasilien | 954 | 1.064 | 1.432 | 1.590 | 1.810 | 1.876 | 1.816 | -60 | -3,2% |
| Marokko | 1.475 | 1.504 | 1.672 | 1.530 | 1.410 | 1.662 | 1.712 | +50 | +3,0% |
| Japan | 1.674 | 1.650 | 1.743 | 1.823 | 1.943 | 1.792 | 1.700 | -92 | -5,1% |
| Pakistan | 1.092 | 1.798 | 1.543 | 1.745 | 1.604 | 1.439 | 1.610 | +171 | +11,9% |
| Thailand | 1.526 | 1.416 | 1.437 | 1.482 | 1.473 | 1.460 | 1.610 | +150 | +10,3% |
| Vietnam | 933 | 1.055 | 1.127 | 1.255 | 1.355 | 1.576 | 1.545 | -31 | -2,0% |
| Sonstige | 16.782 | 18.500 | 20.073 | 21.318 | 22.522 | 22.910 | 22.466 | -444 | -1,9% |
| Insgesamt | 56.046 | 63.677 | 82.440 | 105.551 | 114.861 | 97.129 | 96.633 | -496 | -0,5% |

1) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Quelle: Ausländerzentralregister

Tabelle 3-40: Familiennachzug (erteilte Aufenthaltserlaubnisse) im Jahr 2019 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten

| Staatsangehörigkeit | Ehefrauen ² zu deutschen Staatsangehörigen | Ehemänner ² zu deutschen Staatsangehörigen | Ehefrauen ² zu ausländischen Staatsangehörigen | Ehemänner ² zu ausländischen Staatsangehörigen | Nachzug von minderjährigen Kindern | Elternnachzug zu minderjährigen Kindern | Nachzug zu sonstigen Familienangehörigen | Familiennachzug insgesamt | |
|-------------------------|---|---|---|---|------------------------------------|---|--|---------------------------|---------------|
| | | | | | | | | absolut | in % |
| Syrien | 128 | 29 | 4.391 | 528 | 6.856 | 693 | 165 | 12.790 | 13,2% |
| Türkei | 1.196 | 1.932 | 2.040 | 770 | 1.735 | 1.011 | 24 | 8.708 | 9,0% |
| Kosovo | 389 | 399 | 2.909 | 315 | 3.641 | 144 | 9 | 7.806 | 8,1% |
| Indien | 158 | 119 | 4.017 | 368 | 2.735 | 47 | 3 | 7.447 | 7,7% |
| Bosnien und Herzegowina | 101 | 108 | 1.731 | 408 | 2.069 | 67 | 6 | 4.490 | 4,6% |
| Russische Föderation | 1.543 | 259 | 774 | 105 | 1.151 | 338 | 18 | 4.188 | 4,3% |
| Vereinigte Staaten | 331 | 502 | 567 | 191 | 981 | 247 | 14 | 2.833 | 2,9% |
| Albanien | 78 | 93 | 857 | 305 | 1.394 | 61 | 3 | 2.791 | 2,9% |
| Ukraine | 1.029 | 151 | 490 | 84 | 698 | 150 | 6 | 2.608 | 2,7% |
| Serbien ¹ | 117 | 78 | 651 | 273 | 976 | 248 | 13 | 2.356 | 2,4% |
| China | 418 | 40 | 686 | 179 | 791 | 119 | 6 | 2.239 | 2,3% |
| Nordmazedonien | 57 | 76 | 741 | 150 | 1.035 | 82 | 1 | 2.142 | 2,2% |
| Iran | 298 | 77 | 746 | 244 | 506 | 34 | 8 | 1.913 | 2,0% |
| Irak | 179 | 69 | 443 | 64 | 909 | 170 | 29 | 1.863 | 1,9% |
| Brasilien | 381 | 168 | 597 | 91 | 456 | 119 | 4 | 1.816 | 1,9% |
| Marokko | 622 | 418 | 293 | 33 | 206 | 137 | 3 | 1.712 | 1,8% |
| Japan | 92 | 15 | 706 | 13 | 850 | 24 | 0 | 1.700 | 1,8% |
| Pakistan | 148 | 111 | 587 | 38 | 640 | 82 | 4 | 1.610 | 1,7% |
| Thailand | 1.039 | 72 | 26 | 11 | 320 | 133 | 9 | 1.610 | 1,7% |
| Vietnam | 364 | 58 | 287 | 124 | 532 | 177 | 3 | 1.545 | 1,6% |
| Sonstige | 4.724 | 2.561 | 4.612 | 815 | 7.129 | 2.423 | 202 | 22.466 | 23,2% |
| Insgesamt | 13.392 | 7.335 | 28.151 | 5.109 | 35.610 | 6.506 | 530 | 96.633 | 100,0% |

1) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

2) Die Kategorien zu Ehefrauen und Ehemännern beinhalten auch Lebenspartnerinnen und Lebenspartner.

Quelle: Ausländerzentralregister

Tabelle 3-41: Zuzug von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen nach Herkunftsgebieten von 1990 bis 2019

| Herkunftsgebiet | 1990 | 1991 ³ | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 |
|-------------------------------------|----------------|-------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| Polen | 133.872 | 40.131 | 17.749 | 5.431 | 2.440 | 1.677 | 1.175 | 687 | 488 | 428 | 484 | 623 | 553 | 444 | 278 |
| Ehemaliges. Sowjetunion | 147.950 | 147.333 | 195.629 | 207.347 | 213.214 | 209.409 | 172.181 | 131.895 | 101.550 | 103.599 | 94.558 | 97.434 | 90.587 | 72.289 | 58.728 |
| davon aus: Estland | - | - | 446 | 283 | 366 | 363 | 337 | 136 | 69 | 116 | 80 | 77 | 79 | 69 | 47 |
| Lettland | - | - | 334 | 266 | 267 | 360 | 248 | 124 | 147 | 183 | 182 | 115 | 44 | 45 | 51 |
| Litauen | - | - | 200 | 166 | 243 | 230 | 302 | 176 | 163 | 161 | 193 | 97 | 178 | 123 | 87 |
| Armenien | - | - | 6 | 22 | 83 | 42 | 16 | 29 | 47 | 66 | 58 | 52 | 92 | 25 | 4 |
| Aserbaidtschan | - | - | 52 | 39 | 53 | 44 | 25 | 20 | 4 | 30 | 20 | 54 | 23 | 32 | 43 |
| Belarus | - | - | 175 | 176 | 136 | 227 | 186 | 168 | 161 | 172 | 189 | 331 | 313 | 273 | 275 |
| Georgien | - | - | 283 | 514 | 155 | 165 | 127 | 72 | 72 | 52 | 29 | 27 | 35 | 35 | 41 |
| Kasachstan | - | - | 114.426 | 113.288 | 121.517 | 117.148 | 92.125 | 73.967 | 51.132 | 49.391 | 45.657 | 46.178 | 38.653 | 26.391 | 19.828 |
| Kirgisistan | - | - | 12.620 | 12.373 | 10.847 | 8.858 | 7.467 | 4.010 | 3.253 | 2.742 | 2.317 | 2.020 | 2.047 | 2.040 | 1.634 |
| Moldau | - | - | 950 | 1.139 | 965 | 748 | 447 | 243 | 369 | 413 | 361 | 186 | 449 | 281 | 220 |
| Russische Föderation | - | - | 55.882 | 67.365 | 68.397 | 71.685 | 63.311 | 47.055 | 41.054 | 45.951 | 41.478 | 43.885 | 44.493 | 39.404 | 33.358 |
| Tadschikistan | - | - | 3.305 | 4.801 | 2.804 | 1.834 | 870 | 415 | 203 | 112 | 62 | 56 | 32 | 26 | 27 |
| Turkmenistan | - | - | 304 | 322 | 485 | 587 | 463 | 442 | 365 | 255 | 239 | 190 | 126 | 120 | 168 |
| Ukraine | - | - | 2.700 | 2.711 | 3.139 | 3.650 | 3.460 | 3.153 | 2.983 | 2.762 | 2.773 | 3.176 | 3.179 | 2.711 | 2.299 |
| Usbekistan | - | - | 3.946 | 3.882 | 3.757 | 3.468 | 2.797 | 1.885 | 1.528 | 1.193 | 920 | 990 | 844 | 714 | 646 |
| Ehemaliges Jugoslawien ¹ | 961 | 450 | 199 | 119 | 176 | 178 | 73 | 34 | 13 | 19 | 0 | 17 | 3 | 8 | 8 |
| Rumänien | 111.150 | 32.184 | 16.154 | 5.811 | 6.615 | 6.519 | 4.284 | 1.777 | 1.005 | 855 | 547 | 380 | 256 | 137 | 76 |
| Ehemalige CSFR | 1.708 | 927 | 460 | 136 | 101 | 62 | 18 | 12 | 17 | 11 | 18 | 22 | 14 | 2 | 3 |
| Ungarn | 1.336 | 952 | 354 | 38 | 43 | 43 | 14 | 14 | 4 | 4 | 2 | 8 | 3 | 5 | 0 |
| Sonstige Länder ² | 96 | 18 | 20 | 6 | 2 | 10 | 6 | 0 | 3 | 0 | 6 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Insgesamt | 397.073 | 221.995 | 230.565 | 218.888 | 222.591 | 217.898 | 177.751 | 134.419 | 103.080 | 104.916 | 95.615 | 98.484 | 91.416 | 72.885 | 59.093 |

Fortsetzung Tabelle 3-41: Zuzug von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen nach Herkunftsgebieten von 1990 bis 2019

| Herkunftsgebiet | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 |
|-------------------------------------|---------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| Polen | 80 | 80 | 70 | 44 | 45 | 34 | 33 | 12 | 11 | 23 | 13 | 9 | 11 | 10 | 3 |
| Ehemalige Sowjetunion | 35.396 | 7.626 | 5.695 | 4.301 | 3.292 | 2.297 | 2.092 | 1.782 | 2.386 | 5.613 | 6.096 | 6.572 | 7.043 | 7.112 | 7.149 |
| davon aus: Estland | 32 | 0 | 5 | 3 | 12 | 7 | 3 | 1 | 0 | 4 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Lettland | 43 | 10 | 6 | 3 | 2 | 2 | 10 | 8 | 1 | 3 | 7 | 1 | 4 | 0 | 0 |
| Litauen | 30 | 14 | 9 | 9 | 14 | 3 | 6 | 0 | 6 | 5 | 0 | 9 | 3 | 1 | 0 |
| Armenien | 10 | 4 | 1 | 5 | 19 | 0 | 10 | 2 | 4 | 27 | 27 | 19 | 16 | 16 | 9 |
| Aserbajdschan | 34 | 0 | 10 | 10 | 0 | 0 | 1 | 0 | 3 | 6 | 1 | 12 | 3 | 14 | 18 |
| Belarus | 236 | 32 | 43 | 32 | 8 | 18 | 16 | 3 | 24 | 24 | 80 | 133 | 124 | 109 | 144 |
| Georgien | 22 | 3 | 13 | 0 | 15 | 3 | 0 | 5 | 0 | 15 | 14 | 32 | 39 | 22 | 17 |
| Kasachstan | 11.206 | 1.760 | 1.279 | 1.062 | 851 | 508 | 616 | 422 | 785 | 2.069 | 1.988 | 2.332 | 2.690 | 2.292 | 2.597 |
| Kirgisistan | 840 | 183 | 211 | 128 | 122 | 95 | 65 | 97 | 59 | 120 | 144 | 137 | 91 | 120 | 128 |
| Moldau | 130 | 26 | 31 | 34 | 16 | 17 | 1 | 0 | 12 | 34 | 45 | 63 | 92 | 86 | 55 |
| Russische Föderation | 21.113 | 5.189 | 3.735 | 2.660 | 1.918 | 1.462 | 1.257 | 1.119 | 1.307 | 2.704 | 2.760 | 3.035 | 3.116 | 3.496 | 3.424 |
| Tadschikistan | 15 | 6 | 10 | 11 | 1 | 6 | 8 | 0 | 10 | 4 | 9 | 13 | 12 | 4 | 1 |
| Turkmenistan | 72 | 23 | 2 | 11 | 2 | 4 | 0 | 1 | 4 | 1 | 15 | 14 | 5 | 22 | 26 |
| Ukraine | 1.306 | 314 | 244 | 210 | 268 | 160 | 90 | 118 | 159 | 532 | 926 | 719 | 795 | 873 | 669 |
| Usbekistan | 307 | 62 | 96 | 123 | 44 | 12 | 9 | 6 | 12 | 42 | 80 | 53 | 53 | 57 | 61 |
| Ehemaliges Jugoslawien ¹ | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Rumänien | 39 | 40 | 21 | 16 | 23 | 15 | 21 | 22 | 30 | 13 | 7 | 7 | 4 | 2 | 3 |
| Ehemalige CSFR | 4 | 1 | 5 | 0 | 0 | 4 | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 0 |
| Ungarn | 3 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Sonstige Länder ² | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2 | 0 | 0 | 2 | 0 |
| Insgesamt | 35.522 | 7.747 | 5.792 | 4.362 | 3.360 | 2.350 | 2.148 | 1.817 | 2.427 | 5.649 | 6.118 | 6.588 | 7.059 | 7.126 | 7.155 |

1) Einschl. Kroatien, Slowenien und Bosnien und Herzegowina sowie der ehemaligen jugoslawischen Republik Nordmazedonien, die seit 1992 bzw. 1993 selbständige Staaten sind.

2) „Sonstige Gebiete“ sowie einschließlich der Vertriebenen, die über das sonstige Ausland nach Deutschland kamen.

3) Ab 1. Januar 1991 Zahlen für Gesamtdeutschland.

Quelle: Bundesverwaltungsamt

Tabelle 3-42: Zuzug von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und deren Familienangehörigen nach Altersgruppen von 1991 bis 2019

| Jahr | unter 18 Jahre | in % | von 18 bis unter 45 Jahre | in % | von 45 bis unter 65 Jahre | in % | 65 Jahre und älter | in % | Insgesamt |
|-------------------|-------------------|-------|------------------------------|-------|------------------------------|-------|-----------------------|-------|----------------|
| 1991 | 71.268 | 32,1% | 98.320 | 44,3% | 38.612 | 17,4% | 13.795 | 6,2% | 221.995 |
| 1992 | 81.188 | 35,2% | 99.045 | 43,0% | 34.620 | 15,0% | 15.712 | 6,8% | 230.565 |
| 1993 | 76.519 | 35,0% | 94.871 | 43,3% | 31.360 | 14,3% | 16.138 | 7,4% | 218.888 |
| 1994 | 76.739 | 34,5% | 98.124 | 44,1% | 31.147 | 14,0% | 16.581 | 7,4% | 222.591 |
| 1995 | 74.822 | 34,3% | 97.257 | 44,6% | 30.327 | 13,9% | 15.492 | 7,1% | 217.898 |
| 1996 | 59.564 | 33,5% | 80.545 | 45,3% | 26.056 | 14,7% | 11.586 | 6,5% | 177.751 |
| 1997 | 43.442 | 32,3% | 60.111 | 44,7% | 21.085 | 15,7% | 9.781 | 7,3% | 134.419 |
| 1998 | 32.837 | 31,9% | 46.777 | 45,4% | 16.564 | 16,1% | 6.902 | 6,7% | 103.080 |
| 1999 | 32.266 | 30,8% | 48.243 | 46,0% | 17.289 | 16,5% | 7.118 | 6,8% | 104.916 |
| 2000 | 28.401 | 29,7% | 44.315 | 46,3% | 16.580 | 17,3% | 6.319 | 6,6% | 95.615 |
| 2001 | 28.662 | 29,1% | 45.883 | 46,6% | 17.749 | 18,0% | 6.190 | 6,3% | 98.484 |
| 2002 | 25.561 | 28,0% | 43.080 | 47,1% | 16.752 | 18,3% | 6.023 | 6,6% | 91.416 |
| 2003 | 19.938 | 27,4% | 34.269 | 47,0% | 13.479 | 18,5% | 5.199 | 7,1% | 72.885 |
| 2004 | 15.927 | 27,0% | 28.016 | 47,4% | 11.069 | 18,7% | 4.081 | 6,9% | 59.093 |
| 2005 | 9.345 | 26,3% | 16.560 | 46,6% | 7.131 | 20,1% | 2.486 | 7,0% | 35.522 |
| 2006 | 1.712 | 22,1% | 3.246 | 41,9% | 1.929 | 24,9% | 860 | 11,1% | 7.747 |
| 2007 | 1.366 | 23,6% | 2.256 | 39,0% | 1.483 | 25,6% | 687 | 11,9% | 5.792 |
| 2008 | 1.006 | 23,1% | 1.837 | 42,1% | 1.100 | 25,2% | 419 | 9,6% | 4.362 |
| 2009 | 808 | 24,0% | 1.410 | 42,0% | 825 | 24,6% | 317 | 9,4% | 3.360 |
| 2010 ¹ | 627 | 26,7% | 969 | 41,2% | 589 | 25,1% | 165 | 7,0% | 2.350 |
| 2011 | 591 | 27,5% | 906 | 42,2% | 488 | 22,7% | 163 | 7,6% | 2.148 |
| 2012 | 509 | 28,0% | 759 | 41,8% | 430 | 23,7% | 119 | 6,6% | 1.817 |
| 2013 | 670 | 27,6% | 1.027 | 42,3% | 567 | 23,4% | 163 | 6,7% | 2.427 |
| 2014 | 1.759 | 31,1% | 2.640 | 46,7% | 1.028 | 18,2% | 222 | 3,9% | 5.649 |
| 2015 | 1.895 | 31,0% | 2.836 | 46,4% | 1.140 | 18,6% | 247 | 4,0% | 6.118 |
| 2016 | 2.077 | 29,4% | 3.169 | 44,9% | 1.078 | 15,3% | 264 | 3,7% | 6.588 |
| 2017 | 2.211 | 31,3% | 3.272 | 46,4% | 1.255 | 17,8% | 321 | 4,5% | 7.059 |
| 2018 | 2.321 | 32,6% | 3.275 | 46,0% | 1.212 | 17,0% | 318 | 4,5% | 7.126 |
| 2019 | 2.498 | 34,9% | 3.183 | 44,5% | 1.146 | 16,0% | 328 | 4,6% | 7.155 |

1) Ab dem Jahr 2010 ist die Altersgruppenabgrenzung der jüngsten Gruppe geändert, es handelt sich ab diesem Jahr um die unter 20-Jährigen (vorher: unter 18-Jährige). Dementsprechend handelt es sich bei der nächsten Altersgruppe um die 20- bis unter 45-Jährigen. Die beiden anderen Altersgruppen sind im gesamten dargestellten Zeitraum unverändert geblieben.

Quelle: Bundesverwaltungsamt

Tabelle 3-43: Zuzüge deutscher Staatsangehöriger nach Land des vorherigen Aufenthalts von 2000 bis 2019

| Land des vorherigen Aufenthalts | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 ^{1,2} | 2017 | 2018 | 2019 |
|---------------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|---------------------|----------------|----------------|----------------|
| Belgien | 2.162 | 2.147 | 1.960 | 1.929 | 1.893 | 2.033 | 1.799 | 1.868 | 1.995 | 1.981 | 1.937 | 1.973 | 1.969 | 2.041 | 1.977 | 1.871 | 1.972 | 1.870 | 1.754 | 1.793 |
| Frankreich | 5.633 | 5.411 | 5.412 | 5.061 | 5.159 | 5.593 | 5.462 | 5.851 | 5.844 | 6.245 | 6.124 | 6.128 | 5.725 | 6.051 | 6.000 | 5.658 | 5.505 | 5.257 | 5.126 | 5.016 |
| Italien | 2.623 | 2.559 | 2.503 | 2.531 | 2.421 | 2.498 | 2.480 | 2.587 | 2.640 | 2.816 | 2.668 | 2.716 | 2.927 | 3.128 | 2.973 | 2.600 | 2.280 | 2.328 | 2.149 | 1.999 |
| Niederlande | 3.838 | 3.762 | 3.772 | 3.576 | 3.647 | 3.603 | 3.084 | 3.012 | 2.950 | 2.966 | 3.042 | 3.027 | 3.094 | 2.980 | 2.873 | 2.816 | 2.666 | 2.661 | 2.544 | 2.693 |
| Österreich | 3.650 | 3.657 | 3.687 | 3.856 | 4.027 | 4.437 | 4.889 | 5.147 | 6.202 | 6.569 | 6.537 | 6.879 | 6.915 | 6.869 | 7.009 | 6.832 | 6.521 | 6.384 | 6.468 | 6.631 |
| Polen | 19.961 | 20.872 | 19.502 | 16.904 | 14.654 | 12.214 | 11.900 | 13.622 | 12.131 | 11.846 | 11.135 | 9.262 | 7.958 | 7.900 | 6.982 | 5.898 | 4.305 | 3.940 | 3.428 | 2.946 |
| Spanien | 5.747 | 5.909 | 6.193 | 6.156 | 5.922 | 5.972 | 6.023 | 6.944 | 7.891 | 8.248 | 7.936 | 7.468 | 7.773 | 7.608 | 6.715 | 6.088 | 5.197 | 5.131 | 5.487 | 5.437 |
| Vereinigtes Königreich | 4.657 | 4.594 | 4.464 | 4.186 | 4.049 | 4.388 | 4.600 | 5.000 | 5.824 | 6.153 | 6.426 | 6.487 | 6.432 | 6.362 | 5.903 | 6.043 | 6.526 | 6.583 | 6.418 | 6.385 |
| Norwegen | 338 | 332 | 378 | 367 | 327 | 381 | 406 | 526 | 707 | 828 | 858 | 825 | 849 | 919 | 865 | 864 | 826 | 844 | 777 | 756 |
| Schweiz | 3.731 | 4.093 | 4.271 | 4.420 | 4.795 | 5.184 | 5.836 | 6.860 | 8.216 | 9.340 | 9.997 | 10.869 | 11.140 | 11.849 | 12.024 | 12.064 | 11.216 | 11.124 | 10.681 | 10.523 |
| Türkei | 1.385 | 1.514 | 1.461 | 1.492 | 1.533 | 1.592 | 1.860 | 2.232 | 2.569 | 2.906 | 3.220 | 3.166 | 3.227 | 3.660 | 4.303 | 4.732 | 4.881 | 4.891 | 5.231 | 5.620 |
| Südafrika | 1.260 | 1.186 | 1.033 | 819 | 843 | 862 | 860 | 948 | 1.069 | 1.024 | 1.181 | 1.160 | 987 | 1.102 | 1.144 | 1.199 | 1.197 | 1.132 | 1.216 | 1.281 |
| Brasilien | 1.278 | 1.368 | 1.237 | 1.287 | 1.137 | 1.269 | 1.196 | 1.290 | 1.255 | 1.267 | 1.405 | 1.435 | 1.520 | 1.532 | 1.620 | 1.925 | 2.029 | 2.015 | 1.791 | 1.702 |
| Kanada | 1.264 | 1.322 | 1.104 | 1.155 | 1.038 | 1.141 | 1.101 | 1.544 | 1.660 | 2.058 | 2.124 | 2.090 | 1.980 | 1.882 | 1.887 | 1.846 | 1.736 | 1.734 | 1.831 | 1.776 |
| Vereinigte Staaten | 11.252 | 11.514 | 11.268 | 10.348 | 9.677 | 8.902 | 8.815 | 9.444 | 10.524 | 11.166 | 10.408 | 10.777 | 10.116 | 10.045 | 10.357 | 10.159 | 9.815 | 10.647 | 10.144 | 9.498 |
| China | 870 | 801 | 823 | 898 | 837 | 1.099 | 1.342 | 1.488 | 2.072 | 2.178 | 2.073 | 2.276 | 2.528 | 2.662 | 2.832 | 2.991 | 2.973 | 2.874 | 2.626 | 2.592 |
| Thailand | 711 | 698 | 761 | 732 | 720 | 796 | 849 | 972 | 976 | 1.123 | 1.219 | 1.284 | 1.257 | 1.372 | 1.450 | 1.552 | 1.543 | 1.602 | 1.581 | 1.708 |
| Australien | 1.164 | 1.126 | 1.205 | 1.189 | 1.335 | 1.393 | 1.500 | 1.732 | 2.148 | 2.439 | 2.480 | 2.462 | 2.444 | 2.562 | 2.689 | 2.621 | 2.788 | 2.829 | 2.873 | 2.714 |
| Insgesamt | 191.909 | 193.958 | 184.202 | 167.216 | 177.993 | 128.051 | 103.388 | 106.014 | 108.331 | 114.700 | 114.752 | 116.604 | 115.028 | 118.425 | 122.195 | 120.713 | 146.047 | 166.703 | 201.531 | 212.669 |

1) Die Ergebnisse des Berichtsjahres 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Die Genauigkeit der Ergebnisse ist aufgrund von Unstimmigkeiten in Zusammenhang mit der melderechtlichen Behandlung von Schutzsuchenden eingeschränkt.

2) Die Ergebnisse ab Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Ausführliche Informationen dazu befinden sich auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes zu Wanderungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Tabelle 4-7: Fortzüge von ausländischen Personen nach Aufenthaltsdauer im Jahr 2019

| Staatsangehörigkeit | Insgesamt | Aufenthaltsdauer von ... bis unter ... Jahren | | | | | | |
|--|----------------|---|----------------|----------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| | | unter 1 | 1 bis 4 | 4 bis 8 | 8 bis 15 | 15 bis 20 | 20 bis 30 | 30 und mehr |
| Rumänien | 124.373 | 56.993 | 41.279 | 18.940 | 5.258 | 706 | 1.088 | 109 |
| Polen | 85.720 | 27.869 | 24.845 | 18.856 | 9.529 | 1.847 | 2.157 | 617 |
| Bulgarien | 42.938 | 17.399 | 13.756 | 8.020 | 2.997 | 374 | 333 | 59 |
| Italien | 30.352 | 10.821 | 8.710 | 4.876 | 1.587 | 667 | 1.538 | 2.153 |
| Ungarn | 26.842 | 8.728 | 8.463 | 6.372 | 2.126 | 453 | 534 | 166 |
| Kroatien | 19.634 | 7.384 | 6.946 | 2.181 | 555 | 256 | 847 | 1.465 |
| Türkei | 16.689 | 4.235 | 2.207 | 1.299 | 852 | 859 | 2.481 | 4.756 |
| China | 15.304 | 5.505 | 5.424 | 3.094 | 968 | 218 | 73 | 22 |
| Griechenland | 14.492 | 4.168 | 4.066 | 2.847 | 704 | 412 | 986 | 1.309 |
| Indien | 13.836 | 5.606 | 5.599 | 1.874 | 564 | 99 | 60 | 34 |
| Vereinigte Staaten | 13.120 | 6.455 | 3.900 | 1.452 | 737 | 188 | 237 | 151 |
| Serbien ¹ | 12.744 | 4.871 | 2.600 | 2.318 | 839 | 308 | 961 | 847 |
| Spanien | 12.684 | 4.389 | 3.670 | 2.992 | 778 | 150 | 192 | 513 |
| Frankreich | 11.089 | 3.535 | 3.363 | 2.114 | 1.260 | 280 | 299 | 238 |
| Albanien | 8.023 | 4.498 | 2.162 | 1.237 | 46 | 22 | 58 | - |
| EU-Staaten insgesamt | 432.854 | 163.098 | 134.482 | 79.131 | 30.836 | 6.881 | 9.997 | 8.429 |
| Drittstaatsangehörige insgesamt | 242.958 | 99.487 | 75.263 | 36.468 | 10.524 | 4.857 | 8.657 | 7.702 |
| Alle Staatsangehörigkeiten | 675.812 | 262.585 | 209.745 | 115.599 | 41.360 | 11.738 | 18.654 | 16.131 |

1) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Quelle: Ausländerzentralregister, eigene Berechnungen BAMF

Tabelle 4-8: Abwanderung von Drittstaatsangehörigen nach dem letzten Aufenthaltsstatus und ausgewählten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2019

| Staatsangehörigkeit | Insgesamt | Unbefristeter Aufenthaltstitel ¹ | Aufenthaltserlaubnis | | | | | | Sonstiger Aufenthaltsstatus ² |
|-------------------------------|----------------|---|---|--|---|--|--|---|--|
| | | | Studierende/ Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen nach § 16 Abs. 1, 5, 6 und 7 AufenthG | Sprachkurs/Schulbesuch nach § 16b AufenthG | Sonstige Ausbildungszwecke nach § 17 AufenthG | Erwerbstätigkeit nach §§ 18, 19a, 20 und 21 AufenthG | Humanitäre Gründe nach §§ 22 bis 25 AufenthG | Familiäre Gründe nach §§ 28 bis 36 AufenthG | |
| Türkei | 16.689 | 6.387 | 501 | 40 | 22 | 1.343 | 108 | 1.747 | 6.541 |
| China | 15.304 | 360 | 4.754 | 154 | 128 | 2.016 | 30 | 1.125 | 6.737 |
| Indien | 13.836 | 233 | 1.208 | 25 | 52 | 3.371 | 40 | 2.353 | 6.554 |
| Vereinigte Staaten | 13.120 | 569 | 3.178 | 602 | 205 | 2.849 | 17 | 1.892 | 3.808 |
| Serbien ³ | 12.744 | 1.056 | 86 | 9 | 19 | 2.118 | 134 | 316 | 9.006 |
| Nordmazedonien | 8.097 | 194 | 17 | 2 | 6 | 493 | 37 | 111 | 7.237 |
| Albanien | 8.023 | 30 | 75 | 17 | 19 | 242 | 27 | 76 | 7.537 |
| Russische Föderation | 7.954 | 572 | 435 | 42 | 28 | 446 | 212 | 603 | 5.616 |
| Ukraine | 7.919 | 300 | 235 | 24 | 33 | 477 | 67 | 269 | 6.514 |
| Syrien | 6.855 | 65 | 63 | 2 | 1 | 13 | 3.832 | 536 | 2.343 |
| Bosnien und Herzegowina | 6.240 | 548 | 38 | 9 | 34 | 1.286 | 53 | 172 | 4.100 |
| Irak | 5.835 | 218 | 26 | 2 | 12 | 8 | 909 | 221 | 4.439 |
| Drittstaaten insgesamt | 242.958 | 14.663 | 20.871 | 2.577 | 1.484 | 22.413 | 9.941 | 16.793 | 154.216 |

1) Aufenthaltsberechtigung bzw. unbefristete Aufenthaltserlaubnis nach altem Recht sowie Niederlassungserlaubnis nach dem Aufenthaltsgesetz.

2) Hierunter fallen etwa Personen, die einen Antrag auf einen Aufenthaltstitel gestellt haben, aber vor Erteilung wieder ausgereist sind, Personen, die vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind oder einen EU-Aufenthaltstitel innehatten, Personen, die eine Duldung oder eine Aufenthaltsgestattung besaßen oder Personen, deren Aufenthaltstitel erloschen ist bzw. widerrufen wurde.

3) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Quelle: Ausländerzentralregister, eigene Berechnungen BAMF

Tabelle 4-9: Abwanderung von Drittstaatsangehörigen nach dem letzten Aufenthaltsstatus und ausgewählten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2019, in Prozent

| Staatsangehörigkeit | Unbefristeter Aufenthaltstitel ¹ | Aufenthaltserlaubnis | | | | | | Sonstiger Aufenthaltsstatus ² |
|-------------------------------|---|---|--|---|--|--|---|--|
| | | Studierende/ Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen nach § 16 Abs. 1, 5, 6 und 7 AufenthG | Sprachkurs/Schulbesuch nach § 16b AufenthG | Sonstige Ausbildungszwecke nach § 17 AufenthG | Erwerbstätigkeit nach §§ 18, 19a, 20 und 21 AufenthG | Humanitäre Gründe nach §§ 22 bis 25 AufenthG | Familiäre Gründe nach §§ 28 bis 36 AufenthG | |
| Türkei | 38,3% | 3,0% | 0,2% | 0,1% | 8,0% | 0,6% | 10,5% | 39,2% |
| China | 2,4% | 31,1% | 1,0% | 0,8% | 13,2% | 0,2% | 7,4% | 44,0% |
| Indien | 1,7% | 8,7% | 0,2% | 0,4% | 24,4% | 0,3% | 17,0% | 47,4% |
| Vereinigte Staaten | 4,3% | 24,2% | 4,6% | 1,6% | 21,7% | 0,1% | 14,4% | 29,0% |
| Serbien ³ | 8,3% | 0,7% | 0,1% | 0,1% | 16,6% | 1,1% | 2,5% | 70,7% |
| Nordmazedonien | 2,4% | 0,2% | 0,0% | 0,1% | 6,1% | 0,5% | 1,4% | 89,4% |
| Albanien | 0,4% | 0,9% | 0,2% | 0,2% | 3,0% | 0,3% | 0,9% | 93,9% |
| Russische Föderation | 7,2% | 5,5% | 0,5% | 0,4% | 5,6% | 2,7% | 7,6% | 70,6% |
| Ukraine | 3,8% | 3,0% | 0,3% | 0,4% | 6,0% | 0,8% | 3,4% | 82,3% |
| Syrien | 0,9% | 0,9% | 0,0% | 0,0% | 0,2% | 55,9% | 7,8% | 34,2% |
| Bosnien und Herzegowina | 8,8% | 0,6% | 0,1% | 0,5% | 20,6% | 0,8% | 2,8% | 65,7% |
| Irak | 3,7% | 0,4% | 0,0% | 0,2% | 0,1% | 15,6% | 3,8% | 76,1% |
| Drittstaaten insgesamt | 6,0% | 8,6% | 1,1% | 0,6% | 9,2% | 4,1% | 6,9% | 63,5% |

1) Aufenthaltsberechtigung bzw. unbefristete Aufenthaltserlaubnis nach altem Recht sowie Niederlassungserlaubnis nach dem Aufenthaltsgesetz.

2) Hierunter fallen etwa Personen, die einen Antrag auf einen Aufenthaltstitel gestellt haben, aber vor Erteilung wieder ausgereist sind, Personen, die vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind oder einen EU-Aufenthaltstitel innehatten, Personen, die eine Duldung oder eine Aufenthaltsgestattung besaßen oder Personen, deren Aufenthaltstitel erloschen ist bzw. widerrufen wurde.

3) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Quelle: Ausländerzentralregister, eigene Berechnungen BAMF

Tabelle 4-10: Fortzüge von deutschen Staatsangehörigen nach Altersgruppen und ausgewählten Zielländern im Jahr 2019

| Zielland | Altersgruppen | | | | | |
|------------------------|-----------------|------------------------|------------------------|-----------------------|--------------------|----------------|
| | Unter 18 Jahren | 18 bis unter 25 Jahren | 25 bis unter 50 Jahren | 50 bis unter 65 Jahre | 65 Jahre und älter | Insgesamt |
| Belgien | 520 | 213 | 1.100 | 257 | 76 | 2.166 |
| Frankreich | 1.012 | 767 | 2.697 | 863 | 343 | 5.682 |
| Griechenland | 198 | 97 | 340 | 173 | 115 | 923 |
| Irland | 133 | 105 | 618 | 70 | 31 | 957 |
| Italien | 564 | 242 | 967 | 422 | 257 | 2.452 |
| Niederlande | 546 | 660 | 2.268 | 332 | 112 | 3.918 |
| Österreich | 1.484 | 1.533 | 6.612 | 1.474 | 801 | 11.904 |
| Polen | 1.024 | 311 | 2.135 | 1.003 | 715 | 5.188 |
| Schweden | 327 | 195 | 1.070 | 189 | 101 | 1.882 |
| Spanien | 961 | 579 | 2.815 | 1.258 | 866 | 6.479 |
| Vereinigtes Königreich | 1.146 | 1.012 | 3.813 | 644 | 151 | 6.766 |
| EU insgesamt | 9.691 | 6.596 | 28.489 | 8.346 | 4.879 | 58.001 |
| Schweiz | 1.945 | 1.624 | 10.779 | 1.686 | 306 | 16.340 |
| Türkei | 2.229 | 613 | 1.984 | 626 | 313 | 5.765 |
| Russische Föderation | 520 | 131 | 805 | 347 | 216 | 2.019 |
| Südafrika | 118 | 61 | 318 | 132 | 83 | 712 |
| Brasilien | 232 | 103 | 457 | 193 | 96 | 1.081 |
| Kanada | 427 | 290 | 1.301 | 209 | 70 | 2.297 |
| Vereinigte Staaten | 2.355 | 967 | 5.186 | 971 | 303 | 9.782 |
| China | 399 | 138 | 1.170 | 255 | 30 | 1.992 |
| Thailand | 164 | 81 | 655 | 497 | 314 | 1.711 |
| Australien | 444 | 478 | 1.975 | 169 | 81 | 3.147 |
| Insgesamt | 35.187 | 39.297 | 143.110 | 36.919 | 15.781 | 270.294 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 4-11: Fortzüge von deutschen Staatsangehörigen nach Altersgruppen und ausgewählten Zielländern im Jahr 2019, in Prozent

| Zielland | Altersgruppen | | | | | Insgesamt |
|------------------------|-----------------|------------------------|------------------------|-----------------------|--------------------|-----------|
| | Unter 18 Jahren | 18 bis unter 25 Jahren | 25 bis unter 50 Jahren | 50 bis unter 65 Jahre | 65 Jahre und älter | |
| Belgien | 24,0% | 9,8% | 50,8% | 11,9% | 3,5% | 100,0% |
| Frankreich | 17,8% | 13,5% | 47,5% | 15,2% | 6,0% | 100,0% |
| Griechenland | 21,5% | 10,5% | 36,8% | 18,7% | 12,5% | 100,0% |
| Irland | 13,9% | 11,0% | 64,6% | 7,3% | 3,2% | 100,0% |
| Italien | 23,0% | 9,9% | 39,4% | 17,2% | 10,5% | 100,0% |
| Niederlande | 13,9% | 16,8% | 57,9% | 8,5% | 2,9% | 100,0% |
| Österreich | 12,5% | 12,9% | 55,5% | 12,4% | 6,7% | 100,0% |
| Polen | 19,7% | 6,0% | 41,2% | 19,3% | 13,8% | 100,0% |
| Schweden | 17,4% | 10,4% | 56,9% | 10,0% | 5,4% | 100,0% |
| Spanien | 14,8% | 8,9% | 43,4% | 19,4% | 13,4% | 100,0% |
| Vereinigtes Königreich | 16,9% | 15,0% | 56,4% | 9,5% | 2,2% | 100,0% |
| EU insgesamt | 16,7% | 11,4% | 49,1% | 14,4% | 8,4% | 100,0% |
| Schweiz | 11,9% | 9,9% | 66,0% | 10,3% | 1,9% | 100,0% |
| Türkei | 38,7% | 10,6% | 34,4% | 10,9% | 5,4% | 100,0% |
| Russische Föderation | 25,8% | 6,5% | 39,9% | 17,2% | 10,7% | 100,0% |
| Südafrika | 16,6% | 8,6% | 44,7% | 18,5% | 11,7% | 100,0% |
| Brasilien | 21,5% | 9,5% | 42,3% | 17,9% | 8,9% | 100,0% |
| Kanada | 18,6% | 12,6% | 56,6% | 9,1% | 3,0% | 100,0% |
| Vereinigte Staaten | 24,1% | 9,9% | 53,0% | 9,9% | 3,1% | 100,0% |
| China | 20,0% | 6,9% | 58,7% | 12,8% | 1,5% | 100,0% |
| Thailand | 9,6% | 4,7% | 38,3% | 29,0% | 18,4% | 100,0% |
| Australien | 14,1% | 15,2% | 62,8% | 5,4% | 2,6% | 100,0% |
| Insgesamt | 13,0% | 14,5% | 52,9% | 13,7% | 5,8% | 100,0% |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 4-12: Deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Ausland nach Zielland von 2011 bis 2018¹

| Zielland | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 |
|------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| Vereinigte Staaten | 2.524 | 2.566 | 2.849 | 2.702 | 2.643 | 2.444 | 2.351 | 2.429 |
| Japan | 197 | 244 | 308 | 384 | 317 | 683 | 621 | 839 |
| Vereinigtes Königreich | 802 | 861 | 1.096 | 992 | 701 | 886 | 853 | 828 |
| Frankreich | 627 | 689 | 775 | 698 | 550 | 528 | 567 | 609 |
| Italien | 539 | 605 | 666 | 518 | 385 | 375 | 406 | 499 |
| Russische Föderation | 595 | 598 | 659 | 657 | 672 | 735 | 640 | 498 |
| China | 607 | 556 | 575 | 620 | 704 | 553 | 569 | 484 |
| Australien | 318 | 400 | 431 | 423 | 379 | 423 | 448 | 445 |
| Kanada | 405 | 369 | 334 | 394 | 443 | 327 | 426 | 444 |
| Schweiz | 355 | 422 | 430 | 369 | 238 | 374 | 392 | 428 |
| Polen | 406 | 389 | 423 | 434 | 363 | 458 | 345 | 385 |
| Brasilien | 328 | 371 | 450 | 406 | 352 | 284 | 303 | 306 |
| Spanien | 275 | 359 | 323 | 365 | 271 | 178 | 233 | 231 |
| Tschechien | 183 | 215 | 232 | 221 | 264 | 230 | 231 | 214 |
| Indien | 221 | 204 | 221 | 202 | 233 | 205 | 257 | 201 |
| Österreich | * | * | * | * | 160 | 196 | 164 | 189 |
| Ägypten | 134 | 255 | 320 | 244 | 298 | 186 | 257 | 184 |
| Vietnam | 134 | 157 | 191 | 231 | 195 | 203 | 206 | 184 |
| Griechenland | 127 | 102 | 168 | 208 | 235 | 206 | 209 | 165 |
| Ukraine | * | * | * | * | 171 | 210 | 159 | 128 |
| Sonstige Zielländer | 5.908 | 6.563 | 6.982 | 6.855 | 6.389 | 6.098 | 5.107 | 5.052 |
| Insgesamt | 14.839 | 16.157 | 17.686 | 17.227 | 15.963 | 15.782 | 14.744 | 14.742 |

1) Erfasst werden nur Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, deren Forschungsaufenthalte im Ausland durch Förderorganisationen unmittelbar gefördert wurden. Auf andere Art finanzierte Forschungsaufenthalte, etwa aus Drittmitteln, sind nicht berücksichtigt, da diese in Deutschland nicht erfasst werden. Die Daten dokumentieren deshalb nur einen Teil der Auslandsaufenthalte deutscher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die Gesamtzahl dürfte deutlich höher liegen.

*) Jahreswerte nicht publiziert

Anmerkung: Im Jahr 2013 hat der DAAD die Erfassung der deutschen Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler im Ausland geändert, sodass ein Vergleich mit den Vorjahreswerten nicht mehr möglich ist. Lediglich für die Jahre 2011 und 2012 konnte die neue Erfassungsmethode rückwirkend herangezogen werden. Dadurch ergeben sich für diese Jahre andere Werte als in bisherigen Migrationsberichten ausgewiesen.

Quelle: Selbstauskunft der Förderorganisationen, DZHW-Berechnungen

Tabelle 5-2: Zuzüge in die EU-28-Staaten¹ sowie nach Island, Liechtenstein, die Schweiz und Norwegen den Jahren 2000 bis 2018

| Zielland | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 |
|------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|-----------|-----------|---------|---------|
| Belgien | 89.388 | 110.410 | 113.857 | 112.060 | 117.236 | 132.810 | 137.699 | 146.409 | - | - | 135.281 | 147.377 | 129.477 | 120.078 | 123.158 | 146.626 | 123.702 | 126.703 | 137.860 |
| Bulgarien ² | - | - | - | - | - | - | - | 1.561 | - | 3.310 | 3.518 | 4.722 | 14.103 | 18.570 | 26.615 | 25.223 | 21.241 | 25.597 | 29.559 |
| Dänemark | 52.915 | 55.984 | 52.778 | 49.754 | 49.860 | 52.458 | 56.750 | 64.656 | 57.357 | 51.800 | 52.236 | 52.833 | 54.409 | 60.312 | 68.388 | 78.492 | 74.383 | 68.579 | 64.669 |
| Deutschland | 841.158 | 879.217 | 842.543 | 768.975 | 780.175 | 707.352 | 661.855 | 680.766 | 682.146 | 346.216 | 404.055 | 489.422 | 592.175 | 692.713 | 884.893 | 1.571.047 | 1.029.852 | 917.109 | 893.886 |
| Estland | 35 | 241 | 575 | 967 | 1.097 | 1.436 | 2.234 | 3.741 | 3.671 | 3.884 | 2.810 | 3.709 | 2.639 | 4.109 | 3.904 | 15.413 | 14.822 | 17.616 | 17.547 |
| Finnland | 16.895 | 18.955 | 18.113 | 17.838 | 20.333 | 21.355 | 22.451 | 26.029 | 29.114 | 26.699 | 25.636 | 29.481 | 31.278 | 31.941 | 31.507 | 28.746 | 34.905 | 31.797 | 31.106 |
| Frankreich | - | - | - | - | - | - | 301.544 | 293.980 | 296.608 | 296.970 | 307.111 | 319.816 | 327.431 | 332.640 | 339.902 | 364.221 | 378.115 | 369.964 | 386.911 |
| Griechenland | 109.251 | 98.471 | 67.220 | 63.141 | 66.871 | 70.933 | 63.094 | 63.298 | 66.529 | 58.613 | 60.462 | 60.089 | 58.200 | 57.946 | 59.013 | 64.446 | 116.867 | 112.247 | 119.489 |
| Irland | 57.400 | 64.925 | 61.725 | 58.875 | 78.075 | 102.000 | 139.434 | 122.415 | 82.592 | 50.604 | 52.339 | 57.292 | 61.324 | 65.539 | 73.519 | 80.792 | 85.185 | 78.499 | 97.712 |
| Italien | 226.968 | 208.252 | 213.202 | 440.301 | 414.880 | 304.960 | 279.714 | 527.123 | 534.712 | 442.940 | 458.856 | 385.793 | 350.772 | 307.454 | 277.631 | 280.078 | 300.823 | 343.440 | 332.324 |
| Kroatien | - | 24.415 | 20.365 | 18.455 | 18.383 | - | 14.978 | 14.622 | 16.883 | 13.213 | 8.846 | 8.534 | 8.959 | 10.378 | 10.638 | 11.706 | 13.985 | 15.553 | 26.029 |
| Lettland | 6.483 | 5.376 | 6.642 | 4.063 | 4.844 | 6.691 | 8.212 | 7.517 | 4.678 | 3.731 | 4.011 | 10.234 | 13.303 | 8.299 | 10.365 | 9.479 | 8.345 | 9.916 | 10.909 |
| Litauen | 1.510 | 4.694 | 5.110 | 4.728 | 5.553 | 6.789 | 7.745 | 8.609 | 9.297 | 6.487 | 5.213 | 15.685 | 19.843 | 22.011 | 24.294 | 22.130 | 20.162 | 20.368 | 28.914 |
| Luxemburg | 11.765 | 12.135 | 12.101 | 13.158 | 12.872 | 14.397 | 14.352 | 16.675 | 17.758 | 15.751 | 16.962 | 20.268 | 20.478 | 21.098 | 22.332 | 23.803 | 22.888 | 24.379 | 24.644 |
| Malta | - | - | - | - | - | 2.075 | 3.889 | 5.292 | 6.043 | 6.161 | 4.275 | 5.465 | 8.256 | 10.897 | 14.454 | 16.936 | 17.051 | 21.676 | 26.444 |
| Niederlande | 132.850 | 133.404 | 121.250 | 104.514 | 94.019 | 92.297 | 101.150 | 116.819 | 143.516 | 122.917 | 126.776 | 130.118 | 124.566 | 129.428 | 145.323 | 166.872 | 189.232 | 189.646 | 194.306 |
| Norwegen | 36.542 | 34.263 | 40.122 | 35.957 | 36.482 | 40.148 | 45.776 | 61.774 | 58.123 | 55.953 | 69.214 | 70.337 | 69.908 | 68.313 | 66.903 | 60.816 | 61.460 | 53.351 | 47.864 |
| Österreich | 81.676 | 89.928 | 108.125 | 111.869 | 122.547 | 114.465 | 98.535 | 72.862 | 73.772 | 69.295 | 70.978 | 82.230 | 91.557 | 101.866 | 116.262 | 166.323 | 129.509 | 111.801 | 105.633 |
| Polen | 7.331 | 6.625 | 6.587 | 7.048 | 9.495 | 9.364 | 10.802 | 14.995 | 15.275 | 189.166 | 155.131 | 157.059 | 217.546 | 220.311 | 222.275 | 218.147 | 208.302 | 209.353 | 214.083 |
| Portugal | 77.775 | 61.609 | 50.611 | 31.425 | 21.093 | 21.741 | 22.741 | 29.661 | 29.718 | 32.307 | 27.575 | 19.667 | 14.606 | 17.554 | 19.516 | 29.896 | 29.925 | 36.639 | 43.170 |
| Rumänien | - | - | - | - | - | - | - | - | 138.929 | 135.844 | 149.885 | 147.685 | 167.266 | 153.646 | 136.035 | 132.795 | 137.455 | 177.435 | 172.578 |
| Schweden | 58.659 | 60.795 | 64.087 | 63.795 | 62.028 | 65.229 | 95.750 | 99.485 | 101.171 | 102.280 | 98.801 | 96.467 | 103.059 | 115.845 | 126.966 | 134.240 | 163.005 | 144.489 | 132.602 |

| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| Slowakei | 2.274 | 2.023 | 2.312 | 2.603 | 4.460 | 5.276 | 5.589 | 8.624 | 8.765 | 6.346 | 5.272 | 4.829 | 5.419 | 5.149 | 5.357 | 6.997 | 7.686 | 7.188 | 7.253 |
| Slowenien | 6.185 | 7.803 | 9.134 | 9.279 | 10.171 | 15.041 | 20.016 | 29.193 | 30.693 | 30.296 | 15.416 | 14.083 | 15.022 | 13.871 | 13.846 | 15.420 | 16.623 | 18.808 | 28.455 |
| Spanien | 362.468 | 414.772 | 483.260 | 470.010 | 684.561 | 719.284 | 840.844 | 958.266 | 599.075 | 392.962 | 360.705 | 371.331 | 304.053 | 280.772 | 305.454 | 342.114 | 414.746 | 532.132 | 643.684 |
| Tschechien | 7.802 | 12.918 | 44.679 | 60.015 | 53.453 | 60.294 | 68.183 | 104.445 | 108.267 | 75.620 | 48.317 | 27.114 | 34.337 | 30.124 | 29.897 | 29.602 | 64.083 | 51.847 | 65.910 |
| Ungarn | 21.726 | 22.079 | 19.855 | 21.327 | 24.298 | 27.820 | 25.732 | 24.361 | 37.652 | 27.894 | 25.519 | 28.018 | 33.702 | 38.968 | 54.581 | 58.344 | 53.618 | 68.070 | 82.937 |
| Vereinigtes Königreich | 364.367 | 372.206 | 385.901 | 431.487 | 518.097 | 496.470 | 529.008 | 526.714 | 590.242 | 566.514 | 590.950 | 566.044 | 498.040 | 526.046 | 631.991 | 631.452 | 588.993 | 644.209 | 603.953 |
| Zypern | 12.764 | 17.485 | 6.940 | 7.981 | 9.003 | 10.320 | 13.077 | 19.328 | 21.060 | 22.581 | 20.206 | 23.037 | 17.476 | 13.149 | 9.212 | 15.183 | 17.391 | 21.306 | 23.442 |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Island | 5.203 | 5.002 | 4.215 | 3.704 | 5.350 | 7.773 | 9.832 | 12.546 | 10.288 | 3.921 | 3.948 | 4.073 | 4.960 | 6.406 | 5.368 | 5.635 | 8.710 | 12.116 | 11.830 |
| Liechtenstein | - | - | - | - | - | - | - | - | 578 | 584 | 591 | 650 | 671 | 696 | 615 | 657 | 607 | 645 | 649 |
| Norwegen | 36.542 | 34.264 | 40.122 | 35.957 | 36.482 | 40.148 | 45.776 | 61.774 | 58.123 | 55.953 | 69.214 | 70.337 | 69.908 | 68.313 | 66.903 | 60.816 | 61.460 | 53.351 | 47.864 |
| Schweiz | 110.302 | 124.077 | 127.340 | 119.783 | 120.188 | 118.270 | 127.586 | 165.634 | 184.297 | 160.623 | 161.778 | 148.799 | 149.051 | 160.157 | 156.282 | 153.627 | 149.305 | 143.377 | 144.857 |

Anmerkung: Ab 2009 wurde nahezu flächendeckend die von Eurostat empfohlene Definition der längerfristigen Zuwanderung mit einer (beabsichtigten) Mindestaufenthaltsdauer von 12 Monaten verwendet. Daher kommt es seit dem Jahr zu Diskrepanzen mit den Zahlen der nationalen Wanderungsstatistiken, in denen teilweise die (beabsichtigte) Dauer des Aufenthalts nicht relevant ist und somit auch kurzfristige Wanderungen beinhaltet sind, wie z. B. in Deutschland (vgl. Kapitel 1). Zudem sind die Zahlen ab 2009 nur eingeschränkt mit den Vorjahreszahlen vergleichbar.

- 1) EU-28 für den gesamten Zeitraum sofern Zahlen vorhanden sind, inklusive der Länder, die erst nach 2000 der EU beigetreten sind (2004: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowenien, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Zypern; 2007 Bulgarien und Rumänien; 2013: Kroatien)
- 2) 2009 bis 2011 Daten des bulgarischen Statistikamtes.

Quelle: Eurostat

Tabelle 5-3: Fortzüge aus den EU-28-Staaten¹ sowie aus Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen in den Jahren 2000 bis 2018

| Herkunftsland | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 |
|------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| Belgien | 75.320 | 75.261 | 75.960 | 79.399 | 83.895 | 86.899 | 88.163 | 91.052 | - | - | 66.013 | 84.148 | 93.600 | 102.657 | 94.573 | 89.794 | 92.471 | 89.690 | 88.935 |
| Bulgarien ² | - | - | - | - | - | - | - | 2.958 | - | 19.039 | 27.708 | 9.517 | 16.615 | 19.678 | 28.727 | 29.470 | 30.570 | 31.586 | 33.225 |
| Dänemark | 43.417 | 43.980 | 43.481 | 43.466 | 45.017 | 45.869 | 46.786 | 41.566 | 38.356 | 39.899 | 41.456 | 41.593 | 43.663 | 43.310 | 44.426 | 44.625 | 52.654 | 56.403 | 60.381 |
| Deutschland | 674.038 | 606.494 | 623.255 | 626.330 | 697.632 | 628.399 | 639.064 | 636.854 | 737.889 | 286.582 | 252.456 | 249.045 | 240.001 | 259.328 | 324.221 | 338.403 | 533.762 | 560.700 | 540.415 |
| Estland | 1.784 | 2.175 | 2.038 | 3.073 | 2.927 | 4.610 | 5.527 | 4.384 | 4.406 | 4.658 | 5.294 | 6.214 | 6.321 | 6.740 | 4.637 | 13.003 | 13.792 | 12.358 | 10.476 |
| Finnland | 14.311 | 13.153 | 12.891 | 12.083 | 13.656 | 12.369 | 12.107 | 12.443 | 13.657 | 12.151 | 11.905 | 12.660 | 13.845 | 13.893 | 15.486 | 16.305 | 18.082 | 16.973 | 19.141 |
| Frankreich | - | - | - | - | - | - | 189.403 | 220.354 | 239.796 | 264.631 | 269.531 | 291.594 | 255.922 | 239.813 | 308.103 | 324.517 | 313.622 | 324.133 | 341.421 |
| Griechenland | 46.993 | 45.909 | 39.378 | 37.433 | 38.041 | 38.583 | 38.368 | 40.400 | 43.044 | 43.686 | 62.041 | 92.404 | 124.694 | 117.094 | 106.804 | 109.351 | 106.535 | 103.327 | 103.049 |
| Irland | 26.300 | 25.750 | 28.375 | 27.200 | 28.675 | 34.350 | 44.409 | 48.040 | 65.934 | 69.672 | 78.099 | 83.049 | 81.797 | 76.560 | 71.107 | 67.160 | 62.056 | 64.068 | 53.735 |
| Italien | 56.601 | 56.077 | 41.756 | 48.706 | 49.910 | 53.931 | 58.407 | 51.113 | 80.947 | 80.597 | 78.771 | 82.461 | 106.216 | 125.735 | 136.328 | 146.955 | 157.065 | 155.110 | 156.960 |
| Kroatien | - | 7.488 | 11.767 | 6.534 | 6.812 | - | 7.692 | 9.002 | 10.638 | 12.355 | 13.017 | 12.699 | 12.877 | 15.262 | 20.858 | 29.651 | 36.436 | 47.352 | 39.515 |
| Lettland | 22.911 | 24.539 | 15.837 | 15.647 | 20.167 | 17.643 | 17.019 | 15.463 | 27.045 | 38.208 | 39.651 | 30.311 | 25.163 | 22.561 | 19.017 | 20.119 | 20.574 | 17.724 | 15.814 |
| Litauen | 21.816 | 27.841 | 16.719 | 26.283 | 37.691 | 57.885 | 32.390 | 30.383 | 25.750 | 38.500 | 83.157 | 53.863 | 41.100 | 38.818 | 36.621 | 44.533 | 50.333 | 47.925 | 32.206 |
| Luxemburg | 8.121 | 8.824 | 9.452 | 7.746 | 8.480 | 8.287 | 9.001 | 10.674 | 10.058 | 9.168 | 9.302 | 9.264 | 10.442 | 10.750 | 11.283 | 12.644 | 13.442 | 13.831 | 13.985 |
| Malta | - | - | - | - | - | - | - | 3.730 | 3.719 | 3.868 | 4.201 | 3.806 | 4.005 | 4.778 | 5.108 | 7.095 | 8.303 | 7.020 | 9.342 |
| Niederlande | 61.201 | 63.318 | 66.728 | 68.885 | 75.049 | 83.399 | 91.028 | 91.287 | 90.067 | 92.825 | 95.970 | 104.201 | 110.431 | 112.625 | 112.900 | 112.330 | 111.477 | 108.231 | 109.635 |
| Österreich | 64.472 | 72.654 | 74.831 | 71.996 | 71.721 | 70.133 | 74.432 | 49.898 | 51.563 | 53.244 | 51.651 | 51.197 | 51.812 | 54.071 | 53.491 | 56.689 | 64.428 | 66.144 | 67.212 |
| Polen | 26.999 | 23.368 | 24.532 | 20.813 | 18.877 | 22.242 | 46.936 | 35.480 | 30.140 | 229.320 | 218.126 | 265.798 | 275.603 | 276.446 | 268.299 | 258.837 | 236.441 | 218.492 | 189.794 |
| Portugal | 10.667 | 5.396 | 8.813 | 6.687 | 6.757 | 6.360 | 5.600 | 7.890 | 20.357 | 16.899 | 23.760 | 43.998 | 51.958 | 53.786 | 49.572 | 40.377 | 38.273 | 31.753 | 31.600 |
| Rumänien | - | - | - | - | - | - | - | - | 302.796 | 246.626 | 197.985 | 195.551 | 170.186 | 161.755 | 172.871 | 194.718 | 207.578 | 242.193 | 231.661 |
| Schweden | 34.091 | 32.141 | 33.009 | 35.023 | 36.586 | 38.119 | 44.908 | 45.418 | 45.294 | 39.240 | 48.853 | 51.179 | 51.747 | 50.715 | 51.237 | 55.830 | 45.878 | 45.620 | 46.981 |
| Slowakei | 811 | 1.011 | 1.411 | 1.194 | 1.586 | 1.873 | 1.735 | 1.831 | 1.705 | 1.979 | 1.889 | 1.863 | 2.003 | 2.770 | 3.644 | 3.870 | 3.801 | 3.466 | 3.298 |

| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| Slowenien | 3.570 | 4.811 | 7.269 | 5.867 | 8.269 | 8.605 | 13.749 | 14.943 | 12.109 | 18.788 | 15.937 | 12.024 | 14.378 | 13.384 | 14.336 | 14.913 | 15.572 | 17.555 | 13.527 |
| Spanien | - | - | 36.605 | 25.959 | 55.092 | 68.011 | 142.296 | 227.065 | 288.432 | 380.121 | 403.377 | 409.034 | 446.606 | 532.303 | 400.430 | 343.875 | 327.325 | 368.860 | 309.526 |
| Tschechien | - | 21.469 | 32.389 | 34.226 | 34.818 | 24.065 | 33.463 | 20.500 | 51.478 | 61.782 | 61.069 | 55.910 | 46.106 | 25.894 | 28.468 | 25.684 | 38.864 | 27.316 | 26.742 |
| Ungarn | 2.540 | 2.591 | 3.126 | 3.122 | 3.820 | 3.658 | 4.314 | 4.500 | 9.591 | 10.483 | 13.365 | 15.100 | 22.880 | 34.691 | 42.213 | 43.225 | 39.889 | 39.829 | 48.178 |
| Vereinigtes Königreich | 277.563 | 251.369 | 305.931 | 313.960 | 310.389 | 328.408 | 369.470 | 317.587 | 427.207 | 368.177 | 339.306 | 350.703 | 321.217 | 316.934 | 319.086 | 299.183 | 340.440 | 359.665 | 344.347 |
| Zypern | - | - | 1.474 | 1.696 | 1.913 | 2.192 | 2.778 | 4.106 | - | 4.797 | 4.293 | 4.895 | 18.105 | 25.227 | 24.038 | 17.183 | 14.892 | 15.105 | 15.340 |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Island | 3.489 | 4.034 | 4.490 | 3.837 | 4.820 | 3.913 | 4.577 | 7.414 | 9.144 | 6.874 | 5.459 | 4.812 | 4.758 | 4.372 | 4.052 | 4.046 | 4.159 | 3.641 | 4.372 |
| Liechtenstein | - | - | - | - | - | - | - | - | 490 | 455 | 428 | 467 | 439 | 497 | 476 | 468 | 522 | 426 | 484 |
| Norwegen | 26.854 | 26.309 | 22.948 | 24.672 | 23.271 | 21.709 | 22.053 | 22.122 | 12.976 | 17.072 | 25.835 | 20.349 | 22.693 | 26.523 | 29.308 | 29.173 | 34.694 | 31.963 | 27.158 |
| Schweiz | 90.078 | 82.235 | 78.425 | 76.756 | 79.726 | 82.090 | 88.218 | 90.175 | 86.130 | 86.036 | 96.839 | 96.494 | 103.881 | 106.196 | 111.103 | 116.631 | 120.653 | 124.997 | 130.225 |

Tabelle 5-4: Zu- und Abwanderung von inländischen Personen in den Jahren 2017 und 2018 in den EU-28-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen

| Staat | Zuzüge | | Fortzüge | | Saldo | | Verhältnis Fortzüge/Zuzüge | |
|------------------------|---------|---------|----------|---------|----------|----------|----------------------------|------|
| | 2017 | 2018 | 2017 | 2018 | 2017 | 2018 | 2017 | 2018 |
| Belgien | 17.536 | 18.197 | 31.108 | 32.145 | -13.572 | -13.948 | 1,8 | 1,8 |
| Bulgarien | 13.060 | 16.169 | 26.992 | 31.263 | -13.932 | -15.094 | 2,1 | 1,9 |
| Dänemark | 19.533 | 19.402 | 14.871 | 14.944 | 4.662 | 4.458 | 0,8 | 0,8 |
| Deutschland | 124.389 | 147.535 | 209.461 | 207.351 | -85.072 | -59.816 | 1,7 | 1,4 |
| Estland | 8.549 | 7.836 | 8.014 | 6.569 | 535 | 1.267 | 0,9 | 0,8 |
| Finnland | 8.062 | 7.960 | 10.167 | 11.538 | -2.105 | -3.578 | 1,3 | 1,4 |
| Frankreich | 1278973 | 131.726 | 272.272 | 286.794 | -144.399 | -155.068 | 2,1 | 2,2 |
| Griechenland | 31.743 | 32.199 | 53.652 | 49.979 | -21.909 | -17.780 | 1,7 | 1,6 |
| Irland | 26.444 | 31.272 | 32.988 | 27.175 | -6.544 | 4.097 | 1,2 | 0,9 |
| Italien | 42.369 | 46.824 | 114.559 | 116.732 | -72.190 | -69.908 | 2,7 | 2,5 |
| Kroatien | 7.911 | 8.619 | 45.367 | 36.413 | -37.456 | -27.794 | 5,7 | 4,2 |
| Lettland | 4.780 | 4.346 | 14.622 | 12.241 | -9.842 | -7.895 | 3,1 | 2,8 |
| Litauen | 10.155 | 16.592 | 45.289 | 28.999 | -35.134 | -12.407 | 4,5 | 1,7 |
| Luxemburg | 1.199 | 1.291 | 2.248 | 2.339 | -1.049 | -1.048 | 1,9 | 1,8 |
| Malta | 1.471 | 1.579 | 1.024 | 1.099 | 447 | 480 | 0,7 | 0,7 |
| Niederlande | 44.644 | 46.632 | 50.033 | 47.230 | -5.389 | -598 | 1,1 | 1,0 |
| Österreich | 9.684 | 9.578 | 15.021 | 14.372 | -5.337 | -4.794 | 1,6 | 1,5 |
| Polen | 132.788 | 118.417 | 172.660 | 146.756 | -39.872 | -28.339 | 1,3 | 1,2 |
| Portugal | 20.249 | 20.415 | 31.172 | 29.340 | -10.923 | -8.925 | 1,5 | 1,4 |
| Rumänien | 146.315 | 141.289 | 221.798 | 211.493 | -75.483 | -70.204 | 1,5 | 1,5 |
| Schweden | 19.513 | 18.171 | 22.248 | 22.884 | -2.735 | -4.713 | 1,1 | 1,3 |
| Slowakei | 4.277 | 4.384 | 3.434 | 3.266 | 843 | 1.118 | 0,8 | 0,7 |
| Slowenien | 3.288 | 4.354 | 9.871 | 6.595 | -6.583 | -2.241 | 3,0 | 1,5 |
| Spanien | 78.182 | 83.686 | 86.827 | 79.260 | -8.645 | 4.426 | 1,1 | 0,9 |
| Tschechien | 4.536 | 4.529 | 5.780 | 5.077 | -1.244 | -548 | 1,3 | 1,1 |
| Ungarn | 31.617 | 33.625 | 26.957 | 23.808 | 4.660 | 9.817 | 0,9 | 0,7 |
| Vereinigtes Königreich | 80.853 | 76.942 | 128.955 | 124.928 | -48.102 | -47.986 | 1,6 | 1,6 |
| Zypern | 3.956 | 4.412 | 1.157 | 1.669 | 2.799 | 2.743 | 0,3 | 0,4 |
| | | | | | | | | |
| Island | 2.461 | 2.133 | 2.160 | 2.190 | 301 | -57 | 0,9 | 1,0 |
| Liechtenstein | 167 | 171 | 210 | 237 | -43 | -66 | 1,3 | 1,4 |
| Norwegen | 6.755 | 6.463 | 8.473 | 8.334 | -1.718 | -1.871 | 1,3 | 1,3 |
| Schweiz | 23.803 | 23.902 | 31.840 | 31.794 | -8.037 | -7.892 | 1,3 | 1,3 |

Quelle: Eurostat

Tabelle 5-5: Anteil der inländischen Personen an der Zu- und Abwanderung in den EU-28-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen im Jahr 2018

| Staat | Zuwanderung | | | Abwanderung | | |
|------------------------|-------------|----------------------|---------------------------------------|-------------|----------------------|---------------------------------------|
| | insgesamt | inländische Personen | Anteil der inländischen Personen in % | insgesamt | inländische Personen | Anteil der inländischen Personen in % |
| Belgien | 137.860 | 18.197 | 13,2% | 88.935 | 32.145 | 36,1% |
| Bulgarien | 29.559 | 16.169 | 54,7% | 33.225 | 31.263 | 94,1% |
| Dänemark | 64.669 | 19.402 | 30,0% | 60.381 | 14.944 | 24,7% |
| Deutschland | 893.886 | 147.535 | 16,5% | 540.415 | 207.351 | 38,4% |
| Estland | 17.547 | 7.836 | 44,7% | 10.476 | 6.569 | 62,7% |
| Finnland | 31.106 | 7.960 | 25,6% | 19.141 | 11.538 | 60,3% |
| Frankreich | 386.911 | 131.726 | 34,0% | 341.421 | 286.794 | 84,0% |
| Griechenland | 119.489 | 32.199 | 26,9% | 103.049 | 49.979 | 48,5% |
| Irland | 97.712 | 31.272 | 32,0% | 53.735 | 27.175 | 50,6% |
| Italien | 332.324 | 46.824 | 14,1% | 156.960 | 116.732 | 74,4% |
| Kroatien | 26.029 | 8.619 | 33,1% | 39.515 | 36.413 | 92,1% |
| Lettland | 10.909 | 4.346 | 39,8% | 15.814 | 12.241 | 77,4% |
| Litauen | 28.914 | 16.592 | 57,4% | 32.206 | 28.999 | 90,0% |
| Luxemburg | 24.644 | 1.291 | 5,2% | 13.985 | 2.339 | 16,7% |
| Malta | 26.444 | 1.579 | 6,0% | 9.342 | 1.099 | 11,8% |
| Niederlande | 194.306 | 46.632 | 24,0% | 109.635 | 47.230 | 43,1% |
| Norwegen | 47.864 | 6.463 | 13,5% | 27.158 | 8.334 | 30,7% |
| Österreich | 105.633 | 9.578 | 9,1% | 67.212 | 14.372 | 21,4% |
| Polen | 214.083 | 118.417 | 55,3% | 189.794 | 146.756 | 77,3% |
| Portugal | 43.170 | 20.415 | 47,3% | 31.600 | 29.340 | 92,8% |
| Rumänien | 172.578 | 141.289 | 81,9% | 231.661 | 211.493 | 91,3% |
| Schweden | 132.602 | 18.171 | 13,7% | 46.981 | 22.884 | 48,7% |
| Schweiz | 144.857 | 23.902 | 16,5% | 130.225 | 31.794 | 24,4% |
| Slowakei | 7.253 | 4.384 | 60,4% | 3.298 | 3.266 | 99,0% |
| Slowenien | 28.455 | 4.354 | 15,3% | 13.527 | 6.595 | 48,8% |
| Spanien | 643.684 | 83.686 | 13,0% | 309.526 | 79.260 | 25,6% |
| Tschechien | 65.910 | 4.529 | 6,9% | 26.742 | 5.077 | 19,0% |
| Ungarn | 82.937 | 33.625 | 40,5% | 48.178 | 23.808 | 49,4% |
| Vereinigtes Königreich | 603.953 | 76.942 | 12,7% | 344.347 | 124.928 | 36,3% |
| Zypern | 23.442 | 4.412 | 18,8% | 15.340 | 1.669 | 10,9% |
| | | | | | | |
| Island | 11.830 | 2.133 | 18,0% | 4.372 | 2.190 | 50,1% |
| Liechtenstein | 649 | 171 | 26,3% | 484 | 237 | 49,0% |
| Norwegen | 47.864 | 6.463 | 13,5% | 27.158 | 8.334 | 30,7% |
| Schweiz | 144.857 | 23.902 | 16,5% | 130.225 | 31.794 | 24,4% |

Quelle: Eurostat

Tabelle 5-6: Asylantragstellende (Erst- und Folgeanträge) in den EU-28-Staaten¹ sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen von 2000 bis 2019

| Staaten | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 ² | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | Veränderung 2018 zu 2019 in % | |
|--------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|-------------------|--------|--------|--------|--------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|-------------------------------|--------|
| Belgien | 42.690 | 24.505 | 18.800 | 13.585 | 12.400 | 12.575 | 8.870 | 11.575 | 15.165 | 21.615 | 26.080 | 31.910 | 28.075 | 21.030 | 22.710 | 44.660 | 18.280 | 18.340 | 22.530 | 27.460 | +21,9% | |
| Bulgarien | 1.755 | 2.430 | 2.890 | 1.320 | 985 | 700 | 500 | 815 | 745 | 855 | 1.025 | 890 | 1.385 | 7.145 | 11.080 | 20.390 | 19.420 | 3.695 | 2.535 | 2.150 | -15,2% | |
| Dänemark | 10.345 | 12.510 | 5.945 | 4.390 | 3.235 | 2.280 | 1.960 | 2.225 | 2.350 | 3.720 | 5.065 | 3.945 | 6.045 | 7.170 | 14.680 | 20.935 | 6.180 | 3.220 | 3.570 | 2.695 | -24,5% | |
| Deutschland | 78.565 | 88.285 | 71.125 | 50.565 | 35.605 | 28.915 | 21.030 | 19.165 | 26.845 | 32.910 | 48.475 | 53.235 | 77.485 | 126.705 | 202.645 | 476.510 | 745.155 | 222.560 | 184.180 | 165.615 | -10,1% | |
| Estland | 5 | 10 | 10 | 15 | 10 | 10 | 5 | 15 | 15 | 40 | 35 | 65 | 75 | 95 | 155 | 230 | 175 | 190 | 95 | 105 | +10,5% | |
| Finnland | 3.170 | 1.650 | 3.445 | 3.090 | 3.575 | 3.595 | 2.275 | 1.405 | 3.670 | 4.910 | 3.085 | 2.915 | 3.095 | 3.210 | 3.620 | 32.345 | 5.605 | 4.990 | 4.500 | 4.520 | +0,4% | |
| Frankreich | 38.745 | 47.290 | 51.085 | 59.770 | 58.545 | 49.735 | 30.750 | 29.160 | 41.840 | 47.620 | 52.725 | 57.330 | 61.440 | 66.265 | 64.310 | 76.165 | 84.270 | 99.330 | 137.665 | 151.070 | +9,7% | |
| Griechenland | 3.085 | 5.500 | 5.665 | 8.180 | 4.470 | 9.050 | 12.265 | 25.115 | 19.885 | 15.925 | 10.275 | 9.310 | 9.575 | 8.225 | 9.430 | 13.205 | 51.110 | 58.650 | 66.965 | 77.275 | +15,4% | |
| Irland | 10.940 | 10.325 | 11.635 | 7.485 | 4.265 | 4.305 | 4.240 | 3.935 | 3.855 | 2.680 | 1.935 | 1.290 | 955 | 945 | 1.450 | 3.275 | 2.245 | 2.930 | 3.670 | 4.780 | +30,2% | |
| Italien | 15.195 | 17.400 | 16.015 | 13.705 | 9.630 | 9.345 | 10.350 | 14.055 | 30.140 | 17.725 | 10.000 | 40.315 | 17.335 | 26.620 | 64.625 | 83.540 | 122.960 | 128.850 | 59.950 | 43.770 | -27,0% | |
| Kroatien | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | 1.080 | 450 | 210 | 2.225 | 975 | 800 | 1.400 | +75,0% |
| Lettland | 5 | 15 | 25 | 5 | 5 | 20 | 10 | 35 | 55 | 60 | 65 | 340 | 205 | 195 | 375 | 330 | 350 | 355 | 185 | 195 | +5,4% | |
| Litauen | 305 | 425 | 365 | 395 | 165 | 100 | 145 | 125 | 520 | 450 | 495 | 525 | 645 | 400 | 440 | 315 | 430 | 545 | 405 | 645 | +59,3% | |
| Luxemburg | 625 | 685 | 1.040 | 1.550 | 1.575 | 800 | 525 | 425 | 455 | 480 | 780 | 2.150 | 2.050 | 1.070 | 1.150 | 2.505 | 2.160 | 2.430 | 2.335 | 2.270 | -2,8% | |
| Malta | 160 | 155 | 350 | 455 | 995 | 1.165 | 1.270 | 1.380 | 2.605 | 2.385 | 405 | 1.890 | 2.080 | 2.250 | 1.350 | 1.845 | 1.930 | 1.840 | 2.130 | 4.090 | +92,0% | |
| Niederlande | 43.895 | 32.580 | 18.665 | 13.400 | 9.780 | 12.345 | 14.465 | 7.100 | 15.250 | 16.135 | 15.100 | 14.590 | 13.095 | 13.060 | 24.495 | 44.970 | 20.945 | 18.210 | 24.025 | 25.195 | +4,9% | |
| Österreich | 18.285 | 30.125 | 39.355 | 32.360 | 24.635 | 22.460 | 13.350 | 11.920 | 12.715 | 15.780 | 11.045 | 14.420 | 17.415 | 17.500 | 28.035 | 88.160 | 42.255 | 24.715 | 13.710 | 12.860 | -6,2% | |
| Polen | 4.660 | 4.480 | 5.170 | 6.810 | 7.925 | 5.240 | 4.225 | 7.205 | 8.515 | 10.590 | 6.540 | 6.885 | 10.750 | 15.240 | 8.020 | 12.190 | 12.305 | 5.045 | 4.110 | 4.070 | -1,0% | |
| Portugal | 225 | 235 | 245 | 115 | 115 | 115 | 130 | 225 | 160 | 140 | 155 | 275 | 295 | 500 | 440 | 895 | 1.460 | 1.750 | 1.285 | 1.820 | +41,6% | |
| Rumänien | 1.365 | 2.280 | 1.000 | 885 | 545 | 485 | 380 | 660 | 1.175 | 960 | 885 | 1.720 | 2.510 | 1.495 | 1.545 | 1.260 | 1.880 | 4.815 | 2.135 | 2.590 | +21,3% | |
| Schweden | 16.285 | 23.500 | 33.015 | 31.355 | 23.160 | 17.530 | 24.320 | 36.205 | 24.785 | 24.175 | 31.850 | 29.650 | 43.855 | 54.270 | 81.180 | 162.450 | 28.790 | 26.325 | 21.560 | 26.255 | +21,8% | |
| Slowakei | 1.555 | 8.150 | 9.745 | 10.300 | 11.395 | 3.550 | 2.850 | 2.640 | 895 | 805 | 540 | 490 | 730 | 440 | 330 | 330 | 145 | 160 | 175 | 230 | +31,4% | |
| Slowenien | 9.245 | 1.510 | 650 | 1.050 | 1.090 | 1.550 | 500 | 370 | 255 | 190 | 240 | 355 | 295 | 270 | 385 | 275 | 1.310 | 1.475 | 2.875 | 3.820 | +32,9% | |
| Spanien | 7.925 | 9.490 | 6.310 | 5.765 | 5.365 | 5.050 | 5.295 | 7.195 | 4.515 | 3.005 | 2.740 | 3.420 | 2.565 | 4.485 | 5.615 | 14.780 | 15.755 | 36.605 | 54.050 | 117.795 | +117,9% | |
| Tschechien | 8.790 | 18.095 | 8.485 | 11.400 | 5.300 | 3.590 | 2.730 | 1.585 | 1.645 | 1.235 | 775 | 750 | 740 | 695 | 1.145 | 1.515 | 1.475 | 1.445 | 1.690 | 1.915 | +13,3% | |
| Ungarn | 7.800 | 9.555 | 6.410 | 2.400 | 1.600 | 1.610 | 2.115 | 3.420 | 3.175 | 4.665 | 2.095 | 1.690 | 2.155 | 18.895 | 42.775 | 177.135 | 29.430 | 3.390 | 670 | 500 | -25,4% | |

| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|------------------------|--------|--------|---------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| Vereinigtes Königreich | 80.315 | 71.365 | 103.080 | 60.045 | 40.625 | 30.840 | 28.320 | 27.905 | - | 31.665 | 24.335 | 26.915 | 28.800 | 30.585 | 32.785 | 40.160 | 39.735 | 34.780 | 38.840 | 46.055 | +18,6% |
| Zypern | 650 | 1.620 | 950 | 4.405 | 9.675 | 7.715 | 4.540 | 6.780 | 3.920 | 3.200 | 2.875 | 1.770 | 1.635 | 1.255 | 1.745 | 2.265 | 2.940 | 4.600 | 7.765 | 13.650 | +75,8% |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Island | - | - | - | - | - | - | - | - | 70 | 35 | 40 | 75 | 115 | 125 | 170 | 370 | 1125 | 1085 | 775 | 845 | +9,0% |
| Liechtenstein | - | - | - | - | - | 50 | 50 | 50 | 20 | 280 | 105 | 75 | 70 | 55 | 65 | 150 | 80 | 150 | 165 | 50 | -69,7% |
| Norwegen | 10.845 | 14.770 | 17.480 | 16.020 | 7.950 | 5.400 | 5.320 | - | 14.385 | 17.125 | 10.015 | 8.990 | 9.675 | 11.930 | 11.415 | 31.110 | 3.485 | 3.520 | 2.660 | 2.265 | -14,8% |
| Schweiz | 17.705 | 19.405 | 24.430 | 19.545 | 13.475 | 9.350 | 9.315 | 9.525 | 16.520 | 15.900 | 15.425 | 23.615 | 28.400 | 21.305 | 23.555 | 39.445 | 27.140 | 18.015 | 15.160 | 14.190 | -6,4% |

1) EU-28 für den gesamten Zeitraum sofern Zahlen vorhanden sind, inklusive der Länder, die erst nach 2000 der EU beigetreten sind (2004: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowenien, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Zypern; 2007 Bulgarien und Rumänien; 2013: Kroatien).

2) Ab 2008 Daten von Eurostat (Erst- und Folgeanträge).

Quelle: Eurostat

Tabelle 6-2: Feststellungen von unerlaubt eingereisten ausländischen Staatsangehörigen an den deutschen Grenzen und Zurückschiebungen von 2000 bis 2019

| | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 |
|--------------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|---------|---------|--------|--------|--------|
| Unerlaubte Einreisen | 31.485 | 28.560 | 22.638 | 19.974 | 18.215 | 15.551 | 17.992 | 15.445 | 17.947 | 19.416 | 17.831 | 21.156 | 25.670 | 32.533 | 57.092 | 217.237 | 111.843 | 50.154 | 42.478 | 40.610 |
| Zurückschiebungen ¹ | 20.369 | 16.048 | 11.138 | 9.729 | 8.455 | 5.924 | 4.729 | 3.818 | 5.745 | 9.782 | 8.416 | 5.281 | 4.417 | 4.498 | 2.967 | 1.481 | 1.279 | 1.707 | 2.497 | 2.934 |

1) Die Zurückschiebungen sind immer Folge eines unerlaubten Aufenthaltes und erfolgen innerhalb der ersten sechs Monate nach Grenzübertritt (§ 57 Abs.1 AufenthG). Sie erfolgten in den Anrainerstaat oder auf dem Luftweg direkt ins Heimatland.

Quelle: Bundespolizei

Tabelle 6-3: An bundesdeutschen Grenzen aufgegriffene Geschleuste und Schleusende von 2000 bis 2019

| | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 |
|---------------------------|--------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|--------|--------|-------|-------|-------|-------|
| Aufgegriffene Geschleuste | 10.320 | 9.194 | 5.713 | 4.903 | 4.751 | 2.991 | 3.537 | 3.345 | 2.827 | 3.612 | 4.050 | 4.905 | 4.767 | 7.773 | 10.321 | 16.725 | 5.937 | 4.036 | 4.476 | 3.572 |
| Aufgegriffene Schleusende | 2.740 | 2.463 | 1.844 | 1.485 | 1.534 | 1.232 | 1.444 | 1.282 | 1.086 | 947 | 711 | 737 | 900 | 1.535 | 2.149 | 3.370 | 1.008 | 942 | 1.196 | 1.224 |

Quelle: Bundespolizei

Tabelle 6-4: Art des Aufenthalts von ausländischen Tatverdächtigen von 2013 bis 2019

| Art des Aufenthalts | 2013 | | 2014 | | 2015 | | 2016 | | 2017 | | 2018 | | 2019 | |
|------------------------|----------------|---------------|----------------|---------------|----------------|---------------|----------------|---------------|----------------|---------------|----------------|---------------|----------------|---------------|
| | Anzahl | in % | Anzahl | in % | Anzahl | in % | Anzahl | in % | Anzahl | in % | Anzahl | in % | Anzahl | in % |
| Unerlaubter Aufenthalt | 76.564 | 14,2% | 112.754 | 18,3% | 312.162 | 34,2% | 326.454 | 34,2% | 138.070 | 18,8% | 118.980 | 16,8% | 122.958 | 17,5% |
| Erlaubter Aufenthalt | 461.885 | 85,8% | 504.638 | 81,7% | 599.702 | 65,8% | 627.290 | 65,8% | 598.195 | 81,2% | 589.400 | 83,2% | 576.303 | 82,5% |
| Insgesamt | 538.449 | 100,0% | 617.392 | 100,0% | 911.864 | 100,0% | 953.744 | 100,0% | 736.265 | 100,0% | 708.380 | 100,0% | 699.261 | 100,0% |

Quelle: Bundeskriminalamt (Polizeiliche Kriminalstatistik)

Tabelle 7-3: Bevölkerung in Privathaushalten nach detailliertem Migrationsstatus 2005 bis 2019¹, in Tausend

| | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 |
|--|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| Bevölkerung in Privathaushalten insgesamt | 81.639 | 81.587 | 81.458 | 81.363 | 81.073 | 80.858 | 79.347 | 79.501 | 79.683 | 79.991 | 80.562 | 81.431 | 81.740 | 81.613 | 81.848 |
| Personen ohne Migrationshintergrund | 66.413 | 66.511 | 66.118 | 65.816 | 65.022 | 65.158 | 64.551 | 64.225 | 63.137 | 63.660 | 63.509 | 62.989 | 61.443 | 60.814 | 60.603 |
| Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn | 15.227 | - | - | - | 16.051 | - | - | - | 16.546 | - | - | - | 20.297 | 20.799 | 21.246 |
| Personen mit nicht durchgängig bestimmbarem Migrationshintergrund ² | 275 | - | - | - | 381 | - | - | - | 699 | - | - | - | 1.174 | 1.159 | 1.185 |
| Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn | 14.951 | 15.077 | 15.341 | 15.547 | 15.669 | 15.701 | 14.796 | 15.276 | 15.847 | 16.330 | 17.053 | 18.443 | 19.123 | 19.639 | 20.060 |
| Personen mit eigener Migrationserfahrung | 10.302 | 10.367 | 10.467 | 10.546 | 10.511 | 10.503 | 9.752 | 10.048 | 10.401 | 10.792 | 11.391 | 12.609 | 13.043 | 13.458 | 13.682 |
| Ausländische Staatsangehörige | 5.518 | 5.551 | 5.564 | 5.584 | 5.559 | 5.546 | 4.869 | 5.123 | 5.444 | 5.821 | 6.386 | 7.488 | 7.937 | 8.371 | 8.556 |
| Deutsche | 4.784 | 4.816 | 4.903 | 4.962 | 4.952 | 4.957 | 4.883 | 4.925 | 4.957 | 4.971 | 5.005 | 5.121 | 5.106 | 5.087 | 5.125 |
| Personen ohne eigene Migrationserfahrung | 4.650 | 4.710 | 4.874 | 5.001 | 5.159 | 5.198 | 5.043 | 5.228 | 5.447 | 5.538 | 5.662 | 5.834 | 6.081 | 6.182 | 6.378 |
| Ausländische Staatsangehörige | 1.747 | 1.713 | 1.685 | 1.658 | 1.628 | 1.567 | 1.316 | 1.330 | 1.332 | 1.341 | 1.339 | 1.363 | 1.479 | 1.536 | 1.564 |
| Deutsche | 2.903 | 2.997 | 3.189 | 3.343 | 3.531 | 3.631 | 3.727 | 3.898 | 4.115 | 4.197 | 4.323 | 4.471 | 4.602 | 4.646 | 4.814 |

1) Ab dem Jahr 2011 sind die Mikrozensussergebnisse auf Basis des Zensus 2011 hochgerechnet. Sie sind daher nur bedingt mit denen der Jahre 2005-2010 vergleichbar.

2) Hierbei handelt es sich um als Deutsche Geborene ohne eigene Migrationserfahrung. Ihr Migrationsstatus basiert auf Informationen über ihre nicht mehr im selben Haushalt lebenden Eltern. Diese Informationen liegen in den Jahren 2005, 2009, 2013 sowie ab 2017 jährlich vor.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Tabelle 7-4: Altersstruktur der Bevölkerung in Privathaushalten mit und ohne Migrationshintergrund 2019, in Tausend

| Altersstruktur | Ohne Migrationshintergrund | | Mit Migrationshintergrund im weiteren Sinne | | | | Bevölkerung in Privathaushalten insgesamt | Migrationsanteil je Altersgruppe ¹ |
|---------------------------|----------------------------|---------------|---|---------------|---|---------------|---|---|
| | | | | | darunter: mit eigener Migrationserfahrung | | | |
| | absolut | in % | absolut | in % | absolut | in % | | |
| unter 5 Jahre | 2.260 | 3,7% | 1.532 | 7,2% | 132 | 1,0% | 3.792 | 40,4% |
| von 5 bis unter 10 Jahre | 2.215 | 3,7% | 1.450 | 6,8% | 368 | 2,7% | 3.665 | 39,6% |
| von 10 bis unter 15 Jahre | 2.283 | 3,8% | 1.442 | 6,8% | 381 | 2,8% | 3.725 | 38,7% |
| von 15 bis unter 20 Jahre | 2.616 | 4,3% | 1.386 | 6,5% | 368 | 2,7% | 4.001 | 34,6% |
| von 20 bis unter 25 Jahre | 2.963 | 4,9% | 1.445 | 6,8% | 681 | 5,0% | 4.408 | 32,8% |
| von 25 bis unter 35 Jahre | 6.906 | 11,4% | 3.424 | 16,1% | 2.504 | 18,3% | 10.330 | 33,1% |
| von 35 bis unter 45 Jahre | 6.790 | 11,2% | 3.504 | 16,5% | 2.829 | 20,7% | 10.294 | 34,0% |
| von 45 bis unter 55 Jahre | 9.365 | 15,5% | 2.866 | 13,5% | 2.471 | 18,1% | 12.230 | 23,4% |
| von 55 bis unter 65 Jahre | 10.130 | 16,7% | 2.128 | 10,0% | 1.965 | 14,4% | 12.257 | 17,4% |
| 65 Jahre und älter | 15.076 | 24,9% | 2.070 | 9,7% | 1.982 | 14,5% | 17.146 | 12,1% |
| Insgesamt | 60.603 | 100,0% | 21.246 | 100,0% | 13.682 | 100,0% | 81.848 | 26,0% |

1) Bevölkerung mit Migrationshintergrund bezogen auf die Bevölkerung in Privathaushalten je Altersgruppe.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Tabelle 7-5: Personen mit eigener Migrationserfahrung nach Aufenthaltsdauer im Jahr 2019, in Tausend¹

| Nach Geburtsland bzw. Geburtsland eines Elternteils ³ | Gesamt ² | Aufenthaltsdauer der Personen mit eigener Migrationserfahrung von ... bis unter ... Jahren | | | | | | | | Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Jahren |
|--|---------------------|--|----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-------------|--|
| | | Unter 5 | 5 bis 10 | 10 bis 15 | 15 bis 20 | 20 bis 25 | 25 bis 30 | 30 bis 40 | 40 und mehr | |
| Europa | 9.170 | 1.537 | 1.198 | 523 | 772 | 824 | 1.173 | 1.277 | 1.747 | 23,7 |
| EU-28 | 5.295 | 1.063 | 936 | 331 | 294 | 254 | 434 | 870 | 1.042 | 23,0 |
| Bulgarien | 269 | 106 | 98 | 25 | 17 | 6 | / | / | / | 8,6 |
| Frankreich | 121 | 24 | 18 | 11 | 10 | 7 | 9 | 14 | 27 | 23,7 |
| Griechenland | 294 | 56 | 53 | / | 11 | 17 | 27 | 37 | 85 | 25,9 |
| Italien | 522 | 95 | 65 | 16 | 19 | 30 | 28 | 67 | 195 | 28,7 |
| Kroatien | 297 | 99 | 28 | 7 | 11 | 11 | 28 | 14 | 97 | 24,2 |
| Niederlande | 121 | 20 | 17 | 20 | 11 | 7 | 6 | 12 | 26 | 22,6 |
| Österreich | 207 | 25 | 20 | 12 | 12 | 13 | 9 | 22 | 91 | 33,2 |
| Polen | 1.638 | 204 | 238 | 118 | 109 | 79 | 134 | 502 | 228 | 24,7 |
| Portugal | 109 | 13 | 17 | / | 8 | 13 | 14 | 9 | 31 | 26,0 |
| Rumänien | 813 | 233 | 180 | 46 | 29 | 27 | 130 | 114 | 47 | 16,8 |
| Spanien | 138 | 29 | 37 | 8 | 6 | / | 5 | / | 44 | 23,5 |
| Vereinigtes Königreich | 112 | 22 | 12 | 9 | 7 | 8 | 10 | 18 | 24 | 24,1 |
| Sonstiges Europa | 3.875 | 474 | 262 | 192 | 478 | 570 | 738 | 407 | 705 | 24,8 |
| Bosnien und Herzegowina | 304 | 76 | 25 | 11 | 12 | 14 | 84 | 18 | 60 | 22,8 |
| Kosovo | 277 | 47 | 32 | 17 | 17 | 46 | 91 | 12 | 10 | 19,3 |
| Russische Föderation | 1.076 | 60 | 46 | 58 | 230 | 281 | 305 | 62 | 24 | 21,8 |
| Serbien | 223 | 45 | 32 | 10 | 14 | 13 | 27 | 15 | 65 | 25,4 |
| Türkei | 1.339 | 67 | 49 | 49 | 105 | 132 | 157 | 266 | 491 | 32,3 |
| Ukraine | 264 | 35 | 23 | 25 | 65 | 56 | 36 | 13 | 10 | 18,9 |
| Afrika | 618 | 173 | 129 | 57 | 60 | 50 | 47 | 54 | 41 | 15,4 |
| Marokko | 128 | 23 | 19 | 13 | 14 | 13 | 11 | 19 | 14 | 20,1 |
| Ägypten, Algerien, Libyen, Tunesien | 134 | 39 | 27 | 12 | 13 | 8 | 10 | 8 | 15 | 16,2 |
| Asien | 3.469 | 1.200 | 372 | 154 | 359 | 469 | 543 | 254 | 91 | 15,5 |
| Naher und Mittlerer Osten | 2.478 | 848 | 211 | 81 | 264 | 406 | 459 | 151 | 43 | 15,8 |

| | | | | | | | | | | |
|---|---------------|--------------|--------------|------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|-------------|
| Irak | 245 | 129 | 27 | 21 | 29 | 26 | 6 | / | / | 9,9 |
| Iran | 187 | 67 | 26 | 7 | 13 | 13 | 12 | 33 | 14 | 17,1 |
| Kasachstan | 926 | 19 | 10 | 22 | 165 | 301 | 345 | 52 | 7 | 23,4 |
| Syrien | 721 | 563 | 107 | 7 | 11 | 10 | 8 | 7 | / | 5,5 |
| Sonstiges Asien | 992 | 352 | 161 | 74 | 96 | 63 | 84 | 104 | 48 | 14,7 |
| Afghanistan | 233 | 128 | 37 | 7 | 13 | 14 | 17 | 13 | / | 10,5 |
| China | 149 | 62 | 29 | 16 | 18 | 5 | 6 | 8 | / | 10,6 |
| Indien | 130 | 60 | 25 | 10 | 10 | / | 5 | 5 | 9 | 11,5 |
| Pakistan | 80 | 30 | 16 | 5 | 7 | / | 6 | 7 | / | 13,4 |
| Vietnam | 116 | 15 | 8 | 9 | 15 | 8 | 19 | 31 | 8 | 23,2 |
| Australien und Ozeanien | 34 | 11 | 6 | / | / | / | / | / | / | 16,0 |
| Amerika | 388 | 110 | 64 | 37 | 42 | 28 | 27 | 37 | 41 | 17,0 |
| Zugewanderte Bevölkerung in Privathaushalten insgesamt | 13.682 | 3.031 | 1.770 | 773 | 1.237 | 1.374 | 1.793 | 1.624 | 1.923 | 21,1 |

/) Keine Angabe.

1) Die Aufenthaltsdauer ergibt sich ohne Berücksichtigung von Aufenthaltsunterbrechungen als Differenz zwischen dem Berichtsjahr und dem Jahr der Ersteinreise in das Bundesgebiet. Eine Aufenthaltsdauer wird deshalb lediglich für Personen, die selbst zugewandert sind, berechnet.

2) Die Differenz zwischen der Angabe in der Spalte „Gesamt“ und der Summe der Spalten der einzelnen Aufenthaltsdauern erklärt sich dadurch, dass nicht für alle zugewanderten Personen Angaben zum Zuzugsjahr vorliegen, sodass für diese Personengruppe auch keine Aufenthaltsdauer berechnet werden konnte.

3) Dargestellt ist das eigene Geburtsland oder bei Geburt in Deutschland das Geburtsland der Eltern.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Tabelle 8-5: Gesamtbevölkerung und ausländische Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland seit 1951 nach der Bevölkerungsfortschreibung

| Jahr | Gesamtbevölkerung ¹ | Ausländische Bevölkerung ¹ | Anteil der ausländischen Bevölkerung in % | Veränderung der ausländischen Bevölkerung in % ² |
|-------------------|--------------------------------|---------------------------------------|---|---|
| 1951 | 51.434.777 | 506.000 | 1,0% | - |
| 1961 | 56.589.148 | 686.200 | 1,2% | +35,6% |
| 1967 | 59.948.474 | 1.806.653 | 3,0% | +163,3% |
| 1968 | 60.463.033 | 1.924.229 | 3,2% | +6,5% |
| 1969 | 61.194.591 | 2.381.061 | 3,9% | +23,7% |
| 1970 | 61.001.164 | 2.737.905 | 4,5% | +15,0% |
| 1971 | 61.502.503 | 3.187.857 | 5,2% | +16,4% |
| 1972 | 61.809.378 | 3.554.078 | 5,8% | +11,5% |
| 1973 | 62.101.369 | 3.991.352 | 6,4% | +12,3% |
| 1974 | 61.991.475 | 4.050.962 | 6,5% | +1,5% |
| 1975 | 61.644.624 | 3.900.484 | 6,3% | -3,7% |
| 1976 | 61.441.996 | 3.852.182 | 6,3% | -1,2% |
| 1977 | 61.352.745 | 3.892.226 | 6,3% | +1,0% |
| 1978 | 61.321.663 | 4.005.819 | 6,5% | +2,9% |
| 1979 | 61.439.342 | 4.250.648 | 6,9% | +6,1% |
| 1980 | 61.657.945 | 4.566.167 | 7,4% | +7,4% |
| 1981 | 61.712.689 | 4.721.120 | 7,7% | +3,4% |
| 1982 | 61.546.101 | 4.671.838 | 7,6% | -1,0% |
| 1983 | 61.306.669 | 4.574.156 | 7,5% | -2,1% |
| 1984 | 61.049.256 | 4.405.463 | 7,2% | -3,7% |
| 1985 | 61.020.474 | 4.481.618 | 7,3% | +1,7% |
| 1986 | 61.140.461 | 4.661.880 | 7,6% | +4,0% |
| 1987 ³ | 61.238.079 | 4.286.472 | 7,0% | -8,1% |
| 1988 | 61.715.103 | 4.623.528 | 7,5% | +7,9% |
| 1989 | 62.679.035 | 5.007.161 | 8,0% | +8,3% |
| 1990 ⁴ | 79.753.227 | 5.582.357 | 7,0% | +11,5% |
| 1991 | 80.274.564 | 6.066.730 | 7,6% | +8,7% |
| 1992 | 80.974.632 | 6.669.568 | 8,2% | +9,9% |
| 1993 | 81.338.093 | 6.977.476 | 8,6% | +4,6% |
| 1994 | 81.538.603 | 7.117.740 | 8,7% | +2,0% |
| 1995 | 81.817.499 | 7.342.779 | 9,0% | +3,2% |
| 1996 | 82.012.162 | 7.491.650 | 9,1% | +2,0% |
| 1997 | 82.057.379 | 7.419.001 | 9,0% | -1,0% |
| 1998 | 82.037.011 | 7.308.477 | 8,9% | -1,5% |
| 1999 | 82.163.475 | 7.336.111 | 8,9% | +0,4% |
| 2000 | 82.259.540 | 7.267.568 | 8,8% | -0,9% |
| 2001 | 82.440.309 | 7.318.263 | 8,9% | +0,7% |
| 2002 | 82.536.680 | 7.347.951 | 8,9% | +0,4% |
| 2003 | 82.531.671 | 7.341.820 | 8,9% | -0,1% |
| 2004 | 82.500.849 | 7.287.980 | 8,8% | -0,7% |
| 2005 | 82.437.995 | 7.289.149 | 8,8% | 0,0% |
| 2006 | 82.314.906 | 7.255.949 | 8,8% | -0,5% |
| 2007 | 82.217.837 | 7.255.395 | 8,8% | 0,0% |
| 2008 | 82.002.356 | 7.185.921 | 8,8% | -1,0% |

| | | | | |
|-------------------|------------|------------|-------|--------|
| 2009 ⁵ | 81.802.257 | 7.130.919 | 8,7% | -0,8% |
| 2010 ⁵ | 81.751.602 | 7.198.946 | 8,8% | +1,0% |
| 2011 ⁵ | 81.843.743 | 7.409.754 | 9,7% | +2,9% |
| 2011 ⁶ | 80.327.900 | 6.342.394 | 7,9% | - |
| 2012 | 80.523.746 | 6.643.699 | 8,3% | +4,8% |
| 2013 | 80.767.463 | 7.015.236 | 8,7% | +5,6% |
| 2014 | 81.197.537 | 7.539.774 | 9,3% | +7,5% |
| 2015 | 82.175.684 | 8.651.958 | 10,5% | +14,8% |
| 2016 ⁷ | 82.521.653 | 9.219.989 | 11,2% | +6,6% |
| 2017 ⁸ | 82.792.351 | 9.678.868 | 11,7% | +5,0% |
| 2018 | 83.019.213 | 10.089.292 | 12,2% | +4,2% |
| 2019 | 83.166.711 | 10.398.022 | 12,5% | +3,1% |

1) Gesamtbevölkerung zum 31. Dezember; Bevölkerungsfortschreibung.

2) Jährliche Veränderung, d. h. Bezug auf das Vorjahr. Ausnahme: Veränderungsdaten für 1961 und 1967 beziehen sich auf die Jahre 1951 bzw. 1961.

3) Zahl an die Volkszählung vom 25. Mai 1987 angepasst.

4) Zahlen ab dem 31. Dezember 1990 für den Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990.

5) Ergebnis auf der Grundlage früherer Zählungen.

6) Ab Berichtsjahr 2011 Ergebnis auf Grundlage des Zensus 2011.

7) Die Bevölkerungsentwicklung 2016 ist aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Die Genauigkeit der Ergebnisse ist aufgrund von Unstimmigkeiten in Zusammenhang mit der melderechtlichen Behandlung von Schutzsuchenden eingeschränkt. Ausführliche Erläuterungen dazu finden sich auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes zum Bevölkerungsstand.

8) Die Bevölkerungsentwicklung 2017 ist aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Ausführliche Erläuterungen dazu finden sich auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes zum Bevölkerungsstand.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung

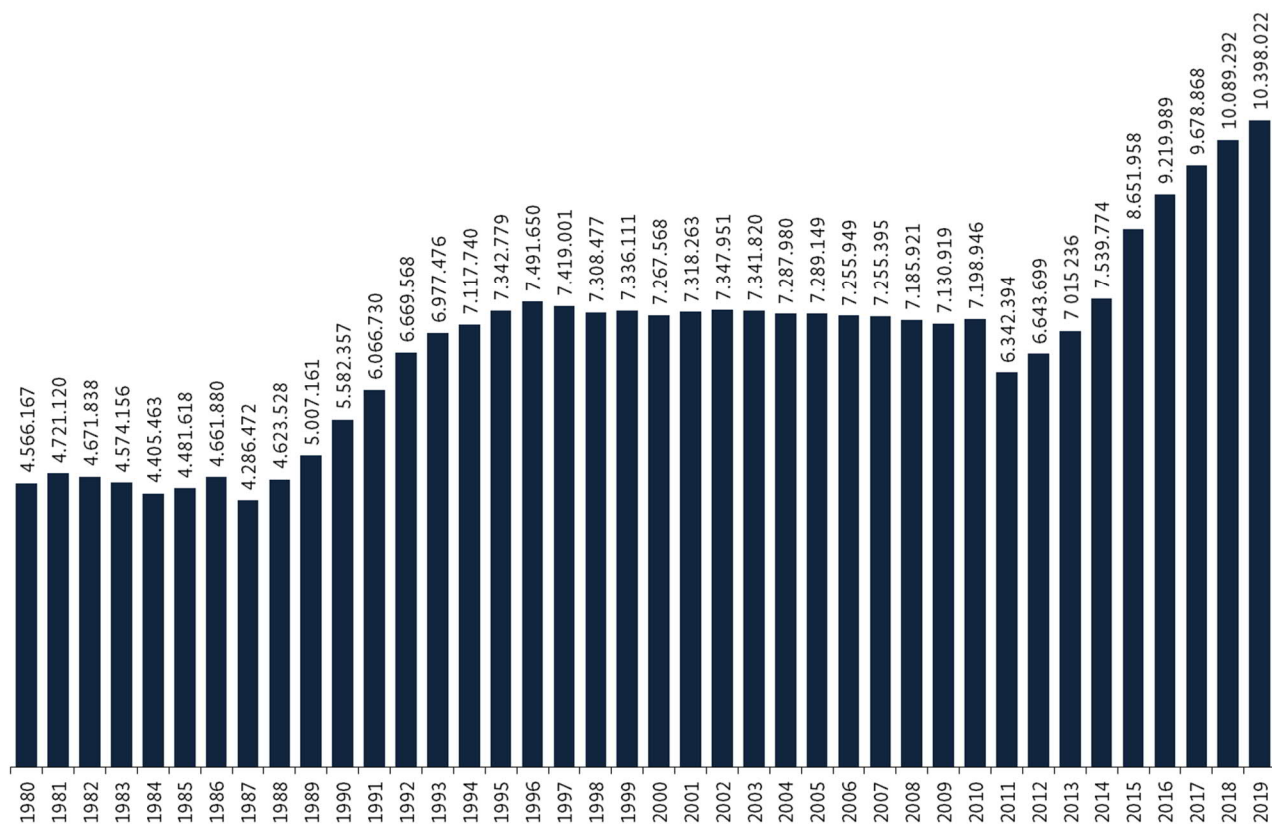
Tabelle 8-6: Ausländische Bevölkerung nach Bundesländern im Jahr 2019

| Bundesland | Gesamtbevölkerung nach der Bevölkerungsfortschreibung | Ausländische Bevölkerung nach der Bevölkerungsfortschreibung | Anteil der ausländischen Bevölkerung in % | Ausländische Bevölkerung nach AZR |
|------------------------|---|--|---|-----------------------------------|
| Baden-Württemberg | 11.100.394 | 1.761.681 | 15,9% | 1.821.815 |
| Bayern | 13.124.737 | 1.779.758 | 13,6% | 1.921.955 |
| Berlin | 3.669.491 | 706.066 | 19,2% | 812.705 |
| Brandenburg | 2.521.893 | 124.873 | 5,0% | 132.405 |
| Bremen | 681.202 | 126.197 | 18,5% | 135.600 |
| Hamburg | 1.847.253 | 305.621 | 16,5% | 317.560 |
| Hessen | 6.288.080 | 1.043.090 | 16,6% | 1.121.230 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 1.608.138 | 74.807 | 4,7% | 79.640 |
| Niedersachsen | 7.993.608 | 773.215 | 9,7% | 841.165 |
| Nordrhein-Westfalen | 17.947.221 | 2.444.556 | 13,6% | 2.710.795 |
| Rheinland-Pfalz | 4.093.903 | 470.227 | 11,5% | 496.890 |
| Saarland | 986.887 | 112.920 | 11,4% | 126.095 |
| Sachsen | 4.071.971 | 208.034 | 5,1% | 215.715 |
| Sachsen-Anhalt | 2.194.782 | 111.665 | 5,1% | 116.730 |
| Schleswig-Holstein | 2.903.773 | 244.169 | 8,4% | 263.360 |
| Thüringen | 2.133.378 | 111.143 | 5,2% | 114.625 |
| Deutschland | 83.166.711 | 10.398.022 | 12,5% | 11.228.300 |

Anmerkung: Ergebnisse auf der Grundlage des Zensus 2011. Stichtag 31. Dezember.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung, Ausländerzentralregister

Abbildung 8-13: Ausländische Bevölkerung in Deutschland von 1980 bis 2019 nach der Bevölkerungsfortschreibung



Anmerkung: Ab 2011 Ergebnisse auf der Grundlage des Zensus 2011.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung

Tabelle 8-7: Ausländische Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten 2004 sowie 2016 bis 2019 (jeweils zum 31. Dezember)

| Staatsangehörigkeit | 2004 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | Veränderung 2019/2018 | | Veränderung 2019/2004 | |
|-------------------------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|--------------------------|-------------|--------------------------|---------------|
| | | | | | | absolut | in % | absolut | in % |
| Europa^{1,2} | 5.340.008 | 7.073.980 | 7.507.310 | 7.636.615 | 7.789.825 | 153.210 | 2,0% | 2.449.817 | 45,9% |
| EU-Staaten² | 2.108.010 | 4.279.770 | 4.701.290 | 4.789.755 | 4.882.495 | 92.740 | 1,9% | 2.774.485 | 131,6% |
| Belgien | 21.791 | 27.395 | 29.825 | 29.010 | 29.280 | 270 | 0,9% | 7.489 | 34,4% |
| Bulgarien | 39.167 | 263.320 | 310.415 | 337.015 | 360.170 | 23.155 | 6,9% | 321.003 | 819,6% |
| Dänemark | 17.965 | 21.165 | 24.910 | 22.215 | 21.720 | -495 | -2,2% | 3.755 | 20,9% |
| Estland | 3.775 | 6.540 | 7.255 | 7.130 | 7.195 | 65 | 0,9% | 3.420 | 90,6% |
| Finnland | 13.110 | 15.045 | 17.465 | 15.655 | 15.340 | -315 | -2,0% | 2.230 | 17,0% |
| Frankreich | 100.464 | 130.915 | 149.025 | 140.900 | 140.290 | -610 | -0,4% | 39.826 | 39,6% |
| Griechenland | 315.989 | 348.475 | 362.245 | 363.205 | 363.650 | 445 | 0,1% | 47.661 | 15,1% |
| Irland | 9.989 | 13.785 | 17.560 | 16.065 | 16.765 | 700 | 4,4% | 6.776 | 67,8% |
| Italien | 548.194 | 611.450 | 643.065 | 643.530 | 646.460 | 2.930 | 0,5% | 98.266 | 17,9% |
| Kroatien | 229.172 | 332.605 | 367.900 | 395.665 | 414.890 | 19.225 | 4,9% | 185.718 | 81,0% |
| Lettland | 8.844 | 32.320 | 38.290 | 38.510 | 39.555 | 1.045 | 2,7% | 30.711 | 347,3% |
| Litauen | 14.713 | 46.745 | 53.155 | 56.155 | 57.990 | 1.835 | 3,3% | 43.277 | 294,1% |
| Luxemburg | 6.841 | 18.150 | 19.440 | 20.335 | 21.305 | 970 | 4,8% | 14.464 | 211,4% |
| Malta | 332 | 625 | 710 | 710 | 735 | 25 | 3,5% | 403 | 121,4% |
| Niederlande | 114.087 | 149.160 | 154.630 | 151.260 | 151.145 | -115 | -0,1% | 37.058 | 32,5% |
| Österreich | 174.047 | 183.625 | 191.305 | 187.370 | 186.725 | -645 | -0,3% | 12.678 | 7,3% |
| Polen | 292.109 | 783.085 | 866.855 | 860.145 | 862.535 | 2.390 | 0,3% | 570.426 | 195,3% |
| Portugal | 116.730 | 136.080 | 146.810 | 138.890 | 138.410 | -480 | -0,3% | 21.680 | 18,6% |
| Rumänien | 73.365 | 533.660 | 622.780 | 696.275 | 748.225 | 51.950 | 7,5% | 674.860 | 919,9% |
| Schweden | 16.172 | 19.890 | 23.990 | 21.965 | 22.170 | 205 | 0,9% | 5.998 | 37,1% |
| Slowakei | 20.244 | 53.440 | 57.225 | 58.235 | 59.760 | 1.525 | 2,6% | 39.516 | 195,2% |
| Slowenien | 21.034 | 27.830 | 29.295 | 28.740 | 28.550 | -190 | -0,7% | 7.516 | 35,7% |
| Spanien | 108.276 | 163.560 | 178.010 | 176.020 | 177.755 | 1.735 | 1,0% | 69.479 | 64,2% |
| Tschechien | 30.301 | 56.085 | 59.975 | 60.695 | 61.290 | 595 | 1,0% | 30.989 | 102,3% |
| Ungarn | 47.808 | 192.340 | 207.025 | 212.360 | 211.740 | -620 | -0,3% | 163.932 | 342,9% |
| Vereinigtes Königreich | 95.909 | 107.005 | 116.465 | 106.155 | 93.365 | -12.790 | -12,0% | -2.544 | -2,7% |
| Zypern | 788 | 2.230 | 2.590 | 2.615 | 2.675 | 60 | 2,3% | 1.887 | 239,5% |
| Sonstiges Europa² | 3.231.998 | 2.794.210 | 2.806.020 | 2.846.860 | 2.907.330 | 60.470 | 2,1% | -324.668 | -10,0% |
| darunter: Albanien | 10.449 | 51.550 | 48.705 | 55.495 | 65.895 | 10.400 | 18,7% | 55.446 | 530,6% |
| Belarus | 17.290 | 21.965 | 22.385 | 22.980 | 23.610 | 630 | 2,7% | 6.320 | 36,6% |
| Bosnien und Herzegowina | 155.973 | 172.560 | 180.950 | 190.495 | 203.265 | 12.770 | 6,7% | 47.292 | 30,3% |
| Nordmazedonien | 61.105 | 95.570 | 99.435 | 106.555 | 115.210 | 8.655 | 8,1% | 54.105 | 88,5% |
| Moldau | 12.941 | 16.945 | 17.245 | 20.375 | 23.995 | 3.620 | 17,8% | 11.054 | 85,4% |
| Russische Föderation | 178.616 | 245.380 | 249.205 | 254.325 | 260.395 | 6.070 | 2,4% | 81.779 | 45,8% |
| Schweiz | 35.441 | 40.465 | 40.765 | 40.150 | 40.755 | 605 | 1,5% | 5.314 | 15,0% |
| Serbien ³ | - | 223.100 | 225.535 | 231.230 | 237.755 | 6.525 | 2,8% | - | - |
| Kosovo ³ | - | 202.905 | 208.505 | 218.150 | 232.075 | 13.925 | 6,4% | - | - |

| | | | | | | | | | |
|--|------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|----------------|-------------|------------------|---------------|
| Montenegro ³ | - | 21.065 | 21.410 | 22.280 | 23.435 | 1.155 | 5,2% | - | - |
| Türkei | 1.764.318 | 1.492.580 | 1.483.515 | 1.476.410 | 1.472.390 | -4.020 | -0,3% | -291.928 | -16,5% |
| Ukraine | 128.110 | 136.340 | 138.045 | 141.350 | 143.545 | 2.195 | 1,6% | 15.435 | 12,0% |
| Afrika | 275.796 | 510.535 | 539.385 | 570.115 | 600.925 | 30.810 | 5,4% | 325.129 | 117,9% |
| darunter: Ägypten | 10.309 | 26.915 | 29.600 | 32.505 | 35.855 | 3.350 | 10,3% | 25.546 | 247,8% |
| Algerien | 14.480 | 21.320 | 19.845 | 18.575 | 18.385 | -190 | -1,0% | 3.905 | 27,0% |
| Marokko | 73.027 | 75.855 | 75.620 | 76.200 | 78.250 | 2.050 | 2,7% | 5.223 | 7,2% |
| Tunesien | 22.429 | 32.900 | 34.140 | 35.560 | 37.230 | 1.670 | 4,7% | 14.801 | 66,0% |
| Ghana | 20.636 | 32.870 | 33.900 | 35.305 | 37.465 | 2.160 | 6,1% | 16.829 | 81,6% |
| Nigeria | 15.280 | 50.440 | 56.420 | 66.045 | 73.515 | 7.470 | 11,3% | 58.235 | 381,1% |
| Togo | 12.099 | 10.445 | 10.615 | 10.870 | 11.250 | 380 | 3,5% | -849 | -7,0% |
| Kamerun | 13.834 | 21.610 | 22.320 | 24.220 | 26.255 | 2.035 | 8,4% | 12.421 | 89,8% |
| Kongo, Demokratische Republik | 12.175 | 9.005 | 8.975 | 8.880 | 8.775 | -105 | -1,2% | -3.400 | -27,9% |
| Äthiopien | 11.390 | 18.425 | 19.075 | 19.765 | 20.195 | 430 | 2,2% | 8.805 | 77,3% |
| Amerika | 202.887 | 259.840 | 271.425 | 283.585 | 296.710 | 13.125 | 4,6% | 93.823 | 46,2% |
| darunter: | | | | | | | | | |
| Vereinigte Staaten | 96.642 | 114.145 | 117.730 | 119.645 | 121.645 | 2.000 | 1,7% | 25.003 | 25,9% |
| Brasilien | 27.176 | 39.705 | 42.580 | 46.030 | 49.280 | 3.250 | 7,1% | 22.104 | 81,3% |
| Asien | 823.279 | 2.077.330 | 2.184.410 | 2.297.970 | 2.408.320 | 110.350 | 4,8% | 1.585.041 | 192,5% |
| darunter: Armenien | 10.535 | 25.170 | 26.830 | 27.275 | 26.815 | -460 | -1,7% | 16.280 | 154,5% |
| Aserbaidshjan | 15.950 | 23.635 | 25.325 | 26.270 | 26.980 | 710 | 2,7% | 11.030 | 69,2% |
| Georgien | 13.629 | 24.055 | 24.685 | 25.775 | 27.065 | 1.290 | 5,0% | 13.436 | 98,6% |
| Irak | 78.792 | 227.195 | 237.365 | 247.800 | 255.050 | 7.250 | 2,9% | 176.258 | 223,7% |
| Iran | 65.187 | 97.710 | 102.760 | 114.125 | 121.835 | 7.710 | 6,8% | 56.648 | 86,9% |
| Libanon | 40.908 | 41.445 | 41.375 | 41.000 | 41.310 | 310 | 0,8% | 402 | 1,0% |
| Syrien | 27.741 | 637.845 | 698.950 | 745.645 | 789.465 | 43.820 | 5,9% | 761.724 | 2.745,8% |
| Indien | 38.935 | 97.865 | 108.965 | 124.095 | 143.725 | 19.630 | 15,8% | 104.790 | 269,1% |
| Indonesien | 10.778 | 17.705 | 18.610 | 19.785 | 21.270 | 1.485 | 7,5% | 10.492 | 97,3% |
| Pakistan | 30.892 | 73.790 | 73.000 | 73.975 | 75.495 | 1.520 | 2,1% | 44.603 | 144,4% |
| Philippinen | 19.966 | 21.895 | 22.950 | 24.650 | 26.925 | 2.275 | 9,2% | 6.959 | 34,9% |
| Sri Lanka | 34.966 | 25.865 | 25.900 | 25.805 | 25.945 | 140 | 0,5% | -9.021 | -25,8% |
| Thailand | 48.789 | 58.765 | 58.820 | 59.130 | 59.125 | -5 | 0,0% | 10.336 | 21,2% |
| Vietnam | 83.526 | 89.965 | 92.485 | 96.105 | 99.725 | 3.620 | 3,8% | 16.199 | 19,4% |
| Afghanistan | 57.933 | 253.485 | 251.640 | 257.110 | 263.420 | 6.310 | 2,5% | 205.487 | 354,7% |
| China | 71.639 | 129.150 | 136.460 | 143.135 | 149.195 | 6.060 | 4,2% | 77.556 | 108,3% |
| Japan | 27.550 | 35.755 | 36.600 | 37.490 | 38.305 | 815 | 2,2% | 10.755 | 39,0% |
| Kasachstan | 58.645 | 46.540 | 46.650 | 46.740 | 47.250 | 510 | 1,1% | -11.395 | -19,4% |
| Korea, Republik | 20.658 | 32.215 | 34.420 | 36.230 | 38.165 | 1.935 | 5,3% | 17.507 | 84,7% |
| Australien und Ozeanien | 9.792 | 16.805 | 17.360 | 17.795 | 18.345 | 550 | 3,1% | 8.553 | 87,3% |
| Staatenlos | 13.504 | 22.365 | 24.650 | 25.995 | 26.390 | 395 | 1,5% | 12.886 | 95,4% |
| Ungeklärt und ohne Angabe | 51.849 | 77.415 | 78.620 | 82.615 | 87.025 | 4.410 | 5,3% | 35.176 | 67,8% |
| Staatsangehörigkeiten insgesamt | 6.717.115 | 10.039.080 | 10.623.940 | 10.915.455 | 11.228.300 | 312.845 | 2,9% | 4.511.185 | 67,2% |

1) Enthält auch Ausländerinnen und Ausländer, die im AZR mit der Staatsangehörigkeit der ehemaligen Tschechoslowakei geführt werden.

2) Für das Berichtsjahr 2004 gilt der Stand EU-25, ab Berichtsjahr 2014 gilt EU-28. Aufgrund unterschiedlicher EU-Stände ist ein Vergleich der ausländischen Bevölkerung 2004 und 2019 nicht möglich.

3) Seit Juni 2006 sind Serbien und Montenegro zwei unabhängige Staaten. Es konnten jedoch noch nicht alle Personen einem der beiden Nachfolgestaaten zugeordnet werden, sodass im AZR weiterhin Personen mit der Staatsangehörigkeit des ehemaligen Serbien und Montenegro ausgewiesen werden. Seit 1. Mai 2008 wird Kosovo getrennt ausgewiesen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausländerzentralregister, eigene Berechnungen BAMF

Tabelle 8-8: Altersstruktur der deutschen und ausländischen Bevölkerung am 31. Dezember 2019

| Altersstruktur | Deutsche Bevölkerung nach der Bevölkerungsfortschreibung | | Ausländische Bevölkerung nach der Bevölkerungsfortschreibung | | Ausländische Personen nach dem AZR | |
|---------------------------|--|---------------|--|---------------|------------------------------------|---------------|
| | absolut | In % | absolut | in % | absolut | in % |
| unter 6 Jahre | 4.083.285 | 5,6% | 649.570 | 6,2% | 608.915 | 5,4% |
| von 6 bis unter 18 Jahre | 7.932.438 | 10,9% | 1.012.609 | 9,7% | 1.044.335 | 9,3% |
| von 18 bis unter 25 Jahre | 5.144.531 | 7,1% | 1.116.500 | 10,7% | 1.134.845 | 10,1% |
| von 25 bis unter 40 Jahre | 12.577.265 | 17,3% | 3.282.136 | 31,6% | 3.594.460 | 32,0% |
| von 40 bis unter 65 Jahre | 25.844.391 | 35,5% | 3.433.304 | 33,0% | 3.822.435 | 34,0% |
| 65 Jahre und älter | 17.186.779 | 23,6% | 903.903 | 8,7% | 1.023.300 | 9,1% |
| Insgesamt | 72.768.689 | 100,0% | 10.398.022 | 100,0% | 11.228.300 | 100,0% |

Anmerkung: Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf der Grundlage des Zensus 2011.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung, Ausländerzentralregister

Tabelle 8-9: Ausländische Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht am 31. Dezember 2019

| Staatsangehörigkeit | Insgesamt | Weiblich | Anteil weiblich in % | Männlich | Anteil männlich in % |
|-------------------------|-----------|----------|----------------------|----------|----------------------|
| Türkei | 1.472.390 | 712.755 | 48,4% | 759.640 | 51,6% |
| Polen | 862.535 | 398.105 | 46,2% | 464.435 | 53,8% |
| Syrien | 789.465 | 323.640 | 41,0% | 465.820 | 59,0% |
| Rumänien | 748.225 | 319.960 | 42,8% | 428.265 | 57,2% |
| Italien | 646.460 | 271.140 | 41,9% | 375.320 | 58,1% |
| Kroatien | 414.890 | 192.825 | 46,5% | 222.065 | 53,5% |
| Griechenland | 363.650 | 166.890 | 45,9% | 196.760 | 54,1% |
| Bulgarien | 360.170 | 166.290 | 46,2% | 193.880 | 53,8% |
| Afghanistan | 263.420 | 94.160 | 35,7% | 169.260 | 64,3% |
| Russische Föderation | 260.395 | 163.385 | 62,7% | 97.010 | 37,3% |
| Irak | 255.050 | 107.610 | 42,2% | 147.440 | 57,8% |
| Serbien ¹ | 237.755 | 116.750 | 49,1% | 121.000 | 50,9% |
| Kosovo | 232.075 | 106.670 | 46,0% | 125.405 | 54,0% |
| Ungarn | 211.740 | 90.350 | 42,7% | 121.385 | 57,3% |
| Bosnien und Herzegowina | 203.265 | 95.500 | 47,0% | 107.765 | 53,0% |
| Österreich | 186.725 | 90.890 | 48,7% | 95.835 | 51,3% |
| Spanien | 177.755 | 85.190 | 47,9% | 92.565 | 52,1% |
| Niederlande | 151.145 | 66.240 | 43,8% | 84.910 | 56,2% |
| China | 149.195 | 79.460 | 53,3% | 69.735 | 46,7% |
| Indien | 143.725 | 54.315 | 37,8% | 89.410 | 62,2% |
| Ukraine | 143.545 | 91.570 | 63,8% | 51.975 | 36,2% |
| Frankreich | 140.290 | 71.905 | 51,3% | 68.390 | 48,7% |
| Portugal | 138.410 | 62.105 | 44,9% | 76.305 | 55,1% |
| Iran | 121.835 | 51.350 | 42,1% | 70.485 | 57,9% |

| | | | | | |
|------------------------|-------------------|------------------|--------------|------------------|--------------|
| Vereinigte Staaten | 121.645 | 54.155 | 44,5% | 67.495 | 55,5% |
| Nordmazedonien | 115.210 | 53.600 | 46,5% | 61.610 | 53,5% |
| Vietnam | 99.725 | 55.475 | 55,6% | 44.245 | 44,4% |
| Vereinigtes Königreich | 93.365 | 34.615 | 37,1% | 58.750 | 62,9% |
| Marokko | 78.250 | 37.900 | 48,4% | 40.350 | 51,6% |
| Pakistan | 75.495 | 24.150 | 32,0% | 51.345 | 68,0% |
| Nigeria | 73.515 | 32.140 | 43,7% | 41.380 | 56,3% |
| Albanien | 65.895 | 28.530 | 43,3% | 37.365 | 56,7% |
| Tschechien | 61.290 | 34.165 | 55,7% | 27.125 | 44,3% |
| Slowakei | 59.760 | 29.480 | 49,3% | 30.280 | 50,7% |
| Thailand | 59.125 | 51.760 | 87,5% | 7.365 | 12,5% |
| Litauen | 57.990 | 31.855 | 54,9% | 26.140 | 45,1% |
| Brasilien | 49.280 | 31.645 | 64,2% | 17.635 | 35,8% |
| Kasachstan | 47.250 | 26.035 | 55,1% | 21.215 | 44,9% |
| Libanon | 41.310 | 16.885 | 40,9% | 24.425 | 59,1% |
| Japan | 38.305 | 22.815 | 59,6% | 15.495 | 40,5% |
| Korea, Republik | 38.165 | 22.365 | 58,6% | 15.800 | 41,4% |
| Tunesien | 37.230 | 13.745 | 36,9% | 23.480 | 63,1% |
| Ägypten | 35.855 | 11.920 | 33,2% | 23.935 | 66,8% |
| Aserbaidshjan | 26.980 | 13.135 | 48,7% | 13.840 | 51,3% |
| Philippinen | 26.925 | 21.125 | 78,5% | 5.800 | 21,5% |
| Armenien | 26.815 | 14.065 | 52,5% | 12.750 | 47,5% |
| Kamerun | 26.255 | 11.805 | 45,0% | 14.450 | 55,0% |
| Sri Lanka | 25.945 | 12.965 | 50,0% | 12.980 | 50,0% |
| Moldau | 23.995 | 14.340 | 59,8% | 9.655 | 40,2% |
| Belarus | 23.610 | 16.700 | 70,7% | 6.910 | 29,3% |
| Insgesamt | 11.228.300 | 5.214.370 | 46,4% | 6.013.925 | 53,6% |

1) Seit Juni 2006 sind Serbien und Montenegro zwei unabhängige Staaten. Es konnten jedoch noch nicht alle Personen einem der beiden Nachfolgestaaten zugeordnet werden, sodass im AZR weiterhin Personen mit der Staatsangehörigkeit des ehemaligen Serbien und Montenegro ausgewiesen werden. Seit 1. Mai 2008 wird auch Kosovo getrennt ausgewiesen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausländerzentralregister

Tabelle 8-10: Ausländische Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsdauer am 31. Dezember 2019

| Staatsangehörigkeit | Insgesamt | Aufenthaltsdauer ² von ... bis unter ... Jahren | | | | | | | Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Jahren |
|---------------------------|-----------|--|---------|----------|-----------|-----------|-----------|-------------|--|
| | | unter 4 | 4 bis 8 | 8 bis 10 | 10 bis 15 | 15 bis 20 | 20 bis 30 | 30 und mehr | |
| Türkei | 1.472.390 | 86.985 | 46.390 | 21.770 | 59.835 | 110.885 | 392.780 | 753.740 | 30,4 |
| Polen | 862.535 | 224.810 | 257.120 | 71.300 | 124.640 | 64.775 | 75.025 | 44.865 | 10,1 |
| Syrien | 789.465 | 315.090 | 452.115 | 4.800 | 3.980 | 5.910 | 6.030 | 1.540 | 4,1 |
| Rumänien | 748.225 | 363.825 | 254.610 | 49.745 | 41.535 | 15.130 | 20.445 | 2.935 | 5,3 |
| Italien | 646.460 | 100.425 | 83.220 | 14.415 | 21.900 | 27.855 | 101.110 | 297.535 | 26,8 |
| Kroatien | 414.890 | 136.170 | 77.105 | 4.490 | 8.550 | 11.515 | 58.835 | 118.230 | 19,0 |
| Griechenland | 363.650 | 55.185 | 61.335 | 13.435 | 10.240 | 17.030 | 62.515 | 143.905 | 24,8 |
| Bulgarien | 360.170 | 148.480 | 126.895 | 33.595 | 29.570 | 11.160 | 8.545 | 1.925 | 6,0 |
| Afghanistan | 263.420 | 80.025 | 148.805 | 12.795 | 5.240 | 5.065 | 9.505 | 1.990 | 5,6 |
| Russische Föderation | 260.395 | 50.810 | 50.315 | 14.605 | 33.655 | 68.700 | 40.965 | 1.345 | 12,1 |
| Irak | 255.050 | 100.045 | 102.570 | 12.200 | 17.560 | 14.290 | 8.010 | 375 | 5,9 |
| Serbien ¹ | 237.755 | 44.180 | 31.135 | 10.050 | 12.890 | 18.330 | 61.770 | 59.400 | 21,0 |
| Kosovo | 232.075 | 54.485 | 38.030 | 9.115 | 19.570 | 17.890 | 80.915 | 12.070 | 14,9 |
| Ungarn | 211.740 | 70.595 | 81.585 | 16.320 | 15.650 | 7.380 | 10.855 | 9.355 | 8,2 |
| Bosnien und Herzegowina | 203.265 | 53.655 | 20.600 | 3.880 | 7.380 | 9.225 | 67.280 | 41.245 | 20,1 |
| Österreich | 186.725 | 22.205 | 17.270 | 6.895 | 14.345 | 13.120 | 22.500 | 90.390 | 29,2 |
| Spanien | 177.755 | 42.535 | 45.185 | 8.985 | 9.205 | 6.870 | 11.995 | 52.980 | 19,6 |
| Niederlande | 151.145 | 23.220 | 19.450 | 8.020 | 23.120 | 15.165 | 15.410 | 46.760 | 23,4 |
| China | 149.195 | 60.695 | 36.130 | 10.170 | 16.400 | 14.920 | 8.535 | 2.345 | 7,8 |
| Indien | 143.725 | 79.195 | 34.810 | 7.535 | 8.520 | 5.830 | 4.700 | 3.135 | 5,9 |
| Ukraine | 143.545 | 32.590 | 25.675 | 6.510 | 15.070 | 37.760 | 25.755 | 185 | 11,9 |
| Frankreich | 140.290 | 29.300 | 21.280 | 7.725 | 15.450 | 11.585 | 20.755 | 34.195 | 18,8 |
| Portugal | 138.410 | 17.230 | 20.485 | 4.960 | 7.350 | 9.095 | 36.015 | 43.270 | 23,4 |
| Iran | 121.835 | 53.270 | 38.700 | 5.550 | 3.610 | 5.180 | 6.930 | 8.590 | 8,1 |
| Vereinigte Staaten | 121.645 | 34.455 | 19.380 | 6.935 | 10.865 | 7.775 | 15.460 | 26.770 | 16,9 |
| Nordmazedonien | 115.210 | 36.035 | 20.065 | 4.505 | 5.135 | 7.070 | 20.015 | 22.385 | 15,9 |
| Vietnam | 99.725 | 22.935 | 13.985 | 4.825 | 9.575 | 11.780 | 23.295 | 13.325 | 15,5 |
| Vereinigtes Königreich | 93.365 | 24.865 | 15.110 | 4.775 | 8.245 | 6.265 | 12.865 | 21.240 | 17,2 |
| Ungeklärt und ohne Angabe | 87.025 | 30.665 | 32.945 | 2.255 | 3.120 | 4.685 | 7.935 | 5.425 | 9,1 |
| Marokko | 78.250 | 20.625 | 15.960 | 3.440 | 5.830 | 7.650 | 10.180 | 14.565 | 15,4 |
| Pakistan | 75.495 | 26.500 | 29.540 | 4.570 | 3.390 | 3.710 | 5.375 | 2.415 | 7,7 |
| Nigeria | 73.515 | 39.200 | 21.450 | 2.660 | 3.365 | 3.750 | 2.680 | 405 | 5,4 |
| Albanien | 65.895 | 34.155 | 23.715 | 1.025 | 1.535 | 1.645 | 3.775 | 50 | 5,1 |
| Tschechien | 61.290 | 17.150 | 15.025 | 3.900 | 6.840 | 6.000 | 8.400 | 3.975 | 11,4 |
| Slowakei | 59.760 | 19.190 | 17.785 | 4.820 | 7.020 | 5.715 | 4.310 | 915 | 8,5 |
| Thailand | 59.125 | 8.540 | 6.025 | 2.815 | 7.875 | 12.960 | 14.715 | 6.200 | 16,7 |

| | | | | | | | | | |
|------------------|-------------------|------------------|------------------|----------------|----------------|----------------|------------------|------------------|-------------|
| Litauen | 57.990 | 19.425 | 15.635 | 5.810 | 6.830 | 6.315 | 3.845 | 135 | 8,2 |
| Brasilien | 49.280 | 20.240 | 8.935 | 3.000 | 5.690 | 4.130 | 5.430 | 1.855 | 9,3 |
| Kasachstan | 47.250 | 6.835 | 4.460 | 1.155 | 5.115 | 20.210 | 9.460 | 15 | 14,4 |
| Libanon | 41.310 | 8.115 | 9.195 | 1.620 | 3.675 | 4.095 | 7.920 | 6.695 | 15,4 |
| Schweiz | 40.755 | 7.810 | 5.175 | 2.015 | 3.945 | 3.015 | 5.190 | 13.605 | 24,1 |
| Lettland | 39.555 | 12.640 | 12.695 | 5.640 | 3.820 | 2.325 | 2.230 | 210 | 7,6 |
| Japan | 38.305 | 15.230 | 5.730 | 2.060 | 3.825 | 3.795 | 3.725 | 3.945 | 11,5 |
| Korea, Republik | 38.165 | 15.410 | 7.600 | 2.260 | 3.845 | 2.595 | 2.590 | 3.865 | 10,7 |
| Ghana | 37.465 | 11.630 | 9.715 | 2.175 | 2.775 | 3.410 | 4.630 | 3.130 | 11,3 |
| Tunesien | 37.230 | 12.890 | 9.475 | 1.815 | 2.825 | 2.880 | 3.310 | 4.030 | 11,6 |
| Ägypten | 35.855 | 17.065 | 11.620 | 1.660 | 1.850 | 1.260 | 1.510 | 895 | 6,4 |
| Insgesamt | 11.228.300 | 3.068.280 | 2.687.115 | 488.195 | 727.920 | 750.150 | 1.472.170 | 2.034.465 | 15,3 |

1) Seit Juni 2006 sind Serbien und Montenegro zwei unabhängige Staaten. Es konnten jedoch noch nicht alle Personen einem der beiden Nachfolgestaaten zugeordnet werden, sodass im AZR weiterhin Personen mit der Staatsangehörigkeit des ehemaligen Serbien und Montenegro ausgewiesen werden. Seit 1. Mai 2008 wird auch Kosovo getrennt ausgewiesen.

2) Die Aufenthaltsdauer ergibt sich ohne Berücksichtigung von Aufenthaltsunterbrechungen als Differenz zwischen dem Berichtsstichtag und dem Datum der Ersteinreise in das Bundesgebiet bzw. der Geburt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausländerzentralregister, eigene Berechnungen BAMF

Tabelle 8-11: Geburten von 1990 bis 2019

| Jahr | Lebendgeborene | | | | | | | Anteil der ausländischen Staatsangehörigen ² in % | |
|--------------------|----------------|--|--|---|------------------------------|---------------------------------------|--------|--|---------------------------------------|
| | insgesamt | mit deutscher Staatsangehörigkeit ¹ | | | | | | | Mit ausländischer Staatsangehörigkeit |
| | | insgesamt | darunter: Eltern ausländisch ⁴ | darunter: mindestens ein Elternteil deutsch | | | | | |
| | | | | Eltern verheiratet | | Eltern nicht verheiratet ⁶ | | | |
| | | | Mutter ausländisch, Vater Deutscher ⁵ | Mutter Deutsche, Vater ausländisch ⁵ | Mutter Deutsche ⁷ | Mutter ausländisch, Vater Deutscher | | | |
| 1990 ³ | 727.199 | 640.879 | - | 15.717 | 20.724 | 69.086 | - | 86.320 | 11,9% |
| 1991 | 830.019 | 739.266 | - | 17.190 | 21.467 | 116.623 | - | 90.753 | 10,9% |
| 1992 | 809.114 | 708.996 | - | 18.626 | 21.749 | 110.309 | - | 100.118 | 12,4% |
| 1993 | 798.447 | 695.573 | - | 20.227 | 21.904 | 106.807 | - | 102.874 | 12,9% |
| 1994 | 769.603 | 668.875 | - | 21.641 | 22.226 | 107.044 | - | 100.728 | 13,1% |
| 1995 | 765.221 | 665.507 | - | 23.948 | 23.498 | 111.214 | - | 99.714 | 13,0% |
| 1996 | 796.013 | 689.784 | - | 27.192 | 26.205 | 122.763 | - | 106.229 | 13,3% |
| 1997 | 812.173 | 704.991 | - | 29.438 | 28.246 | 132.443 | - | 107.182 | 13,2% |
| 1998 | 785.034 | 684.977 | - | 31.052 | 28.859 | 143.330 | - | 100.057 | 12,7% |
| 1999 | 770.744 | 675.528 | - | 32.523 | 30.000 | 155.417 | - | 95.216 | 12,4% |
| 2000 | 766.999 | 717.223 | 41.257 | 36.206 | 32.410 | 163.086 | 2.764 | 49.776 | 6,5% |
| 2001 | 734.475 | 690.302 | 38.600 | 37.718 | 32.498 | 167.680 | 3.143 | 44.173 | 6,0% |
| 2002 | 719.250 | 677.825 | 37.568 | 41.000 | 33.509 | 170.915 | 4.069 | 41.425 | 5,8% |
| 2003 | 706.721 | 667.366 | 36.819 | 43.483 | 34.685 | 173.305 | 4.753 | 39.355 | 5,6% |
| 2004 | 705.622 | 669.408 | 36.863 | 45.841 | 35.912 | 178.992 | 5.581 | 36.214 | 5,1% |
| 2005 | 685.795 | 655.534 | 40.156 | 46.003 | 35.025 | 181.105 | 5.909 | 30.261 | 4,4% |
| 2006 | 672.724 | 643.548 | 39.089 | 46.295 | 34.340 | 182.525 | 6.109 | 29.176 | 4,3% |
| 2007 | 684.862 | 653.523 | 35.666 | 46.600 | 35.006 | 190.979 | 6.588 | 31.339 | 4,6% |
| 2008 | 682.514 | 648.632 | 30.336 | 44.398 | 33.836 | 198.365 | 6.828 | 33.882 | 5,0% |
| 2009 | 665.126 | 632.415 | 28.977 | 42.568 | 32.856 | 196.651 | 7.410 | 32.711 | 4,9% |
| 2010 | 677.947 | 644.463 | 29.492 | 42.768 | 33.085 | 203.089 | 7.736 | 33.484 | 4,9% |
| 2011 | 662.685 | 630.745 | 31.091 | 41.425 | 31.058 | 201.253 | 7.902 | 31.940 | 4,8% |
| 2012 | 673.544 | 641.544 | 34.286 | 40.243 | 31.349 | 206.747 | 8.233 | 32.000 | 4,8% |
| 2013 ⁸ | 682.069 | 642.672 | 31.662 | 39.971 | 30.983 | 208.970 | 8.776 | 39.397 | 5,8% |
| 2014 ⁸ | 714.927 | 662.483 | 29.117 | 40.044 | 31.490 | 217.345 | 9.021 | 52.444 | 7,3% |
| 2015 ⁸ | 737.575 | 669.594 | 30.425 | 39.657 | 31.783 | 217.309 | 9.842 | 67.981 | 9,2% |
| 2016 ⁹ | 792.131 | 694.781 | 35.884 | 40.516 | 33.206 | 221.850 | 10.911 | 97.350 | 12,3% |
| 2017 ¹⁰ | 784.884 | 687.182 | 36.389 | 39.270 | 32.520 | 216.530 | 10.522 | 97.702 | 12,4% |
| 2018 | 787.523 | 682.636 | 35.893 | 38.368 | 33.064 | 210.348 | 10.011 | 104.887 | 13,3% |
| 2019 | 778.090 | 671.938 | 35.633 | 37.480 | 32.675 | 202.286 | 10.424 | 106.152 | 13,6% |

1) Seit 1975 erhält jedes Kind, bei dem mindestens ein Elternteil Deutsche oder Deutscher ist, die deutsche Staatsangehörigkeit.

2) Anteil der Lebendgeborenen mit ausländischer Staatsangehörigkeit an der Gesamtzahl der Lebendgeborenen.

3) Bis 1990 alte Bundesländer, ab 1991 gesamtdeutsche Zahlen.

4) Seit dem 1. Januar 2000 erwerben Kinder ausländischer Eltern bei Geburt neben den Staatsangehörigkeiten der Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn mindestens ein Elternteil seit mindestens acht Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat und eine Niederlassungserlaubnis oder nunmehr ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt. Dies gilt auch, wenn ein Elternteil eine Aufenthaltserlaubnis aufgrund des Freizügigkeitsabkommens zwischen der EU bzw. deren Mitgliedstaaten und der Schweizerischen Eidgenossenschaft besitzt.

5) Einschließlich nicht aufgliederbarer Gruppen, unbekanntes Ausland, ungeklärte Fälle sowie ohne Angabe.

6) Die Angaben zum nichtehelichen Vater werden bei der Geburt des Kindes aufgrund der Kindschaftsrechtsreform seit dem Berichtsjahr 2000 nachgewiesen.

7) In diesen Zahlen sind auch Kinder mit einem ausländischen Vater enthalten. Im Jahr 2019 waren dies 13.978 Kinder.

8) Verfahrenstechnisch bedingt Kinder ausländischer Eltern mit deutscher Staatsangehörigkeit unterzeichnet und damit auch Zahl der Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit überhöht.

9) Nachrichtlich: Insgesamt (einschließlich der Fälle mit unbestimmtem Geschlecht) 792.141.

10) Nachrichtlich: Insgesamt (einschließlich der Fälle mit unbestimmtem Geschlecht) 784.901.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 8-12: Ausländische Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Geburtsland am 31. Dezember 2019

| Staatsangehörigkeit | Ausländische Bevölkerung Insgesamt | darunter: in Deutschland geboren | | Ausländische Bevölkerung unter 18 Jahren | darunter: in Deutschland geboren | |
|-------------------------|------------------------------------|-------------------------------------|--------------|--|-------------------------------------|--------------|
| | | absolut | in % | | absolut | in % |
| Türkei | 1.472.390 | 398.380 | 27,1% | 56.650 | 36.175 | 63,9% |
| Polen | 862.535 | 48.540 | 5,6% | 105.785 | 41.990 | 39,7% |
| Syrien | 789.465 | 83.765 | 10,6% | 298.660 | 82.640 | 27,7% |
| Rumänien | 748.225 | 47.995 | 6,4% | 136.830 | 46.685 | 34,1% |
| Italien | 646.460 | 156.020 | 24,1% | 54.530 | 24.105 | 44,2% |
| Kroatien | 414.890 | 52.375 | 12,6% | 50.350 | 13.490 | 26,8% |
| Griechenland | 363.650 | 73.635 | 20,2% | 38.355 | 14.850 | 38,7% |
| Bulgarien | 360.170 | 23.820 | 6,6% | 78.725 | 23.190 | 29,5% |
| Afghanistan | 263.420 | 23.920 | 9,1% | 82.135 | 23.210 | 28,3% |
| Russische Föderation | 260.395 | 13.160 | 5,1% | 37.135 | 11.995 | 32,3% |
| Irak | 255.050 | 26.195 | 10,3% | 89.445 | 25.425 | 28,4% |
| Serbien | 237.755 | 47.170 | 19,8% | 37.565 | 20.990 | 55,9% |
| Kosovo | 232.075 | 39.220 | 16,9% | 43.775 | 23.295 | 53,2% |
| Ungarn | 211.740 | 10.185 | 4,8% | 27.145 | 9.030 | 33,3% |
| Bosnien und Herzegowina | 203.265 | 25.445 | 12,5% | 20.920 | 8.415 | 40,2% |
| Spanien | 177.755 | 27.605 | 15,5% | 23.095 | 6.660 | 28,8% |
| China | 149.195 | 7.505 | 5,0% | 12.695 | 6.605 | 52,0% |
| Indien | 143.725 | 6.250 | 4,3% | 18.415 | 5.885 | 32,0% |
| Ukraine | 143.545 | 6.030 | 4,2% | 14.460 | 5.175 | 35,8% |
| Frankreich | 140.290 | 12.085 | 8,6% | 11.425 | 4.905 | 42,9% |
| Portugal | 138.410 | 23.705 | 17,1% | 12.035 | 5.895 | 49,0% |
| Iran | 121.835 | 5.890 | 4,8% | 16.725 | 4.985 | 29,8% |
| Nordmazedonien | 115.210 | 15.315 | 13,3% | 19.815 | 6.825 | 34,4% |
| Vietnam | 99.725 | 10.830 | 10,9% | 11.315 | 7.425 | 65,6% |
| Vereinigtes Königreich | 93.365 | 6.335 | 6,8% | 6.010 | 1.925 | 32,0% |
| Marokko | 78.250 | 6.910 | 8,8% | 5.735 | 3.045 | 53,1% |
| Pakistan | 75.495 | 5.125 | 6,8% | 12.360 | 4.445 | 36,0% |
| Nigeria | 73.515 | 15.055 | 20,5% | 23.435 | 14.890 | 63,5% |
| Tschechien | 61.290 | 2.990 | 4,9% | 7.730 | 2.495 | 32,3% |
| Thailand | 59.125 | 600 | 1,0% | 2.820 | 390 | 13,8% |
| Insgesamt | 11.228.300 | 1.446.050 | 12,9% | 1.653.255 | 619.815 | 37,5% |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausländerzentralregister

Tabelle 8-13: Einbürgerungen nach ausgewählten Herkunftsstaaten von 2000 bis 2019

| Bisherige Staatsangehörigkeit | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 |
|-------------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|---------------|---------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| Türkei | 82.861 | 76.574 | 64.631 | 56.244 | 44.465 | 32.659 | 33.388 | 28.861 | 24.449 | 24.647 | 26.192 | 28.103 | 33.246 | 27.970 | 22.463 | 19.695 | 16.290 | 14.984 | 16.700 | 16.235 |
| Vereinigtes Königreich | 298 | 310 | 258 | 224 | 263 | 314 | 264 | 211 | 232 | 260 | 256 | 284 | 325 | 459 | 515 | 622 | 2.865 | 7.493 | 6.640 | 14.600 |
| Polen | 1.604 | 1.774 | 2.646 | 2.990 | 7.499 | 6.894 | 6.907 | 5.480 | 4.247 | 3.841 | 3.789 | 4.281 | 4.496 | 5.462 | 5.932 | 5.957 | 6.632 | 6.613 | 6.220 | 6.020 |
| Rumänien | 2.008 | 2.026 | 1.974 | 1.394 | 1.309 | 1.789 | 1.379 | 3.502 | 2.137 | 2.357 | 2.523 | 2.399 | 2.343 | 2.504 | 2.566 | 3.001 | 3.828 | 4.238 | 4.325 | 5.830 |
| Irak | 984 | 1.264 | 1.721 | 2.999 | 3.564 | 4.136 | 3.693 | 4.102 | 4.229 | 5.136 | 5.228 | 4.790 | 3.510 | 3.150 | 3.172 | 3.450 | 3.553 | 3.480 | 4.080 | 4.645 |
| Italien | 1.036 | 1.048 | 847 | 1.180 | 1.656 | 1.630 | 1.558 | 1.265 | 1.393 | 1.273 | 1.305 | 1.707 | 2.202 | 2.754 | 3.245 | 3.406 | 3.597 | 4.256 | 4.050 | 4.475 |
| Ukraine | 2.978 | 3.295 | 3.656 | 3.889 | 3.844 | 3.363 | 4.536 | 4.454 | 1.953 | 2.345 | 3.118 | 4.264 | 3.691 | 4.539 | 3.142 | 4.168 | 4.048 | 2.718 | 2.455 | 4.260 |
| Syrien | 1.609 | 1.337 | 1.158 | 1.157 | 1.070 | 1.060 | 1.226 | 1.108 | 1.156 | 1.342 | 1.401 | 1.454 | 1.321 | 1.508 | 1.820 | 2.027 | 2.263 | 2.479 | 2.880 | 3.860 |
| Iran | 14.410 | 12.020 | 13.026 | 9.440 | 6.362 | 4.482 | 3.662 | 3.121 | 2.734 | 3.184 | 3.046 | 2.728 | 2.463 | 2.560 | 2.546 | 2.533 | 2.661 | 2.689 | 3.080 | 3.805 |
| Kosovo ¹ | - | - | - | - | - | - | - | - | 419 | 1.423 | 3.117 | 3.331 | 3.339 | 3.294 | 3.506 | 3.822 | 3.966 | 3.909 | 3.840 | 3.795 |
| Griechenland | 1.413 | 1.402 | 1.105 | 1.114 | 1.507 | 1.349 | 1.657 | 2.691 | 1.779 | 1.362 | 1.450 | 2.290 | 4.167 | 3.498 | 2.800 | 3.058 | 3.444 | 3.424 | 3.235 | 3.130 |
| Serbien ¹ | - | - | - | - | - | - | 2.979 | 9.080 | 6.267 | 4.174 | 3.285 | 2.878 | 2.611 | 2.586 | 2.223 | 1.941 | 2.596 | 1.950 | 2.475 | 3.115 |
| Afghanistan | 4.773 | 5.111 | 4.750 | 4.948 | 4.077 | 3.133 | 3.063 | 2.831 | 2.512 | 3.549 | 3.520 | 2.711 | 2.717 | 3.054 | 3.000 | 2.572 | 2.482 | 2.400 | 2.545 | 2.675 |
| Marokko | 5.009 | 4.425 | 3.800 | 4.118 | 3.820 | 3.684 | 3.546 | 3.489 | 3.130 | 3.042 | 2.806 | 3.011 | 2.852 | 2.710 | 2.689 | 2.551 | 2.450 | 2.390 | 2.365 | 2.390 |
| Kroatien | 3.316 | 3.931 | 2.974 | 2.048 | 1.689 | 1.287 | 1.729 | 1.224 | 1.032 | 541 | 689 | 665 | 544 | 1.721 | 3.899 | 3.328 | 2.985 | 2.896 | 2.360 | 2.270 |
| Vietnam | 4.489 | 3.014 | 1.482 | 1.423 | 1.371 | 1.278 | 1.382 | 1.078 | 1.048 | 1.513 | 1.738 | 2.428 | 3.299 | 2.459 | 2.196 | 1.929 | 2.190 | 2.018 | 2.230 | 2.270 |
| Indien | 1.317 | 1.140 | 945 | 947 | 978 | 868 | 908 | 854 | 751 | 897 | 928 | 865 | 946 | 1.190 | 1.295 | 1.343 | 1.549 | 1.619 | 1.760 | 2.130 |
| Russische Föderation | 4.583 | 4.972 | 3.734 | 2.764 | 4.381 | 5.053 | 4.679 | 4.069 | 2.439 | 2.477 | 2.753 | 2.965 | 3.167 | 2.784 | 2.743 | 2.329 | 2.375 | 2.123 | 1.930 | 2.125 |
| Bulgarien | 614 | 615 | 649 | 579 | 404 | 400 | 409 | 468 | 802 | 1.029 | 1.447 | 1.540 | 1.691 | 1.790 | 1.718 | 1.619 | 1.676 | 1.739 | 1.830 | 1.990 |
| Pakistan | 2.808 | 2.421 | 1.681 | 1.500 | 1.392 | 1.320 | 1.116 | 1.124 | 1.208 | 1.305 | 1.178 | 1.151 | 1.251 | 988 | 1.300 | 1.393 | 1.474 | 1.187 | 1.320 | 1.790 |
| Bosnien und Herzegowina | 4.002 | 3.790 | 2.357 | 1.770 | 2.103 | 1.907 | 1.862 | 1.797 | 1.878 | 1.733 | 1.945 | 1.703 | 1.865 | 1.801 | 1.598 | 1.719 | 1.971 | 2.089 | 1.880 | 1.695 |
| Brasilien | 199 | 258 | 249 | 295 | 455 | 530 | 830 | 845 | 967 | 969 | 1.015 | 1.018 | 874 | 1.045 | 1.058 | 1.174 | 1.164 | 1.235 | 1.235 | 1.375 |
| Thailand | 327 | 380 | 308 | 428 | 330 | 272 | 255 | 242 | 178 | 206 | 279 | 307 | 342 | 641 | 845 | 1.136 | 1.246 | 1.270 | 1.160 | 1.290 |
| Libanon | 5.673 | 4.486 | 3.300 | 2.651 | 2.265 | 1.968 | 2.030 | 1.754 | 1.675 | 1.759 | 1.697 | 1.433 | 1.283 | 1.406 | 1.480 | 1.485 | 1.524 | 1.294 | 1.395 | 1.285 |
| Insgesamt | 186.672 | 178.098 | 154.547 | 140.731 | 127.153 | 117.241 | 124.566 | 113.030 | 94.474 | 96.122 | 101.570 | 106.897 | 112.348 | 112.353 | 108.422 | 107.317 | 110.383 | 112.211 | 112.340 | 128.905 |

1) Ab August 2006 werden neben der Staatsangehörigkeit von „Serbien und Montenegro“ auch die Staatsangehörigkeiten der beiden Nachfolgestaaten „Serbien“ und „Montenegro“ nachgewiesen. Ab 1. Mai 2008 wird Kosovo getrennt ausgewiesen. Serbien ist vor und nach Ausgliederung des Kosovo in den Tabellen zusammen ausgewiesen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Einbürgerungsstatistik

Literatur

Baraulina, Tatjana/Kreienbrink, Axel (2013): Rückkehr und Reintegration. Typen und Strategien an den Beispielen Türkei, Georgien und Russische Föderation. Beiträge zu Migration und Integration des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Band 4. Nürnberg: BAMF.

Brücker, Herbert/Falkenhain, Mariella/Fendel, Tanja/Promberger, Markus/Raab, Miriam/Trübswetter, Parvati (2020): Evaluierung der Westbalkanregelung: Registerdatenanalyse und Betriebsfallstudien. Abschlussbericht. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Forschungsbericht 544. Berlin: BMAS.

BAMF - Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2019a): Asylgeschäftsstatistik für den Monat September 2019. Nürnberg: BAMF.

BAMF - Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2020a): Das Bundesamt in Zahlen 2019, Online: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/BundesamtinZahlen/bundesamt-in-zahlen-2019.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (17.9.2020).

BAMF - Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2020b): Widerrufsprüfungen für 2019 fristgerecht erledigt – Widerrufsquote bei 3,3 Prozent. Pressemitteilung. Online: <https://www.bamf.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2020/20200113-bamf-widerrufspruefungen.html?nn=282388> (17.9.2020).

BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2020c): Bericht zur Integrationskursgeschäftsstatistik für das Jahr 2019. Online: [https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/Integrationskurszahlen/Bundesweit/2019-integrationskursgeschaefsstatik-gesamt_bund.pdf?__blob=publicationFile&v=2](https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/Integrationskurszahlen/Bundesweit/2019-integrationskursgeschaefsstistik-gesamt_bund.pdf?__blob=publicationFile&v=2) (17.9.2020).

BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2020d): Programm ERRIN, 22.01.2020, Online: <https://www.bamf.de/DE/Themen/Rueckkehr/ProgrammERRIN/programmerrin-node.html> (07.09.2020).

BAMF/BMI - Bundesamt für Migration und Flüchtlinge/Bundesministerium des Innern (2010): Migrationsbericht 2008. Nürnberg/Berlin: BAMF/BMI.

BAMF/BMI - Bundesamt für Migration und Flüchtlinge/Bundesministerium des Innern (2013): Migrationsbericht 2011. Nürnberg/Berlin: BAMF/BMI.

BAMF/BMI - Bundesamt für Migration und Flüchtlinge/Bundesministerium des Innern (2014): Migrationsbericht 2012. Nürnberg/Berlin: BAMF/BMI.

BAMF/BMI - Bundesamt für Migration und Flüchtlinge/Bundesministerium des Innern (2015): Migrationsbericht 2013. Nürnberg/Berlin: BAMF/BMI.

BAMF/BMI - Bundesamt für Migration und Flüchtlinge/Bundesministerium des Innern (2016): Migrationsbericht 2015. Nürnberg/Berlin: BAMF/BMI.

BIB - Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2019): Gewinner der Globalisierung. Individuelle Konsequenzen von Auslandsaufenthalten und internationaler Mobilität. Policy Brief, Wiesbaden: BIB.

BKA - Bundeskriminalamt (2020a): Kriminalität im Kontext der Zuwanderung. Bundeslagebild 2019. Wiesbaden: BKA.

BKA – Bundeskriminalamt (2020b): Menschenhandel und Ausbeutung. Bundeslagebild 2019. Wiesbaden.

BKA - Bundeskriminalamt (2020c): Polizeiliche Kriminalstatistik 2019. Bundesrepublik Deutschland, Jahrbuch 2019, Band 3, Tatverdächtige. Wiesbaden: BKA.

BKA - Bundeskriminalamt (2020d): Schleusungskriminalität. Bundeslagebild 2019. Gemeinsames Lagebild des Bundeskriminalamts und der Bundespolizei. Wiesbaden: BKA.

BMI - Bundesministerium des Innern (2011): Migration und Integration. Aufenthaltsrecht, Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland. Berlin: BMI.

BMI - Bundesministerium des Innern (2016): Pressemitteilung vom 30. September 2016: 890.000 Asylsuchende im Jahr 2015. Berlin: BMI.

BMI - Bundesministerium des Innern (2017): Pressemitteilung vom 11. Januar 2017: 280.000 Asylsuchende im Jahr 2016. Berlin: BMI.

BMI/BMAS - Bundesministerium des Innern/Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2014): Abschlussbericht des Staatssekretärsausschusses zu „Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedstaaten“. Bonn: BMI/BMAS.

Borowsky, Christine/Schiefer, David/Neuhauser, Bastian/Düvell, Franck (2020): Erwerbskräftepotenzial von Personen im partnerschaftlichen Familiennachzug aus dem EU-Ausland und aus Drittstaaten. DeZIM Project Report –DPR #2/20. Berlin: DeZIM-Institut.

Brücker, Herbert/Falkenhain, Mariella/Fendel, Tanja/Promberger, Markus/Raab, Miriam/Trübswetter, Parvati (2020): Evaluierung der Westbalkanregelung: Registerdatenanalyse und Betriebsfallstudien. Abschlussbericht. Forschungsbericht 544. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Bundesärztekammer (2020): Ärztestatistik zum 31. Dezember 2019. Berlin: Bundesärztekammer.

BVA - Bundesverwaltungsamt (2020): Spätaussiedler und ihre Angehörigen. Jahresstatistik 2019. Köln: BVA.

DAAD/DZHW - Deutscher Akademischer Austauschdienst/Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (2020): Wissenschaft weltoffen 2020. Daten und Fakten zur Internationalität von Studium und Forschung in Deutschland. Bonn/Hannover: DAAD/DZHW.

Deutscher Bundestag (2015): Entwurf eines Gesetzes zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung. Drucksache 18/5420. Berlin: Deutscher Bundestag.

Deutscher Bundestag (2016): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Sevim Dağdelen, Jan Korte, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Drucksache 18/8806. Andauernde Probleme beim Familiennachzug zu anerkannten syrischen Flüchtlingen. Drucksache 18/9133. Berlin: Deutscher Bundestag.

Deutscher Bundestag (2019a): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Markus Frohnmaier, Dietmar Friedhoff und der Fraktion der AfD. Drucksache 19/10018. Umsetzung des Programms „Perspektive Heimat“ und die Arbeit der Migrationsberatungszentren. Drucksache 19/10485. Berlin: Deutscher Bundestag.

Deutscher Bundestag (2019b): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Drucksache 19/13946. Aufnahme und Verteilung aus Seenot geretteter Asylsuchender und die Situation auf Malta. Drucksache 19/14584. Berlin: Deutscher Bundestag.

Deutscher Bundestag (2020a): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Drucksache 19/21535. Berechnungen zum Zuwanderungskorridor für das Jahr 2019 und das laufende Jahr 2020. Drucksache 19/21802. Berlin: Deutscher Bundestag.

Deutscher Bundestag (2020b): Stenografischer Bericht. 162. Sitzung. Plenarprotokoll 19/162. Berlin: Deutscher Bundestag.

Deutscher Bundestag (2020c): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Drucksache 19/13525. Familiennachzug zu Flüchtlingen bis Mitte 2019 und diesbezügliche Personen. Drucksache 19/19640. Berlin: Deutscher Bundestag.

Deutscher Bundestag (2020d): Stenografischer Bericht. 133. Sitzung. Plenarprotokoll 19/133. Berlin: Deutscher Bundestag.

Deutscher Bundestag (2020e): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Drucksache 19/18201. Abschiebungen und Ausreisen 2019. Drucksache 19/17096. Berlin: Deutscher Bundestag.

Deutscher Bundestag (2020f): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Drucksache 19/17236. Zahlen in der Bundesrepublik lebender Flüchtlinge zum Stand 31. Dezember 2019. Drucksache 19/19333. Berlin: Deutscher Bundestag.

Deutscher Bundestag (2020g): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulrich Lechte, Alexander Graf Lambsdorff, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP. Drucksache 19/19808. Resettlement und andere humanitäre Aufnahmeprogramme 2010 bis 2020. Bundestagsdrucksache 19/20694. Berlin: Deutscher Bundestag.

Deutscher Bundestag (2020h): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Drucksache 19/17096. Abschiebungen und Ausreisen im Jahr 2019. Drucksache 19/18201. Berlin: Deutscher Bundestag.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2012): 9. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2014): 10. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2020): Nationaler Aktionsplan Integration. Bericht Phase I – Vor der Zuwanderung: Erwartungen steuern – Orientierung geben. Berlin: Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration.

Döhla, Benedikt (2015): Vorintegrative Sprachförderung an den Goethe-Instituten in der Türkei. Zur Wirksamkeit vorintegrativer Sprachförderung im Rahmen des Sprachnachweises bei Ehegattennachzug – eine empirische Untersuchung. Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag.

Ette, Andreas/Sauer, Lenore (2010): Auswanderung aus Deutschland. Daten und Analysen zur internationalen Migration deutscher Staatsbürger. Wiesbaden: VS Verlag.

EuGH - Europäischer Gerichtshof (2014): Dass Deutschland Ehegatten von rechtmäßig im Inland wohnenden türkischen Staatsangehörigen ein Visum zum Zweck des Ehegattennachzugs nur erteilt, wenn sie einfache Kenntnisse der deutschen Sprache nachweisen, verstößt gegen das Unionsrecht. Urteil in der Rechtssache C-138/13 Naime Dogan / Bundesrepublik Deutschland. Pressemitteilung Nr. 96/14. Online: <https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-07/cp140096de.pdf>

EuGH - Europäischer Gerichtshof (2015): Die Mitgliedstaaten können verlangen, dass Drittstaatsangehörige vor einer Familienzusammenführung eine Integrationsprüfung erfolgreich ablegen. Urteil in der Rechtssache C-153/14 Minister van Buitenlandse Zaken / K und A. Pressemitteilung Nr. 78/15. Online: <https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2015-07/cp150078de.pdf>

EMN/BAMF – Europäisches Migrationsnetzwerk/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2020): Migration, Integration, Asyl. Politische Entwicklungen in Deutschland im Jahr 2019. Jährlicher Bericht der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN). Nürnberg: BAMF.

Graf, Johannes (2020): Wanderungsmonitoring: Bildungs- und Erwerbsmigration nach Deutschland. Jahresbericht 2019. Berichtsreihen zu Migration und Integration, Reihe 1. Nürnberg: Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg: BAMF.

Grote, Janne (2015): Irreguläre Migration und freiwillige Rückkehr – Ansätze und Herausforderungen der Informationsvermittlung. Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN). Working Paper 65 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg: BAMF.

Grote, Janne/Vollmer, Michael (2016): Wechsel zwischen Aufenthaltstiteln und Aufenthaltszwecken in Deutschland. Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN). Working Paper 67 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg: BAMF.

Hoffmann, Ulrike (2013): Die Identifizierung von Opfern von Menschenhandel im Asylverfahren und im Fall der erzwungenen Rückkehr. Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN). Working Paper 56 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg: BAMF.

Hoffmeyer-Zlotnik, Paula (2017): Rückkehrpolitik in Deutschland im Kontext europarechtlicher Vorschriften. Fokusstudie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Working Paper 77 des Forschungszentrums des Bundesamtes. Nürnberg: BAMF.

Kohls, Martin (2012): Demographie von Migranten in Deutschland. In der Reihe: Challenges of Public Health, Nr. 63 (Hrsg.: Razum, Oliver). Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag.

Kohls, Martin (2014): Wirksamkeit von Wiedereinreiseperrn und Rückübernahmeabkommen. Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN). Working Paper 58 des Forschungszentrums des Bundesamts. Nürnberg: BAMF.

Lederer, Harald W. (2004): Indikatoren der Migration. Zur Messung des Umfangs und der Arten von Migration in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des Ehegatten- und Familiennachzugs sowie der illegalen Migration. Bamberg: EFMS.

Liebau, Elisabeth/Schupp, Jürgen (2010): Auswanderungsabsichten: Deutsche Akademiker zieht es ins Ausland – jedoch nur auf Zeit. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Jg. 77, Nr. 37/2010, S.2-9. Berlin.

Müller, Andreas (2013): EU-Mobilität von Drittstaatsangehörigen. Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN). Working Paper 51 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg: BAMF.

OECD – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2020): Bildung auf einen Blick 2019. OECD-Indikatoren. Bielefeld: wbv Media.

Opfermann, Heike/Grobecker, Claire/Krack-Roberg, Elle (2006): Auswirkung der Bereinigung des Ausländerzentralregisters auf die amtliche Ausländerstatistik. In: *Wirtschaft und Statistik* 5/2006: 480-494. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Pötzsch, Olga (2018): Aktueller Geburtenanstieg und seine Potenziale, in: *Wirtschaft und Statistik (WISTA)*, Heft 3/2018, 72-89.

Schanze, Jan-Lucas (2019): Schwer befragbar und vernachlässigbar? Die Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften. In: *Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI)*, 62, S. 13-20

Schmid, Susanne/Kohls, Martin (2011): Generatives Verhalten und Migration. Forschungsbericht 10 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg: BAMF.

Statistisches Bundesamt (2013): Zensus 2011: 80,2 Millionen Einwohner lebten am 9. Mai 2011 in Deutschland. Pressemitteilung Nr. 188 vom 31. Mai 2013. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2014a): Zensus 2011: Knapp ein Viertel der Ausländer stammt aus der Türkei. Pressemitteilung Nr. 135 vom 10. April 2014. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2014b): 15,3 Millionen Personen haben einen Migrationshintergrund. Pressemitteilung Nr. 193 vom 3. Juni 2014. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt

Statistisches Bundesamt (2019a): 68 % der deutschen Studierenden im Ausland studierten 2016 in der EU. Pressemitteilung Nr. 038 vom 31. Januar 2019. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2019b): Jede vierte Person in Deutschland hatte 2018 einen Migrationshintergrund. Pressemitteilung Nr. 314 vom 21. August 2019. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2020a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Wanderungen 2019. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2020b): Bildung und Kultur: Personal an Hochschulen 2019. Fachserie 11, Reihe 4.4. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2020c): Bildung und Kultur. Studierende an Hochschulen – Sommersemester 2019. Fachserie 11 Reihe 4.1. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2020d): Deutsche Studierende im Ausland. Ergebnisse des Berichtjahres 2019. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2020e): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2019. Fachserie 1 Reihe 2.2. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2020f): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2019. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2020g): Bildung und Kultur. Studierende an Hochschulen – Wintersemester 2019/2020. Fachserie 11 Reihe 4.1. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2020h): Einbürgerungen 2019, Fachserie 1, Reihe 2.1. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2020i): Migration 2019: 327 000 Personen mehr zu- als abgewandert. Pressemitteilung Nr. 237 vom 29. Juni 2020. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Tissot, Anna/Croisier, Johannes/Pietrantonio, Giuseppe/Baier, Andreea/Ninke, Lars/Rother, Nina/Babka von Gostomski, Christian (2019): Zwischenbericht I zum Forschungsprojekt „Evaluation der Integrationskurse (EvIk)“ – Erste Analysen und Erkenntnisse. Forschungsbericht 33 des Forschungszentrums des Bundesamtes. Nürnberg: BAMF.

United Nations (1998): Recommendations on Statistics of International Migration. Revision 1. Statistical Papers Series M, No. 58, Rev. 1, New York: United Nations.

UNHCR - United Nations High Commissioner for Refugees (2019): Global Trends: Forced Displacement in 2018. Genf: UNHCR.

UNHCR - United Nations High Commissioner for Refugees (2020): Global Trends: Forced Displacement in 2019. Genf: UNHCR.

Wälde, Marie/Evers, Katalin (2018): Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern im Familiennachzug. Ergebnisse der BAMF-Familiennachzugsstudie 2016. Forschungsbericht 32 des Forschungszentrums des Bundesamtes, Nürnberg: BAMF.

Worbs, Susanne (2008): Die Einbürgerung von Ausländern in Deutschland. Working Paper 17 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge aus der Reihe Integrationsreport. Nürnberg: BAMF.

Worbs, Susanne/Bund, Eva/Kohls, Martin/Babka von Gostomski, Christian (2013): (Spät-)Aussiedler in Deutschland. Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse. Forschungsbericht 20 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg: BAMF.

Worbs, Susanne (2014): Bürger auf Zeit – Die Wahl der Staatsangehörigkeit im Kontext der deutschen Optionsregelung, Beiträge zur Migration und Integration Band 7. Nürnberg: BAMF.

Zentralwohlfahrtstelle der Juden in Deutschland (ZWST) (2020): Mitgliederstatistik der jüdischen Gemeinden und Landesverbände in Deutschland für das Jahr 2019. Frankfurt am Main: ZWST.

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|----------------------|---|
| ABH | Ausländerbehörde |
| ABl. | Amtsblatt |
| a. F. | Alte Fassung |
| AnKER | Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückkehrereinrichtungen |
| AsylbLG | Asylbewerberleistungsgesetz |
| AsylG | Asylgesetz |
| AufenthG | Aufenthaltsgesetz |
| AufenthV | Aufenthaltsverordnung |
| AZR | Ausländerzentralregister |
| AZRG | Ausländerzentralregistergesetz |
| BA | Bundesagentur für Arbeit |
| BAMF | Bundesamt für Migration und Flüchtlinge |
| BeschV | Beschäftigungsverordnung |
| BevStatG | Bevölkerungstatistikgesetz |
| BGBI. | Bundesgesetzblatt |
| BIB | Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung |
| BKA | Bundeskriminalamt |
| BMAS | Bundesministerium für Arbeit und Soziales |
| BMBF | Bundesministerium für Bildung und Forschung |
| BMG | Bundesmeldegesetz |
| BMG | Bundesministeriums für Gesundheit |
| BMI | Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat |
| BMZ | Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung |
| BPolG | Bundespolizeigesetz |
| BT-Drs. | Bundestagsdrucksache |
| BVA | Bundesverwaltungsamt |
| BVFG | Bundesvertriebenengesetz |
| CIM | Centrum für internationale Migration und Entwicklung |
| DAAD | Deutscher Akademischer Austauschdienst |
| DAVG | Datenaustauschverbesserungsgesetz |
| DDR | Deutsche Demokratische Republik |
| Destatis | Statistisches Bundesamt |
| DeFa | Deutsche Fachkräfteagentur für Gesundheits- und Pflegeberufe |
| DeuFöV | Verordnung über die berufsbezogene Deutschsprachförderung |
| DFG | Deutsche Forschungsgemeinschaft |
| DKF | Deutschen Kompetenzzentrums für internationale Fachkräfte in den Gesundheits- und Pflegeberufen |
| Dublin-III-VO | Dublin-III-Verordnung |
| DZHW | Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung |
| EFTA | Europäische Freihandelsassoziation |
| EG | Europäische Gemeinschaft |
| EMRK | Europäische Menschenrechtskonvention |
| ERIN | European Reintegration Networks |
| ERRIN | European Return and Reintegration Network |
| ESRI | Environmental Systems Research Institute |
| EU | Europäische Union |
| EuGH | Europäischer Gerichtshof |

| | |
|---------------------|---|
| EU-IOM JI | EU-IOM Joint Initiative |
| EU-KOM | Europäische Kommission |
| EUNAVFOR MED | European Union Naval Force – Mediterranean |
| EURODAC | European Dactyloscopy |
| Eurostat | European Statistical System |
| EUTF Afrika | European Union Emergency Trust Fund for Stability and Addressing Root Causes of Irregular Migration and Displaced Persons in Africa |
| EvIK | Forschungsprojekt: Evaluation der Integrationskurse |
| EWG | Europäische Wirtschaftsgemeinschaft |
| EWR | Europäischer Wirtschaftsraum |
| FAG | Finanzausgleichsgesetz |
| FEG | Fachkräfteeinwanderungsgesetz |
| FreizügG | Freizügigkeitsgesetz |
| GARP | Government Assisted Repatriation Programme |
| GER | Gemeinsamer europäischer Referenzrahmen für Sprachen |
| GERPS | German Emigration and Remigration Panel Study |
| GFK | Genfer Flüchtlingskonvention |
| GG | Grundgesetz |
| GIZ | Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit |
| HQRLUmsG | Gesetz zur Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie der Europäischen Union |
| IAB | Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung |
| ICT | Intra-Corporate Transfer |
| IMK | Innenministerkonferenz |
| IntB | Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration |
| IOM | Internationale Organisation für Migration |
| KfbG | Kriegsfolgenbereinigungsgesetz |
| KfW | Kreditanstalt für Wiederaufbau |
| MeldFortG | Gesetz zur Fortentwicklung des Meldewesens |
| MZG | Mikrozensusgesetz |
| NAP-I | Nationalen Aktionsplans Integration |
| NesT | Neustart im Team |
| OECD | Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) |
| PEB | Passersatzbeschaffung |
| PKS | Polizeiliche Kriminalstatistik |
| REAG | Reintegration and Emigration Programme for Asylum Seekers in Germany |
| RIAS | Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus |
| RL | Richtlinie |
| Rn | Randnummer |
| Rs. C | Rechtssache Curia |
| SDÜ | Schengener Durchführungsübereinkommen |
| SGB | Sozialgesetzbuch |
| SGK | Schengener Grenzkodex |
| StAG | Staatsangehörigkeitsgesetz |
| StGB | Strafgesetzbuch |
| SVR | Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration |
| THAMM | Towards a Holistic Approach to Labour Migration Governance and Labour Mobility in North Africa |
| UmF | Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge |

| | |
|-----------------------|---|
| UN | United Nations (Vereinte Nationen) |
| UNECE | United Nations Economic Commission for Europe |
| UNESCO | United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation) |
| UNHCR | United Nations High Commissioner for Refugees (Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen) |
| UNICEF | United Nations International Children's Emergency Fund (Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen) |
| UNODC | Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung |
| UOE-Definition | UNESCO, OECD, Eurostat |
| VZÄ | Vollzeitäquivalente |
| WEB | Welternährungsprogramm |
| ZAB | Zentrale Ausländerbehörde |
| ZAV | Zentrale Auslands- und Fachvermittlung |
| ZKS | Zivilgesellschaftliche Kontaktstelle |
| ZSBA | Zentralen Servicestelle Berufsankennung |
| ZWST | Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland |

Abbildungverzeichnis

| | |
|---|----|
| Abbildung 1-1: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands von 2000 bis 2019 ^{1,2} | 44 |
| Abbildung 1-2: Gesamtwanderungsgeschehen nach Deutschland seit 2015 ^{1,2} | 45 |
| Abbildung 1-3: Migration nach Herkunfts- und Zielgebieten und Staatsangehörigkeiten im Jahr 2019 ¹ im Vergleich | 47 |
| Abbildung 1-4: Nettomigration nach Herkunfts- und Zielgebieten im Jahr 2019 ¹ | 48 |
| Abbildung 1-5: Migration nach den zehn häufigsten Herkunfts- und Zielländern im Jahr 2019 ¹ | 49 |
| Abbildung 1-6: Migration 2019 nach den wichtigsten Herkunfts- und Zielländern im Vergleich ¹ | 49 |
| Abbildung 1-7: Migration 2019 nach den häufigsten Herkunfts- und Zielländern | 50 |
| Abbildung 1-8: Wanderungssaldo gegenüber ausgewählten Herkunfts- und Zielländern in den Jahren 2018 und 2019 | 51 |
| Abbildung 1-9: Altersstruktur der Zu- und Fortgezogenen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung in Prozent im Jahr 2019 | 54 |
| Abbildung 1-10: Geschlechterverteilung bei den Zu- und Fortzügen im Jahr 2019 (deutsche und ausländische Staatsangehörige) | 55 |
| Abbildung 1-11: Zuzüge von ausländischen Staatsangehörigen nach Geschlecht und ausgewählten Herkunftsländern im Jahr 2019, absolut und in Prozent | 56 |
| Abbildung 1-12: Fortzüge von ausländischen Staatsangehörigen nach Geschlecht und ausgewählten Zielländern im Jahr 2019 | 56 |
| Abbildung 1-13: Zu- und Fortzüge von ausländischen Staatsangehörigen seit 2006 ¹ | 58 |
| Abbildung 1-14: Zuzüge von Drittstaatsangehörigen in den Jahren 2018 und 2019 nach ausgewählten Aufenthaltswzwecken | 59 |
| Abbildung 1-15: Zuzüge von Drittstaatsangehörigen in den Jahren 2018 und 2019 nach Aufenthaltstiteln, Aufenthaltsgestattung und Duldung | 60 |
| Abbildung 1-16: Zuzüge von ausländischen Staatsangehörigen im Jahr 2019 nach Aufenthaltswzwecken .. | 61 |
| Abbildung 1-17: Ausländische Staatsangehörige, die von 2009 bis 2018 zugewandert sind, mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens einem Jahr | 63 |
| Abbildung 1-18: Zuzüge im Jahr 2018 mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens einem Jahr nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten | 64 |
| Abbildung 2-1: Zu- und Fortzüge von EU-Staatsangehörigen nach und aus Deutschland im Jahr 2019 | 66 |
| Abbildung 2-2: Zuzüge und Fortzüge von EU-Staatsangehörigen nach Deutschland im Jahr 2019 (ohne Deutsche, ausgewählte Länder) | 67 |
| Abbildung 2-3: Wanderungssaldo von EU-Staatsangehörigen in den Jahren 2007 bis 2019 (ohne Deutsche) | 68 |
| Abbildung 3-1: Überblick über die wichtigsten Migrationsgruppen nach Deutschland seit 2015 | 70 |
| Abbildung 3-2: Die wichtigsten Migrationsgruppen im Jahr 2019 | 70 |
| Abbildung 3-3: Erwerbsmigration nach § 18 AufenthG nach Qualifikationsniveau und Einreisejahr | 74 |

| | |
|--|-----|
| Abbildung 3-4: Erwerbsmigration nach § 18 AufenthG im Jahr 2019 nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten | 75 |
| Abbildung 3-5: Erwerbsmigration nach § 18 AufenthG nach Geschlecht, ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Einreisejahr | 76 |
| Abbildung 3-6: Erwerbsmigration von hochqualifizierten Fachkräften nach § 19a AufenthG (Blaue Karte EU) nach Art der Beschäftigung und Einreisejahr | 78 |
| Abbildung 3-7: Erwerbsmigration von hochqualifizierten Fachkräften nach § 19a AufenthG (Blaue Karte EU) nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Einreisejahr | 78 |
| Abbildung 3-8: Erwerbsmigration von hochqualifizierten Fachkräften nach § 19a AufenthG (Blaue Karte EU) im Jahr 2019 nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten | 79 |
| Abbildung 3-9: Erwerbsmigration von hochqualifizierten Fachkräften nach § 19a AufenthG (Blaue Karte EU) im Jahr 2019 nach Geschlecht und ausgewählten Staatsangehörigkeiten | 79 |
| Abbildung 3-10: Zuzüge von Forschenden nach § 20 AufenthG nach Geschlecht und Einreisejahr | 80 |
| Abbildung 3-11: Zuzüge von Forschenden nach § 20 AufenthG im Jahr 2019 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht | 81 |
| Abbildung 3-12: Unternehmensintern transferierte Beschäftigte ((Mobiler) ICT-Karten) nach §§ 19b Abs. 1 und 19c AufenthG im Jahr 2019 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht | 83 |
| Abbildung 3-13: Selbständige nach § 21 AufenthG im Jahr 2019 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht | 84 |
| Abbildung 3-14: Selbständige nach § 21 AufenthG nach Art der Tätigkeit und Einreisejahr | 85 |
| Abbildung 3-15: Erwerbsmigration von Drittstaatsangehörigen nach §§ 18 - 21 AufenthG nach Qualifikationsniveau seit 2010 (Einreise im jeweiligen Berichtsjahr) | 86 |
| Abbildung 3-16: Erwerbsmigration nach § 18 bis 21 AufenthG im Jahr 2019 nach Aufenthaltstiteln und Geschlecht | 86 |
| Abbildung 3-17: Wissenschaftliches und künstlerisches Personal mit ausländischer Staatsangehörigkeit an deutschen Hochschulen von 2006 bis 2019 | 88 |
| Abbildung 3-18: Ausländische Studierende an deutschen Hochschulen vom Wintersemester 2010/2011 bis zum Wintersemester 2019/2020 | 91 |
| Abbildung 3-19: Ausländische Studienanfängerinnen und Studienanfänger an deutschen Hochschulen vom Sommersemester 2015 bis zum Wintersemester 2019/2020 | 92 |
| Abbildung 3-20: Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer im ersten Hochschulsesemester nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten (Sommersemester 2019 und Wintersemester 2019/2020) | 93 |
| Abbildung 3-21: Ausländische Studierende nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Fächergruppen im Wintersemester 2019/2020 | 94 |
| Abbildung 3-22: Ausländische Absolventinnen und Absolventen nach Fächergruppe und den häufigsten Herkunftsländern 2019 | 96 |
| Abbildung 3-23: Einreisen zum Zweck der Teilnahme an einem Sprachkurs sowie des Schulbesuchs nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2018 | 100 |
| Abbildung 3-24: Zu sonstigen Ausbildungszwecken eingereiste Drittstaatsangehörige nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2019 | 102 |

| | |
|--|-----|
| Abbildung 3-25: Asylantragstellende (Asylerstanträge) in Deutschland nach Herkunftskontinenten von 1990 bis 2019 ¹ | 110 |
| Abbildung 3-26: Asylantragstellende (Erstanträge) nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten des Jahres 2019 und in den Jahren 2018 und 2019 | 112 |
| Abbildung 3-27: Asylantragstellende (Erstanträge) nach den fünf häufigsten Staatsangehörigkeiten von 2015-2019..... | 113 |
| Abbildung 3-28: Asylantragstellende (Erstanträge) nach Geschlecht, 2015 und 2019..... | 114 |
| Abbildung 3-29: Asylantragstellende im Jahr 2019 (Erstanträge) nach Altersgruppen und Geschlecht | 114 |
| Abbildung 3-30: Entscheidungsquoten 2019..... | 117 |
| Abbildung 3-31: Entscheidungen (Erst- und Folgeanträge) und Gesamtschutzquoten im Asylverfahren seit 2010 | 118 |
| Abbildung 3-32: Entscheidungsquoten (Erst- und Folgeanträge) nach den zehn zugangsstärksten Staatsangehörigkeiten des Jahres 2019..... | 119 |
| Abbildung 3-33: Jüdische Zuwanderung einschließlich Familienangehöriger aus Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion seit 1993 ¹ | 122 |
| Abbildung 3-34: Erteilte Visa für den Familiennachzug von 2010 bis 2019..... | 136 |
| Abbildung 3-35: Erteilte Visa für den Familiennachzug nach Deutschland nach ausgewählten Standorten der Auslandsvertretungen von 2010 bis 2019..... | 138 |
| Abbildung 3-36: Erteilte Visa für den Familiennachzug nach ausgewählten Auslandsvertretungen im Jahr 2019 | 139 |
| Abbildung 3-37: Familiennachzug (erteilte Aufenthaltserlaubnisse) nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2019..... | 141 |
| Abbildung 3-38: Zuwanderung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen nach Deutschland seit 1990 (Gesamtzahlen)..... | 150 |
| Abbildung 3-39: Zuwanderung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen nach Herkunftsländern von 2000 bis 2019..... | 151 |
| Abbildung 3-40: Altersstruktur der im Jahr 2019 zugezogenen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und ihrer Familienangehörigen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung in Prozent | 152 |
| Abbildung 3-41: Zu- und Fortzüge von deutschen Staatsangehörigen (Zuzüge ohne Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler) von 2000 bis 2019 | 156 |
| Abbildung 3-42: Zuzüge von deutschen Staatsangehörigen im Jahr 2019 nach Land des vorherigen Aufenthalts | 157 |
| Abbildung 4-1: Zu- und Fortzüge von ausländischen Staatsangehörigen von 2000 bis 2019 ^{1,2} | 159 |
| Abbildung 4-2: Fortzüge von ausländischen Personen nach Aufenthaltsdauer und ausgewählten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2019 in Prozent..... | 160 |
| Abbildung 4-3: Fortzüge von Drittstaatsangehörigen nach dem letzten Aufenthaltsstatus im Jahr 2019 | 161 |
| Abbildung 4-4: Rückkehrende mit REAG/GARP-Förderung nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2019..... | 163 |
| Abbildung 4-5: Alters- und Geschlechtsstruktur der Rückkehrenden 2019..... | 164 |

| | |
|---|-----|
| Abbildung 4-6: Fortzüge von deutschen Staatsangehörigen nach den zehn häufigsten Zielländern im Jahr 2019 | 167 |
| Abbildung 4-7: Fortzüge von deutschen Staatsangehörigen nach Altersgruppen im Jahr 2019..... | 169 |
| Abbildung 4-8: Deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Ausland nach den häufigsten Zielländern von 2012 bis 2018..... | 171 |
| Abbildung 5-1: Zu- und Fortzüge (nach UN-Definition) im Jahr 2018 in den EU-28-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen | 176 |
| Abbildung 5-2: Zu- und Fortzüge (nach UN-Definition) im Jahr 2018 in den EU-28-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner | 177 |
| Abbildung 5-3: Zu- und Fortzüge (nach UN-Definition) von inländischen Personen im Jahr 2018 in den EU-28-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen..... | 178 |
| Abbildung 5-4: Asylanträge (Erst- und Folgeanträge) in den EU-28-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen, 2018 und 2019..... | 180 |
| Abbildung 5-5: Asylanträge (Erst- und Folgeanträge) in den EU-28-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner, 2018 und 2019..... | 181 |
| Abbildung 6-1: Feststellungen von unerlaubt eingereisten ausländischen Personen an bundesdeutschen Grenzen (Land-, Seegrenzen und Flughäfen) von 2000 bis 2019..... | 188 |
| Abbildung 6-2: An deutschen Grenzen festgestellte Geschleuste und Schleusende von 2000 bis 2019 ... | 189 |
| Abbildung 6-3: Unerlaubt aufhältige Tatverdächtige insgesamt in Deutschland von 2000 bis 2019..... | 190 |
| Abbildung 6-4: Abschiebungen von ausländischen Staatsangehörigen über alle Grenzen von 2008 bis 2019 | 192 |
| Abbildung 7-1: Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland im Jahr 2019..... | 196 |
| Abbildung 7-2: Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Geburtsregionen ¹ in Deutschland 2019.... | 199 |
| Abbildung 7-3: Personen mit Migrationshintergrund nach den häufigsten Geburtsländern ¹ im Jahr 2019 | 200 |
| Abbildung 7-4: Personen mit Migrationshintergrund nach Geburtsland ¹ und Migrationserfahrung im Jahr 2019, in Tausend..... | 201 |
| Abbildung 7-5: Altersstruktur der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund sowie mit Migrationserfahrung, 2019..... | 202 |
| Abbildung 7-6: Alterspyramide 2019 nach Migrationshintergrund..... | 203 |
| Abbildung 7-7: Geschlechtsstruktur nach Migrationshintergrund und ausgewählten Geburtsländern/-regionen ¹ 2019..... | 204 |
| Abbildung 7-8: Personen mit eigener Migrationserfahrung nach ausgewählten Geburtsländern ¹ und Aufenthaltsdauer 2019 | 205 |
| Abbildung 8-1: Ausländische Bevölkerung nach Herkunftsregionen, 2015 bis 2019 ¹ | 209 |
| Abbildung 8-2: Ausländische Bevölkerung nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten, 2018 und 2019 | 209 |
| Abbildung 8-3: Altersstruktur der deutschen und ausländischen Bevölkerung am 31. Dezember 2019... | 211 |
| Abbildung 8-4: Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung von 1970 bis 2019 | 211 |

| | |
|---|-----|
| Abbildung 8-5: Geschlechtsstruktur der ausländischen Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten am 31. Dezember 2019 ¹ | 212 |
| Abbildung 8-6: Aufenthaltsdauer der ausländischen Bevölkerung nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten am 31. Dezember 2019..... | 213 |
| Abbildung 8-7: Lebendgeborene mit ausländischer Staatsangehörigkeit bzw. mit ausländischer Staatsangehörigkeit mindestens eines Elternteils in Deutschland von 2000 bis 2019 ¹ | 219 |
| Abbildung 8-8: Einbürgerungen in Deutschland von 2000 bis 2019 | 222 |
| Abbildung 8-9: Einbürgerungen nach bisheriger Staatsangehörigkeit (Kontinente) im Jahr 2019 ¹ | 223 |
| Abbildung 8-10: Eingebürgerte Personen nach bisheriger Staatsangehörigkeit im Jahr 2019 und prozentuale Veränderungen zum Vorjahr | 224 |
| Abbildung 8-11: Ausgeschöpftes Einbürgerungspotenzial im Jahr 2019 | 225 |
| Abbildung 8-12: Anteil an weiblich Eingebürgerten im Jahr 2019 | 226 |
| Abbildung 1-19: Zuzüge von deutschen und ausländischen Staatsangehörigen seit 2000 ¹ | 230 |
| Abbildung 1-20: Fortzüge von deutschen und ausländischen Staatsangehörigen seit 2000 ^{1,2} | 230 |
| Abbildung 1-21: Zu- und Fortzüge nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2019 ¹ | 247 |
| Abbildung 1-22: Zu- und Fortzüge nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2019 ¹ | 247 |
| Abbildung 1-23: Zu- und Fortzüge im Jahr 2019 ¹ nach Bundesland je 1.000 Einwohner..... | 255 |
| Abbildung 3-43: Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge seit 2005 (Erst- und Folgeanträge) | 278 |
| Abbildung 8-13: Ausländische Bevölkerung in Deutschland von 1980 bis 2019 nach der Bevölkerungsfortschreibung..... | 311 |

Tabellenverzeichnis

| | |
|--|-----|
| Tabelle 3-1: Erteilte Niederlassungserlaubnisse nach § 19 AufenthG an Hochqualifizierte seit 2011 (Einreise im jeweiligen Berichtsjahr)..... | 77 |
| Tabelle 3-2: Unternehmensintern transferierte Beschäftigte ((Mobiler) ICT-Karten) nach §§ 19b Abs. 1 und 19c AufenthG in den Jahren 2018 und 2019 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten (Einreise im jeweiligen Berichtsjahr)..... | 82 |
| Tabelle 3-3: Erwerbsmigration aus Drittstaaten nach Aufenthaltstiteln und Einreisejahr ¹ | 87 |
| Tabelle 3-4: Ausländische Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler in Deutschland nach den wichtigsten Staatsangehörigkeiten von 2012 bis 2018 ¹ | 89 |
| Tabelle 3-5: Bestehende Aufenthaltserlaubnisse für die Arbeitsplatzsuche nach abgeschlossenem Studium nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten (§ 16 Abs. 5 AufenthG, Stand 31. Dezember 2019)..... | 98 |
| Tabelle 3-6: Einreisen zum Zweck der Teilnahme an einem Sprachkurs sowie des Schulbesuchs von 2012 bis 2019 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten..... | 99 |
| Tabelle 3-7: Zum Zweck der betrieblichen Aus- und Weiterbildung eingereiste Drittstaatsangehörige von 2012 bis 2019 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten..... | 102 |
| Tabelle 3-8: Reguläre und vorläufige Inobhutnahmen (§§ 42, 42a SGB VIII) von Minderjährigen aufgrund unbegleiteter Einreise und Asylerstanträge von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten 2010 bis 2019..... | 115 |
| Tabelle 3-9: Entscheidungen und Entscheidungsquoten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge von 2010 bis 2019 (Erst- und Folgeanträge)..... | 116 |
| Tabelle 3-10: Nach § 22 AufenthG aufgenommene ausländische Staatsangehörige seit 2011 (Einreise im selben Jahr)..... | 123 |
| Tabelle 3-11: Nach § 25 Abs. 4 AufenthG aufgenommene ausländische Staatsangehörige seit 2012 (Einreise im selben Jahr)..... | 124 |
| Tabelle 3-12: Vorliegen von Ausreisehindernissen nach § 25 Abs. 5 AufenthG seit 2012 (Einreise im selben Jahr)..... | 125 |
| Tabelle 3-13: Erteilte Aufenthaltserlaubnisse nach der Härtefallregelung des § 23a AufenthG nach Bundesländern (Bestandszahlen zum 31. Dezember 2019) ¹ | 126 |
| Tabelle 3-14: Im Resettlement-Programm gemäß § 23 Abs. 4 AufenthG aufgenommene Personen nach Staatsangehörigkeit und letztem Aufenthaltsstaat von 2012 bis 2019..... | 129 |
| Tabelle 3-15: Aufnahme im Rahmen des Relocation-Verfahrens 2015 bis 2019..... | 130 |
| Tabelle 3-16: Sprachprüfung „Start Deutsch 1“ des Goethe-Instituts in ausgewählten Hauptherkunftsländern im Jahr 2019..... | 144 |
| Tabelle 3-17: Aus weiteren Gründen in den Jahren 2018 und 2019 zugewanderte Personen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Aufenthaltstitel..... | 146 |
| Tabelle 3-18: Zuwanderung von in anderen Mitgliedstaaten der EU langfristig Aufenthaltsberechtigten 2014 bis 2019..... | 147 |
| Tabelle 3-19: Wanderungen von Deutschen über die Grenzen Deutschlands von 2000 bis 2019..... | 154 |
| Tabelle 4-1: Rückkehrende mit REAG/GARP-Förderung seit 2010..... | 163 |

| | |
|--|-----|
| Tabelle 4-2: Deutsche Studierende nach Studienland in Jahren von 2010 bis 2017..... | 166 |
| Tabelle 4-3: Fortzüge deutscher Staatsangehöriger nach ausgewählten Zielländern von 2000 bis 2019.. | 168 |
| Tabelle 4-4: Abwanderung von Ärztinnen und Ärzten aus Deutschland in den Jahren von 2008 bis 2019 | 170 |
| Tabelle 4-5: Deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Ausland nach Fächergruppen im Jahr 2018..... | 172 |
| Tabelle 4-6: Deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Ausland nach Aufenthaltsdauer im Jahr 2018..... | 172 |
| Tabelle 5-1: Erstinstanzliche Entscheidungen über Asylanträge in den EU-28 Staaten sowie Island, Liechtenstein, Norwegen und Schweiz im Jahr 2019..... | 184 |
| Tabelle 6-1: Feststellungen von unerlaubten Einreisen und Wiedereinreisen in der PKS 2010 bis 2019 (Fallzahlen)..... | 188 |
| Tabelle 7-1: Bevölkerung Deutschlands nach Migrationshintergrund (im weiteren Sinne) im Jahr 2019, in Tausend..... | 196 |
| Tabelle 7-2: Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2019, in Tausend..... | 198 |
| Tabelle 8-1: Ausländische Bevölkerung und Gesamtbevölkerung in Deutschland seit 2004 | 207 |
| Tabelle 8-2: Aufenthaltsrechtlicher Status der ausländischen Bevölkerung aus Drittstaaten nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten am 31. Dezember 2019..... | 215 |
| Tabelle 8-3: Sterbefälle deutscher und ausländischer Personen 1970 – 2019..... | 221 |
| Tabelle 8-4: Einbürgerungen im Jahr 2019 mit fortbestehender bisheriger Staatsangehörigkeit..... | 227 |
| Tabelle 1-1: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands seit 1991 | 229 |
| Tabelle 1-2: Wanderungen zwischen Deutschland ¹ und dem Ausland von 1950 bis 2019 | 231 |
| Tabelle 1-3: Zuzüge über die Grenzen Deutschlands nach Herkunftsländern von 2000 bis 2019 | 233 |
| Tabelle 1-4: Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach Zielländern von 2000 bis 2019 | 237 |
| Tabelle 1-5: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach ausgewählten Herkunfts- und Zielländern und Geschlecht im Jahr 2019 ¹ | 241 |
| Tabelle 1-6: Zuzüge über die Grenzen Deutschlands nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten von 2000 bis 2019 ¹ | 243 |
| Tabelle 1-7: Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten von 2000 bis 2019 | 245 |
| Tabelle 1-8: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2019 ¹ im Vergleich zum Vorjahr | 248 |
| Tabelle 1-9: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht im Jahr 2019 ¹ | 249 |
| Tabelle 1-10: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach Bundesländern im Jahr 2019 ¹ | 250 |
| Tabelle 1-11: Zuzüge über die Grenzen Deutschlands nach Bundesländern von 2010 bis 2019 | 251 |
| Tabelle 1-12: Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach Bundesländern von 2010 bis 2019..... | 253 |
| Tabelle 1-13: Zu- und Fortzüge nach Altersgruppen von 2000 bis 2019 | 256 |
| Tabelle 1-14: Zu- und Fortzüge nach Geschlecht seit 2000..... | 257 |

| | |
|--|-----|
| Tabelle 1-15: Zuzüge von Drittstaatsangehörigen im Jahr 2019 nach ausgewählten Aufenthaltszwecken und/oder Aufenthaltstiteln ¹ | 258 |
| Tabelle 1-16: Ausländische Staatsangehörige, die von 2009 bis 2018 zugewandert sind, mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens einem Jahr | 259 |
| Tabelle 2-1: Zu- und Fortzüge von EU-Staatsangehörigen ¹ über die Grenzen Deutschlands in den Jahren 2018 und 2019 ² | 260 |
| Tabelle 3-20: Zuwanderungsgruppen seit 1991 ¹ | 261 |
| Tabelle 3-21: Erwerbsmigration nach § 18 AufenthG im Jahr 2019 nach Qualifikationsniveau, den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht | 262 |
| Tabelle 3-22: Erwerbsmigration von hochqualifizierten Fachkräften nach § 19a AufenthG (Blaue Karte EU) nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten (Einreise im jeweiligen Berichtsjahr) | 262 |
| Tabelle 3-23: Erwerbsmigration von Hochqualifizierten nach § 19a AufenthG (Blaue Karte EU) im Jahr 2019 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten, Art der Beschäftigung und Geschlecht | 263 |
| Tabelle 3-24: Forschende nach § 20 AufenthG nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht (Einreise im jeweiligen Berichtsjahr) | 263 |
| Tabelle 3-25: Selbständige nach § 21 AufenthG nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht (Einreise im jeweiligen Berichtsjahr) | 264 |
| Tabelle 3-26: Deutsche und ausländische Studierende an deutschen Hochschulen vom Wintersemester 2000/2001 bis zum Wintersemester 2019/2020 | 265 |
| Tabelle 3-27: Deutsche und ausländische Studienanfängerinnen und Studienanfänger an deutschen Hochschulen vom Sommersemester 2000 bis zum Wintersemester 2019/2020 | 266 |
| Tabelle 3-28: Ausländische Studierende im ersten Hochschulsemester nach ausgewählten Herkunftsländern im Sommersemester 2019 | 267 |
| Tabelle 3-29: Ausländische Studierende im ersten Hochschulsemester nach ausgewählten Herkunftsländern im Wintersemester 2019/2020 | 268 |
| Tabelle 3-30: Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer im ersten Hochschulsemester nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten 2000 bis 2019 (jeweils Sommersemester und folgendes Wintersemester) | 269 |
| Tabelle 3-31: Ausländische Studierende nach Fächergruppen und den häufigsten Staatsangehörigkeiten im Wintersemester 2019/2020 | 270 |
| Tabelle 3-32: Ausländische Absolventinnen und Absolventen nach Fächergruppen und den häufigsten Herkunftsländern 2019 | 271 |
| Tabelle 3-33: Asylantragstellende (Erstanträge) nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten von 2000 bis 2019 | 273 |
| Tabelle 3-34: Die zehn zugangsstärksten Staatsangehörigkeiten von Asylantragstellenden (Erstanträge) von 2014 bis 2019 | 277 |
| Tabelle 3-35: Entscheidungen über Erst- und Folgeanträge nach den zehn zugangsstärksten Staatsangehörigkeiten (Asylerstanträge) im Jahr 2019 | 279 |
| Tabelle 3-36: Erteilte Visa für den Familiennachzug seit 2000 ¹ | 280 |
| Tabelle 3-37: Erteilte Visa für den Familiennachzug seit 2002 nach ausgewählten Auslandsvertretungen | 281 |

| | |
|--|-----|
| Tabelle 3-38: Erteilte Visa für den Familiennachzug nach ausgewählten Auslandsvertretungen im Jahr 2019 | 282 |
| Tabelle 3-39: Familiennachzug (erteilte Aufenthaltserlaubnisse) in den Jahren von 2013 bis 2019 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten..... | 283 |
| Tabelle 3-40: Familiennachzug (erteilte Aufenthaltserlaubnisse) im Jahr 2019 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten | 284 |
| Tabelle 3-41: Zuzug von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen nach Herkunftsgebieten von 1990 bis 2019..... | 285 |
| Tabelle 3-42: Zuzug von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und deren Familienangehörigen nach Altersgruppen von 1991 bis 2019..... | 287 |
| Tabelle 3-43: Zuzüge deutscher Staatsangehöriger nach Land des vorherigen Aufenthalts von 2000 bis 2019 | 288 |
| Tabelle 4-7: Fortzüge von ausländischen Personen nach Aufenthaltsdauer im Jahr 2019..... | 289 |
| Tabelle 4-8: Abwanderung von Drittstaatsangehörigen nach dem letzten Aufenthaltsstatus und ausgewählten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2019 | 290 |
| Tabelle 4-9: Abwanderung von Drittstaatsangehörigen nach dem letzten Aufenthaltsstatus und ausgewählten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2019, in Prozent | 291 |
| Tabelle 4-10: Fortzüge von deutschen Staatsangehörigen nach Altersgruppen und ausgewählten Zielländern im Jahr 2019 | 292 |
| Tabelle 4-11: Fortzüge von deutschen Staatsangehörigen nach Altersgruppen und ausgewählten Zielländern im Jahr 2019, in Prozent | 293 |
| Tabelle 4-12: Deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Ausland nach Zielland von 2011 bis 2018 ¹ | 294 |
| Tabelle 5-2: Zuzüge in die EU-28-Staaten ¹ sowie nach Island, Liechtenstein, die Schweiz und Norwegen den Jahren 2000 bis 2018 | 295 |
| Tabelle 5-3: Fortzüge aus den EU-28-Staaten ¹ sowie aus Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen in den Jahren 2000 bis 2018..... | 297 |
| Tabelle 5-4: Zu- und Abwanderung von inländischen Personen in den Jahren 2017 und 2018 in den EU-28-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen | 299 |
| Tabelle 5-5: Anteil der inländischen Personen an der Zu- und Abwanderung in den EU-28-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen im Jahr 2018..... | 300 |
| Tabelle 5-6: Asylantragstellende (Erst- und Folgeanträge) in den EU-28-Staaten ¹ sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen von 2000 bis 2019 | 301 |
| Tabelle 6-2: Feststellungen von unerlaubt eingereisten ausländischen Staatsangehörigen an den deutschen Grenzen und Zurückschiebungen von 2000 bis 2019..... | 303 |
| Tabelle 6-3: An bundesdeutschen Grenzen aufgegriffene Geschleuste und Schleusende von 2000 bis 2019 | 303 |
| Tabelle 6-4: Art des Aufenthalts von ausländischen Tatverdächtigen von 2013 bis 2019..... | 303 |
| Tabelle 7-3: Bevölkerung in Privathaushalten nach detailliertem Migrationsstatus 2005 bis 2019 ¹ , in Tausend..... | 304 |

| | |
|--|-----|
| Tabelle 7-4: Altersstruktur der Bevölkerung in Privathaushalten mit und ohne Migrationshintergrund 2019, in Tausend..... | 305 |
| Tabelle 7-5: Personen mit eigener Migrationserfahrung nach Aufenthaltsdauer im Jahr 2019, in Tausend ¹ | 306 |
| Tabelle 8-5: Gesamtbevölkerung und ausländische Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland seit 1951 nach der Bevölkerungsfortschreibung..... | 308 |
| Tabelle 8-6: Ausländische Bevölkerung nach Bundesländern im Jahr 2019 | 310 |
| Tabelle 8-7: Ausländische Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten 2004 sowie 2016 bis 2019 (jeweils zum 31. Dezember)..... | 312 |
| Tabelle 8-8: Altersstruktur der deutschen und ausländischen Bevölkerung am 31. Dezember 2019 | 314 |
| Tabelle 8-9: Ausländische Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht am 31. Dezember 2019..... | 314 |
| Tabelle 8-10: Ausländische Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsdauer am 31. Dezember 2019..... | 316 |
| Tabelle 8-11: Geburten von 1990 bis 2019..... | 318 |
| Tabelle 8-12: Ausländische Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Geburtsland am 31. Dezember 2019..... | 319 |
| Tabelle 8-13: Einbürgerungen nach ausgewählten Herkunftsstaaten von 2000 bis 2019..... | 320 |

Impressum

Herausgeber:

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Alt Moabit 140
10557 Berlin
www.bmi.bund

Redaktion:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
FIII - Migration und Integration: Dauerbeobachtung und Berichtsreihen
Referat 23E -Statistik

Stand: Dezember 2020

Bildnachweis: © iStock/Kasia Biel

Diese Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben.

Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Vervielfältigungen und unentgeltliche Verbreitung sind für nicht gewerbliche Zwecke, auch auszugsweise, mit Quellenangaben gestattet. Dies gilt auch für die zur Verfügung gestellten Excel-Dateien. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme oder Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesamtes.

Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.